

RELOAD DISOBEDIENCE

Ziviler Ungehorsam im Zeitalter digitaler Medien

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades doctor philosophiae (Dr. phil.)

im Fach Medienwissenschaft

eingereicht am 4.11.2016

Datum der Verteidigung: 11.5.2017

an der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät der
Humboldt-Universität zu Berlin von

M.A. Theresa Züger

Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst, Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Julia von Blumenthal, Dekanin der Kultur-, Sozial- und
Bildungswissenschaftlichen Fakultät

Gutachter:

1. PD Dr. habil. Stefan Münker
2. Associate Prof. Dr. Robin Celikates

Für Elmar
Πόλλ' οἶδ' ἀλώπηξ, ἀλλ' ἐχῖνος ἔν μέγα

Danksagung

Ich möchte mich herzlich bei allen Menschen bedanken, die diese Arbeit ermöglicht haben und mich auf dem Weg ihrer Entstehung mit Rat und Tat begleitet haben.

Mein Dank gilt meinen beiden großartigen Betreuern, Stefan Münker und Robin Celikates, für Euer Vertrauen, Euer Engagement, Eure Geduld und Euer Wissen.

Herzlichen Dank dem Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, dem Direktorium und seinem großartigen Team: Karina Preiss, Jana Schudrowitz, Larissa Wunderlich und Jennifer Wollniok. Danke für Euren Mut wissenschaftlich neue Wege zu gehen. Vielen Dank allen Kollegen für die bereichernden Gespräche und gegenseitige Motivation. Danke für Eure Leidenschaft, Wissbegierde und Euren Innovationsgeist. Es war eine großartige Zeit, ich werde es vermissen!

Danke all den Menschen, die mir im Laufe der Arbeit begegnet sind in Projekten, auf Konferenzen, Festivals und Veranstaltungen für inspirierenden Austausch und ehrliches Interesse, wie Bernardo Caycedo, Natasha Basu, Annette Zimmermann, Geoffroy de Lagasnerie, Thorsten Thiel, Ben Kamis, Andreas Antić, Janina Sombetzki und Teresa Dillon und vielen mehr.

Danke Hannah Arendt für die guten Gespräche und für ihr Lebenswerk.

Herzlichen Dank meinen Freunden, meinen Eltern und meiner Familie für Rückendeckung, Korrekturen, Formatierungen und offene Ohren. Danke meiner musikalischen Familie für Ablenkung, Freundschaft und vor allem für großartigen Jazz.

Dank von Herzen meinem Team und meinen Lieblingsmenschen Nora, Azra, Jessica, Rike, Sebastian, Katharina, Susi, Tatiana & Jonas, Magnus & Tanya, Laird & Maya, I wouldn't have made it without your friendship and support.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	6
AUFBAU DER ARGUMENTATION	9
FORSCHUNGSANSATZ UND VORGEHEN	13
ZUR ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DES BEGRIFFS DES ZIVILEN UNGEHORSAMS	25
ZIVILER UNGEHORSAM IN WISSENSCHAFT UND RECHT	29
WIE DER UNGEHORSAM DAS NETZ ERREICHTE. DIGITALER UNGEHORSAM ALS SOZIALE PRA- XIS	34
ÜBERSICHT: FALLBEISPIELE DIGITALEN UNGEHORSAMS	48
1. SYMBOLISCHER DIGITALER UNGEHORSAM. POLITIK IN EINER WELT DER ZEICHEN.....	51
1.1. INTERNATIONAL ARMS TRAFFICKER	53
1.2. BEISPIELE DIGITALEN UNGEHORSAMS IN SOZIALEN MEDIEN	55
1.3. HYPERREALE NARRATIVE	61
1.4. POLITISCHER VIDEOREMIX	65
2. INVASIVER UND DISRUPTIVER DIGITALER UNGEHORSAM. POLITI- SCHES HACKEN UND DIE ERFINDUNG DES HACKTIVISMUS.....	68
2.1. DER BTX-HACK	72
2.2. DER WANK WORM.....	74
2.3. WEB DEFACEMENTS UND DNS REDIRECTS	76
2.4. DIE ERFINDUNG DES HACKTIVISMUS	80
2.5. ELECTRONIC CIVIL DISOBEDIENCE	84
2.6. DIE EVOLUTION DER VIRTUELLEN SITZBLOCKADE	89
2.7. ANONYMOUS UND DIE ZWEITE GENERATION DER DDoS-AKTIONEN.....	94
2.8. DAS PROJEKT CHANOLOGY	96
2.9. OPERATION PAYBACK	103
2.10. POLITIK HINTER DEM VORHANG. STÖRUNG DER IT-INFRASTRUKTUR ALS ZIVILER UN- GEHORSAM?	108
3. DISOBEDIENT DIGITAL DIRECT ACTION. EIGENMÄCHTIGER DIGITA- LER UNGEHORSAM	114
3.1. EPISTEMISCHER UNGEHORSAM	117
3.1.1. <i>Jeremy Hammond</i>	120
3.1.2. <i>Barret Brown</i>	121
3.1.3. <i>Digitales Whistleblowing</i>	125
3.1.4. <i>WikiLeaks</i>	129
3.1.5. <i>Snowden</i>	137
3.2. UNGEHORSAME INFRASTRUKTUR	139
3.2.1. <i>Kryptographie als Entwicklung ungehorsamen Codes</i>	140
3.2.2. <i>Cypherpunks</i>	141
3.2.3. <i>Vom Public-Key zu Phil Zimmermann und PGP</i>	143
3.2.4. <i>The Pirate Bay</i>	148
3.2.5. <i>Depub.org</i>	154
3.2.6. <i>Proxies und Umgehungstechnologien</i>	155
3.2.7. <i>Telecomix</i>	158
3.3. COPYRIOTS. UNGEHORSAMES TEILEN UND DIGITALE PROTESTE GEGEN GELTENDES URHEBERRECHT.....	166
3.3.1. <i>The Grey Tuesday</i>	169
3.3.2. <i>Aaron Swartz</i>	171
ZWISCHENFAZIT. ERSTENS: WAS DIGITALE FORMEN DES UNGEHORSAMS VON BISHERIGEN UNTERSCHIEDET	175
ZWEITENS: WARUM WIR TROTZDEM VON ZIVILEM UNGEHORSAM IM DIGITA- LEN REDEN SOLLTEN	184

4.	DIGITALER ZIVILER UNGEHORSAM IM LIBERALEN VERSTÄNDNIS	191
4.1.	DER ZIVILE UNGEHORSAM IN EINER FAST GERECHTEN GESELLSCHAFT	193
4.2.	ZUR PROBLEMATIK EINER IDEALTHEORETISCHEN GRUNDLAGE FÜR DAS VERSTÄNDNIS VON ZIVILEM UNGEHORSAM	197
4.3.	ZUR PROBLEMATIK DER LIBERALEN DEFINITION ZIVILEN UNGEHORSAMS AUF IDEAL- THEORETISCHER GRUNDLAGE	200
4.4.	PROBLEME DER RECHTFERTIGUNG	206
4.5.	DIE ROLLE ZIVILEN UNGEHORSAMS IM LIBERALEN DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS	210
4.6.	DIE LIBERALE PERSPEKTIVE AUF DIGITALEN UNGEHORSAM	212
5.	ENTWURF EINES ALTERNATIVEN VERSTÄNDNISSES ZIVILEN UN- GEHORSAMS	223
5.1.	DEMOKRATIETHEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN ZU EINEM RADIKAL-DEMOKRATISCHEN VERSTÄNDNIS ZIVILEN UNGEHORSAMS	226
5.2.	ZUR LEGITIMITÄT ZIVILEN UNGEHORSAMS UND DEM RECHT, RECHTE ZU HABEN ...	233
5.2.1.	<i>Die Freiheit als Bedingung menschlichen Daseins</i>	235
5.2.2.	<i>Das Versprechen als die vorpolitische Voraussetzung von Politik.....</i>	236
5.2.3.	<i>Immanente Prinzipien und das Recht, Rechte zu haben als Legitimation zi- vilen Ungehorsams jenseits der Staatsbürgerschaft.....</i>	240
5.2.4.	<i>Ziviler Ungehorsam als Erinnerung an den Kern der Demokratie</i>	244
5.3.	RADIKAL-DEMOKRATISCHE ÜBERLEGUNGEN ZU ZIVILEM UNGEHORSAM IM ZEITALTER DIGITALER MEDIEN.....	248
5.3.1.	<i>Eine absichtliche Tat in Konflikt mit geltendem Recht.....</i>	248
5.3.2.	<i>Ziviler Ungehorsam als prinzipienbasierter Akt.....</i>	254
5.3.3.	<i>Ziviler Ungehorsam als intersubjektiver Akt</i>	256
5.3.4.	<i>Ziviler Ungehorsam und die kommunikative Absicht</i>	261
5.3.5.	<i>Politische Anliegen zivilen Ungehorsams im Zeitalter der Globalisierung und digitaler Medien</i>	263
6.	DIE FRAGE DER RECHTFERTIGUNG ZIVILEN UNGEHORSAMS	275
6.1.	WAR JEREMY HAMMONDS ZIVILER UNGEHORSAM GERECHTFERTIGT?	277
6.2.	ZUR FRAGE DER GEWALT(-LOSIGKEIT) UND ANGEMESSENHEIT DER MITTEL ZIVILEN UNGEHORSAMS	282
6.3.	ZUR ABLÖSUNG DES GEWALTKRITERIUMS	290
7.	DIGITALER ZIVILER UNGEHORSAM. TRANSFORMATIONEN UND HERAUSFORDERUNGEN	297
7.1.	DREI BEISPIELE ZIVILEN UNGEHORSAMS IM DIGITALEN ZEITALTER.....	299
7.2.	VOM KOLLEKTIVEN ZUM KONNEKTIVEN HANDELN	309
7.3.	ANONYMITÄT	319
7.4.	VERLUST DER AUTONOMIE? ZUR AUTOMATISIERUNG DIGITALEN UNGEHORSAMS ..	330
7.5.	DIE GEFAHR DER TECHNOKRATIE	333
7.6.	DIGITALER UNGEHORSAM IN DER POLITISCHEN UND DIGITALEN ÖFFENTLICHKEIT	338
	FAZIT	346
	LITERATUR	357

Einleitung

»All empires like their dissidents foreign«¹
... and in retrospect.

Im Oktober 1963 startete das FBI mit Zustimmung des amerikanischen Generalstaatsanwalts eine der exzessivsten geheimen Überwachungsoperationen der US-amerikanischen Geschichte. Diese nahm einen Mann ins Visier, über den William Sullivan, der damalige Leiter des Inlandsgeheimdienstes des FBI, sagte: »We must mark him now, if we have not done so before, as the most dangerous Negro of the future in this Nation from the standpoint of communism, the Negro and national security« (Capaccio 2013). Nicht nur sämtliche Kommunikation dieses gefährlichen Verdächtigen wurde überwacht. Ebenso verwanzte man sein Hotelzimmer und verfolgte jedes private Gespräch. Das FBI wurde darüber hinaus vielseitig aktiv, um den Verdächtigen öffentlich zu diskreditieren. Doch damit nicht genug. 1964 sandte das FBI dem Verdächtigen – selbstverständlich anonym – einen bedrohlichen, manipulativen und düsteren Brief, in dem er dazu gedrängt wurde, Selbstmord zu begehen (Gage 2014). Der oder die Autoren des Briefes behaupteten, Details über das Sexualleben des Verdächtigen zu kennen, und kündigten an, diese zu veröffentlichen, falls er sich nicht selbst töte. In einem psychopathischen Ton wird der Verdächtige als »evil, abnormal beast« (ebd.) beschimpft, wie heute in einem Nationalarchiv in Maryland, USA nachzulesen ist.

Der Mann, gegen den sich diese Drohungen richteten, ist Martin Luther King Jr. Nach seiner legendären Rede *I have a dream* initiierte das FBI die minutiöse Überwachung Kings, die bis zu seiner Ermordung 1968 andauerte, und zielte nach heute zugänglichen Berichten darauf ab, ihn als Führer der Bürgerrechtsbewegung zu diskreditieren. Man beschuldigte ihn, Kommunist zu sein, doch was King eigentlich bedrohlich erscheinen ließ, war Sullivans Beschreibung zufolge seine Fähigkeit, Menschenmassen zu inspirieren (vgl. Capaccio 2013). Diese Verfolgung Kings erscheint aus heutiger Sicht grotesk und abwegig. Doch nimmt man an, dass Fehltritte gleicher Qualität auch heute möglich

¹ Crabapple 2014.

sind, muss man sich fragen, welche Auswirkungen die Ubiquität digitaler Überwachung auf King heute hätte. Was wäre geschehen, wenn der Brief, der geschrieben wurde, um King zu denunzieren, in den heutigen digitalen Medien zirkulieren würde? Wäre King jemals zu der Leitfigur geworden, die er aus heutiger Sicht darstellt?

Die geschichtliche Tatsache, dass King als Sicherheitsrisiko bekämpft wurde, legt ganz allgemein die Einsicht nahe, dass die Bewertung politischer Transformationen sich in der Retrospektive massiv wandeln kann. Ereignisse wie Personen, die mit politischen Konventionen ihrer Zeit brechen, beispielsweise indem sie wie King zivilen Ungehorsam üben, mögen in Zeiten des Wandels als Feinde eines Systems überwacht, bekämpft und bestraft werden. Sie können dennoch im geschichtlichen Rückblick als Helden verehrt werden und zum ikonischen positiven Beispiel aufsteigen. Dies legt weiter nahe, dass jene, die morgen als Vorreiter für politische Freiheit verehrt werden, heute verfolgt und gefährdet sein können. Das Komplex an diesen Fällen ist, dass dieser verwandelte Rückblick eine Ausnahme und nicht die Regel darstellt. Die meisten Rechtsbrüche lassen sich auch rückblickend nicht als ziviler Ungehorsam verstehen. Wodurch unterscheiden sich also diese außerordentlichen Akte, die in Konflikt mit dem geltenden Recht geraten, und wie lassen sie sich nicht nur rückblickend identifizieren?

Ziviler Ungehorsam ist in dieser – wie in vielen weiteren Hinsichten, um die es in dieser Arbeit gehen wird – eine Ausnahme, deren Eigenschaften und deren Anerkennung umstritten sind und sich historisch wandeln können. Zugleich sind die Merkmale des Phänomens jedoch nicht so willkürlich, dass keine konsensuelle Begriffsbestimmung möglich wäre. Diese Arbeit basiert auf der Prämisse, dass es auch in Zeiten des sozialen Wandels zumindest möglich und wichtig ist, sich um diese Unterscheidung zwischen zivilem Ungehorsam und kriminellern Handeln zu bemühen. Die Arbeit stellt sich der Herausforderung, unabhängig von allen zeitaktuellen Umständen Indizien und Prinzipien zu formulieren, die zivilen Ungehorsam als legitime Ausnahme von der Regel sichtbar werden lassen.

Es wird hier nicht um beliebige politische Dissidenten gehen, sondern um eine sehr bestimmte Gruppe. Diese Arbeit beleuchtet den Status und die Rolle von Dissidenten der Informationsgesellschaft. Im Fokus stehen Fälle, in denen neue

unkonventionelle Wege des Ungehorsams beschritten werden, indem der Ungehorsam selbst die Form digitaler Handlungen annimmt. Dabei reicht das Spektrum der Subversion und des Ungehorsams, das sich im Internet beobachten lässt, von Akten des symbolischen Widerstands bis hin zu Handlungen, die selbst konstruktiv eingreifen, um den Möglichkeitsraum des politischen Handelns auf digitalem Wege mitzugestalten. Alle beschriebenen Fälle verstehe ich trotz ihrer Unkonventionalität und ihrer spezifischen Eigenheiten als *Kandidaten* zivilen Ungehorsams, und zwar einer Form des zivilen Ungehorsams, die in ihren Taktiken und Inszenierungen, Stärken und Gefahren Produkt und Ausdruck einer Informations- und Mediengesellschaft ist (siehe hierzu Münker 2009: 33).

Die Frage, die diese Arbeit im Kern beschäftigt, ist, wodurch sich digitaler ziviler Ungehorsam spezifisch auszeichnet. Wie kann digitaler ziviler Ungehorsam von anderen Formen der Dissidenz unterschieden werden, die zwar als digitaler Ungehorsam verstanden werden können, jedoch den spezifischen Merkmalen *zivilen* Ungehorsams nicht gerecht werden?

Im Fokus der Untersuchung stehen nicht die Dissidenten als Personen. Sie dienen stattdessen mit ihren oft hochkomplexen Geschichten als Fallbeispiele für das eigentliche Untersuchungsobjekt, dem sich diese Arbeit vor allem aus Sicht der politischen Theorie annähert: für den digitalen zivilen Ungehorsam als Widerstandsphänomen der heutigen Zeit.

Der Begriff des zivilen Ungehorsams ist in diesem digitalen Kontext keineswegs unumstritten. Engin Isin und Evelyn Ruppert etwa behaupten in *Being digital citizens*: »For all its illustrative history, civil disobedience still evokes a reactionary politics, whereas dissensus is creative and affirmative« (vgl. Isin & Ruppert 2015: 166). Die Autoren schlagen stattdessen vor, die Handlungen von beispielsweise Aaron Swartz, Julian Assange oder Anonymous als eigenen und neuen Ausdruck politischen Dissenses aufzufassen. Was ich in dieser Arbeit zeigen werde, ist, dass diese Einschätzung, ziviler Ungehorsam stelle eine reaktionäre Form der politischen Intervention dar, dessen Potential und politische Qualität weit unterschätzt und verfehlt. Die imaginative und performative Kraft, die Isin und Ruppert als neue Form der Dissidenz beschreiben, ist gerade der Kern dessen, was jenes Verständnis von zivilem Ungehorsam ausmacht, das ich hier vorstellen und verteidigen werde.

Obwohl ein Kernelement dieser Arbeit die philosophisch-begriffliche Analyse ist, geht es bei der Frage, was ziviler Ungehorsam ist und wie er in einer digitalen Medienökologie zum Ausdruck kommt, nicht um einen Sachverhalt, der allein durch theoretische Argumente zu beschreiben ist. Ganz im Gegenteil manifestiert sich ein neues und offeneres Verständnis von zivilem Ungehorsam, wie ich es vorschlagen werde, auch in neuen Konventionen einer explorativen politischen Praxis und den sie begleitenden Diskursen. In jeder Gesellschaft, die durch ihre Diskurse und Dispositive, also durch das (Un)Sagbare und (Un)Mögliche konstruiert ist, steckt der gesellschaftlich verhandelte Bedeutungsspielraum eines Begriffes ab, wie sich eine spezifische Praxis zu dieser Welt verhält und welche Reaktionen und Konventionen ihr deshalb folgen. Der Bedeutungsspielraum des Begriffs des zivilen Ungehorsams ist gesellschaftlich wohl eine der kritischsten Definitionsfragen jeder Zeit und Gemeinschaft: Welche Regeln des Zusammenlebens dürfen in Frage gestellt werden? Und von wem? In welcher Form ist diese Infragestellung politisch etabliert, akzeptiert oder überhaupt denkbar? Und wie weit darf diese Kritik ein System oder nur einzelne Regeln hinterfragen? Der Begriff des zivilen Ungehorsams ist ein entscheidender (wenn nicht *der*) Schauplatz dieser gesellschaftlichen Aushandlung von Möglichkeiten und Unmöglichkeiten demokratisch getragener politischer Dissidenz jenseits des positiven Rechts und ist demnach entscheidend dafür, welche Handlungen in unserer heutigen Welt als legitime politische Dissidenz anerkannt werden, welchen Handlungen eine andere, möglicherweise neue Bedeutung zukommt und welche als Kriminalität sanktioniert werden. Der Aufgabe, dieses Begriffsfeld im Austausch mit politischen Ereignissen und vor dem Hintergrund der Digitalisierung zu bestimmen, wird sich diese Arbeit in mehreren aufeinander aufbauenden argumentativen Schritten widmen, die im Folgenden skizziert werden.

Aufbau der Argumentation

Die Forschungsfrage, um die es in dieser Arbeit geht, verbindet ein klassisches philosophisches Anliegen mit einem medienwissenschaftlichen Blickwinkel. Einerseits ist ihr Ziel die Beantwortung einer normativen und begrifflichen Frage, nämlich jener, was genau als digitale Form zivilen Ungehorsams verstanden

und gerechtfertigt werden kann. Diese Frage kann jedoch nur beantwortet werden, indem deutlich gemacht wird, was das Spezifische des *digitalen* Ungehorsams für den zivilen Ungehorsam ist, weshalb ich neben der normativen Begriffsanalyse medienwissenschaftlich erarbeiten werde, welche Rolle die digitale technologische Handlungswelt für den zivilen Ungehorsam spielt und welche Transformationen, Herausforderungen und Fragen sie anstößt.

Die Einleitung bietet zunächst ein Vorverständnis des Begriffs des zivilen Ungehorsams, indem dessen Entstehung und Entwicklung bis hin zur Anwendung in Bezug auf digitale Handlungen nachvollzogen wird. Das Vorgehen der Arbeit verfolgt das Ziel, eine dialogische Verbindung zwischen der empirischen digitalen Entwicklung des Phänomens des digitalen Ungehorsams und dessen theoretischem Verständnis herzustellen: Verbunden werden die Praxis dieses Ungehorsams und deren (Selbst)Reflexion, in der zumeist unzureichend auf bestehende theoretische Konzepte eingegangen wird, mit dem Diskurs der politischen Philosophie zu zivilem Ungehorsam, der sich bislang dem Phänomen des digitalen Ungehorsams nicht in ausreichend systematischer Weise gewidmet hat. Im Sinne dieses Dialogs zwischen Praxis und Theorie umfassen die **drei ersten Kapitel** der Arbeit eine Rekonstruktion von vielfältigen Fallbeispielen aus der Praxis digitalen Ungehorsams, die sich auf Medienberichterstattung und auf die Sekundäranalyse bestehender empirischer Untersuchungen aus der Medienwissenschaft, Soziologie und Bewegungsforschung stützt. Im Gegensatz zur bisherigen wissenschaftlichen Debatte um digitale Formen zivilen Ungehorsams (siehe hierzu Jordan & Taylor 2004; Klang 2004; Himma 2007; Meikle 2008; Sauter 2014; Baggini 2011; George 2012; Coleman 2014) vermeidet diese umfassende Darstellung die Reduktion auf einzelne Taktiken und nimmt stattdessen, soweit möglich, die Varianz von Akteuren, Strategien und Anliegen in den Blick, um eine empirisch angereicherte und vor allem systematischere Analyse zu ermöglichen.

Die rekonstruierten Fälle qualifizieren sich jeweils als Kandidaten für eine Auseinandersetzung mit der Frage, ob sie dem politischen Begriff des zivilen Ungehorsams im digitalen Zeitalter gerecht werden, da sie entweder direkt als solcher bezeichnet wurden oder ihre Beschaffenheit so hohe Ähnlichkeit mit dem bestehenden Verständnis von zivilem Ungehorsam aufweist, dass sich eine genauere Betrachtung anbietet. Die Vorstellung der verschiedenen Fallbei-

spiele ordnet sich in drei Kapitel, orientiert an den verschiedenen Typen des digitalen Ungehorsams, die sich durch den jeweiligen politischen Ansatzpunkt der Taktiken unterscheiden lassen:

Kapitel 1 widmet sich symbolischen Formen digitalen Ungehorsam, während **Kapitel 2** disruptive oder invasive Formen digitalen Ungehorsam untersucht und **Kapitel 3** letztlich digitalen Ungehorsam betrachtet, der sich durch eine besonders eigenmächtige und konstruktive Ausrichtung von anderen Formen unterscheidet.

Kapitel 4 und **Kapitel 5** schlagen die Brücke zur Theorie des zivilen Ungehorsams und befassen sich mit zwei verschiedenen Sichtweisen, die in der Denktradition der politischen Philosophie konkurrieren.

Kapitel 4 setzt sich mit einem *engen* Verständnis von zivilem Ungehorsam auseinander, das auf John Rawls zurückzuführen ist, der diese Lesart in *Eine Theorie der Gerechtigkeit* (Rawls 1977) veröffentlichte. Rawls' *liberales* Verständnis von zivilem Ungehorsam definiert diesen über bestimmte Kriterien und sieht weitere restriktive Kriterien für die Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam vor. Diese Abhandlung von Rawls dominiert die Debatte um zivilen Ungehorsam bis heute.

Von zeitgenössischen Theoretikern wurde das liberale Verständnis von zivilem Ungehorsam auch zum Zwecke der Betrachtung und Bewertung von digitalem Ungehorsam aufgegriffen. Zwei dieser Auseinandersetzungen, nämlich die von Evgeny Morozov (Morozov 2010) und Andrew Calabrese (Calabrese 2004), werden vorgestellt, um zu zeigen, zu welchen Schlussfolgerungen das liberale Verständnis zivilen Ungehorsams angesichts von digitalen Formen der Dissidenz führt. Wie das Kapitel zeigen wird, bringt es im Allgemeinen – jedoch auch in seiner Anwendung auf digitalen Ungehorsam – gravierende Schwächen mit sich.

Kapitel 5 stellt ein alternatives Verständnis von zivilem Ungehorsam vor, das im Vergleich zum liberalen Modell auf einer wesentlich offeneren Definition beruht. Dieses weite Verständnis von zivilem Ungehorsam, das häufig als *radikal-demokratisches* charakterisiert wird, widerspricht dem liberalen Ansatz in vielen Punkten und bewegt sich damit jenseits des philosophischen Mainstreams der Auseinandersetzung mit zivilem Ungehorsam. Begründer dieser Denktradition

des zivilen Ungehorsams sind Hannah Arendt (Arendt 2000, zuerst erschienen 1970), Michael Walzer (Walzer 1970) oder auch Howard Zinn (Zinn 1997); modernere Nachfolger, die diese Tradition fortsetzen, sind Étienne Balibar (Balibar 2014) und Robin Celikates (Celikates 2010) sowie weitere Autoren, deren Positionen Berücksichtigung finden.

Dieser begrifflichen Auseinandersetzung schließt sich **Kapitel 6** mit Überlegungen zur Rechtfertigung zivilen Ungehorsams an. Diese sollen nicht (wie im liberalen Verständnis) bestimmen, unter welchen Umständen ziviler Ungehorsam zu rechtfertigen ist, sondern stattdessen umgekehrt erörtern, welche Umstände eine Rechtfertigung erschweren oder ganz in Frage stellen können. Erörtert wird zum einen das Problem, dass einzelne Aspekte einer Strategie zivilen Ungehorsams dessen Rechtfertigung fraglich oder strittig machen können, und zum anderen die in der Theorie viel diskutierte Frage, inwiefern ziviler Ungehorsam als gewaltfreie Handlung verstanden werden muss bzw. ob er als solche überhaupt denkbar ist.

Eine Herausforderung, die alle vorgestellten etablierten Theorien mit sich bringen, ist, dass sie sich auf zivilen Ungehorsam in traditionellen Formen beziehen. Auch die frühen Denker der radikal-demokratischen Tradition wie Arendt, Zinn und Walzer konnten den Wandel des zivilen Ungehorsams durch digitale Technologien und Netzwerke noch nicht bedenken. Dieser Lücke begegnet **Kapitel 5**, indem es der Frage nachgeht, welche spezifischen Transformationen und damit verbundenen Herausforderungen und Fragen die Digitalisierung des Ungehorsams auch für das radikal-demokratische Verständnis mit sich bringt. Obwohl sich eindeutige Beispiele digitalen zivilen Ungehorsams finden lassen, gibt es viele Fälle, deren Charakter als ziviler Ungehorsam nicht völlig eindeutig zur klären und insofern diskussionswürdig ist. Thematisiert werden hier daher auch die Probleme, die neue Konventionen des digitalen Ungehorsams mit sich bringen, wie der Wandel vom kollektiven zum *konnektiven* Handeln im Digitalen, politische Implikationen der Anonymität von Akteuren, die Automatisierung von Protestabläufen, technokratische Handlungsprinzipien sowie veränderte Strukturen digitaler Öffentlichkeiten.

Zuletzt fasst ein **Fazit** die erarbeiteten Erkenntnisse zusammen und reflektiert, was diese Forschungsarbeit damit in verschiedenen Kontexten leistet. Die Kernthese, die diese Arbeit entwickelt, ist, dass der Begriff des zivilen Unge-

horsams sich sowohl gestützt auf empirische Erkenntnisse als auch aus Sicht der politischen Theorie sinnvoll auf digitale Taktiken anwenden lässt. Gegenüber der Position von Geoffroy de Lagasnerie, der für ein Verständnis digitaler Protesthandlungen als neuer Form der Politik plädiert (Lagasnerie 2016: 11), argumentiert diese Arbeit dafür, den Begriff des zivilen Ungehorsams im digitalen Kontext nicht zu verwerfen, sondern ihn im Rückbezug auf radikal-demokratische Theorien zu transformieren. Auf dieser Basis und vor dem Hintergrund des Anspruches, dass dieses Verständnis von zivilem Ungehorsam dem Informationszeitalter und seinen Herausforderungen gerecht werden muss, schafft die Arbeit eine neue und umfassende argumentative Grundlage, mit der Fälle digitalen Ungehorsams in systematischer Weise analysiert und in politischer Hinsicht diskutiert werden können. Im Folgenden erläutere ich, wodurch das hier gewählte Vorgehen beeinflusst ist.

Forschungsansatz und Vorgehen

»Theory is like a map to a place one has never been.
With the right theory, the new location is illuminated.«
(Joyce 2013)

Diese Arbeit beschäftigt sich mit einer vielfältigen Medienpraxis und spezifischen sozio-technischen Handlungsform, doch geht es nicht allein um ein Rekonstruieren und Verstehen des ungehorsamen digitalen Handelns, sondern auch um dessen normative Evaluation als politische Praxis.

Das Vorgehen dieser Arbeit ist, um diesem komplexen Ziel gerecht zu werden, durch zwei programmatische theoretische Konzepte inspiriert, die keineswegs selbstverständlich korrelieren, die jedoch, wie ich argumentiere, in ihrer Synergie ein besseres Verständnis des digitalen zivilen Ungehorsams ermöglichen. Diese beiden Konzepte sind erstens die *hybride Medienökologie* als medienwissenschaftliches Modell zum Verständnis digitaler Medienkulturen, innerhalb derer digitaler Ungehorsam praktiziert wird, und zweitens das Konzept der *Public Philosophy* (Tully 2008a), das im Sinne einer Forschungshaltung ein Leitmotiv der Arbeit darstellt; dies erläutere ich im Folgenden zuerst.

Die philosophische Begriffsanalyse, die im Kern dieser Arbeit steht, involviert zwangsläufig eine normative Auseinandersetzung mit digitalen Formen zivilen Ungehorsams. Da der Begriff des zivilen Ungehorsams der politischen Philosophie folgend als politische Kategorie verstanden wird, sind beide Ebenen – die begriffliche und normative – nicht getrennt voneinander zu betrachten. Zu definieren, aufgrund welcher Kriterien oder Merkmale eine Handlung als ziviler Ungehorsam zu verstehen ist, verweist demnach immer auf ein zugrundeliegendes Verständnis des Politischen.

Wie Arendt einmal in einem Interview mit Günter Gaus meinte, steht »[d]er Philosoph [...] der Natur gegenüber wie alle anderen Menschen auch. Wenn er darüber denkt, spricht er im Namen der ganzen Menschheit. Aber er steht nicht neutral der Politik gegenüber« (Arendt 1964). Jeder Versuch, eine neutrale Position gegenüber einem politischen Begriff wie jenem des zivilen Ungehorsams zu beziehen, muss scheitern, da allein die Entscheidung, etwas als zivilen Ungehorsam zu benennen, ein Werturteil erfordert. Der Begriff des zivilen Ungehorsams kann strategisch genutzt, gemieden oder verweigert werden und wird unvermeidbar von einem symbolischen Kampf um seine Auslegung begleitet (vgl. Celikates 2016: 43).

Der Unterschied zwischen Fragen bezüglich der Natur und bezüglich der Politik besteht darin, dass erstere zu verallgemeinerungsfähigen und womöglich gar überprüfbaren Erkenntnissen führen (vgl. Arendt 1964). Im Fall der Politik sind nicht nur unterschiedliche Meinungen zu einzelnen Fragen möglich, sondern auch die Art und Weise, wie diese Fragen gestellt werden, wie Politik gedacht und gelebt wird, kann jederzeit in Frage gestellt werden. »Politics is the type of game in which the framework – the rules of the game – can come up for deliberation and amendment in the course of the game« (Tully 2008a: 146). Was ich in dieser Arbeit als ›digitale Formen zivilen Ungehorsams‹ beschreibe, ist also kein feststehendes Objekt, das unter gleichen Bedingungen der Betrachtung bei allen Menschen zu den gleichen Urteilen führt. Ziviler Ungehorsam ist vielmehr ein Phänomen, das sich in einem wiederkehrenden und anhaltenden gesellschaftlichen und kulturellen Aushandlungsprozess befindet.

In diesem Bewusstsein folgt die Arbeit einem Ansatz der politischen Philosophie, den James Tully als *Public Philosophy* bezeichnet (ebd.). Als Inspiration für diese spezifische Praxis der politischen Philosophie verweist Tully auf Witt-

genstein, der ein anti-essentialistisches Denken über politische Fragen begründete. Das tatsächliche Verstehen politischer Begriffe und Konzepte besteht für Tully, der Wittgenstein hier folgt, nicht in einem Zweischnitt der zunächst theoretischen Bestimmung von Regeln und der Anwendung dieser Regeln auf einzelne Fälle in der Welt. Stattdessen sei das Verstehen die Manifestation eines Repertoires praktischer normativer Fähigkeiten. Diese Fähigkeiten zeigen sich in der stetigen Anwendung dieser Begriffe, also in ihrer jeweiligen Nutzung unter unterschiedlichen Umständen und Kontexten, jedoch gleichzeitig auch in der parallelen Praxis, ihre Nutzung zu hinterfragen oder neue Zuschreibungen zu entwickeln (vgl. ebd.: 27). Entscheidend ist, dass der philosophischen Betrachtungsweise keine exklusive oder überlegene Stellung in diesem begrifflichen Aushandlungsprozess zukommt.

Die Grundhaltung der Public Philosophy als einer spezifischen Art, politische Fragen und gesellschaftliche Anliegen zu behandeln, ist, dass der Philosoph oder die Philosophin gerade keine gesonderte Rolle jenseits der Gesellschaft einnimmt. »Every reflective and engaged citizen is a public philosopher in this sense, and every academic public philosopher is a fellow citizen working within the same broad dialogue with his or her specific skills« (ebd.: 4). Diese Arbeit ist also ein Beitrag zu einem andauernden kommunikativen Verhältnis »of reciprocal elucidation and mutual benefit between public philosophy and public affairs« (ebd.: 28). Für die Position, aus der ich diese Arbeit schreibe, beanspruche ich keine Objektivität in dem Sinne, dass ich behaupte, von den verhandelten Fragen selbst unbetroffen oder unbeeindruckt zu sein. Was ich jedoch anstrebe, ist eine von meiner Person unabhängige argumentative Nachvollziehbarkeit, die sich auf historische Betrachtungen, bestehende empirische Forschung und auf eine kritische Analyse des zivilen Ungehorsams in seinen sprachlichen wie theoretischen Repräsentationen stützt (vgl. ebd.). Wie Tully darlegt, ist es die Aufgabe des politischen Theoretikers und der Theoretikerin, in politische Diskussionen einzutreten »to help to clarify the language being used and the appropriate procedures for exchanging reasons, as well as to present reasons of their own, they are not doing anything different in kind from the citizens involved in the argumentation« (ebd.: 37).

Wie Tully es in seiner Konzeption der Public Philosophy vorschlägt, beginnt das Untersuchungsverfahren dieser Arbeit bei spezifischen Praktiken und Proble-

men des politischen Lebens und mit der Frage, ob diese in einer adäquaten Weise beschrieben und reflektiert werden. Spezifischer geht es darum, zu prüfen, ob und inwiefern der Begriff des zivilen Ungehorsams als Beschreibungs- und Reflexionskategorie geeignet ist, neu entstandene Widerstandspraktiken zu fassen.

Im Fokus stehen digitale Praktiken des Ungehorsams, die in je eigener Weise eine Neuverhandlung zivilen Ungehorsams als politischer Kategorie herausfordern, indem sie in ihrer medialen Umsetzung durch die medienspezifische Eigenheit die Grenzen der Kategorie erproben und sie gerade dadurch neu bestimmen.

Ziviler Ungehorsam lässt sich insgesamt als ambivalentes Phänomen betrachten, das entsteht, wo rechtliche und politische Entwürfe in einer Lebenswelt aus komplexen politischen Strukturen und asymmetrischen Machtdynamiken auf den widerstrebenden Anspruch der Selbstbestimmung stoßen. Macht- und Regelungsstrukturen betreffen nicht allein institutionalisierte politische Verhältnisse und Prozesse, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Mechanismen der Herrschaft. Als Hintergrund relevant für die Überlegungen dieser Arbeit sind vor allem jene hegemonialen Strukturen, die digitale Kommunikations- und Handlungsformen bestimmen und damit Möglichkeits- wie Unmöglichkeitsräume der heutigen Informationspolitik auf globaler, nationaler sowie individueller Ebene festlegen.

So entsteht ein Spannungsfeld zwischen den Governance-Strukturen des digitalen Zeitalters und »practices of freedom of the governed (as active agents) that are put into practice in response« (ebd.: 22). Diese Arbeit richtet den Blick gezielt auf Letztere, also auf die entstehenden Widerstandspraktiken. Im Speziellen geht es nicht um Widerstandspraktiken, die sich innerhalb des vereinbarten legalen Rahmens zwischen Staat und Bürgern bewegen, um ein subversives Handeln also, das Tully als »acting otherwise within the rules of the game« (ebd.: 23) bezeichnet. Mit dem zivilen Ungehorsam rückt vielmehr eine Praxis in den Fokus, die jenseits dieser institutionell und konventionell etablierten Prozeduren politischer Einflussnahme ausdrückt, dass Beherrschte sich weigern, auf eine bestimmte Art oder durch eine bestimmte Form der Herrschaft beherrscht zu werden (vgl. ebd.: 23).

Im Bild der Politik als Spiel, das Tully als Metapher entwirft, manifestiert sich ziviler Ungehorsam als eine Praxis auf dem Rand des Spielfeldes, als eine Praxis, die selbst die Spielregeln des laufenden Spiels hinterfragt und zu verändern sucht. Zivil Ungehorsame (als politische Spielfigur) können als Grenzgänger gesehen werden, die auf der Seitenlinie des Spielfeldes stehen, da sie mit den anderen Spielern interagieren, das Spielfeld nicht verlassen und für ein aus ihrer Sicht verbessertes Spiel eintreten. Gleichzeitig bewegen sie sich jedoch an der Grenze des politischen Spielfeldes, indem bestehende Regeln, nämlich jene des positiven Rechts, in mehr oder weniger deutlicher Weise gebrochen werden. Ziviler Ungehorsam, als spezifische Form des Widerstands, bringt die Reibung mit vorherrschenden Machtverhältnissen zum Ausdruck und erzeugt wiederum selbst neue Momente der Reibung. »By upholding and radicalizing the crisis of the political registers in which it operates, it prevents defaulting to either a reconciliatory cynicism or a naive clinging to traditional political strategies« (vgl. Celikates & De Zeeuw 2015: 211).

Digitaler Ungehorsam manifestiert ein ereignishaftes Aufeinandertreffen der partikularen Praxis des Ungehorsams mit dem tradierten theoretischen Verständnis, das im Ereignis selbst teils aktualisiert, teils hinterfragt wird. Diesem Impuls des Hinterfragens des bisherigen und dominierenden Verständnisses von zivilem Ungehorsam geht diese Arbeit nach. Dabei ist der Ansatzpunkt der, die ungehorsamen Praktiken in ihrer jeweiligen Sprache und in ihrem jeweiligen politischen wie medialen Kontext zu betrachten, ohne neue oder ungewohnte politische Stimmen und Praktiken von vornherein disqualifizierend des Spielfeldes zu verweisen (vgl. Tully 2008a: 25). Eben dieser Moment, in dem politische Regeln in Frage gestellt werden und ihre Neuverhandlung provoziert wird, stelle, so Tully, eine Herausforderung und Aufgabe für die politische Philosophie dar – besonders dann, wenn die Stimmen und Handlungen der Provokateure ignoriert, marginalisiert oder sanktioniert werden (vgl. ebd.: 25).

Für die Darstellung von Ereignissen digitalen Ungehorsams in den ersten drei Kapiteln der Arbeit liegt das Augenmerk vor allem darauf, nachzuvollziehen, in welcher Weise die Ungehorsamen in einen Austausch von Gründen und Argumenten eintreten, die sowohl implizit in ihrer Handlung selbst zum Ausdruck kommen können als auch explizit durch das Begründen der Handlung als ziviler Ungehorsam. »The exchange of reasons in this broad sense of practices of

argumentation is both communicative and strategic, involving reason and rhetoric, conviction and persuasion. Participants exchange practical reasons over the contested criteria for the application of concepts in question (sense), including the concepts of ›reason‹ and ›reasonable‹, the circumstances that warrant the application of the criteria, the range of reference of the concepts and their evaluative force, in order to argue for their solutions and against others« (ebd.).

Das erste Kapitel der Arbeit hat daher insofern einen *explorativen* Charakter, als die Praxis des digitalen Ungehorsams reflektiert wird, ohne dass bereits klare Werturteilskriterien an jeden Einzelfall angelegt werden. Er wird als Praxis der zivilen Freiheit verstanden, die von Bürgern als Akteuren in einem spezifischen hegemonialen Kontext ausgeübt wird, um einem politischen Konflikt zu begegnen.

Die Ungehorsamen des Informationszeitalters kommen nicht unmittelbar persönlich (wie z.B. durch Interviews) in dieser Arbeit zu Wort, doch folgt mein Forschungsansatz grundlegend Tullys Ansatz der Public Philosophy »by trying to enter into the dialogues with citizens engaged in struggles against various forms of injustice and oppression« (Tully 2008a: 3). Ähnlich wie Tully verfolge ich das Ziel, einen reziproken Austausch herzustellen zwischen Überlegungen der politischen Philosophie als akademischer Disziplin und digitalem Ungehorsam als politischer Praxis von Mitmenschen, die durch ihr Tun in diesen Diskurs eintreten.

Diese Auseinandersetzung mit Fällen digitalen Ungehorsams stützt sich auf Medienberichte und soziologische sowie medienwissenschaftliche Untersuchungen, um zu verstehen, welche Formen digitalen Ungehorsams sich ereignet haben und welche Ausdrucksformen, Anliegen, Eigenheiten und Kontexte sie begleiten. Die umfangreiche Betrachtung digitalen Ungehorsams und dessen empirische wissenschaftliche Erforschung bringe ich im weiteren Verlauf der Arbeit in einen Dialog mit verschiedenen Theorien der politischen Philosophie, die sich vermehrt seit den 1960er Jahren mit zivilem Ungehorsam auseinandersetzt. Diese Theorieansätze werden nicht als strikt rivalisierend oder einander widersprechend betrachtet, doch sind die liberale und die radikal-demokratische Theorie, die ich vorstellen werde, auch nicht einfach als einander ergänzende Ansätze zu verstehen. Wie ich im Verlauf darlegen möchte, lassen sich an der liberalen Theorie konzeptionelle Probleme aufzeigen, die letztlich

dem demokratischen Anliegen einer kollektiven Selbstbestimmung – und damit dem Ziel der Public Philosophy als normativem Leitbild dieser Arbeit – nicht gerecht werden. Doch auch der anschließend erläuterte radikal-demokratische Ansatz, den ich als Basis eines Lösungsansatzes für ein adäquateres Verständnis von zivilem Ungehorsam vorstelle, hinterlässt Widersprüche und offene Fragen. Diese werde ich vor allem im siebten Kapitel erörtern, doch resultiert diese Erörterung selbst nicht in einem abschließenden Urteil, sondern bringt stattdessen eine neue argumentative Grundlage hervor, die ich als Teil jenes andauernden gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses betrachte, der sich im Denken und Handeln zivilen Ungehorsams manifestiert.

Tullys Ansatz ermöglicht eine kritische Reflexion der Niederlagen und Erfolge zivilen Ungehorsams und insofern einen politischen und gesellschaftlichen Lernprozess, der durch die Praxis des Denkens und Handelns stetig neu beginnt. Dieses Projekt ist damit selbst Teil des wechselseitigen Lernprozesses zwischen Praxis und theoretischer Reflexion, wobei sich ein gemeinsames normatives Ziel dieses Dialogs benennen lässt: »The general aim of these diverse civic activities is to bring oppressive and unjust governance relationships under the ongoing shared authority of the citizenry subject to them; namely, to civicise and democratise them from below« (ebd.).

Neben den Argumenten der digital Ungehorsamen, die sie durch ihre Meinungen und Handlungen zum Ausdruck bringen, nimmt die Arbeit kontinuierlich die Frage in den Blick, welche spezifische *Medialität* ihren digitalen Ungehorsams ausmacht und wie er dadurch digitale Formen zivilen Ungehorsams innoviert und neu bestimmt. Dem Gedanken, dass es entscheidend ist die mediale Ebene sozio-technischer Handlungen in den Blick zu nehmen um einem Phänomen, wie dem digitalen Ungehorsam, gerecht zu werden, basiert auf einem bestimmten Medienverständnis. Wie Münker (2008: 327) argumentiert, wohnt Medien stets ein Bedeutungs- und Effektüberschuss inne, »der dazu führt, dass Medien zumeist mehr sind, als sie zunächst scheinen; dass sie meist (auch) anderes tun, als sie eigentlich sollen – und dass sie das, was sie tun, immer wieder anders tun, als wir es zunächst erwarten«. Medien prägen unsere gesamte Lebenswelt und »führen, indem wir sie gebrauchen, dazu, dass wir über uns und die Welt, in der wir uns bewegen, immer wieder neu und anders nachdenken« (ebd. 328). Die grundlegende These dieser Arbeit knüpft an die-

sem Gedanken an, indem sie behauptet, dass digitale Medien uns dazu auffordern, die politische Kategorie des zivilen Ungehorsams neu zu hinterfragen und folgt weiter dem Aufruf, phänomenologisch zu untersuchen, welche technologischen Operationen dem digitalen Ungehorsam zugrunde liegen um die »bedeutungskonstitutive und welterschließende Rolle« der digitalen Medien in diesem Zusammenhang zu verstehen (ebd. 330).

Auf diesem Medienbegriff aufbauend, geht das hier vertretene Medienverständnis von der *Hybridität* von Medien aus und folgt dem Modell der *Medienökologie* (siehe hierzu: Postman 2000, Strate 2008, Dahlberg-Grundberg 2015, Fuller 2005, Kluitenberg 2006, Lindgren 2013).

Der Ansatz eines hybriden Medienverständnisses impliziert, dass Technologien von uns nicht nur benutzt werden, sondern eine Wechselwirkung zwischen Mensch und Maschine entsteht, die soziale wie individuelle Strukturen durchdringt. »A hybrid approach takes its epistemological basis as the entwinement and coexistence of online and offline political initiatives, spaces, activities, technologies and identities. [...] The concept of hybridity is here used as a term that ›defines a situation in which the borders between remote and contiguous contexts no longer can be clearly defined‹, forming a meshwork consisting of a constant covariation of immaterial space of flows and physical places, seeing the two as coterminous« (Dahlberg-Grundberg 2015: 4). Dieses Verständnis ist als Abgrenzung zu dichotomen Verständnissen zu sehen, wie jenem einer »network society«, das Manuel Castells entwirft. In Castells' Entwurf der Informationsgesellschaft versteht er das Netzwerk als neue und dominante Organisationsform. Castells erkennt zwei »opposing types of spatial logic, the logic of material places and locations (space of place) and the logic of intangible flows of information, communication, services and capital (space of flows)« (Kluitenberg 2006: 9; siehe hierzu Castells 1996).

Das Verständnis einer hybriden Medienökologie, dem ich hier folge, verwehrt sich dieser Gegenüberstellung des physischen Ortes und des angeblich *unphysischen* und zeitlosen Flusses von Information. Dementsprechend unterteilt sich das Erleben einer digitalisierten Welt nicht in ein klares On- und Offline oder in eine digitale und eine analoge Sphäre – wobei ich den Begriff des Digi-

talen wesentlich weiter fasse, als es seine ursprüngliche Wortbedeutung nahelegt (siehe hierzu Schröter & Böhnke 2004).²

Eher fließt die Nutzung neuer Technologien nahtlos in unser Erleben der Welt ein und macht es unmöglich, zwischen einem Leben oder einer Politik *on-* und *offline* zu unterscheiden (vgl. Isin & Ruppert 2015: 27).

»[T]he digital is reality, and it is society« (Lindgren 2008: 147). Diese Aussage beweist sich stetig in einer ubiquitären Digitalisierung der Welt im Großen, durch global vernetzte Weltmärkte und die technische Infrastruktur des Internets, wie im Kleinen, durch die enorme Verbreitung von Smartphones oder das sogenannte *Internet of things*.

Informations- und Kommunikationstechnologien sind zu omnipräsenten, wenn auch häufig unsichtbaren Begleitern geworden (vgl. Kluitenberg 2006: 11), die uns vorführen, dass unser Online- und Offline-Sein keine trennscharfen Zustände sind, sondern längst so sehr ineinander verwoben, dass ihre Unterscheidung befremdlich ist. Wie Isin und Ruppert es treffend formulieren: »It is not only our bodies that are connected through the Internet but also our devices in which our lives are embodied« (vgl. ebd.: 27).

Der Grundgedanke der Medienökologie ist letztlich tief verankert in der intellektuellen Denktradition der Medienwissenschaft, beginnend bei McLuhan, der mit seinem Credo »The medium is the message« (1964: 7) dazu aufrief, den Blick nicht vornehmlich auf Inhalte von Medien, sondern auf die Medien selbst zu richten, ohne die diese Inhalte nicht existieren könnten. Diese grundlegende These spricht der Beschaffenheit von Medien eine stärker determinierende Kraft in Bezug auf soziale und politische Strukturen zu, als unsere Intentionen oder Aussagen sie entfalten können (Strate 2008: 130). »Whatever the consequences of the messages we send, it is the media we use that play the leading role in human affairs; it is our technologies that shape us individually and

² Auch wenn der Begriff des Digitalen technisch nicht ganz zutreffend ist, werde ich ihn durchgängig in dieser Arbeit verwenden, da er zum einen nahelegt, dass es sich um einen Akt handelt, der eine technische Mediation einschließt, und zum anderen impliziert, dass die beschriebene Praxis (zumindest teilweise) innerhalb derjenigen Lebenspraxis zu verorten ist, die weitläufig in der Umgangssprache als *digital* beschrieben wird. Der Hauptgrund, aus dem ich mich für die Verwendung des Begriffs des *digitalen zivilen Ungehorsams* (anstelle von Begriffen wie *online* oder *elektronisch*) entschieden habe, ist, dass er meines Erachtens am stärksten die Konnotation dieser Lebenswelt und Lebenspraxis mit sich bringt. Das Adjektiv wird beigelegt, wenn wir davon sprechen, wie Informations- und Kommunikationstechnologien in Alltagsvorgänge integriert sind, aber auch, wenn wir uns mit den Eigenheiten der Kultur und Praxis auseinandersetzen, die durch unsere Nutzung entstehen.

collectively« (ebd.: 132). Technologien sind dabei nicht der ›unnatürliche‹ technische Gegenspieler des Menschen, sondern im Gegenteil selbst natürlich in dem Sinne, dass sie Teil einer Lebenswelt sind, in der Lebewesen sich an ihre Umwelt anpassen und sie kontinuierlich modifizieren. Der menschliche Körper und die menschliche Sprache sind in diesem Verständnis selbst primäre Medien, was auch bereits impliziert, dass Medien selbst wiederum Inhalte anderer Medien sind (vgl. ebd.: 131).

›Medienökologie‹ meint ein Modell zur Beschreibung der Koexistenz und wechselseitigen Interdependenz von menschlichen Akteuren und Technologien in ihren systematischen, dynamischen Verflechtungen »of processes and objects, beings and things, patterns and matter« (Fuller 2005: 2). Medien werden als Technologien verstanden, innerhalb derer Kulturen entstehen, »[giving] form to a culture's politics, social organization, and habitual ways of thinking« (Postman 2000: 10).

Digitale Technologien sind nicht (wie McLuhan es ursprünglich formulierte) als prothetische Erweiterung der menschlichen Handlungsfähigkeit zu verstehen, sondern definieren und strukturieren stattdessen in Wechselwirkung, welche Handlungen wahrscheinlich oder unwahrscheinlich, welche möglich und welche unmöglich sind. Dabei erleben wir gerade im Bezug auf digitale Technologien eine stetige Wandlung und kontinuierliche Neuerfindung der digitalen hybriden Medienökologie, als »steady evolution of new gadgets and applications as a multidimensional set of tools for organizing new types of interaction« (Lindgren 2013: 18), die von der wissenschaftlichen Reflexion eine fortwährende Re-theoretisierung einfordert.

Gleich jeder anderen menschlichen Praxis der Nutzung von Informationstechnologien ist auch digitaler ziviler Ungehorsam im eigentlichen Wortsinn kein *digitales*, sondern ein hybrides Phänomen. Es geht darin um die Erweiterung der politischen Praxis des zivilen Ungehorsams durch hybride Strategien, in denen ›das Internet‹ Medium, Forum und Gegenstand des Protests wird. Informations- und Kommunikationstechnologien determinieren dabei nicht vollständig, welche neuen Formen zivilen Ungehorsams entwickelt werden, »[rather] they define the range of possible actions we can take, and facilitate certain actions while discouraging others, indicating that media simultaneously hinder certain acts and make others possible« (Dahlberg-Greenberg: 3).

Mit dem Konzept der Medienökologie, wie ich es anwende, geht jedoch keine Interpretation von Technologien als *neutralen* Akteuren einher, für das McLuhan einstand (siehe hierzu Postman 2000: 11). Postman kritisierte diese Haltung und betonte im Kontrast zu McLuhan die Frage, »if our media ecology was making us better or worse« (ebd.: 12). Nun bin ich weder der Ansicht, dass Technologien je neutral sind, noch habe ich die Hoffnung, dass eine allgemeingültige ethische Bewertung von Technologien in einer pluralistischen Welt möglich oder hilfreich ist. Im Gegensatz zu Postman ist für mich die *politische* und nicht die *moralische* Qualität von Technologien das vordergründige Interesse; die Akzentsetzung ist also eine andere. Entscheidend für die Perspektive dieser Arbeit ist, in Anlehnung an Enzensberger (1970), die Unterscheidung, ob sich sozio-technische Praktiken repressiv oder emanzipatorisch auf Gemeinschaften auswirken (vgl. Lindgren 2013: 5). Damit verbunden ist auch die Frage, die Postman eher nachrangig behandelt, nämlich jene, inwieweit Medienökologien »help maintain a balance between a sense of social cohesion and individuality, both of which are necessary to a human democracy« (Postman 2000: 14).

Während heutige Technologien einerseits neue Formen der Zusammengehörigkeit und Kooperation ermöglichen (Münker 2009: 104), begünstigen sie andererseits eine *alienation* (vgl. Lindgren 2013: 139) von Individuen, also die Entfremdung von sozialen Zusammenhängen und die Isolation ihres Handelns. Das Handeln wird infolge dieser Entfremdung zur individuellen Interessenbefriedigung »jenseits« oder vielmehr diesseits eines gemeinsamen Politischen. Im Rückblick des Medienwandels führt das Zeitalter elektronischer und digitaler Medien zu einer ambivalenten Ausgangssituation, wie Lance Strate beschreibt:

»In contrast to print media, which maintain a sense of distance between reader and writer, electronic technologies, through their speed and audiovisual form, bring us together. At the same time, in contrast to face-to-face communication, the electronic media keep us apart. We are simultaneously together and apart. Consequently, we demand commitment from each other, and we run away from the demands of commitment. We expect each other to behave responsibly, and yet refuse to take responsibility for our behavior. We seek intimacy and depth, but find only surfaces. The synthesis of together and apart is a constant sense of connection, for example, as the cell phone makes us available at all

times, and a constant sense of dislocation, as the cell phone call interrupts and disrupts the pre-existing situation and imposes a new set of conditions upon us« (Strate 2008: 137).

Anders als für Postman, der nach einem moralischen und humanistischen Wert von Technologien fragt, geht es mir (unter Rückbezug auf Tully) um die Frage, ob und in welcher Weise Technologien politische (und im spezifischen Sinne demokratische) Selbstbestimmung im Akt des Ungehorsams fördern oder behindern. In meinen Betrachtungen werde ich also in den Blick nehmen, ob und wie Menschen als selbstbestimmte politische Subjekte mit Technologien interagieren oder ob sie stattdessen vorwiegend zu Objekten einer hegemonialen Struktur werden, die sich in und durch Technologien manifestiert. Digitaler Ungehorsam realisiert erfolgreich die Subversion eines technologischen Systems, doch wie Lindgren anmerkt »real power of disruptive attempts cannot be taken for granted« (Lindgren 2013: 140). Ob und wie dieselbe Subversion auf politischer Ebene angemessen, wirksam, erfolgreich oder überhaupt wünschenswert ist, ist eine davon unabhängige Frage, die in dieser Arbeit untersucht wird. Zu zivilem Ungehorsam werden digitale ungehorsame Handlungen erst dadurch, dass sie auch in Bezug auf hegemoniale Ordnungen (und aufgrund spezifischer Merkmale, denen sich diese Arbeit ausführlich widmen wird) als politische Handlungen zu deuten sind.

In Übereinstimmung mit Morozov, der fordert, dass »those who care about democracy will need to ditch both cyber-utopianism and Internet-centrism [and] today's quasi-religious discourse about the power of the Internet« (Morozov 2011: 276), nimmt diese Arbeit ihren Ausgangspunkt nicht von einem Technikzentrismus, sondern richtet den Blick auf *das Politische* in einem weiten Sinne und speziell auf seine außergewöhnliche Form, den zivilen Ungehorsam. So sehr Informations- und Kommunikationstechnologien soziale und politische Praktiken formen, verdeutlichen Akte digitalen Ungehorsam, dass »all social realities become, at least potentially, contestable and politicized« (Carpentier 2011: 40). Die Entstehung digitalen Ungehorsams konfrontiert uns nicht nur mit neuen Akteuren und neuen Praktiken, die politische Teilhabe teils subversiv und disruptiv beanspruchen, sondern auch mit einer Erweiterung dessen, was als politisches Anliegen artikuliert wird (vgl. ebd.: 39).

Bevor sich das erste Kapitel dem Spektrum der möglichen neuen Formen des digitalen Ungehorsams widmet, um aufzuzeigen, in welcher Weise digitale Medien die Praxis des zivilen Ungehorsams formen und durch ihre spezifische Kultur und technische Materialität herausfordern, wird der folgende Abschnitt zunächst den Begriff des zivilen Ungehorsams unter dem Aspekt seiner Entstehung und Entwicklung beleuchten und damit weiter aufzeigen, in welchem Kontext die hier gestellte Forschungsfrage heute zu sehen ist.

Zur Entstehung und Entwicklung des Begriffs des zivilen Ungehorsams

Der Begriff des Ungehorsams hat eine beeindruckende Vorgeschichte, die bis in die Antike zurückreicht (vgl. Laudani 2013). Dies gilt zumindest in einem weiten Sinne, insofern nämlich die Frage nach der Pflicht des Bürgers zum Gehorsam und nach einem moralischen Recht auf Ungehorsam die Philosophie von Anbeginn beschäftigt hat.³

Das erste tatsächliche Auftreten von zivilem Ungehorsam im engeren Sinne auszumachen, ist hingegen eine historische Interpretationsaufgabe. Lewis Perry behauptet, dass der erste Akt, der aus heutiger Sicht als ziviler Ungehorsam aufzufassen ist, in Amerika stattfand, und zwar im Jahr 1829. »[O]ver a dozen Presbyterian-Congregationalists missionaries refused to cooperate with Georgia laws aimed at removing the Cherokees« (Perry 2013: preface).

Auch wenn dies historisch richtig sein mag, wurde der Begriff des *civil disobedience* erst etwa 30 Jahre später geprägt. Sicher ist jedoch: Die Zusammenführung der Worte ›zivil‹ und ›Ungehorsam‹ erfolgte zuerst im Englischen.

Henry David Thoreau beschrieb in seinem Essay »Resistance to Civil Government« seine Überzeugungen, die ihn zwei Jahre zuvor dazu gebracht hatten, der amerikanischen Regierung gegenüber den Gehorsam kurzzeitig zu verweigern, indem er seine Steuern nicht zahlte. Nach einer Nacht im Gefängnis löste

³ Ein Beispiel der frühen Auseinandersetzung findet sich in Platons Dialog Kriton. Dieser thematisiert das Schicksal des Sokrates, der aufgrund der Verbreitung seiner philosophischen Ideen der Gottlosigkeit und Verführung der Jugend bezichtigt wird. Obwohl Kriton, der ihn im Gefängnis besucht, Sokrates

zur Flucht zu bewegen versucht, zieht dieser den Tod als Konsequenz seines geistigen Ungehorsams vor (vgl. Eigler 1990). Ein weiteres relativ frühes Beispiel, welches die Debatte über den Ungehorsam des Menschen in der vormodernen politischen Theorie indirekt weiterführt, ist Étienne de la Boéties Abhandlung über die freiwillige Knechtschaft des Menschen (vgl. Boettie 1968).

ihn eine Verwandte aus. Auch wenn er selbst nicht die Begrifflichkeit des zivilen Ungehorsams prägte, wird sie oft fälschlicherweise auf ihn zurückgeführt (vgl. Celikates 2014a: 207; Laker 2005: 162). Tatsächlich wurde der Begriff anscheinend nachträglich von amerikanischen christlich-abolitionistischen Aktivisten mit Thoreaus Essay in Verbindung gebracht. Der Essay erhielt erst postum 1866 in der Ausgabe »A Yankee in Canada, with Anti-Slavery and Reform Papers« den Titel *Civil Disobedience* (vgl. Laker 2005: 162; Laker 1986: 21; Laudani 2013: 94). Dennoch schuf Thoreau mit seinem Essay einen amerikanischen Klassiker, der später nicht zuletzt auf Gandhis Leben und Werk und damit auf die aktivistische Tradition des zivilen Ungehorsams starken Einfluss ausübte (vgl. Laker 2005: 162).⁴

Der deutsche Begriff des zivilen Ungehorsams ist auf das englische ›civil disobedience‹ zurückzuführen (vgl. Laker 2005: 162). Das im Englischen zugrundeliegende Verb ›to obey‹, das im Deutschen meist als ›jemandem gehorchen‹ übersetzt wird, ist vom Lateinischen *oboedire* herzuleiten, das ebenfalls ›gehorsamen‹ bedeutet; das entsprechende Substantiv im Lateinischen ist *oboedientia*.

»The ›disobedience‹ of civil disobedience effectively stipulates the existence of an authority that has power (though not unlimited power, and not necessarily legitimate power) to require obedience to a directive or directives in the form of rule(s), law(s), custom(s), etc.« (Schroeder 2007), schreibt Steven Schröder zur Bedeutung dieses Begriffsbestandteils. Weiter führt Schroeder aus, dass im Begriff des Ungehorsams die Möglichkeit des Gehorsams stets mitgedacht ist und somit dem Begriff eine Entscheidung des Akteurs zwischen Ungehorsam und Gehorsam inhärent ist.

Heinz Klegler schreibt dem Begriff des Ungehorsams im Deutschen einen negativeren Charakter als im Englischen zu (vgl. Klegler 1993: 185). Dem kann man jedoch hinzufügen, dass dem Begriff zugleich etwas Emanzipatorisches anhaftet. Das Wort *Ungehorsam* meint ein absichtliches Nicht-Befolgen oder Verletzen von bestimmten Rechtsnormen oder Befehlen (vgl. ebd.: 185).

⁴ Nicht nur dieser Begriffsursprung beruht auf einem historischen Missverständnis. Häufig wird aus theoretischer Sicht auch Thoreaus Akt des Ungehorsams nicht als ziviler Ungehorsam verstanden, etwa bei Rawls (vgl. Rawls 1979: 405) und Arendt (vgl. Arendt 2000: 289).

Das Wort ›zivil‹ hat im Deutschen wie im Englischen mehrere Bedeutungen. Es stammt etymologisch vom lateinischen *civilis* ab und bedeutet dort »den Bürger betreffend oder bürgerlich« (ebd.: 185). Hinsichtlich der Bedeutung des Wortes ›zivil‹ im Zusammenhang mit dem Ungehorsam sind verschiedene Interpretationen zu finden: Hugo Adam Bedau sieht eine begriffliche Nähe zu ›civic‹ und meint: »Hence the disobedience is properly called ›civil‹ because it is part of the civil life of society« (Bedau 1991: 7). Steven Schroeder ergänzt, dass dem Begriff ›civil‹ im Englischen bereits die Dimension des Öffentlichen anhafte: »[C]ivil disobedience has the sense of civilis, relating to a citizen or to public life« (Schroeder 2007). Gandhi hingegen verstand das *Zivile* des Ungehorsams als Moderatheit in der Durchführung: »It signified the resister's outlawry in a civil, i.e., non-violent manner. [...] It is civil in the sense that it is not criminal« (Gandhi 1987: 7).

Für andere Autoren ist diese Auslegung als moderate Handlungsart die weniger tragende. Ihrer Ansicht nach geht es nicht darum, dass der Ungehorsam besonders angenehme Formen annimmt (vgl. Celikates 2010: 294). Bedeutsam sei hingegen die Abgrenzung von *zivil* gegen *militärisch*. Zivil Ungehorsame nutzen keine Waffen, agieren nicht mit einer militärischen Strategie oder mit einem militärischen Ziel, sondern ihre Beweggründe gehen gänzlich aus einem bürgerlichen, nicht-militärischen Interesse hervor, selbst wenn einzelne Handlungen (wie eine Blockade) auch in einem militärischen Kontext vorkommen können.

Was sich schon früh zeigt und bis heute bewahrheitet: Die Frage nach dem Ungehorsam ist keineswegs eine nebensächliche, sondern stellt im Gegenteil eine paradigmatische Kernfrage der Politik dar, deren Relevanz von der Antike bis zu den heutigen Demokratien unbestritten ist. Wie Laudani in seiner begriffsgeschichtlichen Auseinandersetzung meint, kann Ungehorsam jedoch gerade als exemplarisches Symptom des widersprüchlichen gedanklichen Fundaments der modernen Politik gesehen werden. »The same experience of obedience that allows modern law to host a conscience motivated by principles such as reason, freedom, and equality also imposes fundamental checks on that same conscience, limiting its ability to fully or completely realize any of its motivating principles« (Laudani 2013: XI).

Zivilen Ungehorsam in seiner gedanklichen Tradition und seiner heutigen Relevanz zu verstehen, bedeutet daher immer auch, die Frage nach der politischen Notwendigkeit des Gehorsams und der moralischen Güte des Ungehorsams neu zu stellen. Hinterfragt werden damit nicht nur die situativen Begebenheiten eines einzelnen Falles von zivilem Ungehorsam, sondern zugleich das politische System, die zugrundeliegenden Machtstrukturen, in denen es zu diesem Konflikt kommt, und die aus dem politischen System abgeleitete Berechtigung, Gehorsam einzufordern.

In den letzten Jahren erlebt der Begriff und auch die Praxis des zivilen Ungehorsams eine regelrechte »Renaissance« (Papst 2012). Der Begriff ist in den letzten Dekaden weltweit immer häufiger zu finden (vgl. Roberts & Garton Ash 2009: 25). Man begegnet ihm in politisch-sozialen Debatten, weil er als Beschreibung von bestimmten Protesthandlungen verwendet wird, er bezeichnet also eine spezifische politische Protestform (vgl. Hahn 2008: 1365). Allgemein lässt sich sagen, dass ziviler Ungehorsam als eine spezielle Form kritischer Partizipation und bürgerlichen Widerstands zu sehen ist (vgl. Roberts & Garton Ash 2009: 4). Ziviler Ungehorsam überschreitet als Protestform die Grenze des positiven Rechts und stellt sie in Frage; insofern ist er ein ambivalentes Phänomen, das sich zwischen legalem Protest auf der einen Seite und militantem Protest oder organisierten gewaltsamen Aufständen gegen Regierungen auf der anderen Seite bewegt (vgl. Brownlee 2007).

Bei dem Stichwort *ziviler Ungehorsam* denkt man vermutlich zuallererst an einzelne historische Protestereignisse. Bekannte und viel zitierte Beispiele sind der Bus-Boycott von Rosa Parks sowie im Allgemeinen die amerikanische Bürgerrechtsbewegung um Dr. Martin Luther King oder der Salzmarsch von Mahatma Gandhi im Kontext der indischen Unabhängigkeitsbestrebungen (vgl. Bruhn 1985). In Deutschland wird der Begriff seit den späten 1970er Jahren verwendet (vgl. Laker 2005: 162). Hier sind es möglicherweise Beispiele aus der Friedens- und Umweltbewegung wie die Proteste gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland oder in jüngster Zeit gegen den Bahnhofsbau in Stuttgart (bekannt geworden als Stuttgart 21), die mit dem Begriff des zivilen Ungehorsams assoziiert werden. Abseits dieser öffentlichen Debatten findet der Begriff jedoch auch in den Diskursen verschiedener Wissenschaften, im Besonderen der Rechtswissenschaft Beachtung.

Ziviler Ungehorsam in Wissenschaft und Recht

Die gängige Herangehensweise der Erörterung von zivilem Ungehorsam in der politischen Philosophie folgt John Rawls, indem zunächst die Begriffsdefinition, dann die Frage der Rechtfertigung diskutiert wird, worauf in einem dritten Schritt Überlegungen zur Rolle des zivilen Ungehorsams in der Gesellschaft folgen (vgl. Rawls 1979: 399ff.). Im Anschluss daran werden häufig die Frage nach einem Recht auf zivilen Ungehorsam und mögliche Sanktionen diskutiert (siehe beispielsweise Brownlee 2007). Die beiden wichtigsten und am grundlegendsten diskutierten Kernfragen sind jedoch: »What makes a breach of law an act of civil disobedience? When is civil disobedience morally justified?« (ebd.), also jene nach der Definition und der Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam. Viele Definitionen von zivilem Ungehorsam setzen ausdrücklich oder implizit einen staatlichen Handlungsrahmen voraus. Damit verstehen sie zivilen Ungehorsam als ein Konzept, das ausschließlich das Verhältnis zwischen den Bürgern eines Staates und institutionellen Instanzen desselben Staates betrifft. Abgesehen davon, dass dieses Modell heute so in der Praxis nicht mehr ganz zutreffend ist, ist auch die Grundannahme bereits verkürzt, da dem zivilen Ungehorsam an sich ein kommunikatives Dreiecksverhältnis zugrunde liegt: zwischen dem Ungehorsamen, dem Adressaten des Protestes und der politischen Gemeinschaft von Mitmenschen (Smith 2010: 153). Einige Definitionen gehen zusätzlich davon aus, dass ziviler Ungehorsam »historisch und begrifflich an die Existenz demokratisch-rechtsstaatlicher Rahmenbedingungen moderner Prägung gebunden« (Laker 2005: 162) sei. Andere wiederum sprechen von zivilem Ungehorsam als politischer Protestform auch in ungerechten und nicht-demokratischen Staaten (vgl. 2008: 1366).

Stillschweigend wird in der alltäglichen Kommunikation häufig ein allgemein geteiltes Verständnis des Begriffs des zivilen Ungehorsams vorausgesetzt, obwohl ein solches nach einer empirischen Studie von Behr et al. keineswegs gegeben ist (Behr et al. 2014). Die Untersuchung zu Haltungen der Bürger zu zivilem Ungehorsam im internationalen Vergleich von sechs Nationen zeigt außerdem, dass auch die Frage der legitimen Mittel des zivilen Ungehorsams und jene der situativen Angemessenheit sehr umstritten sind. Gleichzeitig werden global betrachtet zunehmend diverse Protestformen mit dem Begriff des zivilen

Ungehorsams bezeichnet, wodurch sich die Annahme, es gebe eine unstrittige Lesart des Begriffs, womöglich noch verfestigt. Vielen bekannten Definitionen ist gemein, dass sie zivilen Ungehorsam als einen Schutz- und Legitimationsbegriff verstehen; wie Henning Hahn es ausdrückt, ist ziviler Ungehorsam ein »moralisch legitimationsfähiger Rechtsbruch« (Hahn 2008: 1365). Ziviler Ungehorsam ist demnach kein normativ neutraler Begriff, sondern im Gegenteil ohne eine normative Wertung gar nicht zu bestimmen (vgl. Celikates 2011b). Allerdings ist ein Rechtsbruch, der als ziviler Ungehorsam bezeichnet wird, dadurch nicht *per se* gerechtfertigt. Kommt man zu der Ansicht, dass es sich bei einem Protestakt um zivilen Ungehorsam handelt, so ist damit die Debatte um die Rechtfertigung erst *eröffnet*. Schließlich geht es bei zivilem Ungehorsam um einen mit dem positiven Recht konfligierenden Akt, dessen Rechtfertigung möglich ist, nicht um einen *per se gerechtfertigten* Rechtsbruch.

In vielen Theorien zu zivilem Ungehorsam sind jedoch beide Ebenen, die begriffliche und die Ebene der Rechtfertigung, schwer voneinander zu trennen. Diese zweite Perspektive, also die Perspektive einer Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam, ist jedenfalls nicht selbstverständlich, da sich leicht argumentieren lässt, dass für zivilen Ungehorsam in einer Demokratie gar kein Platz sei; schließlich handelt es sich um eine Gesetzeswidrigkeit. Im Rahmen eines formalen Verständnisses des politischen Systems, dem zufolge positives Recht aus demokratischen Prozessen resultiert, ist ziviler Ungehorsam nicht zu legitimieren, da legitimes Recht und legitimer Rechtsbruch in unauflöslichem Widerspruch zueinander stehen. Man könnte der Meinung sein, dass Konflikte, abweichende Meinungen und Einfluss auf Entscheidungen in einer funktionierenden Demokratie über rechtskonforme Institutionen ausgetragen werden müssen. Folgt man dieser Ansicht, wozu bräuchte eine Demokratie zivilen Ungehorsam?

Folgt man einer solchen Argumentation, steht ziviler Ungehorsam schnell im Verdacht, nur Instrument einer »Diktatur der Minderheit« (ebd.) zu sein, eine Protestform, die die institutionellen Wege der Einflussnahme scheut und eigene Interessen auf andere Weise durchsetzen möchte. So könnte man den zivil Ungehorsamen den Vorwurf machen, ihre Rechte über die der anderen Mitbürger zu stellen und eine höhere Bedeutung ihrer Partizipation für sich zu beanspruchen. Mehr noch, zivil Ungehorsame stellen sich scheinbar auch über das Ge-

setz, da sie es brechen und dafür eine Rechtfertigung zu haben beanspruchen, die aus den Gesetzen selbst nicht folgt. Wiederkehrend richten sich daher Stimmen gegen die Anerkennung von zivilem Ungehorsam als notwendige politische Praxis einer Demokratie (vgl. Quill 2009: 7).⁵ Manche Autoren betrachten zivilen Ungehorsam im Falle gut ausgebauter demokratischer Institutionen als »überflüssig« (Nescher 2013) und befürchten eine im Rechtsstaat unnötige Gefährdung der Stabilität eines Staatssystems. Andere erachten zivilen Ungehorsam gar als bedeutungslose, ineffektive Form der Kritik (vgl. Storing 1991). Dennoch herrscht unter vielen politischen Philosophen oder Theoretikern, die zwar im Detail über zivilen Ungehorsam streiten mögen, Einigkeit darüber, dass er ein unabdingbares, teils stabilisierendes, teils transformierendes Element einer reifen, lebendigen Demokratie ist und »notwendiger Bestandteil ihrer politischen Kultur« (Habermas 1983b: 32). Diese Vorstellung einer grundlegenden Notwendigkeit zivilen Ungehorsams folgt aus einer anderen gedanklichen Herangehensweise. In der Debatte der politischen Philosophie wird die Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam nicht in einem formellen rechtsdogmatischen Sinne diskutiert, sondern allein in einer moralisch-politischen Dimension, die sich keineswegs deckungsgleich im positiven Recht oder in demokratischen Prozessen abbildet.

Dennoch ist ein Rechtsbruch, egal ob er als ziviler Ungehorsam verstanden wird oder nicht, strafbar. Auch unter Juristen wird daher der Begriff des zivilen Ungehorsams diskutiert, wenngleich es sich nicht um einen juristischen Tatbestand im engeren Sinne handelt. Es gibt weder ein formales Recht auf zivilen Ungehorsam noch kann andererseits jemand aufgrund des Tatbestandes des zivilen Ungehorsams angeklagt werden. Dennoch wird der Begriff auch seitens der Rechtswissenschaft kontrovers diskutiert, da er zur Praxis des Straf- und Zivilrechts gehört und darüber hinaus von einigen Rechtstheoretikern mit dem Widerstandsrecht in Verbindung gebracht wird (vgl. Dreier 1983).

Grundsätzlich sieht das Gesetz bei gleicher Handlung das gleiche Strafmaß vor. Demnach sind prinzipiell Rechtsbrüche, die politisch als ziviler Ungehorsam

⁵ Jürgen Habermas beispielsweise richtete 1983 seine Rede vor dem Forum der SPD gegen solche Stimmen, insbesondere gegen die Regierungsvertreter Zimmermann und Spranger sowie die FAZ, die damals über Monate die Aussage »Gewaltloser Widerstand ist Gewalt« wiederholte (Habermas 1983b: 9).

sam eingeordnet werden, genauso zu bestrafen wie vergleichbare kriminelle Rechtsbrüche (vgl. Hahn 2008: 1367). Die Frage, ob dies in der Rechtspraxis stets so gehandhabt wird, ist schwer zu beantworten. Hahn weist darauf hin, dass es, sofern die zugrundeliegende Straftheorie auf Abschreckung basiert, denkbar wäre, dass der Rechtsbruch, der mit dem zivilen Ungehorsam einhergeht, eher härter bestraft wird als eine vergleichbare unpolitische Tat. Schließlich, so Hahn, setze sich der oder die Ungehorsame über das Gesetz hinweg, und darüber hinaus habe der Akt des zivilen Ungehorsams eine symbolische Wirkung, die nach dieser Ansicht besonders hart bestraft werden müsse (vgl. ebd.). Philosophen wie beispielsweise Ronald Dworkin haben sich gegen diese auf Abschreckung beruhende Straftheorie ausgesprochen und ganz im Gegenteil gefordert, dass der zivile Ungehorsam von den Gerichten so weit wie möglich zu tolerieren sei, da es um einen gesellschaftlich wichtigen Interpretationsstreit um Grundrechte gehe, über den ein Gericht nicht eigenmächtig urteilen solle (vgl. ebd.: 1367).

Die stets entscheidende Frage bleibt jedoch, was unter zivilem Ungehorsam verstanden werden soll – zumal wenn auf dieser Grundlage bestimmte gesetzwidrige Handlungen straffrei bleiben sollen. Diese Frage eröffnet in der politischen Theorie ein weites Feld, da es so zahlreiche im Detail unterschiedliche Verständnisse von zivilem Ungehorsam gibt, dass es hier nicht zielführend wäre, alle Autoren zu erwähnen oder alle möglichen Sichtweisen darzulegen. Stattdessen soll der nächste Abschnitt einen groben Überblick über die Debatte geben.

Der Großteil der vorhandenen Literatur zu zivilem Ungehorsam stammt aus den 1960er und frühen 1970er Jahren und war eine Reaktion auf Kritiker der Bürgerrechtsbewegung wie der Bewegung gegen den Vietnamkrieg in den USA (vgl. Lyons 1998: 31). Zunächst wurde die Debatte stark durch amerikanische Autoren geprägt, was mit der Beobachtung von Ronald Dworkin oder Hannah Arendt einhergeht, ziviler Ungehorsam sei ein in erster Linie amerikanisches Phänomen (vgl. Arendt 2000: 306; Dworkin 1985: 104f.). In Deutschland wurde der Diskurs um zivilen Ungehorsam besonders in den 1980er Jahren, im Zuge von Protesten gegen die Stationierung amerikanischer Atomwaffen, virulent (vgl. Altnöter 2012: 12). Die wohl einflussreichste Abhandlung zu zivilem Ungehorsam stammt von John Rawls und ist in seiner *Theorie der Gerechtigkeit* zu

finden, die als *politisch-liberale* Theorie eingeordnet wird (vgl. Rawls 1971). Die weitreichende Bekanntheit dieses Ansatzes könnte auch damit zusammenhängen, dass Rawls' Ausführungen wohlstrukturiert, umfassend und eingängig sind – was nicht auf alle bekannten Auseinandersetzungen mit zivilem Ungehorsam zutrifft.

Rawls bietet eine Definition, Rechtfertigung, Reflexion und Abgrenzung an, die es erleichtert, das ambivalente Phänomen des zivilen Ungehorsams zu fassen. Weitere bekannte, wenn auch teilweise weniger systematische Auseinandersetzungen stammen beispielsweise von Jürgen Habermas (Habermas 1983b), Ronald Dworkin (Dworkin 1984), Howard Zinn (Zinn 1991a), Joseph Raz (Raz 1994), Hannah Arendt (Arendt 2000) sowie Michael Walzer (Walzer 1970a), wobei vor allem den beiden letzteren Ansätzen im Laufe der Arbeit wesentliche Aufmerksamkeit zukommen wird.

Auch die jüngere Philosophie setzt sich im Anschluss an diese Ansätze mit der Bedeutung zivilen Ungehorsams für heutige Gesellschaften auseinander. Namhafte zeitgenössische Denkerinnen und Denker, die sich mit dieser Materie auseinandergesetzt haben, sind u.a. David Lefkowitz (Lefkowitz 2007), Andrew Sabl (Sabl 2001), Kimberly Brownlee (Brownlee 2012), William Scheuerman (Scheuerman 2015), William Smith (Smith 2011), Daniel Markovits (Markovits 2005) sowie Robin Celikates (Celikates 2010).

Der philosophische Diskurs um zivilen Ungehorsam ist weit entfernt von einer vollumfänglich einheitlichen Definition oder anerkannten Rechtfertigungskriterien. Im Gegenteil gehen mit verschiedenen Auslegungen des Begriffs gravierende Meinungsverschiedenheiten einher; so beispielsweise bezüglich des Verständnisses von Demokratie, von politischer Öffentlichkeit oder bürgerlichen Rechten und Pflichten.

Neben diesem ohnehin kontroversen theoretischen Diskurs befindet sich ziviler Ungehorsam auch in der Praxis in einem Wandel. Er spielt eine prominente Rolle als Teil eines in der Tendenz allgemein zunehmenden zivilen Protests weltweit, der besonders im Laufe der letzten Jahrzehnte mit verschiedensten Anliegen öffentlich sichtbar wurde. Phänomene wie die Occupy-Bewegung, die sich an unzähligen Orten der Welt zeigt, verdeutlichen die Aktualität zivilen Ungehorsams als eines politischen Konzepts von globaler Bedeutung (vgl. Juris 2012). Auch der Arabische Frühling wird von manchen Autoren als Bewegung

im Zeichen des zivilen Ungehorsams gesehen (vgl. Howard 2012), wobei diese Einordnung die Grenze zwischen zivilem Ungehorsam und revolutionären Umbrüchen womöglich in problematischer Weise überdehnt. Was sich jedoch zeigt, ist, dass der Begriff des zivilen Ungehorsams rege Verwendung findet und in den unterschiedlichsten neuen Kontexten, von lokal begrenzten Ausprägungen bis hin zu globalen Bewegungen, eine neue Bedeutung erhält.

Der Wandel zivilen Ungehorsams steht in Zusammenhang mit vornehmlich zwei paradigmatischen Faktoren der globalen Ordnung, deren Verständnis je für sich genommen die Größenordnung dieser Arbeit übersteigen würde: der Globalisierung und der Digitalisierung der heutigen Lebenswelt. Beide Faktoren sind kaum getrennt zu betrachten, da sich zahlreiche Synergien, parallele Entwicklungen und Verflechtungen zwischen ihnen erkennen lassen. In dieser Arbeit liegt auf der Frage, wie sich ziviler Ungehorsam im Zuge der Digitalisierung verändert hat, das Hauptaugenmerk. Dem Internet als Plattform, Werkzeug und Schauplatz kommt im Wandel des zivilen Ungehorsams eine tragende Rolle zu, die ich im Folgenden einleitend vorstelle.

Wie der Ungehorsam das Netz erreichte. Digitaler Ungehorsam als soziale Praxis

In der Geschichte des Internets gibt es zweifelsohne ein Kapitel der politischen Subversion, der disruptiven Innovation und auch des Ungehorsams, das die Evolution desselben maßgeblich mit beeinflusst hat (siehe hierzu Bazzichelli 2011).

In der frühen Phase der globalen digitalen Vernetzung herrschte eine große Euphorie nicht zuletzt dahingehend, dass dem Internet ein Mythos der Vereinigung und Demokratisierung angeheftet wurde (siehe hierzu Meikle 2010; Münker & Roesler 1997). Die Entstehung des World Wide Webs, die das Internet in die privaten Haushalte und den Alltag vieler Menschen brachte, fiel in den 1990er Jahren in eine Phase der heraufziehenden Krise der Demokratie (vgl. Van De Donk et al. 2004: X) und in ein Jahrzehnt, das auch als »Age of Resistance« (Douzinas 2013: 8) bezeichnet wird. Dies verstärkte möglicherweise die Tendenz, das Internet nicht nur als technische Innovation, sondern auch als Hoffnung für politische Revolutionen zu deuten und ihm das Potential zuzusprechen, die Demokratie zu unterstützen oder gar zu *retten* (vgl. Van De Donk

et al. 2004: X). Der Personal Computer an sich wurde als »model of activism« (Ziccardi 2013: 2) verstanden, der das Ethos der Informationsfreiheit und der Partizipation der frühen Hackergeneration in die Gesellschaft tragen sollte. Die radikale Idee, dass Technologien tatsächlich die Welt verbessern könnten, war verbreitet wie nie zuvor (vgl. ebd.: 2).

Auch wenn zahlreiche Vertreter das Internet nach wie vor als Medium der Partizipation und des sozialen Wandels feiern, ist bis zum heutigen Tage die erhoffte demokratisierende Wirkung nicht eindeutig sichtbar. Die Idee des Internets als staatenlosen freien Raums (siehe hierzu Barlow 1996a) und die Utopie des Internets als *Liberalisierungstechnologie* (vgl. Ziccardi 2013: 81) verblasste zusehends angesichts erheblicher Einwände und gegenteiliger Darstellungen der politischen Effekte (vgl. Goldsmith & Wu 2008; Sifry 2014; Morozov 2011). Trotz seiner dezentralen Netzwerkstruktur instanziiert das Internet ein System sozialer und technischer Kontrolle, in dem kapitalistische hegemoniale Strukturen überwiegen (vgl. Fuchs 2011, Morozov 2011, Galloway 2004).

Christian Fuchs vertritt die These, dass das Internet im Kern »contradictory, dialectical potentials« (Fuchs 2008: 290-291) habe, da es einerseits für neue Formen und Qualitäten von Beherrschung und marktwirtschaftlicher Konkurrenz stehe und andererseits für neue Möglichkeiten der Partizipation und Kooperation, die eben diese Beherrschung hinterfragen und alternative Modelle aufzeigen. »It is an agonistic space that by producing new networks of domination also produces potential networks of liberation that undermine the centralization of wealth and power« (ebd.: 119-120).

Auch die grundlegende Überzeugung, dass mit dem bloßen Zugang zum Internet bereits einem demokratischen oder emanzipatorischen Ideal gedient sei, lässt sich hinterfragen. Simon Lindgren fordert zu Recht: »[T]he idea that increased access to technology equals more democracy [...] needs to be debunked. [...] One must always keep in mind that new technologies will always empower some while disempowering others« (Lindgren 2013: 15).

Relativ unstrittig scheint jedoch, dass die Entwicklung von einer passiven zur interaktiven Mediennutzung ein starkes transformatives und progressives Potential mit sich bringt (ebd.: 4). Die partizipative Medienkultur des Internets erzeugt ohne Frage neue Voraussetzungen der politischen Kommunikation und des politischen Handelns in modernen Gesellschaften (vgl. Meikle 2010: 363,

Münker 2012: 103f.), wobei, wie Fuchs schreibt, die Stilisierung des Internets zu einem partizipativen Medium auch ideologische Dimensionen hat (Fuchs 2011: 265ff.). Letztlich ist Partizipation nicht *an sich* mit deliberativen oder demokratischen Werten verbunden, sondern begünstigt unabhängig von Kriterien der politischen Qualität und moralischen Güte auch menschen- und demokratiefeindliche Initiativen (vgl. Münker 2008: 75).

Ungeachtet dessen sind digitale Technologien aus der politischen Organisationsarbeit, der Mobilisierung der Zivilgesellschaft sowie aus Protestkampagnen nicht mehr wegzudenken. »[The internet] has influenced almost every aspect of politics, and its presence in politics is ubiquitous« (vgl. Isin & Ruppert 2015: 3). Dabei ist die Rolle des Internets für neue Formen der globalen politischen Intervention wesentlich bedeutsamer, als dass sie nur darin bestünde, die Kosten für Kommunikation zu senken oder zeitliche und geographische Barrieren aufzuheben. Gerade Protestanliegen, die ohnehin jenseits lokaler Politik ansetzen wie die Umwelt- oder die Alterglobalisierungsbewegung, finden im Netz Möglichkeiten, Öffentlichkeit mit einer neuen Reichweite zu erzeugen.

Die Präsenz digitaler Kommunikation im politischen Protest geht so weit, dass es zu einer viel diskutierten Frage der Wissenschaft geworden ist, welche Rolle digitale Öffentlichkeiten, soziale Netzwerke, aber auch die technische Infrastruktur des Internets für politische Bewegungen spielen. Wissenschaftliche Auseinandersetzungen vollziehen nach, welchen Einfluss Technologien auf politische Maßnahmen und Gesetzgebung haben und in welcher Weise sie zu einer neuen Form der globalen Protestkultur führen (siehe hierzu Van De Donk et al. 2004: 18; Calderaro & Kavada 2013; Coenen et al. 2012; Hands 2011). Die Auswirkungen der Informations- und Kommunikationstechnologien auf politische Entwicklungen sind dabei zuallermeist ambivalent und aus analytischer Sicht »rather sketchy« (vgl. Van De Donk et al. 2004: X).

Protest über oder mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien stelle nicht in erster Linie einen Ersatz bisheriger Protestformen dar, sondern erzeuge eher eine Vielzahl an »new revolutionary patterns« (Van De Donk et al. 2004: 17), die sich vielerorts in bestehende Praktiken integrieren. Die Medienforschung spricht von Anzeichen »that the new ICTs are playing a much more significant role in the extra-parliamentarian context, in fact even enabling forms of participation that would not have been possible without them« (vgl. ebd: X).

Ein besonderes Potential des Internets im Vergleich mit früheren Arten der Mediennutzung ist die sogenannte Co-Creation (vgl. Ziccardi 2013: 314) oder Interkreativität, ein digital vermittelter und kollaborativer Prozess des Herstellens von Dingen oder Lösens von Problemen, der die Idee des Interaktiven in ihrem Potential noch weit übersteigt (vgl. Meikle 2010: 363).

Widerstandspraktiken, die mit und durch Informations- und Kommunikationstechnologien zur Umsetzung kommen, bilden ein breites Spektrum an Handlungsformen. Zum einen lassen sich zahlreiche Praktiken beschreiben, die als Ausdruck eines *Nichteinverstandenseins* mit der Vorgehensweise von Technologieanbietern zu verstehen sind und sich mit technologischen Mitteln gegen ungewollte Mechanismen zur Wehr setzen.

Legale Maßnahmen wie der Einsatz von Adblockern, die Nutzung von anonymisierender Browsersoftware oder Verschlüsselung von E-Mails werden oft als »digitale Selbstverteidigung« (digitalcourage 2015) gegen ungewollte Werbung oder gegen das Sammeln von Daten bezeichnet und sind heute weit verbreitet. Auch Tools, die das Sammeln von Datenspuren durch Browseraktivität unterbinden, diese Daten für den Nutzer sichtbar oder mit zusätzlichen Daten als Verschleierungstaktik für Dritte unbrauchbar machen, wie in Hellen Nissenbaums und Finn Burtons Buch »Obfuscation« (Burton & Nissenbaum 2015) beschrieben, können als Form der Zuwiderhandlung gegen die Regeln der Technologieanbieter verstanden werden. Ihr Einsatz ist jedoch zuallermeist legal (oder rechtlich nicht geklärt).

Im Zuge der frühen Euphorie der digitalen Ära wurden digitale Technologien als Lösung für Probleme und Schwächen bestehender Formen des Protests beschrieben und prognostiziert, dass auch Akte zivilen Ungehorsams von neuen Technologien profitieren werden: »Moreover, due to the development of [...] the internet, civil disobedience is now a collective means of action which is easily practiced because of the high visibility it causes and the low cost of effort that it demands« (Bentouhami 2007). In der frühen Phase des World Wide Web wurde es beinahe zu einem wiederkehrenden Topos, digitalen politischen Dissens als elektronischen zivilen Ungehorsam einzuordnen (vgl. Isin & Ruppert 2015: 161). Mit einer stärkeren Etablierung weiterer Taktiken, einer steigenden medialen Aufmerksamkeit und gesetzlichen Änderungen entwickelt sich inzwischen jedoch jenseits der einstigen heroischen Rhetorik eine kritischere Debat-

te, die sich mit Fragen der Rechtfertigung einzelner Taktiken beschäftigt und die tatsächliche Bedeutung von digitalen Technologien für politische Interventionen hinterfragt (vgl. Van De Donk et al. 2004: 18).

Ausgehend von der Feststellung, dass »[n]etworked technologies have also enabled new forms of civil disobedience« (Etling 2013: 66), nimmt diese Arbeit gezielt jene Widerstandspraktiken in den Blick, für die ein Konflikt mit dem Recht nach aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Es soll also nicht um legale Formen des digitalen Protests oder digitaler Zuwiderhandlung gehen (es sei denn diese werden dennoch direkt als ziviler Ungehorsam bezeichnet). In der Geschichte des Internets lassen sich eine Vielzahl von in diesem Sinne ungehorsamen digitalen Praktiken und Ereignissen finden, die als Kandidaten einer digitalen Neuinterpretation zivilen Ungehorsams in Frage kommen. Diese Neuinterpretation ist jedoch gerade durch die Spezifität des Digitalen herausgefordert (auf die ich im Zwischenfazit explizit zurückkommen werde). Eingebettet in eine hybride Medienökologie, zeigt die Praxis des digitalen Ungehorsams Eigenheiten, die weitaus komplexer und innovativer sind als eine reine Adaption etablierter Politik an ein anderes mediales System. Diese medienspezifische Transformation des zivilen Ungehorsams kritisch zu analysieren und vor dem Hintergrund der politischen Theorie des zivilen Ungehorsams einzuordnen, ist das Anliegen, um das es in der Diskussion der Praxis des digitalen Ungehorsams kontinuierlich gehen wird.

Die sich hartnäckig haltende Rhetorik, der elektronische zivile Ungehorsam sei eine stringente Übertragung des zivilen Ungehorsams ins Digitale (vgl. Arns 2002: 13), ignoriert, dass sich der digitale Ungehorsam vor allem im politischen Experiment, im heuristischen Ausprobieren und in strategischen symbolischen Machtkämpfen entwickelt und dass die hybride Einbeziehung von Technologien eine eigene und neue Praxis hervorbringt. »[T]he rise of the Internet both as a tool for political action and as a politically contested space seems to go hand in hand with the development of new forms of connective ›intercreative‹ or ›cybercultural‹ forms of activism, including electronic disobedience, that are fundamentally different from more established offline forms of protest« (Celikates 2015: 5).

Ziviler Ungehorsam wird als Protestgeschehen im Vergleich zu anderen Formen des Protests oft mit einem hohen Grad an Dramaturgie und Inszenierung als

theatraler performativer Akt sichtbar (vgl. Brunkhorst 2000: 181; Smith 2013: 72, 115). Traditionell basiert dieser performative Akt auf der Inszenierung des Körpers, der als Medium des Protests in Szene gesetzt wird und als sichtbarer und physischer Widerstand dient, beispielsweise bei einer Sitzblockade oder einer Taktik, die Gene Sharp *nonviolent interjection* nennt, wobei eine Person ohne physische Gewalteinwirkung von ihrer Aktivität abgehalten wird (vgl. Sharp 1973: 382).

Der Kern des zivilen Ungehorsams ist damit seine *Aufführung*, in dem »der politische Raum zu einer Art Theater« (Brunkhorst 2000: 181) der lebendigen Handlung wird, die Mitbürger als involviertes Publikum und Teil des Geschehens adressiert (vgl. Koyama 2012).

Diese Performanz des zivilen Ungehorsams wird durch digitale Technologien neu inszeniert (vgl. Züger et al. 2015; vgl. Crosston 2017). Ziviler Ungehorsam hat, wie Raz es nennt, einen effektiven und einen expressiven Anteil (vgl. Raz 1994: 264f.) und verbindet eine Ebene der Kommunikation mit einer Ebene der Konfrontation (vgl. Balluch 2009: 58ff.). Mit der Entwicklung von digitalem Ungehorsam haben sich beide Ebenen, jene der Kommunikation wie auch die konfrontative Ebene des Ungehorsams, verändert. Der Ungehorsam findet Ausdruck im Gebrauch von Zeichen in rechtswidrigen Kontexten oder durch die technische Manipulation von Texten, Bildern, Grafiken oder Symbolen. »The affordances of digital technologies increase the available semiotic resources through which one may speak« (Kuhn 2012: 1). Sowohl die sichtbaren wie die schwieriger einsichtigen Ebenen des Internets dienen in unterschiedlicher Weise der experimentellen Entwicklung neuer Taktiken. So gibt es ein neues Arsenal von Handlungs- und Ausdrucksmöglichkeiten, neue Identifikationsangebote und fluidere Formen des Kollektiven und der Kollaboration. Mit der Digitalisierung von Widerstand ist eine Externalisierung des menschlichen Handelns zu beobachten, da er Konfrontation und Kosten ohne eine gleichzeitige lokale physische Präsenz erzeugt (vgl. Wong & Brown 2013: 1015; Crosston 2017). Die menschliche körperliche Präsenz wird entkoppelt und durch eine Vielfalt digitaler Repräsentationen individueller und kollektiver Identitäten erweitert.

Wie Tufekci beschreibt, werde die Dualität des menschlichen Daseins, als körperliche und symbolische Wesen, durch drei Dynamiken geprägt, die sie als

„externalization and reification of the symbolic, mediation of human interaction, and extension of human capabilities“ beschreibt (Tufekci 2012: 34). Digitales Handeln ist damit keineswegs weniger materiell, doch tritt Technologie als Medium des symbolischen Anteil des Menschens anstelle des Körpers als Medium seines Handelns.

In Akten digitalen Ungehorsams spiegeln sich Aspirationen und Anliegen, die sich mit der Zeit in eine dispergierte, dezentralisierte und heterogene Bewegung für digitale Rechte übertragen haben, »involving many groups, tactics, visions and demands« (vgl. Isin & Ruppert 2015: 163). »What was described at the end of the twentieth century as ›electronic civil disobedience‹ was transformed into a veritable ›digital rights movement‹ in the first decade of the twenty-first century« (vgl. ebd.: 161).

Der Impuls zur Etablierung der Idee, dass ziviler Ungehorsam ein Phänomen des Internets sein könnte, kam nicht zufällig aus der aktivistischen Kunstszene, die zu ersten Experimenten der neuen digitalen Protestform aufrief. Seit Mitte der 1990er Jahre, in denen das Critical Art Ensemble treibende Kraft des Nachdenkens über den Ungehorsam in elektronischer Form war, lassen sich immer wieder Berührungspunkte zwischen Ungehorsam und Kunst finden. Es sind wiederkehrend Künstlerkollektive, die den Ungehorsam üben oder künstlerische Inhalte zum umkämpften Objekt des Ungehorsams machen.

Diese Verbundenheit der Kunst mit digitalem Ungehorsam ist nicht zufällig, da der Regelbruch programmatischer Teil künstlerischer Arbeit ist und die experimentelle Erprobung neuer Medien und politischer Dissidenz ebenso Teil eines verbreiteten künstlerischen Selbstverständnisses ist. Kunst ermöglicht es, das transgressive Potential des Regelbruchs zu vermitteln, und schützt die Agierenden durch das kulturelle Kapitel des künstlerisch wertvollen Regelbruchs. Die Konventionen und Mechanismen der künstlerischen Spektakels tragen außerdem dazu bei, Aufmerksamkeit für gesellschaftlich unterdrückte Themen zu sublimieren, wobei zu fragen bleibt, ob diese Aufmerksamkeit letztlich den Künstlern oder ihren Anliegen zugutekommt.

In neuer Weise bringen Formen digitalen Ungehorsams auch allgemein ein Element bürgerlicher Freiheit als »arts of citizenship« (Celikates 2014a: 211) zum Ausdruck, indem sie bürgerliche Anliegen dramatisieren und »digital resistance as an art form« (Ziccardi 2013: 44) in Szene setzen.

Arendt vergleicht das politische Handeln treffenderweise mit dem Jonglieren, also einer Fähigkeit, die jenseits eines strategischen Kalküls von Geschick und Glück abhängt. Politisches Handeln erfordere Virtuosität, »[also] die Fähigkeit, mit dem Unwahrscheinlichen per se, d.h. mit dem, was jenseits des Universums des mehr oder weniger Wahrscheinlichen liegt, auf irgend eine Weise zurecht zu kommen« (Marchart 2005: 72). Auch wenn uns der Gedanke abwegig erscheinen mag, insistiert Arendt darauf, dass Politik Spaß machen könne. Mit dem politischen Handeln gehe ein öffentliches Glück einher, ein Affekt der Lust und Spielfreude. Dabei liege der Ursprung dieses Glücks im Öffentlichen des Handelns, »der Tatsache also, dass wir im politischen Handeln für alle sichtbar auf der ›Bühne‹ des Öffentlichen erscheinen« (ebd.: 74).

In vielen Beispielen digitalen Ungehorsams lassen sich Anzeichen dieser politischen Spielfreude in kreativen und virtuellen Taktiken entdecken, sei es in der interkreativen Manipulation von Bildern und Texten, im Erschaffen von Code, in der kreativen Nutzung von Sicherheitslücken oder der Erfindung fiktiver politischer Narrative als Formen der Kritik (vgl. Meikle 2010). Ein neuer Ausdruck dieser *public happiness* zeigt sich für den digitalen Ungehorsam im Humor, wenn auch mit einer sehr eigenen und teils düsteren Note (Sauter 2014: 85). Zugleich ist es gerade die von Arendt betonte öffentliche Sichtbarkeit der Akteure, die durch Phänomene wie Anonymous in Frage gestellt wird.

In dieser Eigenheit der Performanz digitaler Praktiken zeichnet sich eine drastische Transformation zivilen Ungehorsams ab, jedoch nicht als Ersatz früherer politischer Praktiken, sondern als Erweiterung (vgl. Crosston 2017). Auch wenn digitale Formen des Ungehorsams (wie wir später sehen werden) bewusst an bestehende Konventionen des Protests anknüpfen, brechen sie gleichzeitig mit etablierten Momenten der Inszenierung dieser außergewöhnlichen Form des Protests.

Die Transformation des zivilen Ungehorsams ins digitale Zeitalter verläuft keineswegs reibungsfrei, sondern bringt gesellschaftliche Konflikte zum Vorschein, wo neue Taktiken umstritten sind, bekämpft werden, das Neue unvorhergesehen zutage tritt oder ungeplante Folgen mit sich bringt (vgl. Züger et al. 2015). Digitale Taktiken, von denen behauptet wird, sie seien das digitale Äquivalent des zivilen Ungehorsams, ermöglichen gerade durch ihre Uneindeutigkeit, die Sanktionen und die kritischen Debatten das (Neu)Denken von zivilem

Ungehorsam in digitalen Formen. Durch ihre kontroverse Praxis hinterfragen sie zivilen Ungehorsam und (re)konstruieren ihn damit aufs Neue. Diese Herausforderung der Praxis bedeutet jedoch nicht, dass jedes dieser heuristischen Experimente auch notwendigerweise einer philosophisch-begrifflichen Prüfung standhält. Von vornherein in allen diesen Fällen von digitalem *zivilem* Ungehorsam zu sprechen, wäre ein begrifflicher Vorgriff, weshalb hier erst einmal von *digitalem Ungehorsam* die Rede sein wird.⁶

Vor etwa zwanzig Jahren begann die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem, was zunächst als *elektronischer ziviler Ungehorsam* bezeichnet wurde. Zu weiten Teilen stammen diese Arbeiten aus der empirischen Forschung und den Disziplinen der Soziologie, Medienwissenschaft, Anthropologie und sozialen Bewegungsforschung. Digitaler Ungehorsam wurde sowohl von aktivistischer Seite als auch von frühen wissenschaftlichen Untersuchungen als *soziale Praxis* in den Blick genommen und auf seine Eigenheiten sowie seine Überschneidungen mit bisher bekannten Protestphänomenen untersucht. Zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit digitalem Protest lässt sich bislang auf Diskurse etwa um *Tactical Media* (siehe hierzu Garcia & Lovink 1997; Lovink 2002) oder um den sogenannten *Hacktivismus* (siehe hierzu Jordan 2001; Jordan & Taylor 2004; Gunkel 2005; Auty 2004) verweisen. Mit der Verortung neuer digitaler Aktionsformen im Kontext der aktivistischen Tradition des zivilen Ungehorsams sind erste Ansätze der Auseinandersetzung entstanden, die das politische Konzept des zivilen Ungehorsams mit digitalen Taktiken in Verbindung bringen (siehe hierzu Wray 1998c; Himma 2007; Klang 2007; Manion & Goodrum 2000). Dabei wird ziviler Ungehorsam jedoch selten als politischer Begriff beleuchtet, sondern eher abseits eines demokratietheoretischen Kontextes als Aktionsform moralisch reflektiert.

Trotz jüngerer Publikationen, die sich digitalem zivilem Ungehorsam umfassender widmen (siehe hierzu Sauter 2014; Shantz & Tomblin 2014; Baggini 2011; Meikle 2009), fehlt bislang eine systematische Gegenüberstellung mit dem bereits existierenden kontroversen Diskurs um zivilen Ungehorsam in der politischen Philosophie.

⁶ Die Frage der Rechtfertigung der beschriebenen Taktiken wird ebenfalls zunächst ausgeklammert (und erst im Kapitel 6 wieder aufgegriffen).

Im Diskurs der politischen Philosophie wiederum ist die Frage, wie sich ziviler Ungehorsam im Zuge der Digitalisierung verändert, ebenfalls keineswegs beantwortet, sondern erfordert ein theoretisch fundiertes und systematischeres Vorgehen, welches das Anliegen dieser Arbeit ist. Sie soll damit einen Beitrag zu der Frage leisten, in welchem Verhältnis digitale Formen von Ungehorsam zu existierenden Theorien der politischen Philosophie stehen und wie eine theoretische Fortentwicklung des Konzeptes von zivilem Ungehorsam denkbar ist, die bisherige empirische Betrachtungen wie auch theoretische Ansätze bezüglich der Digitalisierung der heutigen Lebenswelt einbezieht.

Derzeit zeugt die entstehende Debatte, die neue Formen des Ungehorsams begleitet, von einem gewissen Maß an Verwirrung, Ratlosigkeit und Unsicherheit bezüglich ihrer Rechtfertigung und ihrer nachhaltigen Bedeutung (vgl. Etling 2013: 67). Teils erfolgt die Gleichsetzung neuer Taktiken mit zivilem Ungehorsam wenig fundiert und fragwürdig, teils sprechen die Reaktionen den disruptiven Taktiken ebenso leichtfertig jede Gemeinsamkeit mit zivilem Ungehorsam ab und degradieren sie schlicht zu kriminellen oder gar terroristischen Handlungen (siehe beispielsweise Baggini 2011).

Beide Sackgassen der Debatte sollen in dieser Arbeit vermieden werden. Der naheliegende Ausgangspunkt einer reflektierten Auseinandersetzung ist der Blick auf die Vielfalt und Komplexität der Praxis. Ziviler Ungehorsam erfährt im Prozess dieser neuen Anwendungskontexte einen Wandel, der sich in der Variabilität der handelnden Akteure, der Adressaten des Protests, der Anliegen, der Taktiken und Ausdrucksformen widerspiegelt. Informationstechnologien haben sowohl neue Voraussetzungen als auch neue Möglichkeiten und nicht zuletzt neue Gründe für Insurrektion und zivilen Ungehorsam geschaffen (vgl. Polletta et al. 2013).

Ich möchte hier vorab keine feststehende und einschränkende Definition von digitalem Ungehorsam vorlegen, da sich – wie ich zeigen werde – hinter dem Begriff eine vielseitige, kontroverse und dynamische Praxis verbirgt (vgl. Ziccardi 2013: 39). In einem weiten Sinne geht es um ungehorsame digitale Handlungen im Zusammenspiel mit Technologien, ihrer sichtbaren Oberfläche wie ihrer unsichtbaren Infrastruktur, ihren internen Regeln oder Konventionen. Digitaler Ungehorsam richtet sich gegen sehr unterschiedliche Adressaten: gegen ganze Industriezweige, einzelne Institutionen auf nationaler oder transnationa-

ler Ebene, staatliche wie auch privatwirtschaftliche Maßnahmen, einzelne Gesetze oder ganze Rechtsbereiche wie auch gegen allgemeine gesellschaftliche Missstände und politische Akteure im weitesten Sinne. Diese Interventionen können einer Kritik durch symbolische Politik Ausdruck verleihen, jedoch darüber hinaus auch benachteiligte Akteure ermächtigen oder mächtige Akteure daran hindern, in ihrem Verhalten fortzufahren, beispielsweise indem die Kosten für ihr Handeln auf verschiedenste Weise erhöht werden.

Digitaler Ungehorsam umfasst zahlreiche Akte der Dissidenz, die in Konflikt mit geltendem Recht stehen, wobei dieser Rechtskonflikt nicht immer gerichtlich festgestellt wird und zudem vom jeweiligen staatlichen Kontext abhängt. Ungehorsam lässt sich je nur in Relation zur Alternative des Gehorsams bestimmen, Gesetzesbrüche nur in Relation zur geltenden Gesetzeslage. Was in der einen nationalen Rechtsprechung völlig legal ist, kann in einer anderen einen Rechtsbruch darstellen, was besonders in Bezug auf grenzüberschreitend kooperierende Aktionsnetzwerke neue Fragen aufwirft. Digitale Taktiken können daher nie *an sich* eine Form zivilen Ungehorsams sein. Nur in einem jeweiligen Rechtskontext, zu einem jeweiligen Zeitpunkt, da auch der nationale rechtliche Kontext veränderlich ist, kann überhaupt von digitalen Formen zivilen Ungehorsams die Rede sein.

Die Wirkungsweise von digitalem Ungehorsam bewegt sich in einem Spektrum zwischen Akten, die ich grob in drei Typen des Ungehorsams einteile. Diese Typologisierung hat sich aus der Reflexion der betrachteten Beispiele entwickelt und schlägt einen anderen Weg der Betrachtung vor als beispielsweise Molly Sauter, wenn sie schreibt: »Digitally based civil disobedience is developing along three major lines: Disruption, Information Distribution, and Infrastructure« (Sauter 2013b: 75). Sauters Feststellung ist zwar zutreffend und eine gute Basis, um zu verstehen, auf welcher technischen Ebene digitaler Ungehorsam taktisch wirksam wird. Ich möchte diesen Blickwinkel jedoch ergänzen durch die Frage, wie sich digitaler Ungehorsam als *politische Praxis* neu manifestiert. Die Verbreitung von Information kann, politisch gesehen, sehr unterschiedliche Wirkungen entfalten (und somit eigentlich verschiedene politische Handlungstypen darstellen). Die Manipulation einer kommunikativen Infrastruktur kann störend (als *Disruption*) oder auch konstruktiv eingesetzt werden – der

Unterschied ist einer, der nur auf der Ebene des politischen Handelns beschreibbar wird.

Die Unterscheidung, die ich im Folgenden vorschlage, orientiert sich daher vor allem an der Ebene des politischen Handelns durch einen bestimmten Umgang mit digitalen Technologien als Medium desselben. Die politische Intervention, die der digitale Ungehorsam darstellt, kann dabei sowohl durch die Nutzung als auch durch die Störung und Veränderung der digitalen Kommunikationsinfrastruktur zustande kommen. Im Fokus der vorgeschlagenen Einteilung steht die Frage, in welcher Weise mit und durch digitale Technologien als Medium politisch gehandelt wird.

In der sozio-technischen Politik des Ungehorsams unterscheide ich anhand des empirischen Materials drei Typen: symbolischen digitalen Ungehorsam, disruptiven bzw. invasiven digitalen Ungehorsam und konstruktiven bzw. eigenmächtigen digitalen Ungehorsam. Dabei sind diese drei Handlungstypen nicht völlig trennscharf zu fassen: Ein disruptiver Akt digitalen Ungehorsams mag auch eine symbolische Ebene haben, ein eigenwirksamer Akt auch einen Effekt der Störung. Die Typisierung soll jedoch helfen, eine Übersicht über wiederkehrende politische Ansatzpunkte und Ausdrucksformen des Ungehorsams zu gewinnen.

Akte symbolischen digitalen Ungehorsams verstehe ich als solche, in denen die Handlung vor allem durch Kommunikation in jedweder Form vollzogen wird. Isin und Ruppert nennen diese Form des digitalen Handelns mit Verweis auf John Austins Sprechakttheorie »doing things with words« (vgl. Isin & Ruppert 2015: 1), wobei ich kommunikative Akte hier nicht allein auf Sprechakte beschränke, sondern ebenso visuelle Kommunikation mit in Betracht ziehe. Sie basieren meist auf der Nutzung vorhandener kommunikativer Plattformen oder Dienste. Der digitale Ungehorsam symbolischer Art drückt sich inhaltlich und nicht über die Manipulation von Infrastrukturen dieser kommunikativen Dienste aus. Existierende Kommunikation wird dabei nicht verhindert oder gestört, sondern die Ungehorsamen fügen Kommunikation in Sprache, Ton oder Bildern hinzu, sei es in sozialen Medien, auf eigens angelegten Webseiten, durch E-Mails oder mediale Inszenierungen. Der Ungehorsam der kommunikativen Handlung ergibt sich dabei jeweils erst aus dem politischen Kontext. In diesem können Inhalte selbst in Konflikt mit geltendem Recht stehen, durch verbotene

politische Aussagen beispielsweise, oder aber die Regeln, nach denen Aussagen gemacht werden dürfen, können das Veröffentlichen eines Inhaltes zum Ungehorsam machen. Letzteres ist beispielsweise der Fall, wenn Inhalte gegen die Nutzungsbestimmungen von kommunikativen Plattformen verstoßen, wie wir in einigen Beispielen sehen werden.

Disruptive oder invasive Akte digitalen Ungehorsams basieren im Gegensatz darauf, dass sie durch Manipulation von Code oder technischen Protokollen eine bestehende technische Infrastruktur der Kommunikation stören. Auch wenn sie selbst, beispielsweise innerhalb eines eingeschleusten Codes, politische Aussagen einbringen können, basieren sie im Kern auf diesem Störmoment, das nicht inhaltlich, sondern durch die Störung selbst eine Aussage macht. Der Ungehorsam wird nicht durch inhaltliche Kommunikation wirksam, sondern durch die beeinträchtigende Manipulation des kommunikativen Systems.

Eigenmächtige Akte digitalen Ungehorsams als dritter Typus (den ich auch *digitale ungehorsame Direct Action* nennen werde) basieren darauf, dass sie nicht nur symbolische Kommunikation, sondern eine konstruktive Handlung vornehmen, durch die eine gegebene Infrastruktur nicht vornehmlich gestört, sondern eine Veränderung *erschaffen* wird. Diese Veränderung kann möglicherweise für ein Störmoment auf politischer Ebene sorgen, doch bleibt die bestehende technische Infrastruktur intakt – sie wird eher ergänzt. Mein Augenmerk liegt hier weniger darauf, welche Ebene digitaler Technologien ungehorsam bespielt wird – eine Nutzungsebene oder die Ebene der Infrastruktur. Entscheidend ist vielmehr die Tatsache, dass Ungehorsame eine eigenmächtige politische Handlung vornehmen, die nicht als Kommentar zu politischen Maßnahmen zu verstehen ist, sondern als Intervention, die nachhaltige Konsequenzen hat. Ausdrucksformen einer solchen konstruktiven Handlung können epistemischer Natur sein, wie die Veröffentlichung einer vorher nicht bekannten oder nicht zulässigen Information, oder auch auf der Ebene der technologischen Infrastruktur ansetzen, indem beispielsweise eine Plattform für die Veröffentlichung geheimer oder urheberrechtlich geschützter Information geschaffen wird. Entscheidend ist, dass der Akt des Ungehorsams einen Eingriff und eine wirksame Veränderung darstellt, indem er neue Handlungen ermöglicht, die ohne ihn nicht denkbar oder nicht realisierbar wären.

Nach diesen Vorbemerkungen nimmt das folgende erste Kapitel nun die Fährte des digitalen Ungehorsams auf. Ziel der folgenden Zusammenstellung ist es, ein möglichst relevantes Spektrum des digitalen Ungehorsams vorzustellen, wobei ich für diese Auswahl von Fallbeispielen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebe und mir ferner bewusst ist, dass sie sprachlichen und kulturellen Einschränkungen unterliegt. Es lassen sich mit Sicherheit im globalen Geschehen viele weitere interessante und ebenso relevante Fälle identifizieren. Trotz dieser Begrenzung auf die hier vorgenommene Auswahl ist der Blick auf dieses Spektrum des digitalen Ungehorsams wertvoll, da er es ermöglicht, in einem viel größeren Umfang als bisher verschiedene Praktiken und ihre jeweiligen Kontexte zu registrieren und sie der begrifflich-philosophischen Debatte zugänglich zu machen. Für diese spezifische Untersuchung sind nicht in jedem Fall die sozio-kulturellen Hintergründe der Akteure von Interesse, noch muss in jedem Fall eine detaillierte historische Aufarbeitung der Fallbeispiele erfolgen – beides würde den Rahmen dieser Arbeit übersteigen und ist vor allem der hier gewählten Forschungsfrage wenig dienlich. Relevant ist jedoch die Einordnung der ungehorsamen digitalen Praxis in das Begriffsfeld des Hackings und des Hacktivismus, weshalb ich auf beide Phänomene und ihre Entstehung im Kapitel 2.4 genauer eingehen werde. Die Darstellungsart der meisten Fallbeispiele beschränkt sich jedoch als Kompromiss zwischen Vielfalt und Detailgrad der Beschreibung (mit wenigen Ausnahmen) auf die Eckdaten des Ereignisses, die Beleuchtung der politischen Handlung und die Gründe und Argumente, die die Handelnden sowie die Handlung selbst transportieren. Die folgende Tabelle bietet eine Übersicht der vorgestellten Fallbeispiele, woran sich Kapitel 1 anschließt, in dem ich erläutere und veranschauliche, was ich als symbolischen digitalen Ungehorsams verstehe.

Übersicht: Fallbeispiele digitalen Ungehorsams⁷

⁷ Die grünliche Färbung in der Tabelle indiziert, dass ich in den betreffenden Fällen dazu tendieren würde, sie vor dem Hintergrund des später dargelegten Verständnisses als digitale Form zivilen Ungehorsams anzusehen. In den Fällen ohne Einfärbung sehe ich entweder nicht genügend Informationen als gegeben, die dieses Urteil erlauben, oder aber ich sehe Gründe, die gegen diese Einordnung sprechen, die im Kapitel 7 erläutert werden.

Fallbeispiel	Was?	Wer? (Initiatoren)	Wann?	Nationaler Kontext	Wie?
Symbolischer digitaler Ungehorsam					
1	International Arms Trafficker	Cypherpunks und freiwillige Mitstreiter	1996	USA / digitale Öffentlichkeit	Versand von E-Mails mit kryptographischem Code
2	regierungskritischer Blogpost	Gopalan Nair	2008	Singapur	Blogpost, während er in Singapur greifbar war
3	The naked blogger	Aliaa Magda Elmahdy	2011	Kairo	Blogpost eines nackten Selbstporträts
4	Widerstandsgelächter in sozialen Medien	Türkische Frauen, die ein Bild von sich gepostet haben, und ihre Unterstützer	2014	Türkei / digitale Öffentlichkeit	Veröffentlichung über soziale Medien (u.a. Twitter, Instagram)
5	Stillbilder auf Facebook	Facebooknutzerinnen, die Stillbilder von sich posten	Etwa 2009-2014	digitale Öffentlichkeit	Veröffentlichung auf Facebook
6	Webseite deportation-class.com	(u.a.) Aktionsbündnis »Kein Mensch ist illegal«	2000	Deutschland / digitale Öffentlichkeit	Hyperreales Narrativ
7	Webseite Kindertransporthilfe des Bundes	Zentrum für politische Schönheit	2014	Deutschland / digitale Öffentlichkeit	Hyperreales Narrativ
8	Webseite für fiktive Google-Produkte	Peng Kollektiv	2014	Deutschland / digitale Öffentlichkeit	Hyperreales Narrativ
9	Videoremix	Casseteboy	2014	UK / digitale Öffentlichkeit	Parodie des britischen Premierministers
Invasiver und disruptiver Ungehorsam					
10	BTX-Hack	Wau Holland Steffen Wernéry	1984	Deutschland	Ermittlung des Passworts der Sparkasse Hamburg und Erzeugung von Kosten über das BTX-System
11	Wank Worm	Anonym	1989	USA	Schadsoftware

12	Web-Defacement	Eugene Kashpuroff	1997	USA, digitale Öffentlichkeit	DNS-Redirect
13	Netstrike	Strano	1995	Italien, Frankreich, digitale Öffentlichkeit	DDoS-Aktion
14	Floodnet	EDT	1998	Mexiko, digitale Öffentlichkeit	DDoS-Aktion
15	Lufthansa DDoS	Kein Mensch ist illegal	2001	Deutschland	DDoS-Aktion
16	Operation Payback	Anonymous	2010	USA, digitale Öffentlichkeit	DDoS-Aktion
Eigenmächtiger digitaler Ungehorsam					
17	Stratfor Hack	Jeremy Hammond	2011	USA	Hack
18	Verlinkung zu Daten des Stratfor Hacks	Barret Brown	2011	USA	Veröffentlichung
19	WikiLeaks	Julian Assange	Seit 2006		?
20	Whistleblowing	Chelsea Manning	2010	USA	Übermittlung von geheimen Dokumenten
21	Whistleblowing	Edward Snowden	2013	USA	Übermittlung von geheimen Dokumenten
22	PGP	Phil Zimmerman	1991	USA	Entwicklung und Verbreitung von kryptographischem Code
23	The Pirate Bay	Frederik Neji, Gottfrid Svartholm Warg, Peter Sunder, Carl Lunström	2003-2006	Schweden	Beförderung des Tauschs von urheberrechtlich geschütztem Material
24	Depub.org	Anonym	2010	Deutschland, digitale Öffentlichkeit	Bereitstellung einer Plattform mit depublizierten Inhalten

25	Umgehung von Zensur, Aufbau einer alternativen Netzstruktur	Telecomix	Seit 2009	Iran, Syrien, Ägypten und weitere	Nutzung von Proxies und anderen Umgehungstechnologien, Umgehung der Netzblockade mit Low-fi-Infrastruktur
26	Bluecoat	Telecomix	2011	Syrien	Aufspüren und Bekanntmachung von Überwachungsmaßnahmen
27	Grey Tuesday	Downhill Battle und viele Mitstreiter	2004	USA / digitale Öffentlichkeit	Ermöglichung des Downloads von urheberrechtlich geschütztem Material
28	United States of America vs JSTOR	Aaron Swartz	2011	USA	Download von wissenschaftlichen Artikeln

1. **Symbolischer digitaler Ungehorsam. Politik in einer Welt der Zeichen**

Ein erster Typ digitalen Ungehorsams konstituiert sich als Ausdruck symbolischer Macht, indem in rechtlich konfliktbehafteter Weise kommuniziert wird. Symbolische Macht meint hierbei die Macht, eine möglicherweise alternative Realität zu konstruieren »[by] making people see and believe« (Meikle 2009: 178). Diese alternative Weltsicht entsteht, indem Ungehorsame ein rechtlich verbotenes Deutungsangebot zum Verständnis politischer Geschehnisse machen, das sich der Kontrolle von staatlicher oder unternehmerischer Seite widersetzt. Dieser Typ digitalen Ungehorsams ist nicht symbolisch in dem Sinne, dass er Widerstand lediglich simuliert. Symbolischer Ungehorsam interveniert expressiv wie auch effektiv in die Narrative, Simulationen und medialen Inszenierungen der Politik und begibt sich insofern mit gleichen Mitteln in einen Kampf in einer Welt der Zeichen. Er ist keineswegs auf rein appellative Momente der Kommunikation beschränkt, sondern konfrontiert seine Adressaten effektiv mit verschiedensten kommunikativen Mitteln und damit auf einer der bedeutsamsten Ebenen der heutigen Medien- und Informationsgesellschaft. Das ungehorsame Deutungsangebot kann zunächst auf inhaltlicher Ebene als Ungehorsam angesehen werden, es kann jedoch aufgrund der Regulationsstrukturen, die entscheiden, wer welche Information veröffentlichen darf, ebenso mit dem Gesetz kollidieren. Zuallermeist manifestieren sich diese Kollisionen im

Urheberrecht und in den Nutzungsbedingungen von kommunikativen Diensten. Maßgeblich für die Rechtswidrigkeit eines kommunikativen Aktes sind dabei die jeweilige staatliche Gesetzgebung zur Begrenzung der Meinungsfreiheit sowie private Regelungsstrukturen und teils auch die Grenzen künstlerischer Freiheit, die global betrachtet völlig unterschiedlich ausfallen. Kritische Äußerungen, die in einem Staat durch Grundrechte geschützt sind, können in einem anderen zu Verfolgung und Freiheitsstrafe führen. Gerade in autoritären Regimen scheinen daher die vergleichsweise mild anmutenden Akte symbolischen digitalen Ungehorsams eine wichtige Rolle zu spielen, da sie auf meist hochkreative Weise kommunikativ die Grenzen des politisch Sagbaren und Denkbaren ausreizen. Digitale Medien ermöglichen hierbei die Repräsentation einer Gegenöffentlichkeit, die, eingebettet in eine partizipatorische Kultur des Teilens von Meinungen, eine Version der Welt vertritt, die sich in ungehorsamer Weise gegen hegemoniale Strukturen richtet. Wie die folgenden Beispiele zeigen, erstreckt sich das Spielfeld des symbolischen digitalen Ungehorsams über ganz verschiedene digitale Technologien: von E-Mails, die in ungehorsamer Weise symbolisch nationale Grenzen überschreiten, über Protestwellen in sozialen Netzwerken, die teils mit kulturellen Konventionen, teils mit den Geschäftsbedingungen der Plattformen in Konflikt geraten, bis hin zu eigens inszenierten Webseiten und Videoremixen, die in einer Welt, in der das erscheinende Image zur Manifestation der Politik wird, selbst Politik in Form der Subversion dieser kommunikativen Oberfläche verwirklichen.

Auch disruptive Formen des digitalen Ungehorsams (denen ich mich in Kapitel 2 widme) können zum Ausdruck symbolischer Macht werden. Symbolische Formen des digitalen Ungehorsams, wie ich sie hier fasse, zeichnen sich jedoch dadurch aus, dass sie keine bestehende Kommunikation unterbrechen, unterbinden oder nachhaltig stören, sondern durch ungehorsame Inhalte oder die ungehorsame Veröffentlichung von Inhalten zur kommunikativen Intervention werden. In manchen Fällen sind Formen symbolischen digitalen Ungehorsams nur Teil einer größeren Protestkampagne. Hier sind nicht soziale Bewegungen und ihre Kampagnenstrategien im Allgemeinen von Interesse, sondern spezifisch jene Anteile ihrer Initiative, die als symbolische Akte digitalen Ungehorsams zutage treten. Dies gilt etwa für den ersten hier dargestellten Fall, den die Cypherpunks im Jahr 1996 inszenierten und der durch den sogenannten

International Arms Trafficker gegen US-amerikanische Exportgesetze verstieß.⁸

1.1. International Arms Trafficker

Im Zuge einer ersten Kontroverse um die Verwendung von Verschlüsselungstechnologien während der 1990er Jahre, die als *Crypto Wars* bekannt wurde, schloss sich eine Gruppierung, die sich als *Cypherpunks* bezeichnen, zur Verteidigung des freien Zugangs und der zivilen Nutzung von Kryptographie zusammen und rief dabei zu einer Aktion auf, die sie *explizit* als zivilen Ungehorsam beschrieben (vgl. Züger 2014b: 475).⁹

Sie initiierten 1996 eine Aktion gegen ein Gesetz namens *International Traffic in Arms Regulations* (ITAR), das den Export von kryptographischem Code unter Strafe stellte, und bezeichneten diese Aktion als *International Arms Trafficker Civil Disobedience (Nr. 1)*. Auf der Website der Online-Aktion konnten freiwillige Mitstreiter drei Zeilen des kryptographischen RSA-Codes, die Adam Black, ein Kryptograph aus den USA, geschrieben hatte, per E-Mail zur karibischen Insel Anguilla verschicken. Damals war das Versenden einer solchen E-Mail nach besagtem US-Gesetz dem Export von Munition gleichgestellt. Als symbolische Form digitalen Ungehorsams lässt sich diese Aktion deshalb verstehen, weil die Übersendung des Codes explizit in sichtbarer und nachvollziehbarer Weise inszeniert wurde, um möglichst großes Aufsehen zu erregen, wobei weder andere Kommunikation gestört noch illegal auf fremde Systeme zugegriffen wurde. Optional riefen die Initiatoren auch dazu auf, den Code als Signatur zu nutzen und per E-Mail zu verbreiten, oder aber ihn auf ein T-Shirt drucken zu lassen, um ihn physisch über nationale Grenzen zu tragen.

Die Initiatoren erläuterten auf der Webseite explizit die Beweggründe ihrer Handlungen und ihr Selbstverständnis:

»From time to time governments make bad laws. One possible way to get a bad law changed is for lots of people to deliberately disobey the law in a public way. This is called civil disobedience. Gandhi, Martin Luther King Jr., and many

⁸ Im Folgenden werde ich jeweils alle Fallbeispiele entsprechend der Übersichtstabelle fortlaufend nummerieren.

⁹ Genauere Informationen zur Entstehung der Cypherpunks folgen im Kapitel 3.2.2.

others have used civil disobedience to get bad laws changed. Imagine a bad law saying: ›It is O.K. to export books about encryption if they are transported by horse and buggy, but it is illegal to export such books using any motorized vehicle.« Crazy? Right! Replace ›horse and buggy« with ›paper book«, and ›motorized vehicle« with ›machine readable media«, and you get a real law that many Internet users want to get rid of« (ebd.).

Jeder Freiwillige wurde ausdrücklich auf den bevorstehenden Gesetzesbruch hingewiesen und konnte außerdem zwischen drei Einstellungen wählen, die ein unterschiedliches Maß an Öffentlichkeit der Partizipation anboten: »Don't tell anyone that I'm an arms trafficker«, »Add me to the public list of Known Arms Traffickers« oder »Add me to the list and send a letter to the president for me« (ebd.).

Zwischen dem 3. Mai 1996, dem Start der Aktion, und dem 17. Oktober 1996, also kaum einem halben Jahr später, ließen sich knapp 1500 Mitstreiter jeweils mit Namen, E-Mail-Adresse, Host Name und IP-Adresse in die Liste eintragen.¹⁰ Die Webseite bot zum einen Informationen über die ITAR-Gesetzeslage und zum anderen über das zugrundeliegende Verständnis von zivilem Ungehorsam an, wobei auf Texte von Thoreau, Martin Luther King Jr. und Gandhi verwiesen wurde.

In mehreren Gesetzesänderungen, vor allem in den Jahren 1998 und 2000, wurde die Regulierung des Exports von Kryptographie wesentlich gelockert, so dass der Versand des kryptographischen Codeauszugs in den USA heute völlig legal ist.

Der Ungehorsam besteht in diesem Fall nicht in der inhaltlichen Aussage der E-Mails, die im Verlauf der Aktion versendet wurden, sondern in der Übermittlung einer bestimmten Form des Inhalts (nämlich einem kryptographischen) über eine staatliche Grenze hinweg. Die Aktion war dennoch ein symbolischer Akt der Politik, da die ganze Kampagne der Cypherpunks keine bestehende Kommunikation störte oder Kryptographie (wie wir es später bei Phil Zimmermann kennenlernen werden) über das Internet für jedermann nutzbar machte. Der

¹⁰ Der Zeitraum darüber hinaus ist leider nicht dokumentiert. Die Liste der Mitstreiter wurde nach der Aktion vom Netz genommen und kann nur noch über die Way Back Machine unter web.archive.org eingesehen werden.

Codeauszug, den die Teilnehmer in ihren E-Mails versenden konnten, steht eher symbolisch als faktisch für die Verbreitung von Kryptographie. Die Cypherpunks inszenierten öffentlich die kollektive Nutzung von Kryptographie und ergänzten diese durch eine Webseite, die ausführlich über ihre Gründe und Überzeugungen informiert, um eine politische Diskussion und Änderung zu erwirken, anstatt schlicht illegal damit zu beginnen, abseits der Öffentlichkeit verschlüsselte Nachrichten zu versenden.

Während diese Aktion der Cypherpunks ein Unikum des digitalen Ungehorsams geblieben ist, erweisen sich besonders soziale Medien als Schauplätze und Inkubatoren des digitalen Protests. Die nächsten drei Beispiele, bei denen jeweils durch die Nutzung sozialer Medien eine ungehorsame Aussage gemacht wurde, setzen anders als die Aktion der Cyperpunks auf einer inhaltlichen politischen Ebene an. Ihr Ungehorsam konfrontiert Gesellschaften mit den Grenzen des politisch Sagbaren und fordert damit auf riskante Weise ein kommunikatives politisches Regime heraus. Die Frage, ob und wann es sich dabei tatsächlich um eine Form zivilen Ungehorsams handelt, soll im folgenden Abschnitt diskutiert werden.

1.2. Beispiele digitalen Ungehorsams in sozialen Medien

Soziale Medien stehen in zahlreichen Untersuchungen als Werkzeuge und Plattformen der Mobilisierung und Kommunikation von Protestbewegungen im Fokus der Wissenschaft (siehe hierzu Poell 2014; Coenen et al. 2012; Gerbaudo 2012; Hands 2011; MacDonnell 2014; Smith 2009; Swenson 2011). Für digitalen Ungehorsam erweisen sich soziale Medien als jene partizipative und dezentrale Infrastruktur, die es – teils unter hohem persönlichen Risiko – erlaubt, ein verbotenes Angebot an »counter-expertise and counter-information« zu machen, »not least in the form of alternative interpretation of current events« (Van de Donk 2004: Xii).

Handlungen, die vielerorts durch das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt sind, stellen in anderen nationalen Kontexten je nach geltender Jurisdiktion einen gravierenden Akt des sozialen Widerstands dar und je nach nationalem Rechtskontext ggf. auch einen Akt des zivilen Ungehorsams. Nach Schätzungen der Organisation Freedom House für das Jahr 2015 leben von 3

Milliarden Internetnutzern 47 % »in countries where individuals were attacked or killed for their online activities since June 2014«, und »58 % live in countries where bloggers or ICT users were jailed for sharing content on political, social, and religious issues« (Freedom House 2015). Öffentliche politische Kritik über soziale Medien, die in repressiven Verhältnissen massive Konsequenzen nach sich ziehen kann, wird möglicherweise nicht aktiv als ziviler Ungehorsam bezeichnet, da die Handelnden ihre Kritik damit aktiv als Rechtsbruch deklarieren würden – was die zu erwartenden Konsequenzen noch verschärfen könnte. Dennoch gibt es Fälle, die als »acts of social media based civil disobedience« (George Stroumboulopoulos Tonight 2014) Aufmerksamkeit erregt haben.

Ein solcher Fall (**Nr. 2**), der paradigmatisch für unzählige vergleichbare Akte des symbolischen digitalen Ungehorsams in sozialen Medien steht, ist jener von Gopalan Nair. Der Jurist und US-amerikanische Staatsbürger, der damals in der Nähe von San Francisco lebte, kehrte 2008 geschäftlich in sein Heimatland Singapur zurück, da er als Anwalt einen Oppositionspolitiker vor Gericht vertrat. Nair äußerte sich fortlaufend kritisch über die Regierung Singapurs in seinem Blog *Singapore Dissident*, so auch bezüglich dieses Gerichtsprozesses, dessen Verlauf er als gezielte Unterdrückung oppositioneller Stimmen interpretierte. So hieß es unter anderem in dem Blog: »The judge Belinda Ang was throughout prostituting herself during the entire proceedings, by being nothing more than an employee of Mr. Lee Kuan Yew and his son and carrying out their orders. There was murder, the rule of law being the repeated victim« (Nair 2008). Er schrieb dort auch über die führenden Köpfe der Regierung, sie seien »nothing more than tin pot tyrants who remain in power by abusing the courts to eliminate [their] political opponents« (George 2013: 386). Für diesen Blogbeitrag wurde er wegen Beleidigung der Richterin angeklagt und zu drei Monaten Haft verurteilt. Zwei der drei Monate wurde Nair inhaftiert, da er sich in Reichweite der exekutiven Kräfte des Landes befand (vgl. George 2012: 183). Nair dokumentierte den Verlauf seiner Anklage über Youtube-Videobotschaften, die bis zu 20.000 Zuschauer erreichten.¹¹

¹¹ Siehe beispielsweise <https://www.youtube.com/watch?v=XD7HWzgl97w> (abgerufen am 15.08.2016).

Cherian George, der Nairs Fall wissenschaftlich aufarbeitet, deutet dessen kommunikatives Vorgehen in Gene Sharps Terminologie als »political jiu-jitsu« (ebd.: 185). Wie in der Kampfkunst des Jiu-Jitsu werde im politischen Kontext die Angriffskraft des Gegners gegen ihn selbst gewendet.

»Civil disobedience as a form of non-violent political struggle is most effective when it is mounted on behalf of a popular cause, and when the government's response is obviously and disproportionately violent. In such situations, members of the public have been known to throw caution to the wind and join the struggle. If the authorities escalate their use of violence, the state itself can fracture, as the rulers' loss of legitimacy prompts non-cooperation within the bureaucracy and even mutinies within the police and army« (ebd.: 196).

Nair versuchte demnach mit seiner öffentlich bekannten Inhaftierung Aufmerksamkeit zu erregen und die Regierung Singapurs aufgrund ihrer unverhältnismäßigen Reaktion öffentlich zu beschämen.

Doch auch wo Meinungsäußerungen in sozialen Medien keinen oder zumindest keinen eindeutigen Rechtsbruch darstellen, ist die Rede von zivilem Ungehorsam. Für den Fall (**Nr. 3**) der jungen ägyptischen Bloggerin Aliaa Magda Elmahdy aus Kairo, die 2011 ein Nacktfoto von sich selbst in ihrem Blog veröffentlichte, um gegen »a society of violence, racism, sexism, sexual harassment and hypocrisy« (Buss 2011) zu protestieren, ist die Linie zwischen kommunikativem Ungehorsam als Form des sozialen Widerstands und zivilem Ungehorsam beispielsweise schwer zu ziehen. Der Post in ihrem Blog *A Rebel's Diary* zog eine Phase heftiger Polemik während der ägyptischen Revolution nach sich. Kritische Stimmen forderten ihre Bestrafung, aber auch wenn Elmahdy heftige Beschimpfungen und Drohungen erdulden musste, scheint ihre Tat gleichwohl keine offizielle Strafverfolgung nach sich gezogen zu haben (vgl. Kraidy 2012). Allerdings erfuhr Elmahdy massive Sanktionen in Form von Todesdrohungen und sogar einer Entführung, wie Presseberichte behaupten, wobei unklar ist, wie sie wieder freikam und wer die Entführer waren (vgl. Asad 2013). Elmahdy erhielt infolgedessen Asyl in Schweden, wo sie mit der feministischen Aktionsgruppe Femen in Kontakt kam.

Ein weiterer Grenzfall symbolischen Ungehorsams (**Nr. 4**) ist die Reaktion, die auf eine Aussage des türkischen Premierministers Bülent Arınç im Juli 2014 folgte. Der Minister verkündete in einer Rede über die *moralische Korruption* des Landes seine Ansicht, dass es für Frauen unsittlich sei, in der Öffentlichkeit zu lachen. »[Women] will know what is haram and not haram. She will not laugh out loud in public. She will not be inviting in her attitudes and will protect her chasteness« (Journal 2014). Als Reaktion auf diese Aussage entstanden Stellungnahmen in sozialen Netzwerken wie Twitter, Facebook und Instagram unter dem Hashtag #direnkahkaha und #direnkadin, was so viel bedeutet wie *WiderstandGelächter* bzw. *WiderstandFrauen*. Dazu posteten Tausende Frauen Smileys und Bilder, auf denen sie lachend zu sehen sind (vgl. Letsch 2014). Die Bewegung hatte auch männliche Mitstreiter, wie unter anderen den Präsidentschaftskandidaten Ekmeleddin İhsanoğlu, der über seinen Twitter-Account schrieb: »Our country needs women's and everyone's laughter more than anything« (Journal 2014).

In einem Kontext, in dem Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen zur alltäglichen Lebenswelt gehört, konnte sich über soziale Netzwerke eine Gegenöffentlichkeit formieren, die bei vergleichbar provokativen Äußerungen auf öffentlichen Plätzen vermutlich harsche Konsequenzen hätte fürchten müssen. Das Posten eines Bildes, auf dem eine lachende Frau zu sehen ist, ist auch in der Türkei kein Rechtsbruch und stellt eher einen Bruch mit gesellschaftlichen Konventionen oder einen Akt des Widerstands gegen kulturelle Repression dar. So kommen manche Beobachter trotz der faktischen Legalität zu dem Schluss: »The decision to show themselves happy, laughing and free on the Internet was the perfect act of peaceful civil disobedience« (Journal 2014). Auch wenn in der Presse in Bezug auf politische Proteste auf Facebook und Twitter die Rede von »zivilem Ungehorsam in sozialen Medien« ist, lässt sich fragen, ob diese Bezeichnung hier tatsächlich immer Sinn ergibt. Um zivilen Ungehorsam weiterhin als spezifische Form des Protests zu verstehen, ist es sinnvoll, am Merkmal des absichtlichen Rechtskonflikts festzuhalten und ihn als Handlungskategorie gegen legale Formen des Widerstands abzugrenzen. Die Einordnung von legalen Protesten als zivilem Ungehorsam und damit als einer *verbotenen* Protestform, die im Konflikt mit dem Recht steht, kann strategisch schädlich sein, da legalen Protesten hierdurch ein Anklang des Außergewöhnli-

chen und Riskanten beigelegt wird, während sie in einer lebendigen politischen Auseinandersetzung ohne jede rechtliche Folge zum kontroversen Diskurs der Öffentlichkeit gehören sollten.

Wie das Beispiel von Gopalan Nair zeigt, kann jedoch auch ein Akt der Meinungsäußerung in bestimmten Regimen, in denen der Ausdruck einer oppositionellen Kritik untersagt ist, einen Rechtskonflikt provozieren, so dass ziviler Ungehorsam in sozialen Medien keineswegs kategorisch auszuschließen ist.

Der Ungehorsam in sozialen Netzwerken kann sich jedoch nicht nur *mit diesen* entfalten, sondern sich auch dezidiert *gegen* die Regelsetzungen derselben sozialen Netzwerke richten. Wie eine Reihe von Fallstudien von Youmans und York zeigt, kann der technologisch-kommerzielle Fokus sozialer Netzwerke mit den Interessen von Aktivisten (und Bürgern) massiv kollidieren. »[T]he policies and user agreements of social platforms, including those of Facebook, YouTube, and Twitter, have resulted in the banning of anonymous activist users, the removal of activist content, and the handing over of sensitive activist user information to governments« (Poell 2014). Nutzer unterzeichnen im Internet zwangsläufig umfassende Geschäftsbedingungen, sofern sie gängige Dienste nutzen wollen, und haben keine Möglichkeit des Einspruchs gegen einzelne Punkte derselben. Darüber hinaus behalten sich viele soziale Netzwerke vor, Inhalte, die von Nutzern veröffentlicht werden, nach eigenen, teilweise intransparenten Regeln zu regulieren (vgl. Rosen 2013). Auch wenn ein Verstoß gegen allgemeine Geschäftsbedingungen im deutschen Recht keinen strafrechtlich pönalisierten Rechtsbruch darstellt, kann von einem Vertragsbruch im zivilrechtlichen Sinne gesprochen werden. Ein konkretes Beispiel hierfür (**Nr. 5**) ist der Protest gegen die Zensur von Bildern stillender Mütter auf Facebook, den man als Form symbolischen digitalen Ungehorsams verstehen kann. Ein Paragraph der allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform untersagte das Einstellen von Nacktbildern, und diese Regel führte bis 2014 dazu, dass Bilder stillender Mütter »explizitem Material« gleichgesetzt wurden, was zur Löschung solcher Posts und auch zur Sperrung des jeweiligen Accounts führen konnte (vgl. Mintz 2009). Die postenden Mütter empfanden diese Zensurakte als massiven Eingriff und unpassend, da sie der Meinung waren, dass Stillen keineswegs obszön sei und auch in der digitalen Öffentlichkeit durchaus sichtbar sein dürfe. Es entwickelten sich mehrere Protestgruppen, wie beispielsweise im De-

zember 2008 jene von Stefanie Muir, für die nach Muirs Angaben mehr als 11.000 Mütter ihre Profilbilder durch Stillbilder ersetzten. Im Jahr 2014 änderte Facebook seine Geschäftsbedingungen. Dort heißt es seitdem: »Wir sind auch der Meinung, dass Stillen etwas Natürliches und Schönes ist, und freuen uns, dass es den Müttern wichtig ist, diese Erfahrung mit anderen auf Facebook zu teilen. Die überwiegende Mehrheit dieser Fotos entspricht unseren Richtlinien« (Facebook 2014). Nach wie vor zensiert Facebook jedoch Bilder, auf denen weibliche Brustwarzen sichtbar sind. Diese und auch andere Eingriffe des sogenannten *private ordering*, also der Regelsetzung durch privatwirtschaftliche Akteure, geraten in verschiedensten Kontexten in die Kritik, jedoch entziehen sie sich bislang, teilweise auch aufgrund der Intransparenz privater Regelungs- und Durchsetzungsmechanismen, der direkten Einflussnahme der Nutzer. Der Protest der Mütter ist als symbolischer Akt zu sehen, da ihr Protest gegen die Zensur von Stillbildern symbolisch für allgemeinere politische Ziele steht, nämlich für die Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter. Im Kontext der weltweiten Bewegung *Free the nipple*, die sich gegen die sexuelle Objektivierung von Frauen richtet, erweisen sich die Stillbilder auf Facebook als eine mögliche Artikulationsform dieser Forderung. Auf der Webseite der Bewegung kommunizieren die Initiatoren ihre Überzeugungen folgendermaßen: »Free the nipple is a global campaign of change, focused on the equality, empowerment, and freedom of all human beings. Free the nipple has become a premiere voice for gender equality, utilizing all forms of modern mediate to raise awareness and effect change on various social issues and injustices« (Free the Nipple). Nicht nur Facebook wird hier Medium des Protests, sondern ebenso der weibliche nackte Oberkörper. In vielen US-Bundesstaaten steht das Zeigen eines weiblichen nackten Oberkörpers bis heute unter Strafe, wohingegen männliche nackte Oberkörper toleriert werden. Die nackte weibliche Brustwarze steht also paradigmatisch für eine systematische Ungleichbehandlung von Geschlechtern, die mit einer sexuellen Objektivierung des weiblichen Körpers einhergeht. Damit verhielten sich die Protestierenden zwar faktisch ungehorsam gegenüber den Nutzungsbestimmungen eines privaten Unternehmens, ihre Kritik richtet sich jedoch nur stellvertretend gegen Facebook selbst und adressiert in viel weitreichenderem Ausmaß eine grundlegende gesellschaftliche Ungerechtigkeit.

Die Beispiele, die ich als Nächstes vorstellen möchte, nehmen das Spielfeld symbolischer Politik noch in einer anderen Weise in Anspruch. Ungehorsame Inhalte werden hier nicht auf der bestehenden Plattform eines sozialen Mediums inszeniert, sondern auf einer eigens geschaffenen Webseite. Auch die Inhalte, die bereitgestellt werden, unterscheiden sich von Kampagnen in sozialen Medien, und zwar dadurch, dass sie häufig Kritik über ein fiktives Narrativ zum Ausdruck bringen, indem sie nicht allein beschreiben, wie die politische Wirklichkeit, die sie kritisieren möchten, *ist*, sondern ein provokatives Szenario darstellen, das zeigt, wie sie sein *könnte*.

1.3. Hyperreale Narrative

Das Erschaffen und Erleben sogenannter *virtueller Welten* ist von jeher Bestandteil der Kultur des Internets. Eine aktivistische Taktik, die eben diesen digitalen Möglichkeitsraum der Inszenierung des Fiktiven für sich nutzt, ist die gezielte Verbreitung von Narrativen, die die politische Wirklichkeit mit den Mitteln der parodistischen Überzeichnung oder in Form einer fiktiven Gegendarstellung kritisieren (vgl. Züger 2014b: 477).

Ein erstes anschauliches Fallbeispiel eines hyperrealen Narrativs (**Nr. 6**) ist die Webseite www.deportation-class.com, die im Jahr 2000 im Rahmen der Kampagne *Kein Mensch ist illegal* als Protest gegen die Lufthansa ins Leben gerufen wurde. Die Webseite, die heute nicht mehr abrufbar ist, kritisierte (als eine neben mehreren Taktiken, die ich zum Teil noch aufgreifen werde) den Einsatz europäischer Fluggesellschaften bei Zwangsabschiebungen von Asylbewerbern durch die ironische Inszenierung der fiktiven *Deportation Class*: »See the world through different eyes! Travel in exotic style with Deportation Class service« (zit. nach Meikle 2010: 366). Graham Meikle beschreibt die Aufmachung der Webseite als Replikat einer üblichen Webseite für Passagierflugbuchungen »complete with an activist frequent flyer program, and combines the standard visual imagery of attractive destinations, special offer prices and exhortations to ›book now‹ with texts which highlight the horrors of the physical restraints often used on forced deportees: ›adjust to the delights of your travel destination in an atmosphere relaxed by obligatory sedative usage« (zit. nach ebd.: 366).

Ein aktuellerer Fall (**Nr. 7**) ist die Webseite www.kindertransporthilfe-des-bundes.de, die 2014 in Deutschland für Aufmerksamkeit und politische Debatten um die Aufnahme syrischer Flüchtlinge sorgte (vgl. Zentrum für Politische Schönheit 2014).

Das künstlerisch-aktivistische Kollektiv *Zentrum für Politische Schönheit* hat diese täuschend echte Webseite erstellt, die dem Anschein nach eine Kampagne der Familienministerin Schwesig vorstellt. Diese propagiert mit ausgefeilter Bildsprache und detailreicher Information die Möglichkeit der Aufnahme syrischer Flüchtlingskinder in deutschen Pflegefamilien. Die Kampagne war frei erfunden und wurde vom Zentrum für Politische Schönheit kurz nach der Veröffentlichung als unecht entlarvt.¹² Im Diskurs der Medienöffentlichkeit platzierte die unterstellte Untätigkeit des Bundes bei der Hilfe für syrische Kriegsoffer die Frage, was eine tatsächlich verantwortungsbewusste Flüchtlingspolitik sein könnte, und erregte damit ein breites Medienecho. In Reaktion auf die Kampagne wurden Vertreter des Zentrums für Politische Schönheit zum Gespräch in das Bundeskanzleramt eingeladen.

Eine weiterer Fall (**Nr. 8**) ist derjenige der fiktiven Produktseite www.google-nest.org, die auf der Konferenz re:publica 2014 vom *Peng! Collective* vorgestellt wurde. Das Kollektiv, das sich selbst als »smart and silly people producing creative political stunts and enriching campaigns with subversion, humour and civil disobedience« (Peng Collective) beschreibt, präsentierte mehrere fiktive Google-Produkte wie beispielsweise eine Datenversicherung für die Nutzung von Google-Produkten, die ausgezahlt wird, sofern Missbrauch von Daten auftritt. Ein weiteres dieser fiktiven Produkte wird unter dem Namen Google Bee beworben und soll als private Drohne zur Überwachung im persönlichen Umfeld dienen. Nach Auskunft des Kollektivs folgte der Kampagne eine Beschwerde vonseiten Googles bezüglich der Verletzung von Markenrechten, mit der Forderung, dass die Domain der Seite an Google übergeben werden müsse, jedoch gab es keine weiteren rechtlichen Konsequenzen. Der Schriftwechsel mit Google und die Stellungnahmen des Peng-Kollektivs, die es in Zusam-

¹² Ob es sich bei der Webseite der Kindertransporthilfe des Bundes um eine rechtlich nicht zulässige digitale Aktion handelt, ist nicht eindeutig zu sagen. Eine Anzeige wegen der unrechtmäßigen Verwendung von Bildmaterial wäre denkbar gewesen. Es wurden jedoch anscheinend keine rechtlichen Schritte gegen das Zentrum für Politische Schönheit eingeleitet und die Seite ist bis heute abrufbar.

menarbeit mit der Electronic Frontier Foundation entwickelte – einer gemeinnützigen amerikanischen Organisation, die sich für Bürgerrechte im digitalen Zeitalter einsetzt –, sind nun auf der Webseite aufzufinden.¹³

Häufig werden solche Webseiten als *Fake* bezeichnet, als »satirical websites« (Jordan 2007: 140) oder, wie Caroline Auty sie beschreibt, als »Protest sites, spoof sites and cyber-squatting« (Auty 2004: 214). Diese Bezeichnungen sind jedoch nicht ganz treffend und eher missverständlich, da sie recht unterschiedliche Handlungsformen zusammenbringen.

Der Vorgang, dass ein Domain-Inhaber bewusst markenrechtlich geschützte Namen (oder diesen zum Verwechseln ähnliche Namen) als Domainnamen registriert, wird als *Cybersquatting* bezeichnet. Zumeist ist dieser Vorgang jedoch weder aktivistisch motiviert noch ist er eine Straftat, auch wenn Markeninhaber die vermeintlichen Domain-Trittbrettfahrer wegen Cybersquatting verklagen können, wie beispielsweise im Fall Nike v. Circle Group Internet (vgl. IT Law Wiki 2004). Häufig versuchen die Besitzer einer solchen Domain, diese gewinnbringend an den Trademark-Inhaber zu verkaufen.

Bei sogenannten *protest sites*, *satirical websites* oder *spoof sites* geht es oft nicht um eine schlichte Fälschung oder einen Domainstreit im eigentlichen Sinne, auch wenn für diese Seiten häufig Domains registriert werden, die tatsächlich von der kritisierten Instanz betrieben werden könnten. Stattdessen geht es um die Präsenz eines Narrativs, das in Anspielung auf eine politische Maßnahme oder ein politisches Thema eine parodistisch-kritische, aber dennoch wahrhaftige politische Aussage macht.

Viele solcher Protestseiten erreichen ein hohes Maß an Ähnlichkeit mit der imitierten *authentischen* Webseite oder den Erkennungsmerkmalen einer imitierten Institution. The Yes Men, ein aktivistisches Kollektiv aus den USA, wurden beispielsweise aufgrund von täuschend echten Webseiten für legitime Vertreter kapitalistischer Organisationen gehalten und über die Kontaktdaten der Webseite zu internationalen ökonomischen Veranstaltungen oder Medienauftritten eingeladen (vgl. ebd.: 140).

Wesentlich treffender scheint daher der Begriff des hyperrealen Narrativs für diese Protestwebseiten, da es nicht um eine von der Wirklichkeit entfernte Nar-

¹³ Wie dort erläutert wird, gibt es mehrere Spiegelungen der ehemaligen Inhalte der Kampagne unter anderen Domains, wie beispielsweise <http://www.peeep.us/f43e332e>.

ration oder eine reine Parodie geht, sondern um eine Darstellung, die eine relevante, wirkliche Situation überzeichnet oder durch Fiktion kritisch hinterfragt. Den treffenden Begriff der Hyperrealität verwendet das Zentrum für Politische Schönheit allgemein für seine Theaterkunst und leitet ihn folgendermaßen her:

»Der Begriff Hyperrealität ist neben seiner Bedeutung innerhalb der Kunstgeschichte wohl am engsten mit dem französischen Medientheoretiker und Philosophen Jean Baudrillard verbunden. In seiner Simulationstheorie unterscheidet er drei Zeitalter der Zeichen oder die ›drei Ordnungen der Simulakren‹, wie er es nennt. Nach dem Zeitalter der ›Imitation‹ und demjenigen der ›Produktion‹ leben wir hiernach nun in einem gesellschaftlichen Zustand, in dem Zeichen und Wirklichkeit zunehmend ununterscheidbar seien. Hiernach befinden wir uns also in einer Welt, die es uns beinahe unmöglich mache, jenseits von ›Repräsentationen, Modellen und Simulationen der Darstellung‹ so etwas wie Realität auszumachen. In einer solchen ›referenzlosen‹ Wirklichkeit entsteht nach Baudrillard irgendwo zwischen Realität und Fiktion die Hyperrealität. Somit stehe unser ›hyperreales Theater‹ gar nicht an einer Schnittstelle zwischen Kunst und Politik bzw. Realität und Fiktion, sondern kann sich als Simulation innerhalb der Simulation guten Gewissens und leichten Fußes zur allseits anerkannten Realität aufschwingen« (Leipold 2016).

Die Idee, dass digitale Technologien zum Medium des Theaters werden, das daher jederzeit und überall stattfinden kann, wird hier explizit. Die Idee des Hyperrealen spielt mit der Ununterscheidbarkeit von Realität und Fiktion und insofern mit der Macht der medialen Konstruktion von Wirklichkeiten. Die Stärke dieser Taktik ist die Provokation gegenüber jenen Akteuren, deren Adressen, Symbole und Bilder parodiert werden und die in allen drei Fällen, wenn auch in unterschiedlicher Weise, auf die Webseiten reagierten.

Unabhängig davon, ob man Baudrillard in seinem Verständnis des Hyperrealen folgt oder nicht, lässt sich argumentieren, dass diese Aktionen in einen bedeutsamen Austausch mit dem politischen Geschehen treten, sieht man dieses nun als Realität oder Simulation an. Durch ihren provokativen Kommentar erzeugen diese Narrative eine politische Anfechtung und eine Gegen-Öffentlichkeit (vgl.

Jordan 2007: 140), indem der Öffentlichkeit das Zerrbild einer überspitzten oder alternativen Wirklichkeit vorgehalten wird.

In ähnlicher Weise, doch durch ein anderes Zusammenspiel mit digitalen Medien, kommt auch die Taktik zustande, die im folgenden letzten Beispiel für symbolischen digitalen Ungehorsam wirksam wird. Hier geht es nicht um ein fiktives Narrativ, sondern um das Neu-Arrangieren bestehender audio-visueller Inhalte zu einem provokativen politischen Argument: den Videoremix.

1.4. Politischer Videoremix

Im Fall eines Videoremixes wird allein über Montage eine neue und eigene Aussage eines audio-visuellen Materials hergestellt und damit ein kritisches politisches Argument inszeniert. Die Rechtsgrundlage, gegen die der Ungehorsam verstößt, ist hierbei jedoch das Urheberrecht, das verletzt wird, indem geschütztes Material in rechtswidriger Weise für politische Remixe verwendet wird.

Auch wenn diese Praxis kaum im öffentlichen Fokus der Debatte um digitalen Ungehorsam steht und ihre Akteure sich selbst die Kategorie des zivilen Ungehorsams nicht explizit zuschreiben, weisen politische Videoremixe einige wichtige Überschneidungen auf. Politische Videoremixe sind Ausdruck einer digitalen kritischen Praxis, die als Video-Aktivismus beschrieben wird (vgl. Askanius 2013). Ein bedeutsamer Anteil der im Internet verbreiteten Remixe sind politische Artefakte, die einem Impuls folgen, massenmediale Inhalte zu kritisieren oder über alternative Kanäle und kreative kommunikative Beiträge zu entkräften (vgl. Horwatt 2009: 3).

»The pervasive tone of these works demonstrates a deep suspicion of media itself – specifically the authoritative voice of journalism and the persuasive techniques of advertising. Much of political remixing depends on deconstructing how desire is created through images. [...] We might understand digital remixing as a prominent example of how found footage image making has become relevant to new generations through the appropriation of contemporary images in an effort to address pertinent socio-political issues« (ebd.: 5).

Dank der weiten Verbreitung technischer Bearbeitungswerkzeuge für Musik oder Videomaterial ist das Erstellen digitaler Remixe mit geringem Kostenaufwand und vergleichsweise geringer Expertise möglich. Dies ermöglicht die Entstehung einer Kultur der Kritik von Medieninhalten, konventionen oder formaten, die kritisch kommentiert oder mit kontroverser Aussage neu arrangiert, parodiert, persifliert oder auch affirmativ gewürdigt werden. »[V]ideo remix has become an important form of communication and expression heretofore confined to the printed word alone, and as the semiotic field grows increasingly complex, so does the need for critical attention« (Kuhn 2012: 2). Die Verarbeitung und Reorganisation von Medieninhalten als rhetorisches und künstlerisches Mittel wurzelt in der Geschichte des Films wie beispielsweise in der Montagetechnik der sowjetischen Filmschaffenden Dziga Vertov und Sergei Eisenstein oder den avantgardistischen Kollagen von Jean-Luc Godard (vgl. ebd.: 3). Die intermediale Netzkultur negiert das klare binäre Verhältnis von Amateur und Profi in Bezug auf die Medienproduktion und fordert damit bestehende Konzepte von Autorschaft, Eigentum und – wie erläutert – Urheberrecht allgemein heraus (vgl. Horwatt 2009: 1). Bei der rechtlichen Betrachtung der digitalen Remixkultur stehen mögliche Urheberrechtsverletzungen im Vordergrund, während dem Recht auf freie Meinungsäußerung in deren rechtlicher Beurteilung häufig wenig Beachtung geschenkt wird. Dabei lassen sich Remixe als »digital argument« (Kuhn 2012: 3) begreifen, das in der digitalen Öffentlichkeit eine wichtige Funktion des Meinungsaustausches und der politischen Kritik erfüllen kann. Der rechtliche Status von Remixen ist insofern nicht nur eine Frage des Urheberrechts, sondern eher eine Frage der Vielfalt und Offenheit der dialogischen Kultur einer Gesellschaft.

Fallbeispiele politischer Videoremixe sind die Arbeiten des Mashup-Duos *Cassetteboy*, die millionenfache Aufrufe auf Youtube vorweisen können (**Nr. 9**). 2014 fertigte das Duo einen parodistischen und politisch kritischen Zusammenschnitt von Reden des damaligen britischen Premierministers David Cameron auf den Beat eines Songs des Rappers Eminem an, das allein über 6 Millionen Mal auf Youtube angesehen wurde (vgl. *Cassetteboy* 2014).

Dort werden Cameron durch die Montage seiner Reden beispielsweise folgende Zeilen in den Mund gelegt:

»I am disgusted by the poor and my chums matter more because we are the law and I've made sure: We're ready for class war. Taking money from the man who works long hours, giving power to the tycoons in the glass tower. [...] Even after privatising, sticking plasters. It is a social disaster that makes our hearts beat faster. Now, I am your master. The last thing this country needs is us, the conservatives, worse than the alternative. We don't care if you're driven to despair. Don't you dare say it's not fair. I'm not saying it's not funny. It is for me. I've got loads of money« (ebd).

Das Video veranschaulicht paradigmatisch den Kampf und die Deutungshoheit politischer Narrative. Bemerkenswert ist dabei jedoch, dass das Austragungsmedium private Plattformen wie Youtube sind, die als Intermediäre diesen politischen Kampf um das Sagbare beherbergen und mitgestalten. Rechteinhaber der Inhalte vergleichbarer Videos können über Beschwerden bei den intermediären Plattformen wie Youtube, die die Videos zur Verfügung stellten, die Gewinne, die über die zahlreichen Zuschauer generiert werden können, einstreichen (die damit den Künstlern vorenthalten bleiben) oder gar die gänzliche Zensur der Videos erwirken.

Nach einer Gesetzesänderung des *Copyright, Design and Patents Act 1988* in Großbritannien später im selben Jahr ist dieses spezifische Video nicht länger rechtswidrig, jedoch erscheint weiterhin der Verweis, das »[d]ieses Video [...] Inhalte von UMG [Universal Music Group] [enthält] und auf bestimmten Webseiten daher nicht wiedergegeben werden darf« (Perraudin 2014). Vor der Gesetzesänderung arbeiteten die Künstler anonym und unter der ständigen Bedrohung, für ihre künstlerischen Produkte vor Gericht gestellt zu werden – was jedoch konkret nie geschah. Ungeachtet dessen ist der Videoremix von Cassetteboy ein treffendes Beispiel symbolischen digitalen Ungehorsams.

Wie auch in den vorherigen Beispiele agieren die Ungehorsamen im Zusammenspiel mit verschiedenen digitalen Medien und treten damit einerseits in einen politischen Kampf um das politisch Gewollte bzw. Sagbare und das widerständige Unsagbare ein, andererseits in einen Kampf um die Frage, wie dieses (Un)Sagbare kommuniziert werden kann, ob es beispielsweise verschlüsselt sein oder aus Inhalten bestehen darf, die unter der Kontrolle anderer stehen. Symbolischer digitaler Ungehorsam ist in einer Welt, in der Politik zu weiten

Teilen in Narrativen und Zeichen repräsentiert wird, eine politische Intervention, die die kommunikativen Strategien der Mächtigen gegen sie wendet. Das politische Jiu-Jitsu, von dem Cherian in Bezug auf Gopalan Nair spricht (vgl. George 2012: 185), lässt sich in jedem der besprochenen Beispiele wiedererkennen. In je eigener medialer Weise werden hegemoniale Kommunikationsstrategien vonseiten der Ungehorsamen adaptiert und umcodiert, um als neue und eigene Argumente politische Maßnahmen zu kontestieren und zu beeinflussen. Die Eleganz des symbolischen digitalen Ungehorsams besteht dabei darin, ungehorsame Inhalte so zu inszenieren, dass sie hochwirksam das öffentliche Interesse erregen und die politische Aufmerksamkeit durch Information, Provokation und Humor auf sich ziehen. Während diese symbolische Politik vorwiegend durch Verführungskraft und kommunikative Konfrontation besticht, ist die wohl am weitesten bekannte Form des digitalen Ungehorsams jene, die Aufmerksamkeit durch die Störung bestehender kommunikativer Infrastrukturen gewinnt.

2. Invasiver und disruptiver digitaler Ungehorsam. Politisches Hacken und die Erfindung des Hacktivismus

Ein zweiter Strang des digitalen Ungehorsams verlässt das Spektrum der symbolischen Politik und nutzt invasive und disruptive digitale Taktiken auf der Ebene der digitalen Infrastruktur, um verschiedensten Protestzielen Ausdruck zu verleihen. Frühere Beschreibungen digitalen Ungehorsams sind häufig unter dem allgemeinen Sammelbegriff des *Hacktivismus* oder Vorläufern wie dem *politischen Hacken* zu finden. Die Handlungskultur und Weltanschauung, die sich hinter beiden Kulturpraktiken verbirgt, ist durchaus bedeutsam für das Verständnis dieses Kapitels des digitalen Ungehorsams, weshalb ich hier die Entstehung beider Begriffe und Praktiken einleitend beleuchte.

Der Hacker als Sozialtypus ist eine einflussreiche, wenn auch ambivalente Figur der digitalen politischen Aktion. »Computer-Hacker bilden eine soziale Gruppe, über die man verhältnismäßig wenig weiß, der man aber viel zuschreibt« (Funken 2010: 190). Ein häufiges Problem bei der Darstellung der *Hackerkultur* ist die Reduktion auf ein stringentes Entwicklungsnarrativ und eine

einheitliche Handlungsethik, die die individuellen Eigenheiten verschiedener Gruppierungen oder Individuen überblendet.

Übergreifend lässt sich die Praxis des Hackens am ehesten mit einem Hinweis auf ihre Diversität fassen: »[H]acking hangs together around a loose but interconnected set of issues, values, experiences, and artifacts« (Coleman 2012: 100).

In der Fülle der Literatur über Hacker und die Kultur des Hackens lassen sich einige Szenarien einer Entstehung und Entwicklung derselben finden, die teilweise recht unterschiedliche Implikationen mit sich bringen. Wie Coleman es beschreibt, gibt es womöglich übergreifende Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Subkulturen, die teils zeitgleich, teils nacheinander die Kulturtechnik des Hackens geprägt haben. Der Glaube an Freiheit, Privatheit und freien Zugang zu Information sei so etwas wie der kulturelle Leim, der Hackerkulturen verbinde.

Ein sehr gängiges Narrativ der Entstehung des Hackens lautet folgendermaßen: Der Begriff des Hackers stammt aus frühen Zeiten des amerikanischen Massachusetts Institute of Technology. In den 1950er und 60er Jahren wurde er gebräuchlich, um in einer Gruppe von Modellbahntüftlern jemanden als besonders einfallsreich und hartnäckig bei Problemlösungen zu beschreiben (vgl. Funken 2010: 191). Später wurde diese Auszeichnung auch auf dieselbe Fähigkeit im Zusammenhang mit Computern übertragen. Mit der Zeit etablierte sich eine generellere Deutung des Hackings als eine »Kulturtechnik der Zweckentfremdung, mit welcher Strategien der Umkodierung, Dekontextualisierung und Rekontextualisierung optimiert werden« (ebd.: 201).

Eine andere Darstellung sieht eher die Phone-Phreaker als prägende Ursprungskultur der Hacker an, deren Manipulation der Telefontechnologie bereits in den 1950er und 60er Jahren begann und sich Ende der 60er Jahre in den USA zu einem nationalen Netzwerk formierte, wenn auch zunächst abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit (vgl. Coleman 2012: 103). Phone-Phreaker waren in der Lage, über das Einspielen eines 2600-Hertz-Tons die Telefongesellschaften zu überlisten und kostenlose Telefonate zu führen. Im Laufe der 70er und 80er Jahre wurde die Bewegung zunehmend bekannt und kooperierte kurzzeitig mit den Yippies, einer politischen Gruppierung, die sexuelle wie politische Anarchie propagierte. Der von ihnen gemeinsam herausgegebene

Newsletter, so Coleman, »blended technological knowledge with a clear political call to arms« (ebd.: 104). Die Yippies hinterließen ihren aktivistischen Fingerabdruck vor allem durch »audacious politics of pranking, transgression and mockery« (ebd.: 105), was ebenfalls bereits das wiederkehrende Motiv des düsteren Humors in der Kultur des digitalen Ungehorsams andeutet.

Der Hackerszene wird häufig ein Handlungsethos unterstellt, das auch als DIY (Do-it-yourself)-Ethos beschrieben wird (vgl. Ziccardi 2013: 47). Seine Etablierung wird so erklärt, dass in den 1980er Jahren, als der Personal Computer als Universalmaschine in die Haushalte Einzug hielt, das technisch Machbare zum Maß der Dinge wurde. Was lauffähig war, wurde als legitim betrachtet. Zum einen brachte diese Handlungsideologie dem Hacker die Rolle des Avantgardisten ein, eines Helden der Computerrevolution und Visionärs des Internets, der über ein machtvolleres Spezialwissen verfügt (vgl. Gunkel 2005). Andererseits haftet ihm durch dieses Image des Antiautoritären ein antibürgerlicher Gestus an (vgl. Funken 2010: 193), der ihn als wenig repräsentativ und unintegriert erscheinen lässt. Doch auch zu diesem Image gibt es Gegenbeispiele. Trotz einer kritischen Haltung gegenüber der Überwachungs politik der Bundesregierung ist beispielweise der CCC auch in unterstützender und beratender Funktion für die deutsche Regierung tätig (vgl. Beckedahl 2014; Chaos Computer Club 2011).

Glaubt man dem Bild, das die Sozialwissenschaft zeichnet, dann ist eine libertäre Haltung unter Hackern weit verbreitet, doch handelt es sich anscheinend weniger um eine marktlibertäre Weltanschauung. Stattdessen geht es um eine Ideologie, die als techno-libertär beschrieben wird, da sie kritisch gegenüber Regierungen und Regulierungen ist und nicht den Markt, sondern Technologie als alternative Regelungsstruktur anerkennt (vgl. Borsook 2001). Wie Isin und Ruppert darlegen, nehmen Hacker in gewisser Weise eine paradoxe Position in der liberalen Tradition ein: Einerseits plädieren sie häufig für die freie Zirkulation von urheberrechtlich geschützten Gütern, was im Konflikt mit den marktlibertären Prinzipien der Exklusion und Kontrolle steht; andererseits sind sie Verfechter von Werten wie der individuellen Autonomie und der freien Meinungsäußerung, womit Hacker gleichzeitig zu »most ardent promoters of liberal values« (vgl. Isin & Ruppert 2015: 143) werden.

1984 konkretisierte Steve Levy eine heuristische Handlungsorientierung als sogenannte *Hacker-Ethik*, die verschiedene Tugenden eines *guten Hackers* postuliert. Allerdings entstand diese Ethik nicht als Produkt eines Diskurses, sondern ist eher ein »vitales Leitbild« (Funken 2010: 196), basierend auf Levys Beobachtungen der Hackerkultur.

Diese ethischen Regeln lauten wie folgt:

- 1.»Der Zugang zu Computern und allem, was einem zeigen kann, wie diese Welt funktioniert, sollte unbegrenzt und vollständig sein.
- 2.Alle Informationen müssen frei sein. Mißtraue Autoritäten – fördere Dezentralisierung.
- 3.Beurteile einen Hacker nach dem, was er tut, und nicht nach üblichen Kriterien wie Aussehen, Alter, Herkunft, Spezies, Geschlecht oder gesellschaftliche Stellung.
- 4.Man kann mit einem Computer Kunst und Schönheit schaffen.
- 5.Computer können dein Leben zum Besseren verändern.
- 6.Mülle nicht in den Daten anderer Leute.
- 7.Öffentliche Daten nützen, private Daten schützen.« (Hackerethik)

Die letzten beiden Regeln wurden nicht von Levy, sondern von Wau Holland und Steffen Wernéry, zwei der frühen Mitglieder des Chaos Computer Clubs, Ende der 80er Jahre ergänzt. Coleman bezeichnet die Hackerethik als »a commitment to information freedom, a mistrust of authority, a heightened dedication to meritocracy, and the firm belief that computers can be the basis for beauty and a better world« (Coleman 2012: 99). Ein Narrativ, welches sich durch viele Beschreibungen der frühen Jahre des Internets zieht, ist, dass es einen stillen Konsens über diese Ethik gab und dass »the Internet, at least when it was first created, can be seen as a reflection of these Hacker Ethics« (Still 2005).

Coleman plädiert auf Grundlage ihrer anthropologischen Forschung allerdings dagegen, diese Hackerethik als unumstrittenen Gemeinplatz aller Hacker zu betrachten. »I started to see significant problems in positing any simple connection between all hackers and an unchanging ethic. [...] Although hacker ethical principles may have a common core – one might even say a general

ethos – further inquiry soon demonstrates that, similar to any cultural sphere, we can easily identify variance, ambiguity, and, at times, even serious points of contention« (Coleman 2012: 99). Es mag also zutreffen, dass verschiedene Subkulturen von Hackern grundlegende Haltungen teilen, etwa eine antiautoritäre Haltung gegenüber Staat und Industrie sowie das Ideal der Transparenz von Information, das allein legt jedoch keineswegs nahe, von *einer* Hackerkultur zu sprechen.

Obwohl dieses ethische Leitbild des guten Hackers bis heute existiert, lässt sich Hacken nicht auf eine positive Deutungsweise oder konsequente Umsetzung einer Ethik festschreiben. Das Hacken bleibt eine ambivalente Praxis und ist ein ebenso inhärent ambivalenter Begriff. Er dient zum einen als »Projektionsfläche für Erlösungshoffnungen und Identifikationswünsche, zum anderen nährt [er] Ängste vor verschwörerischen Aktionen, die die Infrastruktur von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unterminieren« (Funken 2010).

Wie Gunkel darlegt, ist der Begriff des Hackens als solcher apolitisch und normativ unbestimmt. Hacken sei »neither good or bad, positive or negative, nor constructive or destructive but constitutes a general strategy by which to explore and manipulate the systems of rationality by which these modes of assessment become possible, function and make sense« (Gunkel 2001: 21). Aus Sicht der politischen Philosophie ist der Begriff des Hackens daher zu unscharf, um ihn per se als politische Kategorie zu verstehen. Beispielsweise da, wo Praktiken des Hackens ohne politische Intention, aus reinem Spaß oder in krimineller Absicht eingesetzt werden, gibt es keine Überschneidung mit der Kategorie des zivilen Ungehorsams. Zwei Beispiele politischer Hacks, bei denen ein Zusammenhang zwischen politischer Absicht und invasivem Einsatz von Technologien hingegen klarer erkennbar ist, sind der sogenannte BTX-Hack und der Wank Worm.

2.1. Der BTX-Hack

Der Bildschirmtext- oder BTX-Hack ereignete sich 1984 unter der Regie des Chaos Computer Clubs (**Nr. 10**). In der Nacht vom 16. auf den 17. November 1984 erzeugten Wau Holland und Steffen Wernéry, beide Mitgründer des CCC, aus den Räumen des Hamburger Datenschutzbeauftragten und vor den Augen

von »anwesenden Vertretern verschiedener Medien« (Chaos Computer Club 1984) einen Gebührenanspruch an die Hamburger Sparkasse von 134.694,70 Deutschen Mark. Das System, das diesen Zahlungsanspruch ermöglichte, war das Bildschirmtextsystem der Deutschen Post, das von vielen Hackern als mangelhaft und unsicher angesehen wurde, was der CCC in vorhergehenden Veröffentlichungen bereits erläutert hatte. Durch das wiederholte Aufrufen der kostenpflichtigen Seite des CCC, das durch ein Programm automatisiert wurde, gelang es den CCC-Hackern, mit dem Nutzerzugang der Hamburger Sparkasse im Laufe von 15 Stunden den beschriebenen Gebührenanspruch zu erzeugen. Der Pressemitteilung des CCC lässt sich entnehmen, dass sie ihre Aktion als Demonstration der Mängel des BTX-Systems verstanden und inszenierten, da die Post auf vorherige Warnungen bezüglich vorhandener Sicherheitslücken mit der Äußerung reagiert habe, der Missbrauch von Sicherheitslücken des Systems sei praktisch unmöglich und müsse erst nachgewiesen werden. Wie Wau Holland und Steffen Wernéry an die Nutzerkennung der Sparkasse gekommen sind, ist bis heute strittig (Erdogan 2014). In einer Pressemitteilung des CCC hieß es, dass das Passwort der Sparkasse über »einen Systemfehler im Bildschirmtext«, nämlich den »Überlauf bei Decoder-Seiten« (Chaos Computer Club 1984) angezeigt wurde und so in ihre Hände gelangte. Andere Quellen vermuten, dass die beiden Hacker über andere Wege an das Passwort gelangten. Das Geld wurde vom CCC nie real beansprucht, verließ also faktisch nie das Konto der Sparkasse, und nach eigenen Angaben wurde der Hack bewusst im Büro des Datenschutzbeauftragten durchgeführt, um »der Öffentlichkeit [zu demonstrieren], dass sie keine Bereicherungsabsichten verfolgten« (Ebel & Leib 1985). Dennoch hatte die Aktion ein juristisches Nachspiel – obwohl es, wie der CCC selbst feststellt, »keine (oder nur unzureichend übertragbare) Gesetze gab, die man unmittelbar hätte auf den Fall anwenden können. Gesetze zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, die erstmalig das Ausspähen oder Verändern besonders gesicherter Daten unter Strafe stellen, werden erst zwei Jahre später verabschiedet« (Wau Holland Stiftung 2014). Dennoch fand eine Vernehmung der beiden Hacker durch den damaligen Datenschutzbeauftragten der Stadt Hamburg statt, der eine Ordnungswidrigkeit feststellte und den von Holland und Wernéry beschriebenen Tatvorgang minutiös dokumentierte (vgl. Ebel & Leib 1985). Dort wird festgehal-

ten, dass die Sparkasse wie auch IBM zumindest rechtlich die Möglichkeit hatten, eine Schadensersatzforderung geltend zu machen. Der CCC wurde durch diesen damals beispiellosen Hack und die breite Berichterstattung, unter anderem im *Heute Journal*, bekannt. Er verhalf nicht nur dem Thema der Datensicherheit zu einer öffentlichen Diskussion, sondern etablierte auch den CCC als verlässliche beratende Institution in Fragen der IT-Sicherheit.

Was die Invasion des BTX-Systems auf technischer Ebene vorführt, ist die *politische* Kritik an der Unsicherheit einer gesellschaftlich relevanten Infrastruktur. Die Kritik an der Unsicherheit des BTX-Systems, die der Deutschen Post in verbaler Weise nicht relevant erschien, wurde erst durch die technische Demonstration wirksam. Wie zivil Ungehorsame in manchen Beispielen exakt jenes Gesetz brechen, dessen Änderung sie fordern, hackte der CCC gezielt jene technische Infrastruktur, die er kritisierte. Daraus ergibt sich eine Unmittelbarkeit der Aussage des Ungehorsams, die sich kaum direkter hätte kommunizieren lassen.

Diese Direktheit des invasiven oder disruptiven digitalen Ungehorsams ist jedoch keine Notwendigkeit. Mit dem Wank Worm kommen wir zu einem Beispiel, das zwar durch die Invasion einer Infrastruktur in Form eines Virus umgesetzt wurde, bei dem jedoch gerade die Frage nach der intendierten politischen Aussage nicht eindeutig zu beantworten ist.

2.2. Der Wank Worm

Ein weiteres Beispiel eines politischen Hacks (**Nr. 11**) ist der sogenannte Wank Worm, der als der erste bedeutsame Computerwurm mit politischer Botschaft in die Geschichte des Hackens einging (vgl. Dreyfus & Assange 1997: 12). Wie Dreyfus vermutet, war die Idee des WANK Worms literarisch inspiriert. »With WANK, life imitated art, since the term computer ›worm‹ came from John Brunner's sci-fi novel, *The Shockwave Rider*, about a politically motivated worm« (ebd.: 12).

Am 16. Oktober 1989 wurde eine Software in das System des NASA-Computersystems des Goddard Space Flight Centers in Greenbelt/Maryland gespielt. »Across the vast NASA empire, reaching from Maryland to California, from Europe to Japan, NASA workers greeted each other, checked their in-trays for

mail, got their cups of coffee, settled into their chairs and tried to login to their computers for a day of solving complex physics problems. But many of the computer systems were behaving very strangely. From the moment staff logged in, it was clear that someone – or something – had taken over« (ebd.: 15). Anstelle des gewohnten Startbildschirms sahen die NASA Mitarbeiter an diesem Morgen eine Botschaft der *Worms Against Nuclear Killers*, die lautete: »Your System Has Been Officially WANKed«. Der Wurm versandte mysteriöse Nachrichten, wie »vote anarchist« oder »the FBI is watching YOU« (ebd.: 19f.). Er löschte dem Anschein nach Dateien und breitete sich sogar weit über das Netzwerk der NASA in andere US-Netzwerke aus. Der Wurm versetzte das weltweite Netzwerk der NASA-Mitarbeiter in Sorge und Panik und veranschaulichte weitreichende Sicherheitslücken. Die massive Verbreitung des Wurms wurde nur dadurch möglich, dass die NASA selbst ihre essentiellsten Computer mit Passwörtern schützte, die mit dem Nutzernamen identisch waren. Erst nach längeren Untersuchungen wurde deutlich, dass der Wurm vermutlich als Protest gegen Nuklearwaffen gedacht war, obwohl die NASA selbst für Raumfahrt und nicht für Kriegswaffen zuständig ist. Auch stellte sich heraus, dass der Wurm nicht dazu konzipiert war, größeren bleibenden Schaden anzurichten. Die gravierenden Sicherheitslücken, die er zum Vorschein brachte, hätten jedoch ebenso in schädlicher Absicht genutzt werden können. Nachdem der erste WANK Worm bekämpft war, tauchte eine zweite verbesserte Version des Wurms auf, weshalb die NASA erneut reagierte, indem sie das FBI einschaltete.

Es bleibt unklar, ob dieser Hack von einer oder von mehreren Personen ausging. Der Code des Wurms wies laut seinen Analysten eine hohe Inkonsistenz auf, doch gleichzeitig eine gewisse Brillanz, Kreativität und vor allem eine sehr dunkle Art von Humor (vgl. ebd.: 27). Trotz vieler Anschuldigungen konnte der oder konnten die Erfinder des WANK Worms nicht eindeutig identifiziert werden. Dem Anschein nach stammte er aus der florierenden Szene des australischen Computer Undergrounds. »Like many Australian hackers, the creator of the WANK worm had emerged from the shadows of the computer underground, stood momentarily in hazy silhouette, and then disappeared again« (ebd.: 37).

Nicht belegten Behauptungen zufolge war Julian Assange, ggf. in Zusammenarbeit mit anderen australischen Hackern, an der Entstehung des WANK Worms beteiligt, was er jedoch selbst dementiert.

So faszinierend der WANK Worm als Taktik des digitalen Ungehorsams ist, bleibt seine politische Aussage zugegebenermaßen obskur. Da alle Initiatoren ihre Anonymität beibehielten, der Worm selbst nur Fragmente von politischen Botschaften preisgab und auch auf der Handlungsebene mehr Fragen als Aussagen erkennen lässt (warum war gerade die NASA das Ziel, wenn es um eine Kritik an der Nuklearpolitik ging?), kann hier mangels Indizien kaum eine Aussage darüber gemacht werden, ob es sich um eine Form zivilen Ungehorsams handelt – oder überhaupt um einen politischen Protest. Was der WANK Worm jedoch exzellent veranschaulicht, ist die Kreativität seiner Macher und ein eigenwilliger Humor, der sich in den darauffolgenden Jahrzehnten in vielen weiteren Akten des digitalen Ungehorsams widerspiegelt.

Sichtbar wird sowohl dieser Humor als auch das häufige Fehlen einer artikulierten politischen Aussage der technischen Invasion bei einer weiteren besonders verbreiteten Taktik, sogenannten Webdefacements. Durch diese werden – in einem Spektrum von völlig nichtssagenden digitalen Verunstaltungen bis hin zu aussagekräftigen politischen Statements – die visuellen Oberflächen von Webseiten ungehorsam bespielt.

2.3. Web Defacements und DNS Redirects

Der Begriff des *Website Defacements* bezeichnet eine temporäre »disfiguration on the cyberfacade of a company or organization« (Vegh 2003: 85). Auch wenn diese Taktik eine starke symbolische Komponente hat, indem visuelle oder sprachliche Webseiteninhalte manipuliert werden, kann sie als invasiver Typ digitalen Ungehorsams eingeordnet werden, da die Manipulation den (zuerst) unautorisierten Zugriff auf einen Webserver erfordert. Dieselbe Taktik wird auch als *Semiotic Hack*, *E-Graffiti* (Auty 2004: 216) oder *Cybergraffiti* (Vegh 2003: 85) bezeichnet und ist mindestens seit 1997 bekannt.¹⁴ In Fällen,

¹⁴ Eine Webseite, die frühe semiotische Hacks dokumentiert, ist http://www.2600.com/hacked_pages/. Die Webseite zone-h.org versteht sich als Archiv von Website Defacements und dokumentierte beispielsweise für das Jahr 2013 eine Zahl von ca. 1,4 Millionen Defacements weltweit.

bei denen es um die Manipulation von Werbebotschaften und grafiken geht, spricht man von Online Adbusting (Calabrese 2004). Bei einem Website Defacement verschafft sich der handelnde Akteur unautorisierten Zugang zu einem Webserver und kann über diesen Zugang hinterlegte Daten modifizieren (vgl. Klang 2007: 77).

Häufig wird diese Taktik als technologischer Nachfolger der medienaktivistischen Tradition des *Culture Jammings* verstanden, das sich in den 1990er Jahren als Form der konsumkritischen Kommunikationsguerilla entwickelte (vgl. Deitz 2014). Als Anstoß zur Verbreitung dieser Taktik und zu einer öffentlichen Debatte gilt das Pamphlet des Kulturkritikers Marc Dery, das er 1993 veröffentlichte (vgl. Meikle 2010). Kulturelle Vorläufer der Bewegung lassen sich bis in die 1920er Jahre zurückverfolgen (vgl. Teune 2004: 12). 1979 gründete sich die Billboard Liberation Front, die damit begann, Werbeplakate zu verändern. Allgemein wird Culture Jamming als »guerilla semiotics [...] an engaged politics [...] in an empire of signs« (Dery 2010) oder als »the practice of taking familiar signs and reshaping these into question marks« (Meikle 2010: 363) beschrieben. Ziel dieser Taktik ist die Aneignung von Kommunikationswegen, »die normalerweise nicht für die Protestierenden vorgesehen sind, um auf diese Weise ihre Kritik vorzubringen und die Inszenierungen der Mächtigen zu durchbrechen« (Teune 2004: 12).

Abseits des Digitalen zeigt sich Culture Jamming in Form von Graffiti auf kommerziellen Werbeplakaten oder auch in Form von professionellen Umgestaltungen kommerzieller Plakatmotive, wie sie unter anderen die konsumkritische Gruppe der Adbusters in Gestalt sogenannter Spoof Ads vornahmen (vgl. Calabrese 2004; Adbusters). Eine solche Aktionsreihe richtete sich etwa in Australien gegen gesundheitsschädliche Güter wie Tabak oder Alkohol. In diesen und vergleichbaren Fällen wurden die kritischen Graffiti auf Plakaten – meist Ergänzungen oder Kürzungen von Buchstaben – als eine Form zivilen Ungehorsams beschrieben (vgl. Deitz 2014: 1). Diese Ebene der Manipulation kommunikativer Inhalte von Werbebotschaften verlassen Webdefacements, indem sie, um eine oberflächlich inhaltliche Aussage zu machen, zunächst auf infrastruktureller Ebene intervenieren. Stefan Wray beschreibt frühe Beispiele politischer Defacements. »1998, a young British hacker known as ›JF‹ accessed about 300 web sites and placed anti-nuclear text and imagery. He entered,

changed and added HTML code. At that point it was the biggest political hack of its kind. Since then, and increasingly over the course of the year, there were numerous reports of web sites being accessed and altered with political content« (Wray 1998a). Diese Fälle aus heutiger Sicht zu rekonstruieren, ist nicht ohne weiteres möglich.

Ein Fall, der ausreichend dokumentiert ist und eine politische Intervention durch ein Web Defacement gut veranschaulicht, ist der von Eugene Kashpureff, der technisch in Form eines DNS-Redirects realisiert wurde (**Nr. 12**) (Crosston 2017: 15; Manion 2000). Ein DNS-Redirect ist wie ein Defacement eine digitale Taktik, die den von einem Betrachter gesuchten Inhalt modifiziert erscheinen lässt. Sie basiert jedoch technisch nicht auf der Manipulation von Inhalten, sondern auf der Manipulation eines Protokolls, die so etwas wie eine *Umleitung* zur Folge hat. Ein DNS-Redirect, auch als DNS-Hijacking oder DNS-Spoofing bezeichnet, ist die Manipulation der Auflösung von *Domain-Name-System*-Anfragen. Kashpureff hatte 1995 mit Mitstreitern *AlterNIC* gegründet, einen Service, der eine Alternative zur Registrierung von Domainnamen darstellte. Damit sollte die Monopolstellung von InterNIC kritisiert werden, dem Service, der bis zum Jahr 1998 die Domainnamen des Internets registrierte und verwaltete. 1998 wurde diese Funktion von der ICANN übernommen.

Das *Domain Name System* ist mit einem Adressbuch des Internets vergleichbar. Es verwaltet URLs und löst sprachliche Website-Namen in numerische IP-Adressen auf, die für das IP-Protokoll lesbar sind. Das IP-Protokoll ist dafür zuständig, eine Nutzeranfrage zu der gewünschten IP-Adresse zu leiten, die sich hinter einer URL verbirgt. Für einen Nutzer, der eine Webseite besuchen möchte, stellt sich die Taktik so dar, dass er eine bestimmte URL eingibt, zu der er gelangen möchte, und zu einer anderen IP-Adresse umgeleitet wird. Auf der dann angezeigten Website sind womöglich veränderte Inhalte zu finden. Am 11. Juli 1997 leitete Kashpureff die Anfragen der Webseite InterNIC auf die Seite von AlterNIC um, wo man über den Protest von AlterNIC lesen konnte und einen Link fand, der zurück zur wirklichen Seite von InterNIC führte. Er schuf damit für mehrere Tage einen inhaltlichen Umweg, den Nutzer zwangsläufig wahrnehmen mussten, wenn sie die InterNIC-Webseite besuchen wollten, und der sie mit Kashpureffs Kritik konfrontierte.

Kashpureff wurde im Oktober 1997 wegen des Tatbestands des *wire fraud* festgenommen (vgl. Kornblum 1997). Im Dezember desselben Jahres kam er mit zwei Jahren Bewährung und einer Strafe von 100 \$ frei.¹⁵

Während in Kashpureffs Fall vor allem sein Ziel sichtbar wird, über die Politik der Vergabe von Domainnamen zu informieren, brachten andere Macher von Defacements ihr Nicht-einverstanden-Sein durch humorvolle Interventionen zum Ausdruck. So beispielsweise bei einem Defacement auf die Spiel-App *Angry Birds*: Nach der Veröffentlichung der Meldung, dass das beliebte Spiel von US-amerikanischen und britischen Geheimdiensten zur Sammlung von Nutzerdaten missbraucht wurde, verwandelten Hacker den *Angry Bird* der Webseite kurzerhand in einen »Spying Bird« (Gibbs 2014).

Aus der IT-Sicherheitsperspektive kann ein Website Defacement als eine kritische Art des Hackerangriffs gedeutet werden, da in vielen Fällen der Webserver, der die Inhalte von Webseiten verwaltet, mit anderen Datenservern verbunden ist, die weitere, möglicherweise sensible Informationen speichern, weshalb es zu einem disproportionalen Schaden oder zumindest einer Disproportion des Schadenrisikos kommen kann (vgl. Franklin 2001: 8).

Da ein Website Defacement einen Serverzugriff erfordert, besteht die Möglichkeit, nicht nur sichtbare Inhalte auf einer Webseite zu manipulieren, sondern auch weitere auf dem Server zugängliche Daten zu kopieren, zu löschen oder zu verändern. Allerdings ist dies offensichtlich nicht die gängige Praxis, wenn es um aktivistische Website Defacements geht: »It usually leaves all other information intact, and even backs up the one modified index file« (Vegh 2003: 85). In dieser Art der Durchführung hinterlässt ein Website Defacement keinen irreparablen Schaden und in der Regel auch keine schädliche Software, sondern ist eine temporäre Modifikation der semiotischen Weboberfläche und lässt sich von Kundigen verhältnismäßig leicht wieder rückgängig machen. Es impliziert jedoch im Regelfall einen Rechtsbruch, da ein Website Defacement den unautorisierten Zugang zu einem Computer oder Computersystem und der Information, die diese enthalten, voraussetzt (vgl. Klang 2007: 76).

¹⁵ In einem anderen Fall eines DNS-Redirects wurde 1999 die Webseite des Ku-Klux-Klans auf die Seite www.hatewatch.de umgeleitet, womit die Seitenbetreiber – ihrem eigenen Verständnis nach – gegen Online-Bigotterie vorgehen wollten (Auty 2004: 219).

Zugleich wird ein Defacement nur aufgrund von Sicherheitslücken von Servern möglich. Allerdings kursieren im Internet Anleitungen, die auch mäßig erfahrenen Akteuren erläutern, wie sie ein Website Defacement bewerkstelligen können (HackingSec). Demnach ist es fraglich, ob der Tatbestand eines Defacements impliziert, dass ein Angreifer tatsächlich befähigt wäre, auch größeren Schaden anzurichten. Eher ist die Taktik des Defacements von Webseiten eine Art des »digitalen Muskelspiels, da es sein Opfer zweifach bloßstellt: einmal durch die öffentliche semiotische Manipulation und zum anderen weil diese verdeutlicht, dass die angegriffenen Systeme Sicherheitslücken aufweisen« (Züger 2014b: 476).

Webdefacements werden in der wissenschaftlichen Forschung oft als eine etablierte Form des sogenannten Hacktivismus beschrieben, der beispielsweise als »the marriage of political activism and computer hacking« (Samuel 2004: iii) bezeichnet wird. Was es mit dieser begrifflichen Hochzeit auf sich hat, wie weit der Begriff des Hacktivismus in einem politisch-theoretischen Sinne tragfähig ist und welche Formen digitalen Ungehorsams darüber hinaus als Hacktivismus beschrieben werden, untersucht der folgende Abschnitt.

2.4. Die Erfindung des Hacktivismus

Was genau den Unterschied zwischen den Bezeichnungen *Hacker* und *Hacktivist* ausmacht und wie sich vor allem letztere Kategorie zu digitalen Formen zivilen Ungehorsams verhält, ist eine umstrittene begriffliche Frage. Trotz aller empirischen Forschung und begrifflichen Klärungsversuche ist es bis dato »difficult to draw the line between the two« (vgl. Isin & Ruppert 2015: 146).

Wie die umfangreiche wissenschaftliche Literatur zu beiden Phänomenen erläutert, ist Hacktivismus der heroische Anwärter auf einen Titel, dessen das Hacking im Laufe der Zeit unwürdig befunden wurde. Wie Isin und Ruppert jedoch auch zum Hacktivismus nüchtern anmerken, sei »the term [...] not an elegant one, and it has had a limited traction, probably for that reason« (vgl. ebd.: 146). Dennoch wird vonseiten der Wissenschaft der Begriff des Hacktivismus (und nicht des Hackens) bemüht, sofern es um die allgemeine Beschreibung kreativer, unintendierter oder subversiver Nutzungen von Technologien zur Verfolgung politische Ziele geht.

»[H]ackivism marks a positive, empowering departure from the weaknesses of hacking and a welcome return to fundamental elements of the original hacker ethic. [...] Hacktivism adopts the strategy of ›reprogramming systems of rationality‹ by producing its own idiosyncratic uses for the internet's global reach and informational mode, but in contrast to hacking it has very definite views as to what constitutes social goodness and badness« (Taylor 2005: 627, 634).

Verlässlich ist diese Interpretation damit immer noch keineswegs. Stattdessen zeigt die empirische Sozialforschung »[that] hacktivism is a highly contested concept, used to label diverse tactics and ethical codes not always compatible with each other« (Milan 2015: 2).

Hacktivismus ist zwar ein normativ geprägter Begriff, jedoch orientiert sich sein normativer Gehalt nicht zwangsläufig an Überlegungen aus der Denktradition der politischen Philosophie über zivilen Ungehorsam. Geprägt wurde der Begriff Hacktivismus eigenen Behauptungen zufolge von der Gruppierung *Cult of the Dead Cow*, die mit ihren Aktionen unter dem Label *Hacktivism* in den 1990er Jahren bekannt wurden. Auf ihrer Webseite beschreibt die Gruppe die Entstehung des Wortes *Hacktivism* folgendermaßen: »The provenance of hacktivism winds back to Omega – a longstanding member of the cDc – who started using it as a joke to describe online protest actions. Oxblood appropriated the word and began using it with a straight face; then many journalists, fading stars of the Left, and eventually script kiddies picked up on it, all claiming to know what hacktivism meant« (Ruffin 2000).

Der Darstellung von Graham Meikle zufolge ist der Begriff des Hacktivismus eher durch Journalisten erfunden worden (vgl. Meikle 2002a: 141), was jedoch nachträglich schwer zu verifizieren ist.

Darüber hinaus lassen sich auch verschiedene Definitionen des Begriffs Hacktivismus finden. *Cult of the Dead Cow* definiert ihn als »the use of technology to advance human rights through electronic media« (Cult of the Dead Cow). Einschlägige medienwissenschaftliche Interpretationen verstehen das Phänomen als »the combination of hacking techniques with political activism« (Taylor 2005) oder als »activism gone electronic« (Jordan & Taylor 2004: 1). In ihrer Dissertation schlägt Alexandra Samuel eine leicht veränderte Definition vor »as

the nonviolent use of illegal or legally ambiguous digital tools in pursuit of political ends. These tools include web site defacements, redirects, denial-of-service attacks, information theft, web site parodies, virtual sit-ins, virtual sabotage, and software development« (Samuel 2004). Die Besonderheit von Samuels Begriffsbestimmung ist, dass sie Hacktivismus über das Verhältnis der Aktion zu geltendem Recht definiert, nämlich als illegale oder zumindest aus legaler Sicht ambivalente Aktion. Dieses Kriterium war beispielsweise für *Cult of the Dead Cow* keineswegs maßgeblich. Aus ihrer Sicht definierte sich Hacktivismus über ein Motiv – nämlich jenes, Menschenrechte zu befördern – und nicht über eine rechtliche Dimension. Die verschiedenen Definitionen verhalten sich demnach unterschiedlich zu der Frage, ob und inwieweit Hacktivismus durch die Illegalität der aktivistischen Handlungen definiert wird.

Ebenso divers bleiben normative Implikationen. Nofia Fitri beispielsweise versteht Hacktivismus »as one of the important tools to promote the democracy values through the internet« (Fitri 2011: 3), wohingegen Graham Meikle Hacktivismus normativ eher offen versteht, als »an engaged politics which seeks solutions in software in the search for a specific technological fix to a social problem« (Meikle 2002a: 141).

Mindestens ebenso divers wie die Definitionen sind die Antworten auf die Frage, wie genau Hacktivismus in Bezug zu digitalen Formen zivilen Ungehorsams einzuordnen ist. Viele der Kategorisierungen, die in der Literatur zu Hacktivismus zu finden sind, zeichnen aus Sicht der politischen Philosophie ein problematisches oder zumindest sehr unscharfes Bild. In den allermeisten sozialwissenschaftlichen Betrachtungen wird elektronischer ziviler Ungehorsam (ein Begriff, den das Critical Arts Ensemble prägte, wie ich in Kapitel 2.5 erläutern werde) dem Überbegriff des Hacktivismus untergeordnet, so beispielsweise bei Taylor (vgl. Taylor 2005: 635), Vegh (vgl. Vegh 2003) oder Gunkel (vgl. Gunkel 2005). Im Resultat werden digitale oder, wie sie in der frühen Literatur genannt wurden, *elektronische* Formen zivilen Ungehorsams nicht als eigenständiges Handlungskonzept beschrieben. So ist beispielsweise Dorothy Denning der Meinung, »Hacktivism includes electronic civil disobedience« (Denning 2001a: 263). In ähnlichen Interpretationen wird elektronischer ziviler Ungehorsam als spezielle Form des Hacktivismus, nämlich als »MVDA (Mass Virtual Direct Action)« (Jordan 2001: 8) charakterisiert und als Hommage an und Adaption von

etablierten Formen des Protests, die unter dem Schlagwort der »non-violent direct action« (ebd.: 8) subsumiert werden. Bodó Balazs geht einen Schritt weiter und zeichnet ein Bild, das nahelegt, die beiden Begriffe Hacktivismus und electronic civil disobedience nahezu synonym zu verstehen (vgl. Bodó 2014). Bei aller begrifflichen Unklarheit der Unterscheidung zwischen Hacktivismus und elektronischem zivilem Ungehorsam ist die Abgrenzung von Hacktivismus gegenüber terroristischen Taten in wissenschaftlichen Untersuchungen meist zweifelsfrei (siehe hierzu Conway 2003; Manion & Goodrum 2000; Dominguez 2008; Furnell & Warren 1999; Vegh 2002; Cassim 2012; Meikle 2002a: 141). Die Debatten um Hacktivismus und Cyberterrorismus werden sogar als die am deutlichsten sichtbaren Debatten um die Implikationen technologischer Innovation in den letzten Jahren aufgefasst (vgl. Fitri 2011: 2). Die wissenschaftliche Debatte problematisiert die sicherheitspolitische Perspektive von Behörden und bestimmte Formen massenmedialer Berichterstattung, die Hacktivismus als gewöhnliche kriminelle¹⁶ oder gar terroristische Akte porträtieren (vgl. Meikle 2002a: 141; Benkler 2012). Die politische Wirkungsmacht von Hackern und Hacktivisten scheint einer der Gründe zu sein, warum beide Begriffe ins Visier einer auf Sicherheitsfragen fixierten Perspektive geraten. So vermutet Coleman: »[I]t may be the potency and the politically motivated character of the groups' actions that prompts the state to so swiftly criminalize them« (Coleman 2014: 394).

Sandor Vegh zeigt beispielsweise in einer Diskursanalyse der amerikanischen Medienlandschaft, wie Hacktivismus kategorisch als Bedrohung und Thema der nationalen Sicherheit konstruiert wird (Vegh 2002). Der symbolische Kampf um die *richtige Auslegung* dieser Taten im Spektrum zwischen Terrorismus und zivilem Ungehorsam begleitet den Hacktivismus bereits seit seinen Anfängen (vgl. Manion & Goodrum 2000).

Zu einer Zeit, als Taktiken des Hacktivismus noch nicht eindeutig in das Arsenal krimineller Handlungen fielen, war es eine künstlerisch-aktivistische Vereinigung, die als Pionier des Hacktivismus bekannt wurde und vor allem jenen Begriff prägte, der das Zusammendenken der digitalen Handlung und der politischen Praxis zivilen Ungehorsams ermöglichte.

¹⁶ Dieser kriminalisierende Bias lässt sich auch in der 2016 erschienenen Studie des Bundeskriminalamtes wiedererkennen (vgl. Reißmann 2014; vgl. Züger & Haase 2016a).

2.5. Electronic Civil Disobedience

»Whether you know it or not, if you are a hacker you are a revolutionary. The question is, a revolutionary for what cause?« (Ensemble 1996: 15). Die konzeptuelle Verbindung zwischen zivilem Ungehorsam und Hacking wurde Mitte der 1990er Jahre durch das Critical Art Ensemble (CAE) hergestellt, ein US-amerikanisches aktivistisches Künstlerkollektiv, das durch seine Veröffentlichung *Electronic Civil Disobedience and other unpopular ideas* (vgl. ebd.) einen ständigen Referenzpunkt des entstehenden Diskurses um Formen des Ungehorsams im Internet schuf.

Die ersten gedanklichen Gehversuche des Ungehorsams entstanden abseits des politischen Mainstreams und abseits der Diskurse der Massenmedien. Stattdessen etablierten sie sich in einem künstlerischen Schutzraum, der womöglich die notwendige Voraussetzung für das konzeptuelle Erproben dieses neuen Ungehorsams ist.

Das CAE selbst wurde 1987 in Tallahassee in Florida gegründet, mit dem Ziel der Erkundung »of the intersections between art, critical theory, technology, and political activism« (Critical Art Ensemble). Das Ensemble und dessen Mitglieder wurden durch öffentliche künstlerische Performances bekannt und arbeiteten im wissenschaftsnahen Umfeld beispielsweise der New York University.

In Texten bringt das CAE zum Ausdruck, wen oder eher was elektronischer ziviler Ungehorsam aus ihrer Sicht adressiert: Er richte sich gegen die hegemonialen Strukturen des »late capitalism« (Ensemble 1996: 4) und gegen autoritäre Macht (vgl. ebd.: 22). Diese hegemonialen Strukturen seien jedoch nicht länger dort greifbar, wo sich ihre Handlungsmacht sichtbar manifestiere. Das CAE diagnostiziert: »Even though the monuments of power still stand visibly present in stable locations, the agency that maintains power is neither visible nor stable« (vgl. ebd.: 4). Das Kollektiv formuliert ein Narrativ des zivilen Ungehorsams, dem zufolge er einst Mittel des Aufstands gegen Festungen war, später zum Anstoß für Reformen von Institutionen wurde und nunmehr eine neue Wandlungsstufe erreicht hat. Elektronischer ziviler Ungehorsam sollte in diesem Sinne eine Neuerfindung des zivilen Ungehorsams sein, dessen traditionelle Methoden das CAE als überholt ansah. Die methodische Kritik richtet sich

an linke Aktivisten, denen das CAE vorwarf, diesem Wandel des hegemonialen Systems im Spätkapitalismus durch ihre Widerstandshandlungen nicht gerecht zu werden. Beschrieben wird ein Schisma zwischen Theorie und Praxis, wobei sich das CAE auf der Seite einer theoretischen Einsicht verortet, die den Wandel des kapitalistischen Systems klar vor Augen hat, während es den linken antikapitalistischen Aktivismus auf der nostalgisch verklärten *blinden* Seite der Praxis sieht (vgl. ebd.: 10).

Was den zivilen Ungehorsam aus der Sicht des CAE begründet, ist nicht ein einzelnes politisches Ziel, sondern eine fundamentale Kritik der vorherrschenden Verhältnisse.

»[T]he question of who or what is in control cannot be answered. Power itself cannot be seen; only its representation appears. What lies behind the representation is lost. The location and nature of cynical power is purely a matter of speculation. Macro power is known only as a series of abstractions such as ›straight white males‹, ›the ruling class‹, or best of all, the powers that be. Macro power is experienced only by its effects, and never as a cause. Consequently, certain indicators must be used to determine what is of value to power, or to find the (non)location of power. The assumption here is that key indicators of power-value are the extent to which a location or a commodity is defended, and the extent to which trespassers are punished« (ebd.: 12).

Die klare Botschaft ist: Der *Cyberspace*, wie die CAE-Aktivisten bzw. theoretiker das Internet nennen, ist der Schauplatz der Wahl, weil er wohlbehütet sei und verteidigt werde – sowohl von Regierungsbehörden als auch von privaten Akteuren. Der *Cyberspace* wird als prekärer Ort beschrieben, in dem jeder unbefugte Zutritt aufs Äußerste verfolgt und bestraft wird und Intentionen und politische Ziele keine Rolle spielen (vgl. ebd.: 15). Die Pioniere des unbefugten Zutritts seien tragischer- und ironischerweise Kinder, also junge Hacker, die sich ihres politischen Handelns nur bedingt bewusst seien. Ihre Motivation jedoch sei eindeutig: der freie Zugang zu Information. Der Ansatzpunkt dieser jungen Aktivisten sei der richtige, doch fehle ihnen die kritische Sensibilität, die sie im politischen Kampf beständig machen könne. Der Staat ist in dieser Darstellung der Antagonist der jungen Hacker. Um seine harten Strafen zu recht-

fertigen, müsse er ein Narrativ bilden, welches die Öffentlichkeit in Angst versetze: jenes des terroristischen Hackers, der von Computerkriminellen nicht zu unterscheiden ist.

Für elektronischen zivilen Ungehorsam sei diese Unterscheidung essentiell. »While the computer criminal seeks profit from actions that damage an individual, the person involved in electronic resistance only attacks institutions. Under the rubric of electronic resistance, the value system of the state (to which information is of higher value than the individual) is inverted, placing information back in the service of people rather than using it to benefit institutions« (ebd.: 17). Eine Forderung war daher, dass Akte von elektronischem zivilem Ungehorsam nicht wie Cyberkriminalität bestraft werden, sondern wie vergleichbare physische Formen zivilen Ungehorsams. Bemerkenswert ist diese Forderung vor allem, weil sie sich auf Praktiken bezieht, die nicht konkret benannt werden, kaum erprobt, geschweige denn etabliert sind.

Das CAE scheint durch seine Argumentation eine Vision zum Leben erwecken zu wollen, wenn es schreibt: »The strategy and tactics of ECD should not be a mystery to any activists. They are the same as traditional CD« (ebd.: 18). Elektronischen zivilen Ungehorsam beschreiben die Autorinnen und Autoren in seiner wesenhaften Natur als gewaltlos, da es keine physische Konfrontation gebe. Ihre Ausführungen klingen heute, als beschriebe der CAE damals ein existierendes, feststehendes Konzept und nicht ein Phänomen, das sie selbst erst gedanklich entwarfen.

Die Verbindung von elektronischem zivilem Ungehorsam mit herkömmlichen Spielarten zivilen Ungehorsams wird nicht theoretisch, sondern über eine Analogie der aktivistischen Praxis hergestellt. Auch wenn die Vorstellung des elektronischen zivilen Ungehorsams, die das CAE entwarf, in den allermeisten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen unbesehen als digitales Äquivalent physischer Formen des zivilen Ungehorsams beschrieben wird, gibt es Anhaltspunkte, diese Gleichsetzung zu hinterfragen. »There were certain continuities with the established traditions of civil disobedience, such as the use of trespass and blockades as central tactics. However, there were also certain discontinuities, such as the de-emphasising of mass participation in favour of decentralised, cell-based organisation, using small groups of from four to ten ac-

tivists, and in particular the argument that electronic civil disobedience should be surreptitious, in the hacker tradition« (Meikle 2010: 367).

Die Adaption der Idee von bestimmten Taktiken ist der Hauptanknüpfungspunkt zum bisherigen Bild des zivilen Ungehorsams, wobei der bereits bestehende Diskurs der politischen Philosophie seitens des CAE größtenteils ausgeblendet wird (vgl. 2009: 179).

»As in CD, the primary tactics in ECD are trespass and blockage« (Ensemble 1996: 18). Seine Mission sei es »to bring pressure on legitimized institutions engaged in unethical or criminal actions« (ebd.: 18). In einem gewissen Widerspruch dazu, dass der freie Zugang zu Information als Hauptmotiv der existierenden jungen Hacker beschrieben wurde, stand für das CAE die Taktik der informationellen Blockade im Zentrum des Konzeptes des elektronischen zivilen Ungehorsams. Dieser Widerspruch wurde jedoch nicht thematisiert. Die Idee der informationellen Blockade wurde wie selbsterklärend als elektronische Analogie zu physischen Blockaden präsentiert, jedoch noch nicht auf technischer Ebene ausbuchstabiert.

Ein gravierender Unterschied zu früheren Taktiken des zivilen Ungehorsams, die auf der Masse der anwesenden Menschen beruhten, liegt in der Vision, der elektronische zivile Ungehorsam sei eine geheime Intervention von dezentralisiert arbeitenden, aktivistischen Zellen (vgl. Meikle 2009: 179); er wird also nicht als öffentliche Aktion, sondern als dezidiert verborgene Mission abseits der Massenmedien beschrieben (vgl. ebd: 180).

Bemerkenswert ist die Auseinandersetzung mit der Möglichkeit des Missbrauchs von EDC, die das CAE veranlasst, etwas zu formulieren, was einem Verhaltenskodex gleicht. Zu vermeiden seien erstens Aktionen, die Unbeteiligten Schaden zufügen könnten, wie auch Aktionen, die Teile der Netzinfrastruktur oder Infrastrukturen mit humanitären Funktionen kompromittieren.

Zu bevorzugen seien dagegen Ziele, bei denen die jeweilige Intervention einen finanziellen Schaden hervorruft, etwa Unternehmen. Deutlich wird in dieser Ausführung, dass das CAE eindeutig nicht nur symbolischen Einfluss, sondern auch bleibende schädliche Konsequenzen – etwa finanzielle Schäden – für legitim erachtete. ECD sei nur ein erster strategischer Schritt und könne durch gewaltsamere und revolutionärere Methoden ergänzt werden (vgl. Ensemble 1996: 24). Daten dürften nicht zerstört oder beschädigt werden. In keinem Falle

sollten Individuen Zielscheibe von Aktionen des ECD werden, weder durch Bloßstellung ihrer Person noch durch Manipulation ihrer persönlichen Bankkonten. Lediglich Institutionen seien ein legitimes Angriffsziel; individuelle Attacken seien hingegen Ausdruck von Rache und hätten keinen Effekt auf private oder öffentliche Regelungsstrukturen.

Letztlich präsentiert das CAE selbst die Crux ihrer Vision – sie ist (zum Zeitpunkt der Erfindung) Science Fiction, aus einem Grund, der überraschen mag: »No alliance exists between hackers and specific political organizations. In spite of the fact that each would benefit through interaction and cooperation, the alienating structure of a complex division of labor keeps these two social segments separated more successfully than could the best police force« (ebd.: 19).

Ausgehend von diesem Schisma zwischen Techno-Avantgarde und politischen Aktivisten identifiziert das CAE weitere Gründe, weshalb ECD vorerst Fiktion bleibe, wie das Fehlen einer Widerstandsorganisation, die tatsächlich in der Lage sei, global zu agieren. Realistischer als die aktivistische Idee, die Zivilgesellschaft dieser Welt zu einen, sei die Vision, dass Widerstand durch die technologische Avantgarde kanalisiert werde. Jedoch zeige sich hier ein anderes Problem. Die Szene dieser technisch versierten Hoffnungsträger bestehe hauptsächlich aus *white first-world males*, weshalb es fraglich sei, ob diese Avantgarde tatsächlich pluralistische politische Interessen vertreten könne. In Richtung der linken aktivistischen Szene formulierte das CAE die Forderung, sich zu reorganisieren. Nicht der Zusammenschluss und ein Angriffspunkt, sondern viele anarchistische Zellen mit unterschiedlichen Zielen seien in einer dezentralisierten Welt effektiv. Jede aktivistische Zelle solle andere in ihren Talenten ergänzen, so dass sie trotz weniger Teilnehmer großen Einfluss entfalten könne und gleichzeitig die singulären Identitäten der Individuen bewahre.

Rückblickend ist es durchaus bemerkenswert, wie zutreffend das Critical Art Ensemble Mitte der 1990er Jahre viele Herausforderungen und Konflikte des digitalen Ungehorsams beschreiben konnte. Ungeachtet der Tatsache, dass zum Zeitpunkt der Entstehung des Textes *On Electronic Civil Disobedience and other unpopular ideas* dieser Ungehorsam noch Fiktion war, kann der Text selbst als Akt des symbolischen Widerstandes gesehen werden: als Besetzung eines Begriffs. Durch die Erfindung des Begriffs des elektronischen zivilen Un-

gehorsams konnte sich überhaupt erst die Idee entwickeln, dass ziviler Ungehorsam durch bestimmte technische Taktiken neue Formen annimmt. Das CAE legte somit den Grundstein dafür, dass sich erste Taktiken als Formen elektronischen zivilen Ungehorsams identifizieren konnten, und ermöglichte es, elektronischen zivilen Ungehorsam in experimenteller Weise zu erproben und seine Etablierung als reale Praxis vorzubereiten.

2.6. Die Evolution der virtuellen Sitzblockade

Das Critical Art Ensemble war, wie erläutert, nicht die erste Gruppierung, die für sich beanspruchen konnte, zivilen Ungehorsam – in diesem Verständnis als disruptiver und blockierender digitaler Akt – in die Tat umgesetzt zu haben.

Im September des Jahres 1995, also vor der Entstehung des CAE-Buches über elektronischen zivilen Ungehorsam, ereignete sich in Italien und Frankreich eine digitale Protestaktion, die unter dem Namen *Netstrike* bekannt wurde und für die beansprucht wurde, die Taktik der Sitzblockade ins Netz zu übertragen (**Nr. 13**).¹⁷ Eine Gruppe italienischer Aktivisten aus Florenz namens *StranoNet* organisierte eine DDos-Aktion gegen verschiedene Seiten der französischen Regierung, um gegen die nuklearen Tests zu protestieren, die der damalige Präsident Jacques Chirac angekündigt hatte (vgl. Milan 2012: 4; European Counter Network 1995).

Wie Armin Medosch beschreibt, waren »Querverbindungen zwischen politischem Aktivismus, der DIY Kultur und der künstlerischen und kreativen Nut-

¹⁷ Anscheinend ereignete sich der erste bekannte Fall, der als politisch motivierte digitale Blockade beschrieben wird, bereits am 5. November 1994 – interessanterweise dem *Guy Fawkes Day*. Laut Wikipedia war die sogenannte *Intervasion of the UK* die erste Antizipation der Idee des digitalen Ungehorsams und wurde umgesetzt als politische »Distributed Denial of Service«- (DDoS) Aktion, also auf Deutsch als sogenannte verteilte Dienstblockade. Bei einer solchen Aktion wird ein Server durch verschiedene mögliche technische Mechanismen gezielt überlastet, beispielsweise indem von verschiedenen Rechnern so viele Datenpakete versendet werden, dass der Server für legitime Dienstanfragen nicht mehr erreichbar ist. *The Yippies* aus San Francisco, die wir bereits aus der Kollaboration mit den Phone-phreakern kennen, protestierten damit gegen ein lokales Gesetz, welches Tanzfestivals im Freien sowie das Spielen von »music with a repetitive beat« (Wikipedia.org) untersagte. Die durchgeführte DDoS-Aktion wurde in Form einer sogenannten E-Mail-Bomb gegen britische Regierungsserver gerichtet. Ziel war eine Überlastung von Mailservern durch zu große simultan per E-Mail versendete Datenmengen. Anscheinend wurde der Server, der auch mehrere Webseiten der britischen Regierung hostete, für über eine Woche beeinträchtigt, wodurch auch die Webseiten für diesen Zeitraum nicht zugänglich waren (vgl. ebd.). Der Vorfall wurde vom EFF und anderen Stimmen kritisiert, da die Yippies keine zeitliche Begrenzung der DDoS-Aktion geplant hatten und eine militante Sprache verwendeten (vgl. ebd.).

zung der neuen Medientechnologien [...] von entscheidendem Einfluss nicht nur für Italien und StranoNet, sondern für viele Gruppen international, die sich Formen des politischen Aktivismus im Netz verschrieben« (Medosch 2003: 5). Ihr Aufruf sprach von einer »demonstration of 1,000, 10,000, 100,000 netusers all together making part of a line crossing French Government's sites. The result of this strike will be to stop for an hour the network activities of the French Government« (Tozzi 1995). Am 21. Dezember 1995 wurden zehn Webseiten der französischen Regierung simultan von Tausenden von Nutzern immer wieder neu geladen, was die Webseiten für eine kurze Zeit für andere Nutzer unzugänglich machte. Laut den Aktivisten war diese Aktion »the networked version of a peaceful sit-in« (Milan 2013a: 47).

Die Aktivisten des StranoNet veröffentlichen ein Manifest und ein NetStrike-StarterKit für Nachahmer. Neben genauen Anleitungen zeigen ihre Ausführungen, dass die Zusammenkunft einer Gemeinschaft für sie tragend ist. »Kommunikation im Internet soll helfen, gesellschaftlicher Isolation zu entkommen, Gleichgesinnte zu finden und mit ihnen Formen kollektiven Handelns zu erproben, unter Benutzung aller Medien, auf die man Zugriff bekommen kann« (Medosch 2003: 9). 2001 wurde die Seite www.netstrike.it, deren Betreiber diese digitalen Protestaktionen organisierten, von der italienischen Justiz vom Netz genommen (vgl. Nowak 2001).

Von einigen Mitgliedern des CAE wurde indes 1997 ein weiteres künstlerisches Kollektiv ins Leben gerufen: das Electronic Disturbance Theater (EDT), »a small group of cyber activists and artists engaged in developing the theory and practice of Electronic Civil Disobedience« (Wray 1998b). Das EDT bestand aus Stefan Wray und Ricardo Dominguez, Brett Stalbaum und Carmin Karasic. Eine Gruppierung, die sich als *Anonymous Digital Coalition* bezeichnete, hatte als Unterstützung der Zapatistas einen Aufruf zu einer DDoS-Aktionen gegen fünf Webseiten von mexikanischen Finanzunternehmen gestartet, dem sich das Electronic Disturbance Theater anschloss. Unter dem Aktionsnamen *Digital Zapatismo* (**Nr. 14**) rief das EDT öffentlich dazu auf, an den Aktionen teilzunehmen: »In solidarity with the Zapatista movement we welcome all netsurfers with ideals of justice, freedom, solidarity and liberty within their hearts, to a virtual sit-in. On January 29, 1998 from 4:00 p.m. GMT (Greenwich Mean Time) to

5:00 p.m. (in the following five web sites, symbols of Mexican neoliberalism)« (Dominguez 1998).

Das EDT entwickelte ein Tool namens *Floodnet*, welches die Abfragen der Zielwebseiten der DDoS-Aktion automatisiert. Das Floodnet-Tool basiert auf einer Java-Applikation »[which] performs automatic reloads of the site in the background, slowing or halting access to the targeted server, FloodNet also encourages interaction on the part of individual protesters« (Stalbaum). Darauf folgten weitere DDoS-Aktionen des EDT, die längste ereignete sich am 9. September 1998 als Performance auf der Ars Electronica, einem Kunstfestival in Linz, wobei etwa 10.000 Teilnehmer die Webseiten des mexikanischen Präsidenten, der Frankfurter Börse und des Pentagons mit Anfragen fluteten. Anscheinend ergriff das Pentagon gegen diese Aktion Gegenmaßnahmen, was jedoch nie endgültig bestätigt wurde (vgl. Meikle 2002a: 152ff.).

Die Applikation ermöglicht weitere Interaktion über das Tool, indem über eine Suche auf dem Server eine Nachricht im Server Error Log hinterlassen werden kann. Hierfür kann der Nutzer beispielsweise in einem Suchfeld »human_rights« eingeben, wodurch im Server Error Log erscheint: »human_rights not found on this server«. Dieser Prozess, den das EDT als künstlerischen Aspekt des Floodnet-Tools ansah, basiert auf der automatisierten Abfrage, die ein Server für unbekannte Serveradressen durchführt. Im Januar 1999 machte das EDT das Floodnet-Tool per Download verfügbar, wodurch es von verschiedensten Akteuren und in verschiedenen Kontexten genutzt werden konnte (vgl. ebd.: 162). Auch weitere Praktiken, die das Electronic Disturbance Theater als elektronischen zivilen Ungehorsam versteht, wie Mail Bombings und Web Defacements, wurden von anderen Gruppierungen, etwa den Elektrohippies anlässlich der Alter-Globalisierungsproteste gegen die World Trade Organisation in Seattle (1999), adaptiert und begannen sich als Optionen des digitalen Protests zu etablieren (siehe hierzu Sauter 2014: 39; Electrohippies 1999).

Erwähnenswert ist, dass die Aktivisten des EDT ihre Namen (jedoch nicht jene aller Mitstreiter) im Zuge ihrer Aktionen öffentlich bekanntgaben, da diese Praxis von späteren Gruppierungen nicht selbstverständlich fortgesetzt wurde. Das EDT hat außerdem die Teilnehmer ihrer Aktionen ausdrücklich vor Konsequenzen gewarnt: »This is a protest, it is not a game, it may have personal consequences as in any off-line political manifestation on the street« (Stalbaum

& Karasic). Die Gruppierung warnte ferner davor, dass IP-Adressen von Regierungen gesammelt werden könnten.

Die Aktivisten des EDT stellen jedoch in einem Interview klar, dass es sich bei ihren DDoS-Aktionen mithilfe des Softwaretools Floodnet zu Beginn ihrer Aktionen keineswegs um einen klaren Rechtsbruch handelte (was ebenfalls eine Diskontinuität mit dem bisherigen Verständnis von zivilem Ungehorsam ist). »When we were doing the first FloodNet actions they were not illegal. Hence, there was no way that the right-wing media could have considered us as criminals. I remember the time when the Electronic Frontier Foundation contacted us and said that our actions are actually going to change cyber-laws and probably reduce cyber civil liberties. I certainly did not realise this long-term possibility back then« (Tanczer 2015). Obwohl es noch nicht um einen klaren Rechtsbruch ging, sah sich das EDT durch seine Handlungen in der Tradition des zivilen Ungehorsams. Wie die Aktivisten selbst schreiben, haben ihre Aktionen ironischerweise eher zur Kriminalisierung von DDoS-Aktionen beigetragen.

In einer Selbstbeschreibung verortet sich Dominguez in einem Spannungsfeld zwischen seiner Einbindung in eine Bildungsinstitution, nämlich als Professor an der Universität San Diego, und seinen politischen Aktionen; zugleich betont das EDT seine vornehmlich künstlerische Ausrichtung: »We are artists first, artists who work with technology, and who also seek to amplify activist work« (ebd.).

Paradoxerweise wurden Dominguez' subversive politische Experimente einerseits durch staatliche Fördermittel finanziert, andererseits sah er sich bis 2012 mit drei Anklagen wegen seiner Aktionen konfrontiert. Die Anklagen wurden fallengelassen, doch musste er eine Erklärung unterschreiben, virtuelle Sitzblockaden und auch andere aktivistische Tätigkeiten zukünftig zu unterlassen (Blas 2011).

Dominguez erläutert sehr explizit, dass die Prägung des Begriffs der virtuellen Sitzblockade vor allem strategisch war: »I think it's much easier for people to manifest themselves if they can consider that it's somehow bound to a history that they know. If I said ›virtual sit-in‹, it had a kind of pedagogical usefulness that the term that I would prefer – ›electronic civil disobedience‹ did not have« (zitiert nach ebd.). Die Erfindung des Begriffs des virtuellen Sit-ins lässt

sich als kommunikative Strategie verstehen, die das kulturelle Kapital nutzt, das mit der Etablierung von Sitzblockaden als Taktik zivilen Ungehorsams aufgebaut wurde. Ungeachtet dessen, was technisch vor sich geht, ermöglicht die Metapher der virtuellen Sitzblockade den Eindruck, es handle sich um eine wohlbekannte, akzeptierte und gerechtfertigte Aktionsform (vgl. Sauter 2014: 32). Diese Übertragung einer bekannten Inszenierungsform zivilen Ungehorsams ins Virtuelle bezeichnet Meikle als »backing into the future« (Meikle 2002a: 143), also als einen Versuch, durch die Adaption gesellschaftlich tradierter Inszenierungen Anschlussfähigkeit an den politischen Diskurs und seinen historischen Kontext herzustellen.

Der strategische Begriff der virtuellen Sitzblockade konnte sich als Beschreibung einer DDoS-Aktion etablieren und spielte auch bei einem Fall in Deutschland (**Nr. 15**) eine Rolle.¹⁸ Wie bereits oben anhand des Beispiels der Webseite der Deportation Class erwähnt, führte das aktivistische Netzwerk *Kein Mensch ist illegal* unter der Führung der Organisation *Libertad!* im Jahr 2001 einen Protest unter dem Titel *Stop Deportation Class* an, der sich gegen die Beteiligung des Luftfahrtunternehmens *Lufthansa* an Abschiebungsflügen von Asylsuchenden richtete. Hintergrund des Protests war ein Vorfall, der sich im Mai 1999 ereignet hatte. Aamir Ageeb, der zuvor aus dem Sudan nach Deutschland geflohen war, verstarb aufgrund der Knebelung durch Grenzpolizisten während eines Abschiebungsflugs, der durch die Lufthansa ausgeführt wurde. Über 13.000 Menschen partizipierten an dieser deutschen DDoS-Aktion gegen die Lufthansa, die auch mithilfe von Ricardo Dominguez und einer abgewandelten Version des Floodnet-Tools umgesetzt wurde (vgl. Sauter 2014: 53). Die Organisatoren mussten sich 2005 wegen Nötigung vor Gericht verantworten, wur-

¹⁸ Der deutschen Wikipedia zufolge fand in Deutschland angeblich am 29. Juni 2000 zwischen 21:15 und 22 Uhr die erste politische DDoS-Aktion unter dem Namen *Active Link Demonstration* statt, die von einer Stuttgarter Initiative und den Betreibern der Seite Odem.org organisiert wurde, einer »Plattform zur Veranstaltung von Online-Demonstrationen und Initiative zur Wahrung der Menschen- und Grundrechte in einem freien Internet« (ODEM Online-Demonstrations-Plattform für Menschen- und Bürgerrechte im digitalen Zeitalter). Entstanden war das Vorhaben aus einem Semesterprojekt der Merz Akademie in Stuttgart (vgl. Pifan 2000). Die Initiatoren planten die Aktion als Protest für die sogenannte Linkfreiheit, also gegen die Abmahnung von Internetseitenbetreibern, die aufgrund von Hyperlinks in ihren privaten Webseiten erfolgten. Die geplante DDoS-Aktion sollte sich, wie der *Spiegel* schreibt, gegen »den Server der Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin« (ebd.) richten und diesen 45 Minuten blockieren. Ob die Aktion tatsächlich stattfand, gegen welchen Server sie sich richtete und inwiefern sie einen tatsächlichen Effekt hatte, lässt sich nicht vollends rekonstruieren.

den jedoch in zweiter Instanz freigesprochen, da die Tatbestandsmerkmale der Nötigung nicht gegeben waren und die damalige Rechtsprechung DDoS-Aktionen noch nicht als Computersabotage verurteilte, was heute nach neuer Gesetzeslage der Fall wäre (siehe hierzu Marxen 2005; Valerius 2008).¹⁹

Sowohl der Gerichtsprozess als auch die gesamte Kampagne um diesen Fall verdienen eine ausführliche Auseinandersetzung, die ich im Kapitel 7.1 nachholen werde. Hier soll es zunächst weiter darum gehen, nachzuvollziehen, wie sich DDoS-Aktionen als politische Praxis etabliert haben. Der folgende Abschnitt widmet sich jenem Phänomen, das entscheidend dazu beigetragen hat, dass DDoS-Aktionen auch in der Wissenschaft nahezu als Äquivalent des zivilen Ungehorsams im Internet diskutiert werden.

2.7. Anonymous und die zweite Generation der DDoS-Aktionen

Eine Renaissance und Neuauflage erfuhr die Taktik der DDos-Aktion durch *Anonymous*. Der Name Anonymous widersetzt sich jeder stringenten Definition. Anonymous ist bis heute mit keiner vorhandenen politischen Organisation vergleichbar und war bei seiner Entstehung keineswegs als politisches Aktionsnetzwerk intendiert. Gerne wird behauptet, Anonymous stehe eher für eine Idee als für eine Bewegung oder Gruppe (vgl. Beyer 2014a: 4). Etabliert wurde er um das Jahr 2006 als »mass noun« (Phillips 2013: 6), um voneinander losgelöste Aktionen im Spektrum zwischen Trolling,²⁰ schädlichen Scherzen und politischer Aktion unterschiedlichster Ausrichtung zu koordinieren (vgl. Coleman 2011).

¹⁹ Die internationalen Interpretationen dieses Rechtspruchs sind teilweise völlig missverständlich, da sie nahelegen, dass diese virtuelle Sitzblockade nach deutschem Recht unter dem Schutz der freien Meinungsäußerung gestanden habe. Warum dies nicht der Fall ist, man das Beispiel jedoch durchaus als digitalen Akt zivilen Ungehorsams ansehen kann, erläutere ich im Kapitel 5.3.1.

²⁰ Trolling bezeichnet laut dem Urban Dictionary die »art of deliberately, cleverly and secretly pissing people off, usually via the internet using dialogue« (zitiert nach Celiaktes & De Zeeuw: 213).

Anonymous entstand, wie zahlreiche durch Presse und Wissenschaft beschrieben,²¹ in einem Posting Board²² namens 4chan.org, »a highly interactive conversational space structured with complete anonymity, a relative lack of moderation, a confusing and difficult-to-navigate interface, shocking content, and incomplete archiving of threads and recording of important community events« (Beyer 2014a: 17). 4chan gilt als digitaler Treffpunkt für Humoristisches, Pornografisches, politisch Unkorrektes und generell Transgressives und damit auch als ein Ursprungsort vieler Phänomene der heutigen Netzkultur, wie beispielsweise einiger bekannter Memes²³ (vgl. Beyer 2014a: 3).

Die Aktionsformen unter dem Label Anonymous vor 2008 lassen sich in zwei Kategorien einteilen: »large-scale raids and smaller, less organized destructive acts« (ebd.: 8), wobei Erstere vor allem in DDoS-Aktionen umgesetzt werden und Letztere beispielsweise durch das Hacken von privaten MySpace-Accounts.

Aufgrund der zügellosen und teils bösartigen Kommunikationskultur, bei der es anfänglich vor allem um eine eigenwillige Form der Unterhaltung ging, bezeichnen die amerikanischen Massenmedien das Forum als »the Internet hate machine« (Coleman 2013b: 4; vgl. auch Beyer 2014a). Auch wenn Anonymous häufig als Hackerkollektiv porträtiert wird, haben viele *Anons*, wie sich einzelne Zugehörige nennen, kaum Erfahrung oder Kenntnisse als Hacker, sind zwar technikaffin, jedoch weit davon entfernt, ernstzunehmende IT-Security-Experten zu sein (vgl. Coleman 2013b: 6). Wie die Anthropologin Gabriela Coleman darstellt, hat die Mehrheit der Anonymous-Mitglieder nie das Gesetz gebrochen. Andererseits gebe es weltweit etwa 100 Fälle, in denen Anons allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu Anonymous festgenommen wurden (vgl. ebd.: 7). Die Zugehörigkeit zu Anonymous kommt durch Eigeninitiative zustande und entwickelt sich über virtuelle Anwesenheit, die sich neben dem Forum vor al-

²¹ Siehe hierzu beispielsweise Olson 2013; Reissmann et al. 2012; Coleman 2013b.

²² Ein Posting Bord ist ein Online-Forum, in dem Nutzer Bilder einstellen, bewerten und kommentieren können. 4chan ermöglicht Nutzern das anonyme Einstellen von Bildern; so kommt es dazu, dass viele Nutzer unter dem Namen *Anonymous* posten.

²³ Als Meme definiert Limor Shifman »a group of digital items sharing common characteristics of content, form, and/or stance, which (b) were created with awareness of each other, and (c) were circulated, imitated, and/or transformed via the Internet by many users« (Shifman 2014: 41).

lem in diversen IRC-Channels abspielt, die mehr oder weniger leicht für einzelne Anons zugänglich sind. In kleinere und selbst für die meisten Anons geheime Kreise, in denen strategische und operative Entscheidungen besprochen werden, gelangen Anons nur auf Einladung. »You're invited by another member of #command if you've proved yourself productive/useful and trustworthy« (2014: 102), gibt ein Eingeweihter im Interview mit Coleman zu Protokoll.

Jede erfolgreiche Aktion, die auf 4chan initiiert wurde, sei zunächst allein zu Unterhaltungszwecken oder aus Feindseligkeit betrieben worden und diene Anonymous als Vergewisserung der eigenen Fähigkeiten und des eigenen Handlungspotentials. Wie Jessica Beyer beschreibt, entwickelten sich, teilweise bedingt durch technische und administrative Rahmenbedingungen des Forums, ritualisierte Handlungsabläufe und Konventionen, die Beyer als »ritualized online raiding protocol[s]« beschreibt. Ebenso pflegen Eingeweihte eine eigene Sprache voller interner Witze und Wendungen (vgl. Beyer 2014a: 21). Die Entwicklung vom Trollforum zum »protest ensemble« (Humer 2014) nahm ihren Ausgang von einem sogenannten *Streisand-Effekt*.²⁴ Dieser besteht im digitalen Kursieren einer Information, die möglichst der Öffentlichkeit verborgen bleiben soll und genau aus diesem Grund im Netz Aufmerksamkeit erregt und sich in Konsequenz besonders rasant verbreitet. Dies geschah zu Beginn des Projekts Chanology, anhand dessen sich nachvollziehen lässt, wie sich Anonymous zu einem politischen Phänomen entwickelte.

2.8. Das Projekt Chanology

Stein des Anstoßes für diese erste spektakuläre politische Aktion unter dem Namen Anonymous war ein Video, in dem Tom Cruise über seine positiven Erfahrungen in der Church of Scientology spricht (vgl. Humer 2014). Im Januar 2008 wurde das Video über ein Leak im Internet zugänglich. Für Anonymous war Cruises selbstherrliche Darstellung seiner Person und der Church of Scientology ein willkommener Anlass zu Kritik und düsteren Scherzen, weshalb sich bereits innerhalb der nächsten Tage der rapiden Verbreitung des Videos eine

²⁴ Benannt wurde dieses Phänomen nach Barbara Streisand, die 2003 aufgrund eines Gerichtsprozesses bemüht war, Informationen über ihre Privatunterkunft in Malibu zu verbergen, was jedoch genau im Gegenteil endete (vgl. Coleman 2014: 53).

Welle der »ultracoordinated mutherfuckery« (Coleman 2014: 58) entwickelte, wie ein Anon in einem Seminar von Coleman berichtet: »For a very short period of time between January 15th and 23rd, Scientology websites were hacked and DDoS'ed to remove them from the Internet. The Dianetics telephone hotline was completely bombarded with prank calls. All-back pieces on paper were faced to every fax number we could get our hands on. And the ›secrets‹ of their religion were blasted all over the Internet. I also personally scanned my bare ass and faxed it to them« (ebd.: 58). Es entwickelte sich ein Konflikt zwischen Scientology und Anonymous, der im Internet durch DDoS-Aktionen ausgetragen wurde, unter anderem angeheizt durch ein Video, das Anonymous an die Church of Scientology richtete.²⁵

Doch der Protest sollte auch auf den Straßen sichtbar werden. Den 10. Februar 2008 erklärte Anonymous zum *Day of Protest*. Um genau 11 Uhr morgens erschienen in 108 Städten in 17 Ländern der Welt insgesamt zwischen 5000 und 8000 Demonstranten (vgl. Beyer 2014a: 1). Diese Demonstrationen wurden über einen gewissen Zeitraum monatlich wiederholt (vgl. ebd.: 14). Im Vorfeld wurden die Teilnehmenden in einem vorbereitenden Video über friedlichen Protest gebeten, einige Verhaltensmaßregeln zu beachten, unter anderem ihre Gesichter zu verhüllen, um einer möglichen Identifizierung durch Scientology präventiv entgegenzuwirken. Scientology ist bekannt als Organisation, der die Geheimhaltung von Interna sehr wichtig ist, und ebenso für ihr hartes Vorgehen gegen Gegner oder Individuen, die interne Informationen veröffentlichen (vgl. Coleman 2014: 64; Celikates & De Zeeuw 2015: 213). Trotz des Hinweises auf die mögliche Illegalität von Masken auf einer Demonstration erschienen viele der Anonymous-Demonstranten am 10. Februar mit einer Guy-Fawkes-Maske auf der Straße. Die Guy-Fawkes-Maske besetzt die Leerstelle des politischen Widersachers, der die Anliegen von Anonymous vertritt. Wie Bodó argumentiert, kann die Maske womöglich nicht nur als Symbol der Zusammengehörigkeit verstanden werden, sondern auch für das geteilte Gefühl der Exklusion oder nicht erfolgreichen Repräsentation durch politische Vertreter stehen (vgl. Bodó 2014: 3). Die Maske ist Zeichen des Verschwörers Guy Fawkes, der sich 1605 mit einem Sprengstoff-Attentat auf das Londoner Parlament für die Ver-

²⁵ <https://www.youtube.com/watch?v=JCbKv9yiLiQ>, zuletzt abgerufen am 29.06.2016.

folgung von Katholiken rächen wollte. Er hatte den Plan, nach der Vernichtung des Königshauses und der wichtigsten Regierungsvertreter einen katholischen König einzusetzen.²⁶ In der Hollywood-Neuinterpretation, dem Film *V for Vendetta*, steht die Maske für radikale politische Opposition; für einen Helden, der im Verborgenen agiert, bescheiden hinter seinem Engagement zurücksteht und jeden noch so einsamen Hilferuf erhört.²⁷ Sie steht als ikonisches Symbol für den anarchistischen Helden, der gegen einen Überwachungsstaat kämpft, und war außerdem auf einem Meme namens *Epic Fail Guy* aufgetaucht, das unter Anons bekannt ist.

Wie Coleman zusammenfasst, war die Maske »well known, easy to purchase, and imbued with an undeniable symbolic energy – both on account of its history and its more recent iteration – the Guy Fawkes mask became the mask de jour to deter the prying eyes of Scientology« (Coleman 2014: 64). Mit diesem Tag, an dem Anons sich gegenseitig im Antlitz der Maske auf den Straßen begegneten, um Scientology die Stirn zu bieten, wurde die Maske zur ikonischen Signatur von Anonymous. Welchen Erfolg die Proteste gegen Scientology tatsächlich verzeichnen konnten, ist keine leichte Frage. Kritische Stimmen bemessen den Schaden für Scientology als minimal. Anscheinend ergriff Scientology präventive Mittel gegen weitere IT-Angriffe (vgl. Mansfield-Devine 2011a: 4). Aufseiten von Anonymous wurden zwei Mitstreiter durch Gefängnisstrafen zur Rechenschaft gezogen.

Für Anonymous selbst jedoch scheint das *Project Chanology* als Erlebnis der Selbstvergewisserung große Bedeutung zu haben. Dass gerade diese Demonstration gegen Scientology sowie die Guy-Fawkes-Maske dazu beitrugen, Anonymous einen kleinsten gemeinsamen Nenner einer politischen Ausrichtung zu geben, erklärt Coleman damit, dass Scientology für viele technikaffine Geeks (wie Coleman sie nennt) das exakte Gegenteil ihrer Ideale und ihrer Weltanschauung verkörpert. Sie empfinden die Church of Scientology als Af-

²⁶ Er wurde jedoch verraten und unter Folter gezwungen, seine Mitstreiter zu nennen, bevor er wie all diese hingerichtet wurde.

²⁷ Bemerkenswerterweise wird die Maske ebenso innerhalb der Occupy-Bewegungen weltweit verwendet, was ein Zeichen dafür ist, dass auch dort die Idee der politischen Macht durch einen Zusammenschluss zu einer kollektiven Identität tragfähig ist (vgl. Lush & Dobnik 2011; vgl. Milan 2013b: 195).

front gegen alles, wovon sie überzeugt sind, und konnten sich deshalb mit Leichtigkeit auf die Angriffswürdigkeit der *Kirche* einigen.

Zu Beginn der Entwicklung bezweifelten Anons im Chat noch, dass sie gegen Scientology etwas ausrichten könnten (vgl. Coleman 2014: 64). Der 10. Februar muss für Anonymous ein Tag der erleuchtenden Selbsterfahrung gewesen sein, als Selbstbestätigung einer geteilten politischen Identität und Initiation für weitere politische Spielarten von Anonymous, die zwar keineswegs wohlgeplant und in klaren Strukturen erfolgen, aber nichtsdestotrotz oder gerade aufgrund ihres diffusen Charakters politische Aufmerksamkeit erzeugen.

Nach dem *Project Chanology* begann Anonymous die eigenen Aktionen in einem anderen Licht zu präsentieren, Unterhaltung als motivierenden Faktor herunterzuspielen und sich zunehmend als politischer Akteur im Kampf für Informationsfreiheit darzustellen. 2013 stellt Coleman fest: »[P]ure trolling under the name Anonymous had largely ceased« (2013b: 10). Jedoch scheinen sich drei teils widerstreitende Positionen zu politischem Aktivismus unter dem Sammelpseudonym Anonymous herauszukristallisieren: die generelle Ablehnung politischer Aktionen, Befürwortung legaler politischer Aktion und die Kombination von illegalen hacktivistischen Strategien mit legalen Kampagnen wie Demonstrationen oder Petitionen (vgl. Beyer 2014a: 2). »[T]hey moved the focus from much of what characterized the community in the first place – specifically, the malicious attacks on individuals and nihilistic rejection of common morality – in favor of descriptions of Anonymous as something of a vigilante superhero fighting on behalf of the weak for what was right« (ebd.: 10). Im Zuge dieser rhetorischen Wende begann Anonymous auch, illegale Taktiken wie DDoS-Aktionen als Akte zivilen Ungehorsams zu deklarieren (vgl. ebd.: 23).

Seitdem waren international verstreute Aktivisten unter dem Sammelpseudonym *Anonymous* mit einer großen Bandbreite an Taktiken in zahlreiche unterschiedliche politische Aktionen involviert. Die Taktiken reichen von DDoS-Aktionen gegen staatliche wie privatwirtschaftliche Institutionen über Hacks und Datenleaks bis hin zu Demonstrationen und technischem Support für Aktivisten in Aufständen wie in Ägypten, Tunesien oder im Iran.

Stefania Milan beschreibt, dass die Auswahl der Ziele von Anonymous häufig in Verbindung mit aktivistischen Themen steht, die die Freiheit der Internetnutzung berühren: »[They] take action against companies, governments, and indi-

viduals in retaliation for behaviours that are considered a threat to activist values, such as openness and the uncensored Internet. Anonymous activists often define themselves as the ›guardians of the Internet‹ (Milan 2012: 5-8). Darüber hinaus hat sich Anonymous jedoch auch für Themen engagiert, die völlig andere gesellschaftliche Anliegen betreffen, beginnend mit der Kritik an Scientology, gesellschaftlichen Aufständen wie der 15-M-Bewegung in Spanien, dem Arabischen und Afrikanischen Frühling, Kritik an der globalen Finanzpolitik in Kooperation mit der Occupy-Bewegung oder der Diskriminierung von Schwarzen durch die amerikanische Polizei (vgl. Coleman 2013b: 4; vgl. Rogers 2014). Es gibt keine offiziellen Anführer und keine klaren hierarchischen Strukturen, die Zuständigkeiten für Außenstehende verständlich machen könnten, weshalb Anonymous auch als klassisches Beispiel einer *Do-ocracy* bezeichnet wird »that means rule by sheer doing: Individuals propose actions, others join in (or not), and then the Anonymous flag is flown over the result. There's no one to grant permission, no promise of praise or credit, so every action must be its own reward« (Norton 2012). Die Handlungsfähigkeit entsteht nicht durch die Aggregation in einem organisatorischen System, sondern resultiert vergleichsweise spontan aus den horizontal aufgebauten Beziehungen zwischen einzelnen Akteuren und der Unberechenbarkeit dieser Zusammenkunft (vgl. Illia 2003: 327). Wie Beyer erläutert, gibt es zahlreiche Faktoren, die Anonymous trotz der Anonymität, Fluidität und Offenheit zusammenhalten und ein gewisses Maß an kollektiver identitätsstiftender Kontinuität erzeugen: »The community shape that resulted was a semisecret society of users who used highly ritualized language and set ways of referencing important community history to identify their status as community members in the anonymous space. Additionally, identifying with the space meant identifying as a consumer of often shocking content. These factors produces a high level of cohesion among Anonymous members that was not present in other types of online communities« (Beyer 2014a: 24).

Stefania Milan und Arne Hintz qualifizieren diese Formation als »networked collective action« (Milan & Hintz 2013) und als neue Form der Protestorganisation. Diese beschreibt sie als »cloud protesting, to indicate a type of social organizing for collective action with individuals and their needs, preferences, bodies and individualities at its core« (Milan 2013b: 198). Die Metapher der Wolke

sei hier aufschlussreich. »[T]he cloud gives a presence and multifaceted shape to immaterial resources like identities, narratives, and meanings, in an array of digital objects such as tweets, links, photographs, and videos that render meaning ›tangible‹« (ebd.: 200).

Die Absage an hegemoniale Strukturen, wie sie aus anderen Organisationsformen bekannt sind, bedeutet jedoch nicht, dass es keinerlei Hierarchien oder Strukturen gäbe, die die Operationen und Kommunikationsprozesse innerhalb des Netzwerks prägen.

Wie Coleman aus ihrer anthropologischen Perspektive beschreibt, zeigen sich hegemoniale Strukturen, die einem anarchischen Bild, das Jeff Shantz und Jordan Tomblin von Anonymous zeichnen (vgl. Shantz & Tomblin 2014), widersprechen. Partizipation ist selbstbestimmt, direkt und flexibel, jedoch gibt es In- und Exklusionsprozesse innerhalb des Netzwerks, die auf bekannten sozialen Kriterien beruhen, etwa Dauer und Verlässlichkeit des Engagements, Produktivität und Vertrauenswürdigkeit. »Anonymous is emblematic of a particular geography of resistance. Composed of multiple competing groups, short-term power is achievable for brief durations, while long-term dominance by single group or person is virtually impossible« (Coleman 2014: 393).

Coleman beschreibt Anonymous eher als ernstzunehmende politische Bewegung denn als anarchische Protestkoalition. »Within each network there are certain participants who can allow or disallow certain people [...] it kind of keeps people in line on that network. So there are forms of control« (Garfield 2011). Auch Prozesse der Deliberation und Abstimmung scheinen zumindest teilweise etabliert zu sein, wie Colemans Beschreibung der Operation Payback veranschaulicht.

Zugleich sind diese Kontrollstrukturen jedoch nicht statisch und daher schwer abbildbar oder vorhersehbar: »Anonymous is composed of people who decide together and separately to take a stand« (Coleman 2014: 395). Aufseiten der Anons erlaubt diese dynamische Handlungsstruktur einerseits ein höheres Maß an Freiheit, Partizipation selbstbestimmt zu gestalten. Andererseits wirft diese unstete Dynamik die Frage auf, wie Vertrauen, Verantwortung und Verlässlichkeit entstehen können (oder ob das Netzwerk auf diese sozialen Faktoren verzichten kann und dennoch produktiv ist).

Auch für die politisch orientierten Kampagnen oder Einzelaktionen ist dunkler Humor ein maßgeblicher Faktor oder gar Teil der politischen Strategie, was sich in den Videobotschaften von Anonymous, zahlreichen kursierenden Memes, dem Design ihrer Tools und sonstigen Interaktionen abbildet. Einerseits ist sicherlich diese Politik des Humors ein Grund dafür, dass Geeks politisches Interesse und Engagement entwickeln, die womöglich ohne Anonymous keinen Anschluss gefunden hätten (vgl. Garfield 2011). Andererseits entsteht die Frage, wie weit dieser Humor trägt, ob er möglicherweise in Bezug auf manche Themen und Umstände unangebracht oder ineffektiv ist. Die Tatsache, dass die pure Unterhaltung für einzelne bedeutsamer zu sein scheint als das eigentliche politische Anliegen, rückt Anonymous insgesamt in ein ambivalentes Licht und weckt durch diese Unberechenbarkeit Misstrauen und Zweifel in der öffentlichen Wahrnehmung. Welche Motivationen einzelne Anons zur Teilnahme an bestimmten Aktionen bewegen, ob es politische Überzeugung, Gruppengefühl, persönliches Interesse oder schlicht Spaß an der Störung ist, bleibt hinter der Maske opak. Coleman wie auch weitere wissenschaftliche Studien sprechen jedoch dafür, dass das dominante Stereotyp, nämlich das »clandestine, selfish, young, male outlaw image« (Isin & Ruppert 2015: 142), welches beispielsweise auch in einer jüngeren Studie des BKA gezeichnet wird, in grotesker Weise vereinfacht ist (Reißmann 2014: 49ff.). Anonymous sei vielmehr von einer hohen Diversität der politischen, kulturellen und ethnischen Herkunft geprägt, die gerade durch die Anonymität der Anons befördert werde. Insoweit Anonymous als experimentelles Modell politischer Handlungsmacht betrachtet werden kann, scheint der Pragmatismus das Ideal der Reinheit des Politischen (»purity of politics«, wie Coleman es formuliert) zu übertrumpfen. Obwohl es Ansätze nicht-hierarchischer Partizipation und basisdemokratische Entscheidungsmodelle gibt, zeigt die Entwicklung der tatsächlichen politischen Einmischung, dass innerhalb von Anonymous nicht selten intransparente Absprachen in geheimen Chats, Exklusionsmuster und schlicht arbiträre Vorgänge wirksam werden. Gerade die daraus resultierende Unvorhersehbarkeit sieht Coleman als politische Stärke von Anonymous. Möglicherweise gerade aufgrund dieser Vielseitigkeit und Unberechenbarkeit der Aktionen wird Anonymous in Regierungs- und IT-Sicherheitskreisen als Bedrohung der nationalen

und internationalen Sicherheit krimineller, wenn nicht gar terroristischer Art diskutiert (vgl. Mansfield-Devine 2011a; vgl. Coleman 2015b).²⁸

Ein Beispiel, das es erlaubt, diese Arbeitsweise unter dem Prinzip der Do-ocracy und dem Regime des Chaos nachzuvollziehen, ist die Operation Payback, die Anonymous als Akt zivilen Ungehorsams artikuliert. Zugleich handelt es sich hier um den wohl am häufigsten diskutierten und am besten dokumentierten Fall einer DDoS-Aktion.

2.9. Operation Payback

Der bekannteste Fall einer DDoS-Aktion von Anonymous wurde der Fall (**Nr. 16**) der sogenannten *Operation Payback* im Jahr 2010. Diese hatte nicht nur für Anonymous selbst eine inkubierende Funktion. »Ultimately, it wasn't until the PayPal DDoS by Anonymous that both press and people began to pay attention to this new phenomenon called hacktivism. Because of that DDoS, Anonymous finally got truly global attention and was able to more formally publicize its objectives« (Crosston 2017).

Vor der Operation Payback war nicht ersichtlich, dass Anonymous und WikiLeaks viele Gemeinsamkeiten verband. Verglichen mit Anonymous war WikiLeaks zu diesem Zeitpunkt der wesentlich größere politische Spieler. Coleman schreibt: »[T]hese two entities could not be more different when judged from the perspective of organizational mechanics. WikiLeaks was built up as a carefully sculpted life's work. [...] On the other hand, [...] [Anonymous was] born in the contingent convergence of timing, and media attention, each element contributed to its meteoritic rise and rapid success – a reminder again of how tricksters, like Anonymous, are perfectly poised to exploit the accidents gifted to them and sometimes benefit from acting on whim« (Coleman 2014: 89).

Das Video, das am 5. April 2010 unter dem Namen *Collateral Murder* von WikiLeaks veröffentlicht wurde, steht nicht direkt in Verbindung mit der Operation Payback, es war jedoch als Initiationsmoment für viele Anons relevant, die da-

²⁸ Einzelne Anons wurden in den USA auf einer Liste gesuchter Terroristen geführt, wie beispielsweise Jeremy Hammond (vgl. Heise online 2015).

mit begannen, sich für geopolitische und internationale Politik zu interessieren und zu engagieren.²⁹

Nachdem WikiLeaks im November 2010 geheime diplomatische Gespräche unter dem Namen *Cablegate* veröffentlicht hatte, stellte *Amazon* den Hosting Service für Wikileaks ein. Unternehmen, die bislang die Spendentransaktionen für WikiLeaks abwickelten, wie Paypal, MasterCard und Visa, verweigerten zeitgleich ihre Dienste (vgl. Sauter 2014: 1).

Als Reaktion entwickelte sich die wohl bekannteste DDoS-Aktion im Zeichen des Protests für WikiLeaks und mit rund 7000 Mitstreitern auch die bislang größte DDoS-Aktion von Anonymous, bemessen an der Zahl teilnehmender Individuen (vgl. Coleman 2014: 120). Die Entwicklung der Aktion scheint paradigmatisch. Zufall und Chaos sind vermutlich für alle sozialen Bewegungen beeinflussende Faktoren, für Anonymous sind sie treibende und programmatische Kräfte (vgl. ebd.: 118).

Überraschenderweise war es ein Unbekannter, der sich selbst nicht direkt mit Anonymous assoziierte oder assoziiert wurde, der am 4. Dezember 2010 eine DDoS-Aktion, vermutlich mithilfe eines Botnets³⁰, gegen den Blog von Paypal richtete. Erst als die Presse dieses Ereignis Anonymous zuschrieb, begann eine hitzige interne Debatte darüber, ob Anonymous tatsächlich dazu beitragen sollte, Paypal ins Visier zu nehmen, um WikiLeaks zu unterstützen. Spontan, ohne größere Planung und Strategie und mehr oder minder im Konsens wurde entschieden, sich der Unterstützung für WikiLeaks anzuschließen. »On December 6, they launched their first DDoS action against the website of the Swiss banking service, PostFinance. Over the course of the next 4 days, anonymous and anonOps would launch DDoS actions against the websites of the Swedish Prosecution authority, everyDnS, Senator Joseph Lieberman, Mastercard, two Swedish politicians, Visa, PayPal, and amazon.com, and others, forcing many of the sites to experience at least some amount of downtime« (Sauter 2014: 2). Neben anscheinend benötigten Botnetzen nutzten die Teilnehmer zumeist eine DDoS-Software namens *Low Orbit Iron Cannon*, um die Zugänglichkeit der an-

²⁹ Diese Beobachtung beschrieb Coleman in ihrem Vortrag am 8. Mai 2015 in Berlin.

³⁰ Von Botnetzen spricht man dann, wenn sehr viele Computer – meist mehrere tausend, es können aber auch mehrere Millionen sein – per Fernsteuerung zusammengeschlossen und, teils ohne Kenntnis der Besitzer, beispielsweise zu DDoS-Aktionen missbraucht werden (BSI).

gezielten Webseiten zu stören. Die Software war im Vergleich zum Floodnet-Tool wesentlich versierter und trug darüber hinaus auch gestalterisch die Handschrift von Anonymous. Die Durchführung der DDoS-Aktion wird durch diese und andere Tools, die Anonymous nutzt, voll automatisiert, wie Sauter meint: »One does not need advanced technical skills to construct a simple automated DDoS tool and virtually no skills to participate in a manual DDoS« (ebd.: 15). Nutzer können durch die Eingabe einer URL als Zielwebseite die anvisierte IP mit Datenpaketen über das TCP (Transmission Control Protocol) überfluten. Wie bei einem händischen ständigen Neuaufrufen einer Webseite, jedoch mit erhöhtem Datenaufkommen, erzeugt das Tool Anfragen an die anvisierte Zieladresse. Auf technischer Ebene »öffnet das Tool eine TCP-Verbindung auf Port 80 des Zielserver und sendet darüber frei einstellbare Zeichenketten [...] [also] sinnlose Anfragen auf unterster Ebene in den Log-Dateien des Web-Servers. Darüber hinaus kann es aber durchaus auch gültige HTTP-Anfragen erstellen und UDP-Pakete versenden. Insbesondere mit letzterer Option lassen sich DDoS-Angriffe realisieren, die darauf abzielen, die umliegende Netzwerk-Infrastruktur und nicht den Server selbst lahmzulegen« (Jansen 2010).

Ab einer bestimmten kritischen Masse des Datenverkehrs führt dies dazu, dass der Server für andere Nutzeranfragen nicht mehr erreichbar ist und die betreffende Webseite daher nicht angezeigt werden kann. Das leicht bedienbare Programm ermöglicht auch koordinierte Angriffe. Über die Eingabe der Adresse eines Koordinierungsservers überlassen die Teilnehmenden den federführenden Initiatoren die Steuerung – vergleichbar mit einem Botnetz auf freiwilliger Basis (ebd.). Diese Funktion namens *Hive Mode* ermöglicht den Nutzern des Tools, in eine Art Fernsteuerung einzuwilligen, über die von ihrem Computer Datenpakete an die anvisierte Webseite versendet werden.

Wie auch schon im Fall des Floodnet-Tools verursacht das LOIC-Tool keinen bleibenden technischen Schaden. Nach einer Aktion ist der Server wieder funktionsfähig und die anvisierte Seite zugänglich. Was jedoch entstehen kann, sind finanzielle Schäden, sofern ein gewinnbringendes Geschäft durch die Aktion verhindert wird. Ohne weitere technische Vorkehrungen sind die Mistreiter einer solchen Aktion keineswegs anonym. Ihre IP-Adressen werden durch die Software mitgesendet und erscheinen in den Logdateien der angegriffenen

Webserver (ebd.).

Bemerkenswert bei dieser Aktion ist die Rolle der Massenmedien, ohne die die Operation Payback und vermutlich auch die heutige Bekanntheit von Anonymous unmöglich gewesen wären (vgl. Sauter 2014: 69). »During this action, the high level of quotable, embeddable graphic and video artifacts produced by the group allowed them a level of control over the media narrative that, for example, the eDT had never enjoyed« (ebd.: 67). Einerseits wurden so Medieninhalte, die Anonymous selbst produzierte, in den Massenmedien ausgestrahlt, andererseits sei das Bild, das die Medien von Anonymous zeichnen, durchaus kritischer Natur: »The majority of the media coverage of anonymous and Operation Payback was characterized by an unwillingness to critically assess anonymous as an activist group or Operation Payback as an activist action and a rampant confusion about the facts« (vgl. ebd.: 67).

Wie Whitney Phillips berichtet, spielte besonders der US-amerikanische Sender Fox dabei eine besondere Rolle: »Although Fox News didn't create Anonymous, the Fox 11 News Report gave Anonymous a national platform, upon which trolls built larger and ever-more conspicuous structures. What once has been an underground site, known only to the few thousand active participants, had become a household name; ›Anonymous‹ began to show up in mainstream media reports only after the Fox 11 News Report aired« (Phillips 2013). Anonymous entwickelte bemerkenswerte Strategien, um die Massenmedien zu beeinflussen und Aufmerksamkeit für seine Aktionen zu erzeugen (vgl. Sauter 2014: 66ff.), was allerdings nichts an der rechtlichen Beurteilung von DDoS-Aktionen als Straftat ändert.³¹ Einige Beteiligte der Operation Payback wurden für ihre Mittäterschaft auf Grundlage des amerikanischen Computer Fraud and Abuse Act im Juli 2011 angeklagt, wobei den US-amerikanischen Behörden anscheinend über 1000 involvierte IP-Adressen bekannt waren. 11 der 14 Angeklagten bekannten sich im Verlauf der Verhandlungen schuldig und erhielten eine Geldstrafe von 86.000 Dollar, die zu gleichen Teilen unter ihnen aufgeteilt wurde (vgl. Gilbert 2013).³² Anonymous reichte 2011 im Weißen Haus eine Peti-

³¹ Nach deutschem Recht ist die Teilnahme an einer vergleichbaren DDoS-Aktion eine Straftat nach § 303b StGB, wobei das Gesetz eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe vorsieht und zivilrechtliche Schadensersatzforderungen drohen können.

³² Zwei weitere Beteiligte bekannten sich zu geringfügigerer Beteiligung und der Vierzehnte im Bunde ließ seinen Fall separat führen.

tion zur Legalisierung von DDoS-Aktionen als legitimer Protesttaktik ein, die jedoch ohne Erfolg blieb (vgl. Kleinhans 2013: 1).

Mit der Operation Payback und der massiven medialen Inszenierung derselben haben sich DDoS-Aktionen als disruptive Variante digitalen Ungehorsams in der Debatte der internationalen Presse etabliert. Aussagen wie die, Anonymous sei »a new civil disobedience movement for the twenty first century« (Wyant 2012), belebten erneut eine rege Debatte zu der Frage, ob DDoS-Aktionen als legitime Form zivilen Ungehorsams anzusehen sind.³³ Die Debatte schürt womöglich auch den problematischen Eindruck, als seien DDoS-Aktionen schlechthin *die Taktik* zivilen Ungehorsams im Internet. Wie bereits das Electronic Disturbance Theater und andere Gruppierungen bezieht Anonymous zumindest manchen Stellungnahmen zufolge die Position, dass DDoS-Aktionen eine legitime Form des zivilen Ungehorsams im Internet darstellen (vgl. Coleman 2014: 112), wobei diese Position anscheinend auch innerhalb von Anonymous sehr umstritten und je nach Subgruppierung inkonsistent ist.

Sowohl für das Electronic Disturbance Theater als auch für die Lufthansa-Kampagne und Anonymous erwies sich die Taktik der DDoS-Aktion als effektive Form der politischen Intervention, die es den Akteuren ermöglichte, mediale Aufmerksamkeit herzustellen. Zugleich wäre es eine problematische Verkürzung, würde man die Entwicklung der DDoS-Aktion zu einer politischen Taktik als reibungslosen Triumphzug darstellen, denn sie hat bestimmte Schwächen und steht daher selbst unter Hackern in der Kritik. Im folgenden Abschnitt reflektiere ich die vorgestellten invasiven und disruptiven Formen digitalen Ungehorsams und möchte dabei nicht nur ihre politischen Stärken darstellen, sondern ebenso herausstreichen, welche Herausforderungen diese Praktiken für ein Verständnis als ziviler Ungehorsam mit sich bringen.

³³ Die Frage, ob DDoS-Aktionen als ziviler Ungehorsam aufzufassen sind, hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Art Topos der Auseinandersetzung über zivilen Ungehorsam im Internet entwickelt. Es entstand eine lebendige öffentliche Debatte (vornehmlich in digitalen Öffentlichkeiten) mit Beiträgen oder Stellungnahmen von Bloggern, Journalisten und Wissenschaftlern wie Evgeni Morozov (Morozov 2010), Molly Sauter (Horchert; Sauter 2013a, 2013b), Deanna Zandt (Zandt 2010), Nancy Scola (Scola 2010), Bruce Schneier (Schneier 2013a) und vielen weiteren Autoren.

2.10. Politik hinter dem Vorhang. Störung der IT-Infrastruktur als ziviler Ungehorsam?

Graham Meikle eröffnet seine Analyse der Aktionen des Electronic Disturbance Theater's bezeichnenderweise mit den Worten »the theatre is open« (Meikle 2002a). Digitalen Ungehorsam als *Theater* und damit als künstlerischen Akt des Bürgertums zu verstehen, konnotiert ihn als eine reflektierende Instanz der Gesellschaft, die in der Tradition steht, Spiegel der Gesellschaft zu sein oder gar moralische Anstalt. Ricardo Dominguez unterstützte diese Selbstbeschreibung des EDT in einem Interview, indem er dessen Aktionen als soziales Drama in drei Akten erläuterte: »The first act of the social drama involves stating what is going to happen and its political purpose; the second is the act itself; and the third is the subsequent dialogue and discussion that this creates« (Taylor 2005: 641). Die Mechanik, die traditionell für den Bühnenzauber und die Illusionen des Theaters zuständig ist, wird in dieser Metapher ersetzt durch die Manipulation der Infrastruktur des Internets als Teil der Inszenierung. Wie Wray darlegt, war es eher die mediale Aufmerksamkeit für den Einsatz des Floodnet-Tools, die einen Schaden für die Angegriffenen erzeugte, als das Tool selbst. »It was more of a coup for us to appear on the front page of the New York Times with a headline suggesting that Netwar had been declared against Mexico, than the actual success of FloodNet« (zitiert nach Meikle 2009: 155).

Das EDT verstand nicht die DDoS-Aktionen an sich als Akt elektronischen Ungehorsams, sondern die gesamte Inszenierung, die mit den Aktionen einherging. Diese basierte, anders als noch vom Critical Art Ensemble imaginiert, auf der Orchestrierung der Massenmedien und der Partizipation von zahlreichen Mitbürgern. »The EDT moved away from CAE's emphasis on the clandestine exercise of elite hacker skills towards a more transparent public spectacle which aimed to draw as many participants together as possible« (zitiert nach Meikle 2009: 180). Mit der öffentlichen Inszenierung ihrer Aktionen stellt das EDT den kommunikativen Aspekt ihrer Handlungen gegenüber deren (technisch-faktisch) disruptivem Charakter in den Vordergrund.

Aufgrund dieser Offenheit für die Partizipation vieler Menschen versteht Stefan Wray elektronischen zivilen Ungehorsam als im Vergleich mit dem politischen Hacken *greifbarere Form des digitalen Ungehorsams*. Außerdem verortet er ihn in einer Grauzone des Rechts (vgl. Wray 1998). Diese Einschätzung ist bemerk-

kenswert: einerseits deshalb, weil klar wird, dass es dem EDT weniger um eine tatsächliche illegale Störung von Diensten ging als um *die Inszenierung einer Störung*. Diese Inszenierung, die DDoS-Aktionen durch das Floodnet als Teil ihrer Aufführung und als *Simulation* im Spiel mit der Grenze zwischen künstlerischer Provokation und politischer Realität integrierte, ist heute so nicht mehr denkbar, da sich DDoS-Aktionen keineswegs mehr als rechtlich ambivalent einordnen lassen. Weiter bricht gerade diese rechtliche Ambivalenz, die Wray für den elektronischen zivilen Ungehorsam anscheinend als maßgeblich ansah, mit der Tradition des zivilen Ungehorsams. Dieser impliziert gerade einen absichtlichen Konflikt mit geltendem Recht. Hierzu muss man anmerken, dass, anders als zu der Zeit der Aktionen des EDT, nach derzeit geltendem Recht DDoS-Aktionen in den allermeisten nationalen Rechtssystemen als Straftat bewertet werden (Sauter 2014: 13). Aus heutiger Sicht ist jedoch auch die Deutung der DDoS-Aktion als Simulationsakt eher befremdlich. Wenn eine Webseite nicht zugänglich ist, sei es aus Gründen der Zensur oder einer DDoS-Aktion, ist dies für die heutige digitalisierte Lebenswelt keine *Simulation*, sondern eine sehr reale Einschränkung des Zugangs zu Informationen oder Diensten.³⁴

Die hacktivistische Gruppierung *Cult of the Dead Cow* vertritt daher die Position, dass eine Störung der IT-Infrastruktur durch DDoS-Aktionen überhaupt kein Element zivilen Ungehorsams sein könne. »Denial-of-service attacks are a violation of the First Amendment, and of the freedoms of expression and assembly. No rationale, even in the service of the highest ideals, makes them anything other than what they are – illegal, unethical, and uncivil. One does not make a better point in a public forum by shouting down one's opponent« (Oxblood 2000). Dieser Gedankengang, den Sauter als die »censorship critique« (Sauter 2014: 47) bezeichnet, ist in jenen Fällen ein berechtigter Ein-

³⁴ Wrays Behauptung, DDoS-Aktionen könnten als Form der Simulation angesehen werden, ist durchaus problematisch. Wie real und massiv die Folgen von DDoS-Aktionen auch Ende der 1990er Jahre schon waren, zeigt das Beispiel der Toywars, das nahelegt, dass die Deutung des elektronischen zivilen Ungehorsams als Simulation an ihre Grenzen geriet. Dabei kam es zu einem Streit um einen Domainnamen zwischen einer europäischen Künstlergruppe namens Etoy und einem kommerziellen Spielzeugversand namens Etoys. Erstere sicherte sich 1995 die Domain etoy.com, weshalb der kommerzielle Spielzeugversand Etoys, der bereits Inhaber der Webdomain etoys.com war, 1999 einen Prozess gegen die Künstlergruppe anstrebte. Die Künstler reagierten, in Kooperation mit dem EDT, mit DDoS-Aktionen gegen den Online-Shop auf etoys.com, was die Firma Anfang des Jahres 2000 in die Insolvenz trieb (vgl. Meikle 2009).

wand, in denen DDoS-Aktionen unterlegene Akteure langfristig attackieren und ihre Wahrnehmbarkeit in der Öffentlichkeit maßgeblich einschränken.

Diesem generell verständlichen Einwand kann man jedoch entgegenhalten, dass durch eine temporäre DDoS-Aktion eine Gegenstimme – und gerade die teils übermächtige Stimme eines politischen Akteurs wie einer staatlichen Institutionen oder eines Unternehmens – keineswegs zum Schweigen gebracht wird, indem ihre repräsentative Webseite für eine kurze Zeit nicht erreichbar ist (vgl. Sauter 2014: 49ff.)

Dieser argumentative Konflikt führt vor allem vor Augen, wie entscheidend die Rolle des politischen Kontextes ist. Die politische Bedeutung von DDoS-Aktionen ist maßgeblich davon abhängig, gegen wen, wie lange und zu welchem Zeitpunkt sie eingesetzt werden, welche faktischen Konsequenzen sie haben und inwieweit kommunikative Absichten dabei (womöglich zusätzlich) zur Geltung kommen.

Dass Wray aus Sicht des EDT einen Vorrang der öffentlichen Inszenierung vor der technischen Störung behauptet, weist auf eine Problematik hin, die teilweise auch die zuvor besprochenen invasiven Formen digitalen Ungehorsams betrifft: Digitaler Ungehorsam, der invasiv und störend auf der Ebene der IT-Infrastruktur ansetzt, hat selbst häufig nur einen geringen oder uneindeutigen kommunikativen Wert. Taktiken wie DDoS-Aktionen, ein Virus wie der WANK Worm, ein Hack wie jener des CCC, ein Redirect oder Website Defacements haben nicht *an sich* eine spezifische politische Aussage und sind ununterscheidbar von kriminellen Akten, die der individuellen Bereicherung oder bösartigen Sabotage dienen. Erst die zusätzlichen kommunikativen Strategien rücken diese Taktiken in ein anderes Licht und eröffnen die Möglichkeit, sie überhaupt als zivilen Ungehorsam in Erwägung zu ziehen. Es sind erst die politischen Hintergründe, Überzeugungen und Absichten der Initiatoren, die diese Akte als politisch kennzeichnen. DDoS-Aktionen, die in den allermeisten Fällen eine kriminelle Taktik darstellen, sind ein ernstzunehmendes Problem der globalen IT-Sicherheit, da sie eine »popular tactic of extortion, harassment, and silencing« (Sauter 2014: 26) darstellen. Die Abhängigkeit der Legitimität vom Anwendungskontext erfordert seitens der digital Ungehorsamen, die mit den Mitteln einer Störung, also invasivem oder disruptivem Ungehorsam arbeiten, zusätzliche kommunikative Schritte und vermutlich auch eine Modifikation des

ungehorsamen Aktes, um diesen von kriminellen Aktionen abzuheben. Dies ist eine neue Herausforderung, der sich die Initiatoren von etablierten Formen zivilen Ungehorsams so nicht stellen mussten: »[A] sit-in is perceived as activist in nature, a DDoS action is perceived as criminal. Sit-ins are overwhelmingly used in activist situations. DDoS is deployed as a tactic of criminality much more than it is as a tactic of activism« (Sauter 2014: 7).

Der Fall von Eugene Kashpureff ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein zusätzlicher kommunikativer Aufwand und die Modifikation der Taktik diese als unmissverständlich politischen Akt kennzeichnen: Zum einen bot die Webseite von AlterNIC, auf die Kashpureff umleitete, umfassende Informationen an, und zum anderen gab es die Möglichkeit, über einen integrierten Link dennoch die anvisierte Webseite zu erreichen.

Die These, die ich als Schlussfolgerung aus diesen Beobachtungen ziehe, lautet zusammengefasst, dass disruptive und invasive Formen digitalen Ungehorsams nicht ohne begleitende kommunikative Maßnahmen als Formen zivilen Ungehorsams verstanden und verteidigt werden können.

Die prominente Rolle der Inszenierung des digitalen Ungehorsams durch eine Störung stellt die Handelnden noch vor eine weitere Herausforderung. In Bezug auf die Rezeption der Medien sah sich das EDT häufig damit konfrontiert, dass seine Aktionen aufgrund eines Attraktionswerts als Protestspektakel Aufmerksamkeit weckten. Das politische Anliegen hinter den Aktionen schien jedoch nur bedingt die, das Interesse der Öffentlichkeit zu erregen. »Some articles focused on the spectacle of the EDT and their ›virtual sit-ins‹ in digital culture trend pieces, more interested in performing a roll call of the activist space than in interrogating the motivations and logics behind a specific action« (Sauter 2014: 61).

Auch für die Operation Payback war die Inszenierung des Ereignisses mindestens ebenso wichtig wie die Umsetzung der DDoS-Aktion selbst. Wie Sauter darlegt, kann nahezu von einer gezielten Manipulation der Massenmedien durch Anonymous gesprochen werden (ebd.: 60).

Zunächst lässt sich feststellen, dass die massenmediale Inszenierung vermutlich überhaupt erst dazu führte, dass die Aktion im Kontext zivilen Ungehorsams diskutiert wurde. Weiter ist bemerkenswert, dass Anonymous dem Problem der Fokussierung auf Ereignisse und Persönlichkeiten anstelle ihrer politi-

schen Anliegen mit einer neuen Strategie begegnet. Um als Anonymous zu erscheinen, wird die Identität des Einzelnen der Zugehörigkeit zu einer dynamischen, aggregierten Handlungsmacht untergeordnet, die ein Kollektiv von vielen Einzelakteuren so nicht erzeugen könnte.

Obwohl intern die Handlungsfähigkeit des Individuums unverzichtbar ist – in Gestalt einer »hegemony of hands-on technical expertise, which is owned at the individual level« (Milan 2013b: 201) –, zählt für Anonymous nach außen gerade nicht das Individuum und seine Handlung, sondern die *Multitude*. Coleman beschreibt diese Strategie sogar als geteiltes Ethos, als *ethos e pluribus unum*: »They replace attainment of individual recognition or fame with the attainment of it for the group as a whole – credit goes to Anonymous, not to any individual« (Coleman 2013a: 219). Zuwiderhandlungen, die sich in Form von öffentlichen Auftritten einzelner Sprecher und Protagonisten mehrfach ereignet haben, werden intern hart kritisiert (vgl. ebd.: 219). Der innere Pluralismus, der durchaus zu Meinungsverschiedenheiten, Abspaltungen und Zerwürfnissen führt, wird hinter einer solitären Maske der Einheit verborgen. Dies hat einerseits den Vorteil, dass die Aufmerksamkeit, die Anonymous zukommt, sich auf Handlungen und nicht auf Persönlichkeiten bezieht. Andererseits wird es damit verhältnismäßig schwierig, eine Aussage über die tatsächlichen Überzeugungen von Mitstreitern zu machen, und es ergibt sich ferner das Problem, dass gänzlich widersprüchliche Weltanschauungen unter dem Sammelpseudonym Anonymous kursieren.

Dennoch ist Anonymous bei aller Diversität der Handlungen, die sich hinter diesem Namen verbergen, ein Zeichen dafür, dass diese neue Inszenierung des politischen Handelns eine Zielgruppe beschäftigt, der sonst eher Politikverdrossenheit vorgehalten wird und die sich dadurch in eigener experimenteller Weise mit politischen Fragen befasst. Wie Coleman es ausdrückt, ist Anonymous »a kind of political gateway for a lot of geeks who may have not participated in politics before« (Garfield 2011).

Ballázs Bodó argumentiert, dass Anonymous Pate einer ersten Phase des digitalen Ungehorsams sei, bei der es (mit Verweis auf Taylor) um den Protest als *Mass virtual direct actions* gehe. Dieser Hacktivismus des »harmlosen Schwarms von Außenseitern« (Bodó 2014: 8) sei jedoch dem Untergang nahe. Er versteht Anonymous als »the latest manifestation of hacktivism 1.0, the

electronic civil disobedience that developed in the decades before« (ebd.: 3) und kommt zu der Einschätzung, dass die Aktionen weder besonders ernst zu nehmen noch einflussreich seien: »[T]he disruption technically unskilled outsiders can cause to the well-fortified corporate and governmental infrastructures is very limited indeed« (ebd.: 3).

Die tatsächliche Effektivität der DDoS-Aktionen von Anonymous ist jedoch keineswegs ausschlaggebend, wenn es eigentlich um die *Inszenierung einer Störung* geht. Diese Inszenierung mag in vielen weiteren Fälle von DDoS-Aktionen von Anonymous unzureichend sein und wenig darüber mitteilen, welche Überzeugungen, Anliegen und Ziele die Aktion jeweils ausdrücken soll. Im Fall der Operation Payback ist hingegen die kommunikative Ebene der Aktion mittels der medialen Inszenierung meines Erachtens ausreichend hergestellt, obwohl trotz der Anonymisierung der Teilnehmer die spektakuläre Ausgestaltung des Ereignisses bedenklich ist (worauf ich im Kapitel 7.6 zurückkomme).

Abgesehen von der komplexen Frage, ob die Operation Payback sich insgesamt als Fall zivilen Ungehorsams einordnen lässt, stellt das Phänomen Anonymous immerhin eine neue Form des politischen Handelns vor, was Bodó infolge seines Fokus auf die Effektivität disruptiver Aktionen außer Acht lässt. Unabhängig von der direkten Wirksamkeit einzelner Aktionen haben »movements such as Anonymous [...] dramatically transformed the meaning and function of protest« (vgl. Isin & Ruppert 2015: 132). Problematisch ist Bodós Einschätzung vor allem deshalb, weil sie den Handlungen von Anonymous allzu kategorisch abspricht, Artikulation politischer Teilhabe zu sein. Wie Isin und Ruppert diagnostizieren, hat dies möglicherweise mit einem paradoxen Wandel der Sichtweise auf Hacker und Hacktivist:en zu tun: »When hackers were more intent on ›we do because we can‹ politics, their public image was mysterious, revered, and appreciated. Yet once hackers turned into hacktivists with political subjectivity, their public image suffered, and it became tainted with criminality« (vgl. ebd.: 165).

Wie Lagasnerie darlegt, ermöglicht das anonyme Handeln, das zu einem zentralen Element der Internetkultur geworden ist (vgl. Lagasnerie 2016: 88), »politisches Handeln, ohne daß man sich als identifizierbares Subjekt darstellt« (ebd.: 89f.) und stellt damit gleichzeitig die anerkannten Formen des politischen Handelns zur Debatte. Es fordert uns auf, »unser Vokabular der Po-

litik selbst neu zu erfinden« (ebd.: 90), indem das Nichterscheinen von Akteuren die Problematik der Demokratie in ein neues Verhältnis zur Frage der Öffentlichkeit setzt. Ungeachtet der Frage, mit welchen Vokabeln man die Interventionen von Anonymous also beschreiben möchte, handelt es sich um neue und eigene Formen politischen Handelns, die einen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess fordern und offensichtlich auch in Gang gesetzt haben.

Bei nahezu jedem großen Protest weltweit sind mittlerweile Guy-Fawkes-Masken zu entdecken. Wie Coleman es formuliert, sei Anonymous das Gesicht des zeitgenössischen zivilen Aufruhrs und das ikonische Antlitz des politischen Aktivismus (vgl. Beyer 2014a: 17).

Jenseits dieser ikonischen Neuerfindung des Aktivismus des Informationszeitalters gibt es eine bemerkenswerte Tendenz des digitalen Aktivismus allgemein und des digitalen Ungehorsams im Speziellen, der sich die folgenden Betrachtungen widmen. Was zuvor für Anonymous als Prinzip der Do-ocracy bezeichnet wurde, lässt sich auch in anderen politischen Initiativen wiederentdecken: die zunehmende Tendenz, dass Ungehorsam der *Regel des schieren Tuns* folgt und in eigenmächtiger und konstruktiver Weise umgesetzt wird.

3. Disobedient Digital Direct Action. Eigenmächtiger digitaler Ungehorsam

Wie eingangs beschrieben, hat ziviler Ungehorsam einen effektiven und einen expressiven Anteil (vgl. Raz 1994: 264f.) und verbindet daher im Akt des Ungehorsams eine Ebene der Kommunikation mit einer Ebene der Konfrontation (vgl. Balluch 2009: 58ff.). Bei symbolischen Formen digitalen Ungehorsams manifestiert sich der effektive Anteil erst durch den Kontext der Kommunikation, indem der expressive Aspekt beispielsweise *ungehorsam* veröffentlicht wird und aufgrund des Urheberrechts zu einem Rechtskonflikt führt. Bei disruptiven und invasiven Formen findet die Konfrontation auf der Ebene der IT-Infrastruktur statt, während die expressiven Aspekte auf eine zusätzliche Inszenierung in der medialen Öffentlichkeit angewiesen sind. Für eigenmächtige Formen zivilen Ungehorsams stellt sich dieses Verhältnis wieder anders dar: Auch wenn die Initiatoren womöglich ihre Handlungen in der Öffentlichkeit begründen und verteidigen, manifestiert sich bei diesen Formen digitalen Unge-

horsams im Akt selbst eine kommunikative Aussage und Absicht. Indem Ungehorsame selbst konstruktiv etwas erschaffen und verändern, sprechen ihre Handlungen zusätzlich zu ihren Äußerungen eine eigene Sprache, die es mitunter ermöglicht, diese Handlungen auch dann als politische Akte wahrzunehmen, wenn eine völlig klare Erläuterung und eindeutige Begründung ausbleibt. Im Sinne des Prinzips der Do-ocracy setzen Akteure selbst politische Maßnahmen oder infrastrukturelle Veränderungen um, die sie für kollektiv erstrebenswert und notwendig halten (Suehle 2011). Digitale Technologien verleihen dabei demjenigen, der sie für seine Zwecke zu nutzen weiß, Zugang zu einem neuen Spielraum des Machbaren und schaffen neue technische Strukturen für Netzwerke von Akteuren, in denen das Machbare gemeinsam in die Tat umgesetzt werden kann. Unter Rückbezug auf das Modell der hybriden Medienkultur könnte man sagen, dass digital Ungehorsame in emanzipatorischer Weise durch Subversion, Manipulation und Disruption von Technologien zu handelnden Subjekten werden und durch ihre Handlungen in unterschiedlicher Intensität und Qualität und mit unterschiedlichem Erfolg die hegemonialen Strukturen der digitalisierten Welt in Frage stellen. Die technologische Umgebung des Internets, die durch (zumindest teilweise) offene Schnittstellen und hybride Infrastruktur kontinuierliche Evolution und Innovation ermöglicht, dient nicht nur marktwirtschaftlichen Kräften als Petrischale neuer Dienste und Applikationen, sondern wird, wie die Beispiele dieses Kapitels zeigen, auch in politischer Weise kreativ genutzt. Wie der soziale Kontext vieler Fallbeispiele veranschaulicht, sind Akte digitalen Ungehorsams nur in ihrer Einbettung in »communities of practice« (Lindgren 2013: 9) zu verstehen, die sich durch wechselseitige Interaktion von Teilnehmenden innerhalb von »joint enterprises« (ebd.) sowie durch Prozesse kollektiver Aushandlung von Bedeutungen auszeichnen.

Die Entstehung einer solchen handlungsorientierten Medienpraxis lässt sich darauf zurückführen, dass ein Kern dessen, was oft als »Web 2.0« beschrieben wird, mit einem Wandel von einer Gesellschaft der Massenmedien zu einer Gesellschaft der digitalen Medienökologie zu tun hat. Digitale Medienkultur geht einher mit einem »shift [...] from ›sit back and be told culture‹ to a ›making and doing culture‹« und ist damit grundlegend als *partizipative Medienkultur* (mit all ihren Vor- und Nachteilen) zu definieren (Gauntlett 2011: 8-13). »A participatory culture is a culture with relatively low barriers to artistic expression and civic

engagement, strong support for creating and sharing one's creation, and some type of informal mentorship whereby what is known by the most experienced is passed along to novices. A participatory culture is also one in which members believe their contributions matter, and feel some degree of social connection with one another« (Jenkins, Clinton et al. 2009: 3).

Dieses neue Feld von Möglichkeiten verleiht kleinen Gruppen wie auch Einzelindividuen, sofern sie spezielle technologische Kompetenzen besitzen, größere Wirkungsmacht, die je nach Perspektive als »disproportionate impact« (Cross-ton 2017) und asymmetrisches Verhältnis an Handlungsmacht oder als wirk-samer emanzipatorischer Einsatz von Technologien beschrieben wird.

Politische Handlungsfähigkeit ist im Zeitalter digitaler Medien nicht allein eine Frage institutioneller Macht, sondern ist ebenso sehr zu einer Frage individueller und kollektiver digitaler Medienkompetenz geworden, womit nicht allein die gehorsame intendierte Nutzung von Technologien gemeint ist, sondern eine tiefergehende und stärker selbstbestimmte Kompetenz der kreativen und möglicherweise unintendierten Nutzung, selbständigen Gestaltung und Umcodierung von Technologien (vgl. Bieber 2013: 332). Offensichtlich stößt dies vor allem aufseiten mächtiger Institutionen auf Unbehagen, Verunsicherung und Abwehr (vgl. Crosston 2017).

Eugene Kashpureff, die Künstler des Electronic Disturbance Theater oder einzelne Mitstreiter der Operation Payback erfuhren durchaus Sanktionen infolge ihres disruptiven Ungehorsams. Im Vergleich zu den Initiatoren des eigenmächtigen digitalen Ungehorsams, um den es im Folgenden gehen wird, waren ihre Strafen jedoch im Verhältnis geringer. Gegenüber der ungehorsamen Symbolpolitik und Formen des Ungehorsams durch politische Disruption oder Invasion von IT-Systemen erscheinen eigenmächtige Aktionen den Strafbehörden offenbar als die bedrohlichere Variante des digitalen Ungehorsams. Diesen Eindruck gewinnt man zumindest, wenn man die tatsächlichen und drohenden Strafen für solche Formen politischer Intervention vergleicht.

Wie ich nachfolgend erläutere, ereignen sich Interventionen, die ich als *disobedient digital direct action* oder als eigenmächtigen digitalen Ungehorsam verstehe, in einem breiten Spektrum emanzipatorischen sozio-technischen Handelns. Im folgenden Teil des ersten Kapitels werde ich Fälle vorstellen, die entweder (1) als epistemischer Ungehorsam auf der Ebene des Zugangs zu (ur-

sprünglich geheimen) Informationen oder (2) auf der Ebene der Infrastruktur ansetzen (etwa durch die Erzeugung von Code) oder (3) sich als ungehorsame Akte des Teilens charakterisieren lassen.

Als epistemischen Ungehorsam interpretiere ich Fälle, in denen Ungehorsame die Welt dadurch eigenmächtig verändern, dass sie geheime Informationen von gesellschaftlicher Relevanz der öffentlichen Deliberation zugänglich machen.

3.1. Epistemischer Ungehorsam

Die Etablierung von Informations- und Kommunikationstechnologien gilt als Ursache für einen gesellschaftlichen Wandel, in dessen Folge Informationen ein zentraler gesellschaftlicher Stellenwert zugeschrieben wird, weshalb in etwa seit den 1970er Jahren die derzeitige Ära mit Begriffen wie ›informationstechnische Revolution‹ (Seitz 1998) oder ›Wissens- und Informationsgesellschaft‹ (Bell 1973) beschrieben wird. Die Regulierung von Informationsflüssen spielt politisch wie auch ökonomisch eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Leben. Digitaler epistemischer Ungehorsam ist ein Symptom dieser Ordnung, insofern er der spezifische Ungehorsam der Informationsgesellschaft ist. Die digitale Informationsgesellschaft legt nicht nur eine andere Geschwindigkeit und Reichweite der Verbreitung von Information an den Tag, sondern ermöglicht neuen Instanzen, diskretes Wissen zu erlangen und in Umlauf zu bringen, wodurch eine neue Verteilung der Macht über Information zu beobachten ist (vgl. Bruns 2014). In Frage stehen mit dieser Machtverteilung auch etablierte Legitimationsprozeduren der Wissens- und Nachrichtenverbreitung wie jene des Journalismus (vgl. ebd: 166). Manuel Castells beschreibt einen gesellschaftlichen Wandel hin zu einem »informationellen Kapitalismus« (Castells 1996), in dem Wissen als eigenständiges Produkt geistiger Schöpfung angesehen wird, den Kern nahezu aller vermarktungsfähigen Produkte und Sektoren bildet und als Kapital geschützt, gehandelt und verteidigt wird. Dieser Wandel zu einer neuen Stufe des Kapitalismus vollzieht sich jedoch nicht ohne Reibung (vgl. Nuss 2006: 13); er geht einher mit gesellschaftlichen Konflikten über Informationen als Ressource, Faktoren der In- und Exklusion oder der politischen Macht. »[D]igital technology, in effect, has made information itself a new medium« (Ziccardi 2013: 38). Aufgrund der zentralen

Rolle von Information für die Machtverhältnisse der digitalen Gesellschaft überträgt sich diese Funktion als Medium auch auf den digitalen Ungehorsam. Die konfrontative Ebene des Ungehorsams findet neuen Ausdruck in subversiven Formen der Informationspolitik (vgl. Züger 2014b: 480). In unterschiedlicher Weise kreisen viele Formen digitalen Ungehorsams um die sprichwörtliche Weisheit *Wissen ist Macht* und zeigen sich als Kampf um die Geheimhaltung, Verbreitung oder Deutung von Information (vgl. Sauter 2013b: 75).

Information wird *ungehorsam* verwendet, verschlüsselt, semiotisch manipuliert, in verbotenem Kontext angeboten, in einem ungehorsamen Narrativ inszeniert oder unautorisiert analysiert oder weitergegeben. In vielen Fällen digitalen Ungehorsams geht es um die Macht, die aus dem Besitz von oder der Hoheit über Information entsteht. Die Redewendung *Information wants to be free*, die im Silicon Valley und unter Hackern gleichermaßen nahezu den Status eines religiösen Mantras erlangt hat (vgl. Jurgenson & Rey 2014), lässt sich teilweise explizit als Leitsatz dieser Formen des Ungehorsams wiederfinden. Anhand dieses Leitsatzes lassen sich Zeichen einer Bewegung erkennen, die mehr ist als eine Reihe von sporadischen Initiativen im Namen der Informationsfreiheit. Sie sei in der Lage »to gather together, beyond simple data, a multitude of citizens, from all walks of life and all parts of the political spectrum, who see web-based communication tools as a powerful force for change and innovation« (Ziccardi 2013: 50). Digitaler Ungehorsam im Namen der Informationsfreiheit ist sicherlich nur Teil dieser Bewegung, doch bringen gerade diese kontroversen Protestakte in paradigmatischer Weise die Widerstände und Widersprüche der heutigen Informationsgesellschaft zum Vorschein. Schon 1972 meinte Arendt in Bezug auf die Pentagon-Papiere und die Enthüllungen von Daniel Ellsberg, dass ohne die Umsetzung der »wesentlichste[n] politische[n] Freiheit: [des] Recht[s] auf nicht manipulierte Tatsacheninformation, [...] die ganze Meinungsfreiheit zu einem entsetzlichen Schwindel wird« (Arendt 2012a: 352).

Mit epistemischem Ungehorsam ist im Folgenden ein ungehorsamer Akt gemeint, der verändert, was über die Welt als Ort des Politischen und über einen politischen Vorgang im Spezifischen gewusst werden kann, indem er Informationen ungehorsamerweise zugänglich macht. Er legt damit eine Informationsasymmetrie zwischen Bürgern und Machthabern offen und eröffnet der Öffent-

lichkeit den Blick auf ein Demokratiedefizit, das eine moralisch illegitime, auf dem Nichtwissen von Bürgern basierende Machtausübung ermöglicht. »The disobedient fulfills his moral duty by exposing the informational asymmetry that protects the wrong-doers, and the democratic deficit within the institution. In doing so the disobedient moves beyond narrow constraints of legal duty, which binds her to the oath of secrecy, to fulfill their obligation to the citizens« (Kumar 2013: 28f.). Epistemischer Widerstand kann in Form der *Souveillance* oder *Countersurveillance*, also der Beobachtung von Machthabern durch Bürger, durchaus auch eine legale Form politischen Handelns von Bürgern darstellen. Ein solches digitales Beispiel der Beobachtung des Überwachungssektors ist das Projekt *Transparency Toolkit*, das mit freier Software und öffentlich verfügbaren Daten Analysen des Überwachungsapparats ermöglicht. Eines der Projekte namens ICWATCH trägt die Profile und Resümees von Geheimdienstmitarbeitern, die diese über den digitalen Arbeitsmarkt öffentlich zugänglich machen, zusammen und verschafft damit einen Einblick in die Persönlichkeiten wie auch die gängigen Methoden dieses Gewerbes.

Als *epistemischen Ungehorsam* verstehe ich hier nur solche Taktiken, die im Konflikt mit geltendem Recht stehen, weshalb solche subversiven, jedoch legalen Formen des epistemischen Widerstands aus meiner Betrachtung ausgeklammert werden. Die außerordentlich starken Auswirkungen dieses digitalen epistemischen Ungehorsams auf die Öffentlichkeit basieren auf den veränderten Möglichkeiten in der digitalen Welt, Informationen zu erhalten, zu versenden oder auszutauschen. Epistemischer Ungehorsam drückt wiederkehrend ein prinzipielles Anliegen aus: Gefordert wird eine gesellschaftliche Neuverhandlung darüber, wem legitimerweise Kontrolle und Macht über Informationen zukommt und in welcher Weise diese Macht legitim geltend gemacht werden kann. Enthüllungen wie jene von Edward Snowden stehen paradigmatisch für eine Entwicklung des zivilen Ungehorsams als Ausdruck demokratischer Anliegen im Zeitalter der Informationsgesellschaft.

In den beiden ersten konkreten Fällen, die ich vorstellen möchte, jenen von Jeremy Hammond und Barret Brown, führten Akte epistemischen digitalen Ungehorsams zu gravierenden Rechtskonflikten und Bestrafungen.

3.1.1. Jeremy Hammond

Die Fälle von Jeremy Hammond (**Nr. 17**) und Barrett Brown (**Nr. 18**), die sich Ende des Jahres 2011 ereigneten, sind eng mit der Entwicklung von Anonymous verwoben, jedoch zugleich bemerkenswerte Einzelfälle, die eine eigene Darstellung verdienen. Hammond und Brown sowie Beobachter der juristischen Prozesse, in die beide verwickelt wurden, beschreiben ihre individuellen Akte als Heldentaten (vgl. Richter 2015) und zivilen Ungehorsam (vgl. Luman 2007; vgl. Ludwig 2015).

Der 1985 geborene Jeremy Hammond gehörte zu einer Splittergruppe von Anonymous namens *Lulzsec*³⁵ und später *Antisec* und wurde 2013 aufgrund eines Hacks gegen den US-amerikanischen Informationsdienstleister *Stratfor* (Strategic Forecasting Inc.) zu zehn Jahren Haft verurteilt. Hammonds Hack erlaubte ihm den Zugriff auf fünf Millionen E-Mails und 60.000 Kreditkartendaten von den Servern der Firma Stratfor. Die Seite der Firma wurde defaced und die erbeuteten E-Mails wurden an WikiLeaks zur Veröffentlichung übergeben (Meister 2013). Ermutigt wurde Hammond zu dieser Aktion durch Sabu (Hector Xavier Monsegur), einen weiteren Mitstreiter von Anonymous, der als Informant für das FBI tätig war und Hammond später an das ermittelnde FBI verriet (vgl. Cameron 2014; vgl. Richter 2015: 77). Hammond berichtet in einem Interview:

³⁵ Lulzsec hatte insgesamt das selbsterklärte Ziel, die Welt über gravierende IT-Sicherheitslücken von Regierung und Unternehmen aufzuklären. Ebenso ging es den Aktivisten darum, aus ihrer Sicht unehrliche oder problematische Praktiken der IT-Sicherheitsindustrie öffentlich zu machen, was sie beispielsweise durch Hacking-Angriffe auf die Sicherheitsfirmen *HBGary Federal* und *Booz Allen Hamilton* verwirklichten (vgl. Mansfield-Devine 2011b: 6). Sämtliche Aktionen von Lulzsec zu rekonstruieren, ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich und zielführend, weshalb ich mich auf die wohldokumentierten und beispielhaften Fälle von Hammond und Brown beschränke; die Rekonstruktion weiterer Fälle aus politischer Sicht wäre jedoch ein interessanter Ansatzpunkt für nachfolgende Forschungsprojekte.

Häufig basieren Aktionen von Lulzsec auf dem unautorisierten Eindringen in gesicherte Computersysteme und der Veröffentlichung dort gesicherter Daten. Sie umfassten »high-profile stunts includ[ing] the downloading of large numbers of documents from defence and FBI contractor ManTech, the leaking of emails from the Department of Homeland Security, 90,000 email addresses – many of them military – from defence firm Booz Allen Hamilton, and the defacement of 77 law enforcement websites and the leaking of the personal details (including social security numbers and home addresses) of 7,000 law enforcement officers« (ebd.: 6). Bei den Datenveröffentlichungen durch Lulzsec wurde offensichtlich kein Unterschied gemacht zwischen politisch relevanten Daten und solchen, die die Privatsphäre von involvierten Personen betrafen. Teilweise wurden gezielt private Informationen von Entscheidungsträgern exportiert.

HB Gary hatte zuvor verlauten lassen, dass Anonymous-Mitglieder durch sie identifiziert worden seien und die entsprechenden Informationen dem FBI in Kürze übergeben würden (vgl. Richter 2015: 126).

»Dieser Hack zielte auf interne E-Mails ab, die Stratfors weltweites Informantennetz sowie die im Auftrag multinationaler Unternehmen durchgeführten Überwachungsmaßnahmen der Firma enthüllten. Unter anderem hat Stratfor für Dow Chemical das Hilfsprojekt *Bhopal Medial Appeal* und die *Yes Men* ausespioniert und sich mit der Polizeibehörde von Austin, Texas, zusammengetan, um die örtliche *Occupy Wall Street*-Gemeinschaft zu überwachen. [...] Die Aktion hat entlarvt, dass eine Sicherheitsfirma [...] in dunkle, fragwürdige Machenschaften verstrickt war, für die keinerlei öffentliche Rechenschaft abgelegt wurde« (ebd.: 80f.). Diese Aussage legt nahe, dass es Hammond darum ging, unter Verschluss gehaltene Informationen über die illegalen und unmoralischen Tätigkeiten des Unternehmens Stratfor der öffentlichen Kenntnis und Debatte auszusetzen – also um epistemischen Ungehorsam. Darüber hinaus wird jedoch auch eine destruktive Absicht in seiner Beschreibung deutlich. »Anstatt Stratfor einfach nur zu entlarven, beschloss ich, zusätzlich all ihre Server und Back-ups zu zerstören und die internen Informationen so zu missbrauchen, dass die Firma monatelang nicht agieren konnte und das Vertrauen ihrer Informanten und Kunden verlor« (ebd.: 80f.). Mit erbeuteten Kreditkartendaten der Stratfor-Kunden spendete Lulzsec nach Angaben von Hammond an Menschenrechtsorganisationen auf der ganzen Welt, angeblich in Höhe von 700.000 \$ (vgl. Cameron 2014).

Hammond, der sich selbst als »electronic Robin Hood« (Luman 2007) bezeichnet und sich als Revolutionär und Anarchist versteht, beschreibt seine Überzeugung, dass es nicht ausreiche, Geheim- und Nachrichtendienste zu entlarven, sondern dass man sie »eigenhändig niederreißen« (Richter 2015: 83) müsse. Hammonds Fall ist sicherlich ein extremes Beispiel digitalen Ungehorsams. Wie ich später noch ausführlich argumentieren werde, bemisst sich die Anerkennung digitaler Taktiken als ziviler Ungehorsam jedoch keineswegs an ihrer Harmlosigkeit. Die Frage, die darüber hinaus gestellt werden muss und auf die ich im Kapitel 6.1 zurückkommen werde, ist jene, ob Hammonds Tat in ihrer spezifischen Durchführung zu rechtfertigen ist.

3.1.2. Barret Brown

Barrett Brown wurde ebenfalls mit dem Stratfor-Hack in Verbindung gebracht, war aber selbst nur als Journalist involviert. Er schrieb als freier Journalist für

die *Huffington Post* und den *Guardian* und recherchierte bereits länger über Verflechtungen zwischen staatlichen Institutionen und privaten Sicherheitsfirmen. Auf der Online-Rechercheplattform Project PM, die Brown zur kollaborativen Datenanalyse mit anderen Journalisten ins Leben gerufen hatte, postete er den Link zu den beim Stratfor-Hack entwendeten Daten. Daraufhin wurde Brown zunächst in 17 Anklagepunkten zumeist auf Grundlage des US amerikanischen Computer Fraud and Abuse Act angeklagt (vgl. Coleman 2015a). Ihm drohten 105 Jahre Haft (vgl. Richter 2015: 117). Brown resümiert in einem Interview: »Selbst die sonst eher leichtgläubigen Mainstream-Medien begannen langsam nachzufragen, was wohl die wahren Beweggründe für meine Anklage seien, so sehr häuften sich die Absurditäten. Als Unterstützer Geld für meine Verteidigung sammelten, versuchte die Regierung, diese Mittel zu beschlagnahmen. Als ich mich an die Presse wandte, um Sachfehler seitens der Regierung publik zu machen, wurde ich, was meinen Fall betrifft, mit einem Redeverbot belegt. Wie das Gerichtsprotokoll dieser Sitzung belegt, hat die Anklage doch tatsächlich den Richter gebeten, mir jede Kritik an der Regierung zu untersagen – ich schrieb damals aus dem Gefängnis Artikel für den *Guardian* und andere Publikationen« (ebd.: 129).

Letztlich hatten nur drei der 17 Anklagepunkte Bestand. Browns Strafe von insgesamt 63 Monaten Haft und 890.000 US-Dollar Entschädigung an Stratfor beruht auf der Anklage wegen Bedrohung eines FBI-Beamten per Video, Behindern einer Hausdurchsuchung (Brown versteckte mit seiner Mutter einen Laptop) und Beihilfe zum Stratfor-Hack, da Brown beispielsweise die Identität von Hammond gegenüber den Vermittlern verschleierte (vgl. Kühl 2015a). Außerdem wirkte es sich strafschärfend aus, dass Brown Stratfor nach dem Hack per Telefon angeboten hatte, »gemeinsam mit den Hackern alle Inhalte zu schwärzen, die ihre in Diktaturen lebenden Geschäftspartner gefährden könnten« (Richter 2015: 130). Brown bekundete während seines Prozesses, dass er einige seiner Entscheidungen bereue. Seine politischen Motive lassen sich aus vielen seiner Artikel und Statements herauslesen, so schreibt er beispielsweise: »Die Institutionen dieser Republik sind kaputt und niemand wird sie von innen heraus reparieren. Mit der Zeit, wenn immer mehr der potentiellen Opfer dieses Staates hier im eigenen Land und im Ausland diesen Umstand begriffen haben, werden sich Lösungen abzeichnen« (ebd.: 130). Obwohl sich in Browns Fall

seine Überzeugung herauskristallisiert, dass diese Lösungen nicht ohne das aktive Zutun und politische Eingreifen von Bürgern zu erreichen sein werden, ist die Einordnung seines Handelns als ziviler Ungehorsam nicht ganz offensichtlich. Sein initialer Akt, den Link zu den erbeuteten Daten des Stratfor-Hacks zu teilen, stellt im Ergebnis der juristischen Prüfung und öffentlichen Debatte keine Straftat dar, sondern muss ähnlich wie im Fall der Landesverratsanschuldigungen gegen Netzpolitik.org³⁶ (siehe hierzu Siegler 2016) von den jeweiligen Regierungen als ein Teil legitimer journalistischer Arbeit unter dem Schutz der Pressefreiheit akzeptiert werden. Die faktischen Konsequenzen, die sowohl Brown als auch Netzpolitik.org erfuhr, rücken diese Handlungen jedoch in ein anderes Licht. Erstens fällt die Frage, welche Formen der Veröffentlichung geheimer Informationen sich als ziviler Ungehorsam deuten lassen, mit der Frage zusammen, welche Art von journalistischer Arbeit durch die Pressefreiheit geschützt wird. Nur aufgrund der Tatsache, dass sowohl Brown als auch die Autoren von Netzpolitik.org als Journalisten anerkannt werden, stehen ihre Veröffentlichungen unter dem Schutz des Gesetzes. Weiter lässt sich argumentieren, dass dadurch, dass Staaten selbst durch Anklageerhebung wie im Fall Brown oder Drohungen wie im Fall von Netzpolitik.org diesen Schutz der journalistischen Arbeit in Frage stellen, ein wesentlich unklareres Szenario entsteht. In diesem haben beide Akteure, sowohl Brown als auch Netzpolitik.org, keinen bewussten und absichtlichen Akt zivilen Ungehorsams begangen, da vermutlich beide davon ausgingen, dass ihre investigative Arbeit geschützt sei. Die nachfolgenden Sanktionen der Regierungen rücken die beiden Fälle jedoch durchaus *rückblickend* in die Nähe des zivilen Ungehorsams. Sie veranschaulichen, dass ziviler Ungehorsam eben nie eine feststehende Kategorie ist, sondern nur unter Berücksichtigung des politischen Kontextes und seiner Entwicklung sinnvoll von einem solchen gesprochen werden kann. In jedem Fall veranschaulicht die Landesverratsaffäre um Netzpolitik.org, wie Jeannette Hofmann schreibt, »an increasingly contested relationship between free-

³⁶ Im Februar und April 2015 veröffentlichte Netzpolitik.org jeweils geheime Dokumente, die Pläne des Verfassungsschutzes zum Ausbau seiner Spionagekapazitäten belegen. Gegen die beiden Betreiber der Plattform, Markus Beckedahl und Andre Meister, wurde darauf eine Anzeige wegen Landesverrats gestellt, die eine mehrjährige bis lebenslange Haft zur Folge haben kann (vgl. Siegler 2016).

dom of expression, democracy and national security that affects not only this country but all digital societies« (Hofmann 2015).

Weil die Interpretation als ziviler Ungehorsam selbst auch als Kennzeichnung eines kriminellen oder kriminalisierten Aktes zu lesen ist und diese Lesart möglicherweise dieses prekäre Verhältnis, das Hofmann beschreibt, verstärkt, neige ich in Bezug auf Netzpolitik.org zu der Interpretation, die Veröffentlichung der geheimen Budgetaufstellungen des Bundesnachrichtendienstes nicht als Akt zivilen Ungehorsams zu beschreiben (auch wenn diese Deutung für eine gewisse Zeit in Gefahr war). Zugegebenermaßen strategisch und optimistisch will ich hier die journalistische Veröffentlichung geheimer Daten mit politischem Wert wie im Fall von Netzpolitik.org als im deutschen Rechtssystem völlig legalen und legitimen Ausdruck der Pressefreiheit verteidigen. Angesichts der nachträglichen Zurücknahme der Anschuldigungen und der Einstellung des Ermittlungsverfahrens lässt sich zumindest hoffen, dass investigativer Journalismus auch weiterhin von der deutschen Regierung als Form legitimer demokratischer Kontrolle gewürdigt wird und vergleichbare Sanktionsmaßnahmen keine Wiederholung oder gar Verbreitung erleben.

Browns Fall lässt weniger Optimismus zu. Auch wenn die tatsächlichen Anklagepunkte wenig mit der ursprünglichen Tat der Veröffentlichung zu tun haben, erscheinen sie im Gesamtkontext als Sanktion von Browns Anliegen, geheime Aktivitäten, die dem Wohl einer Gemeinschaft entgegenstehen, der öffentlichen Debatte zugänglich zu machen. Damit lässt sich für die Veröffentlichung zumindest rückblickend eine Bewertung als ziviler Ungehorsam vertreten – was jedoch völlig losgelöst von seinen weiteren Handlungen (wie der Bedrohung eines Polizeibeamten) zu sehen ist. Wie beide Affären deutlich machen, lässt sich in Bezug auf den politischen Umgang mit geheimen Informationen eine Entwicklung dahingehend erkennen, dass sich die gezielte Verbreitung oder Übermittlung geheimer Informationen zwar als mächtige politische und wissenschaftlich zunehmend anerkannte Praxis etabliert, dass diese Verlagerung epistemischer Macht zugunsten von Bürgern jedoch zugleich massive Reaktionen der betreffenden Staaten nach sich zieht. Die Rede ist in diesem Kontext vom »Leaking« (Bruns 2014), »truth telling« (Mansbach 2009) oder, wie diese Form des epistemischen Ungehorsams am häufigsten genannt wird, vom *Whistleblowing*.

Obwohl Whistleblower im Vergleich zu Hammond zumeist bereits in einer Position sind, die ihnen eine privilegierte Einsicht in geheime Informationen erlaubt, können Technologien heute für die Praxis des Whistleblowings in anderer Weise eine entscheidende Rolle spielen. Besonders in Form von Verschlüsselungswerkzeugen haben digitale Technologien entscheidend zur Entwicklung des Whistleblowings als zunehmend relevanter politischer Praxis beigetragen, weshalb Whistleblowing heute als »the new civil disobedience« (boyd 2013) beschrieben wird.

3.1.3. Digitales Whistleblowing

Der metaphorische Begriff *Whistleblowing* ist weit entfernt von einer etablierten Definition. Stattdessen bezeichnet er als praktisches Konzept eine wachsende Ansammlung von Handlungen in diesem Feld, deren genaue Zuordnung sich noch im Prozess der Aushandlung befindet (vgl. Davis 2009).

Als Whistleblowing gilt in den USA beispielsweise die Aufdeckung von Steuerhinterziehung – eine Handlung, die nach dortiger Rechtslage durch eine finanzielle Gewinnbeteiligung des Whistleblowers befördert wird. Insbesondere innerhalb der wirtschaftswissenschaftlichen Debatte wird zwischen *internem* und *externem* Whistleblowing unterschieden, wobei ersteres die Weitergabe von vertraulichen Informationen an eine höhere Stelle innerhalb des Unternehmens beschreibt, wohingegen mit externem Whistleblowing die Weitergabe an externe Stellen, etwa die Öffentlichkeit in Form von Medienunternehmen gemeint ist.

In einer von vielen allgemeinen Definition wird Whistleblowing beschrieben als »the exposure by people within or from outside an organisation, of significant information on corruption and wrongdoing, that is in the public interest and would not otherwise be publicly available« (Bowden 2005: 2). Eine detailliertere und stärker politisch ausgerichtete Definition von Manohar Kumar beschreibt Whistleblowing anhand von sechs Merkmalen: »i) it is a deliberate act, ii) often done by an insider having access to information and an expertise in assessing the information; iii) the information is directly related to threats to citizens' rights, their obligations or harm the public interest; iv) it is assumed by the whistleblower that withdrawing such an information from the public is a grave wrong done to the citizens; v) the information is such that the public ought to

know, and vi) it is in form of appeal to the higher authorities, through publicity, with an intention to generate public pressure to correct the wrongs done« (Kumar 2013: 129f.).

In bestimmten Fällen der unbefugten Weitergabe von Informationen handelt es sich um Inhalte, die nicht nur *nicht zur Veröffentlichung* gedacht sind, sondern explizit unter Geheimhaltung stehen, womit ihre Verbreitung einen Loyalitätsbruch erfordert. Gleichzeitig geht es um Informationen von politischer oder gesellschaftlicher Relevanz, die auf ein Fehlverhalten oder eine Fehlentwicklung hindeuten, denen der Geheimnisträger mit der Weitergabe der Informationen abhelfen möchte. In diesen Fällen einer politischen Qualität der Information *und* einer politischen Qualität der Intention des Geheimnisverrätters möchte ich von Whistleblowing sprechen.

Rahul Sagar bezeichnet Whistleblowing in systemischer Hinsicht als Umgehungslösung, als »mechanism that democracies evidently depend on to combat the abuse of state secrecy« (Sagar 2007: 405), wobei nicht den demokratisch institutionalisierten Aufsichtsorganen, sondern Bürgern die Tätigkeit der Kontrolle zufällt.

Zahlreiche Nationen können mittlerweile Gesetze zum Schutz von Whistleblowern vorweisen (siehe hierzu Wolfe et al. 2014), deren Wirksamkeit anscheinend jedoch stark von der Güte der tatsächlichen Implementierung und dem politischen Willen zu ihrer Durchsetzung abhängt. In den USA sei dieser gesetzliche Schutz im Zeitraum von 1994 bis 2011 in nur 3 von 210 verhandelten Fällen von Whistleblowing tatsächlich wirksam geworden (vgl. Andrejevic 2014: 2625).

Ungeachtet dieser nachträglichen zumindest potentiellen Schutzmaßnahmen in spezifischen Fällen erfordert Whistleblowing zunächst einen Akt des Ungehorsams durch das Veröffentlichen von geheimen Informationen – und aktuelle Beispiele wie der Fall Edward Snowden zeigen, dass Whistleblowing mit hohen persönlichen Risiken und Opfern einhergeht.

Whistleblowing, verstanden als politische Protestpraxis, existierte bereits lange vor der Entstehung des Internets. Obwohl der Begriff Whistleblowing erst in etwa 65 Jahre alt ist, ist die politische Praxis der Veröffentlichung unmoralischer oder schädlicher Vorgänge wesentlich älter (vgl. Jubb 1999: 77). Whistleblowing wird jedoch nicht zufällig in der Ära der Digitalisierung virulent. Die

Digitalisierung von nahezu unbegrenzten Datenmengen, von Kommunikations- wie Metadaten, und die erweiterten Möglichkeiten der Datenspeicherung schaffen für die Informationspolitik des 21. Jahrhunderts veränderte Voraussetzungen, an denen Technologien einen grundlegenden Anteil haben. Digitale Informationstechnologien vertiefen den gesellschaftlichen Zusammenhang von Wissen und Macht durch einen Zuwachs an Geschwindigkeit, Instantaneität und Reichweite der Informationsverbreitung (Bruns 2014: 166). Die Möglichkeit, diskretes Wissen über das Internet zu verbreiten, steht darüber hinaus neuen Instanzen offen, womit sich eine veränderte Struktur der Informationsökonomie entwickelt und das Gerücht, also die nicht bestätigte Information, zum »modus operandi dieser neuen zwischen Legitimität und Illegitimität situierten Wissens- und Informationspolitiken der Medien« (ebd.) wird.

»The dynamics of digitalization have continuously extended the opportunities for the creation, reproduction, and distribution of documents in a variety of formats – not only text but also pictures and videos can now easily be captured and edited in sophisticated ways, often equivalent to the products of media professionals« (Bieber 2013: 324). Digitale Informationsverarbeitung bringt Möglichkeiten der Vervielfältigung, Verbreitung und Analyse von Daten mit sich, die Informationen zu einem *fließenden Gut* werden lassen, dessen Kontrolle, Eindämmung und Erfassung zu einer entscheidenden Herausforderung geworden ist. Christoph Bieber prognostiziert, dass diese *Explosion* der digitalen Datenmassen eine Informationsökonomie zur Folge haben wird, die grundlegend auf Leaks, also dem Durchsickern von geheimen Daten aufbaut.

Parallel zu der technischen Entwicklung der Digitalisierung wurde im Laufe der 1990er Jahre Transparenz als politischer Wert zu einem Mantra der Gegenwart. So ist die Rede von einer Transparenz-Bewegung (vgl. ebd.: 330) und sogar einem ›Zeitalter der Transparenz‹ (vgl. Sifry 2011), die zwar nicht allein durch digitale Technologien eingeleitet worden seien, jedoch nur mit ihnen im heute existierenden Ausmaß möglich seien. Mitte der 1990er Jahre erreichte der Begriff der Transparenz seinen Höhepunkt als Schlagwort der westlichen Informationspolitik – und zwar gerade deshalb, weil der Transparenzbegriff ein ambivalenter und vielschichtiger ist (vgl. Ziccardi 2013: 7). »The desire for transparency and freedom is an effect of repression not of the Internet, yet the Internet remains the unique factor in this epoch« (York et al. 2013: 233).

Für die verschiedenen Modelle und Dienste, die es Whistleblowern ermöglichen sollen, anonym Informationen an Medieninstitutionen zu übermitteln, sind Privacy Enhancing Technologies (PETs) eine entscheidende technische Errungenschaft.

Whistleblowing-Plattformen, die in unterschiedlicher Weise und in unterschiedlichen Graden der Verknüpfung mit journalistischen Institutionen verbunden sind, nutzen diese Technologien zunehmend. Hinsichtlich der Datensicherung und Übermittlung sind PETs prägender und essentieller Bestandteil der Praxis des Whistleblowings wie auch des investigativen Journalismus insgesamt geworden, indem sie die Anonymität des Handelnden begünstigen (vgl. Bodó 2014: 1).

Eine erste Plattform für Whistleblower, die bereits seit 1994 besteht, ist cryptome.org. Betreiber der Webseite sind die Architekten John Young und Deborah Natsios. Cryptome.org ist ein bis heute aktives Archiv von bis dato 101.500 Dokumenten, die auf Webservern in den USA beherbergt sind. Veröffentlicht werden allein Dokumente als PDF- oder HTM-Datei, ohne Berichterstattung und Kontextualisierung, mit jeweils nicht mehr als dem Titel und Datum der Veröffentlichung. Young und Natsios bekunden:

»Cryptome welcomes documents for publication that are prohibited by governments worldwide, in particular material on freedom of expression, privacy, cryptology, dual-use technologies, national security, intelligence, and secret governance – open, secret and classified documents – but not limited to those. Documents are removed from this site only by order served directly by a US court having jurisdiction. No court order has ever been served; any order served will be published here – or elsewhere if gagged by order. Bluffs will be published if comical but otherwise ignored« (Cryptome.org).

Zur Anonymisierung des Absenders von Dokumenten bietet Cryptome keinen digitalen Briefkasten, also kein vorgefertigtes Formular oder Ähnliches an, sondern einen öffentlichen PGP-Schlüssel, der Whistleblowern dazu dient, eine E-Mail über Ende-zu-Ende-Verschlüsselung zu kodieren. Mit dem Hinweis auf die mögliche Löschung von Informationen, sofern ein Gerichtsbeschluss diesbezüglich erlassen werde, distanzieren sich die Betreiber der Webseite von der

Absicht, willentlich und wissentlich einen Rechtsbruch zu begehen, und damit auch vom zivilen Ungehorsam. Zugleich besteht ein großer Unterschied zu anderen Portalen darin, dass Cryptome lediglich Dokumente veröffentlicht. Durch die Betreiber werden diese weder analysiert noch werden ihre Implikationen und Aussagen verdichtet oder wird ihre Authentizität geprüft. Als reines Archiv geleakten Materials erregt Cryptome daher wesentlich weniger Aufsehen als Plattformen wie WikiLeaks, die deutlicher bestrebt sind, die öffentliche Funktion einer Medienorganisation zu erfüllen.

Young gehörte, wie Assange, zur Cypherpunk-Bewegung, die wir bereits vom Fall des International Arms Trafficker kennen und auf die ich in Kapitel 3.2.2 erneut zurückkommen werde. Er war an der Entstehung von WikiLeaks beteiligt, distanzierte sich jedoch später von jener Initiative, die nachhaltig zur Etablierung von Whistleblowing als Form digitalen Ungehorsams beigetragen hat.

3.1.4. WikiLeaks

WikiLeaks wurde 2006 von Julian Assange gegründet und etablierte sich bis heute als bekannteste Whistleblowing-Plattform (vgl. Christensen 2014: 2553), an deren Entwicklung Implikationen, Probleme, Chancen und Risiken des digital unterstützten Whistleblowings paradigmatisch sichtbar werden.

WikiLeaks ist ein größtenteils spendenfinanzierter digitaler Dienst, »[which] specializes in the analysis and publication of large datasets of censored or otherwise restricted official materials involving war, spying and corruption. It has so far published more than 10 million documents and associated analyses« (WikiLeaks.org 2015).

Die bereitgestellten Daten erhält WikiLeaks auf technischem oder anderem Wege von anonymen Whistleblowern. Das erklärte Ziel von WikiLeaks, das auf der eigenen Webseite als »multi national media organization« beschrieben wird, ist »to bring important news and information to the public« (WikiLeaks.org 2011). WikiLeaks erhebt also den Anspruch, als Institution des investigativen Journalismus verstanden zu werden (vgl. Bieber 2013: 323). Aus Sicht der Wissenschaft wird jedoch argumentiert, WikiLeaks sei trotz dieses Selbstverständnisses eine unterbestimmte Organisation: Es handelt sich weder um eine privatwirtschaftliche Firma noch um eine NGO (Nichtregierungsorganisation), weder um eine soziale Bewegung noch um ein politisches Kollektiv (vgl. ebd.:

323; vgl. Lovink & Riemens 2013: 251). WikiLeaks ist der Überzeugung »[that] [p]ublishing improves transparency, and this transparency creates a better society for all people. Better scrutiny leads to reduced corruption and stronger democracies in all society's institutions, including government, corporations and other organisations« (WikiLeaks.org 2011). Dabei bezieht sich WikiLeaks auf Artikel 19 der *Universal Declaration of Human Rights* und beansprucht für sich, »high-end security technologies with journalism and ethical principles« zu kombinieren (ebd.). Von der anfänglichen Absicht, dem kollaborativen und offenen Arbeitsmodell der Wikipedia zu folgen, hat WikiLeaks mit den Jahren immer mehr Abstand genommen (vgl. Snickars 2014: 2666f.).

Die Entwicklung der Arbeitsweise von WikiLeaks hat sich seit der Gründung über mehrere Phasen verändert. Christian Christensen beschreibt drei Phasen: (1) Von 2006 bis 2009 sei WikiLeaks vornehmlich eine unabhängige Alternative zu Mainstream-Medien gewesen, (2) von 2009 bis 2011 habe es eine Phase der Anpassung an die Konventionen der Mainstream-Medien durch Kooperation gegeben, (3) während die Jahre von 2012 bis heute von einer anhaltenden Abgrenzung und Attackierung der Massenmedien geprägt seien (vgl. Christensen 2014: 2553). Besonders in der zweiten Arbeitsphase konnte WikiLeaks über eine vorsichtig orchestrierte Kollaboration mit einigen etablierten Medieninstitutionen wie *Le Monde* (Frankreich), *The Guardian* (UK), *The New York Times* (USA) und *Der Spiegel* (Deutschland) einen bleibenden Einfluss etablieren (vgl. Wahl-Jorgensen 2014: 2588). Begleitet werden die Veröffentlichungen unabhängig von diesen Kooperationen durch Nachrichten von WikiLeaks über soziale Medien wie Twitter (Lindgren & Lunström 2011).

Die frühe Phase der WikiLeaks-Veröffentlichungen brachte – trotz einer geringeren medialen Aufmerksamkeit im Vergleich zu den späteren Phasen – beeindruckende Informationen ans Licht, wie die Geldwäsche der Schweizer Bank *Julius Bär*, den Korruptionsverdacht innerhalb der Weltgesundheitsorganisation oder massive Umweltverschmutzungen an der Elfenbeinküste.

Für die Fallsammlung dieser Arbeit ist nicht WikiLeaks selbst als Plattform Akteur des Ungehorsams, da nicht die Veröffentlichung von sensiblen oder geheimen Daten, sondern ihre Weitergabe einen Rechtskonflikt darstellt (vgl. Kaye 2015). Dennoch ist Julian Assange als Betreiber von WikiLeaks von der amerikanischen Justiz u.a. der Verschwörung angeklagt worden, und das ob-

wohl beispielsweise der Bericht des UN-Berichterstatters Kaye feststellt: »[U]nder no circumstance, journalists, members of the media or members of civil society who merely disseminate public information classified as reserved, because they consider it to be of public interest, may be subjected to subsequent punishments for the mere fact of publication« (ebd.: 16). Nach Auffassung von Kaye erzeugt diese Anklage »serious and substantial concerns for the fundamental rights of freedom of expression and association« (ebd.). Damit sind die Arbeit von WikiLeaks als Organisation und die Handlungen von Julian Assange als Person einerseits durchaus im Feld des digitalen Ungehorsams zu verorten weil sie epistemischen Ungehorsam offenkundig forcieren und WikiLeaks als schützende Infrastruktur und aktive Organisation diesen erst möglich macht. Andererseits sind die Strukturen und Arbeitsweisen von WikiLeaks so vielschichtig und komplex, dass sie sich einer klaren vollumfänglichen Einschätzung entziehen. Dennoch stellt dieser Abschnitt im Folgenden zumindest dar, wie die Arbeit von WikiLeaks bislang beschrieben und in der wissenschaftlichen Debatte bewertet wurde. Assanges Handlungen als Individuum zeugen von so uneindeutigen Verstrickungen, dass die rechtlichen Vorwürfe gegen ihn schwer differenzierbar sind. Letztlich ist kaum zu identifizieren, worin genau ein Akt zivilen Ungehorsams von Assanges bestehen könnte, da die Gründe für Sanktionen gegen ihn uneindeutig bleiben und wie erwähnt die journalistische Veröffentlichung von geheimen Informationen zumindest für die amerikanische Justiz keine Straftat darstellt. Auch Assanges Verbleib in der equadorianischen Botschaft, wo ihm seit Juni 2012 Asyl gewährt wird, ist nicht eindeutig als Konsequenz staatlicher Politik und drohender rechtlicher Sanktionen zu identifizieren.

Eine Beurteilung der Whistleblower wie Chelsea Manning, die WikiLeaks geheime Informationen zuspielte, ist hingegen eindeutiger möglich.

Der Durchbruch, der WikiLeaks zu einem international bekannten und auch wissenschaftlich diskutierten Phänomen machte, kam mit dem sogenannten *Collateral Murder* Video, das am 5. April 2010 veröffentlicht wurde. Das Video zeigt die Tötung von mehr als 12 Zivilisten durch amerikanische Streitkräfte in Bagdad im Juli 2007, wobei unter den Getöteten auch Journalisten der Nachrichtenagentur Reuters waren.

Stellvertretend für vergleichbare Akte anonymen Whistleblowings, bei denen die Ungehorsamen selbst der Öffentlichkeit verborgen bleiben, betrachte ich den Fall von Chelsea Manning, einer damals im Irakkrieg eingesetzten amerikanischen Soldatin, die WikiLeaks das Video und tausende Dokumente übermittelte, als Akt epistemischen Ungehorsams, der durch und mit digitalen Technologien umgesetzt wurde (**Nr. 20**). Die Materialien, die Manning bereitstellte, werden zum Teil unter dem Titel *War Logs* archiviert und öffentlich gemacht und beinhalten Ereignisberichte, Informationen über Gefangene in Guantanamo sowie zahlreiche Schriftwechsel des US-amerikanischen Außenministeriums. WikiLeaks argumentiert, dass die Dokumente wesentlich mehr zivile Opfer belegen, die durch US-amerikanische Streitkräfte zu Tode kamen, als von den US-Behörden publik gemacht wurde (vgl. Barnes 2013). Manning war seit 2009 als Analystin im Irak stationiert und wurde dort im Mai 2010 festgenommen, da ihre Identität und ihre Informationsweitergabe an WikiLeaks durch den Hacker Adrian Lamo an die Spionageabwehr des amerikanischen Militärs preisgegeben wurde. Im August 2013 wurde Manning zu 35 Jahren Haft verurteilt.

Ein Punkt, für den WikiLeaks mehrfach in Kritik geraten ist, ist die eigene journalistische Arbeitsweise unter Julian Assange, die in weiten Teilen von Konventionen bisheriger journalistischer Praxis abweicht. »[T]o a journalist and publisher, questions persist as to the lines he draws between source, reporter and publisher. This is a line increasingly blurred by the Internet-led methodology deployed by WikiLeaks« (Hart & Castillo 2011: 1). Ein besonders umstrittener Punkt an der Arbeitsweise von WikiLeaks ist die teilweise fehlende Editierung der Daten, die auch bei der Veröffentlichung der Iraq War Logs kritisiert wurde (vgl. Barnes 2013). Die redaktionelle Bearbeitung von Dokumenten zum Schutz Dritter verfolgt WikiLeaks zumindest inkonsistent, so dass viele Dokumente ungefiltert und unzensuriert der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, was

Kritikern zufolge eine Gefahr darstellt.³⁷ Einerseits geraten so private Belange (beispielsweise von Sony-Mitarbeitern im Zuge der Veröffentlichung von *The Sony Archives*) in die Öffentlichkeit. Bislang konnte WikiLeaks argumentieren, dass keine Gefährdung der nationalen Sicherheit der USA durch WikiLeaks-Veröffentlichungen belegt werden konnte. »[T]he State Department has steadfastly refused to describe any situation in which they've felt a source's life was in danger. They say a handful of people had to be relocated away from danger but won't provide any details on those few cases« (Klapper 2011). Zeynep Tufekci beschuldigte WikiLeaks im Juli 2016 jedoch, türkische Frauen durch die *Erdogan-E-Mails*, die die Plattform unzensiert veröffentlicht hatte, ohne Grund in Gefahr gebracht zu haben (Tufekci 2016). Nach Tufekcis Ansicht stammen die veröffentlichten E-Mails tatsächlich nicht aus inneren Regierungskreisen, sondern bilden ausschließlich private Kommunikation ab. Sie bezeichnet die Veröffentlichung daher als »irresponsible, of no public interest and of potential danger to millions of ordinary, innocent people, especially millions of women in Turkey« (ebd.).

Einerseits scheint WikiLeaks sich mit der Forderung nach Implementierung eines Editierungsprozesses auseinandergesetzt zu haben. So beschreibt WikiLeaks beispielsweise einen Prozess der Schadensminimierung auf der eigenen Website: »As the media organisation has grown and developed, WikiLeaks has been developing and improving a harm minimisation procedure. We do not censor our news, but from time to time we may remove or significantly delay the publication of some identifying details from original documents to protect life and limb of innocent people« (WikiLeaks.org 2011).

Andererseits machen Äußerungen von WikiLeaks-Mitarbeitern deutlich, dass das unzensierte Veröffentlichen von Daten allgemein als Teil des programmatischen Transparenzideals von WikiLeaks intendiert ist (vgl. Heise Online 2014).

³⁷ Beispielsweise im Fall der Veröffentlichungen von diplomatischen Depeschen im November 2010 unter dem Namen *Cablegate* wurden die Daten nach Aussage von WikiLeaks unbeabsichtigt komplett veröffentlicht. Grund des Missgeschicks sei eine versehentliche Preisgabe des Verschlüsselungscodes in einer Veröffentlichung von David Leigh, der als Journalist für *The Guardian* tätig war. Leighs eigenen Aussagen zufolge ist ihm versichert worden, dass der Zugang über die URL, die er abdrucken ließ, nicht mehr möglich sei, so dass die Vermutung besteht, dass WikiLeaks selbst die unzensierte Veröffentlichung forcierte oder zumindest in Kauf nahm. Sei es Missgeschick oder Absicht, die Folge dieses Ereignisses war der Rückzug der bisherigen Medienpartner, die nun der Meinung waren, WikiLeaks habe die Kontrolle über seine Daten verloren (vgl. Lievrouw 2014).

Verantwortung sei in diesem radikalen Verständnis von Transparenz nur zu erreichen durch die Konfrontation mit »huge and incontrovertible stocks of evidence that interconnect to create a total, systematic picture of wrongdoing or exploitation« (Daly 2014).

Der Darstellung von Geert Lovink und Patrice Riemens zufolge hängt diese redaktionelle Inkonsistenz mit einem variierenden Selbstverständnis der Organisation zusammen: »One of the main difficulties with explaining WikiLeaks arises from the fact that it is unclear (also to the WikiLeaks people themselves) whether it sees itself and operates as a content provider or as a simple conduit for leaked data (the impression is that it sees itself as either/or, depending on context and circumstances)« (Lovink & Riemens 2013: 247).

Diese Positionierung führt unter anderem dazu, dass WikiLeaks in einem Spannungsverhältnis zu bestehendem investigativem Journalismus und dessen Konventionen und Paradigmen gesehen wird (vgl. Wahl-Jorgensen 2014: 2581). Während manche die Arbeit von WikiLeaks problemlos unter existierende Definitionen des Journalismus subsumieren, plädieren andere dafür, WikiLeaks als radikale Transformation des Journalismus zu interpretieren. Barbara Thomaß hebt hervor, dass es trotz der neuen journalistischen Arbeitsprozesse, die WikiLeaks praktiziert, die konventionellen Medienorganisationen seien, die als *Gatekeeper* die gewonnene Information der Öffentlichkeit vermitteln (vgl. Thomaß 2011: 22).

Zugleich lässt sich die Entstehung von WikiLeaks als Symptom des (zumindest temporären) Versagens der bestehenden Medien interpretieren, die ihrer Verantwortung als kritische Instanz bzw. ›Vierte Gewalt‹ nicht gerecht werden (vgl. Andrejevic 2014: 2625). »When you have a legal department that's the size of the sports division at the major newspapers and the investigative journalism departments are dwindling into nothing, then that pillar of power that media is supposed to be doesn't exist« (Christensen & Jónsdóttir 2014: 2564). Medieninstitutionen seien dem Druck und Einfluss von politischen Akteuren ausgesetzt, was ihre Bereitschaft zur Veröffentlichung von sensiblen Informationen in Mitleidenschaft ziehe.

Wie kaum ein anderes politisches Phänomen feiert WikiLeaks öffentliche Erfolge, erhält etwa zahlreiche journalistische Auszeichnungen und gelangt dadurch zu nachhaltiger Prominenz; andererseits ist die Plattform mit massiver Kritik

und politischer Gegenwehr konfrontiert, etwa in Form von indirektem Druck auf mit WikiLeaks kooperierende Institutionen oder Individuen, diese Kooperation zu beenden (vgl. Bieber 2013: 326).³⁸

Eine wesentliche Kritik an WikiLeaks bezieht sich auf die Obskurität der Organisation selbst. Ein gravierender Unterschied zwischen WikiLeaks und traditionellem Journalismus bleibe die Tatsache »that professional journalism is structurally defined by its accountability and openness, whereas WikiLeaks relies on the same practices of secrecy that define the very institutions it is trying to undermine through its disclosures« (Wahl-Jorgensen 2014: 2584). Obwohl Transparenz als Leitprinzip der Organisation verstanden wird, bleiben interne Entscheidungs- und Arbeitsprozesse opak. Bodó radikalisiert die Kritik an WikiLeaks mit der Aussage, dass die Organisation jene Überwachungspolitik reproduziere, die sie selbst kritisiere und untergraben wolle. Letztlich führe gerade dies zu einer Ausweitung der Logik des Panoptikums – also der Überwachung durch eine unsichtbare zentrale Instanz – zu einer umfassenden Gesellschaftskonstellation, in der jeder, Bürger wie Staat, unter Beobachtung und potentiell unter Verdacht steht (vgl. Bodó 2014: 7).

Bodó versteht WikiLeaks somit als Initiative im Geist der Gegenüberwachung (ebd.). Mark Andrejevic hingegen hält diese Gleichsetzung von Überwachung für ein Missverständnis: »The attempt to equate what WikiLeaks does with top-down surveillance results in this confusion. Transparency is not the result of the perfection of surveillance; rather, it relies upon gaps in the surveillance system. This is the crucial conclusion for those who would attempt to equate whistleblowing with surveillance: Total surveillance threatens a culture of institutional transparency. The end of secrecy is not a recipe for the perfection of democracy« (Andrejevic 2014). Auch wenn man Andrejevic hier folgt und Whistleblowing für eine situativ notwendige und legitime Form zivilen Ungehorsams hält, lässt sich die Möglichkeit des Missbrauchs nicht völlig von der Hand weisen. So stellt sich weiter die Frage, durch welche Prozesse und Institutionen man die Demokratiekompatibilität des Whistleblowings sichern und bewahren kann.

³⁸ Ein Beispiel hierfür ist die Aufkündigung der Dienste von WikiLeaks damaligem Hosting Provider Amazon und die sogenannte *Banking Blockade* von Visa, Mastercard, Paypal und anderen Finanz- sowie Softwaredienstleistern, die verhinderten, dass WikiLeaks seit Dezember 2010 ihre Dienste nutzte. Diese Blockade erfolgte wenige Tage nach der Veröffentlichung der *Cablegate*-Dokumente, die den geheimen diplomatischen Austausch zahlreicher Nationen offenlegten.

WikiLeaks übernimmt Verantwortung für die Authentizität, Richtigkeit und eine kooperative Veröffentlichungsstrategie mit größtmöglicher Reichweite und schützt die teilnehmenden Whistleblower beispielsweise, indem die Daten von möglichen Informationen über den Whistleblower bereinigt werden.

Über diese selbstdefinierte Verantwortung hinaus sieht sich WikiLeaks, auch in Bezug auf mögliche Konsequenzen der Veröffentlichungen, keiner anderen Autorität gegenüber rechenschaftspflichtig. WikiLeaks habe zunehmend selbst das Potential der zivilen Partizipation reduziert und sich als Verbindungsglied wichtiger Knotenpunkte des »networked fourth estate« (Benkler 2011), wie Benkler die heutige Öffentlichkeitsstruktur nennt, von einem offenen, kollaborativen Unternehmen zu einer exklusiven Organisation entwickelt, die sich auf die mediale Vermarktung sensibler Informationen spezialisiert habe (vgl. Bieber 2013: 330).

Auch aus rechtlicher Sicht ist WikiLeaks schwer zur Rechenschaft zu ziehen, da die Organisation als transnationales dezentralisiertes Netzwerk von (nach eigenen Angaben) über 100 Mitarbeitern organisiert ist (WikiLeaks.org 2015), weshalb sie auch als »world's first stateless news organisation« bezeichnet wurde (vgl. Rosen 2010). Die Sicherung der Zugänglichkeit dieses Archivs gewährleistet WikiLeaks über verteilte Serverstrukturen und sogenannte Spiegelung der Daten auf freiwillig zur Verfügung gestellten Servern. Aufgrund dieser transnationalen Arbeit und der dezentralen Infrastruktur sei WikiLeaks in der Lage, ohne Berücksichtigung nationaler Interessen Material zu veröffentlichen, das von verschiedensten Regierungen unter Verschluss gehalten wird, wodurch WikiLeaks global zum Antagonisten der politischer Eliten werde (vgl. Bieber 2013: 324, 331). Seit Mai 2015 akzeptiert WikiLeaks nach vier Jahren Pause mit einem neuen Übermittlungssystem wieder anonyme Online-Einreichungen von Whistleblowern. In Einzelfällen stellt WikiLeaks für besonders erwünschte Informationen, wie beispielsweise die Dokumente des TTIP-Abkommens, einen finanziellen Anreiz in Aussicht – dies wird von anderen Medienvertretern scharf kritisiert (vgl. Heise online 2015; vgl. Kühl 2015b).

Bemerkenswert ist, dass die Darstellung von WikiLeaks in den Medien nur selten ohne eine Referenz auf WikiLeaks-Gründer und Entscheidungsträger Julian Assange auskommt. Die Darstellungen von Julian Assange oszillieren in der politischen Öffentlichkeit zwischen dem Bild eines heroischen Verteidigers der

freien Meinungsäußerung (vgl. Wahl-Jorgensen 2014) und der Charakterisierung als »high-tech terrorist« (Farell & Finnemore 2013).

WikiLeaks bleibt, auch wenn die Arbeitsweisen der Organisation umstritten sind, ein wichtiger Einflussfaktor für die Etablierung von digitalem Whistleblowing und Whistleblowing im Allgemeinen, auch aufgrund der zuvor unvorstellbaren Masse an Veröffentlichungen, die im Laufe der WikiLeaks-Geschichte verzeichnet wurden. Die Quantität, die durch den digitalen Prozess der Datenübermittlung ermöglicht wird, konfrontiert konventionelle journalistische Arbeitsweisen mit der Herausforderung, große Mengen roher Daten zu analysieren. WikiLeaks versteht sich selbst als neuen Spieler im Feld des Journalismus und sieht die eigene Rolle als Medienorganisation darin, große Datenmengen zu kuratieren und archivieren (vgl. Bieber 2013: 323). Seit der Entstehung von WikiLeaks – und vermutlich in Reaktion auf WikiLeaks als Disruption der konventionellen journalistischen Praxis – erproben vermehrt auch etablierte Medieninstitutionen datenjournalistische Kompetenzen sowie die Informationsweitergabe über *anonyme Briefkästen*. Etablierte Medieninstitutionen haben in den vergangenen Jahren vermehrt Informationen aus gelecktem Material veröffentlicht, etwa im Fall der *Offshore Leaks* oder der *Panamaleaks*, und alternativ zu WikiLeaks haben sich in verschiedensten Kontexten zahlreiche Whistleblowing- und Enthüllungsplattformen etabliert.³⁹ Im Fall Edward Snowdens, der seine Informationen an die Journalisten Laura Poitras, Ewen McAskill und Glenn Greenwald übergab, spielte WikiLeaks nur indirekt eine Rolle, insofern es Julian Assange war, der Snowdens Flucht nach Moskau ermöglichte.

3.1.5. Snowden

Spätestens seit Juni 2013, als Edward Snowden (**Nr.21**), damals als Analyst des Sicherheitsunternehmens Booz Allen Hamilton im Dienste des amerikanischen Geheimdienstes, die Massenüberwachung der National Security Agency

³⁹ Jüngere Beispiele sind das von Simona Levi in Spanien initiierte Projekt xnet (Xnet-x.net) oder die weltweit über 40 Plattformen, die das System der Organisation globaleaks.org nutzen, wie auch publeaks.org in den Niederlanden. [Publeaks.nl](http://publeaks.nl) beispielsweise ist ein Portal, das Whistleblower direkt an etablierte Medieninstitutionen weiterleitet und insofern die Informationen nicht selbst veröffentlicht, sondern als anonymer technischer Vermittler konzipiert ist. Ein anderes themenzentriertes Beispiel ist wildleaks.org, eine Initiative der Tierschutzorganisation *Elefant Action League*, die mit Hilfe von digitalem Whistleblowing zur Verfolgung von Verbrechen an Wildtieren beiträgt.

(NSA) publik machte, ist Whistleblowing als politisches Phänomen weltweit bekannt (Greenwald et al. 2013a).

Snowden nahm für seine Enthüllungen mittels verschlüsselter Kommunikation Kontakt zu Glenn Greenwald und Laura Poitras auf und nutzte dann ein System namens *Tails*, mit dem Nutzer »pretty close to anonymous on the internet« (Finley 2014) kommunizieren können. Tails ist eine Version eines Linuxbetriebssystems, das für anonyme Nutzung optimiert wurde, indem es andere Verschlüsselungstechnologien wie beispielsweise Tor integriert und wie ein Betriebssystem fungiert. Tails arbeitet wie ein computer-in-a-box, nämlich unabhängig vom genutzten PC über einen USB-Drive oder eine DVD, wodurch die Erkennung des genutzten PCs umgangen wird (ebd.). Der Fall von Snowden macht neben der Erkenntnis, wie entscheidend Verschlüsselungstechnologien für digitalen Ungehorsam sein können, eine neuartige Notwendigkeit des digitalen Ungehorsams deutlich. Die massenhafte Überwachung durch Geheimdienste wie die NSA ist selbst nur aufgrund der Möglichkeiten der digitalen Vernetzung, Big-Data-Analysen und der ubiquitären Einbindung digitaler Technologien denkbar. Die Frage, ob und warum Snowdens Tat als ziviler Ungehorsam zu verstehen ist, hat die Wissenschaft und Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren anhaltend beschäftigt und eine Debatte darüber angestoßen, wie Whistleblowing sich allgemein zur politischen Kategorie des zivilen Ungehorsams verhält (siehe hierzu Scheuerman 2014b; boyd 2013; Glennon 2014; Sagar 2014; Scheuerman 2016). Snowdens Tat als paradigmatisches Beispiel zivilen Ungehorsams im Zeitalter der totalen Überwachung (Scheuerman 2014a) hat damit einen Prozess der Re-evaluierung und Transformation des Verständnisses von zivilem Ungehorsam befördert. Sein Akt des Whistleblowings ist sicherlich nicht in allen Aspekten als digitale Handlung einzuordnen – möglicherweise hätte Snowden eine im Ansatz vergleichbare Wirkung auch durch das Kopieren und Überbringen bestimmter Dokumente erreicht. Für den Kontext digitalen Ungehorsams ist dieser Fall dennoch relevant, da die Möglichkeit, ein großes Archiv mit Originaldokumenten an die beiden Journalisten sowie weitere Medienvertreter weiterzugeben, ohne dass dies durch amerikanische oder andere Sicherheitsbehörden entdeckt wurde, zu einem entscheidenden Anteil auf der technischen Möglichkeit der Anonymisierung und Verschlüsselung von Daten durch PETs beruht. Edward Snowden erklärte in seiner

Rede auf dem Logan Symposium in Berlin, einer Konferenz zu investigativem Journalismus: »Whistleblowers are the last resort for the abuse of power. Encryption is that mechanism today to make this scrutinization of power possible« (Snowden 2016). Gerade am Fall von Snowden wird deutlich, dass Verschlüsselungsverfahren zu einer tragenden technischen Instanz des digitalen Ungehorsams geworden sind. Bereits in frühen Jahren der Evolution des Internets spielten sie eine wichtige Rolle, indem sie die Infrastruktur von Informationstechnologien entscheidend mitgeprägt haben.

3.2. Ungehorsame Infrastruktur

Der Begriff der Infrastruktur, der trotz seiner immensen Verbreitung nicht eindeutig auf eine Bedeutung festzulegen ist (vgl. Simonis 1970: 722), spielt auch für das Internet eine wichtige Rolle. Die Infrastruktur der Informationstechnologien oder auch IT-Infrastruktur umfasst »Hardware, Software sowie bauliche Einrichtungen für den Betrieb von (Anwendungs) Software« (Patig 2012). IT-Infrastruktur kann damit auf sehr unterschiedlichen Ebenen eine tragende Rolle für die Regelsetzungen und Möglichkeitsräume des digitalen Handelns spielen und kann als manifeste Form der Internet-Governance verstanden werden. Technische Infrastrukturen sind dabei »far from being the neutral background of economic and communicative activity« (Celikates & De Zeeuw 2015: 214). Gerade weil die aktive und konstruktive Veränderung der IT-Infrastruktur nie völlig neutral sein kann, drücken sich auch in den Akten eigenmächtiger Entwicklung und Veränderung dieser Infrastruktur politische Anliegen aus. IT-Infrastruktur manifestiert damit nicht nur den effektiven Anteil des Ungehorsams, sondern kann auch expressive Elemente instanziiieren.

Die Existenz und Beschaffenheit der IT-Infrastruktur prägt die Möglichkeiten und Eigenheiten digitaler Handlungen in teils unsichtbarer, doch hochwirksamer Weise – und das sowohl im Interesse von Unternehmen oder Staaten wie auch in Akten eigenmächtigen Ungehorsams. IT-Infrastrukturen sind nicht nur Schauplatz von rechtlichen und internationalen politischen Kämpfen geworden, vielmehr setzen auch Formen digitalen Ungehorsams in verschiedener Weise auf der Ebene der IT-Infrastruktur an: etwa indem ein ungehorsamer Code als Softwareprotokoll oder Softwaredienst digitales Handeln verändert oder eine

Webseite als Plattform Informationen in ungehorsamer Weise zugänglich macht.

Mit verschiedenen Initiativen, die sich die Infrastruktur des Netzes in ungehorsamer Weise zu eigen gemacht haben, setzten sich die folgenden Abschnitte auseinander.

3.2.1. Kryptographie als Entwicklung ungehorsamen Codes

»Seit es Kommunikation zwischen Menschen gibt, gibt es auch das Bedürfnis nach vertraulicher Kommunikation« (Beutelspacher et al. 2010: 1). Kryptographie bezeichnet die Kunst und Lehre der Datenver- und entschlüsselung, also die öffentliche mathematische »Wissenschaft vom Entwerfen und ›Brechen‹ von Verschlüsselungsverfahren« und die »Schlüsseltechnologie zur Absicherung von Kommunikation« (ebd.: 1). Kryptographische Verfahren werden mindestens seit dem Jahr 405 vor Christus eingesetzt, als Lysander von Sparta auf geheimem Wege mit seinen militärischen Mitstreitern kommunizieren wollte. Die militärische Nutzung war lange Zeit der Haupteinsatzbereich von Kryptographie, wodurch sie zu einem wichtigen Instrument der geheimen Kommunikation von Regierungen wurde. Erst mit der Erfindung des Computers entstand ein neuer Bedarf der Verschlüsselung von privater Kommunikation (vgl. Stay 2012: 582).

Aus heutiger Sicht rückblickend ist die Kryptographie ein treuer Begleiter des digitalen Ungehorsams. Kryptographische Verfahren basieren auf komplexen mathematischen Funktionen zur Verschlüsselung von Daten zum Zweck der Verschleierung ihres Inhalts oder ihrer Herkunft. Verschlüsselungstechnologien sind Software- und Hardwareprodukte, die ihre Nutzer vor Überwachung zu schützen und ihre Anonymität zu wahren versprechen. Wie Balasz Bodó behauptet, hat sich durch die Weiterentwicklung von PETs eine Evolution des digitalen Ungehorsams ereignet (vgl. Bodó 2014). Seiner Ansicht nach stellt WikiLeaks eine zweite Phase des digitalen Ungehorsams dar, in seinen Worten als *Hackivismus 2.0*, da die Organisation Verschlüsselungstechnologien zum integralen Bestandteil ihrer Services macht. Damit habe sich der Ungehorsam von der symbolischen, amateurhaften und wenig effektiven Low-Tech-Massenaktion zur High-tech-Insiderhandlung von Einzelpersonen entwickelt (vgl. ebd.: 4). »The sheer number of secrets exposed through WikiLeaks, and their subse-

quent impact proves that access to low cost, easy-to-use PETs can significantly lower the costs of exposing and confronting power from within [...] and thus enable a new type of hacktivism with immensely greater transformation potential than what its predecessor ever hoped to have« (ebd.: 5). Bodó folgert, dass ein Gegengewicht zu Demokratiedefiziten durch Transparenz und durch einen neuen Typus von Hacktivist*innen zu erreichen sei, der über die notwendigen Werkzeuge verfüge, Transparenz zu erzwingen. Dabei seien Technologien keine alleinige Lösung eines Demokratieproblems, doch, so Bodó, »having access to the right tools at the right time when demand is there certainly helps« (ebd.: 5). Seiner Ansicht nach ist der Ungehorsam von Insidern, die Informationen aus einer Organisation heraustragen möchten, nicht ohne PETs möglich. Technologien der Anonymisierung trügen insofern dazu bei, neue wahrhaftige Loyalitäten jenseits staatlicher oder organisatorischer Loyalitätsbindungen oder sozialen Drucks zu ermöglichen (vgl. ebd.: 5). Durch PETs entstehe eine ständige anonyme Counter-Surveillance, eine unsichtbare Überwachung der Überwacher, innerhalb gesellschaftlicher wie privatwirtschaftlicher Institutionen. Wo anderer Schutz von Freiheiten versage oder defizient sei, seien PETs als *Technologies of Freedom* (De Sola Pool 1983) eine verbleibende Option.

Die Rekonstruktion derjenigen Ereignisse, die es ermöglichten, dass wirksame Kryptographie den Weg in die Hände der Zivilgesellschaft fand, macht deutlich, dass diese Technologie keineswegs nur Werkzeug anderer Formen des digitalen Ungehorsams ist, sondern ihre Verfügbarmachung selbst als umkämpfter Akt des Ungehorsams verstanden werden muss.

Eine Gruppe von Protagonisten dieser Form des Ungehorsams im Konflikt um die freie Nutzung von Verschlüsselungstechnologien stellt der folgende Abschnitt nun noch einmal ausführlich vor: die *Cypherpunks*.

3.2.2. Cypherpunks

Die Gründer jener Gruppe, die sich als Cypherpunks bezeichnet, waren Eric Hughes, ein Mathematiker an der Berkeley University, Timothy C. May, ein erfolgreicher Informatiker bei Intel, der bereits mit 43 pensioniert wurde, und John Gilmore, der aus einer bedeutsamen Position bei Sun Microsystems ausgeschieden war. Gilmore war Co-Founder der Electronic Frontier Foundation. Man traf sich monatlich in Gilmores Büro, das er für ein weiteres seiner Projek-

te, die Firma Cygnus, unterhielt. Die Idee zur Namensgebung entstand bei einem der ersten Treffen 1992 in der Bay Area um San Francisco, Kalifornien und war »a play on cyberpunk, the ›hi-tech, low-life‹ science-fiction genre« (Manne 2011).

Der Darstellung von Julian Assange zufolge verbindet die Cypherpunks eine gemeinsame politische Ideologie:

»At the core of the cypherpunk philosophy was the belief that the great question of politics in the age of the internet was whether the state would strangle individual freedom and privacy through its capacity for electronic surveillance or whether autonomous individuals would eventually undermine and even destroy the state through their deployment of electronic weapons newly at hand. Many cypherpunks were optimistic that in the battle for the future of humankind – between the State and the Individual – the individual would ultimately triumph« (ebd.).

Die Gruppe wuchs über einen E-Mail-Verteiler, der rege genutzt wurde, innerhalb der ersten fünf Jahre auf etwa 2000 Mitglieder an (vgl. ebd.). Es schlossen sich Mitstreiter aus Europa und Australien an, unter ihnen Julian Assange. Die Haltung der Cypherpunks war antiautoritär geprägt, jedoch – wie in der Hackerkultur allgemein – eher auf einer techno-libertären denn einer marktliberalen Grundlage. »I wouldn't say that we came from a libertarian political tradition as much as from a libertarian temperament, with particular individuals who were capable of thinking in abstractions, but wanting to make them real« (Bieber 2013: 331).

Sie verband eine tiefe Überzeugung, dass Computer als Instrumente der radikalen Selbstbestimmung in der Lage sein würden, die Menschheitsgeschichte zu verändern und »that computers are capable of – enable any individual to say no to the most powerful state« (ebd.: 332).

Der Schutz der privaten Kommunikation durch Verschlüsselung war das oberste Ziel der Cypherpunks, resultierend aus einem tiefen Misstrauen gegenüber dem Staat. Steven Levy, der die Krypto-Bewegung über lange Jahre begleitete und in seinem Buch *Crypto: How the Code Rebels Beat the Government, Saving Privacy in the Digital Age* (Levy 2001) porträtierte, schreibt: »In the Cy-

142

pherpunk mind, cryptography is too important to leave to governments or even well-meaning companies. In order to insure that the tools of privacy are available to all, individual acts of heroism are required« (1993). Als eine dieser erforderlichen Heldentaten kann die Entwicklung des Public-Key-Verschlüsselungsverfahrens von Whitfield Diffie und Martin Hellmann, zwei Wissenschaftlern der Universität Stanford, im Jahr 1976 gesehen werden, die einen entscheidenden Grundstein für die Verbreitung von Verschlüsselungssoftware legte.

3.2.3. Vom Public-Key zu Phil Zimmermann und PGP

Ihr Paper *New Directions in Cryptography* gilt als Wegbereiter der Verschlüsselung mit öffentlichen austauschbaren Schlüsseln und einem asymmetrischen Verschlüsselungssystem, das bis heute in weit verbreiteten Verschlüsselungstechnologien angewandt wird (vgl. Diffie & Hellman 1976).

Die bahnbrechende Idee dieses Systems basiert darauf, dass jeder Nutzer des Systems zwei Schlüssel besitzt – also zwei Zeichencodes: einen öffentlichen und einen privaten. Aufgrund der mathematischen Finesse hinter diesem System kann eine Nachricht, die mit einem der beiden Schlüssel verschlüsselt wurde, mit dem jeweils anderen entschlüsselt werden. Der öffentliche Schlüssel wird anderen Nutzern zugänglich gemacht und kann verbreitet werden, ohne dass dies die Sicherheit des Systems beeinflusst. Der private Schlüssel wird vom Nutzer geheim gehalten. Ein Angreifer, der nicht am E-Mail-Verkehr teilnimmt, kann eine Kommunikation nur dann entschlüsseln, wenn ihm beide Schlüssel zugänglich sind. Ansonsten sieht er von einer verschlüsselten E-Mail nicht mehr als eine wirre Zeichenkette. Ein Nutzer, der den öffentlichen Schlüssel eines anderen Nutzers kennt, kann hingegen damit seine Nachricht an diesen verschlüsseln, die vom Empfänger wiederum mit dessen privatem Schlüssel entschlüsselt werden kann. 1977 wurde das Diffie-Hellmann-Schema von einer Gruppe junger Wissenschaftler am Massachusetts Institute for Technology (MIT), die sich *RSA* nannte (abgeleitet von den Nachnamen Rivest, Shamir und Adleman) in Algorithmen implementiert. Sie meldeten ein Patent auf diese erste funktionierende Software an, die das Public-Key System umsetzte, und verkauften ihr Produkt an Unternehmen wie Apple, Microsoft oder das US-amerikanische Kommunikationsunternehmen AT&T (vgl. Levy 1993).

Aus der Sicht der Cypherpunks war diese Technologie ein großer Fortschritt, jedoch widerstrebte ihnen die Vorstellung, dass sie in den Händen einer einzigen Firma war, die damit ein möglicher Ansatzpunkt für politischen Druck seitens der Regierung sein könnte, die Technologie mit einer Hintertür oder technischen Schwäche zu versehen.

Daraus resultiert die zweite wegweisende Erfindung, die kryptographischen Code in die Hände der Zivilgesellschaft brachte: die Software *Pretty Good Privacy* (PGP), die durch Phil Zimmermann im Jahr 1991 entwickelt wurde (**Nr. 22**). PGP ist eine Verschlüsselungssoftware, die aufbauend auf dem Public-Key-Verfahren von Diffie und Hellman, E-Mail-Verschlüsselung ermöglicht – kostenlos und für jeden nutzbar.

Metaphorisch gesprochen ist die Verschlüsselung durch PGP wie ein Briefumschlag für E-Mails, der sie für Außenstehende unlesbar macht. Zimmermann schrieb in einer Erklärung, warum er PGP entwickelte:

»What if everyone believed that law-abiding citizens should use postcards for their mail? If some brave soul tried to assert his privacy by using an envelope for his mail, it would draw suspicion. Perhaps the authorities would open his mail to see what he's hiding. Fortunately, we don't live in that kind of world, because everyone protects most of their mail with envelopes. So no one draws suspicion by asserting their privacy with an envelope. There's safety in numbers. Analogously, it would be nice if everyone routinely used encryption for all their e-mail, innocent or not, so that no one drew suspicion by asserting their e-mail privacy with encryption. Think of it as a form of solidarity« (ebd.).

Zimmermann entwickelte PGP allein, auf eigene Kosten (was ihn fast sein Haus gekostet hätte) und aus der politischen Überzeugung, dass private Kommunikation demokratische Grundrechte schützt.

»Throughout the 1990s, I figured that if we want to resist this unsettling trend in the government to outlaw cryptography, one measure we can apply is to use cryptography as much as we can now while it's still legal. When use of strong cryptography becomes popular, it's harder for the government to criminalize it.

Therefore, using PGP is good for preserving democracy. If privacy is outlawed, only outlaws will have privacy« (Zimmerman 1991).

Für die Entwicklung von PGP nutzte Zimmermann den RSA-Softwarecode (vgl. Stay 2012: 584). Er befürchtete, dass die amerikanische Regierung die nicht-staatliche Nutzung von Kryptographie verbieten würde, was sich beispielsweise durch das Senate Bill 266 zur Terrorismusbekämpfung andeutete (vgl. Levy 2001: 195), und entschied sich daher, PGP umsonst anzubieten, um der Regulierung des Verkaufs zu entgehen und die Verbreitung zu beschleunigen. Nach der Veröffentlichung dieser ersten Version boten sich freiwillig Programmierer an, den Code zu verbessern und für andere Computersysteme lauffähig zu machen. Vermutungen zufolge war es ein Freund von Zimmermann, der 1991 eine Kopie des Codes im Internet zu Verfügung stellte, woraufhin sich die Software international verbreitete.

Obwohl die Software ein voller Erfolg war und PGP tatsächlich einen zuvor nur militärisch genutzten Standard der Verschlüsselung für den Privatgebrauch bot, gab es bald zwei Probleme: Erstens war RSA davon überzeugt, dass Zimmermann das Patentrecht verletzt habe, indem er ihren Algorithmus verwendete, weshalb die Firma ihn verklagte (vgl. Ziccardi 2013: 115).

Zweitens hatte kryptographischer Code, und damit auch PGP, aufgrund der als *International Traffic in Arms Regulations* (ITAR) bekannten US-amerikanischen Exportbestimmungen denselben Status wie Munition (vgl. Stay 2012: 586). Der Export von Kryptographie war durch den *Arms Export Control Act* von 1976 verboten. Da PGP sich aber weltweit über das Internet verbreitete, musste sich Zimmermann über drei Jahre vor Gericht gegen eine Strafanzeige verteidigen, da die US-amerikanische Regierung diese Exportgesetze durch seine Erfindung verletzt sah. 1996 ließ die Regierung die Anklage gegen Zimmermann aus Mangel an Beweisen fallen, da man ihm nicht nachweisen konnte, dass er persönlich PGP verbreitet hatte. Die Kontroverse mit der RSA konnte außergerichtlich geklärt werden und mündete sogar in eine Zusammenarbeit an einer verbesserten Version von PGP. Anzumerken ist jedoch, dass, auch wenn Zimmermann in den USA für die Entwicklung von PGP nicht verurteilt wurde, die Anwendung der Software zeitweise in anderen Staaten rechtlich untersagt war bzw. ist (vgl. Gerhards 2010: 123). Auch ohne dass Zimmermann PGP selbst

explizit als Akt des zivilen Ungehorsams bezeichnet, liegt es daher aus verschiedenen Gründen nahe, seine Erfindung in diesem Kontext zu sehen. Zum einen musste er einen Rechtskonflikt in Kauf nehmen, um PGP zu veröffentlichen. Darüber hinaus stellt PGP die technischen Mittel für strafrechtlich verfolgte Praktiken in anderen nationalen Kontexten zu Verfügung, was private Kommunikation und politische Freiheit unter repressiven Bedingungen erst ermöglicht. PGP ist somit keineswegs eine nur disruptive oder symbolische Form des digitalen Ungehorsams, sondern lässt sich mittlerweile, aufgrund des eigenmächtigen Ungehorsams von Zimmermann, tagtäglich als konstruktive Veränderung der digitalen Welt durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung von E-Mail-Verkehr und damit als Ermöglichung privater E-Mail-Kommunikation erleben.

Mittlerweile ist die globale Nutzung und Verbreitung von PGP (zumindest nach US-amerikanischen Gesetzen) erlaubt. PGP ist bis heute die global am häufigsten benutzte Software zur Verschlüsselung von E-Mails (vgl. Zimmermann 1996a).

Die Offensive der Cypherpunks und ähnlicher Aktivisten gegen die Regulation und Restriktion starker Verschlüsselungssoftware und für die zivile Nutzung wurde und wird häufig als *Crypto War* bezeichnet (vgl. Geminn 2015). Dieser nahm seinen Ausgang in den Entwicklungen der 1990er Jahre, entzündete sich jedoch erneut in aktuellen Debatten an der Frage, ob und wie private Verschlüsselung für staatliche Untersuchungsbehörden zu umgehen sein müsse. Heute wie damals scheint die wachsende Nutzung von Verschlüsselungstechnologien Regierungen und vor allem Geheimdienste zu beunruhigen, da die Einsicht in Kommunikationsvorgänge dadurch erheblich erschwert oder gar unmöglich wird.

»It is inconceivable, for authorities, that should exist areas that are non-interceptable, in which it is possible to communicate in secret and in which users are truly anonymous. It is foreseeable, in the not so distant future, that there may be concerted attempts to seek to intensify, ostensibly for reasons of national security, control of these grey areas which so worry governments and in which, perhaps paradoxically, citizens' digital liberties are most fully manifested« (Ziccardi 2013: 8).

Erwägungen zur nationalen Sicherheit, insbesondere das Interesse an der Bekämpfung von kriminellen Netzwerken, die Verschlüsselungstechnologien für sich nutzen, führen immer wieder zur Überlegung der Kriminalisierung oder Umgehung von PETs (vgl. Bodó 2014).

Ein radikales Verschlüsselungsverbot ist kein rein hypothetisches Szenario. Die Juristin Julia Gerhards betont in ihrer Doktorarbeit:

»Auch wenn die Liste der Staaten mit einem absoluten Verschlüsselungsverbot bzw. einer staatlichen Genehmigungspflicht vor allem nicht-demokratische Staaten sowie postkommunistische Staaten des ehemaligen Ostblocks, die sich in einem noch andauernden Demokratisierungsprozess befinden, umfasst, darf ein absolutes Verschlüsselungsverbot nicht als für gefestigt demokratische Staaten irrelevantes Modell abgetan werden: Bis zum Jahr 1996 unterlag die Verwendung von Verschlüsselungsverfahren zum Schutz der Vertraulichkeit auch in Frankreich einer Genehmigungspflicht. 1994 sollte in den Niederlanden eine Genehmigungspflicht eingeführt werden. Auch in Deutschland fand Mitte der Neunziger Jahre eine so genannte Kryptokontroverse statt. Die restriktive Regulierung der Nutzung von Verschlüsselungsverfahren wurde etwa vom damaligen Innenminister Manfred Kanther gefordert und auf politischer wie juristischer Ebene diskutiert« (Gerhards 2010: 121).

Ein sogenanntes Eckwertepapier der Bundesregierung zur Kryptopolitik, das 1999 veröffentlicht wurde, manifestierte in Deutschland die Entscheidung, die Nutzung von PETs nicht zu beschränken. Wie Gerhards argumentiert, wäre ein Verbot von Verschlüsselungstechnologien in Deutschland ohnehin höchstwahrscheinlich verfassungswidrig. Gerhards leitet aus dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung und dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht ein *Recht* auf Anonymität und auch auf Verschlüsselung ab (vgl. ebd.: 183).

Gleichzeitig legen beispielsweise die Snowden-Enthüllungen nahe, dass viele technologischen Lösungen zur Verschlüsselung von Daten bereits technische Hintertüren für eine eventuelle Entschlüsselung durch Ermittlungsbehörden integrieren oder diese vorsehen (vgl. Greenwald et al. 2013b; vgl. Burgess 2016).

Auch Phil Zimmermann wurde persönlich mit Fragen der Abwägung zwischen nationaler Sicherheit, etwa der Abwehr terroristischer Akte, und der Privatsphäre und Kommunikationsfreiheit konfrontiert. Im Zusammenhang der Anschläge des 11. September wurde vermutet, dass die Terroristen PGP-Nutzer waren. Zimmermanns Überlegungen sind nach wie vor aktuell:

»[S]trong cryptography does more good for a democratic society than harm, even if it can be used by terrorists. [...] [S]ociety's collective decision (over the FBI's objections) was that on the whole, we would be better off with strong crypto, unencumbered with government back doors. [...] Under the present emotional pressure, if we make a rash decision to reverse such a careful decision, it will only lead to terrible mistakes that will not only hurt our democracy, but will also increase the vulnerability of our national information infrastructure« (zitiert nach Ziccardi 2013: 116).

Was Zimmermann hier zuletzt betont, dass nämlich PGP eine Bedeutung für die Sicherheit der digitalen Infrastruktur habe, zeigt, wie bedeutsam die Entwicklung einer Software für die Machtverhältnisse der digitalen Welt sein kann. PGP als dezentrale Anwendung findet zudem einflussreiche Mitstreiter im Bereich des infrastrukturellen digitalen Ungehorsams, wenn es um Webseiten als zentralisierte Plattformen für Dienste geht, die den Raum des technisch und politisch Möglichen nachhaltig verändert haben. Ein Beispiel, das, wie man sagen kann, Netzgeschichte geschrieben hat, ist die Filesharing-Plattform *The Pirate Bay*.

3.2.4. The Pirate Bay

The Pirate Bay (**Nr. 23**) ist ein besonders kontrovers diskutierter Fall einer Peer-to-peer-Filesharing-Plattform, die sich dennoch großer Beliebtheit erfreut und in vielen Hinsichten eine bemerkenswerte und einmalige Entwicklung vorzuweisen hat. Für keine andere Plattform dieser Art wurde je behauptet, sie sei »sort of organized civil disobedience to force a change of current copyright laws and the general copyright climate« (Beyer 2014b: 11). The Pirate Bay wurde 2003 in Schweden gegründet. Die Seite bietet ein Forum für den regen Austausch von Dateien jeglicher Art, indem sie als Index dient, der anzeigt,

welche Dateien durch andere Internetnutzer zum Download bereitstehen. Über eine Suchfunktion können Nutzer einen gewünschten Medieninhalt, wie einen Film oder Songtitel, eingeben und erhalten sogenannte Torrents, die anzeigen, über welche anderen Nutzer im Schwarm der vernetzten User diese Datei zu bekommen ist.

1999 ging der Vorgänger Napster ans Netz und wurde in kurzer Zeit zu einem der am schnellsten wachsenden Netzangebote aller Zeiten, bis der Service 2001 auf gerichtlichen Beschluss hin eingestellt werden musste (vgl. Nuss 2006: 56). Auch danach existierten zu jeder Zeit zahlreiche Filesharing-Dienste im Netz. Bis Ende des Jahres 2003 waren etwa 20 verschiedene Dienste und 170 verschiedene Varianten der Software, die das Filesharing ermöglicht, im Internet frei zugänglich (vgl. ebd.: 56). Filesharing ist eine extrem weit verbreitete Praxis im Internet. Schätzungen zufolge gibt es etwa 70 Millionen aktive Filesharer weltweit. The Pirate Bay behauptete einmal, als die Seite für kurze Zeit ausgefallen sei, sei der Datenverkehr in Schweden kurzfristig um ein Drittel gesunken. Auch wenn die genaue Verbreitung kaum festzumachen ist, lässt sich sagen, dass Filesharing kein Randphänomen, sondern gerade unter jungen Menschen eine gängige Alltagspraxis ist.

Die Technologie der Seite basiert auf einem Peer-to-Peer-Sharing, was bedeutet, dass nicht ein zentraler Server – wie im sogenannten Client-Server-Modell – die angefragten Daten verwaltet und bereitstellt, sondern alle beteiligten Nutzer sich gegenseitig Daten zum Upload und Download zur Verfügung stellen. Damit ist das Peer-to-Peer-Modell aus technischer Perspektive sicherer, da die Zugänglichkeit von Daten nicht von einem einzelnen Server abhängt. Darüber hinaus ist das System wesentlich effizienter und schneller, da Upload und Download über das BitTorrent-Protokoll nahezu gleich schnell realisiert werden können. Das BitTorrent-Protokoll ermöglicht diese Geschwindigkeit, indem Dateien in viele kleine Puzzleteile zerteilt werden und ein Download einer Datei nicht über *eine* Quelle erfolgt, sondern über viele verschiedene Datenquellen, die jeweils einzelne Puzzleteile der Gesamtdatei bereitstellen. The Pirate Bay fungiert damit nicht nur als Index der downloadbaren Dateien, sondern auch als sogenannter *Tracker*, der Metadaten der einzelnen Puzzleteile verwaltet, um dafür zu sorgen, dass alle Teile heruntergeladen werden und letztlich die Ge-

samtdatei richtig zusammengesetzt wird (vgl. Carrier 2010: 8).⁴⁰ The Pirate Bay selbst speichert weder die Dateien, die Nutzer über dieses System transferieren, noch beherbergt der Server der Webseite selbst urheberrechtlich geschütztes Material. »Instead it provides (i) a means to organize, search, and index .torrent files and (ii) a tracker for those wishing to use more traditional version of the BitTorrent protocol« (Carrier 2010: 8).

Was The Pirate Bay von den vorherigen Filesharing-Diensten unterscheidet, ist eine erstaunliche Resilienz, die das Projekt langjährig gegenüber polizeilicher Verfolgung sowie in urheberrechtlichen Kontroversen an den Tag legte. Viele vergleichbare Seiten mussten sich aufgrund von rechtlichen und polizeilichen Eingriffen auflösen, was umso mehr Nutzer zu The Pirate Bay brachte. Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal ist wohl auch die offensive Rhetorik der Administratoren und ihre Feindseligkeit gegenüber der Medienindustrie.

Die zeitweiligen Administratoren von Pirate Bay, vier männliche Schweden im Alter zwischen 20 und 30, scheinen sich sehr wohl darüber im Klaren gewesen zu sein, dass die Praxis dieser Seite mit dem geltenden Urheberrecht kollidieren würde. Sie pflegten eine Kavaliershaltung gegenüber den Nutzern der Seite, denen sie zum Download urheberrechtlich geschützten Materials verhalfen (vgl. Carrier 2010: 8). Ganz anders jedoch mutet ihr Tonfall gegenüber Medienunternehmen an, die die Verletzung von Urheberrechten geltend machen wollten. Diese ernteten harsche, teils beleidigende Antworten, die mitsamt den Schreiben der Medienindustrie unter der Rubrik *legal threats* auf der Website veröffentlicht wurden. Auf eine Unterlassungsanordnung der Firma Dreamworks reagierte The Pirate Bay mit der Nachricht »Sweden is not a state in the United States of America [...] US law does not apply. [...] It is the opinion of us and our lawyers that you are morons« (Beyer 2014b: 2).

Letztlich war es das schwedische Recht, dass The Pirate Bay die Stirn bot. Am 17. April 2009 wurden die vier Betreiber der Seite schuldig gesprochen »for assisting in making copyrighted content available [...] that [...] constituted complicity in the breach of the Copyright Act (vgl. Carrier 2010: 9). Fredrik Neij und Gottfrid Svartholm Warg, die für die technische Entwicklung und Funktion der

⁴⁰ Seit 2009 hat The Pirate Bay diesen Tracker durch ein anderes System, ein Distributed Hash Table System, ersetzt, bei dem auch diese Metadaten nicht mehr zentral über einen Server, sondern über die teilnehmenden Nutzer zugänglich sind (vgl. Beyer 2014b: 3).

Seite verantwortlich waren, Peter Sunde, der sich als Sprecher und Vermarkter der Seite betätigt hatte, und Carl Lundström, der den Server finanzierte und die Bandbreite der Downloads ermöglichte, wurden jeweils zu einer Haftstrafe von einem Jahr sowie zu einer Geldstrafe von insgesamt 3,5 Millionen Dollar verurteilt. Bereits 2006 war der Betrieb der Seite an eine Non-Profit-Organisation auf den Seychellen übertragen worden, aber auch wenn die beteiligten Personen sich seit diesem Jahr aus der Betreuung der Plattform zurückgezogen hatten, waren sie es, die sich rechtlich verantworten mussten.

Aussagen der Plattform-Administratoren zufolge ging es ihnen nicht um eine Nutzenmaximierung für sich selbst oder ihre Anhänger, sondern um die Bekämpfung *böser Unternehmen*, die ihre Künstler wie Konsumenten übervorteilten (vgl. Beyer 2014b: 10). Kritiker der Seite, etwa Vertreter der Medienindustrie, unterstellen einen unternehmerischen Hintergrund von The Pirate Bay, wohingegen die Administratoren selbst behaupten, dass sie mit Werbeanzeigen gerade einmal die Kosten der Seite decken können.

Ein Indiz für eine politische und nicht wirtschaftliche Agenda ist, dass es ursprünglich eine schwedische Anti-Copyright-Organisation namens *Piratbyran* war (übersetzt heißt das so viel wie *Piracy-Büro*, als provokative Anspielung auf die *Anti-Piracy-Büros* der Urheberrechtsindustrie), die die Webseite initiierte. Die späteren Betreiber, die die Seite 2004 übernahmen, gehörten bereits zu dieser Organisation, die behauptete, The Pirate Bay sei zu verstehen als »a longstanding piece of performing art« (ebd.) in der Tradition des sogenannten *Kopimismus*. In Schweden wurde der Glaube der Filesharer an das Gute des Kopierens sogar als Kirche anerkannt. Die *Missionary Church of Kopimism* folgt den Prinzipien »All knowledge to all; The pursuit of knowledge is sacred; The circulation of knowledge is sacred; The act of copying is sacred«. ⁴¹ Sie geht davon aus, dass die Welt sich fortwährend aus Kopien zusammensetzt und deshalb alles für weiteres Kopieren zur freien Verfügung stehen sollte.

Jessica Beyer legt dar, dass The Pirate Bay viel mehr als nur ein techno-anarchischer Dienst zum Austausch von urheberrechtlich geschütztem Material ist: The Pirate Bay sei eine politische Plattform im Zentrum einer internationalen politischen Bewegung »articulating filesharing as a political act«, und Filesharer

⁴¹ Nachzulesen auf der Webseite der Church of Kopimism, <http://kopimistsamfundet.se/english/>.

seien eine »political community« (Beyer 2014b: 1). Am kollektiven Verhalten der Nutzer von The Pirate Bay sei zu erkennen, dass es ihnen nicht, oder zumindest nicht vornehmlich, um die Maximierung eines persönlichen Gewinns gehe. »Instead, file-sharers have supported filesharing sites financially and rhetorically. They have used online ›hacktivism‹ and offline protest on behalf of the Pirate Bay. They have participated in political parties bearing the ›Pirate‹ label that have now won elections in several European countries. User mobilization on behalf of The Pirate Bay indicates that people see the administrators as rallying points to express pre-existing beliefs about Filesharing as well as leaders who deserve support from the community« (ebd.: 4).

Da die Interaktion der User über die Filesharing-Plattform anonym und unreguliert sei und darüber hinaus keinen interpersonellen Kontakt zwischen Nutzern erfordere, sei es zunächst verwunderlich, dass hinter The Pirate Bay solch eine soziale Bewegung entstehen könne. Beyer erklärt dies jedoch damit, dass Filesharing eine riskante und daher hochgradig vertrauensbasierte Interaktion sei, über die sich kleinere Gruppen zusammenfinden, und gerade durch die unregulierte Interaktion ein hohes Maß an Zusammenhalt entstehen könne.

Im Gerichtsprozess äußerten sich die drei Hauptverantwortlichen hinter The Pirate Bay sehr unterschiedlich zu ihren Motiven: Für Fredrik Neij sei es das große Interesse und der Spaß an der Technologie gewesen, da er sich nicht für Piratenideologien oder Urheberrecht interessiere. Gottfrid Svartholm ging es anscheinend schon eher um Meinungsfreiheit und den Ausdruck einer technischen Dissidenz als digitalen Ungehorsam, wobei er sich wohl selbst weniger als politischen Akteur denn als technischen Unterstützer desselben versteht. Peter Sunde, der häufig als Sprecher von The Pirate Bay wahrgenommen wurde, äußerte sich am offensivsten politisch zu seiner Sicht auf The Pirate Bay: »It democratizes and creates great conditions for freedom of speech.«⁴² Er engagiere sich in der Absicht »to take away the power from single cooperations who dictate what people should take part in. I am a devoted supporter of the participant culture and wish everyone to take part in things« (ebd.: 15).

Trotz einer verbleibenden Ambivalenz der Intentionen tendieren einige wissenschaftliche Stimmen dazu, den politischen Charakter der Plattform zu betonen.

⁴² The Pirate Bay AFK, https://www.youtube.com/watch?v=eTOKXCEwo_8 (19:13 Min).

The Pirate Bay sei als sichtbares Zentrum und Avantgarde der Anti-Copyright Bewegung hoch angesehen und einflussreich, weswegen hier anscheinend mit relativer Leichtigkeit politische Aktionen angestoßen werden könnten, an denen sich tausende von Anhängern beteiligten (Beyer 2014: 58f.). Dahinter stehe das internationale Netzwerk jener Bewegung, die auch als *Open Access Movement* bekannt ist, freien Austausch von Kulturgut propagiert und für die Veränderung des Urheberrechts einsteht. Essentieller Teil dieser Anti-Copyright-Bewegung ist die Piratenpartei, die im Zuge des Prozesses gegen The Pirate Bay in Schweden gegründet wurde und in vielen anderen Ländern unterschiedlich erfolgreiche Nachahmer fand. Wie auch im Prozess gegen die vier Schweden dargelegt wurde, ist es unter Vertretern der Wissenschaft eine umstrittene Frage, ob Filesharing einen negativen Effekt auf den Verkauf von Kulturgütern hat. Mark Poster beispielsweise argumentiert gegen solche negativen Auswirkungen:

»File sharing is a non-market exchange. It is not similar to early piracy in print where shops would reproduce books and sell them without authorization from or compensation to the author. Nor is it similar to Asian factories that copy CDs and DVDs and sell them cheaply in local markets. In fact digitization enables costless sharing of cultural objects. It resembles not violations of copyright but playing music in one's home with friends in attendance, friends who themselves did not necessarily buy the cultural object. One must account for the specificity of the medium of reproduction: digital reproduction, I would argue, does not fall within copyright at all because the kind of materiality of digital files is not characterized by the economics of scarcity« (Poster 2007a: 218).

Das derzeitige Urheberrecht sei ein Hindernis für die bereichernde Entwicklung von neuen Formen des kulturellen Austauschs und der Wissensaneignung, was letztlich nicht nur ein Problem der kulturellen Ökonomie sei, sondern auch ein ernst zu nehmendes Demokratiedefizit. Auch wenn die Betreiber von The Pirate Bay sich nicht gleichermaßen dazu bekennen, ihre Plattform als politisches Projekt zu sehen, lässt sich die Plattform unabhängig von den persönlichen Motivationen vor dem Hintergrund ihrer Entwicklung als ein solches politisches Projekt deuten. Die Uneindeutigkeit der intentionalen Ausrichtung des Projekts

wirft aber jedenfalls die Frage auf, ob The Pirate Bay auch als digitale Form zivilen Ungehorsams zu sehen ist. Auch wenn die persönlichen Interessen der betreibenden Akteure nicht wirtschaftlicher Art sind (sondern beispielsweise mit reiner Technikbegeisterung zu tun haben), stellen sie den intersubjektiven Charakter der Plattform zumindest in Frage.

Eine davon unabhängige Überlegung, die ich im Kapitel 3.3 aufgreife, ist die, wie der digitale Ungehorsam einzuordnen ist, der durch bewusste Urheberrechtsverletzungen von Nutzern entsteht. Bevor es weiter um diese andere Ebene des ungehorsamen Teilens von Medieninhalten geht, sollen jedoch noch einige weitere Beispiele des digitalen Ungehorsams auf der Ebene der IT-Infrastruktur betrachtet werden, wie das folgende, das sich vor einigen Jahren in Deutschland ereignete.

3.2.5. Depub.org

Die Plattform Dpub.org ist ein weiterer Fall (**Nr. 24**), in dem das Urheberrecht mit Fragen der Informationspolitik und Demokratie korreliert (oder in Konflikt gerät) und der als »Ziviler Ungehorsam in digitalen Zeiten« (Häusler 2010a) sowie als »Zivilcourage im Interesse der Öffentlichkeit« beschrieben wurde. Die Abkürzung *depub* steht dabei für *Depubliziertes*. Für eine kurze Zeit zwischen September und Oktober 2010 stellten anonyme Betreiber illegalerweise über ein Webarchiv Beiträge der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten online zur Verfügung, die von den Anstalten selbst nach kurzer Zeit aus dem Netz genommen werden mussten.

Aufgrund des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages müssen diese Inhalte meist nach einer Woche aus den Online-Archiven der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten gelöscht werden. Dieses depublizierte Material macht rund 80 Prozent der Inhalte des Online-Angebots von ARD und ZDF aus, welches über GEZ-Beiträge, also öffentliche Gelder finanziert wird. Hintergrund dieser restriktiven Regelung waren Proteste der privaten Sendeanstalten, des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien sowie des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger. Durch die Pläne der ARD, ihre Online-Dienste auszubauen, sahen die privaten Sendeanstalten ihre eigenen Geschäftsmodelle gefährdet. Johnny Häusler schreibt etwa einen Monat vor der Sperrung der Seite depub.org: »[E]s gibt wohl kaum jemanden, der seine Freude über diese Aktion [de-

pub.org] verbergen kann. Schließlich sind die Inhalte der Öffentlich-Rechtlichen aus öffentlichen Mitteln finanziert worden und es ist daher nur sinnvoll, diese Inhalte auch weiterhin der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Der juristische Wahnsinn, der dies verhindern soll, scheint undurchschaubar und es ist daher zu begrüßen, dass sich dem jemand widersetzt « (ebd.).

Ein anonymes Redaktionsmitglied hatte das Archiv der Seite tagesschau.de exportiert und den Betreibern von depub.org zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus hoffte die Initiative auf weitere Leaks von Redaktionsmitgliedern der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten und archivierte fortlaufend die jeweils auf den Mediatheken verfügbaren Medieninhalte (vgl. Biermann 2010).

Seit Anfang Oktober 2010 ist die Seite www.depub.org nicht mehr erreichbar, jedoch bleibt es der Spekulation überlassen, aus welchen Gründen die Betreiber den Archivdienst aufgaben. Offen bleibt beispielsweise, ob rechtliche Schritte der Rechteinhaber die Ursache waren oder die Domain der Webseite aus unbekannten Gründen den Besitzer wechselte. Obwohl die Seite öffentliche Unterstützung erfuhr, ist die kurze Halbwertszeit für Medieninhalte der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten in den verfügbaren Online-Plattformen bis heute die Regel. Eine weitere Technologie, bei der es ebenfalls darum geht, Medieninhalten verbotenerweise zugänglich zu machen, sind sogenannte *Proxies*, also Server, die als Stellvertreter eines anderen fungieren.

3.2.6. Proxies und Umgehungstechnologien

Die Nutzung von sogenannten Proxies, die u.a. zu urheberrechtlichen Konflikten führt, wird von einigen Verfechtern des freien Zugangs zu Informationen als ziviler Ungehorsam bezeichnet (vgl. Wenger 2012). Die Umsetzung des Urheberrechts, beispielsweise bezüglich der Ausstrahlung eines Youtube-Videos, stützt sich auf Geo-Lokalisationsdaten, die anhand einer IP-Adresse Auskunft über den Aufenthaltsort des Nutzers geben. Wer beispielsweise in Deutschland ein Video ansehen möchte, über dessen Rechte keine Einigung mit der entsprechenden Verwertungsgesellschaft getroffen wurde, erhält schlicht die Nachricht, dass der gewünschte Inhalt nicht verfügbar ist. Umgehungstechnologien wie Proxy-Dienste und *Virtual Private Networks* (VPN), werden daher eingesetzt, um den Standort des Nutzers zu verschleiern und Zugang zu Inhalten zu ermöglichen, die dem Nutzer andernfalls nicht verfügbar wären. Ein Pro-

xy-Server fungiert dabei als indirekter Zugang zum Internet und ermöglicht diesen für Systeme, die keinen direkten Zugang zu der gewünschten Zieladresse haben, indem er als Stellvertreter dient. Obwohl die Nutzung von Umgehungstechnologien völlig legal ist, ist das Anschauen eines Inhaltes, der über Geosperrungen geschützt wird, eine rechtliche Grauzone. Ist der Inhalt allerdings urheberrechtlich geschützt, ist das Ansehen über Proxies-Services auf jeden Fall rechtswidrig (vgl. Pachali 2013). Die Nutzung von Proxies allgemein als zivilen Ungehorsam zu sehen, geht recht weit und wirft im Kontext der Nutzung von urheberrechtlich geschützten Medieninhalten zumindest viele Fragen auf. Zumeist erfolgt die Nutzung von Proxies völlig im Geheimen; die Handlung erfolgt weder kollektiv noch wird sie gegenüber anderen Mitbürgern kommuniziert. Es bleibt also undurchschaubar, welche Beweggründe – politische Prinzipien oder persönlicher Nutzen – die Tat motivieren. Zugleich gibt es jedoch Kontexte der Nutzung von Proxies, in denen diese durchaus eine politische Funktion erfüllen, obwohl ihre Nutzung abseits der allgemeinen Öffentlichkeit stattfindet: etwa indem sie Zugang zu Informationen, Meinungsaustausch und digitale Formen der Versammlung ermöglichen. In existentiellerer Weise können Umgehungstechnologien unter Bedingungen staatlicher Zensur politisch relevant werden. Staatliche Zensur und Maßnahmen zur Filterung des Internets gehören in zahlreichen Nationen zur täglichen Realität. Studien zufolge ist staatliche Zensur in über 40 verschiedenen Staaten weltweit belegt (vgl. Roberts et al. 2010). »Countries use this network filtering as one of many methods to control the flow of online content that is objectionable to the filtering governments for social, political, and security reasons« (Ziccardi 2013: 170).

Wie eine Studie des Berkman Center for Internet and Society der Harvard University darlegt, werden heute im Wesentlichen vier unterschiedliche Werkzeuge zur Umgehung von Zensur genutzt: (1) *blocking-resistant tools* wie das später beschriebene TOR, die eine Umgehung von Zensur ermöglichen, ohne selbst gefiltert zu werden, (2) einfache Web-Proxies, (3) Virtual Private Network Dienste (VPN) oder (4) HTTP/SOCKS-Proxies. Alle vier Werkzeuge können grundsätzlich denselben Effekt erzielen: den Zugang zu Webseiten, die blockiert oder zensiert werden, zu ermöglichen (vgl. Roberts et al. 2010: 2).

Seit 2003 existiert ein anonymes Kommunikationssystem namens *The Onion Router* kurz *Tor*, das als meistgenutztes Werkzeug in kritischen Kontexten eine

zentrale Rolle im Feld der Umgehungs- und Anonymisierungstechnologien spielt (vgl. Ziccardi 2013: 172). Ursprünglich wurde Tor für die US Navy entwickelt, um die Kommunikation von Militär und Regierung zu schützen. Heute bietet Tor (unter anderem) einen frei zugänglichen Browser-Dienst, der von sehr unterschiedlichen Organisationen finanziert und genutzt wird.

»Individuals use Tor to keep remote websites from tracking them and their family members, or to connect to resources such as news sites or instant messaging services that are blocked by their local Internet providers. Activist groups like the Electronic Frontier Foundation (EFF) are funding further Tor development to help maintain civil liberties on line. Corporations are investigating Tor as a safe way to conduct competitive analysis, and are considering using Tor to test new experimental projects without associating their names with these projects. A branch of the U.S. Navy uses Tor for open source intelligence gathering, and one of its teams used Tor while deployed in the Middle East recently. The Tor protocol is one of the leading choices for the anonymizing layer in the European Union's PRIME directive to help maintain privacy in Europe« (Dingle-dine 2005: 2).

Tor sorgt dafür, dass IP-Adressen für Beobachter eines Netzwerkes nicht ohne weiteres zu erkennen sind und Nutzer somit einen höheren Standard der Anonymisierung genießen, als dies bei gewöhnlichen Browsern üblich ist. »Its basic principle is to redirect traffic over virtual tunnels through three independent Tor nodes, to make it hard for an attacker to link origin to destination« (Loesing et al. 2010).

Obwohl Tor hauptsächlich als Anonymisierungstool entwickelt wurde, ist es eine effektive Technologie zur Umgehung von Zensur (vgl. Roberts et al. 2010: 4). Da die IP-Adressen gegenüber den besuchten Webseiten ebenfalls verschleiert werden, kann ein Nutzer durch Tor auch Seiten erreichen, die in seinem Land von lokalen Netzanbietern blockiert werden. Tor leitet den Datenverkehr eines Nutzers in einem verschachtelten Verschlüsselungsprinzip über verschiedene Proxies des Tor-Netzwerks, sogenannte *Tor nodes*, wodurch die Rückverfolgung und das Abgreifen von Nutzerinformationen erheblich erschwert wird. Was Tor nicht leistet, ist eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung der

Daten selbst. Füllt ein Nutzer beispielsweise ein Online-Formular aus, so sind diese Daten unverschlüsselt.

Umgehungstechnologien wie Tor können dann als infrastrukturelle Form digitalen Ungehorsams gesehen werden, wenn deren Nutzung mit der nationalstaatlichen Rechtslage kollidiert oder Nutzer das Risiko von Sanktionen eingehen. Umgehungstechnologien werden daher auch als infrastrukturbasierte Form digitalen Ungehorsams beschrieben, der sich kennzeichnen lässt durch »the creation of alternate systems to replace those that have been compromised by state or corporate information-gathering schemes« (Sauter 2013b: 76).⁴³

Wie Ziccardi darlegt, werden auch die Entwickler von Umgehungstechnologien häufig strafrechtlich verfolgt, »because their inventions, or discoveries, may be used to circumvent government-imposed restrictions and are, therefore, deemed dangerous by authorities. I am referring, especially, to creators of software designed to thwart web filtering products (for example, which can be used to hack state firewall systems or to circumvent Internet restrictions present in certain countries) and of anonymous web browsing systems, such as Tor, now widely used, by hackers and ›average web users‹ alike« (Ziccardi 2013: 161f.).

Umgehungstechnologien sind daher nicht *an sich* als Artefakte digitalen Ungehorsams zu sehen, doch kann ihre Nutzung in bestimmten Kontexten eine gravierende Form von digitalem Ungehorsam sein und zu Sanktionen führen. Eine Initiative die in verschiedensten Kontexten vorführt, wie entscheidend Umgehungs- und Verschlüsselungstechnologien für die Umsetzung von Meinungsfreiheit in einem repressiven Umfeld sein können, nennt sich Telecomix.

3.2.7. Telecomix

Die *Telecomix* sind ein hauptsächlich netzbasiertes Cluster aus Internetaktivisten und Hackern, die Technologien wie Tor beispielsweise zur Unterstützung der arabischen Revolutionen einsetzten (vgl. Dahlberg-Grundberg 2015).

Telecomix wird beschrieben als »a loose-knit team of international hacktivists« (Greenberg 2012) mit einer unbestimmten Form, ohne offizielle

⁴³ Sauter beschreibt dabei auch alternative soziale Netzwerke wie *Diaspora* als infrastrukturbasierten Ungehorsam, was bemerkenswert ist, da es sich um eine völlig legale Plattform handelt, die sich als datenschutzfreundliche Alternative zum Giganten Facebook positioniert (vgl. ebd.: 76).

Führung oder Mitgliedschaft sowie ohne formale Organisationsstrukturen, so dass es sich eher um ein Netzwerk, ein loses Team oder Cluster handelt als um eine Gruppierung oder Bewegung (vgl. Dahlberg-Grundberg 2015). In einer Untersuchung aus dem Jahr 2015 schätzen die interviewten Telecomix-*agents*, wie sie sich nennen, die Gesamtgröße des Netzwerks auf 100-200 Individuen, wobei nur etwa 20-30 Personen zu einem stärker engagierten Kern gehören (ebd.: 6). Je nach aktuellen Initiativen schient jedoch sowohl der Kern als auch das gesamte Netzwerk von Fluktuation und Dynamik geprägt zu sein, weshalb diese Zahlen nur eine grobe Einschätzung darstellen.

Laut der Website telecomix.org steht der Begriff Telecomix für »a set of principles for political disorganisation« (Telecomix) und damit eher für eine gemeinsame Idee, als dass er wirklich der ›Name‹ des Netzwerks wäre. Dieses bekennt sich zum Ideal des freien Austauschs von Daten und Informationen und hat sich in verschiedenen politischen Interventionen für Meinungsfreiheit und gegen Zensur eingesetzt. Nach eigenem Verständnis nimmt das Netzwerk eine hybride Funktionsstelle zwischen Politik und Technologie ein; das Engagement der Beteiligten basiere weder allein auf politischer Intervention noch einzig auf technischem Support oder Aktivismus, sondern manifestiere sich in einer hybriden prozesshaften Kombination (vgl. Kullenberg 2013: 94). Telecomix lässt sich nicht auf eine Ideologie festlegen, da der Grad der Selbstbestimmung von Individuen innerhalb des Netzwerkes relativ hoch ist. Michael Dahlberg-Grundberg betont jedoch in seiner empirischen Beschäftigung mit Telecomix, dass es durchaus ein geteiltes Grundprinzip aller Telecomix-Aktivitäten gebe: »What was of significance was to counteract or eliminate any barriers that circumscribed communicative possibilities, meaning, broadly speaking, opening up flows of communication, exemplified by the commonplace reference to the trope of *datalove*. In absence of ideological frameworks, an ethos of openness, opposing informational opaqueness and obscurantism, permeated Telecomix« (Dahlberg-Grundberg 2015: 8, meine Hervorhebung).

Peter Fein, der sich selbst als Mitstreiter identifiziert, formuliert die Ziele von Telecomix folgendermaßen: »The cause of freedom calls *all* of us – not only programmers, but writers and artists, academics and filmmakers, philosophers and trolls. We have the power to make a real difference in the world – to help people achieve what *they* want for *themselves*« (Fein 2011). Das Umsetzen ge-

teilter Anliegen bildet die zentrale Struktur, wobei Taktiken zu jeder Zeit vorgeschlagen, durch Einzelne vorangetrieben oder verworfen werden können. Spontaneität und Pragmatismus sowie ein Trial-and-Error-Prinzip seien treibende Faktoren aller Aktivitäten (vgl. Dahlberg-Grundberg 2015: 10f.).

Der Ursprung des Netzwerks war, verschiedenen Berichten zufolge, eine Party des schwedischen Philosophen und Netzaktivisten Christoph Kullenberg, der 2011 von der schwedischen Wochenzeitschrift Fokus zum Schweden des Jahres ernannt wurde. Die meisten Gründungsmitglieder – zu Beginn waren es etwa zehn (vgl. Lönegard 2011) – kannten sich aus dem engeren Umfeld der Aktivisten, die gemeinsam die Prozesse der Administratoren von The Pirate Bay begleiteten. Anders als im Fall von Anonymous war das Netzwerk von Beginn an politisch motiviert, obwohl die Zugehörigkeit ähnlich selbstbestimmt funktioniert. Bereits im Gründungsjahr gaben sich die Telecomix ein Logo als Erkennungszeichen. Zu sehen ist ein Kreis mit einem Omega in der oberen Hälfte des Kreises, in dessen Mitte sich ein Stern befindet. Unterhalb des Omegas ist ein schwarzes Dreieck, das von Blitzsymbolen umgeben ist. Das Logo wurde von dem schwedischen Künstler Pelle Torsson entworfen und von Kullenberg folgendermaßen gedeutet: »Omega ist das Symbol für Widerstand. Der Stern steht für Telekommunismus. Das bedeutet freien Datenaustausch für alle. Und, dass Wissen kostenlos sein muss« (Rainsford 2012). In einer weiteren Beschreibung ergänzte er, »the black pyramid under the Omega sign makes an explicit reference to the concept of ›kopimi‹« – verwies also auf jene Überzeugung, die bereits im Kontext von The Pirate Bay Erwähnung gefunden hat, nämlich dass die Welt ohnehin aus Kopien bestehe und daher alles zum weiteren Kopieren verfügbar sein sollte.

Die Eintrittsschwelle zur Teilhabe am Netzwerk sei für neue Nutzer absichtlich gering. Die Telecomix implementierten einen Chat auf ihrer Webseite, der selbst jemandem, der noch nie an einem IRC-Chat teilgenommen hat, eine problemlose Partizipation ermöglicht. »Telecomix is organized to be as transparent as possible, by design«, erklärt ein Beteiligter in einem Interview (vgl. Dahlberg-Grundberg 2015: 11).

Diese im Selbstverständnis radikale und experimentelle kommunikative Offenheit auf der Basis von Online-Kommunikation und technischer Kompetenz sei, so Dahlberg-Grundberg, eine der Ursachen für die strukturelle Offenheit des

Kooperationsnetzwerkes. Unter diesen Umständen können durch verschiedenste Akteure unterschiedliche Ziele, Ideologien und taktische wie strukturelle Ansätze zum Tragen kommen, die jedoch in einer fortlaufenden Dynamik einem Aushandlungsprozess unterliegen (vgl. ebd.: 6, 9, 12).

Obwohl Struktur und Funktionsweise des Netzwerkes Verwandtschaft mit Anonymous aufweisen, grenzen sich die Telecomix deutlich gegen Anonymous ab – wenn auch andererseits keine Feindschaft zwischen beiden Netzwerken besteht. Peter Fein schreibt: »Telecomix is yin to Anonymous' yang. If Anonymous takes sites down, Telecomix keeps them up. What we have in common with each other, and with the protests on the ground, is that we are truly leaderless and possessed by a radical passion for freedom. We operate as a do-ocracy, a form of organization in which the people who get things done, get things done« (Fein 2011). Das wiederkehrende Leitprinzip der Do-ocracy kennzeichnet demnach nicht nur Anonymous als Einzelphänomen, sondern steht für die Tendenz eines veränderten Selbst- und Politikverständnisses verschiedener politischer Akteure, die das selbstbestimmte politische Handeln von Individuen und Netzwerken in den Vordergrund rücken lässt.

Das ursprüngliche Ziel der Telecomix war es, zivilgesellschaftliche Aktionen für den Erhalt der Netzneutralität zu koordinieren. Akuter Anlass dieser Absicht war das sogenannte Telecoms Package, ein EU-Gesetzesentwurf zur Regulierung der Telekommunikationsindustrie. Die Telecomix verschrieben sich dem Ziel, als Lobbygruppe und als Mittler zwischen technischem Expertenwissen und der breiten Zivilgesellschaft die Thematik der Netzneutralität, aber auch andere Themen wie Verschlüsselung oder Deep Packet Inspection in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Im Zuge dieses Vorhabens griffen die Aktivisten zu ungewöhnlichen Maßnahmen:

»Together with another activist group, La Quadrature du Net, they made a list of the telephone and fax numbers along with the email addresses of each politician holding a seat in the European Parliament. Then, the front page of The Pirate Bay was borrowed for a few days to link to a page containing instructions on how to contact each MEP and tell them about why it was important to vote in favour of network neutrality. A few days later, Swedish MEP Olle Schmidt reported that he was drowning in e-mails and had been called up by

German activists that were talking about the Telecoms Package« (Kullenberg 2013: 95).

Wenige Monate nach der Gründung nahm jedoch das Engagement des Netzwerkes unter dem Label *WeRebuild* einen stärker operativen Aktionsmodus an, und zwar im Zuge der technischen Unterstützung von Protestbewegungen, zunächst 2009 im Iran, dann in Ägypten, Tunesien und Syrien. Die Versuche, Protestierende im Iran zu unterstützen, scheiterten in weiten Teilen aufgrund des massiven technologischen Aufwands der von Regierungsseite zum Zweck der Zensur betrieben wurde (vgl. Rainsford 2012). In Tunesien, Ägypten und Syrien hatten die Telecomix aus der Niederlage im Iran gelernt und traten mit neuen Strategien und anderen Technologien an (vgl. ebd.). Im Zusammenhang mit diesen neuen Aktionsfeldern schlossen sich den bisherigen Telecomix-Mitstreitern aus Schweden, Frankreich, Deutschland und den USA weitere Aktivisten aus den jeweiligen Konfliktgebieten an. Es entwickelte sich ein Echtzeit-Austausch über politische Geschehnisse in den Konfliktzonen und damit ein Dialog zwischen Telecomix und Bürgern vor Ort, der relativ langfristig erhalten blieb (vgl. Dahlberg-Grundberg 2015: 9). Dennoch ging es den Telecomix nicht darum, Protestierende in ihren politischen Zielen zu beeinflussen. Wie ein Telecomix-Agent in einem Interview erklärt, war inhaltliches Engagement über Meinungs- und Informationsfreiheit hinaus nicht beabsichtigt: »[I]t's imperialist and colonialist to say that we will help people to do their revolutions. We'd rather answer to specific technical challenges« (ebd.: 8).

Laut Feins Beschreibung der Unterstützung der Telecomix in Ägypten wurden Werkzeuge wie Tor, Proxies, VPNs und weitere Verschlüsselungstechnologien zur Verfügung gestellt, um nationale Zensur zu umgehen (**Nr. 25**). In Initiativen, die sie als *Streisand-Projects* bezeichneten, fungierten die Telecomix als Mittler für Informationen von Bürgern, die sich selbst durch die Veröffentlichung derselben in Gefahr begeben würden und sie daher auf den Seiten der Telecomix anonym hochluden. Die Telecomix spiegelten kritische Medieninhalte wie Bilder, Texte oder Filme und übermittelten Nachrichten von Aktivisten, deren Twitter-Accounts aufgrund der staatlichen Blockaden nicht zugänglich waren.

»Egypt's track record for arresting bloggers and dissidents was widely known and suspicions had grown larger that there were advanced Western surveillan-

162

ce systems in operation. During the night, the Egyptian connections suddenly dropped and rumors about a complete shutdown started to spread« (Kullenberg 2013: 92). Bis auf eine Handvoll Ägypter, die über die Zugänge ihrer Arbeitgeber noch Internetzugang hatten, und die Verbindung der Börse in Kairo wurde Ägypten auf Anordnung von Husni Mubarak vom restlichen Internet getrennt. Als das Netz in Ägypten komplett blockiert wurde, bauten die Telecomix mit Modems und Servern, die den Modem-Datenfluss über Landleitungen aufnehmen konnten, eine Low-Tech-Internetinfrastruktur auf. Die Modems erhielt das Netzwerk auch von europäischen Internet Providern, die noch alte Modems auf Lager hatten und sie kostenlos zur Verfügung stellten (vgl. ebd.: 93). Die Nummern zum Einwählen über die Modems verbreiteten die Telecomix über alle verfügbaren Fax-Nummern des Landes. Die Modemverbindungen reichten nur für ca. 50 Nutzer, jedoch ermöglichten sie, dass Informationen von Aktivisten über das Internet in die Welt gelangten.

Darüber hinaus ließen sich die Telecomix noch andere Hilfsmaßnahmen einfallen: »We recruited amateur radio operators from around the globe to help establish radio communication. Working with Anonymous, we sent comms and medical information, including treatments for tear gas, to every fax machine in Egypt that we could find. We also set up a reverse fax service for transmitting news out of the country. Using the network tool nmap, we scanned the entire Egyptian IP address space to find a few thousand machines that were still up. We then injected human-readable messages into their web server logs« (Fein 2011).

In ebenso beeindruckender Weise aktiv war das Team Telecomix in Syrien während der dortigen staatlichen Netzüberwachung und blockade.

»They compromised vulnerable Cisco Systems-produced network switches to find other devices' passwords, snooped on open cameras revealing street scenes and even officials' desks, and at one point retrieved the log-in credentials for 5,000 unsecured home routers, which they used to insert [a] surveillance warning into browsers across the country: ›This is a deliberate, temporary Internet breakdown. Please read carefully and spread the following message. Your Internet activity is monitored.« Then the page switched to a white screen filled with instructions on using free encryption and anonymity

software like Tor and TrueCrypt to evade surveillance and censorship. Emblazoned above the text was a round, mysterious symbol: a star inside an omega, hovering over a pyramid surrounded by lightning bolts. Below it were written the words: »This is Telecomix. We come in peace« (Greenberg 2012).

Telecomix-Agents sammelten Informationen über die Überwachungsaktivitäten der syrischen Regierung, wobei unverhofft Produkte des amerikanischen IT-Sicherheitsunternehmens Bluecoat zum Vorschein kamen (**Nr. 26**). Diesen nicht-genehmigten Export von Überwachungstechnologien brachten die Telecomix an die Öffentlichkeit und sorgten damit für eine kontroverse Debatte (vgl. Kulenberg 2013: 92). Bluecoat dementierte, je eigene Technologien nach Syrien verkauft zu haben, und behauptete, nichts von ihrer Nutzung dort zu wissen. Dies ist jedoch fragwürdig, da die Produkte laut Experten durch Updates über die Server von Bluecoat auf den jeweils neusten Stand gebracht werden. Telecomix verstanden ihre Entdeckung der Bluecoat-Technologien in Syrien als Wendepunkt des eigenen Engagements: »Founded to fight for free speech, it now aims to also expose those who fight against that ideal, including any Western tech firm aiding the wrong side« (Greenberg 2012).

Wie Dahlberg-Grundberg in seiner Untersuchung zeigt, lassen sich neben der beeindruckenden Umsetzung von technologischen Taktiken auch Reibungspunkte innerhalb des Telecomix-Netzwerkes erkennen. Über komplexere politische Themen lasse sich nur schwer ein Konsens erreichen, weshalb eine vorausschauende strategische Planung nicht möglich sei und die Aktivitäten nach dem Do-ocracy-Leitprinzip sich auf Ad-hoc-Interventionen beschränkten. Darüber hinaus lassen sich trotz aller Offenheit anscheinend vorherrschende Positionen und etablierte Meinungen sowie etablierte Entscheidungsprozesse inoffizieller Art innerhalb des Netzwerkes ausmachen, die in einer organischen und selbstregulierenden Weise Einfluss darauf haben, welche Aktionen durch die Unterstützung des Netzwerkes realisiert werden und welche nicht. Bemerkenswert sei, dass sich, obwohl das Netzwerk von Anhängern als führungslos beschrieben werde, durchaus Führungspositionen etablieren könnten, jedoch beruhten diese eher auf der Entstehung von Vertrauen als auf demokratischen oder leistungsbasierten Prozessen. Dahlberg-Grundberg problematisiert diese ambivalente Beschreibung der Führungslosigkeit in treffender Weise »[A] discourse that emphasizes the absence of leaders and denies that any form of

164

authority exists in the first place may be more dangerous than any other form of authority as it may hide informal structures« (Dahlberg-Grundberg 2015: 13). In Befragungen machten Mitstreiter explizit, dass sie ihre Arbeit nicht in einem dichotomen Verhältnis zwischen On- und Offline verorten und Beschreibungsversuche, die diese Trennung implizieren, ablehnen. Die Initiativen der Telecomix zeigen geradezu paradigmatisch die Verflechtung von Technologien in die heutige politische Lebenswelt; sie veranschaulichen das Selbstverständnis der Telecomix als eines politisch-technischen Hybrids, was als Unterscheidungsmerkmal zu anderen politischen Initiativen proklamiert wird.

Brett Salomon, der Präsident der Menschenrechtsorganisation Access Now, formulierte ein bemerkenswertes Fazit der Arbeit der Telecomix in Bezug auf die Bluecoat-Enthüllungen. »Telecomix likely broke Syrian law. But some more traditional advocates appreciate their work. It crosses a line we wouldn't be comfortable crossing [...]. But sometimes it takes someone like Telecomix to put a spanner in the works« (Greenberg 2012). Sein Standpunkt legt nahe, dass selbst rein advokatorisch arbeitende Gruppen das transgressive Potential ungehorsamer Taktiken anerkennen und in einem Spektrum politischer Aktion als notwendige und supplementäre Alternative wertschätzen.

Zu identifizieren, welche Initiativen der Telecomix im Einzelnen als Akte digitalen Ungehorsams verstanden werden können, ist nicht ganz trivial, da nur schwer zu ermitteln ist, ob, wie, wann und durch wen tatsächlich ein Rechtskonflikt entstanden ist. Staatliche Maßnahmen wie Zensur, Internetblockaden oder der Einsatz von Überwachungssoftware wie im Fall von Bluecoat sind weniger selbst Gesetze als vielmehr Regelsetzungen, die technisch umgesetzt werden. Wie Lawrence Lessig es mit der Formel »Code is Law« (Lessig 2006: 1) ausgedrückt hat, kann man auch technische Regulation von staatlicher Seite als Form der regelsetzenden Politik auffassen, und im Fall umfangreicher staatlicher Zensur als Eingriff in die politische Freiheit von Bürgern. Initiativen wie jene der Telecomix, die darin bestehen, Zensur technisch zu umgehen, alternative Netzinfrastrukturen aufzubauen oder Überwachungsmaßnahmen aufzudecken, verstehe ich daher, obwohl sie als Rechtskonflikt womöglich schwer fassbar sind, durchaus als Kandidaten einer digitalen Form zivilen Ungehorsams. Jenseits der formalrechtlichen Perspektive sind sie eindeutig eine potentiell sanktionierbare Gegenmaßnahme zur Ausübung staatlicher Autorität.

Die technisch-politischen Interventionen der Telecomix bringen zum Vorschein, dass sich Grenzen der heutigen Welt nicht allein an den Umrissen nationaler Territorien, sondern gerade im Internet an der Frage des Zugangs zeigen. Welche Daten und Informationen veröffentlicht, gewusst und gar geteilt werden dürfen, ist zu einer entscheidenden Frage politischer Macht geworden und nicht minder ein Ansatzpunkt politischen Widerstands. Mit Fällen des ungehorsamen Teilens von Information befasst sich der folgende Abschnitt.

3.3. Copyriots. Ungehorsames Teilen und digitale Proteste gegen geltendes Urheberrecht

Das Internet stellt eine Infrastruktur bereit, die es ermöglicht, dass mediale Inhalte nicht mehr allein von professionellen Medieninstitutionen produziert und verbreitet werden. Internetnutzer können sowohl als Konsumenten wie auch als Produzenten von Inhalten agieren. Darüber hinaus können Medieninhalte nahezu mühelos und unbegrenzt kopiert und mit unzählig vielen anderen Personen geteilt werden (vgl. Groß 2009). Diese damit entstehende Kultur der Ko-Kreativität (vgl. Meikle 2010) und sozialen Produktion (vgl. Benkler 2006) ermöglicht neue Modelle der Medienproduktion und verbreitung, die sich als weltweit erfolgreich erweisen, wie Wikipedia, Youtube, Reddit oder Facebook. Was wir heute als *das Internet* sehen, sind zu weiten Teilen *soziale Praktiken* – Kulturtechniken der Nutzung digitaler Werkzeuge zur Produktion von Medieninhalten –, die in der Infrastruktur dieser neuen Medien entstehen. Stefan Münker hebt hervor: »Digitale Medien determinieren ihren Gebrauch nicht; digitale Medien entstehen erst durch ihren Gebrauch!« (Münker 2012: 27)

Vor diesem Hintergrund wird das Internet als Herausforderung für das bestehende Urheberrecht verstanden, die intellektuelle, moralische und rechtliche Dimensionen birgt. Aus Sicht der Medienindustrie wird die Digitalisierung häufig als Bedrohung wahrgenommen, da »one no longer requires great amounts of capital in order to produce, reproduce, modify, and distribute cultural objects« (Poster 2007a: 216). Der Konflikt zwischen Urheberrechtsverfechtern und Urheberrechtsgegnern wird häufig als *Copyright Wars* oder *Copyriots* bezeichnet und als paradigmatisches Feld des Aktivismus im digitalen Zeitalter beschrieben (vgl. Kapczynski & Krikorian, Gaëlle 2010: 57). Der Konflikt manifestiert sich einerseits als entschiedenes Vorgehen der Medienindustrie gegen

Urheberrechtsverletzungen durch Kampagnen, Unterlassungsanordnungen und Gerichtsprozesse. Andererseits zeigt er sich durch »aufrührerische Infragestellungen des traditionellen Copyrights« (Nuss 2006: 10) in aktivistischen Gegenkampagnen sowie einer sozialen Praxis des digitalen Ungehorsams, die im Netz weit verbreitet ist. Die etablierten Konventionen des Urheberrechts stehen in einem eklatanten Widerspruch zu sozialen Praktiken der digitalen Wissens- und Partizipationskultur. Die Auswirkungen der Rigidität des Urheberrechts, die diese Kultur in weiten Teilen kriminalisiert, werfen dabei grundlegende gesellschaftliche Fragen auf; zugespitzt formuliert: »What does it mean to a society when a whole generation is raised as criminals?« (Lessig 2008: xvii).

Es existieren zahlreiche neue Ansätze und Kulturen der Wissensverbreitung und Vermarktung, darunter Distributionsmodelle wie Netflix oder Spotify, das Creative-Commons-Lizenzmodell, das neue nicht-kommerzielle Nutzungsmöglichkeiten von Kulturgütern ermöglicht, oder die Open-Source-Bewegung, für die bereits in den frühen Tagen des Internets der freie und unbeschränkte Austausch von Information zur Netiquette gehörte (vgl. Nuss 2006: 41).

Vertreter der Open-Access-Bewegung sehen das derzeitige Urheberrecht an einem Scheidepunkt, der weitreichenden Einfluss habe: »We must invent an entirely new copyright law that rewards cultural creation but also fosters new forms of use/consumption and does not inhibit the development of new forms of digital cultural exchange that explore the new fluidity of texts, images, and sounds. Democracy would thereby be considerably extended« (Poster 2007b: 223f.).

Einerseits ist die Urheberrechtsdebatte von dieser Forderung nach einem völlig neuen, den digitalen Lebensbedingungen angepassten Urheberrecht geprägt. Andererseits beharren Musik- und Filmindustrie sowie Politik und Gesetzgeber in weiten Teilen auf dem Anspruch der umfassenden Durchsetzung des derzeitigen Urheberrechts. Entsprechend werden tatsächlich derzeit eher Instrumente zur Durchsetzung und Verschärfung umgesetzt als das Urheberrecht zu öffnen (vgl. Groß 2009: 205).

Urheberrechtsverstöße gehören dennoch zum Alltag der Netznutzung. Nur in seltenen Einzelfällen des illegalen Uploads oder Downloads werden Motive jedoch ausdrücklich kommuniziert. Ob es beim Download urheberrechtlich geschützter Daten allein um eine Kostenersparnis geht, also um rein persönliche

Interessen, oder um einen Ausdruck des Wunsches nach verändertem Urheberrecht, bleibt in den meisten Fällen zumindest individuell schwer prüf- und belegbar.

Fenwick McKelvey beispielsweise versteht Filesharing dennoch und unabhängig von der *Reinheit der Intentionen* als politischen Akt, da jeder Beteiligte unweigerlich an einem bestehenden Konflikt über das Urheberrecht Anteil nehme, indem er durch den Rechtsbruch, den er oder sie begehe, selbst angreifbar werde. Das Risiko, identifiziert und wegen einer Urheberrechtsverletzung angezeigt zu werden, sei ein Risiko, welches der Einzelne womöglich nicht bewusst eingehe, das jedoch Teil der Handlung an sich sei; und dies mache die Handlung zu einer politischen Aktion (vgl. Beyer 2014b: 9). Ohne dass dem Einzelnen dies bewusst sein müsse, sei jeder Filesharer Teil einer kulturellen Veränderung der Eigentumskultur. Online-Nutzerverhalten sowie Befragungen zeigen beispielsweise, dass sich besonders unter jungen Filesharern vom Urheberrecht abweichende Überzeugungen zu Eigentum und legalen Normen finden lassen, die für einen allgemeinen gesellschaftlichen Wandel stehen könnten. Eine Studie zeigt beispielsweise, dass die meisten Menschen im Alter zwischen 16 und 28 Jahren, die regelmäßig urheberrechtlich geschütztes Material herunterladen, sich bewusst sind, dass dies illegal ist. Nur 16 Prozent derselben Gruppe sehen ihre Handlung jedoch auch als *falsch* an (vgl. ebd.: 15).

Dies legt nahe, dass, selbst wenn sich Motivationen wie Eigeninteresse und das Anliegen einer Veränderung des Urheberrechts überlagern können, es durchaus um eine Dimension des Protests geht und damit um mehr als eine weit verbreitete Form der Kriminalität. In der Häufigkeit des bewussten Rechtsverstoßes wird sichtbar, dass das moralische Rechtsempfinden eines erheblichen Teils der Bürger und die Position von Staaten, die das geltende Recht als (moralisch) berechtigtes Urheberrecht verteidigen, aufeinanderstoßen.

Obwohl es sich bei Urheberrechtsverstößen also durchaus um eine Form des politischen Protests handeln kann, ist keineswegs in jedem Fall die Rede von zivilem Ungehorsam angebracht. Es gibt jedoch einige Fälle, die aus der Masse herausstechen und Licht ins Dunkel der Motivationslage bringen, weshalb sie als eindeutige Fälle digitalen Ungehorsams (und vielversprechende Kandidaten zivilen Ungehorsams) gegen geltendes Urheberrecht verstanden werden kön-

nen. Zwei beispielhafte Fälle sind der Grey Tuesday und der Fall von Aaron Swartz.

3.3.1. The Grey Tuesday

Ein erstes Beispiel (**Nr. 27**) der öffentlichen und ausdrücklichen Urheberrechtsverletzung, das explizit als ziviler Ungehorsam beschrieben wird, ist der sogenannte *Grey Tuesday* (vgl. Rimmer 2005: 40). Dabei ging es um die Verbreitung eines Albums des Künstlers *Danger Mouse*, das als *The Grey Album* bekannt wurde. Das Album ist ein Mashup – also eine künstlerische Verquickung – der Vokalspur von *The Black Album* des Rappers *Jay Z* und *The White Album* der *Beatles*. Die beiden Alben verarbeitete der Künstler nach eigenen Aussagen zu einer völligen De- und Rekonstruktion und investierte zwei Wochen Arbeitszeit in dieses Werk. Er ließ 3000 Kopien des Albums herstellen und verbreitete es über eine Website.

»I intended for it to be for friends and for people who knew my stuff. I figured it would get passed around, and it would be this little underground thing, but it kind of took off on its own« (Moody 2004), so der Künstler in einem Interview. Die Plattenfirma EMI, die die Rechte am Album der Beatles hält, übermittelte Danger Mouse eine Unterlassungsanordnung und forderte ihn auf, alle existierenden Kopien des Grey Albums zu zerstören. Danger Mouse willigte ein, die Distribution zu unterlassen. Er sah sich selbst nicht als Provokateur oder Übeltäter: »[It] was not my intent to break copyright laws. It was my intent to make an art project« (ebd.). Die Organisation Downhill Battle, die sich vielseitig aktivistisch in der Musikindustrie engagiert, unterstützte Danger Mouse und organisierte eine einflussreiche Protestaktion, die das Album vor einem Verbot schützte.

Als kollektiver Akt des digitalen Ungehorsams wurde das Album am 24. Februar 2004 von etwa 170 grau gefärbten Webseiten freiwillig und gegen den Willen der Plattenfirma EMI zum Download angeboten und tatsächlich über 100.000-mal heruntergeladen (EFF 2004). Innerhalb dieses einen Tages wurde das Album zur Nummer Eins der amerikanischen Charts.

Stolz erklärte die Organisation zu ihren Motiven: »Right now, thanks to everyone who participated in this protest, tens of thousands of people in the US and around the world are listening to DJ Danger Mouse's ›The Grey Album‹. Be-

cause the attempt to censor this record is one of the most clear-cut examples of what's wrong with current sampling rules, everyone who participated in the Grey Tuesday protest has sent a strong message in support of common-sense changes to copyright law« (Downhill Battle 2004).

Viele der Seitenbetreiber, die das vollständige Album kostenlos zum Download anboten, erhielten Unterlassungsanordnungen von EMI, doch weitere rechtliche Konsequenzen blieben aus.⁴⁴

Wie Lawrence Lessig feststellt, ist der Fall des Grey Tuesday paradigmatisch für die Kontroverse zwischen Urheberrecht und der digitalen Verarbeitung von kulturellen Inhalten (vgl. Rimmer 2005: 41). Der Protestfall des Grey Tuesday regte eine öffentliche Debatte an, in der beispielsweise Jonathan Zittrain, Direktor des Berkman Center for Internet and Society an der Harvard Law School, für die Überarbeitung des Urheberrechts plädierte:

»As a matter of pure legal doctrine, the Grey Tuesday protest is breaking the law, end of story. But copyright law was written with a particular form of industry in mind. The flourishing of information technology gives amateurs and home-recording artists powerful tools to build and share interesting, transformative, and socially valuable art drawn from pieces of popular culture. There's no place to plug such an important cultural sea change into the current legal regime« (Werde 2004).

Nicht nur im Bereich der künstlerischen Arbeit spielt das Urheberrecht eine restriktive Rolle für die Praxis des Teilens von Inhalten. Auch der intellektuelle Kosmos der Wissenschaft ringt mit dem Urheberrecht um Möglichkeiten und Grenzen des Zugangs zu Wissen und des Teilens von neuen Forschungserkenntnissen. Der Fall von Aaron Swartz veranschaulicht in außergewöhnlicher Tragik, wie erbittert der politische Kampf um den Zugang zu Information geführt wird.

⁴⁴ Die Electronic Frontier Foundation beschäftigte sich beratend mit dem Fall und kam zu der Schlussfolgerung, dass die rechtliche Lage für EMI zumindest uneindeutig sei. »Because the White Album was released in 1968, it appears that EMI has no federal copyright rights in the sound recording« (EFF 2004). Obwohl diese Ansicht umstritten zu sein scheint, vermutet die EFF, dass EMI in einem Prozess gegen die Initiatoren verloren hätte, da diese sich indirekt auf die sogenannte *Fair-Use*-Regelung hätten berufen können, die durchaus die nichtkommerzielle Weiterverwertung von Medieninhalten gestattet.

3.3.2. Aaron Swartz

Nach vielen Erzählungen über Aaron Swartz war er bereits als Jugendlicher eine Ausnahmeerscheinung, sowohl durch seine technische Begabung als auch durch seine außerordentliche Persönlichkeit. Lawrence Lessig beschreibt ihn mit den Worten: »the most insightful kid I've ever known« (Lessig 2013). Während der 26 Jahre seines Lebens arbeitete Swartz mit Größen wie Lessig, Tim Berner Lee oder Cory Doctorow zusammen. Mit 13 erhielt er den Entwicklerpreis *ArsDigita*, mit 14 schrieb er den Code für das RSS-Protokoll, mit 15 wirkte er als zentraler Entwickler im technischen Team der *Creative Commons* mit, eines Lizenzierungsmodells für kreative Inhalte zur geregelte Freigabe der weiteren Nutzung. Swartz war Mitentwickler von *Securedrop*, einem anonymen digitalen Briefkastensystem, und von *Reddit*, »the most popular crowd sourced news site on the web today« (ebd.). Darüber hinaus war Swartz an zahlreichen gemeinnützigen Organisationen und Initiativen beteiligt wie dem *Open Library Project*, *Change Congress* und zuletzt *Demand Progress*, einem Projekt, das sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt (vgl. Peters 2013).

Freier Zugang zu Information war für Aaron Swartz ein Anliegen, dem er bereit war sein Leben zu widmen. Bereits 2008 untersuchte und überwachte das FBI Swartz, da dieser mit einem Softwareskript 2.700.000 Dokumente aus dem Dokumentationssystem *PACER* extrahierte und der Öffentlichkeit kostenfrei zugänglich machte. Das Akronym *PACER* steht für *Public Access to Court Electronic Records* und umfasst die Dokumentation aller öffentlich zugänglichen Gerichtsverfahren in den Vereinigten Staaten von Amerika. Allerdings sind diese öffentlichen Daten, obwohl sie keinem Urheberrecht unterliegen, nur kostenpflichtig einzusehen. So wird jeder Nutzer der Datenbank pro abgerufener Seite mit einer Gebühr von 10 Cent belastet (vgl. Schultze 2011). Die von Swartz verbreiteten Dokumente haben einen Gegenwert von 1,5 Millionen Dollar, doch stellen sie insgesamt nicht mehr als ein Prozent des Gesamtarchivs dar. Seine Verbreitung der Dokumente verstieß weder gegen geltendes Urheberrecht noch gegen die Nutzungsbestimmungen von *PACER* noch gegen technische Schutzvorrichtungen des Systems, doch offensichtlich sorgte sie für viel Unmut unter den Administratoren des U.S. Courts. Das FBI wurde als Behörde zur Untersuchung der Angelegenheit herangezogen (vgl. Lee 2013),

was zumindest einen Konflikt mit staatlicher Autorität impliziert, der jedoch anscheinend keine Konsequenzen nach sich zog.

Zum Fall **(Nr. 28)** *United States of America vs. Aaron Swartz* kam es im Juli 2011 aufgrund von Anschuldigungen zu (ursprünglich) 13 Straftaten, die gegen sechs verschiedene Paragraphen des *Computer Fraud and Abuse Act* verstießen (von denen im Verlauf des Prozesses einige fallen gelassen wurden): Wire Fraud, Computer Fraud, Unlawfully Obtaining Information from a Protected Computer, Recklessly Damaging a Protected Computer, Aiding and Abetting und Criminal Forfeiture (United States District Court 2011).

Was Swartz *verbrochen* hatte, war, ca. 4,8 Million wissenschaftliche Artikel mithilfe eines selbstprogrammierten Skripts herunterzuladen – in etwa 80 Prozent des wissenschaftlichen Datenportals JSTOR, eines Non-profit-Online-Archivs (vgl. Butler 2013; vgl. JSTOR 2013).

Swartz war zwar Verfechter einer Urheberrechtsreform und propagierte den freien Zugang zu Wissen, jedoch wurde er nicht etwa wegen Urheberrechtsverletzung angeklagt. Die Anklage resultierte aus Verstößen gegen die *Nutzungsbedingungen* von JSTOR und gegen jene des MIT, an dem er die Artikel über einen Gastaccount heruntergeladen hatte (vgl. Sims 2011: 535; vgl. Constant 2013). Der 1986 geschaffene *Computer Fraud and Abuse Act* führt dazu, dass Verletzungen der Nutzungsbedingungen als kriminell angesehen und bestraft werden können. Zu welcher disproportionalen Anklagen diese Rechtslage führen kann, veranschaulicht der extreme Fall von Aaron Swartz wie kaum ein anderer. Dem jungen Aktivist und Softwareentwickler drohten 35 Jahre Haft und eine Million Dollar Geldstrafe. Swartz hatte bis zum Zeitpunkt der Anklage noch keinen der Artikel unrechtmäßig publiziert, seine genauen ursprünglichen Motive blieben sein Geheimnis, doch vermutete die Anklage, dass er die Artikel über Filesharing-Netzwerke zugänglich machen wollte.

Nach Verhandlungen mit JSTOR erklärte Swartz sich jedoch selbst bereit, die Artikel zurückzugeben. JSTOR selbst nahm die Klage zurück, die Staatsanwaltschaft verfolgte den Fall jedoch weiter. Schon nachdem man ihn als Verursacher des Massendownloads identifiziert hatte, wurde er festgenommen und sah sich seitdem der ständigen Überwachung des FBI ausgesetzt. Lessig schreibt in seinem Bericht über den Prozess: »The more they knew about Aaron the more vicious they became [...] they became more intent to fight to

172

make this an example. [...] You don't need to believe that Aaron was right, to see that what the government did here was wrong« (Lessig 2013). Die Strafverfolgungsbehörden hielten das 2008 von Swartz verfasste *Guerilla Open Access Manifesto* für einen Beweis seiner *verbrecherischen* Absichten. Dort heißt es:

»Information is power. But like all power, there are those who want to keep it for themselves. The world's entire scientific and cultural heritage, published over centuries in books and journals, is increasingly being digitized and locked up by a handful of private corporations. [...] ›I agree,‹ many say, ›but what can we do? The companies hold the copyrights, they make enormous amounts of money by charging for access, and it's perfectly legal – there's nothing we can do to stop them.‹ But there is something we can, something that's already being done: we can fight back.

Those with access to these resources – students, librarians, scientists – you have been given a privilege. You get to feed at this banquet of knowledge while the rest of the world is locked out. But you need not – indeed, morally, you cannot – keep this privilege for yourselves. You have a duty to share it with the world. [...]

But all of this action goes on in the dark, hidden underground. It's called stealing or piracy, as if sharing a wealth of knowledge were the moral equivalent of plundering a ship and murdering its crew. But sharing isn't immoral – it's a moral imperative. Only those blinded by greed would refuse to let a friend make a copy.

Large corporations, of course, are blinded by greed. The laws under which they operate require it – their shareholders would revolt at anything less. And the politicians they have bought off back them, passing laws giving them the exclusive power to decide who can make copies.

There is no justice in following unjust laws. It's time to come into the light and, in the grand tradition of civil disobedience, declare our opposition to this private theft of public culture.

We need to take information, wherever it is stored, make our copies and share them with the world. We need to take stuff that's out of copyright and add it to the archive. We need to buy secret databases and put them on the Web. We need to download scientific journals and upload them to file sharing networks.

We need to fight for Guerilla Open Access. With enough of us, around the world, we'll not just send a strong message opposing the privatization of knowledge – we'll make it a thing of the past. Will you join us?» (Swartz 2008)

Das Manifest enthielt einen Link zur Website Guerillaopenaccess.com. Swartz forderte mit dem dahinterstehenden Projekt die *Wissenselite* mit Zugang zu wissenschaftlicher Literatur auf, Artikel anonym hochzuladen, um diese öffentlich und kostenlos zugänglich zu machen. Auf einer Konferenz im Oktober 2010 proklamierte er: »In the same way people did civil disobedience, broke the rules for the civil right movement [...] it's actually a serious problem that the vast majority of the planet doesn't have access to accumulated scientific knowledge and I think it might be worth a little bit of shell scripting and breaking a couple rules to solve that problem« (zitiert nach Lessig 2013).

Noch bevor es zur Verurteilung kam, beging Swartz im Januar 2013 Selbstmord. Lawrence Lessig, prominenter Vertreter der Open Access Bewegung und Freund von Swartz, verdeutlichte in einer Rede an der Harvard Law School aus seiner Sicht, warum Aarons Handeln als mutiger Akt zivilen Ungehorsams zu sehen sei, obwohl es sich maßgeblich von bekannten Fällen zivilen Ungehorsams unterscheide (vgl. ebd.). Ungehorsam gegen Urheberrecht (und in Swartz' Fall der Verstoß gegen den Computer Fraud and Abuse Act) geschehe im Geheimen und die verhängten Strafen seien so hoch, dass die Ungehorsamen diese nicht auf sich nehmen *können*. Darüber hinaus sei der verursachte Schaden fraglich, da beim Kopieren der Daten weder körperlicher Schaden an einer Person noch sachlicher Schaden an Computern noch eindeutiger finanzieller Schaden zu erwarten sei (was anscheinend auch JSTOR anerkannte). Ein bemerkenswerter Punkt, den Lessig hervorhebt, ist der, dass Swartz nicht etwa kommerzielle Datenbanken öffentlich zugänglich machte, sondern Daten, die ohnehin bereits für öffentliche Nutzung bestimmt waren, so dass die Nutzungsrestriktionen nicht *im Interesse der Allgemeinheit* lagen, sondern sich vielmehr *gegen das Interesse der Allgemeinheit* richteten. Swartz verstieß nach Lessigs Auffassung durch die Nutzung von *Schlupflöchern* gegen unsinnige und dem Allgemeinwohl schädliche Gesetze und widersetzte sich damit korrupten Verbindungen zwischen der Urheberrechtsindustrie und der amerikanischen Gesetzgebung (vgl. ebd.). Wie die Electronic Frontier Foundation fordert Lessig im

Andenken an Swartz unter dem Titel *Aaron's Law* eine Reform des »drakonischen« Computer Fraud and Abuse Act. Die Kongressabgeordnete Zoe Lofgren veröffentlichte diesen Gesetzesentwurf zunächst auf Reddit, wo der Text von tausenden Menschen kommentiert und verbessert wurde, bevor sie den Entwurf im Kongress einreichte.⁴⁵

Zwischenfazit. Erstens: Was digitale Formen des Ungehorsams von bisherigen unterscheidet

Die ersten drei Kapitel dieser Arbeit haben zahlreiche und recht unterschiedliche Fallbeispiele digitalen Ungehorsams versammelt und ihre politischen Akteure in ihrer eigenen Sprache und ihren technisch-politischen Handlungen sowie den ihnen zugehörigen Argumenten zu Wort kommen lassen. Einerseits werden in vielen Fällen Anknüpfungspunkte zum bestehenden Verständnis zivilen Ungehorsams hergestellt, andererseits zeigen sich jedoch auch gravierende Indizien einer Neuerfindung. Das wirft zwei Fragen auf: erstens die, in welcher Weise digitaler Ungehorsam etwas Neues und Eigenes als Protestform mit sich bringt, und zweitens die, ob und (wenn ja) warum der Begriff des zivilen Ungehorsams nach wie vor die beste Beschreibung dieser widerständigen Form digitalen politischen Handelns ist.

Die Entwicklung des Ungehorsams im Digitalen zeigt insgesamt eine Veränderung an, die von manchen als neue Form politischen Handelns gedeutet wird (Lagasnerie 2016: 11). Wie ich im zweiten Teil dieses Zwischenfazits erörtere, lassen sich Eigenheiten des digitalen Ungehorsams bestimmen, die das bisherige Verständnis von zivilem Ungehorsam tatsächlich herausfordern. Ich werde jedoch die Ansicht vertreten, dass dies gerade die Transformation unseres Verständnisses von zivilem Ungehorsam erfordert und nicht notwendigerweise nach einer neuen Kategorie verlangt.

Zuvor möchte ich aber hier die Frage stellen, wodurch sich dieses *Neue* des

⁴⁵ Aarons Beispiel folgte 2011 Alexandra Elbakyan aus Kasachstan. Sie gründete als Protest auf die eingeschränkte Zugänglichkeit wissenschaftlicher Veröffentlichungen die Plattform *Sci Hub*, auf der sie Millionen wissenschaftlicher Artikel rechtswidrig zugänglich machte. Der *Elsevier Verlag* ging juristisch gegen sie vor und erwirkte mithilfe einer Beschwerde bei dem chinesischen Domain-Betreiber der Plattform, dass die Seite nicht mehr erreichbar ist (vgl. Murphy 2016; vgl. Wikipedia.org).

ungehorsamen Handelns im Digitalen allgemein auszeichnet und welche Fragen und Konsequenzen es mit sich bringt. Der Frage, was digitalen Ungehorsam allgemein ausmacht, muss freilich zunächst mit Vorsicht begegnet werden, da, wie erläutert, ziviler Ungehorsam nur im Verhältnis zur jeweiligen Gesetzeslage als solcher verhandelbar wird. Während in manch einem Staat bereits eine Meinungsäußerung zivilen Ungehorsam darstellt (etwa im Fall von Gopalan Nair), sind es in anderen Staaten wesentlich gravierendere Taten, die in Betracht kommen.

Digitaler Ungehorsam ist eine sozio-technische Praxis des politischen Handelns, die teils symbolisch, teils disruptiv oder invasiv, teils eigenmächtig politische Maßnahmen beeinflusst. Digitaler Ungehorsam lässt sich demnach nicht als homogene soziale Praxis beschreiben, bringt jedoch als spezifische hybride Interaktion mit digitalen Medien allgemein eine Veränderung mit sich.

Meine grundlegende These ist diese: Der partizipative und teils dezentrale Charakter digitaler Medienökologien erlaubt den digital Ungehorsamen potentiell eine neue *Direktheit des Protests*, birgt also ein hohes Potential, selbst durch digitale Handlungen in politisches Geschehen einzugreifen, insbesondere im Sinne der Umsetzung einer Do-ocracy in Abhängigkeit von den eigenen technischen Möglichkeiten und Fähigkeiten (vgl. Suehle 2011). Digitale Medien, die in weiten Teilen die Infrastruktur der heutigen Wissenskultur und politischen wie sozialen Lebenswelt ausmachen, erlauben potentiell einen hohen Grad der Wirksamkeit der Intervention, indem sie eine neue Unmittelbarkeit der extrainstitutionellen Politik ermöglichen. Diese Unmittelbarkeit des Protests kommt beispielweise zum Vorschein, wenn das Zentrum für Politische Schönheit keine Blockade vor dem Familienministerium initiiert, um für eine andere Flüchtlingspolitik zu plädieren, sondern Mitbürger wie Entscheidungsträger durch eine täuschend echte Webseite unmittelbar in einen öffentlichen Konflikt involviert (siehe Kapitel 1.3). Aaron Swartz hat keine Petition zur Freigabe wissenschaftlicher Artikel initiiert oder mit Studenten die Bibliotheken blockiert, sondern den *direkten digitalen Weg* gewählt, der nicht nur seine Missbilligung der Unzugänglichkeit von wissenschaftlichem Wissen ausdrückt, sondern aktiv darauf abzielt, diesem Missstand abzuhelpen (siehe Kapitel 3.3.2). Sicherlich ist nicht für jedes politische Anliegen der digitale Weg der unmittelbarste. Mit Blick auf die besprochenen Fallbeispiele lässt sich jedoch argumentieren, dass digitale

Taktiken sich entweder durch das direktere Involvieren der Öffentlichkeit, durch eine direktere Provokation von mächtigen Institutionen oder durch ein gezieltes eigenmächtiges Handeln auszeichnen, die auf die Offenlegung, Kritik oder Behebung eines Missstandes abzielen.

In bestimmten politischen Konstellationen verleihen digitale Technologien Bürgern das Handlungspotential, aktiver in politische Missstände einzugreifen, als dies mittels etablierter Alternativen der extrainstitutionellen Politik möglich wäre. Digitale Technologien als soziale und politische Infrastrukturen sind ein Medium der Macht, indem sie Wissen repräsentieren, speichern oder schützen, das aufgrund der dezentralen Beschaffenheit digitaler Medien potentiell anastbarer ist. Die teilweise Dezentralität von digitalen Medien begünstigt eine neue Vulnerabilität im Vergleich zu Massenmedien, die sicherlich auch störbar, jedoch viel weniger anfällig für distribuierte oder invasive Interventionen sind. In einer digitalen Medienökologie ist die Intervention digitalen Ungehorsam hingegen eine Frage der kollektiven und individuellen Kompetenz.

Innerhalb der digitalen Medienökologie ungehorsam zu agieren, ist dennoch keineswegs einfach oder aufgrund technischer Konventionen oder gesellschaftlicher Strukturen naheliegend. Der Großteil digitaler Handlungen ist von digitalem Gehorsam im Sinne von marktwirtschaftlich wie staatlich gesteuerten Nutzungskonventionen bestimmt. Es erfordert ein umfassendes Geschick und Verständnis der infrastrukturellen, kulturellen, oder politischen Dynamiken und ein hohes Maß an Kreativität und individueller oder kollektiver Intelligenz, dieses System in unerwarteter und ungehorsamer Weise im Interesse eines politischen Ziels zu stören.

Aufgrund dieses hohen Anspruchs an jene, die erfolgreich digitalen Ungehorsam üben, erhebt sich die Frage, ob digitaler Ungehorsam in seiner Durchführung tendenziell undemokratischer ist als andere politische Strategien, da die Partizipation häufig eine hohe Medien- und Handlungskompetenz voraussetzt. Mit anderen Worten: Wird die Umsetzung der Do-ocracy durch digital Ungehorsame pluralistischen demokratischen Ansprüchen gerecht oder überwiegt eine problematische Tendenz der avantgardistischen und paternalistischen Politik?

Es ist durchaus bezeichnend, dass sich unter den dargestellten Fällen Ausnahmetalente im Umgang mit digitalen Technologien finden, wie Aaron Swartz,

Julian Assange, Jeremy Hammond oder Phil Zimmermann. In diesen Fällen geht die spezifische digitale Medienkompetenz weit über die kompetente Nutzung von Technologien hinaus und umfasst ein spezifisches, exklusives Wissen oder Können. Weiter lässt sich beobachten, dass in jenen Fällen, wo eine breitere Partizipation möglich ist, z.B. im Fall von DDoS-Aktionen oder der ITAR-Civil-Disobedience-Kampagne, eine Kompetenzasymmetrie zwischen den Initiatoren (oder einer kleinen Kerngruppe) und den Teilnehmern des Ungehorsams besteht. Im ersten der beiden Fälle mussten die zahlreichen Partizipierenden nicht mehr tun als ein Online-Formular auszufüllen, und auch DDoS-Tools ermöglichen eine ähnlich niedrigschwellige Nutzung. Fraglich ist jedoch, ob alle Mitstreiter gleichermaßen selbstbestimmt und als ebenbürtige politische Subjekte digitalen zivilen Ungehorsams üben und ob dieses asymmetrische Kompetenzverhältnis seinerseits demokratischen Ansprüchen der politischen Teilhabe gerecht wird.

Traditionell steht die Teilnahme an etablierten Taktiken zivilen Ungehorsams *jeder Person* offen, die willens ist zu partizipieren. Digitale Formen zivilen Ungehorsams erfordern jedoch, zumindest tendenziell, komplexere und exklusivere Fähigkeiten, die zumindest derzeit nicht allen Mitbürgern ohne weiteres zur Verfügung stehen. Die Frage, die sich hier stellt und die sich auch die Ungehorsamen des digitalen Zeitalters stellen müssen, ist die folgende: Ist die Teilnahme an der Durchführung digitalen zivilen Ungehorsams eine Frage des freien Willens und der politischen Überzeugung oder zunächst eine Frage des Könnens? Kann prinzipiell jeder gleichberechtigt partizipieren, oder zeigt sich nicht vielmehr die Tendenz, dass die Teilnahme exklusiv jenen vorbehalten ist, die eine hohe Technikaffinität und technische Kompetenz einbringen können, so dass letztlich in diesem Sektor des politischen Handelns besonders hohe Partizipationshürden wirksam sind?

Anonymous oder die Telecomix können als »fluid skill zones« (Lévy 1999: 217) des Hackens und Hacktivismus verstanden werden, innerhalb derer Wissen vermittelt wird, doch bleibt fraglich, wie demokratisch zugänglich diese Zonen der Praxis tatsächlich für weniger technikaffine Mitbürger sind.

Die Vision des Critical Art Ensemble, der zufolge Individuen und kleinere Gruppierungen als autonome Zellen weitreichende Entscheidungen treffen und durch ihr Handeln wirkungsvolle politische Konsequenzen provozieren, scheint

zumindest zum Teil zur Realität des digitalen Ungehorsams geworden zu sein (vgl. Critical Art Ensemble 1996: 23).

So demokratiefördernd die Absichten und möglicherweise auch die tatsächlichen Konsequenzen des Handelns technisch versierter digital Ungehorsamer sein mögen, muss einerseits dennoch kritisch hinterfragt werden, welche Folgen und möglichen Demokratiedefizite damit einhergehen, dass nicht jeder Bürger über die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt, digitalen zivilen Ungehorsam zu üben oder ihn auch nur zu verstehen. Andererseits lässt sich ebenso argumentieren, dass jene, die über exklusive Kenntnisse oder Fähigkeiten verfügen, die sie im Sinne des Wohls einer Gemeinschaft einsetzen können, möglicherweise gar verpflichtet sind, diese anzuwenden, sofern es keine Möglichkeit gibt, dieselbe Handlung kollektiv, d.h. unter Bedingungen extensiver Partizipation zu verwirklichen. Es lässt sich auch fragen, ob die asymmetrische Verteilung der digitalen Medienkompetenz nicht einen Mangel an allgemeiner Medienbildung in einer Gesellschaft anzeigt, wenn Mitbürger an anspruchsvolleren politischen Interventionen im Digitalen nicht teilnehmen können oder nicht in der Lage sind, diese nachzuvollziehen.

Wie Isin und Ruppert feststellen, sind digitale Proteste jedoch keineswegs gänzlich neue und von bekannten Anliegen der Gesellschaft getrennte politische Konfliktfelder. Viele Formen des digitalen Protests teilen im Kern eine Abstammungslinie mit Anliegen bekannter sozialer Kämpfe »against racism, misogyny, inequality, exploitation, xenophobia, homophobia, and other forms of oppression and injustice that defined the twentieth century [...] as the expansion of the meaning and function of citizenship rights« (vgl. Isin & Ruppert 2015: 147). Teilweise setzen sie bekannte Kämpfe für Bürgerrechte, die Gleichberechtigung von Frauen und Homosexuellen, Anliegen der Umweltbewegung oder Fragen sozialer Gerechtigkeit fort. Indem mit und durch Informationstechnologien für diese bekannten Ziele eingestanden wird, setzen Aktionen politische Konventionen dieser bestehenden Kämpfe neu um, wobei ihre Ziele und Vorstellungen gesellschaftlich bereits verankert sind (vgl. ebd.: 147).

Abgesehen von diesen etablierten politischen Kämpfen des letzten Jahrhunderts ist es vor allem ein dem Zeitalter der digitalen Informationstechnologien genuiner Leitgedanke, der (nicht nur) für die Ungehorsamen des Informationszeitalters tragende Überzeugungen und Handlungsprinzipien zusammenbringt.

Dieser Leitgedanke wird begrifflich gefasst als *digital commons*, also als das Gemeinwohl einer digitalen Gesellschaft, »a commons produced by the participation of creators and commoners« (vgl. ebd.: 149).⁴⁶

Die Forderungen der digital Ungehorsamen zeigen eine neue Konzentration auf Anliegen, die sich im Zusammenleben in einer digitalen Medienökologie ergeben und als allgemeine Forderung »to produce, disseminate and share digital information« (vgl. ebd.: 163) zu verstehen sind. In Verbindung mit der Idee des digitalen Gemeinwohls sind es vor allem drei Rechte, die wiederkehrend eingefordert werden: »Expression, access and privacy« (vgl. ebd.: 159). Die Tatsache, dass sich wenige Beispiele digitalen Ungehorsams finden lassen, die nicht an die Forderungen nach freier Meinungsäußerung, Zugang zu Information oder Schutz der Privatsphäre anknüpfen, kann als Indiz dafür verstanden werden, dass viele der Ungehorsamen des Informationszeitalters Überzeugungen teilen, die über isolierte Anliegen hinausgehen und (in unterschiedlicher Weise und Intensität) im Kontext dieser Leitgedanken stehen.

Diese Forderungen sind dabei keineswegs zwangsläufig ein Anliegen im Sinne einer netzpolitischen Elite, sondern haben eine essentielle Funktion für die Neubestimmung und Umsetzung von zivilen Bürgerrechten im Zeitalter digitaler Technologien. Dass sie sich spezifisch auf Konflikte beziehen, die die Freiheiten und Einschränkungen von Bürgern im Digitalen betreffen, macht sie keineswegs weniger politisch.

Es handelt sich also nicht um *digitale Prinzipien*, sondern um allgemeingültige *politische* und vor allem *demokratische* Prinzipien einer gemeinsamen Welt, die keineswegs als neue Anliegen zu sehen sind, sondern deren Bekräftigung für die Macht- und Ohnmachtsstrukturen, die das Internet manifestiert, *erneut und*

⁴⁶ Die Idee eines digitalen Gemeinguts und digitalen Gemeinwohls entwickelte sich früh in der Open-Source-Bewegung, die die Möglichkeiten des digitalen Handelns über ihre konstruktiven Errungenschaften massiv mitgestaltet hat. Richard Stallmans Erfindung des *copyleft* stellt ein Pioniererfindung des digitalen Gemeinwohls dar, als eine Softwarelizenz, die allen Nutzern die Möglichkeit gibt, eine Software kostenlos zu teilen und auch zu modifizieren, doch gleichzeitig verbietet, diese Software proprietär zu nutzen. Gleichermaßen treibt die Idee der *digital commons* auch die Anti-Copyright-Bewegung an, die Standards wie *Creative Commons* ins Leben gerufen hat, eine Nutzungslizenz, die Kreativen die Möglichkeit gibt, die Rechte für die weitere Nutzung ihrer kreativen Produkte selbst zu spezifizieren. Beide Modelle sind heute etablierte Konventionen der Lizenzierung von Kulturgütern und Alternativen zum klassischen Urheberrecht. 2009 wurde unter dem Pseudonym Satoshi Nakamoto *Bitcoin* erfunden: eine neue Konvention für Geldtransaktionen, die ohne eine intermediäre Partei, etwa eine Bank, eine Transaktion ermöglicht (vgl. ebd.: 151).

neu eingefordert wird. Der Schutz der Privatsphäre als bereits etabliertes Recht ist beispielsweise auf neue Weise durch die Verbreitung und Vernetzung von Informationstechnologie bedroht, da diese individuelle wie kollektive Daten nachvollziehbar, aggregierbar und analysierbar machen, wodurch völlig neue Maßstäbe und Möglichkeiten der Überwachung entstehen (vgl. Lyon & Bauman 2013).

Die Tatsache, dass diese Prinzipien wiederkehrend als geteilte Überzeugungen zum Ausdruck gebracht werden, lässt zwar nicht den Schluss zu, dass sie für alle Beteiligten gleichermaßen als handlungsleitend vorauszusetzen sind. Bemerkenswert ist dennoch, dass sich Verflechtungen der Akteure untereinander beobachten lassen und dass eine Interkonnektivität von Taktiken, Techniken, Anliegen und Themen digitalen Ungehorsams sichtbar wird, die als Inspirationen und Konventionen weitergegeben werden. In manchen Fällen scheinen einzelne Initiativen relativ unabhängig voneinander und zu unterschiedlichen Anliegen aktiv zu werden (vgl. Sauter 2013b: 76). In anderen stellt sich heraus, dass ungehorsame Initiativen voneinander wissen, sich gegenseitig inspirieren und aneinander orientieren, miteinander kommunizieren und gar kollaborieren oder sich bewusst gegeneinander abgrenzen. Diese undurchsichtige fluide Kultur, kombiniert mit ernst zu nehmenden Kompetenzen der digital Ungehorsamen, ist möglicherweise auch ein Grund dafür, weshalb staatliche Behörden ein gesteigertes Interesse zeigen.⁴⁷

Auch die Verfolgung und Bestrafung von digitalem Ungehorsam kann mit dieser höheren Anforderung an das ungehorsame Handeln im Digitalen in Zusammenhang gebracht werden. So wie King aufgrund seiner besonderen Fähigkeit, Massen zu begeistern und zu inspirieren, vom US-amerikanischen FBI als potentiell *gefährlich* angesehen wurde, sind die digital Ungehorsamen der letzten Jahrzehnte zwar womöglich nicht alle gleichermaßen charismatische politische Figuren, verfügen jedoch häufig in irgendeiner Weise über außergewöhnliche individuelle oder kollektive Fähigkeiten. Mit diesen Fähigkeiten geht mitunter ein reales Potential einher, dass auch zu wesentlich massiveren Maßnahmen und Interventionen befähigen würde. Phänomene wie Anonymous

⁴⁷ Siehe hierzu beispielsweise die Studienreihe des BKA zu Hacktivisten, die durchgeführt wurde, obwohl man bald erkannte, dass es sich nicht um eine »signifikante Bedrohung mit ausgeprägtem Schadenspotential handelt« (Füllgraf 2016: 35).

oder The Pirate Bay erwecken daher in einem unverhältnismäßigen Maße die Aufmerksamkeit von staatlichen Behörden, weil sie ihnen durch ihre Kompetenz und Prägung durch digitale Subkulturen als undurchschaubare, und möglicherweise unberechenbare Akteure oder gar politische Gegner erscheinen. Um digitalen Ungehorsam zu üben, legen diese Akteure mitunter Fähigkeiten an den Tag, die Staaten und Unternehmen nur dann befürworten, wenn sie sie exklusiv in ihren Dienst nehmen können. Ein versierter Hackerangriff ist daher nicht nur durch seine faktische technische Invasion eine Provokation, sondern aus Sicht von Unternehmen und Behörden womöglich auch deshalb, weil er ein exklusives Wissen vorführt, das diese Institutionen für sich beanspruchen und schützen.

Dies mag einer der Gründe dafür sein, dass anerkannte Fortschritte im rechtlichen Umgang mit zivilem Ungehorsam sich für digitale Akte eher ins Gegenteil verkehren. Die Entwicklung von technisch versierten Hackern zu politischen Akteuren hat ihr öffentliches Ansehen gewandelt und eine Tendenz der Kriminalisierung erzeugt. Zu erklären ist diese auch dadurch, dass, wie Isin und Ruppert meinen, »the performative and imaginary force of their acts come up against the force of law« (vgl. Isin & Ruppert 2015: 165). *Der Hacker* steht nahezu generell unter Kriminalitätsverdacht (vgl. Züger & Haase 2016a), und tatsächlich rechtswidrige Akte werden nicht als zivile und politische Form des Ungehorsams gedeutet, sondern beunruhigend vorschnell mit kriminellen oder terroristischen Taten in Zusammenhang gebracht (vgl. Conway 2003; Manion & Goodrum 2000). Ein weiterer Grund für diesen Bias zugunsten einer Kriminalisierung ist womöglich darin zu sehen, dass die (in den letzten Jahren beachtlich gewachsene) Sicherheitsindustrie von einem diffusen Gefahrenszenario profitiert – einem ungewissen und unberechenbaren Angreifer ist mit entsprechend aufwendigen Schutzmaßnahmen der IT-Sicherheit zu begegnen.

Die fehlende körperliche Präsenz der ungehorsamen Akteure wird ihnen häufig als Mangel an politischer Ernsthaftigkeit ausgelegt (vgl. Meikle 2002a: 143) oder fälschlicherweise als sicherer und weniger riskant eingeschätzt (vgl. Ziccardi 2013: 31). Dieser Eindruck ist trügerisch. Digitaler Ungehorsam kann, trotz der physischen Entkoppelung, zu massiven und unmittelbaren Konsequenzen wie einer Durchsuchung, Inhaftierung und Bestrafung führen. Im Vergleich zu den Konsequenzen, die traditionelle Formen zivilen Ungehorsams

nach sich ziehen, sind die Strafen für digital Ungehorsame (man denke an Manning, Hammond oder Swartz) oft abschreckend hoch. Die Vorsicht, die das Recht im Umgang mit klassischen Formen des zivilen Ungehorsams zumindest teilweise an den Tag gelegt hat, scheint in Bezug auf digitalen Ungehorsam durch Abwehr und Skandalisierung ersetzt zu werden, was einerseits anzeigt, wie prekär und umkämpft diese Praxis ist, andererseits jedoch auch ihre politische Relevanz hervorstreicht.

Digitaler Ungehorsam in all seinen Formen ist abzugrenzen von gänzlich geheimen Gesetzesbrüchen und allen Bereichen der konventionellen Cyberkriminalität, bei denen ein privates Interesse oder eigener Gewinn als Motivation überwiegen und die Öffentlichkeit aktiv, langfristig und nachhaltig vom Geschehen ausgeschlossen wird.

Ebenso deutlich ist digitaler Ungehorsam von Cyberterrorismus abzugrenzen, obwohl es diesem womöglich ebenfalls um die Beförderung politischer Ziele oder Gewissensüberzeugungen geht. Cyberterrorismus ist jedoch von zivilem Ungehorsam durch einen anderen Stellenwert der Gewaltanwendung zu unterscheiden, insoweit er nämlich die Absicht der Ängstigung, Einschüchterung und Schädigung einer Gesellschaft verfolgt. Diese Unterscheidung ist in dieser abstrakten Form eindeutig und wichtig, in der Praxis ist sie jedoch umkämpft und leicht zu instrumentalisieren. Die Einordnung einer Person als Sicherheitsrisiko oder gar als Terrorist ist keineswegs eine neutrale oder evidente, sondern, wie wir im Rückblick auf die Verfolgung Martin Luther Kings eindeutig sehen, durchaus auch eine politisch motivierte Zuschreibung.

Matthew Crosston führt die verstörende Unverhältnismäßigkeit der Kriminalisierung von digital Ungehorsamen auf ein diffuses Ohnmachtsgefühl der Gesetzgeber und staatlichen wie privatwirtschaftlichen Unternehmen im Umgang mit digitalem Ungehorsam zurück, das daher rühre, dass diese sich kein kohärentes und konsistentes Bild ungehorsamer digitaler Protestphänomene machen könnten. »Where crowds can be oppressed by force, cyber vigilantism can only be reacted to in defensive manners, giving an additional edge to the cyber civil disobedient. It's a disturbing reality to lawmakers, corporations, and governments« (Crosston 2017). Diese Beunruhigung staatlicher Behörden resultiere auch aus dem grenzüberschreitenden Charakter des digitalen Ungehorsams; die empfundene Ungreifbarkeit der politischen Akteure führe zu har-

tem Durchgreifen, wenn man sie doch einmal fassen könne (vgl. Conway 2003).

Die Kontroverse über die folgenreiche Deutung von politischen Rechtsbrüchen begleitet zivilen Ungehorsam von Anbeginn und erhält mit dessen digitalen Formen eine neue Brisanz. Zwischen der wahrgenommenen Bedrohung und den Absichten von digital Ungehorsamen lässt sich ein asymmetrisches Verhältnis feststellen (vgl. Züger et al. 2015: 124), das zu der beschriebenen Ungleichbehandlung von zivilem Ungehorsam in digitalen und nicht-digitalen Kontexten führen kann. Der einzige Ausweg aus dieser offensichtlichen Diffusion und Verunsicherung ist nicht die vorschnelle, offensive und abschreckende Bestrafung, sondern die tiefere und offenere Auseinandersetzung, zu der diese Arbeit einen Beitrag leisten will.

Die Frage, ob und in welcher Weise Taktiken digitalen Ungehorsams demokratischen Ansprüchen gerecht werden bzw. welche Herausforderungen, Grauzonen und Schwächen die aktivistischen Neuinterpretationen für ein heutiges Verständnis zivilen Ungehorsam mit sich bringen, ist hier nicht abschließend zu klären. Ich werde jedoch im Kapitel Kapitel 7 auf genau diese Frage zurückkommen und fünf Aspekte diskutieren, die ich als herausfordernde Transformationen ansehe. Zunächst erfordert die Klärung dieser Frage jedoch eine Auseinandersetzung mit Definitionen und Rechtfertigungsargumenten zivilen Ungehorsams (hierzu komme ich in Kapitel 4 und Kapitel 5 und ebenso mit der Frage, welches Verständnis von Demokratie hier ausschlaggebend ist. Diese Frage wird ebenfalls in Kapitel 5 behandelt.

Nachdem dieser erste Teil des Zwischenfazit sich der Frage gewidmet hat, welche spezifischen Eigenheiten digitaler Ungehorsam gegenüber anderen Formen aufweist, wendet sich der zweite Teil nun der Frage zu, warum es dennoch sinnvoll ist, diese Taktiken innerhalb der Kategorie des zivilen Ungehorsams zu diskutieren und nicht von einer neuen Form des politischen Handelns zu sprechen.

Zweitens: Warum wir trotzdem von zivilem Ungehorsam im Digitalen reden sollten

Ein erstes Argument dafür, den normativen Begriff des zivilen Ungehorsams

eher deskriptiven oder normativ ambivalenteren Begriffen wie jenem des Hacktivismus vorzuziehen, ist, dass er die politische Dimension der jeweiligen Handlung vor Augen führt.

Der Begriff des zivilen Ungehorsams dient als Markierung einer außerordentlichen politischen Intervention, die öffentliche Aufmerksamkeit einfordert – was andere Konzepte nicht im gleichen Maß leisten. Es mag große Kontroversen geben, *welche* Merkmale ziviler Ungehorsam genau zu erfüllen hat und welche Rechtsbrüche sich überhaupt als ziviler Ungehorsam qualifizieren lassen, doch scheint es einen tragfähigen, historisch angereicherten Konsens darüber zu geben, *dass* es zivilen Ungehorsam gibt. Dem Begriff des zivilen Ungehorsams haftet zumeist die Annahme an, dass er einen Wert für menschliche Gemeinschaften hat, obwohl er auf einem absichtlichen Rechtsbruch der Gesetze derselben menschlichen Gemeinschaft basiert. Einerseits beruht diese Annahme auf einer moralisch-normativen Behauptung, die dem Begriff eingeschrieben ist. Andererseits zeigt das Risiko, das die Ungehorsamen auf sich nehmen, eine *Tiefe des Protests* an, die den Mitbürgern abverlangt, das Anliegen der Ungehorsamen als Ausdruck außergewöhnlicher Politik zu würdigen und ihm entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken (vgl. Smith 2013: 54).

Ein zweites Argument ist die umfangreiche Denktradition, die der Begriff mit sich bringt. Seine Bedeutung und Rechtfertigung sowie seine Grenzen, Potentiale und Gefahren für menschliche Gemeinschaften wurden von unzähligen Denkern und Denkerinnen hinterfragt, was auch für digitale Praktiken, ungeachtet ihrer herausfordernden Eigenheiten, einen reichen Schatz an bestehender Reflexion bietet. Auch wenn digitale Praktiken viele neue Fragen aufwerfen, die für zivilen Ungehorsam so noch nicht gestellt wurden, kann die heutige Debatte von bestehenden Auseinandersetzungen profitieren – selbst wenn dies bedeutet, sich von dem dominierenden Verständnis zivilen Ungehorsams abzugrenzen.

Ein drittes Argument für ein Weiter- und Neudenken des zivilen Ungehorsams ist, dass der Begriff sich über seine bisherige Geschichte hinweg als außerordentlich dynamisches und offenes Konzept bewährt hat. Ziviler Ungehorsam bringt eine Unbestimmtheit mit sich, die verhindert, dass eine spezifische Taktik oder ein spezifischer Kontext ihn auf eine Handlungsweise festschreibt. Gleichzeitig ist ziviler Ungehorsam, wie ich zeigen werde, mit einem bleibenden

Anspruch an diese Form politischen Handelns verbunden, der ihn auch im digitalen Zeitalter durch seine politische Qualität von anderen Aktionsformen unterscheidet. Digitale Innovationen des zivilen Ungehorsams erproben selbst die konventionellen Grenzen des Konzepts: »[O]nly in its push forward, almost beyond itself, to the point of becoming something else altogether, that civil disobedience maintains its full importance« (Celikates & De Zeeuw 2015: 211). Diese intrinsische Ambivalenz hält eine fortlaufende Überprüfung und Fortentwicklung des Begriffs in Gange und fordert jede Generation aufs Neue auf, ihn zu hinterfragen, zu überdenken und neu mit Leben zu füllen.

Digitaler ziviler Ungehorsam ist aus dieser Sicht keine untergeordnete Aktionsform des Hacktivismus oder ein synonyme deskriptiver Begriff, der jeden aktivistischen Rechtsbruch im Internet oder gar jede Form des digitalen Regelbruchs beschreibt. Digitaler ziviler Ungehorsam ist vielmehr aus Sicht der politischen Theorie und der Demokratietheorie die *entscheidende Kategorie*, die sich der *politischen* Qualität digitaler rechtswidriger Protestaktionen annimmt. Eine wichtige Frage innerhalb des Diskurses der politischen Philosophie ist, ob es nicht angebracht ist, eine neue Kategorie des politischen Handelns für bestimmte Formen der digitalen Dissidenz zu entwickeln. Zweierlei Befürchtungen führen zu dieser Position: Einerseits vertritt beispielsweise Geoffroy de Lagasnerie die Ansicht, dass ziviler Ungehorsam dem Staat und der Rechtstreue im Allgemeinen zu nahe stehe und keine »erfinderische Praxis« (Lagasnerie 2016: 68) sei. Lagasnerie bezweifelt, dass ziviler Ungehorsam eine tatsächliche politische Innovation und Transformation anstoßen könne, weshalb er als Konzept zu limitiert sei, um das genuin Neue des digitalen Protests in den Blick zu nehmen. Andererseits wird, beispielsweise von Bill Scheuerman, die Sorge artikuliert, dass digitale Formen des Ungehorsams den Begriff des zivilen Ungehorsams zu einem zu unbestimmten, beliebigen und nahezu bedeutungsleeren Konzept werden lassen könnten. Ich möchte beide Einwände kurz erläutern und darlegen, warum diese Arbeit dennoch dafür plädiert, den Begriff des zivilen Ungehorsams auch auf digitale politische Handlungen anzuwenden. Mein Anliegen ist, die Transformation des Begriffs zu fördern und ihn damit zu stärken und schärfen, anstatt ihn zu verwerfen.

Lagasneries Argumentation regt die Überlegung an, dass digitaler Ungehorsam keine digitale Adaption einer bislang nicht-digitalen Aktionsform sei, sondern

dass sich mit dem Internet ein neuer Denk- und Handlungsraum geöffnet habe, der eigene und neue Praktiken auch in Bezug auf politisches Handeln hervorbringe (vgl. Lagasnerie 2015: 11). Er argumentiert in seiner Auseinandersetzung mit den Fällen von Edward Snowden, Chelsea Manning und Julian Assange, ihre politischen Aktivitäten seien als innovative Form der Politik zu sehen und sollten auch als solche in der politischen Theorie Beachtung finden. Lagasnerie diagnostiziert eine Krise des Politischen und entdeckt in der Verbindung mit technologischen Entwicklungen die Möglichkeit und Notwendigkeit, das Politische neu zu denken.

»[I]t is precisely the scattered and solitary actions of Snowden, Assange and Manning and other hackers and whistleblowers that break with traditional politics, even in its most radical form. It is here that we find a space in which to invent new political practices. This is why we are so moved by figures like Snowden, Assange or Manning. They challenge us. [...] It is for this reason that we experience such difficulty finding the right words to describe them. We lack the language to name them, and we lack the vocabulary to properly recognize them« (Lagasnerie 2015: 3).

Lagasnerie schlägt vor, die politische Praxis von Assange, Manning und Snowden nicht als zivilen Ungehorsam zu fassen, selbst wenn diese Kategorie von ihnen zum Teil selbst verwendet wird. Sie verdecke das Neue ihrer Handlungen und erschwere es, sie in ihrer politischen Eigenart zu erkennen. Er beschreibt ihre Handlungen als jenseits eines staatlichen Bezugsrahmens angesiedelt und damit jenseits eines bisherigen Verständnisses von Bürgerschaft; sie positionieren sich *beyond citizenship*. In Snowden, Manning und Assange manifestiere sich eine *Entnationalisierung der Geister*, eine Loslösung politischen Handelns vom Fixpunkt des Nationalen, die auch durch das Internet als potentiellen Raum der freiheitlichen Selbst- und Neubestimmung entstehe. Eher seien sie daher Bürger der Demokratie denn Bürger eines Staates und würden sich als *citizens of democracy* eher von ihren Staaten trennen, indem sie fliehen, als von ihren Handlungen und Überzeugungen (vgl. ebd.).

Ich stimme Lagasnerie in allen Aspekten seiner Analyse zu, komme jedoch zu einer anderen Konklusion, die daraus folgt, dass ich den Begriff des zivilen Un-

gehorsams für wesentlich wandlungsfähiger und tragfähiger halte, als Lagasnerie dies zu tun scheint. Er versteht zivilen Ungehorsam überraschend eng und erkennt damit das transformative Potential dieser politischen Kategorie.

Dennoch heben Lagasneries Überlegungen sehr wichtige Aspekte eines gravierenden Wandels hervor. Viele Erkenntnisse, die das erste Kapitel dieser Arbeit in einzelnen Beschreibungen zum Vorschein bringt, sprechen dafür, das Internet durchaus als gelebte Praxis einer alternativen Sozialisation zu verstehen, die durch neue Formen der Vernetzung, eigene Handlungslogiken und alternative Zusammenkünfte die Grenzen des Denkbaren und Machbaren verschiebt und neue Formen der sozialen Verbindung sowie neue kollektive Anliegen hervorbringt. Unabhängig von allen Utopien hat das Internet, wie Lagasnerie es ausdrückt, zur Entwicklung eines neuen *mental*en Ortes oder vielleicht eher eines neuen *mental*en Modus beigetragen, der das Denken menschlicher Gemeinschaft jenseits von Staaten bestärkt. Als Bürger der Demokratie statt als Bürger eines Staates zu handeln, steht in keiner Weise im Widerspruch zu dem Verständnis von zivilem Ungehorsam, welches ich bekräftigen möchte.

Anders als für Lagasnerie ist diese neue Handlungspraxis für mich kein Anlass, von gänzlich neuen Formen politischen Handelns zu sprechen, wobei ich das Neue dieser Praxis gleichfalls nicht verleugne. Für das Verständnis von zivilem Ungehorsam, das ich vorstellen werde, ist gerade dieses Denken jenseits nationalstaatlicher Verbindungen und Verpflichtungen zwischen Menschen essenziell. Im Gegenteil zu Lagasnerie erachte ich gerade das *Festhalten* am Begriff des zivilen Ungehorsams als wichtig, da dieser Begriff, wie ich zeigen möchte, eine weitreichende Tradition der Auseinandersetzung mit dem Denken des Politischen außerhalb des nationalstaatlichen Rahmens zu bieten hat. Aus meiner Sicht kann der Begriff des zivilen Ungehorsams zu einem tragfähigen Verständnis digitaler Protestformen dieser spezifischen Art führen, gerade weil er *nicht ausschließlich* das Neue dieser Aktionsformen in den Blick nimmt, sondern diese in ihrem Verhältnis zum Alten, also zu bisherigen Formen politischen Handelns zu betrachten erlaubt.

Ein Argument gegen ein völliges Neudenken dieser politische Praxis ist meiner Ansicht nach gerade der geschichtliche Kontext bisheriger Formen zivilen Ungehorsams, da mit diesem Kontext ein umfangreiches und lehrreiches Repertoire an Argumenten für innovative extrainstitutionelle Formen des Protests ins

Spiel kommt. Die Inszenierungen und spezifischen Anliegen digitaler Formen der Dissidenz mögen neu sein und durchaus gesonderte Aufmerksamkeit verdienen. Der grundlegende politische Kampf, den sie zum Ausdruck bringen, ist es nicht; in neuer Weise schließen digitale Protestform an bestehende Machtkämpfe um kollektive Selbstbestimmung und politische Teilhabe an. So neu und bemerkenswert die alternativen sozialisierenden Faktoren des Internets sind, so sind sie dennoch nur einige von vielen konkurrierenden mentalen Ordnungen, die die Komplexität der heutigen Lebenswelt ausmachen.

Selbst wenn sich die politische Lebenswelt durch digitale Technologien grundlegend verändert, so verändern sich nicht die Bedingungen des menschlichen Daseins, die „Condition humaine“, wie Arendt sie nannte (Arendt 2008: 16). Menschen bleiben nach wie vor politische Wesen, die unter der Bedingung der Pluralität in einer gemeinsamen Lebenswelt miteinander agieren. So neu Formen des Handelns in ihrer spezifischen und medialen Umsetzung sein mögen, steht jede neue Form des Denkens und Handelns immer unweigerlich im Verhältnis zum bisher Dagewesenen. Was Lagasneries Überlegungen aus meiner Sicht unterstreichen, ist die Notwendigkeit, zivilen Ungehorsam in diesem Verhältnis zwischen Neuem und Altem zeitgemäß zu verorten. Insofern ist es essentiell, der Entnationalisierung der Geister, wie Lagasnerie die Abkehr vom nationalstaatlichen Paradigma des politischen Handelns nennt, in einem neuen Verständnis von zivilem Ungehorsam gerecht zu werden.

Kommen wir zu dem zweiten Kritikpunkt, der wie Scheuerman es formuliert, darin besteht, dass der Begriff des zivilen Ungehorsams durch die Integration digitaler Taktiken in das Repertoire dieser politischen Handlungsform zu unspezifisch werden könnte und damit seine Sinnhaftigkeit verliert. Scheuerman warnt: »The danger is that civil disobedience starts to mean almost anything and thus perhaps: nothing sufficiently precise or specific« (Scheuerman 2016). Durchaus existiert eine begriffliche Verwirrung unter anderem aufgrund der (teils unbedarften) strategischen Verwendung oder Ablehnung des Begriffs des zivilen Ungehorsams durch digitale Dissidenten. Dass legale Praktiken als ziviler Ungehorsam bezeichnet werden, mag strategisch kurzfristig Sinn ergeben, da der Begriff im Einzelfall möglicherweise mehr Aufmerksamkeit erzeugt als andere Beschreibungen. Langfristig gesehen ist es jedoch problematisch, legale Formen des Protests mit dem Spezialfall des zivilen Ungehorsams in Verbin-

dung zu bringen (wie ich bereits in Kapitel 1.2 dargelegt habe), da einerseits der Begriff seine spezifische und außerordentliche Bedeutung verliert und andererseits legale Formen des Protests möglicherweise durch die Konnotation der Illegalität, die dem zivilen Ungehorsam anhaftet, schwächt.

Bei der Aneignung oder Zuschreibung des Begriffs des zivilen Ungehorsams ist also immer eine gewisse Vorsicht geboten, da ein strategisches Moment durchaus relevant sein kann. Wie beispielsweise die Entwicklung des Electronic Disturbance Theater zeigt, profitieren Bewegungen strategisch davon, ihre eigene Identität durch die Parallele zu historisch bekannten Praktiken zivilen Ungehorsams zu stärken. »[W]hen new movements emerge, they are by nature precarious and fragile, and uncertain of themselves. We thus have a tendency to want to assign them some legitimacy by inscribing them alongside movements that already occupy an important symbolic place in our political imaginary« (Lagasnerie 2015: 4). Dass Akteure den Begriff des zivilen Ungehorsams für ihre Handlungen (ebenso aus strategischen Gründen) ablehnen, bedeutet wiederum nicht, dass dieser nicht die politisch zutreffende Kategorie ist.

Aus der Verbindung zu ikonischen Beispielen und Taktiken des zivilen Ungehorsams, sei es als Selbst- oder Fremdzuschreibung, ergibt sich ein ambivalentes Problem: Einerseits kann der Begriff des zivilen Ungehorsams arbiträr und unzutreffend beansprucht werden, andererseits geht damit jedoch ein absurd hoher Anspruch an die Akteure der jeweiligen Praxis einher. Molly Sauter problematisiert in ihrem Buch *The Coming Swarm. DDoS Actions, Hacktivism and Civil Disobedience on the Internet*, dass paradigmatische historische Einzelfälle des zivilen Ungehorsams wie Rosa Parks oder Gandhi zum alles überstrahlenden Maßstab für zivilen Ungehorsam geworden seien (vgl. Sauter 2014: 25ff.). Sie würden aus der Retrospektive historisch verklärt oder zumindest idealisierend dargestellt. So entstehe der Eindruck, als könnten gegenwärtige Protestereignisse mit diesen Heldentaten nicht mithalten, da die Gegenwart immer wesentlich ungeordneter und inkohärenter sei. Die Ikonographie dieser Ereignisse und Akteure präge das Bild des zivilen Ungehorsams so sehr, dass die Geschichte des zivilen Ungehorsams als Geschichte von Helden erzählt werde, gegen die die politische Gegenwart und der heutige Bürger als politischer Akteur im Vergleich nur verblassen könnten.

Scheuermans Kritik an der möglichen Unschärfe des Konzepts des digitalen zivilen Ungehorsams ist also im Hinblick auf die beschriebenen begrifflichen Verwirrungen in der derzeitigen Debatte durchaus angebracht. Die analytische Einordnung digitaler Taktiken zivilen Ungehorsams verbleibt im bisherigen wissenschaftlichen Diskurs in der Tat oft in einer theoretischen Unschärfe mit nur selektivem oder gar keinem Verweis auf die Konzepte der politischen Philosophie. Dies führt tendenziell zu einer Reduktion des Begriffs auf einen aktivistischen (bzw. hacktivistischen), theoretisch unscharfen Kontext, wobei digitaler ziviler Ungehorsam beispielsweise auf einzelne Taktiken reduziert wird, häufig auf Distributed Denial of Service Aktionen. Diese Reduktion birgt die Gefahr einer theoretischen *Sackgasse* der Debatte, weil die Möglichkeit des zivilen Ungehorsams im Internet damit gedanklich auf eben diese einzelnen Taktiken eingeschränkt wird und der Verweis auf das Konzept des zivilen Ungehorsams zu einer leeren Geste zu verkommen droht.

Die Konsequenz dieser Gefahr der begrifflichen Unschärfe ist jedoch keineswegs, dass der Begriff des zivilen Ungehorsams für digitale Formen der Dissidenz verworfen werden muss. Stattdessen kommt es darauf an, ihn als politische Kategorie unabhängig von einzelnen Taktiken neu zu schärfen, um seine Tragfähigkeit wie auch seine Herausforderungen deutlich zu machen. Die Auseinandersetzung der beiden folgenden Kapitel soll aufzeigen, dass ziviler Ungehorsam nach wie vor und gerade im digitalen Kontext eine wichtige und sinnvolle Kategorie politischen Handelns ist. Allerdings stellt sich zunächst die Herausforderung, eine in der politischen (und digitalen) Praxis tragfähige Definition zivilen Ungehorsams zu formulieren.

4. Digitaler ziviler Ungehorsam im liberalen Verständnis

Dieses Kapitel nimmt seinen Ausgang von jenem Verständnis zivilen Ungehorsams, das den philosophischen Diskurs am nachhaltigsten geprägt hat, und der Frage, inwieweit dieses Modell den Ansprüchen der komplexen historischen und gegenwärtigen Praxis gerecht wird.

Wie bereits angedeutet, ist diese Frage, wie genau ziviler Ungehorsam zu definieren ist, aus Sicht der politischen Philosophie gleichwohl nicht eindeutig zu

beantworten, da es verschiedene Definitionen gibt, denen unterschiedliche demokratietheoretische Annahmen zugrunde liegen. In der folgenden Auseinandersetzung werde ich zunächst jenes Verständnis von zivilem Ungehorsam vorstellen, welches als Mainstream der Theorie gilt: das liberal-politische Verständnis von zivilem Ungehorsam⁴⁸ (vgl. Celikates 2016). Hauptvertreter dieser theoretischen Ausrichtung ist John Rawls, der 1972 mit seinen Ausführungen zu zivilem Ungehorsam in *Eine Theorie der Gerechtigkeit* einen ständigen Bezugspunkt der philosophischen Debatte um zivilen Ungehorsam schuf. Für die Auseinandersetzung mit digitalem Ungehorsam ist Rawls' Verständnis vor allem deshalb interessant, weil es teils explizit, teils implizit als theoretische Grundlage herangezogen wird, um zu beurteilen, ob verschiedene Praktiken digitalen Protests dem Anspruch zivilen Ungehorsams gerecht werden. Zwei Beispiele einer solchen Auseinandersetzung auf Grundlage der liberalen Theorie möchte ich in diesem Kapitel genauer besprechen. Ich werde die Position von Andrew Calabrese und Evgeni Morozov vorstellen, da beide ihre Argumente auf Rawls' Definition zivilen Ungehorsams stützen und sich daran beispielhaft zeigen lässt, zu welchen Problemen diese Argumentation führt (siehe hierzu Calabrese 2004; Morozov 2010).⁴⁹

Das liberale Verständnis basiert auf einer recht restriktiven Definition, da es zivilen Ungehorsam anhand feststehender Kriterien bestimmt und auch für dessen Rechtfertigung enge Kriterien vorgibt. Darüber hinaus ist es mit vielen weiteren theoretischen Grundannahmen verbunden, die Rawls' Verständnis von zivilem Ungehorsam unweigerlich begleiten.

Bevor ich zeigen werde, zu welchen teils problematischen Schlussfolgerungen die liberale Auffassung in Bezug auf digitalen Ungehorsam führt, bietet der folgende Abschnitt zunächst eine kurze Einführung in das liberale Verständnis von zivilem Ungehorsam im Allgemeinen. Im Anschluss an diese kurze Einführung werde ich darlegen, inwiefern vor allem die idealtheoretische Grundlage des liberalen Verständnisses gewisse Schwächen für die Anwendung desselben mit sich bringt.

⁴⁸ Die liberal-politische Theorie als philosophische Denktradition, wie beispielsweise Rawls sie ausführte, ist nicht zu verwechseln mit dem Liberalismus im Allgemeinen (oder gar mit wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen des Liberalismus).

4.1. Der zivile Ungehorsam in einer fast gerechten Gesellschaft

Als Teil seiner *Theorie der Gerechtigkeit* entwickelt Rawls ein Verständnis von zivilem Ungehorsam als nicht-idealem Spezialfall seiner idealtheoretischen Betrachtungen zur Gerechtigkeit und demnach für die Umstände einer »fast gerechten Gesellschaft« (Rawls 1979: 399). Er gliedert seine Überlegung zu zivilem Ungehorsam in drei Teile: die Definition, die Rechtfertigung und die Beschäftigung mit der Rolle des zivilen Ungehorsams in der (fast gerechten) Gesellschaft. Durch einen Exkurs innerhalb dieses Dreischritts grenzt er zivilen Ungehorsam von der sogenannten *Weigerung aus Gewissensgründen* ab.⁵⁰

Rawls beginnt seine Überlegung zu zivilem Ungehorsam mit dessen Definition »als einer öffentlichen, gewaltlosen, gewissensbestimmten, aber politischen gesetzwidrigen Handlung, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder der Regierungspolitik herbeiführen soll«, jedoch drücke diese Handlung »Ungehorsam gegenüber dem Gesetz innerhalb der Grenzen der Gesetzestreue« aus (Rawls 1979: 401, 403). Ziel des zivilen Ungehorsams ist daher für Rawls die Schaffung und Beförderung gerechterer Institutionen. Die Treue gegenüber dem Gesetz zeige sich dadurch, dass ein ziviler Gehorsamsverweigerer bereitwillig die Strafe für seine Tat anerkennt und verbüßt. Diese Beschreibung von Rawls geht mit der Haltung einher, dass der Ungehorsame etwas dafür »bezahlen« müsse, »andere davon zu überzeugen, daß unsere Handlungen nach sorgfältiger Erwägung eine ausreichende moralische Grundlage in den politischen Überzeugungen der Gesellschaft haben« (ebd.: 404).

Rawls stellt drei Kriterien für die Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam auf: Das erste Kriterium besagt, dass ziviler Ungehorsam nur in Fällen »wesentlicher und eindeutiger Ungerechtigkeit« (ebd.: 409) gerechtfertigt sei. Nach seinem Verständnis von Gerechtigkeit bedeutet dies eine »Beschränkung des zivilen Ungehorsams auf schwere Verletzungen des ersten Gerechtigkeitsgrundsatzes, des Grundsatzes der gleichen Freiheit, und auf eklatante Verletzungen

⁵⁰ Als Weigerung aus Gewissensgründen kann beispielsweise die Kriegsdienstverweigerung gesehen werden. Ronald Dworkin betrachtet, anders als Rawls, auch eine Verweigerung aus Gewissensgründen als zivilen Ungehorsam. Er beschreibt diese als zivilen Ungehorsam des integritätsbasierten Typs, den er von zwei weiteren Modellen unterscheidet, die er als gerechtigkeitsbasiert und als Policy-basiert bezeichnet (Dworkin 1985: 108).

des zweiten Teils des Grundsatzes, des Grundsatzes der fairen Chancengleichheit« (ebd.: 409).

Das zweite Kriterium, man könnte es das *Ultima-ratio-* oder *Last-resort-*Kriterium nennen, besagt, ziviler Ungehorsam sei erst dann gerechtfertigt, wenn zuvor legale Protestmittel gescheitert seien und keine andere Möglichkeit bleibe, um auf diese wesentliche Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen (vgl. ebd.: 408).

Drittens hat der zivil Ungehorsame nach Rawls abzuwägen, ob seine Aktion nicht zu viel Unruhe stifte. Gebe es, selbst durch gerechtfertigten Protest verschiedener Gruppen, zu viel Ungehorsam auf einmal, könne »das Funktionieren einer gerechten Verfassung gefährdet werden« (ebd.: 429). In einem solchen Fall sei, obwohl der Akt des Ungehorsams möglicherweise für sich gerechtfertigt ist, eine andere Strategie oder ein anderer Zeitpunkt vorzuziehen, da die Öffentlichkeit nur eine bestimmte Anzahl an Konflikten gleichzeitig verarbeiten könne. Rawls argumentiert einerseits, »wenn berechtigter ziviler Ungehorsam den Bürgerfrieden zu gefährden scheint, dann trifft die Verantwortung nicht die Protestierenden, sondern diejenigen, deren Machtmißbrauch einen solchen Widerstand rechtfertigt« (ebd.: 429). Jedoch zeigt dieses einschränkende Kriterium der Rechtfertigung, die Begrenzung des gleichzeitigen Ungehorsams, dass Rawls der Stabilität und dem *Funktionieren des Systems* einen höheren Stellenwert zumisst. Dem zivilen Ungehorsam wird keine störende, sondern eine stärkende Rolle für dieses System zugeschrieben (vgl. ebd.: 421; vgl. Smith 2013: 39).

Ein wichtiges Element für Rawls' Theorie ist eine gemeinschaftlich geteilte Vorstellung von Gerechtigkeit, die zum einen darauf beruht, dass jeder Bürger »das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten [hat], das mit dem gleichen System für alle anderen verträglich ist« (Rawls 1979: 81). Der zweite Grundsatz seines Gerechtigkeitsverständnisses ist substantiellerer Art und bezieht sich auf die gerechte Verteilung von sozialen Gütern wie »Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und soziale Grundlagen der Selbstachtung, [...] soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht« (ebd.: 83). Rawls geht davon aus, dass jeder einigermaßen demokratische Staat auf dieser öffentlichen, geteilten Gerechtigkeitsvorstellung beruhe und dass sie die gemeinsame Interpretationsgrundlage der Verfassung sei. Auf eben diese

Grundsätze der Verfassung müsse sich auch der zivil Ungehorsame beziehen. Der zivile Ungehorsam sei ein »Appell vor dem Forum der Öffentlichkeit« (ebd.: 413), der sich an die politische Mehrheit wende.

Beide Gerechtigkeitsgrundsätze sind als Hinweise darauf zu deuten, was Rawls unter einer nahezu gerechten Gesellschaft versteht, doch bestehen bei der Bestimmung ihrer genauen Beschaffenheit gewisse interpretatorische Spielräume. Rawls baut sein Staatsverständnis zwar auf dem gedanklichen Konstrukt eines Gesellschaftsvertrages auf, doch setzt er weiter eine grundsätzliche und natürliche moralische Pflicht des Menschen zur Gerechtigkeit als Grundlage von staatlichen Ordnungen voraus (vgl. ebd.: 137; vgl. Smith 2013: 38).⁵¹

Daraus leitet Rawls eine prinzipielle Pflicht der Bürger zum Gehorsam ab oder, wie David Lyons es ausdrückt, »a moral presumption favoring obedience to law (political obligation)« (Lyons 1998: 31). Diese Pflicht zum Gehorsam impliziert, dass jeder Verstoß eine angemessene Erklärung und Rechtfertigung verlangt. Die selbstgegebene Verfassung einer Demokratie ist für Rawls der entscheidende Bezugspunkt des zivilen Ungehorsams. Sofern »die demokratische Mehrheitsregel als beste Form eines gerechten Rechtsetzungsverfahrens akzeptiert [ist]«, sollen sich alle Bürger »aufgrund ihrer natürlichen Pflicht zur Unterstützung gerechter Institutionen [...] auch ungerechten Gesetzen fügen [...], wenn sie auf demokratischem Wege zustande gekommen sind und eine bestimmte Grenze nicht überschreiten« (Forst 1998: 197).

Im Fall von nahezu gerechten Verhältnissen geht Rawls also von einer Pflicht des Bürgers zum Gehorsam auch gegenüber ungerechten Gesetzen aus und betrachtet die Beachtung dieser Pflicht als den Normalfall. Erst wenn eine gesetzliche Ungerechtigkeit ein bestimmtes Maß überschreite, sei Ungehorsam zu rechtfertigen (vgl. Rawls 1979: 392). Allein in diesem Fall brauche sich niemand, dem schweres Unrecht geschehe, zu fügen (vgl. ebd.: 421). Nach Rawls ist die Kernfrage für den Ungehorsamen eine Pflichtenkollision zwischen Ge-

⁵¹ Dennoch baut Rawls seine *Theorie der Gerechtigkeit* auf einem kontraktualistischen Ansatz auf, wobei er den *Schleier des Nichtwissens* als Moment der Vereinbarung eines gesellschaftlichen Zusammenlebens versteht. Dieser Schleier verhindert als hypothetisches Denkkonstrukt, dass Menschen die Umstände ihres Lebens kennen (wie ihr Geschlecht oder den Ort ihrer Geburt), weshalb sie nach Rawls' Ansicht Prinzipien einer gerechten Gesellschaft neutral und ohne Rücksicht auf partikuläre Interessen begründen können.

setzesgehorsam und Widerstand gegen Ungerechtigkeiten (vgl. ebd.: 401), und dieser Konflikt veranschauliche die Grenzen der Mehrheitsregel, da trotz eines öffentlichen Gerechtigkeitssinns Minderheiten überhört werden könnten. »Mit zivilem Ungehorsam zwingt eine Minderheit die Mehrheit, zu prüfen, ob sie ihre Handlungen so aufgefaßt wissen möchte, oder ob sie angesichts des gemeinsamen Gerechtigkeitssinnes, die berechtigten Forderungen der Minderheit anerkennen möchte« (ebd.: 402).

Ziviler Ungehorsam stärke die Verfassungsgrundsätze, indem durch den Protest auf ihre Durchsetzung gepocht werde (vgl. ebd.: 421). Dabei geht es nicht zwangsläufig um einen Bruch des gleichen Gesetzes, gegen das protestiert wird. Rawls unterscheidet, wie viele weitere Theoretiker, direkten von *indirektem* zivilem Ungehorsam (ebd.: 401), wobei letzterer stellvertretend gegen ein anderes Gesetz verstößt. Rawls hält beide Formen für prinzipiell rechtfertigungsfähig.

Nach Rawls ist ziviler Ungehorsam keine Taktik zur Veränderung eines Staatesystems, sondern werde bei voller Anerkennung der Verfassung ausgeübt, um die Mehrheit einer Gesellschaft auf eine Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen. Es sei ein mahnender Appell, keine Drohung, und dieser Appell sei unvereinbar mit Gewalt. Seine Grundsätze seien in der Verfassung eines Staates festgeschrieben, nicht durch Religion oder individuelle Moral (was beispielsweise für Thoreau die Rechtfertigungsgrundlage darstellt), und sie seien ebenso wenig durch Gruppen- oder Eigeninteressen zu begründen (vgl. ebd.: 423).

Bemerkenswert ist Rawls' Einschätzung, wie vor Gericht mit zivilem Ungehorsam umzugehen sei. Gerichte sind für ihn keineswegs zwangsläufig unfehlbare Entscheidungsinstanzen über Recht und Unrecht des zivilen Ungehorsams. Er geht davon aus, dass über die Rechtfertigung eines Aktes von zivilem Ungehorsam selbst vor Gericht nicht unbedingt korrekt entschieden werde; gegebenenfalls solle der Angeklagte über das Urteil hinaus auf seinem ungehorsamen Appell beharren. Rawls appelliert an die Gerichte, sie »sollten bei Protesten beachten, ob es sich um zivilen Ungehorsam handelt, der sich (jedenfalls anscheinend) mit den politischen Grundsätzen der Verfassung rechtfertigen läßt, und aus diesem Grund die Strafe senken und in einigen Fällen ganz darauf verzichten« (ebd.: 425). Damit schlägt Rawls eine Prüfung von zivilem Ungehorsam vor staatlichen Strafgerichten vor, die mit Sicherheit nicht deren Alltagsge-

schäft darstellt und rechtliche Herausforderungen mit sich bringt. Rawls räumt ein, auch ein Gericht sei »starken politischen Einflüssen keineswegs entzogen, die es zu einer Änderung seiner Verfassungsauslegung zwingen könnten« (ebd.: 428).

Die Beeinflussung von Gerichten stellt jedoch alles andere als den Normalfall innerhalb einer fast gerechten Gesellschaft dar, sondern deutet auf ein gravierendes Demokratiedefizit innerhalb eines Rechtsstaates hin. In dieser Widersprüchlichkeit deutet sich eine bekannte Kritik der idealtheoretischen Grundlage der liberalen Theorie an. Im Folgenden werde ich tiefer auf das grundlegende Dilemma der Idealtheorie eingehen und darauf aufbauend zeigen, welche Probleme sich daraus für das Verständnis von zivilem Ungehorsam ergeben.

4.2. Zur Problematik einer idealtheoretischen Grundlage für das Verständnis von zivilem Ungehorsam

Rawls' Theorie der Gerechtigkeit wird ausgehend vom methodologischen Standpunkt der Idealtheorie entworfen. Er geht von idealen Umständen einer Gesellschaft aus, die der Wirklichkeit bewusst nicht entsprechen, jedoch im Rahmen dessen bleiben, was zumindest theoretisch möglich sei als *realistisches Utopia*, in dem Prinzipien der Gerechtigkeit die Institutionen und Wirkmechanismen einer Gesellschaft bestimmen. Der Ausgangspunkt einer idealen Gesellschaft ist aus Rawls' Sicht ein notwendiger methodischer Schritt als gedankliche Vorstufe, um Probleme einer nicht-idealen Welt zu erörtern (vgl. Stemplowska & Swift 2012).

Einerseits gebe die Idealtheorie der Gesellschaft ultimative Ziele als Referenz für den Umgang mit Problemen der nicht-idealen Welt vor; andererseits ermögliche nur ein Ideal absoluter Gerechtigkeit eine Einschätzung der Schwere einer Verletzung von Gerechtigkeitsprinzipien. Eine strenge Grundannahme einer solchen Idealtheorie ist, dass den Prinzipien der Gerechtigkeit nahezu von jedem Gesellschaftsmitglied und unter allen Umständen Folge geleistet wird. Die zweite und strukturellere Grundannahme ist die Existenz einer »well-ordered society under favorable circumstances« (Rawls 1971: 216), worunter Rawls die wirtschaftlichen wie auch sozial- und bildungspolitischen Voraussetzungen versteht, die einen Verfassungsstaat begründen und erhalten sollten (den er als einzige wohlgeordnete Gesellschaft ansieht).

Allgemein ist der Ansatz der Idealtheorie in der politischen Philosophie aus mehreren Gründen umstritten. Zunächst lässt sich bezweifeln, ob die Utopie eines Idealzustands einer gerechten Gesellschaft tatsächlich dabei behilflich ist, mit Ungerechtigkeiten der Welt umzugehen, oder auch nur dazu beiträgt, diese besser beurteilen zu können. Wie beispielsweise Amartya Sen argumentiert, können Ungerechtigkeiten auch durch das Abwägen von verschiedenen Handlungsoptionen gegeneinander erkannt werden, ohne dass dabei ein Idealzustand als Maßstab notwendig oder auch nur hilfreich wäre (vgl. Stemplowska & Swift 2012: 7). Im Gegenteil habe der idealtheoretische Ansatz sogar einen verzerrenden Effekt auf die Auseinandersetzung mit realweltlichen Problemen, weil er aus Denkweisen stamme (oder zumindest Überschneidungen mit diesen habe), die selbst ideologischen Verzerrungen unterliegen (wie beispielsweise sexistische Diskurse), und daher zu fehlgeleiteten Idealisierungen führen könne, indem diese Verzerrungen im Ideal einer gerechten Gesellschaft reproduziert werden (vgl. Celikates 2011a: 6). Die Idealtheorie ist aus Sicht mancher nicht nur nutzlos, sondern, wie beispielsweise Charles W. Mills oder Raymond Geuss argumentieren, sogar kontraproduktiv für die Fortentwicklung zur tatsächlichen Gerechtigkeit, weil sie falsche Prioritäten setze und sich der Auseinandersetzung mit den tatsächlich drängenden Problemen der Welt verweigere (vgl. ebd.: 4; vgl. Mills 2005; vgl. Geuss 2005). Sie habe einen ideologischen Effekt, indem die Beschäftigung mit einer idealtheoretischen Version der Welt in der politischen Philosophie von der Beschäftigung mit den realweltlichen Ungerechtigkeiten ablenke und somit nicht nur deren Status unangetastet lasse, sondern zusätzlich implizit die Privilegien jener aufrechterhalte, die nicht Opfer dieser Ungerechtigkeit sind. »Ideal theory, I would contend, is really an ideology, a distortional complex of ideas, values, norms, and beliefs that reflects the nonrepresentative interests and experiences of a small minority of the national population – middle-to-upper-class white males – who are hugely over-represented in the professional philosophical population« (Mills 2005: 172).

Celikates verbindet diese Kritik des ideologischen Effekts der Idealtheorie mit einer weiteren Problematik, die sich als methodische Schwäche darstellt. Dieses methodologische Problem besteht in einer epistemologischen Verzerrung (vgl. Celikates 2011a: 9). Der ideologisch geprägte idealtheoretische Blick kann

198

entscheidende Realitäten deshalb außer Acht lassen oder verzerren, weil sie für den Betrachter oder die Betrachterin außerhalb der eigenen Erfahrung liegen oder als *natürlich* hingenommen und dadurch marginalisiert werden. Dass bestimmte gesellschaftliche Realitäten für die Unterlegenen sichtbarer sind als für die Privilegierten, kann dazu führen, dass Letzteren schon die Konzepte und Begriffe fehlen, um die Realität jenseits der eigenen Perspektive treffend zu beschreiben (vgl. Mills 2005: 175).

Eine verwandte Kritik bringt David Lyons vor, indem er hinter der Pflicht zum Gehorsam, die Rawls proklamiert, einen *systematischen Defekt* der Argumentation erkennt. Lyons argumentiert, dass sich hinter der kategorischen Forderung nach Gehorsam gegenüber dem Gesetz eine problematische Grundhaltung verbirgt, deren Kritik an die Kritik der Idealtheorie als Ideologie anschließt. Indem die liberale Theorie zivilen Ungehorsam kategorisch als moralisch problematisch ansieht und eine moralische Rechtfertigung verlangt, die für den Gehorsam gegenüber dem Gesetz nicht notwendig zu sein scheint, favorisiert diese Haltung ohne kontextuelle Grundlage den Gehorsam gegenüber dem zivilen Ungehorsam. Dieser Defekt resultiere, wie Lyons argumentiert, im Kern aus der Diskriminierung von minderprivilegierten Gruppen. Die Diskriminierung bestehe darin, dass diese Gruppen ihren Ungehorsam, der geschichtlich häufig in der Auflehnung gegen ihre Benachteiligung bestanden habe, gegenüber privilegierten Mitbürgern, denen dieselbe Ungerechtigkeit nicht widerfährt, zu begründen hätten (vgl. Lyons 1998: 48).

Das Problem der voreingenommenen Ablehnung des Ungehorsams führt Lyons am Beispiel des Holocaust vor: Der kategorische Vorzug der Gesetzestreue im nationalsozialistischen Deutschland hat zum Genozid und nicht zu einem höheren Maß an Gerechtigkeit geführt (vgl. ebd.: 34). Je nachdem, in welchem politischen Kontext eine Entscheidung zu fällen ist, kann gerade der Gehorsam gegenüber dem Gesetz moralisch verwerflich sein. Im Kontext gravierender Demokratiedefizite wird die Unhaltbarkeit einer kategorischen Pflicht zum Gehorsam gegenüber dem Gesetz deutlich.

Auch wenn die Idealtheorie als methodische Vorstufe für andere philosophische Vorhaben hilfreich sein mag, ist sie in Bezug auf die Erörterung des zivilen Ungehorsams eine problematische und widersprüchliche Argumentationsgrundlage und verfehlt so ihren Anspruch, eine tragfähige und handlungsorien-

tierte Hilfestellung für den tatsächlichen Umgang mit zivilem Ungehorsam zu sein.

Infolgedessen lassen sich in Rawls' idealtheoretischem Verständnis von zivilem Ungehorsam schwerwiegende Probleme identifizieren, deren Kritik auf verschiedenen Ebenen ansetzen kann. Ich möchte im Folgenden auf die gravierendsten Schwachstellen des liberalen Verständnisses eingehen, die zumindest teilweise aus der idealtheoretischen Fundierung des Rawls'schen Verständnisses von zivilem Ungehorsam resultieren. Wie ich im weiteren Verlauf genauer zeigen werde, ist insbesondere auch eine mögliche Applikation von Rawls' Auffassung auf den *digitalen* zivilen Ungehorsam von dieser Problematik betroffen. Die Schwachstellen, um die es zunächst gehen wird, sind die epistemologische Verzerrung der Definitions- und Rechtfertigungskriterien, die Rawls für zivilen Ungehorsam aufstellt, und letztlich die eingeschränkte Rolle, die zivilem Ungehorsam in der Gesellschaft zugestanden wird.

4.3. Zur Problematik der liberalen Definition zivilen Ungehorsams auf idealtheoretischer Grundlage

Um sein Verständnis von zivilem Ungehorsam zu begründen, orientiert Rawls sich nicht an realweltlichen Beispielen, sondern untersucht zivilen Ungehorsam abstrakt und vor dem Hintergrund der Idealtheorie, von wo aus er zivilen Ungehorsam als Ausnahmefall unter nicht-idealen Bedingungen (in denen also Ungerechtigkeiten auftreten können) situiert. Er spricht von zivilem Ungehorsam im Rahmen einer *fast gerechten Gesellschaft*, was nach seinem Verständnis eine demokratische Regierungsform ist, die durchaus eine etablierte Ordnung besitzt, in der jedoch »schwerwiegende Ungerechtigkeiten bestehen« können (Rawls 1979: 400). So bleibt die Idee einer fast gerechten Gesellschaft fragwürdig und unscharf (vgl. Lyons 1998: 35) und es bleibt zumindest offen, ob Rawls beispielsweise die heutigen modernen Demokratien als solche anerkennen würde (vgl. Celikates 2011a: 16).

Diese Ausgangssituation, innerhalb derer Rawls den zivilen Ungehorsam theoretisch situiert, ist daher von Grund auf paradox. Wie lassen sich die gravierenden Ungerechtigkeiten, die für Rawls die einzig möglichen Gründe für zivilen Ungehorsam darstellen, mit dem Bild einer *fast gerechten Gesellschaft* verbinden? Müssten nicht in einer nahezu gerechten Gesellschaft legale Mittel des

Protests zur Anfechtung möglicher ungerechter Abweichungen ausreichen? Auch ergibt sich die Frage, ob Rawls die historischen und gesellschaftlichen Umstände der bekanntesten Beispiele zivilen Ungehorsams – die britische Kolonialherrschaft in Indien sowie die systematische Benachteiligung der afro-amerikanischen Bevölkerungsgruppe in den USA – als *nahezu gerecht* ansehen würde. Wenn nicht, so stellt sich umgekehrt die Frage, für welche Welt Rawls' Verständnis von zivilem Ungehorsam gedacht ist, wenn es selbst mit jenen Fällen im Widerspruch steht, die er selbst als zivilen Ungehorsam anerkannte, wie der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung.

Rawls erzeugt ein theoretisches Missverhältnis, indem er das nicht-ideale Phänomen des zivilen Ungehorsams erörtert, während er an den fiktiven Grundsätzen der Idealtheorie festhält (vgl. Sabl 2001: 311). Nach Rawls' Auffassung soll stets im Licht des Ideals einer perfekten gerechten Gesellschaft entschieden werden, an welchen Prinzipien man sein Verhalten auch unter weniger günstigen und ungerechten Umständen orientieren soll (Celikates 2011a: 2). Die bereits erwähnte Kritik an der von Rawls formulierten Pflicht zum Gehorsam, die er als Grundbedingung einer fast gerechten Gesellschaft einführt (vgl. ebd; vgl. Lyons 1998), macht wie erläutert auf einen grundlegenden Widerspruch aufmerksam: Innerhalb eines Systems, das auf systematischen Ungerechtigkeiten beruht, kann den Bürgern keine Pflicht zum Gehorsam auferlegt werden (vgl. Sabl 2001: 313; Lyons 1998: 35).

Teils resultierend aus dieser grundlegenden Widersprüchlichkeit hat die idealtheoretische Denkweise einen verzerrenden Effekt auf die Definition zivilen Ungehorsams, welchen ich, in der Auseinandersetzung mit jedem der erwähnten Kriterien, kurz erläutern werde.

Beginnen wir mit dem Kriterium der Öffentlichkeit. Rawls fordert, ziviler Ungehorsam müsse eine Handlung sein, die »nicht insgeheim ausgeführt [wird], sondern so, daß sie auch ausreichend wahrgenommen wird« (Rawls 1979: 403). Im liberalen Verständnis ist vor allem die Ankündigung des zivilen Ungehorsams der entscheidende Schritt, um diesen öffentlich zu machen (Celikates 2016: 39). Dieses Verständnis von Öffentlichkeit ist problematisch, da selbst etablierte Formen zivilen Ungehorsams wie eine Blockade oft nur dann möglich sind, wenn sie *nicht* angekündigt werden (vgl. 2014b: 3). So ist beispielsweise zweifelhaft, ob im Zuge der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung die Behör-

den oder die Öffentlichkeit zuvor jeweils über bevorstehende Sit-ins und Busboykotte in Kenntnis gesetzt wurden.

Ein weiteres Kriterium, das Rawls als definitionstragend ansieht, ist der gewaltlose Charakter des zivilen Ungehorsams. Das Problem dieses Kriteriums ist seine Ungenauigkeit, da Gewaltfreiheit davon abhängt, wie weit oder eng der Begriff der Gewalt ausgelegt wird (vgl. 2011a: 10). Je nach der Definition von Gewalt wären auch Sachbeschädigung, psychischer Druck oder Formen der Gewalt gegen die eigene Person kategorisch als Formen zivilen Ungehorsams ausgeschlossen. Besonders sichtbar wird die Problematik, die mit der absoluten Gewaltlosigkeit als Definitionsmerkmal einhergeht, an einem anderen, wesentlich weniger radikalen Beispiel: der Sitzblockade. Im deutschen Recht können friedliche Sitzblockaden noch immer als Nötigung bestraft werden (wobei Gewalteinwirkung oder die Drohung mit größerem Übel ein notwendiges Merkmal ist, um eine Handlung als Nötigung zu werten). Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts kann man zwar nur von Gewalt sprechen, sofern ein Element körperlicher Kraftaufwendung erkennbar ist, doch wurde dieses Urteil durch die sogenannte Zweite-Reihe-Rechtsprechung torpediert (vgl. Fischer-Lescano 2011). Diese besagt, dass im Falle einer Straßenblockade das erste Fahrzeug, das von einem Protest blockiert wird, keinerlei Gewalt erfährt, da das Einwirken auf dieses rein psychologisch sei, das zweite und alle weiteren Fahrzeuge würden jedoch von den vorhergehenden physisch zum Anhalten gezwungen und seien daher laut dem BGH einer Nötigung ausgesetzt (vgl. Bosch 2007; Celikates 2014b: 9). Somit wird behauptet, bloßes Hinsetzen könne ein gewaltsamer Akt sein und eine Sitzblockade sei als mittelbarer Gewaltakt zu verstehen (vgl. Fischer-Lescano 2011).

Diese rechtliche Auslegung veranschaulicht, dass die Frage der Gewaltlosigkeit (als eines Merkmals des zivilen Ungehorsams) eine Frage der Definition von Gewalt und insoweit strittig ist. Das heißt nicht, dass jede Form von Gewalt im Rahmen zivilen Ungehorsams zulässig und zu rechtfertigen ist, sondern lediglich, dass das Kriterium der Gewaltfreiheit als Definitionskriterium interpretationsbedürftig ist und deswegen häufig zu restriktiv ausgelegt wird. Auf die Problematik des Gewaltkriteriums werde ich im Kapitel 6.2 noch einmal ausführlich eingehen. Festzuhalten ist jedoch bereits, dass eine strikte Auslegung als absolute Gewaltlosigkeit zivilen Ungehorsams mit Blick auf die politische Praxis

unhaltbar ist, da eine solche Auslegung selbst zu anerkannten Taktiken zivilen Ungehorsams wie der Sitzblockade im Widerspruch steht.

Das nächste Kriterium für Rawls ist die Gewissensbestimmtheit der Handlung. Hier lässt sich fragen, warum nicht auch Beweggründe, die nichts mit den Gewissensmotiven eines Individuums zu tun haben, als intentionale Grundlage zivilen Ungehorsams anerkannt werden sollen. In der Praxis zeigen sich Fälle, die vielmehr von politischer Verantwortung getragen sind oder advokatorischen Charakter haben (vgl. Celikates 2011a: 11). Ein Beispiel sind Tierschützer, die sich nicht damit begnügen, selbst vegan zu leben – was eine ausreichende Lösung wäre, wenn es ihnen lediglich um die Übereinstimmung mit Gewissensüberzeugungen ginge. Stattdessen werden sie aktiv, beispielsweise indem sie Tiere befreien, und dies weist darauf hin, dass ihre Handlungen von anderen Prinzipien motiviert sind, etwa der Überzeugung, dass Tiere in der gleichen Weise wie Menschen ein Recht auf Leben haben. Eine Handlung aus einer solchen Überzeugung ist allein aus Gewissensgründen schwer zu erklären, doch scheint es unsinnig, alle Arten des Ungehorsams deshalb nicht anzuerkennen, weil sie komplexeren Prinzipien folgen als den Vorschriften des individuellen Gewissens. Somit ist auch dieses von Rawls formulierte Definitionsmerkmal zu restriktiv.

Die letzten beiden Kriterien von Rawls stehen je in eigener Weise in einem Widerspruch zur politischen Realität. Zunächst versteht Rawls zivilen Ungehorsam als Appell an die Mehrheit der Bevölkerung und ihren Gerechtigkeitssinn. Der Appell soll diese Mehrheit anregen, ein bestimmtes Anliegen neu zu evaluieren. Ziviler Ungehorsam entsteht jedoch tatsächlich häufig in Situationen, in denen er sich gerade *gegen* die mehrheitlichen moralischen Empfindungen richtet, da diese keineswegs immer einen höheren Grad an Gerechtigkeit abbilden, sondern im Gegenteil systematisch verzerrt sein können. Warum sollten sich beispielsweise diskriminierte Bürger der USA mit einem Appell an die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung wenden, wenn deren Gerechtigkeitssinn gerade durch diese Diskriminierung verzerrt ist? Ein solch ungerechtes Missverhältnis stellt in vielen Fällen gerade den Grund des zivilen Ungehorsams dar (vgl. ebd.: 11). Das liberale Verständnis übersieht hier die Möglichkeit, dass eine Mehrheit wissentlich und willentlich eine gravierende Ungerechtigkeit aufrechterhält, beispielsweise weil sie selbst von ihr profitiert (siehe hierzu 203

Smith 2013: 36f.).

Ein weiteres Problem dieses Kriteriums ist auch die Annahme der idealtheoretischen Sicht, dass *die Mehrheit* einer Gesellschaft stets an der Macht sei. Obwohl es beim zivilen Ungehorsam um einen nicht-idealtheoretischen Spezialfall geht, ignoriert Rawls den realweltlichen Umstand, dass die Verteilung von Entscheidungsmacht wesentlich komplexer ist, als dass sie sich als Macht der numerischen Mehrheit über eine numerische Minderheit beschreiben ließe. Michael Walzer nennt die Frage der Mehrheitsregel gar die schwierigste Frage der Demokratietheorie, da unter realpolitischen Bedingungen die stärkste Macht in einer Gesellschaft mitnichten immer die zahlenmäßig größte ist (vgl. Walzer 1970a: 46).

Das Bild einer gerechten Mehrheitsherrschaft ignoriert beispielsweise die Möglichkeit, dass mächtige Minderheiten wie etwa Interessenvertreter oder Lobbygruppen entstehen. Nur in einer Gesellschaft, in der *faktisch* jedes Mitglied die gleichen Rechte hat und gleiche Machtverhältnisse für alle bestehen, kann die stärkste Kraft tatsächlich über ein numerisches Mehrheitsverhältnis bestimmt werden. Die unproblematische Legitimität einer Mehrheit muss jedoch in Frage gestellt werden, sofern Bürger nicht faktisch gleiche Rechte haben und gleiche Möglichkeiten der Partizipation realisieren können (vgl. ebd.: 47). Unterdrückte Minderheiten, deren Rechte und Partizipationsmöglichkeiten in einem solchen System faktisch nicht gegeben sind oder nicht wirksam werden können, sind aus Walzers Sicht diesem System in keiner Weise verpflichtet. Infolgedessen ist fraglich, warum zivil Ungehorsame an den Gerechtigkeitssinn einer Mehrheit zu appellieren haben, wenn zweifelhaft ist, dass deren Herrschaft unter Bedingungen der Gleichberechtigung zustande gekommen ist.

Möglich wäre auch, dass eine mächtige Minderheit politische Entscheidungen trifft, die auch gegen den Willen einer Mehrheit durchgesetzt oder gar ohne ihr Wissen vollzogen werden. Rawls geht – der idealtheoretischen Sicht verhaftet – davon aus, dass eine Gesellschaft nicht nur moralische Vorstellungen teilt, sondern diesen auch tatsächlich und freiwillig gerecht wird. Unter nicht-idealen Umständen ist es fraglich, ob in einer kulturellen Gemeinschaft jene Schnittmenge an Moralvorstellungen, die es ja immerhin geben mag, auch von jenen freiwillig respektiert und im Handeln umgesetzt wird, die gesellschaftlich in einer Machtposition sind. Selbst in relativ gerechtigkeitsaffinen Gesellschaften

gibt es deutliche Kluften zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen, die als konsistente und strukturelle Ungerechtigkeiten zu erkennen sind (vgl. Simmons 2003: 57).

In diesen realweltlich wahrscheinlichen politischen Konstellationen kommt einer unterdrückten Gruppe auch vollkommen unabhängig von Mehrheits- und Minderheitsverteilungen eine Berechtigung zu, diesem System ihren Gehorsam, ihre Loyalität und ihre Dienste zu entziehen (vgl. Walzer 1970a: 69). Eine Berechtigung, sich gegen demokratische Missstände und politische Ungerechtigkeiten zu wehren, hängt nicht von Wahlverhältnissen und ebenso wenig von vermeintlichen öffentlichen Meinungsbildern ab. Diese sind ohnehin nur sehr grob bestimmbar und lassen keineswegs eine Aussage darüber zu, wie einzelne Ungerechtigkeiten bewertet werden.

Schließlich bleibt noch Rawls' Prämisse zu diskutieren, dass ziviler Ungehorsam sich in den Grenzen der Gesetzestreue bewege, womit gemeint ist, dass er sich nicht gegen ein politisches System als solches, sondern nur gegen einzelne Gesetze oder Maßnahmen richte. Unter anderem durch die bereitwillige Annahme der Strafe bekräftigt der Gehorsamsverweigerer Rawls zufolge seine grundlegende Anerkennung gegenüber dem Gesetz und dem politischen System. Wie Celikates (und, wie wir später sehen werden, auch schon Arendt) anmerkt, ist diese Annahme der grundlegenden Gesetzestreue und Anerkennung eines Systems jedoch problematisch, da sie zahlreiche historische Beispiele des zivilen Ungehorsams disqualifizieren würde, die allgemein als solche anerkannt werden. Weder Gandhi noch Martin Luther King Jr. betrachteten das vorherrschende Staatssystem als prinzipiell gerecht (vgl. Celikates 2014b: 5). Kings Ausspruch »the thing to do is get rid of the system« (vgl. King 2003) macht bereits deutlich, dass das grundlegende Einverständnis mit dem bestehenden System sich keineswegs allgemein in der Praxis zivilen Ungehorsams wiederfinden lässt. Wie Lyons hervorhebt, erzeugt diese Vorstellung »a false picture of historically significant resistance. [...] Thoreau, Gandhi, and King believed, with good reason, that their systems required fundamental change« (vgl. Lyons 1998: 33, 44).

Zusammengefasst verfehlt die idealtheoretische Auffassung ihren Anspruch, die Praxis des zivilen Ungehorsams adäquat zu beschreiben, und verkennet »that civil disobedience can be, at least to a certain degree, non-public, violent,

205

based on other than conscientious considerations, that it can forgo or refuse appealing to the majority's sense of justice, and that it can be revolutionary in scope without ceasing to be civil disobedience« (vgl. Celikates 2011a: 12).

Prüft man die Sinnhaftigkeit der von Rawls formulierten Kriterien in Bezug auf historische Paradebeispiele und die politische Praxis des zivilen Ungehorsams, so wird in jedem Fall deutlich, dass sie zu restriktiv gewählt sind und damit wenig Aussagekraft für die Evaluation von zivilem Ungehorsam in seiner lebendigen Praxis haben. Dieser wäre anhand von Rawls' Definition in der politischen Realität nur schwer in Gestalt eindeutiger Fälle zu finden. Doch welchen, wenn nicht jenen zivilen Ungehorsam der Welt, in der wir leben, sollte eine Definition beschreiben können?

Wie ich anhand der Diskussion aller Definitionskriterien, die Rawls für zivilen Ungehorsam aufstellt, gezeigt habe, unterliegen diese einer epistemischen Verzerrung. Diese Verzerrung folgt daraus, dass Rawls Kriterien, die für die Frage der *Rechtfertigung* von zivilem Ungehorsam durchaus von Belang sind (wie das Ausmaß der Gewalt, die zum Einsatz kommt), als definitionstragend ansieht. Diese restriktive definitorische Grundlage ist nicht nur ein rein theoretisches Problem, sondern zieht in ihrer Anwendung politisch weitreichende Konsequenzen nach sich. Beispielsweise führt sie dazu, dass neuen Formen digitalen Ungehorsam kategorisch abgesprochen wird, diese theoretischen Ansprüche zivilen Ungehorsams zu erfüllen und damit als ziviler Ungehorsam Anerkennung zu finden. Jenseits dieser definitorischen Schwächen werde ich jedoch im Folgenden auf zwei weitere Schwachstellen der liberalen Theorie eingehen, die sich ebenso problematisch (wenn auch weniger sichtbar) auf die heutige Debatte um digitalen zivilen Ungehorsam auswirken.

4.4. Probleme der Rechtfertigung

Auch in Bezug auf die Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam erweist sich die idealtheoretische Grundlage des liberalen Verständnisses als zu restriktiv.

Die Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam basiert auf der Einschränkung auf schwerwiegende Fälle, in denen sich der Ungehorsam gegen Verletzungen des Grundsatzes der gleichen Freiheit und des Grundsatzes der fairen Chancengleichheit bezieht. Für Rawls ist ziviler Ungehorsam darüber hinaus nur dann

gerechtfertigt, wenn gewöhnliche Appelle an die politische Mehrheit zuvor auf richtig erfolgt und gescheitert sind und eine zu große Häufung von Akten des Ungehorsams, die die politische Stabilität gefährden könnte, durch Absprachen vermieden wird (vgl. Rawls 1979: 410).

Rawls schränkt also zivilen Ungehorsam darauf ein, gegen *eindeutige* und *schwerwiegende* Ungerechtigkeiten vorzugehen, womit er eine hohe Schwelle für gerechtfertigten zivilen Ungehorsam festlegt (vgl. Smith 2013: 39). Dies wirft ein grundsätzliches Problem auf, da gesellschaftliche Ungerechtigkeiten niemals völlig unumstritten sind. Ziviler Ungehorsam soll nach Rawls nicht bezwecken, komplexere und umstrittene Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, etwa unzulängliche Umsetzungen des Differenzprinzips.⁵² Eigeninteressen seien in diesen Fällen nur schwer von politischen Motivationen zu unterscheiden, weshalb diese Streitigkeiten besser den legalen institutionellen Prozessen überlassen blieben (vgl. ebd.: 39). Den Grundsatz der Fairness schließt Rawls explizit aus seinen Überlegungen aus (vgl. Rawls 1979: 414), obwohl auch Verstöße gegen diesen auf grundlegende Demokratiedefizite hinweisen könnten.

Darüber hinaus existieren viele gesellschaftliche Fragen, die in einer kontroversen Grauzone liegen, was einen gesellschaftlichen Konsens unwahrscheinlich macht, wie beispielsweise das Thema der Abtreibung. Solche Fälle versteht William Smith als *deliberative Uneinigkeiten* »where reasonable views can be constructed on either side of a contentious issue of law or policy« (vgl. Smith 2013: 42). Nun möchte ich behaupten, dass sich sogar zu den meisten Fragen der Ungerechtigkeit in unserer komplexen Lebenswelt verschiedene nachvollziehbare und berechtigte Sichtweisen entdecken lassen. Rawls' Einschränkung auf eindeutige und unstrittige Fälle führt vor diesem Hintergrund dazu, dass die allermeisten gesellschaftlichen Gerechtigkeitskonflikte aus dem Bereich der gerechtfertigten Anliegen zivilen Ungehorsams ausgeschlossen werden. Doch gerade in solchen komplexen, weniger offensichtlichen Fällen der Ungerechtigkeit hätte ziviler Ungehorsam das Potential, Anstoß für einen deliberativen Prozess zu geben (vgl. ebd.: 42).

⁵² Dieses Prinzip besagt, dass aufgrund der unterschiedlich privilegierten Situationen verschiedener Menschen die Ungleichheiten durch bessere Aussichten zugunsten des Benachteiligten ausgeglichen werden sollen.

Im Zuge dieser Einschränkung der Rechtfertigungsfähigkeit von zivilem Ungehorsam auf sehr spezifische Fälle vernachlässigt das liberale Paradigma weitere wichtige moralische, ethische und politische Gründe für zivilen Ungehorsam (vgl. ebd.: 59). Verschiedene Begründungen für zivilen Ungehorsam, die gerade aus heutiger Sicht wesentlich erscheinen, werden außer Acht gelassen. Beispielsweise lässt sich ziviler Ungehorsam als Protest gegen eine Politik, die Menschenrechte verletzt, mit dem liberalen Verständnis nicht ohne weiteres rechtfertigen. Im Hinblick auf aktuelle Beispiele wird offensichtlich, dass Aktionen wie beispielsweise jene im Rahmen der Alterglobalisierungsbewegung nach Rawls nicht als ziviler Ungehorsam zu rechtfertigen sind, da sich diese Bewegungen nicht auf Grundrechte oder die Verfehlungen *einer* Regierung beziehen (vgl. Celikates 2010: 288). Auch Proteste gegen politische Maßnahmen in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Umweltpolitik fallen problematischerweise durch das Raster eines liberalen Verständnisses von zivilem Ungehorsam. Darüber hinaus sind Anliegen, die prozeduralistische Defizite der Demokratie bemängeln und sich demnach weder mit gleicher Freiheit noch mit fairer Chancengleichheit beschäftigen, kategorisch ausgeschlossen, sofern man dem liberalen Verständnis folgt (vgl. Celikates 2010: 291; Norman 1986: 27).

Wie all diese Einschränkungen zeigen, grenzt Rawls zivilen Ungehorsam auf wenige und für ihn idealtypische Fälle ein. Grund dafür ist wieder das Missverhältnis der idealtheoretischen Grundlage. Aus idealtheoretischer Sicht mögen die möglichen Fälle, die so noch Berücksichtigung finden, ausreichend erscheinen. In der politischen Realität einer nicht-idealen Welt zeigen sich wesentlich mehr und andere begründete und legitime Anlässe zivilen Ungehorsams.

Kommen wir zu Rawls' Vorstellung, dass ziviler Ungehorsam nur als letzte Möglichkeit, als *last resort* zu erwägen sei, nachdem andere Wege des legalen Protests erprobt wurden und gescheitert sind. Dieses Kriterium ernst zu nehmen, würde heißen, dass ziviler Ungehorsam erst dann gerechtfertigt ist, wenn tatsächlich keine Wege für legalen Protest mehr offenstehen. Dies führt jedoch praktisch in ein Dilemma, da *theoretisch* nie vorhergesehen werden kann, ob ein legaler Protest definitiv erfolglos sein wird, und den Akteuren *theoretisch*

zumeist die Möglichkeit offensteht, andere formale Protestmittel in Anspruch zu nehmen oder den bislang erfolglosen Protest hartnäckig fortzusetzen.

Auch bleibt unklar, wie genau die Erfolglosigkeit eines Protests über offizielle Kanäle im Einzelfall bestimmt wird und ab wann er als eindeutig gescheitert angesehen werden kann. Ziviler Ungehorsam ist nie mit absoluter Sicherheit als letzte mögliche Maßnahme zu rechtfertigen, da ein Beweis für die Aussichtslosigkeit aller alternativen Mittel schwer zu erbringen ist.

William Smith meint daher, es sei nicht notwendig, dass Bürger tatsächlich jegliche Möglichkeit des legalen Protests ausschöpfen. Legale Mittel seien zwar allgemein zivilem Ungehorsam vorzuziehen, da sie eine demokratische Gemeinschaft weniger belasten, beispielsweise durch die Kosten eines Polizeieinsatzes. Wird zu früh und schlecht nachvollziehbar auf zivilen Ungehorsam gesetzt, kann vonseiten anderer Bürger die kritische Vermutung aufkommen, man sei zu vorschnell im offensiven Vorgehen, was der zivilen Freundschaft ebenfalls nicht zuträglich wäre. Dennoch gebe es auch gute Gründe, auf das Erproben legaler Wege zu verzichten, wenn diese »harmful, difficult or incompatible with their deepest conscientious commitments« (Smith 2013: 48) seien.

Das letzte Kriterium, das Rawls zur Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam aufstellt, betrifft die Koordination von ungehorsamen Gruppen untereinander. Diese sollten ihre Aktionen verlegen, zeitlich abstimmen oder zusammenlegen, um zu viel Unruhe, welche die Stabilität der demokratischen Ordnung als solcher gefährden könnte, zu vermeiden. Einerseits könnte, wie Rawls behauptet, eine Koordination strategische Vorteile haben, da die Effektivität zivilen Ungehorsams darunter leiden kann, dass zu viele Proteste gleichzeitig um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ringen. Andererseits lassen sich auch gute Gründe vorbringen, warum eine Gruppe die Kooperation mit einer anderen Gruppe verweigern kann, etwa weil zu große Differenzen bestehen oder die Gruppen gar widerstrebende Überzeugungen oder Anliegen vertreten. Den Kooperationswillen verschiedener Gruppen untereinander zu einem Kriterium für die Rechtfertigung ihres Ungehorsams zu erheben, misst diesem Aspekt in jedem Fall eine zu entscheidende Bedeutung zu (vgl. Brownlee 2007).

Ähnlich wie bei dem Kriterium des zivilen Ungehorsams als *last resort* weist Rawls prinzipiell zu Recht auf reale Problemlagen hin. Sicherlich sollte ziviler Ungehorsam keine leichtfertige Strategie werden, wenn legale oder weniger

belastende politische Alternativen zur Wahl stehen. Ohne Zweifel kann eine Überfrachtung der öffentlichen Aufmerksamkeit mit konkurrierenden Protestanliegen zu Problemen führen. In beiden Fällen ist es jedoch nicht gänzlich plausibel, aus diesen Problemlagen ein restriktives Kriterium für die Rechtfertigung zivilen Ungehorsams abzuleiten. Schließlich gibt es, wie ich gezeigt habe, ebenso gerechtfertigte Gründe, beide Kriterien der Rechtfertigung im Einzelfall *nicht* zu erfüllen.

4.5. Die Rolle zivilen Ungehorsams im liberalen Demokratieverständnis

Auch für die Rolle des zivilen Ungehorsams in der Gesellschaft hat der verzerrende Effekt der Idealtheorie eine problematische Konsequenz. Das liberale Verständnis von Demokratie limitiert die Partizipation von Bürgern in einer nahezu gerechten Gesellschaft auf die Teilnahme an Wahlen und beschränkt die politische Beteiligung an Diskursen auf eine Elite sowie auf institutionelle Kanäle der Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft (vgl. Downey et al. 2012: 383; Celikates 2014a: 209ff.). Tully spricht daher im Bezug auf das liberale Demokratieverständnis von einer »low intensity form of democratic citizenship that reproduces a structural democratic deficit« (vgl. Tully 2010: 15).

Ziviler Ungehorsam hat nach liberalem Verständnis lediglich die Funktion eines appellativen Warnsignals an existierende Institutionen oder politische Machthaber zur Stärkung des existierenden Systems und seiner Legitimationsbasis (vgl. Celikates 2014a: 222). Insgesamt führt die Eingrenzung auf zweifelsfrei legitime Fälle zivilen Ungehorsams in der liberalen Denktradition zu einem Bild, das weder ein konfrontatives noch ein transformatives Potential zivilen Ungehorsams sichtbar werden lässt (vgl. Raz 1994: 275). Der zivile Ungehorsam wird als Notfallplan eines demokratischen Staates zum Zweck der Stabilisierung begriffen – einer Stabilisierung, die nach Rawls durch die Schaffung und Erhaltung gerechter Institutionen erreicht werden kann.

Dieses auf institutionelle Politik ausgerichtete Politikverständnis verzerrt zivilen Ungehorsam daher im Sinne eines »status quo bias« (Celikates 2014a: 222). Ihm wird zwar die Rolle zugestanden, ein bereits festgeschriebenes Maß der Gerechtigkeit und Demokratie wieder einzufordern und durch seine Auswirkung auf demokratische Institutionen wieder herzustellen, doch spricht ihm diese

Sichtweise gleichzeitig das Potential ab, eine Transformation anzustoßen, die Gerechtigkeit und Demokratie in neuen Bereichen oder unvorhersehbaren Fällen herstellt oder allererst zum Thema macht. Die liberale Auffassung lässt mithin außer Acht, dass ziviler Ungehorsam in vielen historischen Fällen gerade diese Rolle als Initiationsmoment gravierender Transformationen erfolgreich übernommen hat. Deswegen bleibt in der liberalen Theorie ziviler Ungehorsam als ein konstitutives Instrument der Selbstbestimmung unbesehen – als ein Instrument, das zu jeder Zeit und in jedem Gesellschaftssystem seine Berechtigung daraus bezieht, dass es eine transformierende Kraft und ein Potential der Veränderung und Innovation in sich trägt (vgl. Smith 2013: 54).

Die idealtheoretische Grundlage der liberalen Theorie wird, wie ich gezeigt habe, weder auf der Ebene der Definition noch auf der Ebene der Rechtfertigung dem Anspruch gerecht, ein anwendbares Verständnis von zivilem Ungehorsam zu begründen, das hilfreich dabei wäre, dessen Rechtfertigung anhand von Beispielen aus der politischen Realität zu evaluieren. Bei genauerer Betrachtung hält kaum eines der von Rawls gewählten Definitionskriterien einer Kritik stand (vgl. Celikates 2014b: 3). Rawls' enge Definition zivilen Ungehorsams und sein kategorischer und schwer nachvollziehbarer Ausschluss vielseitiger Anliegen des Protests legt ein gravierendes Manko seiner Konzeption offen.

Zurückzuführen ist diese Schwäche der liberalen Theorie vor allem auf das methodische Vorgehen, das sich nicht an den historischen Ereignissen orientiert, die zivilen Ungehorsam in seiner sozialen Praxis ausmachen, sondern stattdessen die Idealtheorie als Ausgangspunkt nimmt. Rawls' Auseinandersetzung im Rahmen einer Idealtheorie verfehlt somit den Anschluss an die politische Realität, in der Bürger und Akteure aufgrund der pluralistischen Anforderungen an jede Gesellschaft und aufgrund der ständigen Fortentwicklung nationaler wie auch global-politischer Verhältnisse zwangsläufig und fortlaufend mit Demokratiedefiziten und Ungerechtigkeiten konfrontiert sind. Damit dürfte deutlich geworden sein, dass liberale Ansätze infolge ihrer idealtheoretisch verzerrten Perspektive und ihres daraus folgenden restriktiven Charakters kaum geeignet sind, zu einem besseren Verständnis von zivilem Ungehorsam in der politischen Praxis beizutragen. Dies gilt auch für die Auseinandersetzung mit der Frage, ob und unter welchen Bedingungen digitaler Ungehorsam als ziviler Un-

gehorsam angesehen werden kann. Im Folgenden werde ich zeigen, wie Argumentationen zu dieser Frage die erläuterte Problematik der liberalen Theorie reproduzieren und welche Probleme und Fragen sich darüber hinaus ergeben.

4.6. Die liberale Perspektive auf digitalen Ungehorsam

Das liberale Verständnis von zivilem Ungehorsam dominiert bislang nicht nur die Debatte der politischen Philosophie, sondern lässt sich ebenso als etablierte Lesart in Bezug auf digitalen Ungehorsam identifizieren. Wie sich herausstellt, ist die Konsequenz jedoch, dass kaum ein Beispiel digitaler Dissidenz den liberalen ›Test‹ für zivilen Ungehorsam besteht, also den von Rawls formulierten Kriterien genügt. Zwei Auseinandersetzungen, die diese Problematik veranschaulichen, stammen von Andrew Calabrese und Evgeni Morosov. Beide Autoren beziehen sich explizit auf Rawls' Definition von zivilem Ungehorsam und adaptieren damit unweigerlich auch den idealtheoretischen Hintergrund dieses Ansatzes samt der dargestellten Problematik. Ich werde einzelne Aspekte ihrer Diskussion hervorheben, um konkreter zu zeigen, dass sich die liberale Perspektive in Bezug auf die Frage, wann digitaler Ungehorsam auch als ziviler zu verstehen ist, als problematisch und nicht als hilfreich erweist.

Calabrese bespricht digitale Protesttaktiken wie das Online-AdBusting, Aktionen des EDT und vor allem DDoS-Aktionen. In seiner Betrachtung sieht er kaum eine Verbindung zwischen digitalem Protest und zivilem Ungehorsam (vgl. Calabrese 2004: 332).

Calabrese kritisiert an den Taktiken digitalen Ungehorsams zwei Punkte, die bereits aus der Auseinandersetzung mit dem liberalen Verständnis im Allgemeinen bekannt sind: Ziviler Ungehorsam sei definitionsgemäß lediglich ein symbolischer Akt und Appell an die Öffentlichkeit, und die genannten disruptiven Taktiken sind seiner Ansicht nach damit nicht zu vereinen (vgl. ebd.: 326f.). Die hacktivistischen Methoden, die unter Umständen Kosten und Schäden verursachten, würden darüber hinaus auch dem Anspruch der Gewaltfreiheit nicht gerecht (vgl. ebd.: 333).

In weiterer Übereinstimmung mit Rawls hält Calabrese es für maßgeblich »to recognize that civil disobedience generally is not seen as a vague rejection of ›the system,‹ but rather it is more focused« (vgl. ebd.: 329). Wie bereits gezeigt,

lässt sich diese Annahme jedoch nicht für paradigmatische Beispiele bestätigen: Martin Luther King Jr. oder Gandhi lehnten das vorherrschende System nicht nur vage, sondern sogar sehr bestimmt ab und formulierten deutlich, dass ihre Bestrebungen des zivilen Ungehorsams von dem Motiv getragen waren, die systematische Unterdrückung, die sie und ihre Anhänger erleiden mussten, zu beenden.

Calabrese ist der Meinung, dass das Verständnis der DDoS-Aktion als äquivalenter Akt zivilen Ungehorsams deshalb fragwürdig sei, weil im Unterschied zu Sitzblockaden die Akteure nicht identifiziert und bestraft werden könnten. Er betont die Bereitschaft der *traditionellen* zivilen Gehorsamsverweigerer, ihre Körper öffentlich zu präsentieren und zum Einsatz zu bringen. »In doing so, they agree to risk encountering imprisonment, physical harm, and even death« (ebd.: 329). Wie viele Fallbeispiele digitalen Ungehorsams im ersten Kapitel ausführlich belegen, kann jedoch bei digitalen Aktionsformen keineswegs allgemein von einem geringeren Risiko oder Einsatz die Rede sein. Diesen Punkt, dass es beim zivilen Ungehorsam darum gehe, dass der Ungehorsame einen Preis für seine politische Einflussnahme zahlen muss, hebt Calabrese dadurch hervor, dass er zivilen Ungehorsam als »politics of shame« (ebd.: 326) begreift. Ziviler Ungehorsam entfalte seine Wirksamkeit gerade durch die gewaltsamen oder strafenden Übergriffe vonseiten des Staates, da dieser durch die Sichtbarkeit seiner Aggression beschämt werde. Den Staat für sein Handeln zu beschämen, mag auch im liberalen Verständnis eine mögliche Strategie zivilen Ungehorsams sein, jedoch geht die Zuspitzung auf diesen Aspekt, den Calabrese hier vorschlägt, selbst über das liberale Verständnis hinaus. Rawls betont die Rolle des zivilen Ungehorsams als Appell und nicht vordergründig als Beschämung.

Der politische Hacker ist für Calabrese kein *ehrenhafter* Hacker. Diesen verortet er nur in der Open-Source-Bewegung, da dort aufgebaut werde, was Hacktivist*innen letztlich nur (zer)störten. Auch wenn Calabrese für manche digitale Protesthandlungen zwar eine Rechtfertigung für gegeben hält, spricht er sämtlichen von ihm erwähnten Beispielen digitaler Dissidenz ab, eine Form zivilen Ungehorsams zu sein. Seine Argumentation beruht darauf, dass diese Beispiele den von Rawls konzipierten Kriterien der Öffentlichkeit und Gewaltlosigkeit sowie Calabreses eigenem Verständnis des zivilen Ungehorsams als eines ega-

litären Massenprotests nicht gerecht werden. So kommt er zu der Einschätzung, dass die Ideen des Critical Art Ensemble unberechtigtweise den Anschluss an die Tradition des zivilen Ungehorsams beanspruchen.

Die Ausführungen des Critical Art Ensemble widersprechen dem *egalitären Geist* des zivilen Ungehorsams sowie dem Kriterium der Öffentlichkeit, weil sie elektronischen zivilen Ungehorsam als im Verborgenen ausgeführte disruptive Aktionen von kleinen aktivistischen Zellen verstehen. Weiter stört ihn die Tatsache, dass digitale Taktiken gleichzeitig effektiv und von wenigen Akteuren ausgeübt werden können: »[It] raises questions about the fidelity of translation from real space to cyberspace« (vgl. ebd.: 331). Entscheidend für Calabrese ist hier letztlich nicht, dass digitaler Ungehorsam von wenigen Akteuren durchgeführt werden kann, sondern dass die politischen Interventionen aus seiner Sicht im Verhältnis *zu wirksam* sind.

Als allgemeine Aussage über DDoS-Aktionen ist diese Ansicht unverständlich, da in den bekannten Protestbeispielen kein dauerhafter technischer Schaden entsteht. Sofern die DDoS-Aktion zeitlich begrenzt stattfindet, ist der mögliche finanzielle Schaden nicht völlig anders zu bewerten als Schäden, die durch physische Blockaden oder andere traditionelle Formen zivilen Ungehorsams entstehen können.

Davon abgesehen gibt es jedoch andere, besonders wirksame Fälle digitalen Ungehorsams, die Calabreses Punkt durchaus treffend veranschaulichen. Problematisch ist hier nicht, dass Calabrese auf diesen Aspekt der eigenmächtigen Wirksamkeit hinweist, sondern dass er sämtliche hacktivistischen Aktionen, ohne tiefer auf ihre Eigenschaften einzugehen, als *zu wirksam* disqualifiziert. In Anbetracht der Vielfalt der Aktionen, die im ersten Kapitel dargestellt wurden, ist dies eine zu allgemeine und daher unzutreffende Schlussfolgerung, da in vielen Fällen beispielsweise die symbolische Wirkung im Vordergrund steht und diese Fälle daher weder disruptives noch eigenmächtiges Handeln darstellen.

Calabreses Haltung ist gar so allgemein ablehnend, dass man sich fragen kann, ob die epistemologische Verzerrung, die bereits als Merkmal und Mangel der Idealtheorie beschrieben wurde, hier erneut eine Rolle spielt. Indem einer bestimmten Gesellschaftsgruppierung – Menschen, die mit digitalen Mitteln politisch aktiv werden – kategorisch abgesprochen wird, zivilen Ungehorsam

üben zu können, wird ihnen ebenso kategorisch die gleichberechtigte Freiheit zu dieser direkten Form politischer Partizipation verweigert. Dahinter könnte sich die Ansicht verbergen, dass politisches Handeln nur dann gerechtfertigt sei, wenn es von bestimmten etablierten Gesellschaftsgruppen und mit bestimmten etablierten Mitteln ausgeübt wird – was letztlich als eine problematische Diskriminierung unerwünschter Politikformen sowie von bestimmten Akteuren und Ansichten gedeutet werden kann.

DDoS-Aktionen stehen als Beispiel auch im Fokus der Position von Morozov, auch wenn es bei ihm um Anonymous, die Operation Payback und die Low Orbit Ion Cannon geht, im Fall von Calabrese hingegen um das EDT und das Floodnet Tool.

Beide Autoren kommen jedoch – obwohl ihre Argumentationen jeweils bei Rawls' Definition von zivilem Ungehorsam ansetzen – zu unterschiedlichen Konklusionen. Morozov schließt, anders als Calabrese, DDoS-Aktionen nicht kategorisch als Form zivilen Ungehorsams aus und scheint auch in Bezug auf andere Taktiken offener zu sein. Er versteht DDoS-Aktionen in spezifischen Fällen als legitime Form der Dissidenz »very much similar to civil disobedience« (Morozov 2010). Als einen solchen spezifischen Fall sieht Morozov den Protest der Kampagne *Kein Mensch ist illegal!* gegen die Lufthansa an,

zu deren Handlungsformen auch eine DDoS-Aktion zählte, wie ich im Kapitel 2.6 beschrieben habe.⁵³

Im Gegensatz zu Calabrese kommt Morozov zu der Ansicht, dass die Operation Payback die Kriterien der Gewaltfreiheit, der Öffentlichkeit und der politischen oder gewissenhaften Motivation in ausreichendem Maße erfülle.

Dass das Kriterium der Gewaltfreiheit eine Frage der Auslegung ist, zeigt sich erneut darin, dass Morozov DDoS-Aktionen völlig anders bewertet als Calabrese: »One could also plausibly argue that since DDoS attacks cause only temporary rather than permanent damage to the attacked servers, they are far less violent than most acts of physical vandalism« (Morozov 2010). Darüberhinaus erkennt Morozov (entgegen dem liberalen Mainstream) an, dass ein disruptives und mitunter schädigendes Moment des Ungehorsams dessen zivilen Charakter keineswegs einschränke und folglich auch dessen Rechtfertigung keineswegs entgegenstehe; vielmehr bestehe gerade darin die politische Wirksamkeit des Ungehorsams.

In Morozovs Augen scheint es darüber hinaus (wieder im Widerspruch zu Calabrese) unstrittig, dass die Operation Payback öffentlich war. »The attacks were clearly public: Anonymous widely advertised the targets, the software to be used, and even the timeframe. Anyone could follow their deliberations in their online chat« (ebd.). Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass

⁵³ Morozov, wie auch andere (beispielsweise Zandt 2010) scheinen das Urteil zum Lufthansa-Fall, das vom Oberlandesgericht Frankfurt 2006 gesprochen wurde, jedoch misszuverstehen oder zumindest sehr wohlwollend zu interpretieren (siehe hierzu Oberlandesgericht Frankfurt am Main 2006). Das Urteil erkennt DDoS-Aktionen keineswegs ausdrücklich, wie Morozov und Zandt es darstellen, als Akt freier Meinungsäußerung oder Entsprechung einer Sitzblockade an. Was das Urteil lediglich untersucht, ist die Frage, ob DDoS-Aktionen den Straftatbestand der Nötigung erfüllen. Dies war in erster Instanz bejaht worden. In zweiter Instanz wurde diese Ansicht vom Oberlandesgericht Frankfurt jedoch revidiert, woraus ein Freispruch des Angeklagten resultierte. Der Grund dafür war, dass der Richter keinen Gewaltakt im Betätigen einer Taste zur Ausführung einer DDoS-Aktion sehen konnte. Das Gericht stellte sich damals die Frage, ob es hier um Nötigung gehen könne, da dies der Paragraph ist, der in Fällen zivilen Ungehorsams (in dessen etablierter Form) üblicherweise herangezogen wird. In gewisser Weise ist das Urteil das Ergebnis einer damals noch nicht angepassten Gesetzeslage und kein Plädoyer des Oberlandesgerichts für neue Rechte zu digitalem Protest. Nach einer Änderung der Gesetzeslage durch das 41. Strafrechtsänderungsgesetz zur Bekämpfung der Computerkriminalität vom 7. August 2007 wurde dieselbe DDoS-Aktion nach Paragraph § 303b StGB als Computersabotage angesehen werden und könnte mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 3 Jahren geahndet werden (vgl. Valerius 2008). Die Frage, ob eine DDoS-Aktion als Nötigung zu verstehen ist, ist demnach heute völlig obsolet, und der entsprechende Paragraph des Strafgesetzbuches wurde vom Gericht mangels anderer Gesetze herangezogen. Die Argumentation von Morozov und Zandt ist auch deshalb verwunderlich, zumal nicht einmal physische Sitzblockaden nach deutschem Recht legal sind (vgl. Fischer-Lescano 2011).

auch das Kriterium der Öffentlichkeit uneindeutig ist. Morozov meint mit Öffentlichkeit in Bezug auf zivilen Ungehorsam, wie im liberalen Verständnis häufig, nicht etwa die Öffentlichkeit des Aktes des zivilen Ungehorsams, sondern vornehmlich dessen *Ankündigung*.

Im Fall der Operation Payback mag diese Ankündigung öffentlich gewesen sein, doch lässt sich fragen, ob dieses Verständnis von *öffentlich* in Bezug auf zivilen Ungehorsam tragfähig ist. ›Öffentlichkeit‹ im Sinne einer öffentlichen Ankündigung als definitorisches Kriterium zivilen Ungehorsams anzusehen, ist, wie bereits erläutert, problematisch, da selbst etablierte Formen zivilen Ungehorsams, etwa Blockaden, oft nur deshalb möglich sind, weil sie *nicht* angekündigt werden (vgl. Celikates 2015: 2).

Festzuhalten ist, dass die DDoS-Aktion selbst nicht eindeutig öffentlich erlebbar, sondern höchstens für Eingeweihte überhaupt als Protestakt zu deuten war. Die Webseiten, die Ziel dieser Aktion von Anonymous waren, waren entweder normal abrufbar, verlangsamt oder nicht aufrufbar, wobei jedoch keinerlei eindeutige Zeichen eines Protestes sichtbar wurden. Ohne zusätzliche Informationen war die Operation Payback für Außenstehende kaum von kriminellen Handlungen oder gar technischen Störungen zu unterscheiden (vgl. Sauter 2013a: 122). Daraus möchte ich nicht vorschnell folgern, dass dieser Fall abseits der Öffentlichkeit stattfand, sondern nur vorschlagen, dass der Aspekt der Öffentlichkeit und der kommunikativen Absicht beim digitalen zivilen Ungehorsam einer wesentlich genaueren Analyse unterzogen werden sollte (siehe hierzu Kapitel 5.3.4).

Anders als der Titel seines Artikels »In Defense of DDoS« vermuten lässt, kommt auch Morozov letztlich zu dem Schluss, dass der Fall der Operation Payback *nicht* als Akt zivilen Ungehorsams gesehen werden könne. Der entscheidende Punkt ist auch für Morozov die freiwillige Annahme der Strafe, der sich Anonymous verweigerte, indem die an der Aktion Teilnehmenden ihre Identitäten nicht proaktiv veröffentlichten und anscheinend nicht willens waren, eine mögliche Strafe zu akzeptieren. Dabei stellt Morozov selbst heraus, dass die meist genutzte Software, die *Low Orbit Ion Cannon*, keineswegs eine verlässliche Anonymisierung der Nutzer garantiert. Erst zusätzliche Maßnahmen, zu denen Anonymous explizit aufrief, gewähren eine verbesserte Anonymisierung. Morozov deutet an, dass er die Operation Payback als zivilen Ungehorsam

sam verstehen *würde*, wenn Anons im vollen Bewusstsein der Nachvollziehbarkeit ihrer Identität gehandelt hätten. In Morozovs liberal geprägtem Test für zivilen Ungehorsam fällt Anonymous jedoch aufgrund des Strebens nach Anonymität durch. Dem liberalen Modell folgend argumentiert Morozov, dass Anonymous eine allgemeine Gesetzestreue vermissen lasse, indem die Mitstreiter der Aktion sich der bereitwilligen Annahme einer Strafe verweigerten.

Morozovs plädiert in seinem Fazit dafür, DDoS-Aktionen nicht generell jeden politischen Wert abzusprechen, sondern sie je nach Kontext ihrer Anwendung neu zu evaluieren. Bemerkenswerterweise soll sogar die Frage der Anonymität kontextabhängig sein: »Few of us get furious at the sight of Iranian protesters wearing green scarves to protect themselves from the prying eyes of police. If done right, DDoS may offer the much-needed antidote to the shallow and sterile politics of most Facebook groups and petitions, where participants take no risks and make no sacrifices« (Morozov 2010). Auch Morozov macht also das Risiko und Opfer des Ungehorsamen zu einem entscheidenden Kriterium der Anerkennung einer Aktion als ziviler Ungehorsam.

Morozovs Konklusion, die Operation Payback nicht – zumindest teilweise – als zivilen Ungehorsam zu verstehen, ist zunächst aufgrund seiner eigenen Argumentationslinie unverständlich: Auch in anerkannten traditionellen Formen zivilen Ungehorsams ist es keineswegs so, dass Teilnehmer stets ihre Personalien selbst bekanntgaben. Sie setzten sich lediglich dem Risiko aus, dass diese im Verlauf der Protestaktion ermittelt werden konnten. Dies war bei vielen Teilnehmern der Operation Payback erwiesenermaßen ebenfalls möglich. Vierzehn Teilnehmer, die sogenannten *Paypal 14*, die ihre Identität offensichtlich nicht verborgen haben, wurden angeklagt und zu Schadensersatzzahlungen verurteilt (vgl. Kompa 2014).

Warum erkennt Morozov dennoch die Handlungen der identifizierbaren Teilnehmer nicht als zivilen Ungehorsam an? Wie wir dem vorherigen Zitat entnehmen können, scheint es ihm nicht nur um die Annahme einer möglichen Strafe, sondern um eine bewusste Opferbereitschaft zu gehen, die für seine Definition zivilen Ungehorsams entscheidend ist.

Mit dieser Position ist Morozov in der liberalen Denktradition nicht allein. Die Forderung der Anerkennung der Strafe basiert auf dem bekannten liberalen Argument, dass der Gehorsamsverweigerer durch das Annehmen der Strafe sei-

nen generellen Gehorsam und Respekt gegenüber dem Gesetz sowie den Ausnahmecharakter des Rechtsbruchs, der mit dem zivilen Ungehorsam einhergeht, ausdrücke (vgl. Moraro 2007). Beginnend mit Rawls, der die Annahme der Strafe für eine notwendige Bedingung hielt, zieht sich dieses Kriterium dominierend durch die Debatte um zivilen Ungehorsam und wird auch in jüngeren Texten verteidigt (vgl. ebd.).

Wie Howard Zinn darstellt, kann diese Position gar als kardinales Prinzip der liberalen Philosophie des zivilen Ungehorsams verstanden werden und repräsentiert zumindest in Amerika eine weit verbreitete Ansicht (vgl. Zinn 1991b: 914).⁵⁴ Die grundlegende These ist, dass die Möglichkeit ungestrafter legitimer Rechtsbrüche zur Anarchie führe, da die Bedingung der Stabilität des Staates der bedingungslose Gesetzesgehorsam sei. Zinn argumentiert jedoch entschieden gegen diese Haltung: »This is like saying: since apples are good for children, we must insist that they not refuse the rotten ones, because that might lead them to reject all apples. Well, good apples are good for your health, and rotten apples are bad. Bad laws and bad policies endanger our lives, our freedoms. Why can't we trust human intelligence to make the proper distinctions among laws as among apples?« (vgl. Zinn 1991b: 920).

Am Beispiel von Martin Luther King Jr., das Zinn zufolge häufig herangezogen wird, um das Kriterium des Selbstopfers des zivilen Gehorsamsverweigerers zu untermauern, zeigt Zinn, dass gerade Kings Beteuerung der Gesetzestreue eher strategischen als ethischen Überlegungen folgte. »The principle is clear. If it is right to disobey unjust laws, it is right to disobey unjust punishment for breaking those laws« (vgl. ebd.: 915). Zinn liest in Kings Worten »to willingly accept punishment« nicht, dass die Bestrafung von zivil Ungehorsamen moralisch *richtig* sei, sondern dass man sie schlicht akzeptieren müsse, wenn sie unvermeidbar ist (vgl. ebd.: 915). Ein Beleg hierfür sei, dass King durchaus mit seiner vorzeitigen Entlassung aus dem Gefängnis einverstanden war, als sich

⁵⁴ Dennoch ist diese Ansicht auch unter liberalen Denkern umstritten. William Scheuerman beispielsweise argumentiert, dass unter Bedingungen, in denen die Annahme der Strafe keine öffentliche Debatte erwarten lässt und ein fairer Prozess mit angemessenem Strafmaß nicht wahrscheinlich ist, die Entscheidung, sich dem Gerichtsprozess zu entziehen, dem Rechtsstaatsprinzip sogar dienlich sein könne, statt es zu gefährden (vgl. Scheuerman 2014b: 619). Grundlage der fehlgeleiteten kategorischen Forderung, dass ein zivil Ungehorsamer eine mögliche Strafe freiwillig akzeptieren müsse, sei auch die problematische Gleichsetzung des Rechtsstaatsprinzips mit aktuellen Gesetzen.

diese Möglichkeit hinter den Kulissen abzeichnete. Insofern ist der Gefängnis-aufenthalt nur ein dramaturgisches Moment des zivilen Ungehorsams zur *Vorführung* der Ungerechtigkeit einer Regierung. Für King hatte der Aufenthalt im Gefängnis eine große Wirkung auf die Öffentlichkeit in seinem Sinne. Gerade im Hinblick auf King und seine Briefe aus dem Gefängnis, aber auch bezüglich der Strategie Gandhis, der seinen Anhängern befahl, sich von den Sicherheitskräften der Kolonialmacht ohne Gegenwehr Gewalt antun zu lassen, liegt die Annahme nahe, dass mit der Akzeptanz der Bestrafung vor allem eine Strategie aufseiten der zivil Ungehorsamen einhergeht.

Nach Erin Pineda begleitet zivilen Ungehorsam kontinuierlich dieses Missverständnis, aufgrund dessen strategische Entscheidungen beim Umgang der Ungehorsamen mit möglichen Strafen als Aspekt der Rechtfertigung gedeutet werden (vgl. Pineda 2015). Die Verweigerung der Strafe ist Pineda zufolge keine Entscheidung, die die Rechtfertigungsgrundlage von zivilem Ungehorsam beeinflusst, sondern allein eine strategische.

Die Attraktivität oder Unsinnigkeit dieser strategischen Entscheidung hängt unter anderem von der Höhe der möglichen Strafe ab. Gerade in Bezug auf digitalen Ungehorsam scheint diese Praxis der Inhaftierung als eines dramaturgischen Moments ihren Reiz und Sinn zu verlieren, da die Dauer oft so gravierend ist, dass der Preis in keinem angemessenen Verhältnis zur strategischen Wirkung mehr steht.

Entgegen dem Mythos, das Internet sei ein rechtsfreier Raum oder auch nur weniger riskant als irgendein anderer Handlungsraum für Proteste, sind politische Akteure, die sich Rechtsbrüche im Kontext des Digitalen zuschulden kommen lassen, oft (wie oben in einigen Beispielen erläutert) mit geradezu drakonischen Strafen konfrontiert (vgl. Ziccardi 2013: 29, 75). Die Anklagepunkte gegen Aaron Swartz sowie die Strafen für die Whistleblower Chelsea Manning, Jeremy Hammond und den Journalisten Barrett Brown zeigen eine problematische Prozessführung und überaus harte Bestrafung für digitale Protestakte an. Damit ist es für weitere digital Ungehorsame durchaus fraglich, ob sie einen fairen Prozess erwarten dürfen oder ob ihre Strafe in besonderem Maße zur Abschreckung weiterer Protestaktionen dienen soll.

Die Nutzung von Anonymisierungstechnologien zur Umgehung eines Strafprozesses lässt sich somit nicht nur rechtfertigen, sondern kann im Gegenteil auch

als ermöglichender Faktor einer neuen politischen Praxis gesehen werden. »The institution of anonymity, conversely, redistributes the right to speak and reduces the costs of politics – or, even better, it undermines the idea that there might be price to pay for those who want to act politically« (Lagasnerie 2015: 14). Ohne die technischen Maßnahmen zur Anonymisierung wären weder Edward Snowdens noch Chelsea Mannings Enthüllungen über massive Fehlleistungen der Regierung möglich gewesen. Lagasnerie argumentiert, dass Anonymität eine neue Möglichkeit darstelle, anti-demokratischen Entwicklungen und Mächten zu begegnen, während Demokratien sonst oft einer Zensur unterlägen, die darin bestehe, dass nur bestimmte Akteure zum politischen Handeln befähigt sind. Der radikale Ausschluss anonymer Handlungen von zivilem Ungehorsam lässt sich in ähnlicher Weise wie die kategorische Verurteilung des Hacktivismus als epistemologische Verzerrung deuten.

Eine andere Frage ist jedoch, in welcher Weise Anonymität die politische Qualität einer Handlung verändert. Einerseits zeigt sich in der Anonymität aus Sicht mancher eine »spectacular egalitarian nature« (Garfield 2011) des politischen Handelns, andererseits lässt sich fragen, ob anonymes Handeln gleichermaßen prinzipienbasiert und vertrauenswürdig ist. Diese Frage, wie Anonymität zwischen politischer Bemächtigung und bürgerlichem Vertrauen politisches Handeln beeinflusst, wird deshalb im Kapitel 7.3 neu aufgegriffen.

Wie ich im Vorangegangenen gezeigt habe, ist das restriktive liberale Verständnis sowohl bei Calabrese als auch bei Morozov (der zumindest einige Anpassungen vorschlägt) keine schlüssige Grundlage, um digitale Akte des Ungehorsams auf ihre Qualifikation als ziviler Ungehorsam zu befragen. Die Kriterien, die Calabrese in Anlehnung an Rawls' Definition vorschlägt, sind letztlich, wie diese Argumentation gezeigt hat, nicht haltbar. Auch Morozovs etwas moderatere Position erweist sich als nicht tragfähig, da sie zum einen teilweise widersprüchlich ist, zum anderen letztlich an der Forderung des Selbstopfers für zivilen Ungehorsam scheitert, die – wie ich argumentiere – bei genauerer Betrachtung ebenso nicht haltbar ist.

Das größte Problem bleibt jedoch das implizierte enge Verständnis von Demokratie und die beschränkte Rolle, die zivilem Ungehorsam in diesem zugestanden wird. Im Anschluss an die Kritik der idealtheoretischen Grundlage der liberalen Theorie, die ich im vorangegangenen Kapitel dargelegt habe, zeigt sich

auch in Bezug auf digitalen Ungehorsam ein *Status-quo-Bias* der Diskussion. So wird beispielsweise im Festhalten an der Idee der Ankündigungspflicht und der Forderung der bereitwilligen Annahme der Strafe sichtbar, dass auch Morozov zivilen Ungehorsam vornehmlich als Instrument der Sicherung des Status quo der Machtverhältnisse sieht und dessen transformatives Potential aus dem Blick lässt.

Rückblickend zusammengefasst, hat dieses Kapitel zunächst Rawls' liberales Verständnis zivilen Ungehorsams vorgestellt, das als ständiger Bezugspunkt der philosophischen Debatte gesehen werden kann. In der Diskussion seines Ansatzes, in dem der zivile Ungehorsam ausgehend von einer idealtheoretischen Fundierung als nicht-idealer Spezialfall entworfen wird, habe ich die Schwächen dieses methodologischen Vorgehens aufgezeigt. Anhand einer Auseinandersetzung mit Rawls' Kriterien der Definition und Rechtfertigung habe ich argumentiert, dass nahezu keines derselben einer Prüfung vor dem historischen Hintergrund der Praxis digitalen Ungehorsams standhält. Das grundlegendste Problem des liberalen Ansatzes zeigt sich in einer epistemologischen Verzerrung, die sich auch in den Positionen von Calabrese und Morozov widerspiegelt. In beiden Argumentationen adaptieren die Autoren Rawls' Verständnis, um zu prüfen, ob digitale Akte des Ungehorsams diesem gerecht werden, und zeugen letztlich von jener gleichen Problematik, die sich als Status-quo-Bias beschreiben lässt: als Beschränkung zivilen Ungehorsams auf den Erhalt eines existierenden Systems, die das transformative Potential des Ungehorsams außer Acht lässt.

Jenseits des liberalen Mainstreams und dessen enger Definition von zivilem Ungehorsam hat sich ein Verständnis von zivilem Ungehorsam entwickelt, das diesen unter völlig anderen Vorzeichen versteht. Um dieses wesentlich offenere und weitere Verständnis von zivilem Ungehorsam, das als *radikal-demokratisches* bezeichnet wird, geht es im folgenden Kapitel. Ziel des Kapitels ist es, eine tragfähige Theorie des zivilen Ungehorsams vorzustellen, die sich an der Praxis – und auch der digitalen Praxis – orientiert und im Austausch von Argumenten von ihr lernt. Ziel ist, wie eingangs im Verweis auf Tully erläutert, eine Theorie, die nicht auf einem theoretischen Idealbild der Gesellschaft beharrt, sondern praktisch, kritisch und historisch vorgeht (vgl. Tully 2008a: 16).

5. Entwurf eines alternativen Verständnisses zivilen Ungehorsams

Nachdem das liberale Verständnis zivilen Ungehorsams sich in vielen Hinsichten als problematisch erwiesen hat, wird sich dieses dritte Kapitel mit alternativen Überlegungen zu zivilem Ungehorsam auseinandersetzen, um ein praxisorientiertes und tragfähiges Verständnis zu entwickeln, das auch dem Zeitalter digitaler Medien gerecht wird.

Dieses alternative und weitere Verständnis von zivilem Ungehorsam, das ich hier darlegen möchte, basiert vornehmlich auf den Ansätzen von Hannah Arendt, Michael Walzer und Robin Celikates; andere Arbeiten werden zum Zwecke der Ergänzung oder Abgrenzung herangezogen.

Als Ausgangspunkt eines anderen Nachdenkens über zivilen Ungehorsam kann Hannah Arendts Essay über zivilen Ungehorsam betrachtet werden, den sie 1970 veröffentlichte. Arendts Texte lassen sehr unterschiedliche Lesarten zu: von antimodernistischen und konservativen Interpretationen bis hin zu solchen, die besonders das radikal Neue in Arendts Denken entdecken. Diese Arbeit unterstützt die letztere Lesart, und ich werde besonders in Bezug auf Arendts Verständnis von zivilem Ungehorsam darlegen, dass ihr Ansatz ein radikal neues Denken begründet. Ihr progressiver Ansatz zum Verständnis zivilen Ungehorsams ist auch ein Ausgangspunkt, um ihn im Hinblick auf den Wandel, der mit der Digitalisierung ungehorsamer Praktiken einhergeht, neu zu denken (vgl. Züger 2013).

Arendts Auseinandersetzung ist, obwohl sie nahezu zeitgleich mit jener von Rawls entstand, die weniger bekannte und einflussreiche. Obwohl Arendt Rawls' Theorie, die ein Jahr nach Arendts Überlegungen erschien, nicht direkt thematisieren konnte, werden doch im Vergleich große Unterschiede deutlich. Arendt geht mit ihren Gedanken über zivilen Ungehorsam neue Wege und kommt zu Schlüssen, die oft als »unorthodox and surprising« (Smith 2010: 163) erscheinen.

Das radikal Andere ihres Verständnisses von zivilem Ungehorsam beruht »on what she terms a principle of dissent at the heart of constitutional democracies« (Petherbridge 2016: 1). Arendts Ansatz bietet daher eine Alternative zu den liberalen, eher legalistischen Modellen zivilen Ungehorsams einerseits und

gewissensbasierten Modellen andererseits: Erstere, wie beispielsweise jenes von Rawls, stellen den Bezug des Ungehorsams zum Gesetz in den Vordergrund der Argumentation; letztere, wie beispielsweise die Überlegungen von Thoreau, verstehen das menschliche Gewissen als entscheidende Instanz. Aus Arendts Sicht verfehlen Positionen, die zivilen Ungehorsam legalistisch befragen, die eigentlich bedeutsame Dimension zivilen Ungehorsams: die politische (vgl. Arendt 2000: 283). Beide Sichtweisen, die moralische und die rechtliche, seien jedoch unzureichend, da sie die kollektive Ebene und das transformative Potential zivilen Ungehorsams ausblenden (vgl. Smith 2010: 152).

Arendts Ansatz stellt das Politische in den Fokus der Betrachtung und kann als radikal-demokratischer Ansatz verstanden werden, auch wenn Arendt selbst der Demokratie – zumindest in einem institutionellen Sinne als Herrschaft der Mehrheit über eine Minderheit – skeptisch gegenüberstand und im Gegenteil das demokratische Potential des Außergewöhnlichen und Extrainstitutionellen hervorhebt (vgl. Kalyvas 2008: 293).

In Ergänzung zu Arendts Überlegungen werde ich mich auf Michael Walzers Auseinandersetzung mit zivilem Ungehorsam beziehen, die er in etwa zur selben Zeit wie Arendt – Ende der 1960er Jahre – verfasst hat. In seiner Textsammlung *Obligations*, die 1970 veröffentlicht wurde, bettet Walzer die Frage nach der Verpflichtung des Bürgers zum Gehorsam gegenüber dem Staat sowie die Frage nach einer möglichen Pflicht des Bürgers zum *Ungehorsam* dem Staat oder mächtigen Unternehmen gegenüber in den Rahmen einer *consent theory* ein. Seine Überlegungen ergänzen Arendts Ansatz um entscheidende Punkte, wie beispielsweise die Frage, wie eine *Pflicht zum Ungehorsam* entstehen kann und wie sie zu rechtfertigen ist. Walzers Überlegungen liefern auch eine Einschätzung zu der Frage, unter welchen Umständen Ungehorsam gegen Unternehmen als eine gleichberechtigte Form zivilen Ungehorsams angesehen werden kann.

Robin Celikates schlägt eine Minimaldefinition von zivilem Ungehorsam vor, die in gewisser Weise als Synthese radikal-demokratischen Denkens über zivilen Ungehorsam aufzufassen ist. Sie unterscheidet sich grundlegend von der liberalen Definition, weil sie zum einen wesentlich weniger restriktiv ist, zum anderen (wie auch Arendt und Walzer es fordern) auf politischer und nicht rechtsphilosophischer Ebene ansetzt. Celikates definiert zivilen Ungehorsam als »ab-

sichtlich rechtswidriges und prinzipienbasiertes kollektives Protesthandeln, mit dem das Ziel verfolgt wird, bestimmte Gesetze oder politische Maßnahmen zu verändern (zu verhindern oder zu ›forcieren‹)« (Celikates 2010: 280). Seine Minimaldefinition, die ich als Ausgangspunkt meiner weiteren Diskussion verwende, legt die Grundlage für ein Verständnis von zivilem Ungehorsam, das sich im Sinne des Ansatzes der Public Philosophy im Austausch mit der politischen Praxis dieses Phänomens entwickelt. Damit werden neue Praktiken des Ungehorsams wie jene digitalen Fallbeispiele, deren Taktiken, Akteure und vor allem Argumente ich im ersten Kapitel der Arbeit vorgestellt habe, Teil des Diskurses über zivilen Ungehorsam. Entscheidend für ein besseres Verständnis von zivilem Ungehorsam ist, wie Celikates es formuliert, »to take more seriously what those actually struggling understand themselves to be struggling for, and this, in turn, might often be different from what philosophers think they are or should be struggling for from an ideal point of view« (2011a: 20).

Wie er selbst anmerkt, lässt seine »relativ minimalistische Bestimmung [...] offen, ob ziviler Ungehorsam immer öffentlich, gewaltlos, nur gegen staatliche Institutionen gerichtet, in seinen Zielen begrenzt und auf eine Transformation innerhalb der Grenzen des existierenden Systems beschränkt sein sowie mit der Akzeptanz der Strafe einher gehen muss, obgleich diese Aspekte für die Frage der Rechtfertigbarkeit zum Teil sicher relevant sind« (2014b: 6). Einige der Aspekte, die Celikates hier bewusst offen lässt, werde ich im Laufe meiner Diskussion gezielt aufgreifen, da ich sie für diskussions- oder erläuterungswürdig halte.

Grundlegend stimme ich jedoch mit dem hier dargelegten Verständnis zivilen Ungehorsams überein, das ihn als genuin politischen und demokratischen Akt versteht. Er ist *zivil* »nicht weil er besonders anständig oder moderat ist, sondern weil er von Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Rolle als Bürger und unter Anerkennung der anderen als Mitbürger (unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft), also auf nichtmilitärische (eben ›zivile‹) Weise ausgeübt wird« (2010: 294).

Der bedeutsamste Unterschied zum liberalen Standard des zivilen Ungehorsams ist, dass dieses alternative Verständnis zivilen Ungehorsams diesen nicht nur als legitimes und rechtfertigungsfähiges Instrument extrainstitutioneller Politik betrachtet, sondern darüber hinaus als integralen Bestandteil einer leben-

225

digen und gesunden Demokratie. Zivilem Ungehorsam wird eine demokratieförderliche und dauerhafte Funktion in menschlichen Gesellschaften zugestanden, insofern nämlich dem zivilen Ungehorsam ein immer wieder neu hervorzubringendes transformatives Potential innewohnt. Ein radikal-demokratisches Verständnis von zivilem Ungehorsam begreift ihn nicht als »Beschränkung, sondern als Ausdruck der demokratischen Praxis kollektiver Selbstbestimmung [...] und zwar in dem Sinn, dass diese Form des politischen Handelns den Bürgerinnen und Bürgern bzw. den von einer politischen Maßnahme Betroffenen auch dann eine Möglichkeit des Einspruchs eröffnet, wenn – wie es unter postdemokratischen Bedingungen häufig der Fall ist – ihnen die »normalen« institutionellen Wege verschlossen sind oder diese ihren Widerspruch nicht effektiv übertragen« (ebd.: 290). Ausgangspunkt dieses anderen Verständnisses von zivilem Ungehorsam ist, wie ich im nächsten Schritt zeige, ein grundlegend anderes Demokratieverständnis. Celikates verortet, wie schon Arendt und Walzer, das Geschehen des zivilen Ungehorsams nicht wie liberale Theorien innerhalb der Idealtheorie einer *fast gerechten Gesellschaft*, sondern versteht Demokratie als andauernden Prozess der kollektiven Selbstbestimmung unter agonistischen und pluralistischen Voraussetzungen.

5.1. Demokratietheoretische Überlegungen zu einem radikal-demokratischen Verständnis zivilen Ungehorsams

Das liberale und das radikal-demokratische Verständnis zivilen Ungehorsams basieren je auf grundlegend anderen Auffassungen von Demokratie und, damit einhergehend, verschiedenen Vorstellungen dessen, was Anliegen und Zweck *des Politischen* sei. Da beide Konzepte (das der Demokratie und das des Politischen) als Grundlage der weiteren Argumentation entscheidend sind, werde ich im Folgenden darlegen, vor welchem Hintergrund und unter welchen Prämissen das radikal-demokratische Verständnis von zivilem Ungehorsam als solches Kontur annimmt.

Arendts Nachdenken über zivilen Ungehorsam beginnt, entgegen liberalen Überlegungen, nicht bei einer abstrakten idealtheoretischen Frage, sondern ist zeitgeschichtlich inspiriert. Gerade diese praxistheoretische Fundierung des zivilen Ungehorsams stellt für mein Vorhaben einen wichtigen Vorteil dar, der sich auch bei Walzer und Celikates fortsetzt, insoweit nämlich ihr jeweiliges

Verständnis zivilen Ungehorsams weitaus stärker am politischen Geschehen orientiert ist als der liberale Ansatz (vgl. ebd.: 276). Arendts Überlegungen zu zivilem Ungehorsam werden oft als Intervention vor dem Hintergrund der Unruhen der 1960er Jahre in den USA gedeutet, jedoch ohne tiefergehenden Anschluss an ihr sonstiges Werk (vgl. Kalyvas 2008: 284). Dieser letzteren Ansicht lässt sich jedoch wohlbegründet widersprechen.

Ihre Überlegungen zum zivilen Ungehorsam sind vielmehr vor dem geschichtlichen Abgrund des Holocausts zu sehen, mit dem Arendt sich intensiv anlässlich jenes Ereignisses auseinandersetzte, das Étienne Balibar als »crucial experience par excellence in her life as a public intellectual« (Balibar 2014: 179) bezeichnet: des Eichmann-Prozesses. An diesem kristallisieren sich Arendts Reflexionen zum Holocaust, insbesondere in dem, was sie als *Banalität des Bösen* bezeichnet: die Unfähigkeit, zu denken, die Unfähigkeit zum Dialog mit sich selbst, und damit einhergehend die Verweigerung, eine Person zu sein (vgl. Arendt 2012b: 101). Arendts Auseinandersetzung mit zivilem Ungehorsam ist in gewisser Weise ein Gegenstück zu ihren Texten zum Eichmann-Prozess, vor allem dem Kapitel *Von den Pflichten eines gesetzestreuen Bürgers in Eichmann in Jerusalem*. Ihr Verständnis der *Banalität des Bösen* übersteigt den Blickwinkel dieser Arbeit, doch ist es wichtig anzuerkennen, dass Arendt, wenn sie die Frage nach gerechtfertigtem Ungehorsam stellt, die schwerwiegende Frage des *ungerechtfertigten Gehorsams* dem Staat gegenüber darin gleichermaßen mitdenkt. Ziviler Ungehorsam ist für Arendt kein nebensächlicher Ausnahmefall, kein Randphänomen der Demokratie. Er ist ein essentieller Prüfstein der moralischen Wirklichkeit einer Gesellschaft jenseits der abstrakten Hoheit des positiven Rechts.

Darüber hinaus sind ihre Überlegungen zu zivilem Ungehorsam durchaus im Rahmen eines größeren gedanklichen demokratietheoretischen Projektes einzuordnen, welches Arendt auch in vielen anderen Texten verfolgt, allen voran in *Über die Revolution* und *Vita Activa*. Arendt wagt sich an die grundlegende Frage jeder Demokratie: die konflikthafte Struktur des Politischen im Spannungsverhältnis zwischen konstituierender und konstituierter Macht, »between [...] the creator and the creation, the extraordinary and the ordinary« (Kalyvas 2008: 196). Da sich beide Seiten wechselseitig bedingen, spricht Arendt auch von einem »vicious circle«. Das extremste Beispiel dieses Paradoxes findet

sich in der Revolution und der Neubildung einer Verfassung. Die Autoren derselben (als konstituierende Macht), die das von da an geltende höhere Gesetz als Autorität begründen (als Manifestation konstituierter Macht), handeln selbst ungesetzlich. »The vicious circle in legislative is present not in ordinary lawmaking, but in playing down the fundamental law, the law of the land or the constitution, which from then on, is supposed to incarnate the ›higher law‹ from which all laws ultimately derive their authority« (Arendt 1963: 84). Arendt sucht Antworten auf dieses grundlegende politische Paradox, das auch als Paradox der Freiheit gesehen werden kann, da es darin besteht, dass Freiheit, als absolute Freiheit verstanden, einen Widerspruch in sich birgt. »[A]n unconditional, total affirmation of freedom threatens and undermines freedom itself« (Kalyvas 2008: 197). Die Freiheit ist gleichermaßen Ursprung wie Begrenzung des Politischen und nimmt in Arendts Auffassung von Demokratie – wie auch in ihren Überlegungen zur Legitimation zivilen Ungehorsams – einen entscheidenden Platz ein. Tocqueville, auf den Arendt in ihren Überlegungen zum zivilen Ungehorsam wiederholt verweist, bezeichnete diese ursprüngliche paradoxe Freiheit auch als *gefährliche Freiheit* und Risiko der Demokratie. Es sei jedoch ein Risiko, dass es wert sei einzugehen, da Demokratien eben dieser wagemutigen Freiheit bedürften, um die Kunst zu erlernen, ihre Gefahren zu meistern (vgl. Petherbridge 2016: 9).

Arendt beschreibt zivilen Ungehorsam ausgehend von einem Grundverständnis der Demokratie, das Demokratie nicht auf die Ausübung des Wahlrechts beschränkt und von seinen Bürgern keinen vollumfänglichen stillen Konsens oder Gehorsam verlangt. Stattdessen versteht sie Demokratie als einen Prozess der kollektiven Selbstbestimmung, der auf politischer Argumentation und Kontestation beruht und in dem Politik erst durch die aktive Partizipation der Bürger entsteht – ein Prozess, in dem ziviler Ungehorsam ein heilsamer und anerkannter Akt ist. Demokratisch ist demnach nicht (allein) das, was sich in demokratischen Institutionen manifestiert, sondern ebenso die gelebte extrainstitutionelle politische Praxis von Bürgern, die sich pluralistisch und agonistisch, jedoch ebenso intersubjektiv vor dem Hintergrund einer gemeinsamen menschlichen Welt entwickelt.

Arendt präferiert das Modell einer republikanischen Rätedemokratie, da sie der Meinung ist, dass in repräsentativen Demokratien ein Mangel an diskursiven

Prozessen vorherrscht. Das Souveränitätsmodell der modernen Demokratie, in dem ein nicht-fassbarer Volkswille regiert, bewertet Arendt als Trugbild. Die Souveränität, die mit der Idee einhergeht, ein Volk könne als Einheit über sich selbst herrschen, *einen* Willen haben und diesen auf sich selbst anwenden, bewertet Arendt als problematisch und sogar gefährlich; »the so-called will of a multitude (if this is to be more than a legal fiction) is ever-changing by definition, and [...] a structure built on it as its foundation is built on quicksand« (Arendt 1963: 163). Sie hält Volkssouveränität für eine totalitäre Illusion und für ein Konstrukt, das eine bestehende Pluralität und Differenz uniformiert und damit auf eine so nicht existente Gleichheit und Einheit reduziert, die letztlich eher ein verzerrtes als ein wirkliches Bild der Gesellschaft darstellt.

Ungeteilte Souveränität sieht sie somit keinesfalls als Idealbild einer Gesellschaft, sondern als möglicherweise größte Bedrohung der Demokratie, da nicht der Konflikt, sondern gerade die Homogenität, das Ideal des absoluten Konsenses, das Politische verhindere (vgl. Hannah Arendt Center 2011).

In einem radikalen Demokratieverständnis wird agonistische Konfrontation nicht als Gefährdung, sondern als Bedingung moderner Demokratien gedacht. Im Kern der so verstandenen Demokratie ist »jene Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation und Selbstinstitution wesentlich, die den Primat der kollektiven Selbstbestimmung sowie den grundlegenden Charakter des Konflikts anerkennt und ihm institutionell Ausdruck zu verleihen versucht« (Celikates 2010: 275f.).

Ein weiterer, wesentlicher Aspekt, den Arendt als eine Grundbedingung des Politischen kennzeichnet, ist die Möglichkeit des neuen Anfangs. Es gehört zu den markanten Eigenheiten von Arendts Position, dass sie das ›Geschenk‹ und ›Wunder‹ des In-die-Welt-geboren-Werdens – sie spricht von Gebürtlichkeit oder Natalität – mit dem unzerstörbaren Potential des Handelns verbindet. »Eine politische Aktualisierung des ›existenzialen‹ Potentials zum Neubeginn bleibt immer möglich, solange es Menschen gibt« (Marchart 2005: 18). Durch die Geburt erscheint jeder Mensch einzigartig in dieser Welt und unterscheidet sich damit von allen anderen Menschen. Pluralität ergibt sich aus dieser Begebenheit der Diversität, die mit der Gebürtlichkeit der Menschen einhergeht.

Als politische Kategorie gibt es den Menschen für Arendt nur im Plural: »Politik handelt von dem Zusammen- und Miteinander-Sein der

Verschiedenen« (Arendt 2010: 9). Arendt richtet daher ihren Blick nicht auf ein *Wesen* oder eine *Natur* des Menschen – beides gibt es für sie nicht; er sei keine Substanz, die in jeder Reproduktion eines Urmodells des Menschen wiederkehre. Arendt geht es darum, die Bedingtheit des Menschen zu verstehen, wodurch ihr Zugang, wie Oliver Marchart es ausdrückt, »quasi-transzendentalistisch« (Marchart 2005: 80) ist. Der Mensch zeichnet sich Arendt zufolge durch seine Unberechenbarkeit aus, da er die Fähigkeit besitzt, gegen jede Wahrscheinlichkeit zu neuen Schlüssen und Handlungen zu kommen. Die Existenz eines Menschen ist nie die Wiederholung eines Ursprünglichen, sondern ein neuer Anfang für sich, einzigartig und neu in der Welt. Der Mensch ist nicht Schöpfer seines eigenen Anfangs, aber er *hat* einen Anfang und kann in seinem Handeln selbst neue Anfänge erzeugen. Darin liege die eigentliche *Freiheit* des Menschen: in seiner Begabung zum Neuanfang. Mit ihrem Anfang sind Menschen *zur Freiheit verurteilt*. Handeln und Freiheit werden so zwei Seiten einer Medaille: »Solange man handelt, ist man frei, nicht vorher und nicht nachher, weil Handeln und *Freisein* ein und dasselbe sind« (Arendt 1994: 130). Freiheit ist bei Arendt also keine *Freiheit von*, im Sinne eines Schutzes vor etwas, sondern immer eine Freiheit *zum* Neu-Beginnen und damit Handeln, also *Freiheit zu* Politik (vgl. Marchart 2005: 130). Zugleich ist dieses Neu-Beginnen in Freiheit nie voraussetzungslos, sondern immer bestimmt durch eine weitere Gegebenheit des menschlichen Daseins: die Grundbedingung der Pluralität, also die Tatsache, dass ein Mensch nie allein auf der Erde lebt (vgl. Zerilli 2005: 10). Politisches Handeln ist nach Arendts Verständnis prinzipiell ein gemeinsames Handeln und immer »acting in concert«, wie sie es nennt (vgl. Marchart 2005: 21).

Menschliches Dasein bedeutet immer ein Mit-Sein in einer gemeinsamen Welt. Die Bedingtheit des Daseins als *Dasein-in-Pluralität* erfordert immer eine Balance zwischen Freiheit und Selbstbegrenzung in dieser Freiheit. Pluralität spielt für Arendts Philosophie eine zweifache Rolle. Zum einen bedeutet sie in Bezug auf die menschliche Aktivität auch eine Vielheit von Handlungskontexten und Handlungsprinzipien, zum anderen ist sie die Grundbedingung menschlichen Zusammenlebens. Mit dieser zweiten Dimension geht einher, dass ihre politische Theorie stärker konfliktorientiert als konsensorientiert ausgerichtet ist. Für Arendt ist das Ziel der Demokratie nicht ein Konsens, der für eine mög-

lichst große Anzahl von Akteuren zufriedenstellend ist. Andererseits geht es ebenso wenig um den isolierten Willen der Einzelnen, sondern vielmehr um den Austausch von Meinungen und die prinzipielle Offenheit für den pluralen Konflikt, der verschiedene Positionen politisch hörbar macht.

Sie unterscheidet zwischen absoluten Neuanfängen – wie der Geburt – und relativen Neuanfängen, die keineswegs völlige Diskontinuität und Voraussetzungslosigkeit bedeuten. Einen solchen relativen Neuanfang kann ziviler Ungehorsam mit sich bringen, der nicht ohne Vorgeschichte und nicht unabhängig von Regeln und Gesetzen erfolgt und auch nicht jenseits einer Gemeinschaft ansetzt, sondern inmitten all dessen ein *Initium* setzt (vgl. ebd.: 78).

Das eigentlich Radikale an Arendts Denken über zivilen Ungehorsam besteht darin, dass er für sie durch den *Geist der Revolution* getragen ist. Die Frage, inwieweit der zivile Ungehorsame eine radikale Veränderung eines Systems anstreben kann und ab wann es sich eher um revolutionäre als um zivil ungehorsame Interventionen handelt, ist in der politischen Theorie kontrovers diskutiert. Aus Walzers Sicht handelt es sich bei zivilem Ungehorsam stets um *partiellen* Ungehorsam, der aus den Verpflichtungen innerhalb einer Assoziation resultiert und mit staatlichen Gesetzen korreliert, jedoch lediglich in begrenztem Ausmaß. Es handelt sich also um »the refusal of particular legal commands, not of every legal command« (Walzer 1970a: 11). Ziviler Ungehorsam sei demnach keine Bedrohung für den Staat als solchen und seine Gesellschaftsordnung als Ganzes. »It does not seek to replace one sovereign power with another, only to call into question the precise range and incidence of sovereignty. This is not revolution but civil disobedience, which can best be understood [...] as acting out of partial claims against the state. [...] Indeed, there is very little evidence which suggests that carefully limited, morally serious civil disobedience undermines the legal system or endangers physical security« (ebd.: 12, 17).

Leslie Green sieht wie auch Arendt die Möglichkeit einer größeren Nähe zwischen den Zielen von revolutionären Bewegungen und zivilem Ungehorsam (vgl. Arendt 2000: 301). Beide legen dar, dass auch paradigmatische Fälle zivilen Ungehorsams wie die indische Freiheitsbewegung, die Gandhi anführte, auf einen systemischen Umbruch abzielten und damit ein revolutionäres Ziel verfolgten. Schließlich war es Gandhis Ziel, die britische Kolonialherrschaft zu be-

enden (und nicht nur, sie zu verändern) (vgl. Green 2001: 8). Dennoch forcierte Gandhi keinen radikalen Machtwechsel durch jedwede Mittel, die effektiv erscheinen mochten, sondern wählte gewaltlosen zivilen Ungehorsam als politische Strategie einer langfristigen und dauerhaften Transformation zu demokratischeren Verhältnissen. Entscheidend ist, dass der Prozess der angestrebten Transformation deren Ziel entspricht; in Gandhis Worten: »Be the change you want to see in the world«. So ist von zivilem Ungehorsam allgemein kein gravierendes Sicherheitsrisiko zu befürchten, da er seine politische Macht nicht durch schädigende gewaltsame Interventionen entfaltet, sondern explizit an der Beendigung der Unterdrückung einer politischen Gemeinschaft interessiert ist.

Dies soll nicht bedeuten, dass nicht auch revolutionäre Aktionen in bestimmten Kontexten legitim sein können (was selbst Rawls anerkannte). Revolutionäre Handlungen, die, wie Green treffend beschreibt, »[deny] the government the right to govern, not merely in this manner or this area, but at all« (ebd.) können in totalitären Kontexten, in denen politisches Handeln durch gewaltsame Mittel der Regierung unmöglich gemacht wird, die einzige Option sein, das Politische zurückzuerobern und neu zu beginnen.

Strukturell haben die Revolution und der zivile Ungehorsam trotz aller Unterschiede Arendt zufolge gemeinsam, dass sie einen Neubeginn initiieren. Ziviler Ungehorsam ist, obwohl er an das Bestehende anknüpft, ein kollektiver und kreativer Akt der kontinuierlichen Neubegründung einer Gemeinschaft. Die Rolle zivilen Ungehorsams für die Demokratie ist damit in gewisser Weise paradox: »[It] preserves a constitutional framework only by disrupting it, dissenting from it and contesting it« (Petherbridge 2016: 7). Ziviler Ungehorsam hat das Potential, einen relativen Neuanfang anzustoßen, wenngleich jede Handlung, die ihm vorausgeht, und jede, die aus ihm folgt, mit ihm unlösbar verwoben ist.

Damit wird klar, warum Arendt den zivilen Ungehorsam weniger scharf von revolutionären Bewegungen abgrenzt als andere Autoren. Auch wenn der zivile Ungehorsam in dem Sinne *zivil* ausgeübt wird, dass er auf ein besseres Zusammenleben in einer bestehenden Gemeinschaft abzielt und keinen radikalen Neuanfang fordert, reicht seine Wurzel doch tief an die Substanz einer Gesellschaft. Seine Bedeutung ist nicht nur der Protest gegen ein einzelnes Gesetz oder eine politische Maßnahme, sondern besteht im Hinweis auf die Gefahr,

dass eine Institution den stillschweigenden Konsens der Betroffenen – nicht im Sinne eines Volkswillens, sondern im Sinne eines grundlegenden Konsenses der Zusammengehörigkeit – schwächt oder gar verliert, wenn Dissens ignoriert oder nicht ernst genug genommen wird. Ziviler Ungehorsam ist eine Manifestation des Potentials extrainstitutioneller Politik, ein kollektives Handeln informierter Bürger, das angesichts von Zuständen rechtsförmiger Ungerechtigkeit und angesichts von Demokratiedefiziten möglich und legitim ist. So verstanden ist Demokratie »keine Staatsform und kein gesellschaftlicher Zustand [...], sondern ein konflikthafter Prozess – der nicht abschließbare Prozess der Demokratisierung, also der Durchsetzung intensiverer wie extensiverer Formen der Selbstregierung, die – sofern sie existieren – stets das Ergebnis sozialer und politischer Kämpfe sind« (Celikates 2010: 300). Dieses extrainstitutionelle und prozesshafte Verständnis von Demokratie, und kein formales oder institutionelles, ist gemeint, wenn ich im weiteren Verlauf dieser Arbeit das Wort *demokratisch* verwende. Entsprechend diesem unkonventionelleren Verständnis von Demokratie erfordert auch das, was Arendt als demokratische Legitimität bezeichnet (die der Kern zivilen Ungehorsams ist), eine genauere Betrachtung.

5.2. Zur Legitimität zivilen Ungehorsams und dem Recht, Rechte zu haben

Legitimität ist ein sehr vieldeutig verwendeter Begriff, weshalb ich hier erläutern werde, was Legitimität speziell im Kontext des zivilen Ungehorsams und für Arendt (jedoch auch im Dialog mit anderen Autoren) meint.

In ihrer Verwendung des Begriffs geht es nicht um die formalrechtliche oder institutionelle Legitimität zivilen Ungehorsams. Anders als Rawls, der Kriterien einer Rechtfertigung zivilen Ungehorsams formuliert, rekonstruiert Arendt dessen allgemeine politische Legitimität. Legitimität ist für Arendt eine »politische Größe«, da sie eine »Frage politischen Handelns« ist, »durch politisches Handeln bestätigt, aufrechterhalten und erneuert wird« (Ahrens 2005: 242).

Arendt differenziert zwischen legitimer und illegitimer Macht und hebt damit zugleich den Unterschied hervor, der ihr zufolge zwischen der Rechtfertigung politischer Handlungen und deren Legitimation besteht:

»Macht bedarf keiner Rechtfertigung, da sie allen menschlichen Gemeinschaften immer schon inhärent ist. Hingegen bedarf sie der Legitimität. Macht entsteht, wann immer Menschen sich zusammentun und gemeinsam handeln, ihre Legitimität beruht nicht auf den Zielen und Zwecken, die eine Gruppe sich jeweils setzt; sie stammt aus dem Machtursprung, der mit der Gründung der Gruppe zusammenfällt. Ein Machtanspruch legitimiert sich durch Berufung auf die Vergangenheit, während die Rechtfertigung eines Mittels durch einen Zweck erfolgt, der in der Zukunft liegt« (Arendt 1996: 53).

Der Begriff der Legitimität verweist also auf die kollektiv begründende Vergangenheit einer Handlung, während die Rechtfertigung sich für Arendt auf die zukünftigen Auswirkungen einer Ziel- oder Zwecksetzung und die dafür eingesetzten Mittel bezieht. Diese Unterscheidung möchte ich auch für das hier entwickelte Verständnis von zivilem Ungehorsam anwenden, weshalb ich die Frage der Rechtfertigung, die sich auf eine Diskussion der Mittel und ihrer in der Zukunft liegenden Zwecke bezieht, von der Frage der allgemeinen Legitimität trennen möchte und erstere vorerst unberücksichtigt lasse (auf die Rechtfertigung zivilen Ungehorsams komme ich jedoch im Kapitel 6 zurück).

Legitimität basiert für Arendt nicht auf der Befragung formaler Bürgerrechte, sondern wird hergeleitet aus zwei tragenden Argumentationen: einer existenzialanalytischen Befragung der menschlichen Existenz einerseits und aus der systemischen Befragung der gegebenen Limitationen des Rechts andererseits. Die Befragung der menschlichen Existenz führt mit Arendt zu drei komplexen gedanklichen Schritten (die im Folgenden im Detail erläutert werden): erstens der Freiheit als Grundbedingung menschlichen Daseins, zweitens der aus dieser Freiheit resultierenden Möglichkeit, Versprechen zu geben oder zu entziehen, als Vorbedingung jeder Politik, und drittens *immanenten Prinzipien* des politischen Handelns, deren fundamentale Bedingung sich in dem zeigt, was Arendt das »Recht, Rechte zu haben« nennt (2015: 614).

Beginnen wir bei der existenzialanalytischen Befragung der Legitimität von zivilem Ungehorsam und damit bei der Freiheit.

5.2.1. Die Freiheit als Bedingung menschlichen Daseins

Mit dem menschlichen Dasein geht für Arendt, wie bereits erläutert, eine grundlose Freiheit einher, eine Freiheit zum politischen Handeln – und, wie ich zeigen möchte, auch zur Ausübung zivilen Ungehorsams.

Im Kern ihrer Auseinandersetzung beschäftigt sich Arendt mit der grundlegenden Frage, in welchem Verhältnis der Einzelne zu den Gesetzen seines Staates steht, und kritisiert zunächst Rousseaus⁵⁵ und Kants Auffassung, die auf der Annahme basiert, der Mensch habe den Gesetzen, denen er gehorchen solle, zugestimmt und gehorche somit letztlich nur sich selbst (vgl. Arendt 2000: 306). Für Arendt ist hingegen klar, dass sich Menschen weder die Welt noch die Gesellschaft aussuchen, in die sie hineingeboren werden, und damit auch nur selten diejenigen sind, die die Regeln mit erschaffen haben, nach denen sie leben.

Arendt argumentiert, der Mensch werde zwar ohne sein Zutun in eine Gesellschaft geboren, doch sei von einem *stillschweigenden Konsens* hinsichtlich seiner Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft auszugehen, wenn Dissens in dieser Gesellschaft sowohl legal als auch praktikabel sei. »Jemand der weiß, daß er widersprechen kann, weiß auch, daß er gewissermaßen zustimmt, wenn er nicht widerspricht« (ebd.: 309). In diesem Licht erscheint ziviler Ungehorsam als essentielles und notwendiges politisches Gegengewicht der vertikalen Staatsgewalt, denn erst mit der echten Möglichkeit des Ungehorsams entsteht eine Möglichkeit der lebendigen Zustimmung – im Sinne eines *Versprechens* – zu gesellschaftlichen Regelungen und selbstbestimmtem Konsens (vgl. Balibar 2014: 176).

Arendts Ansicht, dass jeder Mensch, der die Möglichkeit zum Widerspruch hat, politischen Maßnahmen zustimmt, sofern er nicht widerspricht, blendet allerdings die Komplexität dieser passiven Zustimmung aus. Die Argumentation Michael Walzers, der wie Arendt von der Fähigkeit des Versprechens als vorpolitischer Voraussetzung der Politik ausgeht, lässt sich mit Arendts Position verbinden, ergänzt sie jedoch diesbezüglich und auch zu weiteren Aspekten um entscheidende Überlegungen.

⁵⁵ Balibar bezeichnet Rousseau gar als Arendts intimen Feind, da Arendt bestrebt war, das Politische jenseits der rousseauistischen Tradition der politischen Philosophie neu zu denken (vgl. Balibar 2014: 174).

5.2.2. Das Versprechen als die vorpolitische Voraussetzung von Politik

Wie Arendt thematisiert auch Michael Walzer die menschliche Fähigkeit, Versprechen zu geben, als eine zentrale Voraussetzung in seinen Überlegungen zu den Verpflichtungen des Bürgers. Aus der Perspektive der *Consent Theory* stellt Walzer die Frage, was es bedeutet, ein Versprechen zu geben, und auch die Frage, ob und wie Bürger tatsächlich in ihr Regiertwerden einwilligen und damit zum Gehorsam verpflichtet sind.

Auch Walzer geht davon aus, dass es passive Formen der Zustimmung gibt, die als *stille Zustimmung* zu verstehen sind. Diese seien jedoch mit zahlreichen Problemen behaftet und darüber hinaus qualitativ zu unterscheiden von einer klaren freiwilligen Verpflichtung (Walzer 1970a: xi). Im Sinne einer solchen freiwilligen Verpflichtung definiert Walzer *Consent*, also die Einwilligung, grundsätzlich als »commitments to other people, or [...] commitments to principles or parties of political institutions that arouse expectations in other people« (ebd: xii). Aus diesen selbstgewählten Versprechen und selbstgewählten Zugehörigkeiten können Verpflichtungen mit enorm bindender Kraft entstehen (ebd.: 7).

Entgegen der Debatte um eine Pflicht des Bürgers zum Gehorsam gegenüber staatlichen Institutionen, die in den vergangenen Jahren durch theoretische Überlegungen von Jeremy Waldron (Waldron 1993) oder David Lefkowitz (Lefkowitz 2007) bereichert wurde, richtet Walzer seine Aufmerksamkeit auf die Frage, ob es nicht auch eine gleichermaßen berechnete *Pflicht zum Ungehorsam* geben könne. Damit macht Walzer einen Gedanken explizit, der in Arendts Texten zumindest implizit enthalten ist. Im Gegensatz zum Gedanken einer kategorischen Pflicht zum Gehorsam gegenüber dem Gesetz formuliert Walzer die Ansicht, dass aus freiwilligen Versprechen Verpflichtungen entstehen, die zumeist von einem sozialen Prozess innerhalb eines Kollektivs getragen werden. Aus solchen selbstgewählten kollektiven Verpflichtungen kann gar eine übergeordnete Pflicht zum Ungehorsam gegen geltende Gesetze begründet werden: »The duty to disobey arises when such processes are more successful (have greater moral impact) in parties, congregations, sects, movements, unions, or clubs than in states or churches« (Walzer 1970a: 4f.). Verspricht der Einzelne in einer solchen Gruppe seinen *Ungehorsam* in einer bestimmten Sa-

che, so wird nicht dieser, sondern der *Gehorsam* gegenüber dem Gesetz auf einer sozialen Ebene als Verrat oder Betrug gesehen, da er den Idealen der Gruppe widerstrebt. In diesem Fall erfordert der Gehorsam gleichermaßen eine Rechtfertigung wie der zivile Ungehorsam gegenüber anderen Mitbürgern (die Rechtfertigung ist jedoch, wie erläutert, zu unterscheiden von einer allgemeinen Legitimität).

In jedem menschlichen Leben gibt es nach Walzer Verpflichtungen *zweiten* Ranges, wie die Zugehörigkeit zu einer Familie, politischen Gruppe oder Religion, die keineswegs als kategorisch untergeordnete Verpflichtungen gesehen werden können. Durch die Existenz dieser »secondary associations with claims to primacy« (ebd.: 10), also von Gruppen, die ihren Mitgliedern gegenüber einen prioritären Gehorsamsanspruch erheben, der Vorrang vor anderen Verpflichtungen haben soll, entstehe ziviler Ungehorsam.

Eine weitere Überlegung ist die, dass die Verpflichtung von Bürgern gegenüber dem Staat aus der Qualität der Ziele dieser Vereinigung folgt. Walzer stellt hier die aristotelische Ansicht in Frage, dass der Staat alle weiteren ihm untergeordneten Gemeinschaften umfasse und ein ihren partikularen Zielen übergeordnetes, höchstes Gut erstrebe. Diese Ansicht sei in zweierlei Hinsicht problematisch: Zum einen trage der Staat keineswegs die Ziele der in ihm existenten Gemeinschaften in jedem Fall mit. »It is precisely the nature of secondary associations with claims to primacy that they cannot and do not exist wholly within the established political or legal frame« (ebd.: 20). Zum anderen möge der Staat zwar Güter bereitstellen, doch sei es fragwürdig, ob diese der Idee eines *höchsten Gutes* für alle gerecht werden. Es sei wahrscheinlicher, dass der Staat nur einen kleinsten gemeinsamen Nenner an Gütern zur Verfügung stellen könne. Was auch immer das höchste Gut sein möge – und darüber besteht auch nach Aristoteles keine Einigkeit (vgl. Aristoteles 2003: 5ff.) –, sei es ebenso möglich, dass dieses höchste Gut vielmehr in untergeordneten Gemeinschaften zu finden sei.

Menschen könnten sich gleichzeitig verschiedenen Gruppen oder Idealen zugehörig fühlen und daher stets unterschiedliche freiwillige Verpflichtungen in verschiedenen sozialen Kontexten eingehen, die womöglich in einem kontradiktorischen Verhältnis stehen. Solange es die Möglichkeit freiwilliger Bündnis-

se unter Menschen in einer Gesellschaft gebe, werde es daher zivilen Ungehorsam geben.

Die menschliche Fähigkeit zur freiwilligen Verpflichtung, mit der einhergeht, Versprechen zu geben und zu halten, hat auch für Arendt eine essentielle politische Funktion: Sie ist die Grundlage jedes menschlichen Zusammenschlusses und letztlich auch die Grundlage für Politik. Arendt nennt diese Bereitschaft des Einzelnen zu diesem Konsens der Zusammengehörigkeit die *Voraussetzung* für Politik. Wichtig ist jedoch die Einschränkung, worauf sich dieser Konsens bezieht: Er ist die Bekundung der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, die sich in der Verfassung eines Staates niederschlägt. Dieser Konsens ist jedoch *keine* Zustimmung zu konkreten Regeln oder Gesetzen, selbst wenn diese mehrheitlich beschlossen wurden. Arendt betont, dass weder die Tatsache, dass Bürger wählen können, noch ihr Einverständnis, dass sie zu einer bestimmten Gemeinschaft gehören, sie zu einem sonstigen politischen Einverständnis moralisch verpflichtet. Stattdessen haben sie nach Arendt unabhängig davon die Freiheit zum Widerspruch und Protest in Relation zur Freiheit ihrer Mitbürger. Konsens ist nur insofern für Arendt tragend in einer Demokratie, als es einen Grundkonsens der Zusammengehörigkeit gibt und geben muss. Einen darüber hinausgehenden stillschweigenden politischen Konsens hält sie für »völlig fiktiv« (Arendt 2000: 310) und unglaublich. Konsens in Arendts Sinne ist also keine einheitliche Mehrheitsmeinung, sondern lediglich eine Zustimmung zur grundlegenden Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft und ein allgemeiner Wille zur Kooperation.

Dieses Konzept des Gesellschaftsvertrages basiert auf der Idee des wechselseitigen Versprechens, das nicht als Zwangsvertrag zwischen Regierten und Regierenden zustande kommt, sondern als »Allianz aller Einzelmitglieder der Gesellschaft, die über ihre Staats- und Regierungsform beschließen, nachdem sie sich wechselseitig einander verpflichtet haben« (ebd.: 308). Der Gesellschaftsvertrag ist also nicht ein Tauschgeschäft zwischen einem Volk und seiner Regierung, sondern die Idee eines völlig informellen Versprechens freier Individuen untereinander, die einwilligen, die Macht des Einzelnen zu begrenzen, um gerade dadurch als Gesellschaft eine intakte Macht zu bilden (ebd.: 308). Dem Versprechen kommt dabei eine essentielle demokratische Funktion zu: »Promises cement joint action, prevent extraordinary politics from degenerati-

on into sheer arbitrariness, and protect the newfound spaces of appearances from unpredictability« (Kalyvas 2008: 234). Eine so gedachte Gesellschaft, die im Geist auf wechselseitigen Versprechen statt allein auf einem institutionalisierten Regierungsapparat beruht, bleibe selbst dann intakt, wenn die Regierung aufgelöst werde oder zur Gewaltherrschaft verkomme.

Walzer formuliert diese Gedanken noch deutlicher. Er argumentiert gegen eine kategorische Pflicht zum Gehorsam gegenüber dem Staat und seinen Gesetzen, da Verpflichtungen nur aus einem freiwilligen Versprechen resultieren könnten. Wie Walzer selbst anmerkt, impliziert diese Überzeugung das völlige Neudenken der Idee des Gesellschaftsvertrages (vgl. Walzer 1970a: 8). Walzer erkennt verschiedene Modelle der Zugehörigkeit und daraus erwachsende Verpflichtungen: Zum einen gebe es *geerbte* Zugehörigkeit, wie beispielsweise das Hineingeborenwerden in einen bestimmten Staat. Diese Zugehörigkeit sei jedoch nicht zwangsläufig aufgrund des bloßen Aufenthalts auf einem Territorium oder aufgrund einer passiven Partizipation als Bürger eines Staates im Sinne einer freiwilligen moralischen Verpflichtung zu deuten (vgl. ebd.: 18). Er widerspricht damit Lockes Idee, dass jemand, der an einem Ort bleibe, sich indirekt zum Gehorsam gegenüber dem Gesetz des regierenden Staates verpflichte – schließlich sei nicht jedem die Möglichkeit gegeben, sein Land zu verlassen.

Davon abgesehen könne es neben einer geerbten Zugehörigkeit auch einem Staat gegenüber eine freiwillige Verpflichtung geben, beispielsweise in Form der freiwilligen aktiven Partizipation, und dies sei womöglich die stärkste Verpflichtung von allen möglichen. Sie sei besonders dann deutlich zu erkennen, wenn es innerstaatliche Alternativen zu diesem Engagement gebe. »Only if the possible legitimacy of counter groups with limited claims is recognized and admitted can the state be regarded as a group of consenting citizens« (ebd.: 19). Insofern es erlaubt sei, bürgerliche Gruppen und Gemeinschaften zu bilden, diesen beizutreten und ihren Überzeugungen zu folgen, gebe es eine Möglichkeit der inneren Emigration innerhalb eines Staates, die eine praktische, wenn auch nur partielle Alternative zur freiwilligen Partizipation im Rahmen des Staates sei.

Dabei verpflichte sich der Mensch häufig auf sehr verschiedenen Ebenen interpersonellen, sozialen wie auch gesamtgesellschaftlichen oder ideellen Werten,

wobei die Beziehung des Bürgers zum Staat nur eine – und womöglich nicht die wichtigste – selbstgewählte Verpflichtung zum Gehorsam darstelle.

Laut Arendt ist »die einzige Verpflichtung, die ich *als Bürger* einzugehen berechtigt bin, Versprechen zu geben und zu halten« (Arendt 2000: 313). Diese Versprechen sind jedoch stets mit zwei Einschränkungen verbunden: einmal dem Eintreffen unvorhersehbarer Umstände und zum anderen dem Verlust der Gegenseitigkeit. In dem Moment, wo einem Bürger beispielsweise das verfassungswidrige Handeln der eigenen Regierung klar wird oder aber die Machtbalance der Regierungsabläufe praktisch und prozedural gestört ist, kann er seine stillschweigend gegebene Zustimmung entziehen. In diesem Sinne wird ziviler Ungehorsam ausgelöst durch die begründete Überzeugung der Bürger, dass ein die gemeinsame Welt betreffendes Versprechen gebrochen worden sei oder gebrochen zu werden drohe. Der Akt des Ungehorsams ist somit ein disruptiver Akt des Erinnerns an den bürgerlichen Teil eines Versprechens, das nur Versprechen ist, weil es gegeben wie auch zurückgenommen werden kann, sofern die Umstände es erfordern.

Arendt zweifelte jedoch daran, dass wechselseitige Versprechen allein in der Lage seien, eine Gesellschaft zu stabilisieren und der Spannung zwischen Freiheit und Stabilität gerecht zu werden. Der Austausch von Versprechen allein wäre eine fragile Legitimationsbasis, da diese keine Garantie dafür bieten, der Welt als gemeinsamer dienlich zu sein und die Freiheit anderer gleichermaßen zu berücksichtigen. Wie ich im folgenden Abschnitt zeigen werde, lässt sich Arendts Legitimation von zivilem Ungehorsam deshalb darüber hinaus auf ihre unkonventionelle Interpretation eines Menschenrechts zurückführen, das sie das *Recht, Rechte zu haben* nennt (2015: 614).

5.2.3. Immanente Prinzipien und das Recht, Rechte zu haben als Legitimation zivilen Ungehorsams jenseits der Staatsbürgerschaft

Arendt legt dar, dass es neben wechselseitigen Versprechen *immanente Prinzipien* gebe, die eine Legitimation politischen Handelns fundieren, indem sie Grund einer freiwilligen Selbsteinschränkung der Freiheit sind. Worin diese Selbsteinschränkung besteht und wie diese immanenten Prinzipien denkbar oder erlebbar sind, ist eine Frage, die auch im Hinblick auf Arendts Überlegun-

gen nicht leicht zu beantworten ist, da sie nie tiefer oder präziser auf ihre Idee der immanenten Prinzipien eingeht und dieses Konzept so an manchen Stellen etwas undifferenziert und auch widersprüchlich bleibt.

Wie ich im Folgenden darlegen werde, gibt es jedoch Gründe dafür, ein grundlegendes Prinzip, das zivile Ungehorsam Legitimität verleiht, nämlich das *Recht, Rechte zu haben*, von anderen, spezifischeren Prinzipien zu unterscheiden, etwa »honor, glory, distinction, excellence, the love of equality, and even justice« (Kalyvas 2008: 247).

Diesem essentiellen Recht, Rechte zu haben, das Arendt mit dem gleichen Anspruch aller Bürger und Bürgerinnen auf politische Meinung und politisches Handeln gleichsetzt, kommt eine im Vergleich zu anderen Prinzipien vorrangige Funktion für die Begründung zivilen Ungehorsams zu.

Die Rede vom *Recht, Rechte zu haben* entwickelt Arendt im Zuge der Kritik, die sie gegen das vorherrschende Verständnis von Menschenrechten in der Neuzeit vorbringt, welches sie als Utopie entlarvt. Anlass dieser Kritik ist ein konkretes politisches Geschehen, nämlich die massenhafte Staatenlosigkeit von Flüchtlingen, die aus Arendts Sicht die Wirkungslosigkeit des vorherrschenden Verständnisses von unabdingbaren Menschenrechten vor Augen führt (Arendt 2015: 607).

Das Recht Rechte zu haben, ist Arendts politische Interpretation *eines* Menschenrechts als Reaktion auf die faktische Versagung der Menschenrechte im Angesicht des Totalitarismus. Vor dem Hintergrund der bereits damals bestehenden massenhaften Migration von Geflüchteten war ihre Kritik der Menschenrechte das Ergebnis eines politischen Lernprozesses, das nur situativ zu verstehen ist. Wie Arendts Sicht des zivilen Ungehorsams, die nur vor dem Hintergrund des grausamen Gehorsams unter dem Naziregime zu verstehen ist, ist ihre Skepsis bezüglich der Menschenrechte nur vor dem Hintergrund ihres offensichtlichen Scheiterns zu begreifen. Arendt behauptet also mit der Rede vom Recht, Rechte zu haben, nicht, dass Menschenrechte nicht notwendig oder keiner Verteidigung wert wären; sie deckt vielmehr auf, dass die Realität der kontinuierlichen Menschenrechtsverletzungen weltweit den idealistischen Anspruch der Menschenrechte kompromittiert.

Für Arendt sind die Menschenrechte weder dem Menschen *natürlich* angeborne Rechte noch rational begründbare Rechte apriorischer und universeller

Art, womit ihre Haltung grundlegend den Prämissen der Aufklärung widerspricht. Stattdessen versteht sie Menschenrechte als revolutionäre *Erfindung* der Moderne, womit sie der Idee der Menschenrechte eine metaphysische Grundlage abspricht. Arendt argumentiert, dass das *Menschsein* selbst eine Konstruktion ist, die durch die Reziprozität menschlicher Handlungen *erst entsteht*. Abseits dieser wechselseitigen Bedingtheit gebe es kein Menschsein; *der Mensch* als einzelner Archetypus existiert nicht. Demnach hat der Mensch keine Rechte, weil er Mensch ist, sondern erzeugt Rechte, indem er sie sich selbst zuspricht bzw. indem Menschen sie wechselseitig einander zusprechen. Bei aller Skepsis, die Arendt dem modernen Verständnis der Menschenrechte entgegenbringt, würde die Annahme, Arendt wolle Menschenrechte als solche negieren, den Kern ihrer Aussage verfehlen. Vielmehr prüft sie die Idee der Menschenrechte auf ihre weltliche Beständigkeit und zeigt, dass das vorherrschende Verständnis keineswegs die Garantien und faktischen Rechte gewährleistet, die es zu schützen beansprucht. Stattdessen treten Rechte faktisch erst mit einer Staatsbürgerschaft in Kraft, das heißt mit der anerkannten Zugehörigkeit zu einer menschlichen Gemeinschaft. Der Staat als jene Institution, die die Rechte von Menschen in erster Linie erzeugt und stabilisiert, kann aber zugleich selbst zur Bedrohung des Menschen werden, sofern er diese Rechte zurücknimmt, hemmt oder gänzlich zerstört, was erst im Verlust der Staatsbürgerschaft vollends sichtbar wird (vgl. Balibar 2014: 168).

Der entscheidende Verlust, den Staatenlose erleiden, ist der, aus jeder irgendwie gearteten Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden und damit aus der Menschheit überhaupt, was damit gleichbedeutend ist, jedes *Recht zum politischen Handeln* zu verlieren. Für Arendt ist das Recht, Rechte zu haben, gleichbedeutend damit, »in einem Beziehungssystem zu leben, in dem man aufgrund von Handlungen und Meinungen beurteilt wird« (Arendt 2015: 614) – und das sind für Arendt die essentiellen Kategorien politischen Handelns. Auch dieses Recht, Rechte zu haben, besitzt keinen natürlichen oder metaphysischen Ursprung, doch macht Arendt die wechselseitige Anerkennung der Zugehörigkeit zum Menschsein, und damit zur gleichberechtigten politischen Teilhabe, zu Grundbedingungen des politischen Handelns. Dieses Recht zum politischen Handeln ist in dem Sinne universell, dass es jedem Individuum zugestanden werden muss und von jedem beansprucht werden kann, unabhängig von einer

Staatsbürgerschaft oder einem sonstigen Status. Menschenrechte (in ihrem allgemeinen Verständnis) werden nie vollumfänglich realisiert und ausgeschöpft, da sie gerade in ihrer Beanspruchung – im politischen Handeln – bestehen und somit jede staatliche Ordnung oder Gemeinschaft stetig herausfordern. Was Arendt als ›Recht, Rechte zu haben‹ voraussetzt, ist daher eher ein transformatives Prinzip jedes politischen Handelns innerhalb der menschlichen Welt als die Realisierung spezifischer faktischer Rechte (vgl. Ingram 2008: 411). Das Recht auf gleichberechtigte politische Teilhabe ist für Arendt das Menschenrecht schlechthin, das untrennbar verbunden ist mit der wechselseitigen Anerkennung *als Menschen*, wo es sich im politischen Handeln unter Gleichberechtigten aktualisiert (vgl. Balibar 2014: 168). So bleibt es gerade dadurch, dass es mit der Inklusion in die menschliche Gemeinschaft aktualisiert werden muss, kontingent und riskant (vgl. ebd.: 168). Die Abwesenheit oder Aufkündigung dieser Anerkennung diagnostiziert Arendt als Gefahr für jede Zivilisation (vgl. Arendt 2015: 624).

Ein kurzes Resümee: Das Recht, Rechte zu haben, realisiert sich im performativen Akt des politischen Handelns als transformatives Prinzip und Grundbedingung politischer Legitimität, so dass es eher eine performative Norm ist als eine extra-politische kognitive Norm, die universelle Richtigkeit beansprucht. Sinn des politischen Handelns ist für Arendt, wie wir bereits festgestellt haben, politische Freiheit. Die Grundbedingung dieser Freiheit in einer pluralen menschlichen Welt ist die wechselseitige Anerkennung gleichwertiger politischer Teilhabe, die diese Freiheit gleichermaßen beschränkt und gewährleistet.

Zeigen kann sich das Recht, Rechte zu haben, jedoch nicht nur in seiner Anerkennung durch institutionelle Gleichberechtigung, wie sie sich in Gesetzen niederschlagen kann, sondern auch – und, wie ich argumentieren werde, *besonders* – in seiner Inanspruchnahme durch zivilen Ungehorsam. Die Praxis zivilen Ungehorsams wird von Arendt als zentraler Ausweg aus dem Dilemma des institutionellen Staats- und Rechtssystems gedacht.

Das ursprünglich Politische sieht Arendt nämlich nicht in den Institutionen des positiven Rechts (da diese das Recht auf politische Teilhabe umsetzen, jedoch auch systematisch verweigern können). Das eigentlich Politische sieht Arendt in der Dissidenz. »[She] pushes the idea of a politics of human rights so far as to make dissidence – in the specifically modern form of ›civic (sic!) disobedience

dience« – the touchstone of the foundation reciprocity of rights» (Balibar 2014: 168). Zum Ausdruck kommt die Anerkennung des Rechts, Rechte zu haben, auf zweierlei Weise: Einerseits durch den Akt des zivilen Ungehorsams selbst (unabhängig von seiner spezifischen Rechtfertigung und Zielsetzung), da er Rechte der politischen Partizipation beansprucht, wo sie nicht gegeben sind. Eben diese Tätigkeit der Beanspruchung von politischer Teilnahme und die Herausforderung der Grenzen von Demokratie, Freiheit oder Gleichheit kann als das politische Handeln par excellence verstanden werden »by setting their open-ended promise against their all-too particular instantiations« (Ingram 2008: 412). Bürgerschaft ist so verstanden weniger ein rechtlicher Status als eine sich ständig erneuernde Aufforderung zur politischen Teilhabe.

Andererseits spiegelt sich diese Anerkennung eines Rechts, Rechte zu haben, in der aktiven Berücksichtigung aller Menschen als gleichberechtigt Partizipierende wider (und auch im Abwenden eines Ausschlusses bestimmter Menschen), was sich in Bestrebungen inklusiver öffentlicher Deliberation und Argumentation zeigt (vgl. Kalyvas 2008: 253).

5.2.4. Ziviler Ungehorsam als Erinnerung an den Kern der Demokratie

Zivilem Ungehorsam kommt angesichts des so – nämlich als Grundlage der Menschenrechte – gedachten Rechts auf politische Teilhabe eine entscheidende Rolle als legitimer Akt der politischen Selbstbestimmung zu. Ziviler Ungehorsam galt Arendt als eine der »möglichen politischen Initiativ- und Handlungsformen unter den Bedingungen der Realdemokratie«, nicht nur als »eine legitime Aktionsform unter anderen« (Marchart 2005: 124f. [meine Hervorhebung]). »Eine Republik muß nicht nur »ertragen«, daß es zu Praktiken des zivilen Widerstands kommt, sondern sie muß diese als legitime Versuche der fortgesetzten Neugründung verstehen und ihnen gegenüber Offenheit erweisen« (ebd.: 125). Mit Arendt gedacht, geht es weniger darum, zivilen Ungehorsam im Einzelfall zu legitimieren, sondern vielmehr darum, seine prinzipielle Legitimität zu begründen. »It is good in itself« (Kateb 1984: 134), ließe sich für das politische Handeln aus Sicht Arendts feststellen, und diese Grundhaltung schließt zivilen Ungehorsam ein und rückt ihn in Arendts Verständnis sogar an eine zentrale Position des politischen Handelns. Dies ist jedoch keines-

wegs unumstritten (siehe beispielsweise Smith 2013: 139). Arendt betrachtet den zivilen Ungehorsam als notwendige und nicht auszumerzende Möglichkeit, unaufhörlich neu zu beginnen, als »Mikrorevolution« (Marchart 2005: 135) und als das Gegenteil des Reformismus, nämlich als Möglichkeit, Demokratie kontinuierlich neu zu erfinden. Freiheit und Macht sind nie an sich oder als Absolutes legitim, als inkohärentes Neu-Beginnen, sondern nur als Freiheit, die in Relation zu einer bestehenden Ordnung steht und nicht völlig losgelöst von dieser ist. Dieses Neu-Beginnen ist Ausdruck von Freiheit, die jedoch zugleich begrenzt ist durch Imperative der Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und konstitutionellen Nachhaltigkeit – sofern der Neubeginn nicht nur ein Ereignis ist, sondern zu etwas Fortlebendem führt. Es geht also für Arendt im Kern politischer Freiheit um ein Kunststück – einen Balanceakt des Politischen –, nämlich dieses Moment der Freiheit, das in jedem Neubeginn liegt, zu erhalten, während gleichzeitig Institutionen, Prozesse und Strukturen für Beständigkeit sorgen. Arendt geht es beim zivilen Ungehorsam nicht um völlig neue Anfänge und Brüche in der Geschichte. Es geht um das Neue, das in Relation zum Alten steht, den Regelbruch im Verhältnis zur Regel und nicht außerhalb jeglichen Regelwerkes.

Arendt deutet zivilen Ungehorsam als einen Ausweg aus der intrinsischen Selbstbegrenzung jeder Politik gegenüber der Innovation, die sie in der extrainstitutionellen Sphäre verortet. Der Ungehorsam sei Anzeichen dafür, dass das Gleichgewicht gestört sei zwischen einem »Drang nach Veränderung und [dem] Bedürfnis nach Stabilität« (Arendt 2000: 303). Die Zivilisation, die Arendt als das »von Menschen geschaffene künstliche Gehäuse für die aufeinanderfolgenden Generationen« (ebd.: 303) bezeichnet, brauche einen Rahmen, der zuallererst durch Rechtsordnungen bestimmt sei. Diese geben dem menschlichen Zusammenleben seine Stabilität, seien jedoch gleichzeitig »hemmende Kraft« (ebd.: 303). Arendt warnte vor dem Glauben, die Welt bewahren zu können, wie sie ist: »Conservatism, in the sense of conservation, which accepts the world as it is, striving only to preserve the status quo – can only lead to destruction, because the world, in gross and in detail, is irrevocably delivered up to the ruin of time unless human beings are determined to *intervene, to alter, to create what is new*« (2006: 259). Das Recht könne Veränderungen, die sich bereits vollziehen oder vollzogen haben, stabilisieren oder legalisieren, »doch die

Veränderungen an sich sind immer Ergebnis von Handlungen außerrechtlicher Natur« (2000: 304), wobei Arendt zufolge dem zivilen Ungehorsam für den Anstoß von Veränderungen eine tragende Rolle zukommt. Den Grund für die Notwendigkeit dieses externen Anstoßes sieht Arendt im tautologischen Verhältnis des Rechts zu sich selbst: *Gesetz ist Gesetz*. Der Positivismus des Rechts als Ausdruck des politischen Willens (eines Herrschers oder aber gar *des Volkes*) berge durch seine Universalität, seinen imperativen Charakter und Absolutheitsanspruch das Problem, dass es aus sich heraus nur sehr eingeschränkt Impulse zur Innovation entwickeln könne. Ein weiteres intrinsisches Dilemma ist sein restriktiver Charakter: »[T]hey only tell what one should not do, but never what one should do« (1979: 467). Das Gesetz manifestiert politische Rechte und Beschränkungen, doch kann es seinem Wesen nach keinen Anstoß für das politische Handeln innerhalb dieser Ordnung sein und kann sie ebenso wenig ohne äußere Impulse in Frage stellen.

Die Forderung des Rechts nach absolutem Gehorsam kann demokratische Werte zur Regel erheben, sie jedoch ebenso systematisch beeinträchtigen – oder wie Zinn es formuliert: »[S]tability and order are not the only desirable conditions of social life. There is also justice, meaning the fair treatment of all human beings, the equal right of all people to freedom and prosperity. Absolute obedience to law may bring order, but it may not bring justice« (Zinn 1991a: 903).

Andererseits sei die Bedeutung des positiven Rechts für die Freiheiten der Zivilgesellschaft nicht zu unterschätzen. »An vorderster Stelle unter den stabilisierenden Faktoren stehen die Rechtsordnungen, von denen unser Leben auf dieser Welt und unser täglicher Umgang miteinander geregelt werden, und diese Rechtsordnungen sind von längerer Dauer als Bräuche, Sitten und Traditionen« (Arendt 2000: 303). Der gesetzliche Rahmen des Staates verhalte sich zur politischen Existenz wie die Erinnerung zur historischen Existenz der Menschen: Er garantiere das kontinuierliche Fortbestehen der gemeinsamen Welt jenseits des individuellen Daseins, absorbiere neue Anfänge und werde von ihnen genährt (vgl. Kalyvas 2008: 258). Kalyvas schlägt vor, Arendts Verständnis des zivilen Ungehorsams als ein Konzept von »semi-extraordinary politics« (ebd.: 286) zu begreifen, als Balanceakt zwischen der Beständigkeit des gesetzlichen und institutionellen staatlichen Rahmens und dem transfor-

mativen Potential politischen Handelns. Es gehe um einen Bedeutungshorizont im Hintergrund, ohne den eine politische Handlung einen arbiträren Bruch erzeuge, dessen Verständnis oft schwierig sei, so dass auch die Wirkungskraft eines solchen Aktes hinter seinem Potential zurückbleibe. Der Versuch, eine radikale Veränderung einzufordern, die bestehende Ordnungen ignoriert, sei oft zum Scheitern verurteilt, da er selbst eine intrinsische Beziehung zur Gewalt habe – einen diktatorischen Kern.

Arendts Projekt, welches sie mit ihren Überlegungen zum zivilen Ungehorsam zum Ausdruck bringt, versucht einen Prozess der Regelfindung und Regelttransformation in modernen Gesellschaften zu beschreiben, der aus der Wechselwirkung zwischen institutionellen Strukturen und kontestierender, kollektiver bürgerlicher Selbstbestimmung hervorgeht – einer Selbstbestimmung, die nicht als abstrakter Volkswille zum Tragen kommt, sondern in einer performativen Praxis des Sprechens und Handelns, des Argumentieren und Überzeugens. Wie Balibar meint, kommt Arendts Kritik an der Idee, das Recht sei als absoluter Ausdruck kollektiven Willens zu verstehen, besonders in ihrer Auffassung des zivilen Ungehorsams zum Vorschein. Er ist in ihrem Verständnis die logische Konsequenz ihrer Interpretation des Politischen, indem er sich jeder Ordnung verweigert, die auf der Beherrschung und Machtentfaltung *über* eine menschliche Gemeinschaft beruht. Entsprechend stellt Arendt eine Interpretation politischer Institutionen vor, der zufolge diese – obwohl sie nur der Rahmen des eigentlichen Politischen und insoweit sekundär diesem gegenüber seien – Teil *authentischer Politik* werden können, indem sie nicht jenen auferlegten Zwecken dienen, die sie üblicherweise in ihren instrumentellen Vorgängen befördern, sondern »bottom up« (Ingram 2008: 409) durch kollektive Selbstbestimmung getragen und erneuert werden.

Zusammengefasst lässt sich nun festhalten: Kern der Legitimität zivilen Ungehorsams ist für Arendt die Freiheit, die sich in der Macht zur selbstbestimmten Vereinigung und damit zur Politik ausdrückt. Die Legitimität von zivilem Ungehorsam basiert auf der freiwilligen Selbsteinschränkung dieser Freiheit im Sinne einer gemeinsamen Welt, was einerseits auf dem Festhalten an wechselseitigen Versprechen beruht, die eine Gemeinschaft begründen; andererseits ist Freiheit getragen von einer spezifischen Prinzipienbasiertheit des Aktes des

zivilen Ungehorsams, nämlich der wechselseitigen Anerkennung gleichberechtigter Menschen, ihrem Recht zur Politik und politischen Teilhabe.

5.3. Radikal-demokratische Überlegungen zu zivilem Ungehorsam im Zeitalter digitaler Medien

Auf der Basis dieses Verständnisses von zivilem Ungehorsam und seiner politischen Legitimation werde ich im folgenden Abschnitt einzelne Aspekte genauer erläutern, die ich als Wesensmerkmale des zivilen Ungehorsams verstehe.

Diese Wesensmerkmale sind im Vergleich zum liberalen Modell wesentlich weiter gefasst, zwar keineswegs beliebig weit dehnbar, doch häufig nicht völlig eindeutig, sondern kontextspezifisch diskussions- und begründungswürdig. Im Laufe der folgenden Überlegungen möchte ich diese Wesensmerkmale im Rückbezug auf die bereits genannten theoretischen Ansätze ausarbeiten und damit ein Verständnis von zivilem Ungehorsam vorstellen, das die Grundlage der weiteren kritischen Reflexion ist.

Im Anschluss an Celikates, Arendt und Walzer verstehe ich zivilen Ungehorsam als absichtlich rechtswidriges und prinzipienbasiertes Protesthandeln, das eine intersubjektive und demokratische politische Absicht verfolgt und diese gegenüber der Mitbürgerschaft (in einem politischen Sinne) öffentlich kommuniziert. Ziel des so verstandenen zivilen Ungehorsams ist es, politische Maßnahmen in demokratieförderlicher Weise zu beeinflussen, wobei es sich bei diesen Maßnahmen keineswegs um Gesetze oder staatliche Maßnahmen handeln muss; vielmehr können ebenso Maßnahmen politischer Autoritäten nicht-staatlicher Art (wie transnationaler Institutionen oder transnationaler Unternehmen) Auslöser des Protests und Gegenstand des Veränderungsanliegens sein.

Die einzelnen Aspekte dieses Verständnisses erfordern weitere Klärung, die sich hier anschließt.

5.3.1. Eine absichtliche Tat in Konflikt mit geltendem Recht

Bei zivilem Ungehorsam geht es – und in diesem Punkt stimme ich mit dem liberalen Verständnis überein – um eine absichtliche Tat, die in Konflikt mit geltendem Recht steht. Ein Rechtsbruch ist dabei nie die eigentliche Absicht des zivilen Ungehorsams, sondern stets nur Mittel eines höheren politischen Anliegens.

Allgemein anerkannt ist, dass ziviler Ungehorsam häufig indirekt erfolgt, also nicht jenes Gesetz gebrochen wird, gegen das protestiert wird. Diese Möglichkeit erwähnen Rawls wie Arendt und viele weitere Theoretiker einhellig (vgl. Rawls 1979: 401; Arendt 2000: 286). Stattdessen wird stellvertretend ein Gesetz gebrochen, welches selbst nicht in Frage steht, um auf ein anderes Unrecht aufmerksam zu machen. Arendt betrachtet diese indirekte Beziehung zwischen Anliegen und Rechtskonflikt nicht nur als Möglichkeit, sondern als eines der »Hauptmerkmale« (ebd.: 286) zivilen Ungehorsams und spricht von indirektem Ungehorsam als »Ungehorsam im strengen Sinne« (ebd.: 286).⁵⁶

In verschiedenen Definitionen von zivilem Ungehorsam ist sehr deutlich die Rede von einem *rechtswidrigen Akt* oder auch einem *Rechtsbruch*. Carl Cohen formuliert zum Beispiel: »An act of civil disobedience must break the law. [...] Unless the law is broken the act is not one of civil disobedience« (Cohen 1966: 2). Diese Formulierungen sind in dieser Schärfe problematisch. Geht man von einem rechtswidrigen Akt oder Rechtsbruch als notwendigem Merkmal zivilen Ungehorsams aus, so muss man sich fragen, ob und durch welche Instanz dieser Rechtsbruch festzustellen wäre. Nicht alle Fälle von zivilem Ungehorsam werden vor Gericht verhandelt, beispielsweise deshalb, weil aus strategischen Gründen keine Anzeige gestellt und ein rechtsklärender juristischer Prozess vermieden wird.

Auch unter den beschriebenen Fällen digitalen Ungehorsams lassen sich hierfür Beispiele finden. Bezüglich der *Google-Nest*-Kampagne des Peng-Kollektivs oder der *Kindertransporthilfe des Bundes*, die das Zentrum für Politische Schönheit ins Leben rief (zu beiden Beispielen siehe Kapitel 1.3), lässt sich

⁵⁶ William Smith greift diese Ansicht auf und sieht darin eine hilfreiche Differenzierung zwischen zivilem Ungehorsam und *constitutional testing*. Ein Akt des constitutional testing bezeichnet den Bruch eines Gesetzes, dessen Tragfähigkeit belegt oder widerlegt werden soll. Beide Akte ähneln sich sehr, da in beiden Fällen aus Protestgründen ein Gesetz gebrochen wird, doch Smith merkt an: »[T]hey [...] differ in their respective functions; while civil disobedience can be employed to uphold established constitutional norms, it can also adopt a more proactive complexion by initiating »necessary and desirable change«. This instigation of change, in the sense of promoting innovations in law and policy and, more importantly for Arendt, changing the nature and complexion of public opinion, reveals the political character of civil disobedience against the essentially juridical nature of constitutional testing.« (Smith 2010: 152). Constitutional testing kann sich, nach Smith, also nur auf bereits bestehende Fragen des Rechts beziehen, wohingegen der zivile Ungehorsam gerade solche notwendigen Veränderungen anstoßen kann, die sich nur abseits der bekannten Pfade denken lassen. Damit ist der zivile Ungehorsam in gewissem Sinne das *freiere* politische Instrument, da seine Handlungsweise nicht festgelegt ist, da es eben nicht um den Bruch eines bestimmten Gesetzes geht, welches in Frage steht.

vermuten, dass ein Rechtsstreit von Seiten Googles sowie der Bundesministerin Manuela Schwesig aus strategischen oder politischen Gründen vermieden wurde. In beiden Fälle gäbe es durchaus Anknüpfungspunkte für einen Rechtsstreit, dessen Ausgang zumindest nicht eindeutig vorherzusehen wäre. In beiden Fällen sahen die rechtlich berührten Parteien von einem Verfahren ab, möglicherweise weil dies einen Imageschaden hätte bedeuten können oder aber weil sie diese Kampagnen von sich aus als legitime Form des Protests akzeptierten.⁵⁷

Um der Praxis des zivilen Ungehorsams gerecht zu werden, kann es also bei diesem Definitionsmerkmal nicht darum gehen, dass ein Rechtsbruch juristisch eindeutig festgestellt sein muss. Ungeachtet dessen, was in einem möglichen Verfahren festgestellt wird, ist es ausreichend, dass zu vermuten ist, dass sich ein Gericht mit dem Akt befassen könnte. Darüber hinaus muss bedacht werden, dass Rechtssysteme selbst Wege des Widerspruchs und auch des Wandels bereithalten, auch wenn diese teils langwierig sind und sich nicht in jedem Fall bewähren.

Auch die Rechtswissenschaft bietet mit der Radbruchschen Formel⁵⁸ eine (nicht im engeren Sinne) rechtliche Kategorie an, die durch das Recht produzierte vermeintliche Ungerechtigkeiten ausgleichen kann. Doch auch in viel alltäglicheren Rechtsprozessen kann sich das Recht als wandelbar erweisen. Auch was lange Gesetz ist, kann zu Unrecht erklärt werden. Was in einer ersten Instanz als rechtswidriger Akt verurteilt wird, mag in einer zweiten oder gar verfassungsrechtlichen Instanz als rechtmäßig anerkannt werden. In einem solchen Fall rückwirkend die Einordnung eines Aktes als ziviler Ungehorsam an-

⁵⁷ Im Fall von Google Nest erließ Google eine Beschwerde gegen das Peng-Kollektiv und verlangte die Übergabe der Domain der Kampagnenwebseite (www.google-nest.org) an Google. Dieser Forderung kam das Kollektiv nicht nach, verlegte jedoch die ursprünglichen Inhalte der Seite auf andere Domains. Unter der ursprünglichen Domain sind heute Verweise auf die Spiegelungen der ursprünglichen Inhalte sowie Informationen über den Briefwechsel zu dieser Rechtsfrage mit dem Google Trademark Team zu finden (siehe www.google-nest.org, zuletzt abgerufen 11.12.2015).

⁵⁸ Diese besagt, dass ein Richter gegen geltende Gesetze zu entscheiden habe, wenn erstens ein Gesetz unerträglich ungerecht sei oder zweitens die Gleichheit aller Menschen durch das Gesetz bewusst verleugnet werde (vgl. Lecheler 1994: 9). Für die Beurteilung von zivilem Ungehorsam ist die Radbruchsche Formel jedoch nur in wenigen gravierenden Fällen relevant, da die Proteste zivilen Gehorsams durchaus streitbare Anliegen haben können, die keineswegs nur eindeutig unerträgliche Ungerechtigkeiten betreffen (wobei fraglich ist, auf welche Weise diese *unerträgliche Ungerechtigkeit* objektiv festzustellen wäre).

zuzweifeln, wäre eine bloß legalistische Argumentation und mit dem politischen Verständnis zivilen Ungehorsams, von dem hier ausgegangen wird, nicht zu vereinbaren. Im Gegenteil kann ein Wandel der Rechtslage in bestimmten Fällen *für* die erfolgreiche Einflussnahme zivilen Ungehorsams sprechen. Demnach ist ziviler Ungehorsam ein Akt, dessen Rechtswidrigkeit bereits in erster Instanz festgestellt werden *könnte*, unabhängig davon, ob er zur Anzeige gebracht wird und ob über seine Rechtswidrigkeit abschließend entschieden wird. Maßgeblich ist das Risiko, das die Ungehorsamen eingehen, indem sie sich durch ihr Handeln zumindest der Gefahr einer Strafverfolgung aussetzen, und dieses bewusst eingegangene Risiko unterscheidet den Akt zivilen Ungehorsams von einem legalen Protestakt (vgl. Smith 2013: 54). Folglich kann also bereits von zivilem Ungehorsam die Rede sein, sobald ein mit Blick auf das einfache Gesetzesrecht rechtswidriges Handeln zu vermuten ist – ohne dass dies zwangsläufig gerichtlich so festgestellt wird.

In speziellen Fällen ist es ebenso denkbar, dass es sich sogar um eine Tat handelt, die in keinem Widerspruch zum Recht steht, der jedoch sanktionierende Konsequenzen folgen, die denen eines Rechtsbruchs vergleichbar sind, wie beispielsweise massive Eingriffe durch Untersuchungsbehörden. Die kontinuierliche Verfolgung durch das FBI, die Aaron Swartz widerfuhr, ist meines Erachtens als solche bereits als massive Sanktion seines Handelns zu betrachten, die auch unabhängig von dem Prozess (der nie stattfand) ein Argument dafür bietet, seinen Fall als ein Beispiel zivilen Ungehorsam zu sehen.

Besonders für digitale Formen zivilen Ungehorsams kommt eine weitere Frage hinzu: nämlich welches Gesetz überhaupt den Maßstab zivilen Ungehorsams bildet. Da die Praxis des digitalen Ungehorsams grenzüberschreitend wirksam ist, sind verschiedene Konstellationen möglich, die das Merkmal des eindeutigen Rechtsbruchs weiter herausfordern. Es wäre denkbar, dass die Ungehorsamen sich in einem Rechtsraum befinden und ihr digitaler Akt in einem anderen seine Wirkung entfaltet. Ebenso könnten verschiedene Rechtsräume, in denen die Gesetzeslage unterschiedlich ist, einen digitalen Akt des Ungehorsams unterschiedlich bewerten. Was in einer Nation als freie Meinungsäußerung toleriert ist, könnte in einem anderen Land gravierende Strafen nach sich ziehen. *Welches Recht* also soll hier als Maß des Ungehorsams dienen?

Wichtig ist bei aller Unschärfe des Merkmals der Rechtswidrigkeit dennoch die Grenzziehung gegenüber legalen Protesten. Einige Fälle, die in der politischen Öffentlichkeit für Aufmerksamkeit sorgen, wie die Proteste auf Instagram oder Twitter in der Türkei gegen das vom Minister ausgesprochene ›Lachverbot‹ für Frauen, lassen – wie bereits im Kapitel 1.2 angemerkt – keinen eindeutigen Rechtsbruch erkennen. Zweifelsohne stellt dieser Fall (wie viele vergleichbare) einen bemerkenswerten Protest dar. Doch da die Aktion eher provokativ als illegal ist, handelt es sich nicht um zivilen Ungehorsam. Diese Unterscheidung impliziert keineswegs, dass diese Kampagne weniger effektiv oder weniger gerechtfertigt ist. Es ist eine Unterscheidung, die notwendig ist, um den politischen Spezialfall des zivilen Ungehorsams abzugrenzen. Die Unterscheidung ist ferner auch bedeutsam für legale Protestaktionen, da es fatal wäre, sie fälschlicherweise ins Licht der Illegalität zu rücken. Es ist wichtig, sich vor Augen zu führen, dass diese Formen des legalen Protests, mögen sie provokativ, mutig oder anstößig erscheinen, ausdrücklich im Rahmen jenes Spektrums der Infragestellung und Kritik liegen, das in den jeweiligen Rechtssystemen rechtlich anerkannt ist und damit zum unantastbaren Möglichkeitsraum politischer Freiheit und Partizipation gehört. Vor diesem Hintergrund verstehe ich also sämtliche Fälle, die keinen antizipierbaren Rechtskonflikt mit sich bringen, *nicht* als zivilen Ungehorsam.

Eine zweite und wesentlich diffizilere Frage in diesem Zusammenhang ist, unter welchen Umständen von einem *absichtlichen* Rechtsbruch die Rede sein kann. Versteht man zivilen Ungehorsam als bewussten politischen Akt und nicht als versehentliches Geschehen, das ohne ein Bewusstsein für geltendes Recht dessen Grenzen überschreitet, so stellt sich die Frage, inwieweit dieses Bewusstsein des eigenen Handelns prüfbar und für Mitbürger erkennbar ist.

In manchen Fällen, wie zum Beispiel der ITAR-civil-disobedience-Kampagne (siehe Kapitel 1.1), kommunizieren die Initiatoren nicht nur ihr Bewusstsein, dass sie einen Rechtsbruch begehen, sondern weisen auch potentiell teilnehmende Personen eindringlich darauf hin, dass sie sich einem rechtswidrigen Akt anschließen.

In anderen Fällen lässt sich bezweifeln, dass allen Partizipierenden ein Rechtskonflikt (zum Zeitpunkt der Durchführung) bewusst ist und mögliche Konsequenzen absichtlich und informiert in Kauf genommen werden:

Im Fall der Operation Payback DDoS Aktion wird zumindest behauptet, dass einzelne »jugendliche Skript-Kiddies [teilnahmen], die von der Bedeutung eines DDoS-Angriffs nur eine ungefähre Vorstellung hatten« (Kompa 2014).

Im Fall des rechtswidrigen Tausches von urheberrechtlich geschützten Medieninhalten ist nach einer Studie von 2011 einem Anteil von etwa 4 % der Nutzer von Filesharing-Plattformen nicht bewusst, dass das Teilen von urheberrechtlich geschützten Medieninhalten illegal ist. Vermutlich wesentlich größer ist jedoch der Anteil an Nutzern, die diesen Akt zwar für eine Straftat halten, ihn jedoch als »gesellschaftlich toleriertes Kavaliersdelikt« (Martens et al. 2012: 9) auffassen (auch wenn die Urheberrechtsindustrie mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln versucht, dies zu ändern).

Abgesehen von diesen einzelnen unwissenden Mitstreitern ist in den besprochenen Fällen den Akteuren die Rechtslage und die Rechtswidrigkeit des eigenen Handelns mehrheitlich durchaus bewusst. Die Schwierigkeit, die die beiden genannten Ausnahmen für eine theoretische Auseinandersetzung mit sich bringen, ist die *Ununterscheidbarkeit* des bewussten Handelns von unreflektierten Handlungen sowie politischer Anliegen von eigennützigen Motivationen. Die Unwissenheit von Mitstreitern ist hingegen auch bei anderen, d.h. auch bei nicht-digitalen Bewegungen denkbar. Das eigentlich neue Dilemma der Undurchsichtigkeit kann beispielsweise entstehen, wenn die Handelnden durch ihre Anonymität eine Reziprozität mit Mitbürgern verhindern, so dass – anders als bei zivilem Ungehorsam, bei dem die Akteure bekannt oder anwesend sind – keine Stellungnahmen über ihr Handlungsbewusstsein erfragt werden können. Was jedoch nicht von einem zivil Ungehorsamen verlangt werden kann, ist, dass er das Ausmaß der Reaktionen auf seinen Rechtsbruch selbst vollumfänglich abzusehen vermag (auch wenn es strategisch sehr wertvoll ist, Rechtsfolgen im Vorhinein soweit möglich in Erfahrung zu bringen). Das ungefähre Ausmaß der Konsequenzen kann für den Ungehorsamen womöglich rechtlich abzusehen sein, doch entwickeln bestimmte Fälle eine Eigendynamik, die kaum vorhersehbar ist. Diese Feststellung liegt beispielsweise für den Fall von Aaron Swartz nahe.

Die Schwere des Rechtsbruchs, die beispielsweise im Strafmaß zum Ausdruck kommt, ist wiederum nicht Maßstab der Angemessenheit von zivilem Ungehorsam. Die Rechtfertigung zivilen Ungehorsams als angemessener Akt erfordert

keineswegs, dass es sich nur um einen marginalen Konflikt mit dem Recht handelt. Ein wichtiger Aspekt, der im Verlauf dieser Arbeit weiter diskutiert wird, ist, dass in manchen Fällen Akte des Ungehorsams mit hoher Wirksamkeit, die weit über diejenige eines symbolischen Aktes hinausreicht, als ziviler Ungehorsam verstanden werden können. Dabei ist entscheidend, wie eine moralische Grenze gezogen werden kann zwischen hochwirksamen Praktiken zivilen Ungehorsams und illegitimen politischen Maßnahmen, die geltendes Recht brechen. Prinzipiell können auch gravierende und folgenreiche Rechtsbrüche in bestimmten Fällen dem politischen Anspruch zivilen Ungehorsams gerecht werden, da der Maßstab ihrer Rechtfertigung, anders als in einem legalistischen Verständnis zivilen Ungehorsams, nicht das geltende Recht ist. Entscheidend sind stattdessen weitere *politische* Qualitäten, wie zunächst die Prinzipienbasiertheit des zivilen Ungehorsams.

5.3.2. Ziviler Ungehorsam als prinzipienbasierter Akt

Wie auch in Celikates' Minimaldefinition betont wird, ist ziviler Ungehorsam ein *prinzipienbasierter* Akt (vgl. Celikates 2010: 280) oder auch »morally serious« (Walzer 1970a: 20), wie Walzer es ausdrückt. Was hier gemeint ist, geht über jene immanenten Prinzipien des zivilen Ungehorsams, die ich in Kapitel 5.2.3 vorgestellt habe, hinaus. Diese sind ihm, völlig unabhängig von konkreten Anliegen, aufgrund seiner politischer Handlungsform zu eigen. Die hier gemeinte Prinzipienbasiertheit zielt hingegen auf jene grundlegenden Überzeugungen der Ungehorsamen ab, die sie zu ihrer Tat bewegen.

Prinzipien sind jedoch nicht zu verwechseln mit Motiven, Intentionen, Zwecken oder Zielen »which contrary to principles, tend to instrumentalize action by reducing it to a simple means, something prior or posterior to action« (Kalyvas 2008: 243f.). Zu einem politischen Akt wird ziviler Ungehorsam – da er nicht aus rein strategischen Gründen ausgeübt wird – durch teilbare Prinzipien, die als Überzeugungen der Akteure artikuliert werden. Die Handelnden bringen gegenüber Mitbürgerinnen und Mitbürgern diese Überzeugungen als moralische Rechtfertigung des zivilen Ungehorsams zum Ausdruck. Ob diese Prinzipien jeweils Zustimmung verdienen und der Akt des Ungehorsams in den Augen der Mitbürger daher gerechtfertigt ist, ist eine andere Frage.

Walzer, der davon ausgeht, dass die Prinzipien, die ein Individuum zu zivilem Ungehorsam bewegen, als Konsens einer Gruppe entstehen, beschreibt diesen Prozess folgendermaßen:

»Continued awareness, a kind of shared self-consciousness, is necessary before the consent and participation of individuals carry sufficient moral weight to establish obligations [...]. A morally serious member of a group with partial claims may, then, be described as follows: he joins the group voluntarily, knowing what membership involves, he devotes time and energy to its inner life, sharing in the making of decisions; he acts publicly in its name or in the name of its ideals. Such a person – not any person – is obliged to act as he does, unless he is given good reasons why he ought not to do so« (Walzer 1970a: 21).

Dennoch bleibt auch in Walzers Verständnis offen, welchen Ursprungs genau diese Überzeugungen sein mögen, ob diese Prinzipien auf teilbaren Gewissensüberzeugungen oder auf bestehenden Grundprinzipien der Demokratie beruhen oder ob sie von der jeweiligen Verfassung nahegelegt werden.

Entscheidend ist – wie ich noch ausführlicher zeigen werde –, dass es sich nicht um idiosynkratische, also unteilbare Prinzipien eines Individuums handelt, die allein auf dem individuellen Gewissen beruhen. Die Prinzipien zivil Ungehorsamer müssten kommunikativ teilbar sein – was nicht heißt, dass sie in der politischen Kultur generell anerkannt sein oder eine vorherrschende Überzeugung widerspiegeln müssen (vgl. Celikates 2011b). Die Frage, in welchem Maße die motivierenden Prinzipien in einem konkreten Fall zivilen Ungehorsams tatsächlich gesellschaftliche Akzeptanz oder gar Konsens finden, ist sicherlich relevant für die Debatte um die konkrete Rechtfertigung, jedoch (auch nach Celikates' Auffassung) nicht für die Frage der Definition.

Die Rechtfertigung zivilen Ungehorsams ist demnach nicht völlig individuell zu behaupten, jedoch entzieht sie sich wohl in den meisten Fällen einem gesellschaftlichen Konsens.

Darüber hinaus lässt sich die Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam nicht allein durch ein Erwägen von Zweck-Mittel-Verhältnissen ermitteln, da es nicht vornehmlich um die Effektivität einer Taktik geht, sondern darum, *wie* sich diese Taktik als Prozedur und Performanz in Beziehung zu Mitbürgerinnen und Mitbürgern auswirkt. Die Vorbereitung und Durchführung muss in diesem Sinne

zumindest, wie Celikates es ausdrückt, selbst demokratisch oder »demokratiekompatibel« (2010: 294) sein, selbst dann, wenn die Überzeugungen der zivilen Gehorsamsverweigerer nicht von der Bevölkerung geteilt werden.

5.3.3. Ziviler Ungehorsam als intersubjektiver Akt

Eine Frage, der sich die politische Theorie im Nachdenken über zivilen Ungehorsam ausgiebig gewidmet hat, ist jene, ob er von einem einzelnen Individuum ausgeübt werden kann oder nur als Akt einer Gruppe denkbar ist. Für Arendt, Walzer und auch Celikates ist die Eigenschaft des Kollektiven ein wichtiges – sogar definierendes – Merkmal. Doch was meint Kollektivität genau und was bedeutet dieses Merkmal beispielsweise für einzelne Whistleblower wie Edward Snowden? Wie viele Menschen oder welche Bedingungen des Handelns sind notwendig, um von kollektivem Handeln als zivilem Ungehorsam zu sprechen?

Für eine genauere Bestimmung dessen, was mit dem Merkmal der ›kollektiven‹ Handlung gemeint ist, ist Arendts Auseinandersetzung mit der Frage, ob ein Einzelner zivilen Ungehorsam üben kann, hilfreich. Arendt kritisiert, dass Thoreau und Sokrates sich als Beispiele für zivilen Ungehorsam in das kollektive Bewusstsein der abendländischen Gesellschaft eingeprägt haben; ihrer Ansicht nach stellt das Handeln keines der beiden tatsächlich ein geeignetes Beispiel des politischen Phänomens dar (vgl. Arendt 2000: 288).

Das Problem bei Thoreau sieht Arendt darin, dass er sich in der Rechtfertigung für seinen rechtswidrigen Akt der Steuerhinterziehung allein auf das Gewissen stützt und daraus eine moralische Pflicht zur gesetzlichen Zuwiderhandlung ableitet. Der Leitspruch seiner Vorstellung von zivilem Ungehorsam lautet vereinfacht: Wenn der Staat deinem Gewissen zuwider handelt, bist du berechtigt, ihm deine praktische Unterstützung zu entziehen. Wo du in ein politisches System hineingeboren wirst, in dem du zwangsläufig zu dem beiträgst, was dein Gewissen als Unrecht erkennt, hast du das Recht, dein Mittun zu verweigern.

Thoreau führt nicht genau aus, was er unter dem *Gewissen* versteht, doch lässt sich vermuten, dass er und Arendt diesen Begriff verschieden interpretieren. Arendt ist davon überzeugt, dass das Gewissen keine angeborene Fähigkeit des Menschen ist, die es ihm erlaubt, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden. Ihrer Ansicht nach beweist der Holocaust, dass der Glaube an ein

transzendentes moralisches Entscheidungsvermögen des Menschen gänzlich fehlgeleitet ist (vgl. 2012a: 10ff.).

Das Problem für Arendt besteht darin, dass das Gewissen selbst nichts erfordert. Es sei kulturell verschieden, doch in jedem Fall unpolitisch, also nicht an Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens interessiert, sondern an Fragen des »individuellen Ichs und dessen Integrität« (2000: 289). Das Gewissen ver helfe letztlich nur einem persönlichen Wunsch zum Ausdruck und sei damit alles andere als Ausdruck einer offiziellen – und für Arendt politischen – Pflicht; vornehmlich repräsentiere es »das Interesse am eigenen Selbst« (ebd.: 292).⁵⁹ Das Gewissen versteht Arendt als Nebenprodukt des Denkens und damit als Effekt einer subjektiven Tätigkeit, die sie als den inneren Dialog mit sich selbst beschreibt (vgl. Petherbridge 2016: 3).⁶⁰ Dieses Innenleben des Geistes des Individuums ist für Arendts Verständnis keineswegs unwichtig, sondern in einer politischen Gemeinschaft ebenso entscheidend wie der intersubjektive Austausch von Argumenten in der Öffentlichkeit. »[She] wants to maintain a space for each and an ongoing movement between them, without one being over-terminated or dominated by the other« (Petherbridge 2016: 8). Als politische Handlung ist ziviler Ungehorsam jedoch im intersubjektiven Austausch mit Mitbürgern verortet und lässt sich nicht allein aus den einsamen Entscheidungen des denkenden Individuums begründen.

Der Ungehorsam aus Gewissensgründen, um den es sich aus Arendts Sicht im Falle von Thoreau handelt, sei in Gefahr, zu verantwortungslosen Entscheidungen zu führen, da es dem Gewissen lediglich subjektiv darum gehe, mit welchem Handeln oder Verhalten es (als sein eigener Zeuge) leben könne und mit welchem nicht.

⁵⁹ Dieses Interesse an sich selbst sei zwar Bedingung eines Gewissens, jedoch nicht als selbstverständlich für jeden Menschen vorauszusetzen. In ihrer Auseinandersetzung mit dem Eichmann-Prozess war es genau dieses Interesse an sich selbst, welches sie bei Eichmann nicht erkennen konnte. Arendt geht nicht davon aus, dass jeder Mensch überhaupt des Dialogs mit sich selbst fähig ist, welchen sie als Voraussetzung der Tätigkeit des Gewissens versteht. Sie stellt fest, dass »Übeltäter, die sich weigern, selbst darüber nachzudenken, was sie tun, und sich auch im Nachhinein gegen das Denken wehren [...], es eigentlich versäumt haben, sich als Jemand zu konstituieren« (2012a: 101).

⁶⁰ Problematisch ist zudem auch der Begriff des Gewissens, der zunächst religiös und später weltlich besetzt wurde. In einigen Sprachen, etwa dem Französischen, ist der Ausdruck »Gewissen« mit »Bewusstsein« gleichbedeutend, und so variiert dessen Signifikat sprachlich wie kulturell zwischen einer göttlichen Stimme und dem inneren Dialog mit sich selbst (vgl. Arendt 2000: 293).

Auch in der heutigen philosophischen Debatte gilt das Gewissen nach wie vor als mögliche moralische Entscheidungsinstanz des zivilen Ungehorsams, so beispielsweise für Kimberly Brownlee (Brownlee 2012; vgl. Petherbridge 2016: 1). Arendts Verständnis lässt sich gegen diese Position abgrenzen, da für sie der zivile Ungehorsam keine Frage der Moral ist, sondern eine der Politik, das heißt eine Frage des Zusammenlebens, die nur auf intersubjektiven Überlegungen begründet werden kann. Eine politische Handlung ist für Arendt eine, in der die Freiheit des Menschen zum Ausdruck kommt, die gemeinsame Zukunft zu gestalten, und nicht die Furcht um das Wohlergehen des Selbst.

Sie unterscheidet damit grundlegend das Phänomen der Weigerung aus Gewissensgründen von zivilem Ungehorsam (wie übrigens auch Rawls) und wertet diesen gegenüber der Weigerung aus Gewissensgründen (in politischer Hinsicht) auf, da sie ihn als kollektiven, weltzugewandten und genuin politischen Akt versteht, während eine Weigerung aus Gewissensgründen vornehmlich ein isolierter und individueller, unpolitischer Akt bleibe. Auf Grund des eigenen Gewissens könne der Mensch nur verweigern, etwas zu tun; das Gewissen arbeite nur ex negativo, sei also nur fähig, Handlungen auszuschließen, jedoch nicht Handlungen zu begründen (vgl. Arendt 2000: 291). Wehrdienstverweigerung und auch der Fall Thoreau sind für Arendt demnach keine Beispiele für zivilen Ungehorsam, sondern Beispiele für Verweigerung aus Gewissensgründen.

Eine Variante des zivilen Ungehorsams auf der Basis von Gewissensüberzeugungen ist für Arendt gleichwohl denkbar: Die Handlung eines Einzelnen aus Gewissensgründen sei zunächst unpolitisch, jedoch könne eine Verweigerung aus Gewissensgründen politische Bedeutung erlangen und so zu zivilem Ungehorsam werden, wenn mehrere Menschen in ihrem Gewissen übereinstimmen und ihre Überzeugung in die Öffentlichkeit tragen. Dann geht es nicht mehr um Einzelfälle wie bei Sokrates und Thoreau, sondern um etwas, das Teil einer öffentlichen Debatte geworden ist. »Und wenn diese spezifische Gruppe, die den zivilen Ungehorsam praktiziert, sich auf ihre ursprüngliche Rechtfertigungsinstanz, das Gewissen, berufen mag, so verlassen sich ihre Mitglieder in Wirklichkeit nicht mehr allein auf sich selbst« (ebd.: 295).

Mittels dieser Wendung hält Arendt also zivilen Ungehorsam aus Gewissensgründen doch für möglich, jedoch nur dann, wenn es nicht um eine isolierte

Position geht, sondern sich die Verweigerer aus Gewissensgründen zu einer politischen Meinungsgruppe zusammenschließen. Wie Arendt es ausdrückt, werden Stimmen des Gewissens in der Öffentlichkeit zu Meinungen – die sich von anderen Meinungen in ihrer Qualität nicht unterscheiden lassen und »die Macht einer Meinung [...]« sei »von der Zahl derer abhängig, die sie teilen« (ebd.: 295).

Die Position Arendts wurde in der theoretischen Debatte häufig strikt so interpretiert, dass ein einzelnes Individuum keinen zivilen Ungehorsam üben könne. Sarala Kalla beispielsweise scheint Arendts Anliegen so zu deuten und argumentiert dagegen:

»The generalizability of an opinion that is evaluative has nothing whatsoever to do with its being accepted by an individual or a group« (Kalla 1986: 266). Arendts Position begegnet Kalla mit der Ansicht, dass »conscience is no doubt subjective, but that the content of its imperatives too must necessarily remain subjective seems a dubious proposition with, I think, Arendt implicitly makes« (ebd.: 266). Nach Kallas Auffassung kann also auch das einzelne Individuum eine intersubjektive Position und Prinzipien im allgemeinen Interesse vertreten und diese als Basis für sein Handeln auch im Falle von zivilem Ungehorsam nutzen.

Der maßgebliche Unterschied bezüglich der politischen Qualität des Handelns liegt in der Ausrichtung des Ungehorsams oder der Verweigerung eines Aktes: Geht es allein um die Integrität des Einzelnen, also um sein Verhältnis zu sich selbst, so kann nicht von zivilem Ungehorsam gesprochen werden. Handelt es sich jedoch um den Akt eines Einzelnen, der im Sinne einer gemeinsamen Welt und aus einem Interesse an ihr ausgeübt wird, so kann durchaus auch ein Individuum zivilen Ungehorsam üben.

Eine weitere und hier entscheidende Dimension des kollektiven Handelns formuliert Oliver Marchart. Er thematisiert diesen Aspekt allgemein für das politische Handeln und schlägt damit indirekt ein etwas anderes Verständnis des Kollektiven im Konzept des zivilen Ungehorsams vor: »Zwar kann man immer auch alleine *anfangen*, insofern man ja als *Einzelner* geboren wurde und das *Initium*, das man selbst ist, als Einzelner bekräftigen und wiederholen kann; doch soll dieser Neuanfang nicht sinnlos verpuffen, muß er in schon voraussetzende Handlungen anderer eingewoben werden. Andere müssen jedem Neuan-

fang zu Hilfe kommen, um ihn fortzutragen, soll er nicht an Vereinzelung zugrunde gehen. Darin besteht die konstitutive Pluralität alles politischen Handelns« (Marchart 2005: 78).

Hier geht es nicht mehr um die Verallgemeinerungsfähigkeit einer politischen Handlung des Einzelnen, wie bei Kalla, sondern um die Anschlussfähigkeit im politischen Geschehen der Welt. Eine Handlung könnte, so verstanden, kollektiv und daher politisch sein, indem sie an vorausgegangene Handlungen anschließt oder ihr unterstützende Handlungen folgen, auch wenn je Einzelne handeln.

Edward Snowdens Enthüllungen oder Aaron Swartz' Proteste gegen das Urheberrecht wären somit nicht als isolierte Akte eines Einzelnen zu verstehen, sondern als Akte im Sinne der Kollektivität, weil sie an vorausgegangene politische Handlungen in gleicher Sache anschließen und ihre Schritte ebenso Anschluss in den Handlungen vieler weiterer Menschen gefunden haben. Kollektivität lässt sich so auch als *prozesshafte* Kollektivität verstehen; nicht unbedingt als synchrones Handeln im Kollektiv, sondern als politisches Handeln, das immer im synergetischen Bezug zum politischen Handeln anderer steht und niemals isoliert sein kann, da es sonst seinen politischen Gehalt einbüßen würde. Der entscheidende Punkt ist nicht, dass nur synchrones Handeln mehrerer Menschen als ziviler Ungehorsam zu verstehen wäre, sondern dass ein Akt, der in politischer Isolation und womöglich aus gewinnorientierten oder nur an sich selbst interessierten Beweggründen ausgeübt wird, nicht dem Anspruch des zivilen Ungehorsams gerecht wird. Ein isolierter Akt des Einzelnen, der lediglich seinem eigenen Interesse dient, entbehrt eines politischen Gehalts, da er es versäumt, das faktische Miteinander-in-der-Welt-Sein als Grundbedingtheit des Menschlichen anzuerkennen. Diese grundlegende Anerkennung der Pluralität, die sich auch im politischen Handeln selbst manifestieren kann, bezeichnet Arendt als eine »erweiterte Denkungsart« (Arendt 2012a: 60), und Oliver Marchart beschreibt sie als *Pluriperspektivität* (vgl. ebd.: 86). Um dieser gerecht zu werden, muss ziviler Ungehorsam nicht zwangsläufig in einem synchron handelnden Kollektiv ausgeübt werden. Es ist jedoch wesentlich, dass er über die subjektive Perspektive hinaus ein Interesse an anderen und einer gemeinsamen Welt widerspiegelt – selbst im Handeln eines einzelnen Individuums. Ziviler Ungehorsam ist in dem Sinne wesentlich kollektiv, wenn sich individuelle

Akte vor dem Hintergrund der kollektiven Praxis des Politischen vollziehen und zivil Ungehorsame diese Grundbedingung der Intersubjektivität auch in ihren individuellen Handlungen zum Ausdruck bringen.

5.3.4. Ziviler Ungehorsam und die kommunikative Absicht

Ein Merkmal, das in vielen Konzeptionen von zivilem Ungehorsam eine essenzielle Rolle spielt, ist die Öffentlichkeit, wobei zu klären bleibt, was genau unter dem *Öffentlichsein* von zivilem Ungehorsam verstanden wird. Wie bereits gezeigt, geht es im liberalen Verständnis nicht nur um die öffentliche Durchführung zivilen Ungehorsams, sondern um dessen Ankündigung (möglicherweise gar direkt bei staatlichen Behörden), die ihn zum öffentlichen Akt macht (vgl. Celikates 2015).

Arendts Forderung, »an die Öffentlichkeit zu gehen und sich dort Gehör zu verschaffen« (Arendt 2000: 298), betont einen anderen Gesichtspunkt der Funktion der Öffentlichkeit, nämlich das Verhältnis zwischen Ungehorsamen und Mitbürgerschaft.

Manche Fälle von digitalem Ungehorsam fordern nicht nur das liberale Verständnis des »Öffentlichseins durch Ankündigung« heraus, sondern auch das Arendtsche Bild des zivilen Ungehorsams als Akt in einer politischen Öffentlichkeit. So gibt es zahlreiche Beispiele, bei denen der initiale Akt des Ungehorsams gerade darauf basiert, dass er sich im Verborgenen abspielt. Digitales Whistleblowing erfordert die zeitweilige Geheimhaltung der Vorbereitung und Durchführung, bevor Informationen an die Öffentlichkeit gebracht werden. Aaron Swartz agierte ohne direkte Ankündigung des Downloads der wissenschaftlichen Artikel (obwohl er seine Haltung durchaus auf Vorträgen kundtat) und vollzog ihn allein und abseits der Öffentlichkeit. Die Operation Payback war, während sie stattfand, als Verlangsamung des Seitenaufbaus oder Nichterreichbarkeit einer Website sichtbar, jedoch (ohne die zusätzliche mediale Berichterstattung) nicht als politische Tat öffentlich erkennbar. Entgegen der Position von Evgeni Morozov, der DDoS-Aktionen als öffentlich ansieht (Morozov 2010), lässt sich durchaus fragen, ob dieser Vorgang tatsächlich die Qualität der Öffentlichkeit, die ziviler Ungehorsam als politischer Akt erfordert, erfüllt.

Dass das Merkmal der Öffentlichkeit für zivilen Ungehorsam im digitalen Zeitalter problematisch ist, hat mindestens zwei Ursachen: Zum einen spielen für

Akte digitalen Ungehorsams Informationen häufig eine zentrale Rolle, weshalb gerade ein sensibel orchestriertes Verhältnis zur Öffentlichkeit über den Erfolg der Aktion entscheidet. Zum anderen haben sich die Strukturen der Öffentlichkeit durch das World Wide Web so massiv verändert, dass Öffentlichkeit über neue und alternative Wege entsteht.

Wie ich im Folgenden darlegen werde, ist das Kriterium der Öffentlichkeit schon allgemein für zivilen Ungehorsam eine zu unbestimmte Kategorie. Einerseits scheint es unsinnig, alle Fälle, die nicht in der Öffentlichkeit vollzogen werden, bei denen Öffentlichkeit vielmehr erst nachträglich eine Rolle spielt, kategorisch nicht als zivilen Ungehorsam zu begreifen. Andererseits wäre auch der Umkehrschluss, dass das Verhältnis zur Öffentlichkeit völlig außer Acht gelassen werden könne, problematisch. Ein vollständig geheimer Akt zivilen Ungehorsams ist demnach (auch im Bereich digitalen zivilen Ungehorsams) nicht denkbar. Fehlt eine Kommunikationsabsicht, so fehlt ein wichtiger Aspekt der politischen Qualität zivilen Ungehorsams.

Wie Celikates' Minimaldefinition nahelegt, könnte es einem besseren Verständnis der Entwicklung von zivilem Ungehorsam in der Praxis dienen, die Öffentlichkeit des ungehorsamen Aktes nicht als definitionstragendes Merkmal anzusehen, sondern den Blick auf die kommunikative Absicht zu richten, die mit dem Akt einhergeht (vgl. Celikates 2010: 280).

Essentiell ist (meines Erachtens auch für Arendt) nicht unbedingt der öffentliche Vollzug des Ungehorsams, sondern die Anforderung, dass zivil Ungehorsame innerhalb eines Prozesses, der sich normalerweise in drei Akten vollzieht – der Vorbereitung, der Durchführung und der Berichterstattung –, eine kommunikative Absicht erkennen lassen, die auf eine *politische Öffentlichkeit* gerichtet ist. Politische Öffentlichkeit entsteht für Arendt, wenn es in einer emergenten Öffentlichkeit (also einem spontanen, instabilen Raum des öffentlichen Austauschs) »um die Welt selbst [geht], insofern sie das uns Gemeinsame ist« (Arendt 2008: 65). Alles Politische ist für Arendt öffentlich, jedoch ist nicht alles Öffentliche gleichermaßen selbstverständlich auch politisch. So lässt sich heute zwar von der »Emergenz digitaler Öffentlichkeiten« (Münker 2012) sprechen, doch implizieren diese keineswegs automatisch politische Öffentlichkeit, sondern könnten in Arendts Sicht häufig als *uneigentliche Öffentlichkeiten* verstanden werden (vgl. Bajohr 2011: 64), da es allzu oft um unpolitische Inhalte

geht oder auf unpolitische Weise kommuniziert wird. Im Kern geht es Arendt nicht allein um die Sichtbarkeit und Zugänglichkeit des Handelns und Sprechens, sondern um dessen *Anliegen* in der Zusammenkunft von Menschen, doch ebenso sehr um den Aspekt des *Prozeduralen* in der Sphäre der Öffentlichkeit. Politisch werde Öffentlichkeit durch die Art und Weise des Diskurses und des Handelns, namentlich indem zwanglos und herrschaftsfrei mit den Mitteln der Überzeugung und Argumentation kommuniziert werde. »Der Bezug auf die Welt, die Fähigkeit ein Machtpotential zu aktualisieren und Handeln als Selbstzweck sind also wesentlich für die Bestimmung ›echter Öffentlichkeit‹« (ebd.: 64).

In Bezug auf digitale Öffentlichkeiten lässt sich einerseits in den unzähligen Möglichkeiten der digitalen Zusammenkunft ein Potential neuer politischer Öffentlichkeit finden, andererseits werden aber auch gravierende strukturelle Hürden für die Entstehung derselben sichtbar. Letztere reichen von staatlicher Überwachung, der Privatisierung des Netzes, der Fragmentierung der Öffentlichkeit und Überflutung mit politischer wie nicht politischer Information über die Tendenz zur ›Spektakularisierung‹ des Politischen bis hin zur Spontaneität und Fragilität digitaler Öffentlichkeiten und der Abhängigkeit vom technischen Wissen der Teilnehmer. Inwieweit diese Hürden die politische Qualität einer kommunikativen Absicht, die im Zuge digitalen zivilen Ungehorsams verfolgt wird, beeinträchtigen, bleibt hier zunächst eine offene Frage, auf die ich im Kapitel 7.6 zurückkommen werde. Zunächst betrachtet der folgende Abschnitt die Frage, welche Ziele als Anliegen zivilen Ungehorsams denkbar sind.

5.3.5. Politische Anliegen zivilen Ungehorsams im Zeitalter der Globalisierung und digitaler Medien

Wie Celikates in seiner Minimaldefinition darlegt, intendiert ziviler Ungehorsam »bestimmte Gesetze oder politische Maßnahmen zu verändern (zu verhindern oder zu ›forcieren‹)« (Celikates 2010: 280). Mit dieser Ansicht stimme ich grundlegend überein, doch ist es sinnvoll, die Rede von einer ›politischen Maßnahme‹ gerade vor dem Hintergrund der Digitalisierung und Globalisierung der Welt weiter zu spezifizieren. Ich möchte explizit darlegen, warum es sich nicht zwangsläufig um staatliche Politik handeln muss, die zum Protestanliegen zivilen Ungehorsams wird, sondern gleichermaßen transnationale Maßnahmen

oder Maßnahmen privater Unternehmen sich als ›politische Maßnahmen‹ erweisen können.

»Ziviler Ungehorsam entsteht, wenn eine bedeutende Anzahl von Staatsbürgern zu der Überzeugung gelangt ist, daß entweder die herkömmlichen Wege der Veränderung nicht mehr offenstehen beziehungsweise auf Beschwerden nicht gehört oder eingegangen wird oder daß im Gegenteil die Regierung dabei ist, ihrerseits Änderungen anzustreben, und dann beharrlich auf einem Kurs bleibt, dessen Gesetz- und Verfassungsmäßigkeit schwerwiegende Zweifel aufwirft« (Arendt 2000: 299).

Die Formulierungen Arendts machen deutlich, dass sie vornehmlich staatliche Maßnahmen vor Augen hat, die Anlass für zivilen Ungehorsam bieten können. Aus heutiger Sicht lässt sich Arendts Ausführung dahingehend ergänzen, dass es keineswegs allein Regierungen sind, die Änderungen anstreben und beharrlich auf einem Kurs bleiben, dessen menschenrechtliche und demokratische Akzeptabilität schwerwiegenden Zweifeln unterliegt.

Es ist kein Zufall, dass eine Vielzahl der Fälle digitalen Ungehorsams sich gegen nicht-staatliche Institutionen richtet, die ihren Markt über das Internet bedienen und damit eine sensible digitale Schnittstelle bieten (wie Paypal im Fall der Operation Payback oder die Copyright-Industrie, für die der digitale Markt zu einem Hauptschauplatz geworden ist). In digitalen Formen des Ungehorsams werden neue Wege erprobt, um Anliegen effektiv zu vertreten. »[C]orporations use different mechanisms to secure consent and regulate behavior than governments – so civil disobedience in this context requires a different strategic framework if it is to be effective« (Schroeder 2007).

Zu diesem Schluss kommt Michael Walzer bereits in den 1970er Jahren, indem er den Bürger nicht nur in einem Machtverhältnis zum Staat sieht, sondern darüber hinaus eine Notwendigkeit des Protestes gegenüber mächtigen privaten Unternehmen anerkennt. Unternehmen hätten, so Walzer schon damals, gravierende Macht und Einfluss auf die alltägliche Regulierung und Gestaltung der Gesellschaft, jedoch würden nur sehr wenige private Unternehmen den Ansprüchen demokratischer Mitbestimmung gerecht – selbst jene nicht, die im Dienste des Staates stehen. Jeder Mensch sei Mitglied verschiedener sozialer

Kreise, etwa eines Unternehmens, jedoch auch des kapitalistischen Systems als ganzen, das keineswegs durchgängig ein System von Recht und Ordnung sei. Manche Teile dieses System erwiesen sich als »worlds of oppression and struggle, in which the mutual forbearance necessary to civil disobedience did not exist« (Walzer 1970a: 41). Walzer vergleicht daher private Unternehmen mit autoritären Regimen unter Bedingungen nicht-demokratischer Staaten, deren Machthaber nur in Ausnahmefällen durch demokratische Prozesse legitimiert seien (vgl. ebd.: 26).

Ungehorsam gegen Unternehmen finde in zwei verschiedenen sozialen Arenen statt: Widerstand gegen das Diktat eines solchen privaten Unternehmens interpretiert Walzer auf der Ebene des Konflikts zwischen Arbeitern und Unternehmen als revolutionäre Bewegung, da der Widerstand in diesem autoritären Regime darauf gerichtet sei, die Macht der Herrschenden auf die Arbeiter zu übertragen (vgl. ebd.: 43). Auf der Ebene des Verhältnisses von Bürger und Staat hingegen hält Walzer den Ungehorsam gegen private Unternehmen für eine mögliche Form zivilen Ungehorsams. »[D]isobedience of corporate rules is probably justified whenever it is undertaken *in good faith* as part of a struggle for democratization or for socially recognized rights« (ebd.: 29).

Die häufigste Form des Ungehorsams gegen Unternehmen war zu Walzers Zeit einer industriellen kapitalistischen Gesellschaft der Streik von Arbeitern und die Besetzung von Industrieanlagen, wie beispielsweise der Streik bei General Motors in den Jahren 1936-37, auf den Walzer explizit eingeht. Streiks und Aufstände in Unternehmen gibt es nach wie vor, doch ist der Ungehorsam gegen Unternehmen heute nicht selten von Außenstehenden angetrieben, die nicht als Arbeitnehmer zu Betroffenen einer Unternehmenspolitik werden, sondern sich als Konsumenten oder Bürger von dieser beeinträchtigt sehen.

Walzers Ansicht, dass der Verantwortung gegenüber dem Staat und dessen Interessen von unternehmerischer Seite am besten gedient sei, wenn auch Unternehmen Prinzipien der demokratischen Teilhabe umsetzen, lässt sich nicht nur auf interne Unternehmenspolitik anwenden, sondern auch auf die Auswirkungen, die diese auf das menschliche Zusammenleben außerhalb des Unternehmens hat. »Corporate officials who carry out governmental or quasi-governmental functions [...] must be responsible to the larger community, whose citizens they and their subjects are« (ebd.: 33). Ein Gesetzesbruch als Akt zivi-

len Ungehorsams gegenüber dem Staat und die Revolte gegen ein Unternehmen könnten darüber hinaus in manchen Fällen wesentlich schwerwiegendere Gesetzesbrüche des Unternehmens an die Öffentlichkeit bringen. Diese Vermutung belegen zahlreiche Fälle von Whistleblowing in Unternehmen, wobei der Schutz von Whistleblowern bis heute gravierende Schwächen aufweist und diese hohe Risiken auf sich nehmen (vgl. Martin 2003).

»If democratic states choose to shelter corporate autocrats, then they must learn to shelter corporate rebels as well« (Walzer 1970a: 45), so Walzers Forderung, die bis heute nichts an Aktualität eingebüßt hat.

Unabhängig von dieser Frage eines adäquaten Schutzes von zivil Ungehorsamen lässt sich mit Walzer behaupten, dass ziviler Ungehorsam, der sich gegen spezifische Unternehmenspolitiken richtet, in gleichem Maße legitim sein kann wie ziviler Ungehorsam gegen staatliche politische Maßnahmen. Darüber hinaus kann ziviler Ungehorsam sich jedoch auch gegen wesentlich umfassendere politische Entwicklungen richten, wie beispielsweise die Alterglobalisierungsbewegung oder Occupy Wallstreet veranschaulichen. Wie Leslie Green argumentiert, gibt es in diesen Bewegungen, die zahlreiche unterschiedliche Einzelanliegen vereinen, keine allgemeine klare Botschaft und keinen Nexus des zivilen Ungehorsams, der als von allen geteilte Zielvorstellung artikuliert würde (vgl. Green 2001: 6). Mit dem Fehlen einer gemeinsamen politischen Botschaft zivil Ungehorsamer entsteht die Frage, inwiefern diese Unterbestimmtheit die politische Aussagekraft einer solchen Bewegung beeinflusst, sie womöglich schwächt oder ihren politischen Charakter unterminiert.

Green argumentiert, dass das Fehlen einer klaren kommunikativen Botschaft und Zielvorstellung keineswegs als Schwäche oder Fehlentwicklung einer politischen Bewegung zu deuten ist, selbst wenn diese vermeintliche Leerstelle einen Bruch mit der kommunikativen Qualität vieler paradigmatischer Fälle zivilen Ungehorsams impliziert. Der Befund sei vielmehr dem Umstand geschuldet, dass es sich um völlig neue Strukturen des Protests handle: »Gandhi protested the British salt tax and salt monopoly by leading a march to the Arabian sea and making his own salt from sea-water. Where in the broad anti-globalization movement is there a similar nexus between protest and message?« (ebd.: 3). Die Kohärenz vieler heutiger Protestbewegungen ergibt sich nicht aus der Summe oder Überschneidung einzelner Ziele, sondern sie entsteht durch einen

gemeinsamen politischen Kontext partikularer Anliegen – wie beispielsweise den Kontext der Globalisierung und ihrer Folgen (vgl. ebd.: 4). Als ein solcher gemeinsamer Kontext können auch Entwicklungen der Internet Governance verstanden werden, die als Horizont eines Kampfes zwischen institutionellen Kräften zu sehen ist: zwischen staatlicher Regulation und unternehmerischen Bestrebungen einerseits und unorganisierten, distribuierten zivilen Interessen andererseits (vgl. Schneier 2013b: 10). Governance nimmt dabei nicht allein die Form von Gesetzen und internationalen Regelungsstrukturen an, sondern wird maßgeblich in sozio-technologischen Standards implementiert, in technischen Infrastrukturen und Algorithmen, die zunehmend zu politischen Akteuren der vernetzten Welt werden (vgl. Celikates & De Zeeuw 2015: 211).

Ein Beispiel, das nicht allein, doch mit besonderer Brisanz die Regulierung von digitalen Handlungen betrifft, ist die Anti-Copyright-Bewegung, deren Forderung nach einer Reformierung des Urheberrechts viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens berührt: vom Urheberrecht an Kulturgütern und wissenschaftlichen Erzeugnissen bis hin zu privatwirtschaftlichen Patenten. Das unbegrenzte digitale Teilen von Information und Daten, das Informationstechnologien ermöglichen, beflügelt die Kritik des überkommenen Urheberrechts in hohem Maße, da der Zugang zu Information heute keine Frage der Machbarkeit ist, sondern eine Frage der teils marktwirtschaftlichen, teils politischen Macht.

Ein wichtiger Aspekt, der auch in Joseph Raz' Definition von zivilem Ungehorsam zum Tragen kommt, ist die Möglichkeit, dass es den zivil Ungehorsamen nicht um eine konkret formulierte Einflussnahme geht, sondern zunächst um die öffentliche Distanzierung von einer bestimmten politischen Maßnahme oder einem Gesetz. Er kann ein grundsätzliches *Nicht-Einverstanden-Sein* zum Ausdruck bringen, das aber nicht unbedingt eine konkrete Alternative oder Abhilfe bereithält (Raz 1994: 263). Celikates spricht hier von einer einerseits negativen Ausrichtung des zivilen Ungehorsams, »als sein ›So nicht‹, ein Ausdruck des Nicht-Beherrschtwerden-Wollens ist« (Celikates 2010: 300). Mit Verweis auf Foucault argumentiert Celikates, der zivile Ungehorsam artikuliere inhärent den Willen, »›nicht auf diese Weise und um diesen Preis regiert zu werden‹, die nicht selbst auf die Übernahme der Macht und damit auf die Reproduktion von Herrschaft zielt« (ebd.: 299f.).

So kann auch ohne eine konkret formulierte Alternative und ohne vollständig bestimmtes Ziel des Protestanliegens der Zusammenschluss von Menschen als positive Ausrichtung des zivilen Ungehorsams gesehen werden, sofern er einen Anspruch an Politik als kollektive Selbstbestimmung der Bürger realisiert. Die von Daniel Markovits formulierte Auffassung, es sei ein *Prinzip* des demokratischen Ungehorsams, dass der Protest *keine* bestimmte positive, alternative Agenda *vertreten solle* (vgl. Markovits 2005: 1940), geht meines Erachtens jedoch zu weit, auch wenn dies als Beobachtung auf viele zeitgenössische Bewegungen zutrifft. Schließlich gibt es ebenfalls Beispiele von Bewegungen, die legitimerweise eine positive Alternative anbieten und propagieren. Die bemerkenswerte Tendenz digitalen Ungehorsams, nicht bei einem Wunsch, einer Forderung oder einem symbolischen Appell stehenzubleiben, sondern durch eigenmächtige ungehorsame Schritte selbst die digitale Handlungswelt mitzugestalten, ist unter dem Aspekt der Wirksamkeit politischen Handelns eine bemerkenswerte und besonders hervorzuhebende neue Facette in der Geschichte des zivilen Ungehorsams. Entscheidend, um politische Anerkennung zu gewinnen und eine Rechtfertigung beanspruchen zu können, ist weder die Moderatheit einer Maßnahme noch die Artikulation einer konkreten politischen Zielvorstellung. Auch im Digitalen gewinnt ziviler Ungehorsam diese Anerkennung durch den Ausdruck einer intersubjektiven, politischen Sorge um eine gemeinsame Welt sowie durch die Bereitschaft, den eigenen Ungehorsam in diesem Kontext zu reflektieren und der politischen Gemeinschaft gegenüber zu begründen, um einen politischen Prozess der Transformation zu ermöglichen. Jenseits der konkreten Anliegen lässt sich digitaler Widerstand nicht nur als inhaltlicher Protest deuten. Wie Christian Volk ausführt, lässt sich feststellen, dass Widerstand neben ökonomischen, religiösen, sozialen oder ideologischen Beweggründen vornehmlich als Kritik der Entpolitisierung, des Entzugs kollektiver politischer Selbstbestimmung aus den Händen der Bürger zu verstehen ist, und gleichfalls als Kritik jener Prozesse, die zu diesen Demokratiedefiziten führen (vgl. Volk 2013). Wie konkret eine politische Wirkungsabsicht des zivilen Ungehorsams ist und welche strategische Form er konkret annimmt, um dieser Absicht Rechnung zu tragen, kann daher durchaus offen bleiben, so dass verschiedenen Möglichkeiten der politischen Praxis Raum gegeben wird. Denkbar sind völlig neue Formen »[v]on der Einleitung von Deliberationen, der Herstel-

lung von Öffentlichkeit und dem Agenda-Setting über die Ermöglichung der Partizipation bisher ausgeschlossener Akteure und die Verbesserung der Repräsentation noch immer ausgeschlossener Akteure (etwa jener, die nicht über die relevante Staatsbürgerschaft verfügen) bis zur Erhöhung des Handlungsdrucks und der Insistenz auf der demokratischen Auseinandersetzung über eine Frage durch die Ablehnung undemokratisch gefällter Entscheidungen« (Celikates 2010: 294).

Zunächst ist ziviler Ungehorsam auch in digitalen Formen unabhängig von den konkreten kontextuellen Anliegen ein performativer Ausdruck der Beanspruchung eines universellen Rechts auf Rechte. So wie das Internet Teil des einen erlebten politischen Raumes ist, den wir *Welt* nennen, ist die Beanspruchung digitaler Rechte ein nicht weniger universelles politisches Anliegen als die Beanspruchung jedes anderen Rechts.

Im Zeitalter digitaler Medien ist nicht mehr allein die Staatsbürgerschaft die Bedingung, die einen Menschen zum Betroffenen einer bestimmten Politik werden lässt. An ihre Stelle treten die verbindenden Überzeugungen und gemeinsamen Anliegen des Protests, an denen sich dieser ausrichtet: »[T]he use of civil disobedience by citizens describes either a call to international institutions (legal, economic, cultural ... etc.) against multinational corporations for example, or a call to state against international politics, or international institutions against State politics« (Bentouhami 2007). Traditionell waren es die Bürger eines Staates, die innerhalb dieses Staates zivilen Ungehorsam übten (Green 2001: 5). Im Zuge der Alterglobalisierungsbewegung und auch vieler digitaler Protestbewegungen lässt sich heute jedoch von einer Globalisierung des Protests sprechen »with citizens of many countries speaking to governments and non-governmental actors about a wide range of issues« (ebd.). Die Transnationalisierung des zivilen Ungehorsams folgt dieser allgemeinen Tendenz des globalen Protests, die die Entstehung neuer Formen der Politik ermöglicht (vgl. Van De Donk et al. 2004: 18). Der Protest konstituiert sich transversal, also themenzentriert und in hybriden Organisationsstrukturen (vgl. Bentouhami 2007; Dahlberg-Grundberg 2015: 3). Neue Handlungsbündnisse entstehen dabei nicht nur vermittelt über gemeinsame Interessen und Leidenschaften, sondern ebenso aufgrund von gemeinsamen Anliegen des Protests und der Kritik. Aus Sicht der Bewegungsforschung gibt die Globalisierung von Wirtschafts-

269

und Kommunikationsstrukturen vermehrt Anlass für zivilen Ungehorsam und erzeugt sogar eine neue Dringlichkeit des Protests (vgl. Polletta et al. 2013; Van De Donk et al. 2004: foreword).

Ziviler Ungehorsam lässt sich daher besonders im digitalen Kontext als von der exklusiven Zugehörigkeit durch Staatsbürgerschaft unabhängigen Protest, als »rebellion against a failure of political authority« (Green 2001: 2) verstehen – als Protest gegen eine Autorität also, die in einer globalisierten und digitalisierten Welt nicht zuletzt durch transnationale oder private Akteure wie beispielsweise einflussreiche Unternehmen ausgeübt werden kann. Angesichts solcher neuen Strukturen von Autorität und Herrschaft werden Menschen zu Betroffenen von politischen Maßnahmen, haben jedoch keinerlei demokratische Möglichkeiten der Mitsprache; ihnen stehen also keine der *herkömmlichen Wege der Veränderung* offen, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Der Modus der Globalisierung erzeugt, wie James Tully argumentiert, einen neuartigen Konflikt zwischen den Idealen und Ansprüchen an moderne Demokratien und der politischen Realität. Tully beschreibt diese neue Konfliktdimension als »struggles of and for democratic freedom, practices of freedom in which democratic actors seek, by means of traditional and new forms of deliberation and negotiation, to challenge and modify the non-democratic ways they are governed« (Tully 2008b: 113). Ziviler Ungehorsam kann in solchen Zusammenhängen, in denen keine oder nur wirkungslose Möglichkeiten der legalen Intervention bestehen, als »constructive disobedience« (Green 2001: 6) verstanden werden, da er durch den Akt des Ungehorsams die politische Teilhabe erst einfordert und konstruiert. Im digitalen zivilen Ungehorsam manifestiert sich dieser konstruktive Ausdruck einer Forderung nach politischer Teilhabe im Zusammenspiel mit digitalen Technologien – durch ihre unerwünschte oder unintendierte Nutzung, Entwicklung und Gestaltung entgegen hegemonialen Strukturen.

Die Abkehr vom nationalstaatlichen Paradigma politischen Handelns fällt dabei nicht zufällig mit dem Zeitalter digitaler Medien zusammen. Als Folge einer politischen Stagnation westlicher Demokratien und der Einschränkung staatlicher Souveränität durch neoliberale Wirtschaftsglobalisierung habe in der westlichen Zivilgesellschaft die Partizipation über formale politische Kanäle abgenommen (vgl. Van De Donk et al. 2004: foreword). Informations- und Kommunikationstechnologien und in besonderem Maße deren Vernetzung über das

Internet haben gleichzeitig ein substantielles Potential für Bürgerpartizipation in neuen Formen alternativer und extrainstitutioneller Politik eröffnet (vgl. ebd.: 19). Wie Lance Strate beschreibt, ist die Veränderung der Medienökologie durch digitale Medien ein ausschlaggebender Faktor für neue Zugehörigkeiten und daraus entstehende Handlungsstrukturen: »The old media environment, dominated by typography, had seen the birth of nationalism and the emergence of the nation-state as the only legitimate form of social organization« (Strate 2008: 138).

Digitale Formen des Ungehorsams sind häufig als Protest gegen die Autorität einer »feudalen Herrschaftsstruktur« (Schneier 2013b) zu sehen, die im Zusammenspiel von Regierungen und zahlreichen multinationalen Unternehmen die Rahmenbedingungen, das heißt den Raum der Mach- und Sagbarkeiten für die Nutzung digitaler Technologien festlegt. Dabei spielt die Omnipräsenz privatwirtschaftlicher Akteure im Internet eine gravierende Rolle für die Wahl von Anliegen, Taktiken und Strategien (vgl. Sauter 2014: 3). Unternehmen sind durch die Bereitstellung von Infrastrukturen und durch ihre Expertise, aber auch in Form von Lobbyisten zu mächtigen Akteuren der Internet Governance geworden. Sie formieren heute »the functional core of the Internet. The private sector owns a vast proportion of the physical infrastructure, produces the hardware and software that light up the network, develops innovative services and applications, acts as gateways for residential and business access to the Internet, and hosts the lion's share of content and information. Companies act as merchants, aggregate data and knowledge, serve as media outlets, and house the data and networks that digitally link communities around the globe« (Faris & Gasser 2013: 48).

Darüber hinaus bieten viele Unternehmen, auch jene, deren Kerngeschäft nicht digitaler Art ist, über das Internet eine kommunikative Schnittstelle an (in Form eines Dienstes oder einer Webseite), die sich in der physischen Welt so nicht oder nur dezentral finden lässt. Um einen multinationalen Konzern zu adressieren, bietet das Internet heute oft die treffsicherste Kommunikationsstrategie. Die Verhaltens- und Produktionsweisen privater Unternehmen können direkt wie auch indirekt negative Auswirkungen auf das Leben vieler Menschen mit sich bringen, was zunehmend zum Anlass von Protestaktionen wird. Digitale Handlungen und Forderungen mögen auch heute schon nationale Grenzen

überschreiten, digitale Rechte sind jedoch nach wie vor durch nationalstaatliche Grenzen determiniert (Isin & Ruppert 2015: 70). Die Herrschaftsstrukturen des Internets sind alles andere als ein einheitliches, reibungsloses Gebilde: »Rather, it is straited in the sense that it is differentiated, fractured, segmented, and crisscrossing and in the sense that it embodies a multiplicity of authorizations controls, filters, choke points, and boundaries« (ebd.: 42).

Dennoch sprechen Isin und Ruppert bereits von vernetzten Handlungsgemeinschaften als »relations between and among bodies acting through the Internet«, die zunehmend über nationalstaatliche Grenzen hinausreichen (vgl. Isin & Ruppert 2015: 12, 42). Laut den beiden Autoren werden Menschen durch die Beanspruchung von Rechten im Digitalen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft zu politischen Subjekten in einem neuen Verhältnis zueinander, das Rupert und Isin *Digital Citizenship* nennen. Digital citizens seien gehorsame Subjekte unter dem Machteinfluss von staatlichen und privaten Autoritäten und zugleich emanzipierte *potentiell subversive* Subjekte, die in diesem Machtverhältnis selbst handlungsfähig bleiben, indem sie in der Lage sind, die Bedingungen ihrer Beherrschung selbst zu hinterfragen (ebd.: 23). Unabhängig von der Tatsache global sehr verschiedener faktischer Rechte, Bedingungen und Konsequenzen digitalen politischen Handelns verbinde digital citizens das Menschsein als universelle Bedingung und damit das gleiche Recht, Rechte zu haben, das gleiche Recht zur Politik und zur Freiheit auch im Digitalen.

Obwohl ich den Autoren darin beipflichte, dass digitale Kulturen das staatliche Paradigma der Bürgerschaft durch neue Zugehörigkeiten herausfordern, halte ich dennoch den Begriff der *digitalen Bürgerschaft* für diskussionsbedürftig. Zunächst ist der Begriff insofern irreführend und missverständlich, als das Wort *digital* die gemeinte Mitbürgerschaft nicht in gleicher Weise qualifiziert wie die Adjektive ›deutsch‹ oder ›brasilianisch‹. Bürgerschaft, wie sie hier gedacht wird, beschreibt eben nicht die Zugehörigkeit zu einem staatlichen Raum oder einer territorial determinierten Gemeinschaft (vgl. Isin & Ruppert 2015: 35). Das Internet ist eben kein *Raum*, der besiedelt werden könnte, dessen Grenzen abgesteckt und verteidigt werden könnten, wie Bürgerschaften es im Laufe der Geschichte im Kampf um staatliche Ordnungen getan haben. Das Wort *digital* ist hier als Beschreibung eines neuen Modus der Bürgerschaft jenseits des staatlichen Paradigmas zu verstehen. Fraglich ist für mich jedoch, ob digitale

Technologien tatsächlich als Nexus einer *Bürgerschaft* tragfähig sind. Isin und Ruppert heben immerhin selbst hervor, dass sie nicht von einer existierenden Bürgerschaft sprechen, sondern von einer, deren Vorboten man womöglich erst erahnen kann als »citizenship yet to come« (Isin & Ruppert 2015: 179). Sie machen auch selbst deutlich, dass jene Rechte, die für das Zusammenleben und Handeln mit und durch digitale Technologien beansprucht werden, häufig keine (oder noch keine) bestehende Manifestation in Gesetzen vorzuweisen haben, sondern aus der Kraft der kollektiven Vorstellung entstehen.

Eine greifbarere Beschreibung scheint mir daher, dass es bei der Beanspruchung von kollektiven digitalen Rechten um neue Zugehörigkeiten geht, die multipler, fluider und hybrider sind, als der Begriff der Bürgerschaft es zu beschreiben vermag. Während Staatsbürgerschaft sich durch eine Zugehörigkeit per Geburt an einem bestimmten Ort sowie durch die territoriale Herkunft von Vorfahren bestimmt, sind diese Zugehörigkeiten durch ein Erleben digitaler Kulturen geprägt, die mit und durch digitale Technologien entstehen.

Die Frage ist letztlich, worauf die Qualifizierung der so gedachten Bürgerschaft als *digital* verweist. Ist es tatsächlich vornehmlich die Vernetzung in einer Kultur digitaler Technologien, die eine Gravitationskraft zugunsten einer stabilen gemeinschaftlichen Verbindung konstituiert? Ohne Frage lassen sich innerhalb der digitalen Welt verbundene Gemeinschaften zwischen Menschen finden, die als *virtual communities* beschrieben werden können (Fuchs 2008: 309), doch ergeben diese in einer Gesamtschau der globalen Vernetzung ein hochfragmentiertes und gleichzeitig fluides Bild. Auch wenn es einige Prinzipien zu geben scheint, die verschiedene digitale Kulturen teilen, wie den Zugang zu Wissen oder ein Recht auf Meinungsäußerung, bleibt es für mich fraglich, ob diese tatsächlich verbreitet und tragfähig genug sind, um eine so gravierende Bindungswirkung zu generieren, wie die Idee der *Bürgerschaft* sie erfordert. Letztlich bezweifle ich, dass tatsächlich auch nur all diejenigen, die im Zuge digitaler Praktiken Rechte in neuer Weise beanspruchen, gleichermaßen den Wunsch nach Zusammengehörigkeit in einer digitalen Bürgerschaft hegen und demnach zu einem gegenseitigen ›Versprechen der Zusammengehörigkeit‹ bereit wären (was die Voraussetzung einer Bürgerschaft wäre). Für durchaus möglich und nachvollziehbar halte ich jedoch die Bindung in partikularen digitalen Ge-

meinschaften als Subkulturen, innerhalb derer wechselseitige Versprechen durchaus zu einem bindenden Ethos führen können.

Letztlich sind es jedoch nicht ausschließlich die Kulturen innerhalb der digitalen Medienökologie, die Menschen als politische Subjekte im Internet zu ihren Handlungen motivieren; mitunter spielt vielmehr auch der Umstand eine Rolle, dass digitale Technologien lediglich die direkteste Artikulationsform neuer politischer Aspirationen jenseits des staatsbürgerlichen Paradigmas sind. Lagasneries Ansatz, von Manning, Assange und Snowden als »citizens of democracy« (Lagasnerie 2015: 9) zu sprechen, verdeutlicht diesen Gedanken, indem er hervorhebt, dass nicht die Verwendung digitaler Technologien diese Bürger zu politischen Subjekten macht, die in neuer Weise Rechte beanspruchen, sondern geteilte demokratische Prinzipien und Aspirationen. In diesem Sinne ist digitaler ziviler Ungehorsam nicht als Anspruch auf Rechte *im Internet* zu deuten, sondern als Beanspruchung *demokratischer Rechte*, die durch digitale Handlungen ein Ausdruck politischer Teilhabe wird.

Rückblickend zusammengefasst hat dieses Kapitel ein spezifisches politisches Verständnis von zivilem Ungehorsam vorgeschlagen und die Legitimität des Ungehorsams aus der Freiheit als einer Bedingung des natalen menschlichen Daseins bestimmt. Diese Freiheit meint eine Freiheit zur Politik und ist vor dem Hintergrund des Pluralismus als zweiter Grundbedingung menschlichen Daseins stets eine selbstbeschränkte Freiheit, die durch die gleiche Freiheit anderer begrenzt ist. Freiheit befähigt den Menschen, der in ein Herrschaftsverhältnis hineingeboren wird, diesem zuzustimmen und zu gehorchen oder sich diesem zu widersetzen. Die Grundlage seines möglichen Widerstandes ist jedoch nicht seine Willkür, sondern die Fähigkeit zu und Existenz von wechselseitigen Versprechen in menschlichen Gemeinschaften. Diese Gemeinschaften werden getragen von geteilten Prinzipien, die beanspruchen, den hegemonialen Anspruch des Staates oder von Unternehmen, der sich in Maßnahmen oder Gesetzen ausdrückt, zu übersteigen. Ungeachtet spezifischer Prinzipien ist jedoch das, was Arendt das »Recht, Rechte zu haben« nennt – nämlich die wechselseitige gleichberechtigte Anerkennung als Subjekt politischer Teilhabe –, das legitimatorische Fundament politischen Handelns im Allgemeinen und zivilen Ungehorsams im Speziellen. Ziviler Ungehorsam ist performativer Ausdruck die-

ser politischen Freiheit in der Inanspruchnahme existierender wie aspirierter Rechte.

Im hier diskutierten Verständnis zeigt sich ziviler Ungehorsam als absichtlicher Akt in Konflikt mit dem Recht, der als prinzipienbasierte Handlung in einem intersubjektiven Interesse und in kommunikativer Absicht darauf abzielt, politische Maßnahmen in Frage zu stellen, zu beeinflussen oder zu verändern. Vor dem Hintergrund der Digitalisierung setzt ziviler Ungehorsam an staatlichen, transnationalen wie auch privatwirtschaftlichen Institutionen und Manifestationen der Macht an und erweist sich als performative Inanspruchnahme von Rechten. In ihrer performativen und imaginativen Kraft, vor allem aber in jener konkreten konstruktiven Dimension digitalen Ungehorsams zeigt sich ein transformatives Potential, auch wenn die beanspruchten Rechte sich nicht (oder noch nicht) in nationalstaatlichen Gesetzen oder transnationalen Regelungsstrukturen abbilden.

Das enorme Potential, das digitalem Ungehorsam durch die eigenmächtige Beeinflussung digitaler Infrastrukturen zukommt, wirft auch die Frage der Rechtfertigung zivilen Ungehorsams in neuer Weise auf. Die Frage, die die Verknüpfung digitalen zivilen Ungehorsams mit technischer Expertise immer wieder aufwerfen wird, ist die, ob eine selbst undemokratische Umsetzung digitalen Ungehorsams zu rechtfertigen ist, wenn sie langfristig demokratischen Zielen dient, und wenn ja, unter welchen Umständen und mit welchen Einschränkungen diese Rechtfertigung möglich ist. Angesichts der Digitalisierung und infolgedessen teils völlig anderer Taktiken zivilen Ungehorsams stehen wir vor der Herausforderung, sowohl begrifflich als auch normativ zivilen Ungehorsam neu zu denken und konventionelle Forderungen wie jene der Gewaltlosigkeit zivilen Ungehorsams zur Debatte zu stellen.

6. Die Frage der Rechtfertigung zivilen Ungehorsams

Diese Arbeit folgt dem Vorschlag von Celikates, die begriffliche Ebene des zivilen Ungehorsams von dessen Rechtfertigung zu trennen und beide Fragen (welche Merkmale zivilen Ungehorsam ausmachen und wann dieser gerechtfertigt ist), soweit möglich, eigenständig zu diskutieren (siehe hierzu Celikates

2010: 280f.). Erinnern wir uns an die Unterscheidung zwischen Legitimität und Rechtfertigung, die ich hier Arendt folgend erarbeitet habe: Während unter dem Aspekt der Legitimität ziviler Ungehorsam als allgemeine Praxis erörtert wurde, thematisiert die Diskussion der Rechtfertigung die einzelnen Akte, ihre Ziele und die angewandten Mittel in ihrem jeweiligen Kontext sowie die Überzeugungen, die Ungehorsame zum Zweck ihrer Rechtfertigung artikulieren. Infolgedessen geht die Legitimation zivilen Ungehorsams als politische Praxis auch dann nicht verloren, wenn zivil Ungehorsame in den Augen von Mitbürgern konkrete strategische Entscheidungen getroffen haben, die sie für ungerechtfertigt halten. Darzulegen, unter welchen Umständen ziviler Ungehorsam allgemein zu rechtfertigen sei (wie Rawls es unternimmt), ist vor dem Hintergrund dieser Unterscheidung von Legitimität und Rechtfertigung unsinnig, da im Lichte dieser Unterscheidung die Rechtfertigung eine Frage ist, die nur im Hinblick auf einen bestimmten Einzelfall zu beantworten ist. Zielführender ist es daher, zu erörtern, unter welchen möglichen Umständen Zweifel an der Rechtfertigung einzelner Fälle begründet sein können. Dieses umgekehrte Vorgehen ist aus zwei Gründen sinnvoll: Erstens ist die Frage der Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam vor dem Hintergrund einer pluralistischen Gesellschaft kaum abschließend im Konsens zu beantworten und wird in vielen Fällen umstritten bleiben (ebd.: 294). Darüber hinaus ist die Rechtfertigung einer Handlung oft erst in der Rückschau zu beurteilen, die es erst erlaubt, komplexe und einzigartige Kontexte genauer mit in Betracht zu ziehen. Mit der Anerkennung eines politischen Protestaktes als ziviler Ungehorsam ist die öffentliche Auseinandersetzung über dessen Rechtfertigung nicht abgeschlossen, sondern im Gegenteil die Reflexion des Protestaktes herausgefordert und die Diskussion eröffnet.

Ein wichtiger allgemeiner Anspruch wird von Celikates formuliert, wenn er fordert, dass das maßgebliche Kriterium der Rechtfertigung für zivilen Ungehorsam die jeweilige demokratische Qualität oder Demokratiekompatibilität der Vorbereitung und konkreten Durchführung von zivilem Ungehorsam sei (vgl. ebd.: 294). Sie bemesse sich an der Frage des »Verhältnisses zu den anderen Akteuren als Mitbürgern«. Damit ist jedoch nicht die schiere Masse der Beteiligten gemeint. Es ist vielmehr problematisch, wenn beispielsweise die Rechtfertigung von DDoS-Aktionen unabhängig von der politischen Debatte um zivi-

len Ungehorsam bestimmt wird, etwa als »legitimacy [...] based on the numbers of people who participate« (Dahlberg & Siapera 2007: 73).

Stattdessen ist Celikates zufolge maßgeblich, wie förderlich die Handlungen des konkreten Aktes selbst für die demokratische Praxis sind, sowohl auf der Ebene ihrer Absichten als auch auf der Ebene des eigenen Vorgehens.

Aber auch ohne Anspruch auf allgemeinen Konsens lassen sich Argumente vorbringen, die Zweifel an der Rechtfertigung zivilen Ungehorsams im konkreten Einzelfall begründen können. Als die vier wahrscheinlichsten Kritikpunkte, die vorgebracht werden könnten, um die Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam in Zweifel zu ziehen, betrachte ich die folgenden: 1) Ignoranz der Ungehorsamen gegenüber legalen Handlungsalternativen, 2) bestimmte abzulehnende Überzeugungen, die den Ungehorsamen als Rechtfertigungsgrundlage dienen, 3) die Wahl bestimmter Taktiken des Ungehorsams sowie das Ausmaß ihrer eigenmächtigen Wirksamkeit und 4) die jeweils eingesetzte bzw. versäumte Kommunikationsstrategie. Darüber hinaus gibt es noch einen anderen und letzten Aspekt, der in Bezug auf die Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam aufgrund seiner Komplexität gesonderte Aufmerksamkeit verdient: 5) die Frage der Gewaltfreiheit. Die Abwägung gewaltsamer Strategien ist zwar der wohl wichtigste Faktor für die Rechtfertigung zivilen Ungehorsams, dennoch werde ich im Verlauf dieses Kapitels argumentieren, dass ziviler Ungehorsam auch anders denkbar ist denn als völlig gewaltfreier Akt.

Doch zunächst zu einem konkreten Beispiel, welches in *einer* Diskussion jene vier kritischen Aspekte veranschaulicht, die Zweifel an der Rechtfertigung des Handelnden begründen können. Es handelt sich um den Fall von Jeremy Hammond.

6.1. War Jeremy Hammonds ziviler Ungehorsam gerechtfertigt?

Ein Fall, an dem Bedenken bezüglich der Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam anschaulich diskutiert werden können, ist der *Stratfor Hack* von Jeremy Hammond. Hammond war 2011 mitverantwortlich für einen Hack gegen den US-amerikanischen Informations- und Überwachungsdienstleister *Strategic Forecasting*, kurz *Stratfor*, und wurde für diese Aktion von einem amerikanischen Gericht zu 10 Jahren Haft verurteilt. Erbeutet wurden »more than 200

gigabytes of data [...] some 860,000 names, e-mails and passwords, including several dozen belonging to top-secret operators whose identities were now leaked for the very first time« (Reitmann 2012) wie auch »an estimated 60,000 credit card numbers and associated data« (Cameron 2014).

Hammond gestand im Nachhinein, unter anderem 5 Millionen E-Mails kopiert und an WikiLeaks übergeben zu haben, wo diese unter dem Namen *The Global Intelligence Files* veröffentlicht wurden. Das Ziel dieses invasiven und epistemischen digitalen Ungehorsams war es, Informationen über das Kundennetzwerk der Überwachungsfirma zu erhalten, um Stratfors Tätigkeiten, von denen Hammond und seine Mitstreiter vermuteten, dass sie unmoralisch und teils illegal seien, belegen und aufdecken zu können. Nachweislich spähte Stratfor US-amerikanische Bürger im Auftrag verschiedener großer Unternehmen aus (vgl. Scheuerman 2016). Die Enthüllungen der *International Intelligence Files* zeigen u.a., dass die amerikanische Regierung die Occupy-Wallstreet-Bewegung und viele weitere aktivistische Gruppen ausspionierte (vgl. Reitmann 2012).

Hammond beging mit seinem Hack absichtlich und bewusst eine rechtswidrige Tat. Bereits 2004 rief er auf der DefCon, einer Hackerkonferenz in Las Vegas, zu elektronischem zivilem Ungehorsam auf (Meister 2013). In den letzten zehn Jahren vor dem Stratfor Hack war er wiederholt wegen zivilen Ungehorsams in Polizeigewahrsam; auch war er bereits für eine andere Tat in Verbindung mit einem Hack einige Jahre zuvor verurteilt worden (vgl. Reitmann 2012). Es lässt sich begründet vermuten, dass Hammond sich der Rechtslage und der strafrechtlichen Konsequenzen seines Handelns bewusst war.

In Interviews nach seinem Schuldbekenntnis gab Hammond, der sich selbst als »anarchist-communist« (ebd.) bezeichnet, eine prinzipienbasierte (wenn auch streitbare) Begründung für sein Handeln: »I did this because I believe people have a right to know what governments and corporations are doing behind closed doors« (zitiert nach Meister 2013). In einem anderen Interview äußerte er: »I believe we need to abolish capitalism and the state in its entirety to realize a free, egalitarian society« (zitiert nach Reitmann 2012).

Sein Handeln brachte Hammond (anders als vorherige Hacks [vgl. Luman 2007]) keinen finanziellen Gewinn oder sonstigen persönlichen Nutzen, sondern er ging im Gegenteil ein großes persönliches Risiko ein. Wie Bill Scheu-

erman halte ich es für erwiesen, dass Hammond nicht als »common crock« (Scheuerman 2016: 4), also nicht als Dieb oder ähnlich gearteter Krimineller anzusehen ist, sondern mit seiner Tat eine politische Absicht verfolgte. Besonders vertrackt ist der Fall Hammond deshalb, weil er die notwendigen Informationen für diesen Hack über den Hacker Sabu erhielt, der als FBI-Informant agierte. Das FBI war über die Vorgänge des Stratfor Hacks zumindest bestens informiert, wenn es sie nicht gar selbst mit steuerte (vgl. Cameron 2014). Sabu brachte Hammond wohl auch unwissentlich dazu, mehrere Gigabytes an Daten auf einen Server des FBI zu übertragen (vgl. ebd.). Nichtsdestotrotz entschied sich Hammond eigenständig dafür, den Hack durchzuführen, und tat dies aus Überzeugung und in Kenntnis des rechtlichen Risikos. Seine Handlungen zeigen glaubhaft, dass er das politische und kollektive Ziel verfolgte, der Gemeinschaft einen Dienst zu erweisen, indem die gezielte Überwachung von Aktivisten und anderen Bürgergruppen durch private Subunternehmen der Überwachungsindustrie wie Stratfor öffentlich bekannt gemacht und zur Debatte gestellt wurde. Vor diesem Hintergrund sehe ich das Ausnutzen einer Sicherheitslücke zur Erlangung von Beweisen als legitimen Akt zivilen Ungehorsams an.

Die Rechtfertigung von Hammonds Hack ist jedoch eine andere Frage, und diesbezüglich lassen sich verschiedene Einwände erheben. Abgesehen davon, dass die anarchistischen Prinzipien, die Hammonds Tat zugrunde liegen, sicherlich nicht im gesellschaftlichen Konsens geteilt werden und somit für manche ein Grund sein könnten, seine Rechtfertigung anzuzweifeln, sehe ich vor allem Hammonds taktisches Vorgehen sowie seine Kommunikationsstrategie als Schwachpunkte der Rechtfertigung seines Ungehorsams. Hammonds Entscheidung, die erbeuteten E-Mails der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, lässt sich zwar im Prinzip als gemeinwohlorientiert begründen. Was aber ist mit der Entscheidung, sämtliche E-Mails auf WikiLeaks veröffentlichen zu lassen, woraus zumindest manchen Berichten zufolge eine Gefahr des Identitätsdiebstahls für Betroffene entstand (vgl. ebd.)? Hätte die direkte Zusammenarbeit mit ausgewählten Journalisten und Medien nicht möglicherweise eine wesentlich tiefere und sachlichere Enthüllung und Auseinandersetzung ermöglicht als der spektakuläre Alleingang von Hammond? Weitere Aspekte von Hammonds Entscheidungen sind so eigenmächtig und tendenziell destruktiv, dass in Zwei-

fel gezogen werden kann, ob sie von anderen Bürgern geteilt und im Sinne einer Gemeinschaft gerechtfertigt werden können; dazu gehört etwa das Umbuchen von 700.000 US-Dollar von privaten Konten der Stratfor-Kunden auf Konten von gemeinnützigen Organisationen. Welchen Nutzen und welche Rechtfertigung hat diese arbiträr wirkende monetäre Bestrafung einzelner Kunden im Gemeinwohlinteresse, insbesondere wenn sie nicht im Detail öffentlich nachvollziehbar ist? Auch das Löschen von Datenbanken der Firma Stratfor, das deren Tätigkeit für längere Zeit erheblich behinderte, ist nicht zwangsläufig im Sinn des eigentlichen politischen Anliegens. Der massive Schaden, den Stratfor und dessen Kunden beklagten und der (nach internen Berechnungen) etwa 3,78 Millionen US-Dollar betrug (vgl. ebd.), kann der Firma Sympathien und eine Opferrolle eingebracht haben, die einer kritischen öffentlichen Debatte ihrer Unternehmenspraxis konträr entgegensteht. Die Aggressivität des Vorgehens begünstigt ein öffentliches Bild, in dem Hammond als Angreifer und Stratfor als Opfer erscheint. Der entstandene Schaden kann von Hammonds eigentlichem Anliegen des Ungehorsams ablenken. Auch wenn Teile der Informationen, die der Stratfor-Hack enthüllen konnte, in der Öffentlichkeit für Resonanz gesorgt haben, hätte ein vernetzteres und strategischeres Vorgehen möglicherweise eine größere Welle der Empörung zu Stratfors und nicht Hammonds Ungunsten provozieren können. Schließlich ist Stratfors Tätigkeitsfeld als »a sort of private CIA [...] monitoring developments in political hot spots around the world and supplying analysis to the U.S. security establishment« (Reitmann 2012) aus bürgerrechtlicher Perspektive tatsächlich hoch fragwürdig, verdient durchaus Aufmerksamkeit und politische Intervention.

Weiter kann jedoch auch Hammonds impulsive und gewaltsame Rhetorik ein Aspekt sein, der Zweifel an der Rechtfertigung seiner Tat hervorruft. Auf der besagten DefCon-Konferenz soll Hammond auf einen verbalen Angriff geäußert haben: »One man's freedom fighter is another man's terrorist. Let them call us terrorists; I'll still bomb their buildings« (ebd.). Hammonds tatsächliche Handlungen zeigen keineswegs, dass er die Absicht hatte, unbeteiligte Bürger gewaltsam zu schädigen oder dies auch nur in Kauf zu nehmen, seine Rhetorik zeichnete jedoch wiederkehrend ein bedrohlich wirkendes Bild. Auch seine Ausführung, dass es nicht ausreiche, Geheim- und Nachrichtendienste zu entlarven, sondern dass man sie »eigenhändig niederreißen« (Richter 2015: 83)

müsse, klingt eher nach einem gewaltsamen Alleingang als einem zivilen, kollektiven und abgestimmten Vorgehen.

Hammonds Handeln war kurzfristig von hoher Wirksamkeit. Fraglich ist jedoch, ob seine Durchführung in dieser Vehemenz und Eigenmächtigkeit in Celikates' Sinne ›demokratiekompatibel‹ war. Obwohl der Stratfor-Hack (vermutlich unstrittigerweise) uneingennützig und in seinem Ziel demokratieförderlich war, trafen Hammond und seine möglichen Mitstreiter eigenmächtig strategische Entscheidungen, ohne dass irgendwelche Mitbürger auch nur die Möglichkeit der Einflussnahme oder Mitsprache hatten. Dabei handelte es sich um Entscheidungen, deren Auswirkungen in ihrer Fülle und Gesamtheit vermutlich nur wenige Menschen überhaupt überblicken; umso schwerer wäre es, Mitbürger zu finden, die diese Entscheidungen für vollständig gerechtfertigt halten.

Ein Punkt, an dem ich hingegen keine Rechtfertigungsschwierigkeiten sehe, ist der mögliche Vorwurf, Hammond hätte zunächst andere legale Wege des Protests erproben müssen. In diesem speziellen Fall, wo es um die geheimen Untersuchungen von Stratfor über amerikanische Bürger und Aktivisten geht, sehe ich schlicht keine völlig legale Möglichkeit, vonseiten der Zivilgesellschaft für Aufklärung zu sorgen.

Meine Überlegungen zu diesem Fallbeispiel können und sollen keine abschließenden und allgemeingültigen Urteile über die Rechtfertigung von Hammonds Handeln sein. Sie dienen jedoch der Veranschaulichung des Problems, dass Fragen der Rechtfertigung durchaus kontroverse Ansichten erzeugen können, obwohl ein gegebenes politisches Dispositiv an sich einen Akt zivilen Ungehorsams legitimiert.

Als allgemeines Fazit zum Thema der Rechtfertigung zivilen Ungehorsams lässt sich festhalten: Ziviler Ungehorsam ist keine alternativlose Strategie. Wo Akteure sich für einen solchen Akt entscheiden, erzeugen sie damit für Mitbürger in vielen Fällen eine wie auch immer geartete Störung, eventuell auch Kosten oder Schäden. Ein demokratisches Verhältnis zu diesen Mitbürgern – im Sinne einer kollektiven Selbstbestimmung – erfordert daher, dass sie ihren Plan strategisch wie politisch gegenüber anderen Optionen des Protests abwägen und sich vor ihren Mitbürger für die Wahl ihrer spezifischen Strategie verantworten können. Ziviler Ungehorsam und seine konventionellen Inszenierungen sind auch nicht zwangsläufig die effektivste Form des Protests für jedes Anliegen

oder jeden politischen Kontext. Jeder Einzelfall erfordert ein wohlüberlegtes Vorgehen, das den Vor- und Nachteilen möglicher Konsequenzen Rechnung trägt.

Trotz aller wohlüberlegten Entscheidungen kann das strategische Vorgehen und dessen Rechtfertigung im Nachhinein von Mitmenschen in Frage gestellt werden. Solange diese Kritik nicht die Legitimation der Tat in Frage stellt – also die intrinsische Anerkennung des zivilen Ungehorsams –, sondern lediglich ein spezifisches strategisches Vorgehen, geht es nicht um die Frage, *ob* diese Tat legitimen zivilen Ungehorsam darstellt, sondern darum, ob der Ungehorsam *in dieser spezifischen Ausführungsform* gerechtfertigt ist. Mitmenschen können beispielsweise der Meinung sein, dass eine bestimmte Taktik voreilig, zu riskant, zu belastend für Unbeteiligte oder aus anderen Gründen nicht angemessen für das jeweilige Anliegen der Ungehorsamen ist.

Wie erläutert könnten sehr verschiedene Einzelheiten im Nachgang zivilen Ungehorsams eine Debatte um dessen Rechtfertigung anregen, die trotz (oder aufgrund) konflikthafter Positionen der Weiterentwicklung der Praxis und Theorie des zivilen Ungehorsams keineswegs schadet. Ziviler Ungehorsam ist, gerade weil er ein Ausdruck extrainstitutioneller Politik ist, immer ein experimenteller Akt, der auch von situativen, persönlichen und spontanen Faktoren beeinflusst wird. Es liegt daher im Wesen des zivilen Ungehorsams, dass dessen Ausführung eine nachträgliche Reflexion erfordert und möglicherweise Kritik auf sich zieht. Diese jedoch stellt die beste Lehre für zukünftige Akte zivilen Ungehorsams dar, denn auch die Reflexion taktischer Fehlentscheidungen trägt zur Fortentwicklung zivilen Ungehorsams als politischer Praxis bei.

6.2. Zur Frage der Gewalt(-losigkeit) und Angemessenheit der Mittel zivilen Ungehorsams

Allgemein wurde die Frage der Angemessenheit bestimmter Mittel des Protests im Vergleich zu anderen Aspekten in der politischen Philosophie relativ wenig beleuchtet. Im Bezug auf zivilen Ungehorsam wird diese Frage häufig mit aufgegriffen, wenn zur Debatte steht, inwieweit ein Moment der Nötigung berechtigterweise zum Einsatz kommt. Habermas, Rawls und Dworkin weisen in der liberalen Denktradition zivilem Ungehorsam eine rein symbolische Kraft zu (vgl. Habermas 1983a) und stellen die Rechtfertigung eines nötigenden Anteils in

Frage. »Zivil ist nur eine Regelverletzung, die nicht außer Verhältnis zu dem angestrebten Protestzweck steht und die insbesondere die physische und psychische Integrität des Protestgegners oder unbeteiligter Dritter wahrt« (ebd). Dworkin argumentiert, dass persuasive Taktiken, also solche, die darauf abzielen, die Bevölkerung und politische Gegner durch Argumente zu überzeugen, nicht-persuasiven Taktiken vorzuziehen seien, die beispielsweise durch die Erzeugung hoher Kosten den Gegner veranlassen, eine politische Maßnahme oder ein Gesetz zu ändern (vgl. Dworkin 1985: 109). Ebenso skeptisch äußert sich Kimberly Brownlee zu der Frage, inwieweit konfrontative Taktiken, die ein Moment der Nötigung beinhalten, tatsächlich einen Austausch oppositioneller Argumente befördern. Stattdessen, so befürchtet Brownlee, könne eine konfrontative Taktik generelle Ablehnung gegenüber den Positionen der Gehorsamsverweigerer erzeugen und Ressentiments der Mitbürger verstärken (vgl. Brownlee 2004: 216). William Smith plädiert für eine moderatere Position, der zufolge ein konfrontatives Element zivilen Ungehorsams durchaus zu rechtfertigen sei, wenn es das Ziel dieser Taktik ist, eine notwendige Debatte zu provozieren. Wenn es jedoch darum gehe, eine bestimmte politische Maßnahme aktiv zu verhindern oder zu forcieren, geht für ihn das nötige Element zu weit. »These coercive tactics should not aim to force the abandonment of a policy, but should be limited to the goals of securing publicity for oppositional arguments and activating counter-inertial deliberation« (Smith 2013: 74).

Celikates widerspricht der liberalen Reduktion auf eine symbolische Funktion zivilen Ungehorsams am deutlichsten mit dem Argument, dass ohne die Berücksichtigung der realen Konfrontation die transformative Kraft des zivilen Ungehorsams »verschenkt« (Celikates 2014b: 7) werde. Folgt man Celikates in seiner Offenheit für strategische Vielfalt, muss jedoch die Grenze der zu rechtfertigenden Mittel neu und nach anderen Kriterien bestimmt werden. Die Kritik an nötigen Mitteln des Ungehorsams ist eng verbunden mit der Kritik an gewaltsamen Elementen des Protests. Diesbezüglich werde ich im Folgenden darlegen, dass das Merkmal der Gewaltlosigkeit als Definitionsmerkmal für zivilen Ungehorsam problematisch ist, und eine alternative Denkweise zum Thema schädlicher Konsequenzen vorschlagen, die ich als Orientierung für die Angemessenheit der Mittel zivilen Ungehorsams verstehe.

Eine solche Orientierung in der Frage der Angemessenheit der Mittel ist auch deshalb notwendig, weil es im Digitalen häufig nicht um nötige Mittel geht, sondern um Taktiken, die, ohne andere an ihrem Handeln zu hindern, eigenmächtig ihre Wirksamkeit einfallen. Das konfrontative Element des zivilen Ungehorsams, das in traditionellen Formen oft als Moment der Nötigung umgesetzt wurde, als Erhöhung der Kosten für eine politische Maßnahme oder als physisches Hindernis, nimmt im Digitalen als *direct action* neue Formen an. Mitunter setzen Ungehorsame in der Informationsgesellschaft die Veränderung, die sie erreichen wollen, selbst um, statt Regierungen, private Unternehmen oder die Zivilgesellschaft mit Appellen oder Druck zu einer erwünschten Veränderung zu bewegen.

Dieses aktive Eingreifen und die aus ihm hervorgehende nachhaltige Veränderung entsteht »not through lobbying, but by ›taking‹ what has been deemed off limits« (Wong & Brown 2013: 1016). Wong deutet das Selbstverständnis von Anonymous und WikiLeaks so, dass diese sich als die ›Robin Hoods‹ der Informationsökonomie sehen und aus diesem Selbstbewusstsein heraus aktiv in das politische Geschehen eingreifen. »[B]oth explicitly see themselves as taking from the powerful to empower the disempowered with information and access to the political process« (ebd.: 1016). Die Ungehorsamen intervenieren in diesen Fällen je selbst dort, wo aus ihrer Sicht Interventionen notwendig werden, statt auf einen gesellschaftlichen Deliberations und demokratischen Handlungsprozess zu warten. Diese Formen des politischen Handelns verändern nicht nur fundamental, was Wong »the terms of global activism« (ebd.: 1015) nennt, sondern fordern auch gesellschaftlich in neuer Weise dazu heraus, zu bestimmen, wo die Grenzen der Legitimation und Rechtfertigung solcher eigenmächtigen Formen des Ungehorsams liegen. Fälle wie jener von Jeremy Hammond werfen etwa die Frage auf, wie die Grenze schädlicher Konsequenzen und der eigenmächtigen Wirksamkeit digitalen Handelns zu bestimmen ist. In Bezug auf digitalen Ungehorsam muss die Frage der Angemessenheit der Mittel jedoch in allgemeinerer Weise – d.h. unabhängig von dem Fokus auf das Moment der Nötigung und das damit einhergehende Gewaltverständnis – neu gestellt werden.

Wie ich im Folgenden darlegen möchte, ist ein erster Schritt dieses erforderlichen neuen Aushandlungsprozesses das Hinterfragen des Kriteriums der Ge-

waltlosigkeit und ein differenzierterer Blick auf digitale Strategien und ihre Konsequenzen.

Die Geschichte des zivilen Ungehorsams ist tief verwurzelt in einem Narrativ der gewaltlosen Aktion, in dem Pazifisten wie Gandhi und Martin Luther King Jr. die Protagonisten darstellen (vgl. Smith 2013: 4). Auch in der theoretischen Debatte – und besonders in der liberalen Denktradition – gilt Gewaltlosigkeit als allgemein anerkanntes Definitionskriterium, das den rein symbolischen Charakter zivilen Ungehorsams hervorhebt (vgl. Celikates 2014b: 2).

Selbst in Bezug auf Gandhis Tradition des zivilen Ungehorsams als Teil des Satyagraha, für die das bewusste Ausschließen gewaltsamen Handelns eine tragende Rolle spielt (siehe hierzu Gandhi 1987), halte ich es weder historisch für angemessen noch aus begrifflicher Sicht für sinnvoll, Gewaltlosigkeit als ein Definitionskriterium zivilen Ungehorsams zu verstehen.

Zum einen lässt sich zeigen, dass die Vorstellung, ziviler Ungehorsam sei prinzipiell gewaltlos, ein Ausdruck »historischer Manipulation und Schönfärberei« (Celikates 2014b: 10) ist, da geschichtlich betrachtet sowohl die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung als auch Gandhis Salzmarsch von gewaltbereiteren Alternativen begleitet wurden. Malcolm X hat in diesem Kontext über Martin Luther King Jr. gesagt: »At one time the whites in the United States called him a racist, and extremist, and a communist. Then the black Muslims came along and the whites thanked the Lord for Martin Luther King« (DeCaro 1996: 253). Ziviler Ungehorsam kann als gewaltloser nur dann symbolisch wirksam sein, wenn man sich der alternativen gewaltsamen Strategien bewusst ist. Geschichtlich waren diese Alternativen häufig nicht nur theoretisch, sondern faktisch greifbar, auch wenn sie in den Narrativen des zivilen Ungehorsams selten Erwähnung finden.

Zu der Ansicht, dass Gewaltlosigkeit ein problematisches Definitionskriterium darstellt, kommen auch Celikates und Howard Zinn. Letzterer argumentiert, dass mit dem Merkmal der Gewaltlosigkeit dem zivilen Ungehorsam in problematischer Weise ein rein appellativer Charakter zugeschrieben wird und seine Wirksamkeit somit ganz vom Wohlwollen der öffentlichen Meinung abhängt. Auch Celikates sieht in der Beschränkung des zivilen Ungehorsams auf rein symbolische und ausschließlich gewaltlose Mittel ein Moment der realen Konfrontation verloren gehen, das historisch betrachtet erwiesenermaßen ebenso

ein Teil politischer Praxis ist und erst ermöglicht, dass sich die symbolische Wirkungsmacht des zivilen Ungehorsams entfaltet (vgl. Celikates 2014b: 7).

Umgekehrt geht es jedoch auch nicht darum, beliebige gewaltsame Mittel im Rahmen des zivilen Ungehorsams zu rechtfertigen. Ich argumentiere stattdessen für eine spezifische – und nicht kategorische – Angemessenheit der Handlung, die sich auf demokratische Zusammenhänge stützt, statt das Merkmal der Gewaltlosigkeit kategorisch als definitionstragend oder als notwendige Bedingung der Rechtfertigung zu betrachten. Schließlich, so meine These, geht es im Kern nicht um die Frage der Gewalt, sondern um das Erreichen einer Balance: Diese Balance erfordert einerseits eine Aufmerksamkeit erregende, möglicherweise die Alltagsnormalität störende, konfrontative Handlung voller performativer Kraft, die einen politischen Transformationsprozess initiiert. Andererseits muss jedoch diese Handlung so beschaffen sein, dass sie ein *Für* und nicht ein *Gegen* die Bürgergemeinschaft signalisiert, eine Debatte ermöglicht, statt sie durch harte Fronten auszuschließen, und letztlich Kooperation wahrscheinlicher macht, statt sie zu gefährden.

Der Weg, auf dem Gandhi diese Balance erreichte, war die klare Anweisung an seine Anhänger, auf Widerstand bei körperlichen Angriffen zu verzichten. Gewalt war jedoch offensichtlich Teil des Geschehens, indem Gandhis Anhänger zu Gewaltopfern der britischen Kolonialmacht wurden und körperlich Gewalt erduldeten, ohne sie zu erwidern. Dass diese Strategie erfolgreich war, schließt keineswegs aus, dass in anderen Situationen weniger selbstaufopfernde, aggressivere Mittel den Umständen angemessen sind und den gleichen Balanceakt vollbringen.

Ein grundlegendes Problem für die Forderung nach Gewaltlosigkeit von zivilem Ungehorsam ergibt sich noch aus einem anderem Grund: Das »Wort ›Gewalt‹ ist janusköpfig« (Krämer 2010: 22). Wie Sybille Krämer begriffsgeschichtlich erörtert, birgt das deutsche Wort Gewalt »das Spannungsfeld von *rechtmäßiger, ordnungsstiftender Gewalt* und *unrechtmäßiger, zerstörerischer Gewalt* (ebd.: 23). Wir kennen die positiv besetzte öffentliche Gewalt und die Gewaltenteilung als »Kompetenzbegriff« ebenso wie die Gewalt als »Aktionsbegriff«, der das »Verletzungs- und Zerstörungspotential gewalttätiger Handlungen« beschreibt, die nicht »einfach getan, sondern durch eine Person einer anderen angetan« werden (ebd.: 23). Weiter hängt die Frage, ob ziviler Ungehorsam als

gewaltlose Handlung verstanden werden kann, offensichtlich davon ab, »how broad or narrow the concept of violence is taken to be« (Celikates 2011a: 10). Noch grundlegender ergibt sich also die Frage, was genau mit Gewalt bzw. Gewaltlosigkeit überhaupt gemeint ist und ob dieser Begriff im Zusammenhang des zivilen Ungehorsams tatsächlich sinnvoll bleibt, wenn man in Betracht zieht, dass das Wort Gewalt eine vielfältige definitorische Unschärfe mit sich bringt.

Mit der beschriebenen ursprünglichen Ambiguität des Gewaltbegriffs gehen nämlich historisch zwei entscheidende Entwicklungen einher: Zum einen vollzog sich eine »Negativierung des Gewaltbegriffs«, die diesen »zu einem kulturellen Tabu verdichtete«, und zum anderen die »Entgrenzung des Gewaltbegriffs«, durch welche im Laufe des 20. Jahrhunderts »auch Formen der strukturellen, psychischen und moralischen Gewalt als ›legitime‹ Instantiierungen des Gewaltbegriffs« denkbar wurden (vgl. Krämer 2010: 23f). Diese Ausweitung des Gewaltbegriffs ist bis heute umstritten. Sie wird kritisiert, da sie der begrifflichen Klarheit abträglich ist; insbesondere verhindert sie unter Umständen, dass eine abgeschlossene Gewalthandlung anhand klarer Kriterien als solche identifiziert werden kann.

In der Rechtsprechung und im juristischen Diskurs finden sich einerseits Anzeichen einer Ausweitung des Gewaltbegriffs wie die sogenannte »Entmaterialisierung« (vgl. Kindhäuser et al. 2013: Rn. 77), die den Übergang von täterbezogenen Maßstäben zu opferbezogenen Maßstäben beschreibt. Andererseits stößt die Lösung des Gewaltbegriffs von der Körpereinwirkung auf Widerstand, da sie psychische Formen der Gewalt ununterscheidbar macht von den »vielfältigen Zwängen des täglichen Lebens« (Krämer 2010: 25). Die Vorstellung von zivilem Ungehorsam als gewaltlosem Akt wird nahezu unhaltbar, wenn man Gewalt nicht auf physische Erscheinungsformen reduziert, sondern auch psychische, sprachliche und symbolische Gewalt als mögliche gewaltsame Akte mitbedenkt. Das sogenannte *Läpple-Urteil* stellt in dieser Hinsicht im deutschen Recht eine Zäsur und bleibende Referenz der folgenden Rechtsprechung dar. Mit diesem Rechtsspruch aus dem Jahr 1969 hielt die ausdrückliche Anerkennung nicht-körperlicher Gewalt Einzug in die Rechtsprechung, so dass Sitzblockaden oder das Stören von Vorlesungen künftig strafrechtlich verfolgt werden konnten. Diese sogenannte *Vergeistigung des Gewaltbegriffs* wur-

de bereits in den 1980er Jahren von Jürgen Habermas kritisiert (vgl. Habermas 1983b: 101). Was diese Entwicklung problematisch macht, ist einerseits die Ausweitung des Gewaltbegriffs als solche und andererseits die Willkürlichkeit dieser Ausweitung auf bestimmte Formen von Gewalt, die einer direkten körperlichen Kraftentfaltung entbehren, was zu einer einseitigen Anwendung dieses weiten Verständnisses von Gewalt in rechtlichen Entscheidungen führen kann.

Mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 1995 wurde die Ausweitung des Gewaltmerkmals auf psychische Gewalt revidiert. Nach Ansicht des BVerfG »liegt [Gewalt] nur vor, wenn ein physisches und nicht nur psychisches Hindernis bereitet wird, falls sich also Demonstranten an Schienen festketten oder im Gleisbett einbetonieren; keine Gewalt liegt vor, wenn allein die mögliche Gefährdung der Blockierer die Durchfahrt hindert« (Kindhäuser et al. 2013: Rn. 92). Die Strafgerichte allerdings haben in Reaktion auf diese Entscheidung des BVerfG zwar diese begriffliche Unterscheidung zur Kenntnis genommen, begegnen ihr jedoch nicht durch eine faktische Umorientierung bezüglich des Umgangs mit der Frage der Gewalt im Kontext von Sitzblockaden. Aus juristischer Sicht heißt dies:

»Die Verurteilung des Teilnehmers an einer Sitzblockade ist lediglich insoweit mit bindender Wirkung ausgeschlossen, als ein Verhalten ohne Einsatz der Körperkraft, das eine nur psychische Zwangswirkung auf das Opfer ausübt, das Merkmal der Gewalt aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht erfüllt. Es wäre also nicht untersagt, das Verhalten der Blockierer als aktives Tun zu bewerten und dann v. Gewalt auszugehen. [...] Nicht berührt werden durch die Entsch. Blockadeaktionen, bei denen physische Hindernisse errichtet werden oder eine dicht gedrängte Menschenmenge sich zu einer faktisch undurchdringlichen Mauer ergänzt. Der BGH bejaht Nötigung durch Gewalt weiterhin in den Fällen, in denen Kraftfahrer durch Blockierer an der Weiterfahrt gehindert werden, soweit die Kraftfahrer bewusst als Werkzeuge benutzt werden, um die Durchfahrt für weitere Kraftfahrer unmöglich zu machen« (ebd.).

Diese von einer begrifflichen Eindämmung abweichende strafrechtliche Auslegung, die Sitzblockaden nach wie vor als gewaltsamen Akt verurteilt, spricht

derzeit der Justiz einseitig eine große Handlungsmacht zu, in soziale und politische Konflikte einzugreifen, und erhöht somit »signifikant die staatliche Kontrolle, mithin den Handlungsspielraum staatlicher Gewalt« (Krämer 2010: 26).

Das Spektrum digitaler Handlungen, das heute integraler Bestandteil alltäglichen Lebens ist, stellt das Recht in Bezug auf den Gewaltbegriff erneut vor Herausforderungen. Veranschaulichen lässt sich dies anhand der gerichtlichen Beurteilung jener DDoS-Aktion, die als Teil der *Deportation-Class*-Kampagne 2001 durch das Aktionsnetzwerk *Kein Mensch ist illegal* initiiert wurde (siehe hierzu Kapitel 2.6). Zunächst wurde in erster Instanz festgestellt, dass die betreffende DDoS-Aktion, trotz des rein technischen Geschehens, das Gewaltmerkmal für einen Akt der Nötigung erfüllt – die Betätigung der Maustaste durch den Angeklagten wurde hier als gewaltsame Tat ausgelegt. Im Mai 2006 wurde am Oberlandesgericht in Frankfurt am Main jedoch ein revidierendes Urteil gefällt: Der Angeklagte, der in erster Instanz der Nötigung schuldig befunden wurde, erzielte in zweiter Instanz seinen Freispruch. Das erste Urteil, das den Protest per Mausklick als gewaltsam ansah, stand im Gegensatz zu diesem zweiten Urteil, welches diese Annahme verneinte. Das zweite Urteil legt nahe, dass die Frage, was eine gewaltsame Handlung im Zusammenhang mit Informationstechnologien ist, ungeklärt sei. Misst digitale Gewalt sich beispielsweise an ihrer Intention oder an ihren Konsequenzen? In der Begründung des Freispruchs erläuterte das Gericht, dass die spezifische zu verhandelnde Tat weder als gewaltsam noch als »mit empfindlichem Übel drohend« (Oberlandesgericht Frankfurt am Main 2006) angesehen werden könne und demnach nicht den Tatbestand der Nötigung erfülle.

Andererseits steht besonders im internationalen Kontext des Internets außer Frage, dass digitale Gewalt existiert und ein mögliches Element digitaler Taktiken sein kann. Nach einer über 20-jährigen Debatte über Cyberwar, die einst von Ronfeldt und Arquilla eröffnet wurde, steht fest, dass aus rechtlicher Sicht »der Cyber-Angriff [...] bei entsprechenden Folgen unter den Begriff der Gewalt [fällt]« (Pernice 2015; vgl. auch Ronfeldt & Arquilla 1993). Die Schwierigkeit dieser Einordnung liegt jedoch auch hier in der Differenzierung von Formen der Gewalt.

Auch wenn bei einem Cyber-Angriff häufig keine physische Zwangseinwirkung auf menschliche Körper festzustellen ist, scheint aus rechtlicher Sicht der Be-

griff der Gewalt angemessen. Wie jedoch wird diese digital ausgeübte Gewalt definiert, und wie wird sie abgegrenzt von symbolischen und sprachlichen Formen der Gewalt? Die Erweiterung des Gewaltbegriffs in Bezug auf digitales Handeln, die mit der Debatte um Cyberwar und Cyberterrorismus angestoßen wurde, hat höchst problematische Konsequenzen für die Anerkennung von und den Umgang mit digitalen Formen zivilen Ungehorsams. Eine Abhilfe könnte darin bestehen, bei der Beurteilung digitaler Akte des zivilen Ungehorsams auf den Gewaltbegriff ganz zu verzichten und stattdessen einen anderen Aspekt zur Beurteilung der politischen Angemessenheit digitalen zivilen Ungehorsams in den Blick zu nehmen.

6.3. Zur Ablösung des Gewaltkriteriums

Was die jüngere Entwicklung des Gewaltbegriffs insgesamt prägt, ist eine negative Auslegung die verbunden ist mit der Tabuisierung von Gewalt als gesellschaftlichem Phänomen, die Krämer gar als »Signum der Moderne« deutet (vgl. Krämer 2010: 27). Trotz der Ausweitung des Begriffs von einem klassischen, auf körperliche Kraftentfaltung beschränkten, hin zu einem postmodernen Gewaltbegriff, »der die strukturelle Gewalt von Machtverhältnissen und ungerechter Chancenverteilung in der Perspektive der Benachteiligten und Opfer thematisiert«, bleibt Gewalt ein moralisch aufgeladener und »verrechtlichter« Begriff (ebd.: 27). »Im Herzen dieser Stigmatisierung von Gewalt, die unserer Kultur, genauer gefasst: unseren kulturellen Eliten so selbstverständlich und vertraut ist wie kaum ein anderer Sachverhalt, nistet jedoch eine Aporie: Nahezu alle Mittel, die einsetzbar sind, um Gewalt einzuschränken oder gar zu bekämpfen, müssen – in der einen oder anderen Weise letztlich Formen von Gewalt zuarbeiten, sie verstärken, mithin soziale und politische Kontrolle verfestigen und persönliche Freiheiten einschränken« (ebd.: 27).

Balibar, dessen Argumentation der von Krämer ähnelt, warnt vor der Illusion »that there would exist absolute ways out of the condition of violence or absolutely means to master it« (Balibar 1993: 12). Gewalt ist demnach in unterschiedlichsten Formen eine intrinsische Gegebenheit menschlicher Konflikte in ihren jeweiligen sozialen und politischen Ausprägungen. Sitzblockaden, Störungen im öffentlichen Raum, Formen des Vandalismus oder auch digitale Taktiken, die

bewusst in Systeme eindringen, stören, die kritisierte Politik durch öffentliche Kampagnen erschweren, sind durchaus in je eigener Weise und in einem weiten Sinne des Begriffs *gewaltsam*. Dies zu leugnen schadet letztlich dem Diskurs um zivilen Ungehorsam, indem dessen politische Realität durch einen unrealistischen Anspruch absoluter Gewaltfreiheit verzerrt wird. Mit dieser Anerkennung geht jedoch keinesfalls die Forderung einher, jegliche in diesem weiten Sinne gewaltsame Aktion rechtlich zu verurteilen; an die Justiz richtet sich vielmehr die Forderung, anzuerkennen, dass nicht alle Formen der Gewalt in gerechter Weise justiziabel sind und in Bezug auf Formen zivilen Ungehorsams eine besondere Achtsamkeit des Rechts für demokratische Prozesse geboten ist.

Auch in Bezug auf zivilen Ungehorsam geht es folglich nicht darum, *völlige Gewaltlosigkeit* nach dem je gültigen Verständnis herzustellen, um politische Protestakte vor Gericht bestehen zu lassen. Stattdessen wäre es hilfreich, die Unzulänglichkeit des Gewaltbegriffs im Kontext des zivilen Ungehorsams anzuerkennen und ihn durch anwendungsadäquatere Begrifflichkeiten zu ersetzen.

Aus demokratietheoretischer Sicht ist nicht die Gewaltlosigkeit von zivilem Ungehorsam entscheidend, sondern seine spezifische Angemessenheit im dauerhaften Verhältnis zu den Mitbürgern. »The question becomes, then: how to manage with violence under its different forms, how to choose among them and counter them« (ebd.: 12). Wenn man, Balibar folgend, die Existenz und Rolle der Gewalt in ihren verschiedenen Formen anerkennt, geht es eher um einen reflektierten Umgang mit ihr als um ihre kategorische Vermeidung oder Leugnung.

Inwieweit ziviler Ungehorsam gewaltsame Mittel nutzt, bleibt somit nur indirekt eine wichtige Frage, die sich in neuer Weise stellt, nämlich als strategische Frage im Hinblick auf dessen Rechtfertigung gegenüber anderen Mitbürgern. Die Rechtfertigung zivilen Ungehorsams aus dessen *rechtlicher Gewaltfreiheit* abzuleiten, wäre wiederum auch eine problematische Verkürzung.

»[C]ertain non-violent acts, indeed some lawful acts, may well have much more severe consequences than many acts of violence: consider the possible effects of a strike by ambulance drivers« (Raz 1994: 267). Wie dieses von Raz angeführte Beispiel veranschaulicht, kann auch ohne den Einsatz gewaltsamer Mit-

tel ein unverhältnismäßiger Schaden entstehen, der möglicherweise in Bezug auf ein bestimmtes politisches Ziel nicht zu rechtfertigen ist. Das Verhältnis zwischen der Angemessenheit der Mittel von zivilem Ungehorsam und dessen Rechtfertigung ist letztlich wesentlich komplexer, als dass es sich mit dem Kriterium der Gewaltfreiheit fassen ließe.

In der alternativen Ausrichtung der Abwägung von schädlichen Konsequenzen, die ich hier vorschlage, sprechen jedoch ebenfalls gewichtige Gründe gegen bestimmte Formen gewaltsamer Aktion. Der Wunsch nach späterer Kooperation ist das stärkste Argument gegen Formen der Gewalt, die diese Kooperationsfähigkeit gefährden (siehe hierzu Sabl 2001: 308). Bei strategischen Überlegungen zu zivilem Ungehorsam muss die Erwägung leitend sein, welches Maß an Gewalt oder Schaden höchstens in Kauf genommen werden darf, um ein spezifisches politisches Ziel zu erreichen, ohne die Kooperation der Bürgergemeinschaft zu gefährden. Zu rechtfertigen sind in diesem Sinne als Strategie von zivilem Ungehorsam nur solche Handlungen, die die wohlwollende Kooperation einer menschlichen Gemeinschaft nicht nachhaltig gefährden (vgl. ebd.). Aber auch strategische Gründe machen bestimmte Formen der Gewalt im Rahmen zivilen Ungehorsams riskant und fragwürdig: Zum einen könnte die Anwendung gewaltsamer Mittel, auch wenn sie in spezifischen Fällen gerechtfertigt sein mag, im Sinne einer ›Ansteckung‹ bzw. einer Vorbildwirkung auch in solchen Fällen zu Gewalt führen, in denen sie nicht zu rechtfertigen ist, was zu einer unkontrollierbaren und irreversiblen Eskalation politischer Proteste führen kann. Nicht zu vernachlässigen ist auch die emotionale Wirkung und Gegenreaktion, die nach gewaltsamen Aktionen zu erwarten ist. »In using it, one may antagonize potential allies and confirm many opponents in their opposition« (Moraro 2007: 15). Gewalt könnte also einen Effekt haben, der zum erwünschten strategischen Nutzen im Gegensatz steht. Gewalt als Mittel des zivilen Ungehorsams wird nur in wenigen Ausnahmefällen gesellschaftliche Zustimmung finden und die zukünftige Kooperationsbereitschaft einer Gemeinschaft unberührt lassen. Auch wenn Gewalt gegen Personen die Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam nahezu unmöglich macht, bedeutet dies nicht den kategorischen Ausschluss von symbolischer Gewalt, Gewalt gegen Gegenstände, Besitztum oder den eigenen Körper. Der Einsatz von Gewalt erfor-

dert jedoch bewusste Erwägung und ist in jedem Fall eine riskante Entscheidung.

Nicht die Gewaltfreiheit, sondern die prinzipielle und strategische Ausrichtung auf eine zukünftige Kooperation mit Mitmenschen ist entscheidend, um zivilen Ungehorsam diesen gegenüber zu rechtfertigen. Diese Haltung gegenüber anderen Bürgern drückt sich nicht allein in der Entscheidung für oder gegen spezifische Formen von Gewalt aus, sondern besteht auch in der Wahl einer angemessenen Kommunikationsstrategie, die beispielsweise auf hasserfüllte, gewaltsame oder krieglerische Sprache verzichtet (vgl. Sabl 2001: 308). In jedem Fall können weder Gewalt noch Schädigung das eigentliche Ziel von zivilem Ungehorsam sein; sie müssen vielmehr in der Abwägung aller möglichen negativen Konsequenzen bewusst eingesetzt oder vermieden werden.

In Ausweitung dieses Verständnisses auf digitale Taktiken ist es weder problematisch, dass digitale Technologien als Werkzeuge zivilen Ungehorsams zum Einsatz kommen, noch dass ein gewaltsames Moment Teil des Geschehens werden kann. Entscheidend ist, mit welcher Absicht und tatsächlichen Wirkung auf Mitbürger Gewalt in digitalen Medien zur Anwendung kommt.

So erklärt 2015 sogar das deutsche Bundeskriminalamt (BKA), dass Hacktivismus häufig *fälschlicherweise* mit Cyberterrorismus gleichgesetzt werde, eine Kritik, die, wie bereits erwähnt, im wissenschaftlichen Diskurs bereits früher formuliert worden ist (siehe hierzu Denning 2001b; Vegh 2002; Klang 2005). Dieser Diskurs selbst, als symbolischer Kampf um die Deutung digitaler Gewalt im Zusammenhang digitaler Protestakte, ist womöglich das eigentlich größte Konfliktfeld für den digitalen zivilen Ungehorsam.

In einer Studie zu *Hacktivist:innen* heißt es aus Sicht des BKA: »Die wichtigste Abgrenzung zu Hacktivismus liegt im Ziel des Terrorismus begründet, nämlich Gewalt auszuüben, *um einzuschüchtern und Schrecken und Leid zu verbreiten*« (Reißmann 2014: 22, meine Hervorhebung). Entscheidend ist hier (und möglicherweise wurde dies vom BKA selbst nicht mitbedacht), dass diese Differenzierung nicht auf das Merkmal der Gewalt allein abstellt, sondern sich auf die *Absicht* dieser Taktik bezieht. Selbst das BKA kommt zu der Schlussfolgerung, dass keine sicherheitspolitisch relevante Gefahr von hacktivistischen Handlungen ausgehe (Füllgraf 2016: 35; Züger & Haase 2016b). Allerdings werden aus dieser Erkenntnis häufig keine Konsequenzen für den Umgang mit digitalem

zivilem Ungehorsam gezogen (vgl. Crosston 2017).

Digitale Formen zivilen Ungehorsams können durchaus zu Propaganda-ähnlichen Strategien symbolischer Gewalt greifen und Menschen unfreiwillig dazu bringen, eine politische Meinung zur Kenntnis zu nehmen; sie können ferner invasive wie disruptive Taktiken anwenden oder Strategien der Manipulation verfolgen. Digitale Gewalt hat im Kontext zivilen Ungehorsams jedoch eine dem Terrorismus *entgegengesetzte Absicht*: Sie wird als Intervention eingesetzt, um menschliche Gemeinschaften zu stärken, statt sie zu gefährden oder menschliches Leid anzurichten. Zivil Ungehorsame mögen demnach digitale Taktiken anwenden, denen ein in einem weiten Sinne gewaltsamer Charakter zuzuschreiben ist, doch erfüllen diese Taktiken einen anderen Zweck als bei jenen Akteuren, die als Cyberterroristen oder Cyberkriminelle agieren (vgl. Wong & Brown 2013: 1018). Wie Matthew Crosston argumentiert, hat diese Unterscheidung »proven elusive within formal cyber policy« (Crosston 2017), was zu problematischen Konsequenzen führt. Seine Forderung »[that] policy needs to clarify explicitly the scope of cyber civil disobedience, while still protecting personal civilian information, utilities, and other important internet privacy structures« (ebd.) bleibt bislang unerhört. Infolgedessen sind politische Akteure im Kontext des digitalen Ungehorsams mit einer Unverhältnismäßigkeit der Reaktion konfrontiert. Diese schlägt sich auch in ihren Bestrafungen nieder, die im Vergleich zu nicht-digitalen Akten zivilen Ungehorsams entgegen demokratischen Interessen unverhältnismäßig erscheinen müssen. »While traditional civil disobedience carries the threat of physical violence, jail sentences are typically very light. Conversely, a hacktivist may find him/herself facing multiple years in prison and fines reaching six figures for participating in DDoS attacks. This interesting dichotomy is further evidence that the language and formal punishment guidelines of traditional civil disobedience need to be considered when cyber policy is drafted covering the digital expression of the same acts« (ebd.).

Verhalten, das gezielt Leid von Mitmenschen verursacht, ist im Rahmen zivilen Ungehorsams allein durch dessen legitimatorischen Kern ausgeschlossen, der, wie ich argumentiere, auf der Anerkennung des ›Rechts, Rechte zu haben‹ beruht. Im Rückbezug auf Arendt ist es damit per Definition ausgeschlossen, dass zivil Ungehorsame anderen Mitmenschen absprechen, »in einem Bezie-

hungssystem zu leben, in dem man aufgrund von Handlungen und Meinungen beurteilt wird« (Arendt 2015: 614). Taktiken, die diese Ausübung des Rechts anderer Mitbürger auf politische Partizipation und Teilhabe behindern, sind mit zivilem Ungehorsam im hier dargelegten Verständnis kategorisch unvereinbar. Zu solchen Behinderungen gehören in den allermeisten Fällen körperlich verletzende Angriffe, jedoch auch darüber hinaus Taktiken, die gewaltsam sind, indem sie anderen nachhaltig die Mitsprache verweigern, etwa durch Zensur oder andere, möglicherweise subtilere Formen des Ausschlusses. DDoS-Aktionen, die *zeitlich begrenzt* eine bestimmte Webseite unerreichbar machen, halte ich insofern nicht für gewaltsam gegenüber Mitbürgern, als sie zwar eine kurze Störung der Informationsfreiheit herbeiführen, jedoch keineswegs zum Ausschluss von Gruppen oder Meinungen führen. Wie beispielsweise die DDoS-Aktion der Deportation-Class-Kampagne zeigt, lässt sich zweifelsohne zeigen »[that] not all disruptions of content are equivalent to the silencing of speech« (Sauter 2014: 53).

Anders verhält sich dies, wenn Webseiten mithilfe von DDoS-Aktionen dauerhaft zensiert werden. Diese Möglichkeit nutzen Untersuchungen zufolge Regierungen dann, wenn sie kritische Stimmen zum Schweigen bringen möchten, ohne dass dies als Zensur sichtbar wird (vgl. ebd.: xii).

Diese intrinsische Begrenzung von Taktiken, die mit der Legitimität zivilen Ungehorsams untrennbar verbunden ist, lässt sich auch auf digitale Formen zivilen Ungehorsams anwenden und zieht damit eine klare Grenze zwischen sogenannten cyberkriminellen oder gar cyberterroristischen Akten und zivilem Ungehorsam.

Zusammengefasst hat dieses sechste Kapitel nicht unmittelbar die Frage der Rechtfertigung zivilen Ungehorsams diskutiert, sondern im Umkehrschluss verschiedene berechtigte Zweifel an der Rechtfertigung zivilen Ungehorsams besprochen. Am Beispiel des Falls von Jeremy Hammond habe ich veranschaulicht, dass, auch wenn eine Tat als digitaler ziviler Ungehorsam legitimiert ist, dessen Rechtfertigung aus verschiedenen Gründen in Frage gestellt werden kann, beispielsweise aufgrund der Ablehnung von dessen Überzeugungen als Rechtfertigungsgrundlage, aufgrund einer Kritik an der Wahl seiner Taktiken oder aufgrund einer Kritik seiner kommunikativen Strategie.

Besondere Aufmerksamkeit habe ich der Frage geschenkt, ob Gewaltlosigkeit, die zumeist als Grundlage der Rechtfertigung oder (im liberalen Verständnis) gar als Teil der Definition zivilen Ungehorsams angesehen wird, eine sinnvolle Kategorie ist, um die Angemessenheit zivilen Ungehorsams zu bestimmen. Meine Argumentation hat die Ambivalenz der Begriffs der Gewalt diskutiert und gezeigt, dass dieser zu unbestimmt ist, um auf der Grundlage dieses Kriteriums zwischen kriminellen oder gar terroristischen Akten und Formen zivilen Ungehorsams zu unterscheiden. Stattdessen schlage ich vor, das Augenmerk der Debatte um die Angemessenheit zivilen Ungehorsams und die daraus abgeleitete Rechtfertigung auf die Frage zu richten, inwiefern der Ungehorsam die zukünftige Kooperation mit Mitbürgern begünstigt oder behindert. Somit entwickelt dieses Kapitel eine orientierende argumentative Grundlage für die Debatte der Rechtfertigung, und zwar eine Grundlage, die sich – unter Verzicht auf harte, restriktive Kriterien und ambivalente Begriffe wie jenen der Gewalt – am Kontext des Einzelfalls und an der Praxis zivilen Ungehorsams ausrichtet. Basierend auf der Einsicht, dass die Frage der Rechtfertigung nicht im gesellschaftlichen Konsens abschließend zu beantworten und darüber hinaus oft auch erst in der Retrospektive zu klären ist, legt diese Vorgehensweise also eine Perspektive nah, die auf Absolutheitsansprüche weitgehend verzichtet und damit pluralistischen demokratischen Bedingungen gerecht wird.

Möglicherweise erfordert das junge Phänomen des digitalen zivilen Ungehorsams einen politischen wie rechtlichen Lernprozess, an dessen Anfang wir erst stehen.

Das folgende Kapitel nimmt erneut die Frage auf, die ich bereits im Zwischenfazit entwickelt habe, nämlich inwiefern digitaler Ungehorsam Tendenzen zeigt, die einem Anspruch demokratischer Teilhabe entgegenstehen. Fünf Aspekte, die ich als Eigenheiten der Praxis digitalen Ungehorsams betrachte, erweisen sich als wiederkehrende Fragen und Herausforderungen für das hier entwickelte Verständnis zivilen Ungehorsams, weshalb ich jeden dieser Punkte erneut aufgreifen und im folgenden Kapitel gezielt umfassender diskutieren möchte. Es wird um die Fragen gehen, 1) unter welchen Umständen sich digitales Handeln als intersubjektives Handeln verstehen lässt, 2) welche Rolle Anonymität für zivilen Ungehorsam spielt, 3) was die Tendenz der Automatisierung für zivilen Ungehorsam bedeutet, 4) warum die Technokratie auch für zivilen Unge-

horsam eine Gefahr darstellt und letztlich (5) wie neue Strukturen der Öffentlichkeit die Praxis digitalen zivilen Ungehorsams beeinflussen.

Bevor wir aber zu diesen Herausforderungen kommen, die die Praxis digitalen Ungehorsams mit sich bringt, möchte ich zunächst anhand von drei Beispielen zeigen, dass und inwiefern *digitaler* Ungehorsam – in seinen verschiedenen Ausprägungen als symbolische, disruptive bzw. invasive oder eigenmächtige, konstruktive Intervention – auch als *ziviler* Ungehorsam anzusehen ist.

7. Digitaler ziviler Ungehorsam. Transformationen und Herausforderungen

Die Computernetzwerke, die wir als das Internet bezeichnen, sind zunehmend ein entscheidendes Medium heutiger Machtstrukturen (vgl. Isin & Ruppert 2015; vgl. Ziccardi 2013: 18). Die Macht über Information als entscheidender Faktor politischer Autorität wird durch Informationstechnologien vermittelt und konstituiert. Das Internet ist damit alles andere als ein separater Raum, der von den politischen Kämpfen der physischen Welt unabhängig wäre. Digitales Handeln, als Handeln von Menschen durch und mit Informationstechnologien, ist nicht weniger Teil des Politischen als jede andere Form der Interaktion zwischen Menschen und dem politischen Geschehen in dieser Welt. Das hier vorgeschlagene Verständnis von zivilem Ungehorsam bezeichnet in einem politischen Sinne *eine* Möglichkeit politischen Handelns, ungeachtet dessen, ob diese Handlung mit und durch Informationstechnologien umgesetzt wird oder nicht. Ziviler Ungehorsam ist als politischer Akt unabhängig von seiner jeweiligen Performanz, die sowohl durch die Interaktion menschlicher Körper vermittelt werden kann als auch durch digitale Akte, bei denen Körper mithilfe des Internets interagieren.

Wie ziviler Ungehorsam es in anderer Weise in vor-digitalen Zeiten tat, bricht digitaler ziviler Ungehorsam bestehende politische Konventionen, nun allerdings durch digitale Handlungen, und evoziert dabei zugleich die Entstehung neuer Konventionen, die sich als Konventionen des digitalen Ungehorsams fortsetzen und wiederholt, referenziert, verändert oder abgelehnt werden. Waren nicht-digitale Akte zivilen Ungehorsams zumindest häufig Akte von Staatsbürgern, die sich gegen eine herrschende Politik und ihre Institutionen richtete

und durch die bürgerliche Rechte auf Mitsprache und Einflussnahme eingefordert wurden, so zeigt digitaler ziviler Ungehorsam häufig die Tendenz, nationale staatsbürgerliche Rechte und Machtverhältnisse zu transzendieren.

Digitaler ziviler Ungehorsam ist eine rechtlich konfliktbehaftete performative Praxis, in der die Einhaltung existierender Rechte im Digitalen eingefordert sowie Rechte imaginiert werden, die für die Zukunft des menschlichen Zusammenlebens durch und mit digitalen Informationstechnologien als erforderlich angesehen werden. Welche Rechte dies genau sind, lässt sich nicht allumfassend festlegen, doch thematisieren die Aktionen der digital Ungehorsamen häufig etwa Rechte auf Partizipation im Sinne von Zugang zu und Teilhabe an Informationen.

Ein ganz grundlegendes Hindernis jeglichen digitalen Handelns ist nach wie vor die Frage des Zugangs zum Internet und der Verfügbarkeit von Technologie. Der Begriff des *Digital Divide* wird von institutioneller wie akademischer Seite meist gebraucht, um die Exklusion von der digitalen Ausübung (staats)bürgerlicher Rechte zu beschreiben. Isin und Ruppert zufolge legen diese Sichtweisen den so ausgeschlossenen Bürger fest »as a subject of submission, where their participation is a matter of access, skills, and usage« (ebd.: 83). Doch auch bei solchen Akten der Subversion wie dem digitalen zivilen Ungehorsam sind jene von der direkten Partizipation ausgeschlossen, die vom sogenannten *Digital Divide* betroffen sind. Die Möglichkeit des digitalen politischen Handelns ist nicht zuletzt eine Frage des Zugangs sowie eine Frage der technischen Fähigkeiten des Individuums im Umgang mit diesen Möglichkeiten (vgl. Crosston 2017). Code als ausführbare Sprache macht die Frage der Autonomie und Autorität über Informations- und Kommunikationstechnologien auch zu einer Frage der Medienkompetenz (vgl. Isin & Ruppert 2015: 67).

Da das selbstbestimmte und politische Handeln als digitaler Bürger häufig nicht nur die regeltreue Nutzung von Technologien erfordert, sondern Handlungen »[that are] disrupting the codes, disturbing boundaries, and adding uncertainty to established patterns of (code) behaviour« (ebd.: 7), kann man durchaus sagen, dass es zumindest derzeit große Unterschiede der autonomen Handlungskompetenz digitaler Bürger gibt. Als *autonom* Handelnde werden hier nicht Akteure bezeichnet, die losgelöst von einer Gesellschaft oder in Isolation agieren, sondern Menschen, die als Teil einer Gesellschaft die Fähigkeit

verwirklichen, Institutionen, ihre Strukturen und Wirkweisen zu hinterfragen (vgl. ebd.: 62).

Ziviler Ungehorsam kann als spezifische Form autonomen politischen Handelns verstanden werden, und wie ich im Folgenden anhand von drei Beispielen aufzeigen werde, wird auch digitales Handeln dem formulierten politischen Verständnis zivilen Ungehorsams gerecht.

7.1. Drei Beispiele zivilen Ungehorsams im digitalen Zeitalter

Als ein erstes Beispiel eines *symbolischen* Aktes digitalen und gleichermaßen *zivilen*

Ungehorsams verstehe ich den Fall des Juristen Gopalan Nair, der sich 2008 in Singapur regierungskritisch auf seinem Blog äußerte und in der Folge eine zweimonatige Gefängnisstrafe verbüßen musste (siehe hierzu Kapitel 1.2.). Er behauptete auf seinem Blog, die derzeitigen Machthaber Singapurs seien »nothing more than tin pot tyrants who remain in power by abusing the courts to eliminate your political opponents« (George et al. 2013: 386), und wurde beschuldigt, eine Richterin beleidigt zu haben, indem er schrieb: »The judge Belinda Ang was throughout prostituting herself during the entire proceedings, by being nothing more than an employee of Mr. Lee Kuan Yew and his son and carrying out their orders. There was murder, the rule of law being the repeated victim« (Nair 2008).

Als *symbolisch* verstehe ich diesen Fall deshalb, weil Nair allein durch das Hinzufügen von Information – nämlich seiner kritischen Meinung – und damit auf der Ebene symbolischer Politik einen effektiven und konfrontativen Protestakt vollzog, der weder andere Kommunikation störte oder modifizierte noch irgendeine eigenmächtige Veränderung der politischen Situation mit sich brachte (abgesehen von der Wirkung, die seine Meinungsäußerung auf seine Mitbürger ausgeübt haben könnte). Seine Tat war eindeutig absichtlich, und man kann davon ausgehen, dass er sich der möglichen Konsequenzen bewusst war – zumal er sich zu einem Zeitpunkt gezielt kritisch äußerte, als er für die Behörden Singapurs greifbar war. Er machte nicht nur seinen Namen und ein Foto öffentlich zugänglich: »He went to the extent of providing the address and room number of his hotel and his local mobile phone number« (ebd.: 386).

Seine Tat stand offensichtlich *im Konflikt mit geltendem Recht*, da in Singapur einerseits ein Gesetz existiert, das die freie Meinungsäußerung garantiert, dieses jedoch im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung in mehreren Hinsichten eingeschränkt werden kann. Offiziell wurde die Gefängnisstrafe, die Nair verbüßen musste, für die Beleidigung der Richterin verhängt, doch lässt sich unschwer erkennen, dass seine regierungskritische Haltung die eigentliche Ursache der Bestrafung ist. Die *Beleidigung* bestand lediglich darin, dass Nair in gängiger englischer Ausdrucksweise die Korruption des Gerichtes beklagte und damit ein offensichtliches Defizit des Rechtssystems Singapurs zur Sprache brachte, was keineswegs als persönliche Beleidigung der Richterin zu verstehen ist.

Seine Inhaftierung wurde sowohl von *Amnesty International* als auch von der Organisation *Reporter ohne Grenzen* scharf kritisiert (vgl. ebd.: 386).

Dieses Beispiel veranschaulicht, dass sich die Realität des zivilen Ungehorsam infolge der globalen Verschiedenheit nationaler Rechtssysteme als äußerst differenziert erweist und wesentlich komplexer, kontext- und fallabhängiger ist, als dass ein starres theoretisches Verständnis sie in allen Facetten abbilden könnte.

Als *prinzipienbasiert* lässt sich Nairs Handeln insofern verstehen, als sein Handeln durch Sprache implizit an demokratische Prinzipien der bürgerlichen Beteiligung appelliert, indem er im Sprechakt selbst ein Recht auf freie Meinungsäußerung einfordert. In Arendts Verständnis ist dieser Akt ein genuin politischer, verstand Arendt doch das Sprechen selbst als Form des politischen Handelns (vgl. Hannah 2008: 213ff.). In jenem restriktiven Kontext, in dem sich der Fall ereignete, ist jedoch die politische Provokation und Konfrontation, die seiner Handlung liegt, nicht zu unterschätzen. Durch die Art der Inszenierung war Nairs Tat weitaus mehr als eine singuläre Meinungsäußerung. Die offensive Kommunikationsstrategie Nairs zielte darauf ab, möglichst weitreichende öffentliche Aufmerksamkeit für sein Anliegen zu erzeugen. Sein Vorgehen legt nahe, dass Nair versuchte, eine öffentliche Debatte über Zensur und Meinungsfreiheit in Singapur anzustoßen, wobei er nicht davor zurückscheute, die von ihm geforderten politischen Rechte zu verteidigen, auch wenn dies mit einer Strafe für ihn selbst verbunden war.

Bemerkenswert an diesem Fall ist, dass er – abgesehen von der Tatsache, dass er sich nicht in einem demokratischen System ereignete – auch aus liberaler Sicht als ziviler Ungehorsam verstanden werden kann: Im Sinne von Rawls' Verständnis handelt es sich um eine öffentliche, gewaltlose, gewissensbestimmte, aber politisch gesetzwidrige Handlung, die eine Änderung der Gesetze oder der Regierungspolitik herbeiführen soll (vgl. Rawls 1979: 401). Weiter kann aus liberaler Sicht Nairs Tat als Ungehorsam gegenüber dem Gesetz innerhalb der Grenzen der Gesetzestreue angesehen werden, da er seine Gefängnisstrafe angenommen und verbüßt hat. Wie Rawls oder auch Habermas es fordern (siehe Kapitel 4.1), besteht Nairs Ungehorsam in einem symbolischen Akt, der von jeder Form der Nötigung zu unterscheiden ist – jedoch keineswegs eines effektiven konfrontativen Elements entbehrt. Die konfrontative Stärke und Macht symbolischer Politik ist, wie die harsche Reaktion auf Nairs Meinungsäußerung veranschaulicht, nicht zu unterschätzen.

Aus radikal-demokratischer Sicht ist Nairs Fall ein treffendes Beispiel dafür, welche Formen ziviler Ungehorsam in Verhältnissen annehmen kann, die der Meinungsfreiheit widrig sind. Die digitale Bühne seines Blogs, die Nair sich geschaffen hatte, macht seine Äußerung bedeutsamer als eine bloße individuelle und lokale Meinung. Sein Protest kann insofern als Beanspruchung digitaler Rechte gesehen werden, als er fordert, Rechte der freien Meinungsäußerung auch für digitale Kommunikation zu gewähren und zu schützen. Seine Forderung reicht jedoch offensichtlich über die in Singapur geltende Rechtslage hinaus, womit Nair ein zukünftiges Recht der uneingeschränkten kritischen Meinungsäußerung durch und mit Informationstechnologien (und selbstverständlich auch ohne diese) einfordert. Die digitale Öffentlichkeit, die Nairs Handeln zukommt, macht seine Meinungsäußerung zu einem Protestakt gegen Zensur und gegen die Einschränkung von Meinungsäußerung, der einerseits spezifisch auf die politische Kultur in Singapur abzielt, andererseits in einem globalem Kontext stellvertretend für vergleichbare Verhältnisse steht. Nair verfolgte mithin ein kollektives Anliegen, das die »Welt [betrifft] [...] insofern sie das uns Gemeinsame ist« (Arendt 2008: 65) und insofern über seinen persönlichen Fall weit hinausgeht. Nicht seine persönliche Meinung als solche ist entscheidend, sondern im Medium seines Aktes die digitale Beanspruchung der Möglichkeit, eine kritische Meinung zu haben und diese öffentlich zu vertreten. Zuletzt lässt

sich vermuten, dass es Nair nicht allein um die Änderung eines Gesetzes ging, sondern um eine Veränderung von Politik, die über rechtliche Grundlagen weit hinausgeht, nämlich um eine Veränderung des Umgangs der Regierung mit kritischer Meinungsäußerung.

Im Gegensatz zum Fall Nairs zeigen andere Beispiele symbolischen digitalen Ungehorsams deutliche Reibungspunkte mit einem liberalen Verständnis. Die *Google-Nest*-Kampagne (vgl. Peng Collective; siehe hierzu Kapitel 1.3) des Peng-Kollektivs richtet sich beispielsweise als symbolischer digitaler Ungehorsam gegen einen privaten und nichtstaatlichen Akteur. Rawls lässt die Möglichkeit des zivilen Ungehorsams gegen Unternehmen unerwähnt. Damit liegt nahe, dass seine Theorie sich allein auf den Protest gegen einzelne Gesetze bezieht und daher Fälle des Ungehorsams gegen private Unternehmen im liberalen Verständnis keine Anerkennung als ziviler Ungehorsam finden würden.

Wie ich bereits mit Verweis auf Michael Walzer argumentiert habe, gibt es jedoch gute Gründe, auch den rechtswidrigen Protest gegen Unternehmen als spezifische Form zivilen Ungehorsams zu betrachten. Walzer erkennt an, dass Menschen sich nicht allein in einem Machtverhältnis zu staatlichen Institutionen befinden, sondern ihre Freiheiten und Lebensbedingungen ebenso sehr durch mächtige Unternehmen beherrscht werden. Walzers Argumentation, dass sich ziviler Ungehorsam auch gegen privatwirtschaftliche Akteure legitimieren und rechtfertigen lasse (vgl. Walzer 1970a: 29), gewinnt umso mehr vor dem Hintergrund der fortschreitenden digitalen Vernetzung und Globalisierung der Welt an Bedeutung, die massiv durch privatwirtschaftliche Interessen vorangetrieben werden.

Ein veranschaulichendes Beispiel digitalen zivilen Ungehorsams gegen ein international agierendes Unternehmen ist der folgende zweite Fall: Die *Deportation-Class-DDoS*-Aktion (siehe hierzu Kapitel 2.6).

Diese 2001 durchgeführte DDoS-Aktion, die Teil der Kampagne *Deportation Class* gegen die Lufthansa AG war und den Zweck hatte, gegen deren Durchführung von Abschiebungsflügen zu protestieren, verstehe ich als *disruptiven* digitalen und ebenso *zivilen* Ungehorsam. Diese DDoS-Aktion erfüllt einige Merkmale, denen auch andere (siehe hierzu Kapitel 2.6), aber sicherlich nicht alle politischen DDoS-Aktionen in gleicher Weise gerecht werden. Wie ich zeigen möchte, gibt es einige entscheidende Unterschiede.

Was allen aktivistischen DDoS-Aktionen gemein ist, ist, dass sie zumindest nach heutiger Gesetzeslage in den meisten Nationen im Konflikt mit dem Recht stehen; in Deutschland sind sie als Computersabotage nach § 303b StGB unter Strafe gestellt (vgl. Valerius 2008: 23). Im Fall der DDoS-Aktion gegen die Lufthansa scheint diese Ansicht womöglich erläuterungswürdig, da der Rechtsprozess, den die Aktion nach sich zog, einen interessanten Sonderfall darstellt. Denn in diesem Fall stellte im Juli 2005 das Amtsgericht Frankfurt in erster Instanz fest, dass sich die Aktivisten (angeklagt war jedoch nur einer der Organisatoren) nach § 240 Abs. 1 StGB der Nötigung strafbar gemacht hätten (vgl. Marxen 2005: 5), wobei der Mausklick der Mitwirkenden hier als Kraftentfaltung und damit als Gewalttat interpretiert wurde. Man zog den Nötigungsparagraphen vermutlich auch deshalb heran, weil dieser Fall einer sogenannten *Online-Sitzblockade* rechtliches Neuland darstellte und ein Nötigungsdelikt die übliche Rechtsgrundlage einer Verhandlung von Sitzblockaden ist.

In zweiter Instanz erfolgte im Mai 2006 eine Revisionsentscheidung. Das Gericht sprach den Angeklagten frei und stellte fest, dass weder eine Nötigung vorliege noch eine Datenveränderung gemäß § 303a StGB oder (nach damaliger Rechtslage) Computersabotage nach § 303b StGB als Tatbestand gegeben seien (vgl. Valerius 2008: 23). Im August 2007 wurde der § 303b StGB jedoch dahingehend geändert, dass DDoS-Aktionen nun explizit als Form solcher Kriminalität aufgeführt sind und damit durchaus als strafbar eingestuft werden können. Entscheidend für eine Verurteilung, die eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren nach sich ziehen kann, ist seit dieser Änderung die Frage, ob die Aktion in Art und Ausmaß der Störung eine sogenannte Bagatellschwelle überschreitet.

Das heißt zusammengefasst: Der Organisator der Deportation-Class-DDoS-Aktion wurde zunächst verurteilt, in zweiter Instanz mangels adäquater Rechtsgrundlage freigesprochen und wäre dennoch im selben Fall wenige Jahre später aufgrund der verschärften Rechtslage (möglicherweise) zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Dieses Beispiel veranschaulicht, dass gesprochenes Recht oft nur temporäre Gültigkeit hat und dass schon deshalb die Forderung, ziviler Ungehorsam müsse stets einen klaren Rechtsbruch einschließen, problematisch ist.

Im Fall der Protestaktion gegen die Lufthansa ist davon auszugehen, dass die 13.000 Teilnehmenden absichtlich handelten und wissentlich an der DDoS-Aktion teilnahmen. Inwiefern ihnen klar war, dass sie dadurch in Konflikt mit dem Recht geraten, ist schwer zu prüfen: Einerseits verstanden die Organisatoren die Aktion als zivilen Ungehorsam – was nahelegt, dass ihnen ein rechtswidriges Handeln bewusst war. An anderer Stelle wird jedoch betont, dass sie versuchten, sich auf die Versammlungsfreiheit des deutschen Grundgesetzes zu stützen und ihre freie Meinungsäußerung in den Vordergrund zu stellen (vgl. Junge 2001). Aufgrund der Uneindeutigkeit der damaligen Rechtslage und der Aussagen der Initiatoren ist zu vermuten, dass den Teilnehmenden zumindest bewusst war, dass es eine kontroverse Debatte um die Rechtmäßigkeit von DDoS-Aktionen gab. Das impliziert jedoch nicht, dass die Teilnehmenden einschätzen konnten, welche rechtlichen Konsequenzen zu erwarten waren (vgl. Medosch 2003).

Abgesehen von der konkreten Forderungen an die Lufthansa bezüglich der Abschiebungsflüge brachten die Teilnehmenden in ihrem Protestakt zugleich einen Anspruch auf politische Mitsprache in der Migrationspolitik zum Ausdruck. Auch wenn DDoS-Aktionen in Deutschland zu keinem Zeitpunkt unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit standen (und nach meiner Kenntnis auch in keinem anderen Land), formulieren die Teilnehmer der Aktion darüber hinaus gerade dies als Forderung nach einem digitalen Recht, das vergleichbare politische Interventionen als Akte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit schützt.

Ich verstehe die Deportation-Class-DDoS-Aktion als prinzipienbasiert, da es den Veranstaltern und Teilnehmern ganz offensichtlich nicht um ein eigenes Interesse oder einen eigenen Nutzen ging, sondern um ein Anliegen des Zusammenlebens in einer gemeinsamen Welt: Ihre grundlegende Überzeugung ist, dass Menschen die freie Entscheidung haben sollten, wo sie leben (vgl. Arte 2002). Diese Überzeugung veranlasst die Aktivisten zu einer Kritik der vorherrschenden Grenz- und Abschiebungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland sowie zu einer Kritik an den daran beteiligten Akteuren, von denen ein ausführender Akteur die Lufthansa war (und bis heute ist). Diese flog zur Zeit der Proteste etwa 10.000 abgeschobene Menschen jährlich im Auftrag der Bundesregierung aus. Die Aktivisten wollten die Lufthansa dazu »überreden«,

die Abschiebungen nicht mehr zu akzeptieren. Der BGS müsste dann zu anderen Methoden greifen, wie beispielsweise zu der Anmietung von Militärflugzeugen, was die Abschiebungen für den Staat erheblich verteuern würde« (vgl. Medosch 2003: 44).

Den Aktivisten war selbst bewusst, dass sie mit ihrer Vision offener Grenzen im politischen Spektrum eine Minderheit darstellen und vermutlich keine Mehrheitsmeinung repräsentieren (vgl. Arte 2002). Ihre Überzeugungen verkündeten die Aktivisten im Detail und in offensiver Weise zusätzlich zu der DDoS-Aktion in einigen Stellungnahmen, auf diversen Webseiten sowie in zahlreichen Medienberichterstattungen. Die mediale Aufmerksamkeit und das Erzeugen einer politischen Öffentlichkeit für eine informierte Diskussion über ihre Überzeugungen war nach eigenen Aussagen ein wesentliches Anliegen der Initiatoren. Damit unterscheidet sich diese DDoS-Aktion als politische Intervention von jenen, die aufgrund des Fehlens einer Kommunikationsabsicht kaum von kriminellen Taten unterscheidbar sind. Das Erreichen einer tatsächlichen Störung der Webseite der Lufthansa für die anvisierte Stunde der Aktion war nur zweitrangig (vgl. Medosch 2003: 47; vgl. Kneip 2009). Die Aktion war in hohem Maße kollektiv, wie die hohe Anzahl von Mitorganisatoren (insgesamt waren etwa 150 Organisationen an diesem Protest beteiligt) wie auch von Teilnehmern (nach Angaben der Lufthansa selbst etwa 13.000) zeigt. Darüber hinaus zielte die Aktion – im Sinne dessen, was ich als demokratisch verstehe – nicht auf die Durchsetzung eigener Ansichten ab, sondern auf die kollektive und pluralistische Neuverhandlung von Fragen der Migrationspolitik als Nexus politischer Maßnahmen. Allgemeiner ging es um die Frage, wie Migrationspolitik in Deutschland und weltweit gestaltet werden soll. Die Lufthansa AG erwies sich aus Sicht der Initiatoren dieser Kampagne als wichtiger und erreichbarer politischer Akteur. Die Debatte, die in den Medien und in der Gesellschaft durchaus für Furore sorgte, konnte die Abschiebungsflüge durch die Lufthansa und andere Airlines zwar nicht stoppen, doch erzeugte die Kampagne offensichtlich Druck, die eigene Position als privater Akteur innerhalb dieses politischen Zusammenspiels zu prüfen (vgl. Hegmann 2015). So gab die Lufthansa auf einer Aktionärsversammlung öffentlich bekannt, dass sie »Abschiebungen gegen den erkennbaren Widerstand der Betroffenen grundsätzlich ab[lehne]« (Grether 2000). Der damalige Vorstandsvorsitzende Jürgen Weber erläuterte weiter, die

Lufthansa »verhandle auf Expertenebene mit dem Innen- und dem Verkehrsministerium über eine Entbindung von der Beförderungspflicht für zwangsweise Abschiebungen« (ebd.). Auch wenn diesen Verhandlungen keine Taten folgten, hat die Deportation-Class-Kampagne als Beispiel digitalen zivilen Ungehorsams eine Debatte um die deutsche Abschiebungspraxis angestoßen, die weit über die deutschsprachige Öffentlichkeit hinaus zur Kenntnis genommen wurde (siehe beispielsweise Sauter 2014).

Wie Morozovs Position nahelegt, kann aus Sicht eines liberalen Verständnisses – auch in einem solchen Fall wie diesem – eine DDoS-Aktion durchaus als ziviler Ungehorsam angesehen werden (Morozov 2010). Mit dieser Konklusion stimme ich überein, doch ist für mich nicht die Tatsache entscheidend, dass die Organisatoren der Aktion identifizierbar sind und sich einem Strafprozess gestellt haben, sondern vielmehr der hohe Anteil kommunikativer Maßnahmen, der die Aktion in eine Kampagne einbettete. Erst durch ihre offensive Kommunikation haben die Initiatoren ihre Überzeugungen und Anliegen vermittelt und eine politische Öffentlichkeit für das Thema der Abschiebungspolitik erzeugt. Durch diesen Fokus auf den expressiven Aspekt des Protests und die gezielte Begrenzung der DDoS-Aktion auf einen bestimmten Zeitraum wird der politische Charakter der Aktion unverkennbar. Aufgrund der anderen Ausrichtung meines Verständnisses von zivilem Ungehorsam tendiere ich dazu, vergleichbare Akte des Electronic Disturbance Theater und auch die Operation Payback im Spektrum zivilen Ungehorsams zu verorten, obwohl diese Fälle (aus Gründen, die ich später in diesem Kapitel bespreche) eine weniger eindeutige Einordnung zulassen.

Das dritte und letzte Beispiel, das ich hier als digitale Form zivilen Ungehorsams diskutieren möchte, ist Phil Zimmermanns Entwicklung der Software PGP im Jahr 1991 (siehe hierzu Kapitel 3.2.3). Seine Software, die er frei zugänglich machte und somit Verschlüsselung für die zivile Nutzung kostenlos bereitstellte, interpretiere ich als digitale ungehorsame *direct action*, also als eigenmächtige Form digitalen zivilen Ungehorsams. Die Entwicklung von PGP als Technologie zur Realisierung verschlüsselter Kommunikation zwischen beliebigen Akteuren ermöglicht Interaktionen, die ohne Zimmermanns Arbeit nicht möglich wären. Dieser Fall ist damit in einem zweifachen Sinne als konstruktiv zu verstehen: Einmal in dem Sinne, dass er politische Einflussnahme konstruk-

tiv ermöglicht, wo sie durch die bisherigen Machtverhältnisse nicht möglich war (siehe hierzu Green 2001: 6), und zum anderen, indem er eine neue Konvention des digitalen Handelns – nämlich verschlüsseltes Kommunizieren per E-Mail – begründet. Der Ungehorsam von Zimmermann besteht im Erschaffen und Entwickeln eines Produkts, das in seiner Anwendung den damals geltenden US-amerikanischen Exportrestriktionen widersprach, womit sich Zimmermann der Autorität der amerikanischen Regierungspolitik widersetzte. In der ungehorsamen Anwendung und Verbreitung von Code war Zimmermann nicht nur selbst ungehorsam, sondern erschuf eine Technologie, die, indem sie verschlüsselte Kommunikation für die Zivilgesellschaft bereitstellte, zivil ungehorsames Handeln auch in vielen weiteren Kontexten erst ermöglichte.

Betrachten wir dieses Beispiel genauer, so besteht meines Erachtens an der Absichtlichkeit kein Zweifel. Der Konflikt mit dem damals geltenden Recht führte zu über drei Jahre dauernden Strafermittlungen gegen ihn, »who assumed that laws were broken when PGP spread outside the US« (Zimmermann 1996b). Weil die Verbreitung von PGP ihm letztlich nicht nachgewiesen werden konnte, wurde die Untersuchung eingestellt. Verschiedene Ausführungen legen unmissverständlich dar, dass Zimmermann PGP aufgrund von politischen Überzeugungen und Prinzipien entwickelte. In einem Testimonial vor dem amerikanischen Senat im Jahr 1996 ist nachzulesen, welche Überzeugungen Zimmermann bewegten. Zimmermann plädiert dabei eindringlich dafür, die Exportgesetze für Kryptographie zu ändern. Er beschreibt seine Handlung, PGP kostenlos zur Verfügung zu stellen, als Maßnahme, um Privatsphäre im Informationszeitalter zu bewahren, und damit als wichtigen Schritt »for the good of democracy« (ebd.). Zimmermann stand bei vielen Gelegenheiten bezüglich seiner Überzeugungen und Beweggründe Rede und Antwort und ließ keine Frage nach einer Rechtfertigung für sein Handeln unbeantwortet.

Einerseits impliziert dieser digitale Akt die Forderung nach einer Respektierung von im globalen Kontext bereits bestehenden demokratischen Rechten auf Privatsphäre. Andererseits realisiert PGP als Technologie auch dort Rechte auf Privatsphäre, wo Regierungen durch die Überwachung digitaler Kommunikation ihren Bürgern kein uneingeschränktes Recht auf Privatsphäre und Vertraulichkeit zugestehen. PGP fordert in diesen Zusammenhängen nicht nur zukünftige digitale Rechte ein, *es setzt sie um*.

Anders als im von mir vorgeschlagenen Verständnis von zivilem Ungehorsam würde der Fall Zimmermann aus einer liberalen Sicht kaum als ziviler Ungehorsam Anerkennung finden. PGP manifestiert keinen symbolischen Protestakt, der an die Mitbürger einer Nation appelliert, ein bestimmtes Gesetz zu hinterfragen. Als Verschlüsselungswerkzeug, das weltweit zur Geheimhaltung ziviler Nachrichten entwickelt und verbreitet wurde, schafft die Anwendung von PGP in konstruktiver Weise veränderte politische Verhältnisse. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass PGP veranschaulicht, in welcher Weise digitaler ziviler Ungehorsam nationale Grenzen nicht nur überschreitet, sondern technologische Konsequenzen in globalem Ausmaß impliziert. Auch wenn es die (lokalen) amerikanischen Exportrestriktionen waren, aufgrund derer Zimmermann sich strafrechtlichen Untersuchungen stellen musste, ist der Source Code für PGP über das Internet weltweit zugänglich und implementierbar. Die Auswirkungen, die die Möglichkeit der Verschlüsselung von E-Mails mit sich bringt, haben eine politische Wirkung in unzähligen nationalen wie internationalen Kontexten. Welche Konflikte die Entwicklung oder allein die Nutzung von PGP in verschiedenen nationalen Rechtssystemen mit sich bringt, lässt sich jedoch nur erahnen.

Mit diesen drei Beispielen möchte ich von einer weiteren Besprechung einzelner Fälle absehen, da es mir mehr um die zugrundeliegende Argumentation ihrer Einordnung als um eine konkrete normative Beurteilung aller Fallbeispiele geht.

In weiteren Verlauf dieses Kapitels werde ich Eigenheiten digitalen Handelns in den Blick nehmen und sie in Bezug auf das vorgeschlagene theoretische Verständnis von zivilem Ungehorsam reflektieren. Die neuen Konventionen zivilen Ungehorsams im Digitalen, die den Begriff des zivilen Ungehorsams in Anspruch nehmen und seine Bedeutung gesellschaftlich neu aushandeln, transformieren ihn einerseits und erneuern gerade dadurch seine Relevanz in je anderen politischen Kontexten. Zugleich unterlaufen die Eigenheiten des Digitalen das bisherige Verständnis zivilen Ungehorsams und konfrontieren uns mit weitreichenden neuen Fragen, die es letztlich gesellschaftlich zu beantworten gilt. Das Anliegen der folgenden Auseinandersetzung ist nicht primär eine abschließende normative Beurteilung der vorgestellten Fälle, sondern eine argumentative Grundlage anzubieten, die eine fundierte Diskussion der Frage ermöglicht,

welche Formen zivilen Ungehorsams im Digitalen denkbar und aus demokratischer Sicht wünschenswert sind.

7.2. Vom kollektiven zum *konnektiven* Handeln

Kollektives (und nicht isoliertes) Handeln ist im radikal-demokratischen Verständnis ein maßgebliches Wesensmerkmal des zivilen Ungehorsams. Wie erläutert, lässt sich die Bedeutung kollektiven Handelns politisch nicht allein quantitativ als bestimmte Anzahl von Menschen fassen, sondern kann ebenso in einer *prozesshaften Kollektivität* und vor allem einer *Pluriperspektivität* der oder des Handelnden zum Ausdruck kommen (vgl. Marchart 2005: 86). Pluriperspektivität oder auch Intersubjektivität (vgl. Petherbridge 2016: 4) meint nicht allein ein Interesse, das über die individuellen Bedürfnisse hinausgeht, sondern drückt sich durch die Anerkennung und Berücksichtigung demokratischer Rechte anderer aus, was Arendt wie erwähnt als »*erweiterte Denkungsart*« (Arendt 2012a: 60) des Handelnden charakterisiert. Diese Art des Denkens charakterisiert Arendt als das politische Denken schlechthin. Unter erweitertem Denken versteht sie eine Erweiterung des eigenen Horizonts im Prozess der politischen Kommunikation. Es geht dann nicht mehr hauptsächlich darum, eigene Vorteile durchzusetzen und die eigene Weltsicht zu artikulieren, sondern darum, die je unterschiedlichen Auffassungen von Mitmenschen zu erkennen und zu verstehen, um gemeinsam zu Entscheidungen zu gelangen (vgl. Schönherr-Mann 2006: 181).

Diese erweiterte Denkungsart zeigt sich im Bewusstsein der Handelnden, das sich als sozialer Prozess innerhalb ihrer Handlungen realisiert und in ihrer Kommunikation wie Interaktion mit ihren Mitbürgern zutage tritt. Ein demokratisches Bewusstsein bei Handelnden zu erkennen, erfordert demnach einen Einblick in die innere Beschaffenheit eines Netzwerks von Akteuren sowie in dessen Zusammenwirken mit seiner Umwelt. Da es nicht um demokratische Prozesse in einem formalen Sinne geht, sondern um extrainstitutionelle Formen demokratischen Handelns, bleibt eine solche politische Qualität eine komplexe Aufgabe der interpretatorischen Auslegung. Jenseits von Institutionen *demokratisch* zu handeln, ist eine strittige, verhandelbare Qualität, was mit sich bringt, dass sie kaum in eindeutiger Weise beurteilt werden kann.

Michael Walzer weist auf den wichtigen Aspekt hin, dass ziviler Ungehorsam stets eine nicht zu unterschätzende soziale Dimension hat. »The problem of civil disobedience needs to be placed squarely in the context of group formation, growth, tension, and conflict. There is a sociology of disobedience, which has greater relevance for philosophy than has generally been thought« (Walzer 1970a: 21). Zu Recht kritisiert Walzer, dass die Philosophie die sozialen Wirkmechanismen des zivilen Ungehorsams allzu oft vernachlässigt hat und daher häufig zu einem theoretischen Verständnis jenseits seiner politischen Praxis kommt. Die wechselseitige Bekräftigung sowie die gemeinsamen Ideale innerhalb einer Gruppe sind bedeutsame, erhaltende und ermächtigende Kräfte des zivilen Ungehorsams. »Without this mutuality, very few men would ever join the ›contest‹ – not because of the fear of being killed but because of the greater fear of being alone« (ebd.: 21). Verpflichtungen in einer Gemeinschaft, die zu zivilem Ungehorsam gegenüber einem Staat führen, sind immer Verpflichtungen und Verantwortungen *gegenüber einem anderen*, die immer im Austausch *mit einem anderen* entwickelt werden (vgl. ebd.: 22).

Walzers Gedanken aufnehmend, richtet sich der Blick im Folgenden auf das soziale Verhältnis von digital Ungehorsamen untereinander und auf das Verhältnis zwischen ihnen und ihren Mitmenschen.

Das Internet hat die Formen der Kollaboration in sozialen Bewegungen und Kampagnen gravierend verändert. Eine der gravierendsten historischen Veränderungen des 21. Jahrhunderts, die »appearance of a new integration of humans and machines« (Poster 2007a: 224), lässt sich in sozialen Bewegungen jeder Form und auch in der heutigen Praxis des digitalen Ungehorsams erkennen. Neue Formen der Kollektivität, die sich mit digitalen Protestnetzwerken entwickelt haben, sind maßgeblich durch das Zusammenspiel menschlicher und technischer Akteure bestimmt. Welche Auswirkungen diese Veränderung auf die innere *Soziologie des Ungehorsams* hat, von der Walzer spricht, analysiere ich im Folgenden im Rückblick auf die bereits ausgeführten Fallbeispiele. Weiter werde ich diese zusammenfassende Analyse mit der Frage verbinden, welche Implikationen diese Veränderungen für die Kategorie des zivilen Ungehorsams mit sich bringen.

Von jeher war die mediale Präsenz von zivilem Ungehorsam durch Berichterstattung von Massenmedien ein wichtiger Faktor seiner Effektivität und Teil

seiner Dramaturgie. Es ist keine Neuheit, dass soziale Bewegungen von bestimmten Technologien Gebrauch machen und diese ihre Identität, ihre Arbeitsweisen und Handlungsprozesse mit bestimmen (vgl. Milan 2013a). Für den zivilen Ungehorsam ist es jedoch eine neue Entwicklung, dass technische Medien nicht nur eine Rolle bei der Organisation des zivilen Ungehorsams spielen und zu seiner öffentlichen Sichtbarkeit beitragen, sondern selbst zu einem integralen Teil des Handelns werden (vgl. Wong & Brown 2013: 1018).

Wie Bennet und Segelberg mit dem Konzept der »logic of connective action« (Bennett & Segerberg 2012) beschreiben, verändern technologische Gegebenheiten der vernetzten Kommunikation sowohl die Infrastrukturen und Effekte als auch den Inhalt kollektiven Handelns (vgl. auch Dahlberg-Grundberg 2015). Der Einsatz von Technik spielt eine wachsende Rolle, insofern er den zivilen Ungehorsam nicht nur neu in Szene setzt, sondern auch durch das Zusammenspiel zwischen menschlichen und technischen Akteuren neu bestimmt. So ist die Rede von einer »coexistence and coevolution of activists and their technologies« (ebd.: 2) und dem Konzept der *Medienökologie*, das, wie Michael Dahlberg Grundberg erläutert, die McLuhansche Idee von Medien als prothetischen Erweiterungen des menschlichen Körpers übersteigt. Das kognitive Modell der Medienökologie zeigt systemische (Dis)Kontinuitäten auf und veranschaulicht die Koexistenz von menschlichen und technischen Akteuren in dynamischen Verknüpfungen (vgl. ebd.: 3). Im Sinne dieses Modells determinieren Technologien ihre Nutzung nicht vollständig, jedoch strukturieren sie einen Möglichkeitsraum des Handelns vor, in dem ein bestimmtes Handeln begünstigt, ein anderes hingegen erschwert oder gar verunmöglicht wird. Soziale und digitale Medien werden, wie Bennett und Segerberg es ausdrücken, *networking agents*, die die Handlungsmöglichkeiten und Unmöglichkeiten des digitalen Ungehorsams mitbedingen (vgl. Segerberg & Bennett 2011). Häufig, so stellen Bennett und Segelberg fest, seien Technologien dieser Bewegungen »designed from the needs and activities of the individual actors rather than the movement itself and, furthermore, from how new connective and communicative tools may offer the possibility to distribute knowledge and resources throughout a network, enabling a horizontal, individualized form of mobilization [...] that moves away from obligations towards organizational superstructures« (zitiert nach Dahlberg-Grundberg 2015: 5). Technische Akteu-

re als Teil techno-sozialer Verbindungen beeinflussen nicht nur Handlungsspielräume, Kommunikationsstrukturen oder Netzwerkarchitekturen, sondern prägen auch die kollektiven Identitäten der entstehenden hybriden Netzwerke. So beeinflusst beispielsweise, wie Dahlberg-Grundberg am Beispiel der Telecomix aufzeigt, die Struktur und der Modus von Kommunikation innerhalb einer Organisation deren interne Beschaffenheit und diskursive Entwicklung (vgl. ebd.: 5). Diese losen Netzwerke zentrieren sich jeweils temporär um interessen- und themenspezifische Schnittmengen der involvierten Individuen, die sich oft in einer spontanen handlungszentrierten Arbeitsweise, einer *Do-ocracy* (vgl. Fein 2011) zusammenfinden und über je eigene Kommunikationskonventionen und -strukturen wie Chat-Kanäle, Mailinglisten oder Boards verfügen. Es handelt sich nicht um statische Netzwerke, sondern um hochdynamische soziale Geflechte, deren Strukturen im Verlauf kontinuierlich neu ausgehandelt werden. Dimensionen bzw. Gegenstände dieses Aushandlungsprozesses sind geteilte Weltanschauungen, die Nutzung und Veränderung von Technologien sowie verschiedene Organisationsformen (vgl. Dahlberg-Grundberg 2015: 6). Das Internet wird nicht nur zum Informationsmedium, sondern zum Beziehungsmedium, wobei sich diese Beziehungen den Dynamiken und Logiken des Netzwerks entsprechend entwickeln (vgl. Illia 2003: 334).

Was sozio-technische Netzwerke, die diese Handlungsfreiheit des Individuums begünstigen, zusammenhält, ist häufig eine gemeinsame kognitive Praxis: »This perspective interprets associations, and the construction of their collective identities, as being encapsulated in larger social contexts where movement identities, organizational forms, goals and techniques are consequences of interactions between social actors and symbolic and [...] technical actions, for instance, pertaining to the interrelation between online and offline forms of communication, organization and actions« (Dahlberg-Grundberg 2015: 6).

Besonders bei den Beispielen verhältnismäßig größerer Akteurskonstellationen wie Anonymous, den Telecomix oder den Cypherpunks lässt sich einerseits das Zusammenspiel menschlicher und technischer Akteure nachvollziehen und andererseits zeigen, wie symbolische Werte (wie das Prinzip Datalove für die Telecomix oder die Guy-Fawkes-Maske für Anonymous) einen verbindenden, identitätsstiftenden Platz einnehmen. Es lässt sich zwar nicht zeigen, dass sozio-technische Netzwerke *per se* einen geringeren Zusammenhalt erzeugen,

jedoch scheint *der Modus des Zusammenhalts* seitens der partizipierenden Individuen wesentlich flexibler gewählt zu werden.

Innerhalb dieser losen sozio-technischen Netzwerke wird Nähe auf neue Weise erzeugt, wobei der Zusammenhalt nicht auf der physischen Präsenz des Anderen beruht. Affektive Potentiale werden in anderer Weise realisiert: nämlich, wie Knudsen beschreibt, durch »intertwinement of immediacy (the users relate to events as they occur), its loosening of spatial constraints (the users can be situated all over the world) and its interactivity (the users can communicate with each other as individuals)« (Knudsen & Stage 2012). Diese neue Art von Umgebung des gemeinsamen Handelns erweist sich mitunter als höchst interaktiv und intensiv. Die Affinität der Individuen zu gemeinsamen Anliegen wird zum tragenden Element einer temporären, freiwilligen Kollaboration. Parallel zu dieser Logik des Netzwerkes gibt es jedoch auch eine weitere feststellbare Logik, die Milan anhand eines Phänomens beschreibt, das sie als *cloud protesting* bezeichnet. Demnach beherberge ein sozio-technisches Aktionsnetzwerk »know-how, narratives, and meanings associated with collective action, including the building blocks of collective identity« und ermögliche einzelnen Akteuren »[to] ›shop‹ for existing meanings but also contribute to creating and sharing new ones« (Milan 2013a: 40). Diese Flexibilität ermöglicht eine selbstbestimmte Ausgestaltung von Partizipation (vgl. Van De Donk et al. 2004: 18), die dem einzelnen Individuum viele Freiräume und eigenverantwortliche Entscheidungen überlässt, was diese Netzwerke hoch produktiv und effektiv macht (vgl. Illia 2003: 327).

Mit Verweis auf die anthropologische Forschung von Jeff Juris in Bezug auf verschiedene Organisationsstrukturen von Bewegungen lässt sich argumentieren, dass Phänomene wie die Telecomix, Anonymous oder die Anti-Copyright-Bewegung in je eigener Weise zwischen zwei unterschiedlichen Logiken oszillieren, der Logik der Aggregation und der Logik des Netzwerkes (vgl. Juris 2012: 266). Beide Logiken schließen die Fragmentierung und Diversität von Bewegungen nicht aus, doch stehe eine Bewegung als Aggregation von Einzelindividuen stets unter dem Druck »of disaggregation into its individual components«, während in Netzwerken »the collective actors that compose them are more lasting« (ebd.: 266). Phänomene wie Anonymous, die Telecomix oder die Anti-Copyright-Bewegung, die jeweils beide Logiken in verschiedenen (und in

einem dynamischen Prozess wandelbaren) Anteilen aufweisen, sind für außenstehende Mitbürger sowie vermutlich auch für die Beteiligten selbst kaum stabil bzw. eindeutig beschreibbar.

Stattdessen ist es gerade die *Hybridität*, die diese Akteurskonstellationen kennzeichnet: »[S]ome political organizations now simultaneously exhibit quite diverse ways of organizing and mobilizing, mashing together online and offline efforts, combining narrowly channeled actions with looser ones and crossing national boundaries whilst organizing town square fundraisers. This renders them ›hybrid organizational types« (Dahlberg-Grundberg 2015: 4).

Anders als für viele klassische Beispiele zivilen Ungehorsams spielt das handelnde Individuum nicht notwendigerweise als sichtbare Persönlichkeit eine gewichtige Rolle, wohl aber als Träger bestimmter Interessen und Kompetenzen und als Initiator spontaner neuer Beziehungen, die Aktionsnetzwerke erweitern können (vgl. Illia 2003: 327).

Potentielle Mitstreiter werden über Webseiten oder digitale Plattformen informiert, in Aktionen als Mitwissende involviert oder zur Partizipation animiert. Da die Protagonisten selbst nicht sichtbar sind, leben Initiativen von der Existenz dieser offenen Schnittstellen zu unterstützenden oder mitwirkenden Individuen und digitalen Öffentlichkeiten.

Einerseits kann festgestellt werden, dass sozio-technische Netzwerke zumindest ein Potential haben, starke, bedeutsame und effektive soziale Bande zwischen digital Ungehorsamen herzustellen und zu erhalten. Digitaler Ungehorsam kann also keineswegs *per se* als die unsocialere Protestart im Vergleich zu traditionellen Formen zivilen Ungehorsams betrachtet werden.

Andererseits geht diese Offenheit und Hybridität auch mit Schwächen dieser Handlungsgeflechte einher: »The same qualities that make these communication-based politics durable also make them vulnerable to problems of control, decision-making and collective identity« (Van De Donk et al. 2004: 18). Hybridität, Offenheit und ständige Dynamik zwingen dazu, die Erwartungen an Verlässlichkeit und Beständigkeit herabzusetzen – dies gilt jedoch nicht nur für digitale, sondern auch für vergleichbare analoge Organisationsformen (vgl. Juris 2012: 266). Unter internen Gesichtspunkten ist sowohl die Hybridität der vorgestellten Netzwerke als auch die dynamische Logik der Do-ocracy, die aus der Neuverhandlung ihrer Akteure, Prozesse und Aktivitäten hervorgeht, inso-

fern bedeutsam, als sie eine langfristig vorausschauende Planung unmöglich macht und Versprechungen oder Bindungen unter Akteuren höchstwahrscheinlich nur singuläre oder zeitlich begrenzte Geltung haben.

Was zu einem Zeitpunkt eine berechtigte Annahme über Anonymous oder die Telecomix ist, kann zu einem späteren Zeitpunkt völlig unzutreffend sein. Diese Unbeständigkeit und relative Unbestimmtheit stellt Mitbürger als Beobachter und Interaktionspartner dieser Netzwerke in Demokratien vor das Problem, dass es kaum möglich ist, sich ein Bild zu machen, sofern man nicht selbst Teil des Netzwerks ist – und selbst dann ist der oder die Einzelne auf die subjektive Erfahrung beschränkt.

Daher ist es umso bemerkenswerter, dass es beispielsweise den Telecomix durchaus gelungen ist, allein durch ihr Handeln eine gewisse Identität als kollektiver Akteur zu erzeugen. Ihre Initiativen lassen zumindest im bisherigen Rückblick einen *roten Faden* der Überzeugungen, Motive und Strategien erkennen.

Im Vergleich damit ist die identitätsstiftende Wirkung des Sammelnamens Anonymous ambivalenter. Einerseits lassen sich durchaus Konsistenzen in den Aktionen und Äußerungen beobachten. Coleman beschreibt Anonymous als ernst zu nehmende politische Bewegung »composed of people who decide together and separately to take a stand«, auch wenn es zutrifft, dass »organising structures can never quite be apprehended« (Coleman 2014: 395). Zugleich dient andererseits der Name Anonymous als Deckmantel für politisch völlig divergierende Handlungen und Positionen. Ein Beispiel hierfür ist die Facebook-Seite *Anonymous Kollektiv*, die offensichtlich eine Verbindung zur rechten Szene in Deutschland aufweist und von der sich das »echte« Anonymous distanzierte (vgl. Bardeau & Danet 2012).

Um den Kreis dieser Überlegung zu schließen, möchte ich auf die Ausgangsfrage zurückkommen, ob und in welchen Beispielen digitaler Ungehorsam als intersubjektives Handeln gedeutet werden kann. Wie die zahlreichen vorgestellten Beispiele veranschaulichen, lassen sich sehr unterschiedliche soziale Konstellationen für das Handeln der digital Ungehorsamen erkennen, von nahezu allein handelnden Ausnahmeindividuen wie Aaron Swartz bis hin zu Massenkollektiven, die als *affinity group* (vgl. Juris 2008) über Landesgrenzen hinweg aufgrund eines gemeinsamen Anliegens zusammenhalten.

Für zivilen Ungehorsam sind diese oszillierenden Modi der Bildung von Netzwerken und Kollektivsubjekten insofern relevant, als gefragt werden muss, ob und inwieweit sich digitaler Ungehorsam in dieser hybriden Organisationsform als demokratische und intersubjektive Handlungsform interpretieren lässt, in der Einzelne aufgrund einer ›erweiterten Denkungsart‹ mehr sind als eine Masse von Einzelgängern in *digitaler Isolation* (vgl. Isin & Ruppert 2015: 12) und auch mehr als eine elitäre Vereinigung.

Ich möchte im Folgenden darlegen, dass die Hybridität des Akteursgeflechts relevant sein kann, jedoch nicht notwendigerweise entscheidend ist für die Umsetzung einer erweiterten Denkungsart und damit eines intersubjektiven Aktes zivilen Ungehorsams.

Obwohl digital Ungehorsame durch kein gemeinsames Rechtssystem, keinen gemeinsamen Staat und keine gemeinsame Sprache verbunden sind, entsteht in Bezug auf ihr ungehorsames Handeln wiederkehrend der Eindruck, dass sie es als ihre Pflicht ansehen, gesetzwidrig zu handeln, um aus ihrer Sicht entscheidenden Prinzipien Rechnung zu tragen.

Vor dem Hintergrund der Überlegungen zu Vereinigungen, die Walzer *secondary associations with claims to primacy* (Walzer 1970b: 20) nennt, stellt sich nun die Frage, ob sich Ungehorsame unter Umständen – wider alle Hybridität und Dynamik – gegenüber bestimmten Prinzipien oder gar gegenüber einer Vereinigung, die von bestimmten Prinzipien getragen wird, zugehörig und zu ihren Handlungen verpflichtet fühlen. Wie Walzer beschreibt, kann aus dieser Zugehörigkeit ein Anspruch auf die Vorherrschaft der Prinzipien dieser Vereinigungen entstehen, die unter Umständen als höhere Prinzipien angesehen werden als geltende Gesetze. In Fällen, wo Akteure an politische Prinzipien der *digital commons* appellieren, entsteht mitunter der Eindruck, dass sie deren Verteidigung als ihre Verpflichtung anerkennen und demnach eine *Pflicht zum Ungehorsam* umsetzen, sofern diese Prinzipien mit geltendem Recht im Konflikt stehen. Beispielsweise könnte das Prinzip *Datalove* bei den Telecomix (siehe hierzu Kapitel 3.2.7), das für die Überzeugung steht, dass Information für jeden frei zugänglich sein sollte, für die Telecomix aus ihrer Sicht eine Pflicht begründen, für die Zugänglichkeit von Informationen und für freie Meinungsäußerung einzutreten. An diesem Beispiel zeigt sich zumindest ein Potential, dass sozio-technische Netzwerke – über Landesgrenzen hinweg und orientiert an geteilten

Prinzipien – zu *secondary associations with claim to primacy* werden, wie Walzer sie beschrieb. Individuen können sich selbstbestimmt Prinzipien verpflichtet fühlen und diesen (im Sinne eines Versprechens) auch mit der Konsequenz des zivilen Ungehorsams Treue erweisen. Ein Anliegen, das viele Fälle digitalen Ungehorsams über inhaltliche Forderungen hinaus verbindet, ist die performative Forderung einer politischen *Freiheit zur Politik*, die jene Machtverhältnisse, die das Internet manifestiert und die es konstituieren, als Teil dieses politischen Kampfes in Frage stellt. Es geht also um eine Möglichkeit des Einspruchs und der politischen Einflussnahme auf jene privaten wie staatlichen Autoritäten, die digitales Handeln strukturieren, determinieren und häufig ohne erkennbare demokratische Legitimation beherrschen.

Gleichzeitig bleibt es insgesamt fraglich, ob für das, was Walzer als *secondary association with claim to primacy* bezeichnete, ausreichend bindende Faktoren zu finden sind, da Zugehörigkeiten innerhalb digitaler Kulturen »not homogeneous and universal but fragmented, multiple and agonistic« sind (Isin & Ruppert 2015: 13). Für Walzer manifestieren sich verpflichtende Zugehörigkeiten etwa in einem geteilten Verhaltenskodex, der durchaus mit Sanktionen durchgesetzt werden kann, sofern einzelne Mitglieder abweichen. Auch wenn sich zum Beispiel bei Anonymous Fälle von Sanktionen finden lassen, in denen Mitstreiter für ihr öffentliches Erscheinen oder unerwünschtes Verhalten intern sanktioniert wurden (vgl. Crosston 2017), scheinen digitale *secondary associations with claim to primacy* Walzers Anspruch nicht vollends gerecht zu werden. Die vergleichsweise hohe Hybridität individuell selbstbestimmter Partizipation spricht vielmehr für eine flexiblere Form des politischen Bündnisses, aus der zwar individuell empfundene, aber keine kollektiv bindenden Verpflichtungen abgeleitet werden können.

Letztlich entscheidend für zivilen Ungehorsam ist jedoch nicht das Teilen eines gemeinsamen Anliegens innerhalb eines Kollektivs, sondern die intrinsische Intersubjektivität des Handelns, die sowohl von einem Netzwerk von Handelnden als auch von einem einzelnen Individuum realisiert werden kann. In Kapitel 5.3.3 habe ich gezeigt, dass auch ein Individuum (wie Aaron Swartz) in dem Sinne intersubjektiven digitalen Ungehorsam üben kann, dass sein Anliegen seine persönlichen Interessen weit übersteigt und das veranschaulicht, was Arendt »erweiterte Denkungsart« genannt hat. Swartz ging es um die freie Zu-

gänglichkeit von wissenschaftlicher Forschung und damit letztlich um den gleichberechtigten Zugang aller Menschen zu Information als politische Vision, die das Gemeinwohl von Menschen (gegenüber dem finanziellen Profit wissenschaftlicher Verlage) in den Vordergrund stellt. Von dieser Überlegung ausgehend, können also auch einzelne Individuen existierenden Prinzipien und Aspirationen folgen oder neue initiieren (vgl. Milan 2013a: 40) und als Einzelne durch ihre Fähigkeiten und Meinungen zu einem kollektiven Ganzen beitragen, ohne – und das ist entscheidend – dass ihr Anliegen *in und von einem Kollektiv vorgebracht wird*. Nicht zu vergessen ist jedoch, dass dies im Rahmen ungehorsamer Bewegungen keineswegs etwas grundlegend Neues oder Ungewöhnliches ist.

Wie Walzer schon 1970 meint, ist für politische Dissidenzbewegungen selbst kaum mit Sicherheit festzustellen, dass all ihre Mitstreiter dieselben Ziele verfolgen. »[S]uch assumptions may have to be sustained without proof for some time« (Walzer 1970a: 39).

Dennoch bleibt eine gravierende Schwierigkeit: Auch wenn jeweils demokratisch legitime intersubjektive Anliegen einzelne Individuen leiten und ihren zivilen Ungehorsam legitimieren mögen, sind diese selbstgewählten Verpflichtungen der einzelnen Individuen oft schwer zu erkennen und von persönlichen Interessen oder situativen Impulsen nicht zu differenzieren. Auch wenn gemeinsame Prinzipien und selbstgewählte Verpflichtungen für diese Akteure tragend sein mögen, lässt zudem die häufig anonyme Vorgehensweise und dynamische Struktur die Frage offen, wie sich Verantwortung verteilt und gegenüber Dritten formuliert werden kann (vgl. Züger et al. 2015: 120). Für die Rechtfertigung des einzelnen digital Ungehorsamen und seiner spezifischen Strategie im Verhältnis zu einem Ziel birgt diese Unschärfe durchaus ein Problem, da ein demokratisches intersubjektives Handlungsmotiv und eine *erweiterte Denkungsart* unter diesen Umständen zwar häufig vermutet, jedoch nicht belegt werden kann. Diese Schwierigkeit entsteht, wie ich dargestellt habe, nicht aus der Hybridität der Handlungsformen, sondern aus der häufig gewählten digitalen Anonymität, der sich der folgende Abschnitt widmet.

7.3. Anonymität

Ziviler Ungehorsam war lange Zeit im Kern eine politische Praxis, die mit der Erscheinung des Individuums als Persönlichkeit und der physischen Präsenz von Menschen inhärent verbunden war. Für Arendt ist es die Einzigartigkeit des erscheinenden Individuums, das die Unvorhersehbarkeit des politischen Handelns ermöglicht (vgl. Arendt 2008: 217). Für die meisten klassischen Vertreter der politischen Theorie, so auch für Arendt oder Rawls, ist ziviler Ungehorsam ein Akt vor dem »Forum der Öffentlichkeit« (Rawls 1979: 413; vgl. Arendt 2000: 295), was die Vorstellung eines anonymen Aktes implizit ausschließt. Im Gegenteil ist es in ihrem Verständnis und auch in der Argumentation vieler heutiger Vertreter geradezu essentiell, dass Ungehorsame ihren Körper als Medium des Ungehorsams einsetzen und mit ihrer Person identifizierbar für ihren zivilen Ungehorsam eintreten. Die Gründe für diese Ansicht variieren: Manche behaupten, dass nur mit der Identifizierbarkeit die Ernsthaftigkeit des Protest zu belegen sei, da der Ungehorsame damit das physische wie rechtliche Risiko der Bestrafung eingehe (siehe hierzu Rawls 1979: 404; Baggini 2011). Baggini macht diese Haltung explizit, wenn er behauptet: »Clandestine civil disobedience is as oxymoronic as a secret protest march. [...] When Rosa Parks took her place on the bus, she did not hope she wouldn't get caught. Rather, she defied the authorities to arrest her« (Baggini 2011). Auch Kimberly Brownlee ist der Ansicht, dass »non-evasion« (Brownlee 2012: 34) erst den Beweis der unbeirrten Gewissensmotivation eines Ungehorsamen erbringt. »It is through our consistent non-evasion of the costs that we signal we are neither inconstant or hypocritical« (ebd.).

Andere argumentieren hingegen, dass es um die öffentlich geteilte und kollektive Erfahrung des Ungehorsams gehe, der diesen erst zum politischen Akt erhebe (siehe beispielsweise Arendt 2000: 300). Für viele der klassischen historischen Beispiele zivilen Ungehorsams, etwa jenes von Rosa Parks, war es unbestrittenerweise zentral, dass Akteure sich bewusst identifizierten und körperlich inszenierten, da sie nur so Aufmerksamkeit erregen konnten und ihre Geschichten nur dadurch zu unverwechselbaren politischen Ereignissen und Narrativen der damaligen und heutigen Debatte wurden. Dennoch existierte lange vor der Möglichkeit der Anonymisierung durch digitale Technologien die An-

sicht: »What really matters are the countless small deeds of unknown people who lay the basis for the events of human history« (zitiert nach Kelly 2016), wie Noam Chomsky seinen Freund Howard Zinn paraphrasiert. Schließlich war es keineswegs so, dass jeder, der an Gandhis Salzmarsch oder der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung teilnahm, namentlich bekannt wurde.

Anonymität ist eine der gravierendsten Veränderungen und Herausforderungen, die das Internet für das politische Handeln mit sich bringt, und kann gar als »defining [struggle] of our time« gesehen werden (Isin & Ruppert 2015: 13; vgl. Crosston 2017). Die Anonymität von politischen Akteuren (mögen sie digital handeln oder nicht) erscheint daher in einem von Arendt inspirierten Denken zunächst wie ein Widerspruch.

Ich werde im Folgenden jedoch die Auffassung vertreten, dass diese Widersprüchlichkeit sich weder faktisch noch theoretisch bestätigt. Stattdessen lassen sich durchaus anonyme politische Akte beobachten und denken – also auch solche, die ich als digitalen zivilen Ungehorsam beschreibe. Was ich jedoch zeigen werde, ist, dass Anonymität auch Nachteile für politisches Handeln und Sprechen mit sich bringt, so dass unter strategischen Gesichtspunkten ernst zu nehmende Gründe gegen die Wahl der Anonymität sprechen.

Anonymität war und ist seit der Entstehung des World Wide Web ein kontrovers diskutierter Handlungsmodus. Einerseits wurde bereits früh das Potential von Anonymität betont, im digitalen Kontext der Diskriminierung entgegenzuwirken, freie Meinungsäußerung zu befördern und vor Datenmissbrauch zu schützen (siehe hierzu Akdeniz 2002; Turkle 1995). Diese Sichtweise auf Anonymität wird bis heute beispielsweise durch die Entwicklung des anonymisierenden TOR-Netzwerks repräsentiert, dessen Initiatoren TOR als erstrebenswerte Errungenschaft mit menschenrechtlichen Argumenten verteidigen (vgl. torproject.org) (siehe Kapitel 3.2.6).

Andererseits wird gerade aufgrund von sicherheitspolitischen Bedenken argumentiert, dass Anonymität zu steigender Kriminalität und Terrorismus führe (vgl. Davenport 2002), obwohl dieser Zusammenhang empirisch kaum zu belegen ist. Wie einige Studien zu sozialen Auswirkungen von anonymem digitalem Handeln nahelegen, kann Anonymität zu einer Enthemmung im sozialen Umgang miteinander beitragen, zu einem sogenannten *Online Disinhibition Effect* (Suler 2005). Eine jüngere Studie legt jedoch eher das Gegenteil nahe, nämlich

dass anonym handelnde Kommentatoren gar ein weniger aggressives Verhalten an den Tag legen (siehe hierzu Rost et al. 2016).

Jenseits dieser Ambivalenz empirischer Untersuchungen zu digitaler Anonymität ist grundsätzlich bedenklich, dass mitunter jenen, die sich entschließen, anonym zu handeln, pauschal zwielichtige oder gar kriminelle Motive unterstellt werden. Anonymität stellt – zumindest aus theoretischer Sicht – die Frage nach dem Wesen des Menschen in den Raum, also die Frage, ob Anonymität – wie manche warnen – den Menschen zu einem asozialen und rücksichtslosen Wesen werden lässt, sofern er keinerlei Rechenschaft ablegen oder Strafe fürchten muss (vgl. Isin & Ruppert 2015: 115). Diese Befürchtung spricht dem Handelnden ab, soziale Prinzipien des Handelns auch unabhängig von möglichen sozialen Sanktionen eines Gegenübers durchzuhalten. Darüber hinaus blendet diese Befürchtung das Potential von Anonymität aus. Anonymität erzeugt einen Möglichkeitsraum, in dem Akteure jenseits einer öffentlichen Welt, die von Hegemonien, Demokratiedefiziten und Ungerechtigkeiten geprägt ist, bestehende Strukturen umgehen und selbstbestimmt handeln können – was möglicherweise in repressiven Staaten die einzige sanktionsfreie Möglichkeit politischen Handelns darstellt.

Infolgedessen werden diese beiden Szenarien der Auswirkungen von Anonymität häufig argumentativ gegeneinander abgewogen. Dass Anonymität den Schutz der Privatsphäre und freie Meinungsäußerung befördert, wird gegen jenen Schaden abgewogen, der aus dem *Missbrauch* von Anonymität resultieren kann: »from drug barons, the mafia, and other criminals being untouchable« (Davenport 2002). Dieses paradigmatische Abwägen und Gegenüberstellen bürgerlicher Rechte – etwa Privatsphäre und freie Meinungsäußerung oder freier Zugang zu Information – gegenüber Sicherheitserwägungen ist Teil einer problematischen sicherheitspolitischen Logik, die bereits als solche hinterfragt werden kann. Kann allein die Möglichkeit, bürgerliche Freiheiten zu missbrauchen, je für eine generelle Abschaffung dieser Freiheiten sprechen? Was hingegen naheliegt, ist, dass Anonymität sich stets kontextabhängig und ambivalent auswirkt (Christopherson 2007; Karlan 2012) und als soziale Konfiguration eine solche Komplexität aufweist, dass sie sich einem kategorischen normativen Werturteil entzieht (vgl. Marx 1999). Anonymität wird selten vollständig und andauernd erzeugt; sie tritt vielmehr in verschiedenen Graden und

Typen auf und kann in jeweils unterschiedlichen sozialen Konstellationen und Formen der Interaktion ganz unterschiedliche Implikationen haben (vgl. ebd.). Die allgemeine normative Abwägung von Anonymität basiert auf einigen sehr zugespitzten Prämissen, die den tatsächlichen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten des anonymen Handelns nicht gerecht werden. Einerseits lässt sich zunächst in Frage stellen, ob Kriminelle durch Nutzung von Anonymisierungstechnologien tatsächlich unantastbar werden – beispielsweise konnte das amerikanische FBI im November 2014 Dutzende in illegalen digitalen Drogenhandel und Geldwäsche verwickelte Personen erfolgreich identifizieren und festnehmen (Greenberg 2014). Die Tatsache, dass anonymes Handeln die Strafverfolgung von Akteuren erschweren kann, ist zudem oft normativ ambivalent: Anonymität kann nämlich nicht nur gerechtfertigte Strafen verhindern, sondern ebenso eine Strategie sein, um eine unangemessene Strafe zu vermeiden, die gerade im Kontext digitaler Dissidenz massiv ausfallen kann. Wie bereits im Kontext der Diskussion des liberalen Ansatzes von Evgeny Morozov gezeigt, lässt sich die Forderung, jeder Akt des zivilen Ungehorsams müsse sich vor dem Hintergrund einer allgemeinen Gesetzestreue des Akteurs artikulieren, als problematische Einschränkung entlarven. Politisches Handeln in Form von zivilem Ungehorsam wird in manchen Fällen erst durch Anonymität realisierbar. Manche politische Kontexte wie Bedingungen der Zensur, Überwachung und anderer Formen der politischen Repression können politische Subjekte zur Nutzung von Anonymisierungstechnologien veranlassen, die es ihnen überhaupt erst ermöglichen, in Kontexten politisch zu handeln, in denen der Selbst- und Mitbestimmung von Bürgern gewaltsame Grenzen auferlegt sind. Anonymität kann damit in repressiven Kontexten bürgerliche Autonomie wiederherstellen, indem die Identität des Einzelnen in der Masse der Vielen unkenntlich wird.

Die Nutzung von Anonymisierungstechnologien ist deswegen weitaus mehr als eine Strategie zur Umgehung von Sanktionen – worauf sie häufig reduziert wird. Sie ist in solchen Kontexten vielmehr als emanzipatorischer Akt zu verstehen, der das Recht auf Rechte – auf politische Teilhabe – verwirklicht. Anonymisierungstechnologien können im Kontext der Kommunikation unter Bürgern nicht nur das Recht auf Privatheit einlösen, dass durch massenhafte Überwachung bedroht ist, sondern ebenso essentiell für die Entwicklung politi-

scher Öffentlichkeit sein. Wo die Zusammenkunft von Bürgern zum Austausch ihrer Meinungen und zur Organisation politischen Handelns unter Beobachtung oder gar Strafe steht, können Anonymisierungstechnologien das Bürgerrecht auf Versammlung und Organisation politischer Netzwerke wiederherstellen. Besonders vor dem Hintergrund staatlicher Überwachung schaffen Verschlüsselungs- und Anonymisierungstechnologien neue Wege der Dissidenz und neue Möglichkeiten der Umsetzung von zivilem Ungehorsam, beispielsweise in Form von Whistleblowing (vgl. Bodó 2014: 8).

Folgt man Lagasnerie, so ist Anonymität ein maßgeblicher Faktor für die Entstehung einer neuen Form politischen Handelns, die den Rahmen staatlichen (Re)agierens bzw. den Rahmen des nationalstaatlichen politischen Systems übersteigt. Andererseits kann ebenso argumentiert werden, dass gesellschaftlich etablierte Formen der Anonymität ebenso wie persönliche Rechte auf Privatheit durch digitale Überwachung beeinträchtigt werden und Anonymisierungstechnologien somit nur wiederherstellen, was historisch betrachtet lange Zeit ein Teil bürgerlicher Freiheit war (vgl. Marx 1999).

Ohne ein normatives Urteil zu treffen, lässt sich festhalten, dass Anonymität zu einem zentralen Element der Kultur des Internets geworden ist, das zu einer Ästhetik der Anonymität sowie, betrachtet man Anonymous, auch zu einem Ethos der Anonymität geführt hat (vgl. Bardeau & Danet 2012; Coleman 2013a: 219). Anonymität erweist sich als entscheidender und ermöglichender Faktor neuer Formen kollektiver Identität und egalitären kollektiven Handelns. Die Handlungskonvention, die Coleman mit Blick auf Anonymous als *ethos e pluribus unum* beschreibt, verwehrt sich der Idee einer Politik, die durch individualistische und heroische Einzelfiguren und taten bestimmt wird (vgl. ebd.: 219). Die Idee des politischen Handelns durch ein undifferenzierbares Kollektiv ist keine Erfindung des digitalen Zeitalters, doch hat Anonymous dieser Idee eine völlig neue Reichweite und Bedeutung gegeben, indem sie zum Leitmotiv ihres Handelns wird.

Die Kritik, mit der sich Anonymous konfrontiert sieht – beispielsweise von Julian Baggini (siehe hierzu Baggini 2011), rührt möglicherweise von einer generellen Skepsis gegenüber der tatsächlich neuen und radikalen Idee her, dass anonymes politisches Handeln dem öffentlichen Handeln gleichwertig sein kann. Mit der kategorischen Abwertung anonymen politischen Handelns geht ein

Verständnis von Politik einher, das besagt, dass Politik diejenigen, die sich engagieren, etwas kosten müsse – in Form eines Risikos, das sie für ihre Teilhabe tragen müssen (vgl. Lagasnerie 2016: 95).

Eher jedoch ist es eine strategische Entscheidung der zivil Ungehorsamen, ob sie sich von der Annahme einer Strafe eine stärkere politische Einflussnahme erhoffen oder ob sie mit einer Strafe schlicht das Risiko eingehen, dass sie selbst wie auch ihr politisches Anliegen aus dem öffentlichen Bewusstsein entfernt werden. Die Verurteilung zu unverhältnismäßig massiven Freiheits- oder Geldstrafen kann zivilem Ungehorsam darüber hinaus schaden, da der rechtliche Abschreckungseffekt für freiheitliche politische Debatten eine beängstigende Einschränkung darstellen kann. Mitmenschen werden in der Folge möglicherweise nicht aus freien Stücken, sondern aus Angst dazu tendieren, einen Akt des Protests als kriminellen Akt abzuwerten. Aus diesen verschiedenen Gründen kann also die freiwillige Annahme einer Strafe und damit die Offenlegung der Identität für zivil Ungehorsame eine strategisch nachteilige Entscheidung sein.

In Bezug auf die Frage der Öffentlichkeit kommen Lagasnerie und Morozov interessanterweise zu völlig gegensätzlichen Urteilen: Wo Lagasnerie mit Blick auf Anonymous beschreibt, dass die »Problematik der Politik – und der Demokratie – von der Problematik des öffentlichen Raums« (ebd.: 91) entkoppelt werde, behauptet Morozov beispielsweise für den Fall der Operation Payback: »The attacks were clearly public« (Morozov 2010). Diese Kontroverse bringt erneut zum Vorschein, dass die entscheidende Frage (auch im Kontext zivilen Ungehorsams) die ist, wie genau politische Öffentlichkeit verstanden wird und in welchem Verhältnis diese zum Erscheinen der Persönlichkeit steht.

Einerseits halte ich es für verkürzt, die Operation Payback ohne weitere Diskussion als öffentliches Geschehen zu interpretieren. Andererseits lässt sich auch die von Lagasnerie vertretene These, Anonymität ermögliche ein politisches Handeln abseits der Öffentlichkeit, in Frage stellen.

Lagasnerie argumentiert, dass eine Kritik an anonymen Formen politischen Handelns eine problematische Verknüpfung zwischen dem Politischen und der Öffentlichkeit impliziere, die letztlich ein Exklusionsmuster darstelle, indem sie bestimmten Gruppen und Formen des Protests den Zugang zum Raum des Protests abspricht. So zutreffend ich die Beobachtung bezüglich dieses Exklu-

sionsmusters halte, bezweifle ich, dass man eindeutig davon sprechen kann, dass beispielsweise Anonymous tatsächlich jenseits der Öffentlichkeit handelt. Was dem Raum geteilter Erscheinungen der Welt entzogen wird, ist allein die individuelle Identität des Akteurs, nicht die kollektive Identität oder geteilte Idee – die zwar offen, jedoch auch nicht völlig unbestimmt ist –, und vor allem werden nicht *die Handlungen selbst* der politischen Öffentlichkeit entzogen. Arendt hatte es so ausgedrückt: »*Handelnd und sprechend* offenbaren die Menschen jeweils, wer sie sind, zeigen aktiv die personale Einzigartigkeit ihres Wesens, treten gleichsam auf die Bühne der Welt, auf der sie vorher so nicht sichtbar waren, solange nämlich, als ohne ihr eigenes Zutun nur die einmalige Gestalt ihres Körpers und der nicht weniger einmalige Klang ihrer Stimme in Erscheinung traten« (Arendt 2008: 219, meine Hervorhebung). Es ist also nicht die Erscheinung von Körper und Stimme, die das Politische konstituiert, sondern das Handeln und Sprechen *ist selbst das Erscheinende*. In diesem Sinne weisen auch Isin und Ruppert darauf hin, dass Sprechende und Handelnde sich keineswegs identifizieren oder ihren Standort preisgeben müssen, um ihren Handlungen illokutiven oder perlokutiven Gehalt zu verleihen (vgl. Isin & Ruppert 2015: 67). Der Behauptung, »messages sent anonymously are unlikely to have much impact on their own« (Davenport 2002), kann besonders im Kontext des Whistleblowings vehement widersprochen werden. Anonymität verhindert nicht per se, dass Handelnde Informationen oder ihre Überzeugungen wirkungsvoll mitteilen.

Ich stimme mit Lagasnerie überein, dass Anonymität das vorherrschende Verständnis von Politik herausfordert und es von einem etablierten Pathos zu befreien versucht, jedoch halte ich die Idee der Entkopplung des Politischen vom Öffentlichen für problematisch. Die technischen Möglichkeiten, die anonymes politisches Handeln realisieren, legen nicht eine *Ablösung* von der Öffentlichkeit nahe, sondern erfordern ein *Neuverständnis* von Öffentlichkeit. Selbst wenn man mit Arendt argumentiert, lässt sich hervorheben, dass die Öffentlichkeit nicht allein durch das persönliche Erscheinen geprägt ist, sondern sich das Öffentliche vor allem durch ein gemeinsames Anliegen konstituiert, nämlich als »die Welt selbst insofern sie das uns Gemeinsame ist« (Arendt 2008: 65). Politisch wird Öffentlichkeit erst durch die Art des Diskurses und Handelns, durch zwanglose und herrschaftsfreie Mittel der Überzeugung und Argumenta-

tion. Selbst wenn Arendt zu ihrer Zeit nicht vor der Herausforderung stand, diesen Weltbezug für anonyme Akteure zu denken, ist diese Interpretation nicht ausgeschlossen, sondern im Gegenteil vor dem Hintergrund digitaler Informationstechnologien geboten.

Jenseits dieser Forderung nach einem Neudenken der politischen Öffentlichkeit, das Möglichkeiten des anonymen Handelns integriert und Anonymität nicht nur als Mangel, sondern als Existenzmodus gerade im Kontext technisch vermittelten Handelns versteht (vgl. Lagasnerie 2016: 82), muss jedoch gefragt werden, welche strategischen Vor- und Nachteile Anonymität mit sich bringt, die für die Anerkennung und Rechtfertigung von zivilem Ungehorsam eine entscheidende Rolle spielen können. Für zivilen Ungehorsam ist die entscheidende Frage nicht, ob politische Akteure selbst in Erscheinung treten, sondern ob ihre erscheinenden Sprechakte und Handlungen einen politischen und demokratischen Weltbezug erkennen lassen. Anonymität stellt sich insofern *nur dann* als epistemische Herausforderung für zivilen Ungehorsam dar, wenn sie die demokratische Ausrichtung des Handelns unkenntlich macht. Die Anonymität von Handelnden erschwert es, ihre Aktion zu deuten und von unpolitischen Akten aus Eigeninteresse zu unterscheiden, sofern die Akte selbst es nicht vermögen, eine nachvollziehbare Auskunft darüber zu vermitteln. Bei Beispielen wie Anonymous (abgesehen von der Operation Payback) ist es unklar, ob *insgesamt und dauerhaft* von prinzipienbasierten politischen Handlungen gesprochen werden kann, wenn »a notable component of Anonymous' activities are done simply for the lulz and not for economic or political gain« (Wong & Brown 2013). Kann vor diesem Hintergrund eine Stellungnahme, beispielsweise eine Pressemitteilung von Anonymous, für die Intentionen aller Beteiligten sprechen, wenn gleichzeitig betont wird, dass niemand in repräsentativer Weise für Anonymous sprechen kann?

Trotz aller prinzipiellen Verteidigung der Anonymität als eines potentiellen politischen Handlungsmodus widerstrebt Anonymität in manchen Hinsichten menschlichen Interaktions- und Organisationskonventionen. Anonymität ist bis auf wenige Ausnahmen nicht der Normalzustand in menschlichen Gemeinschaften. Allein aus psychologischen und ontologischen Gründen ist eine Welt, die auf anonymen Interaktionen aufbaut, schwer vorstellbar (vgl. Marx 1999). Anonymität verhüllt nicht nur den Namen einer Person. Sie erschwert es auch ande-

ren Bürgern, ein vertrauensvolles Verhältnis zu politischen Akteuren aufzubauen, weil opak bleibt, wer spricht oder handelt, in welcher Konstellation von Akteuren (einer kleinen Gruppe oder großen Bewegung) und vor allem aus welchem Denken heraus und mit welchen Überzeugungen der Handelnde aktiv wird.

Der Verlust dessen, was Arendt als das Erscheinen der Persönlichkeit bezeichnet, mag zwar für die Frage des Politischen zu verkraften sein, doch bringt die Abwesenheit von Persönlichkeiten auf sozialer Ebene zumindest Hemmnisse mit sich (vgl. Arendt 2008: 249f.). Die politische Tat muss durch die Qualität des Sprechens und Handelns den Umstand aufwiegen, dass sie ohne Gesicht, ohne Geschichte und ohne Beziehung zu Mitmenschen in Erscheinung tritt.

Daher erfordert Anonymität – zumindest nach heutigen Konventionen – als soziale Konfiguration einen höheren Nebenaufwand, um als politische Kommunikation erfolgreich zu sein. Edward Snowdens Entscheidung, seine Identität preiszugeben, sehe ich (neben anderen Beweggründen) auch als strategische Entscheidung zugunsten eines Verhältnisses zu Mitbürgern, das Vertrauen in ihn als Person, in seine Glaubwürdigkeit und in die Authentizität seiner Informationen und Überzeugungen ermöglicht. Die Unsichtbarkeit von Akteuren, ihrer Interessen und Beweggründe und der tragenden Prinzipien für ihren zivilen Ungehorsam, ist ein hemmender Faktor der sozialen Interaktion zwischen ihnen und ihren Mitbürgern und ebenso ein hemmender Faktor für die Kommunikation von Rechtfertigungsgründen bzw. für die eigenständige Erschließung derselben durch Mitbürger.

Soziale Beziehungsgeflechte favorisieren aus verschiedenen gesellschaftlich tief verankerten Gründen die gegenseitige Identifizierbarkeit. »Mutual revelation is a sign of good faith which makes it easier to trust (not unlike the handshake whose origin reportedly was to show that one was not carrying a weapon). It also makes possible reciprocity, perhaps the most significant of social processes« (Marx 1999). Das entscheidende Interaktionsmuster, das ein triftiges strategisches Argument gegen die Wahl der Anonymität bietet, ist die *Reziprozität* menschlicher Handlungen.

Die Möglichkeit der Identifizierbarkeit begünstigt es, im politischen und nicht im rechtlichen Sinne Verantwortlichkeit herzustellen, indem die Möglichkeit der reziproken Ansprache besteht. Die mangelnde Reziprozität, die durch Anony-

mität erzeugt wird, bringt ein soziales Wissensgefälle mit sich, das Misstrauen oder auch einen negativen Bias begünstigen kann, und zwar in dem Sinne, dass »normative [good] behavior is more likely when people are identifiable« (ebd.) (auch wenn dies nicht zwangsläufig zutrifft).

Die Auflösung kommunikativer Reziprozität ist also durch diese potentielle Beeinträchtigung des Verhältnisses zu Mitmenschen ein entscheidendes Argument, das *gegen* die Anonymisierung der eigenen Identität für Akte zivilen Ungehorsams spricht. Brownlee argumentiert, dass der einzelne Ungehorsame seine Überzeugung nicht notwendigerweise von sich aus publizieren müsse, jedoch eine Pflicht habe, diese auf Anforderung darzulegen, damit die Gewissenhaftigkeit (oder auch Prinzipienbasiertheit) seines Handelns beurteilt werden könne (vgl. Brownlee 2007: 191). Bei digital Ungehorsamen besteht aber in manchen Fällen nicht einmal die Möglichkeit, sie als Einzelne zur Kommunikation aufzufordern.

Nun lässt sich erneut entgegenen, dass Anonymität auch in nicht-virtuellen sozialen Kontexten eine durchaus etablierte soziale Norm ist, wie zum Beispiel bei Demonstrationen, wo die individuelle Identifikation von Personen trotz aller Überwachungstechnologie noch immer schwierig ist (vgl. Isin & Ruppert 2015: 67). Eine Diversität von Meinungen kann vermutlich bei den allermeisten sozialen Bewegungen festgestellt werden. So könnte man argumentieren, dass es eine bekannte Schwierigkeit sei, Einsicht in die Handlungsprinzipien politischer Akteure zu gewinnen, und dieser Umstand keineswegs nur beim digitalen Protest zu beobachten sei. Dies ist prinzipiell richtig, doch macht es meiner Ansicht nach einen entscheidenden Unterschied, ob Teilnehmer einer Protestbewegung im Detail verschiedene politische Ziele verfolgen oder ob es prinzipiell unmöglich ist, Beteiligte auf ihre Überzeugungen hin zu befragen.

Der Aspekt des Erscheinens des Individuums geht bei manchen Formen des Ungehorsams, etwa der DDoS-Aktion oder der Nutzung von Umgehungstechnologien und Proxies – gänzlich verloren. Daraus lässt sich nicht schließen, dass die hier Handelnden zwangsläufig weniger bereit sind, Aufwand auf sich zu nehmen oder ein Risiko zu tragen. Es lässt sich schlicht nicht feststellen, was Einzelne zu ihren Taten motiviert, sofern sie dies nicht proaktiv und zusätzlich zu ihrer Handlung mitteilen; dies lässt ihre Handlungen stets in einer gewissen Unschärfe.

Im Bezug auf Filesharer ist diese Unbestimmbarkeit der tragenden, als Rechtfertigungshintergrund fungierenden politischen Überzeugen leicht zu veranschaulichen: 2011 beispielsweise haben laut einer Studie in Deutschland 17 Prozent aller Internetnutzer und 31 Prozent aller Männer zwischen 18 und 29 Jahren illegale Medieninhalte genutzt oder heruntergeladen. Fast 24 Prozent des weltweiten Datenaufkommens ist auf den illegalen Transfer von urheberrechtlich geschütztem Material zurückzuführen (wobei pornographische Inhalte in dieser letzten Statistik nicht mit erfasst wurden) (vgl. Martens et al. 2012: 8f.). Selbst wenn diesen Nutzern ein Rechtsbruch bewusst ist, bleibt fraglich, ob sie diesen absichtlich mit einem politischen Ziel begehen oder ob das zentrale Motiv nicht vielmehr die kostenlose Mediennutzung bleibt (vgl. ebd.: 9).

Die Frage nach den Überzeugungen der Beteiligten bleibt damit leider in manchen Fällen trotz einzelner Stellungnahmen mit Ungewissheit und Unschärfe behaftet.

Diese Ungewissheit aus Sicht der Mitbürgerinnen und Mitbürger ist meines Erachtens ein strategischer Nachteil für die Beziehung zu diesen, der die Klarheit oder Nachvollziehbarkeit von Rechtfertigungsargumenten negativ beeinflussen kann. So gesehen könnte sich Anonymität – sofern sie nicht kontextbedingt unerlässlich ist – möglicherweise zum Schaden des Anliegens der zivil Ungehorsamen auswirken, da ihr politisches Anliegen vor diesem Hintergrund der Unklarheit nicht im selben Maße anerkannt wird wie jenes von identifizierten politischen Akteuren. Anonymität ist, wie ich hier dargelegt habe, zwar kein kategorisches Hindernis für gerechtfertigten zivilen Ungehorsam, doch ist die Entscheidung über die Preisgabe der eigenen Identität für zivilen Ungehorsam keineswegs banal oder nebensächlich, sondern eine folgenreiche strategische Wahl.

Ebenso müssen digital Ungehorsame eine Entscheidung darüber treffen, welche Teile ihrer Meinung und ihres Handelns sie an Softwarecode als ausführende Sprache delegieren. Neben der Anonymisierung von Handlungen stellt auch die Automatisierung digitalen Ungehorsams dessen theoretische Betrachtung vor neue Fragen, wie ich im Folgenden erläutere.

7.4. Verlust der Autonomie? Zur Automatisierung digitalen Ungehorsams

Während die Wissenschaft einerseits die ermächtigenden oder begünstigenden Faktoren digitaler Technologien für politische Bewegungen betont, verstehen andere Stimmen die Beteiligung an Online-Petitionen oder Kampagnen und sogar die Teilnahme an DDoS-Aktionen pejorativ als Slacktivismus oder *Clicktivismus*: als »low-risk, low-cost activity via social media, whose purpose is to raise awareness, produce change, or grant satisfaction to the person engaged in the activity« (Rotman et al. 2011; siehe hierzu auch Sauter 2014: 5). Diese Form der eher unaufwendigen, daher bequemen und nahezu passiven digitalen Bekundung politischer Ansichten ist sicher existent, doch ist fraglich, ob sie nicht eine eigene politische Funktion erfüllt, die zwar weniger ist als ein direktes politisches Handeln, jedoch immer noch mehr als eine bloße Geste der politischen Selbstbeschwichtigung. Die Einordnung von DDoS-Aktionen als Akt des Klicktivismus, die diese Debatte ebenso hervorgebracht hat, ist allerdings fraglich, da DDoS-Aktionen mitunter mit hohen Risiken verbunden sind – unabhängig davon, ob diese von den Handelnden auch so wahrgenommen werden (vgl. Halupka 2014: 118; vgl. Sauter 2014: 103) .

Weniger als der Aspekt, dass Handelnde geringere Kosten im Sinne eines geringeren Zeit- und Aktionsaufwand auf sich nehmen, stellt der Aspekt der Automatisierung von Protesthandlungen das herrschende Verständnis von politischem Handeln auf die Probe (vgl. Züger et al. 2015: 117). Wie Celikates und De Zeeuw argumentieren, adressieren neue Formen des zivilen Ungehorsams das, was die Autoren als »algorithmification of politics« bezeichnen. Diese tritt in sozio-technologischen Strukturen der Governance in Erscheinung: in der algorithmisch gesteuerten massenhaften Überwachung und in Maßnahmen der Sicherheitspolitik ebenso wie in der Funktionalität des heutigen Finanzmarktes (vgl. Celikates & De Zeeuw 2015: 211). Als adäquate Antwort darauf entfaltet digitaler Ungehorsam seine Aussagekraft »[by turning] the technical infrastructure of power into the site of their intervention [...] upholding and radicalizing the crisis of the political register in which it operates« (ebd.: 211).

Das Zusammenspiel zwischen menschlichen und technischen Akteuren, das ich bereits im Zusammenhang der Medienökologie beschrieben habe, wirft beim digitalen Ungehorsam viele Fragen auf, da die Qualität und Funktion der

technischen Akteure den bisher bekannten Einsatz von Medien zu Protestzwecken bei weitem übersteigt. Wie Dahlberg-Grundberg erläutert, sind Informationstechnologien »not just extensions or prostheses through which human agents operate as political subjects; they are also something which embeds and precedes us, something which when put to use affects the ways in which we express ourselves and how we construe or transform our environs« (Dahlberg-Grundberg 2015). Durch die Automatisierung von digitalem Ungehorsam verkehren sich tradierte Konventionen des zivilen Ungehorsams ins Gegenteil: Für traditionelle Beispiele zivilen Ungehorsams gehört die öffentliche physische Präsenz der Gehorsamsverweigerer zur Konvention seines performativen Charakters. Digitaler Ungehorsam hingegen kann sich ereignen, ohne dass der Handelnde selbst in Erscheinung tritt oder auch nur anwesend bleibt, während eine Software den Ungehorsam an seiner Stelle ausführt. Der oder die Handelnde muss seine Handlung nicht zwangsläufig technisch nachvollziehen können oder ihr in allen Schritten beiwohnen. Diese Delegation des Ungehorsams an vernetzte Maschinen und Software wirft gravierende Fragen auf: Inwiefern beeinflusst die Automatisierung das Erleben des Protestgeschehens und die Fähigkeit zur Reflexion und Selbstbestimmung der Handelnden? Ziccardi spricht hier von einer potentiell gefährlichen Abhängigkeit von Maschinen und dem Risiko »to lose our ability to think and act on our own, become completely passive, mere desire machine, relying on machines for all productive and communicative initiatives« (Ziccardi 2013: 313).

Wo Software zum ausführenden Element einer ungehorsamen Protestaktion wird, spielt das Bewusstsein von der Mensch-Maschine-Interaktion eine entscheidende Rolle. Fordyke argumentiert, dass das Zusammenspiel zwischen Mensch und Technologie beide zu einem »Automaten« verschmelzen (Fordyke 2013: 6) lasse. Sein Beispiel hierfür ist die Nutzung von Botnetzen für DDoS-Aktionen, die die Ausführung derselben übernehmen und automatisieren. Wie Celikates und De Zeeuw behaupten, sei das politische Subjekt hinter diesen Aktionen »not a conscientious individual person but an open and ever-changing swarm [...] consisting of both human and non-human agents« (Celikates & De Zeeuw 2015: 211).

Fordyke sieht in dieser Form von automatisierten DDoS-Aktionen eine Gefahr. Die bewussten Teilnehmer delegieren ihren Protest an eine Software, die ohne

ihr weiteres Zutun das Versenden von Datenpaketen steuert, während manchen weiteren Inhabern von Computern, die Teil eines Botnetzes sind, nicht einmal bewusst ist, dass ihre Maschine an der Aktion beteiligt ist. Dies wirft nicht nur in juristischer Hinsicht die Frage auf, wer für eine solche Aktion, an der nicht-menschliche Akteure beteiligt sind, verantwortlich ist. Sollte der Inhaber eines Computers, der ohne sein Wissen an einer solchen Aktion beteiligt war, zur Verantwortung gezogen werden?

Code, verstanden als ausführbare Sprache, macht die Frage der politischen Autonomie von Subjekten zu einer Frage der media literacy, also der Medienkompetenz (vgl. Isin & Ruppert 2015: 67). Die Nutzerfreundlichkeit einer Software, die die spontane Bedienung ohne technische Expertise ermöglicht, kann im Zusammenhang des digitalen Ungehorsams dazu führen, dass Handelnde ihre Taten nicht in jedem Schritt autonom reflektieren und nicht über die einzelnen Schritte entscheiden. Sauter veranschaulicht diesen Aspekt daran, dass die Informationen, die innerhalb von Anonymous zu DDoS-Tools und ihrer Anwendung kursierten, in einigen Hinsichten missverständlich und teils auch unzutreffend waren (vgl. Sauter 2014: 102f.). Beispielsweise wurde behauptet, dass die IP-Adressen von Teilnehmern nicht vom attackierten Server aufgezeichnet würden und somit nur ein geringes Risiko der Strafverfolgung bestehe, was nicht den technischen Tatsachen entspricht.

Andererseits ist es nicht zwangsläufig so, dass jede Softwarenutzung im Rahmen des digitalen Ungehorsams ein geringeres Bewusstsein und eine geringere Kontrolle der eigenen Handlungen impliziert. Aaron Swartz ist ein beeindruckendes Gegenbeispiel, da er jede Zeile Code, die er für seine Aktionen nutzte, nicht nur verstand, sondern sie zumeist selbst geschrieben hatte.

Problematisch wird die Automatisierung eines konnektiven Aktes digitalen Ungehorsams vor allem dadurch, dass die technische Kompetenz unter den Mitstreitern womöglich deutlich variiert, so dass beispielsweise eine Kerngruppe entsteht, die autonome politische Entscheidungen trifft, während weniger versierte Teilnehmer allein darauf hoffen und vertrauen können, dass ihre softwaregestützte Handlung jene Wirkung entfaltet, die sie von ihr erwarten.

Wo die Autonomie des Handelns auf der Expertise anderer beruht, besteht immer die Gefahr der Manipulation oder Fehleinschätzung. Wer Software einsetzt, um digitalen Ungehorsam zu üben, steht vor der Herausforderung, jeden

Schritt seines programmierten Handelns nachzuvollziehen, um seine eigene politische Freiheit zu wahren. Technische Expertise kann somit zu einem entscheidenden Faktor für das Urteil darüber werden, ob ein Akt digitalen Ungehorsams auch den formulierten Ansprüchen zivilen Ungehorsams gerecht wird. Ein begleitender Faktor der Automatisierung von digitalem Ungehorsam kann sein, dass die Verständigung über Handlungsprinzipien zwischen Ungehorsamen und ihren Mitbürgern erschwert ist, da die Automatisierung die kommunikativen Absichten einer Handlung reduzieren oder verschleiern kann. Es bleibt an dieser Stelle eine offene Frage, ob noch eindeutig von prinzipienbasiertem Handeln gesprochen werden kann, wenn Protest in einer beliebig wiederholbaren Replikation zu einer nahezu automatischen Geste verkommt und in gewisser Weise seine politische Echtheit als menschliches Handeln an die algorithmische Ausführung verliert (vgl. Züger et al. 2015: 118).

Die Erprobung der Technologisierung von Protesten muss zudem vor dem Hintergrund einer allgemeineren gesellschaftspolitischen Tendenz betrachtet werden, die ich im folgenden Abschnitt erörtere: nämlich jener der Technokratie. Ihr Geist besteht in der Überzeugung, dass Technologien als neutrale Akteure zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen können, und sie begünstigt daher eine fragwürdige Abkehr von demokratischen Prinzipien.

7.5. Die Gefahr der Technokratie

Technologien manifestieren sich von jeher als ambivalente und gleichzeitig verführerische Medien, deren Wirkung und Wirksamkeit in der Geschichte der Menschen wiederholt zur Debatte gestellt wurden.

»[T]oday technology is the most powerful means ever seen to diffuse information, to circumvent even formidable state filtering, and monitoring systems, to find, in real time, other people who share similar ideas and who, perhaps, plan to act and protest« (Ziccardi 2013: 18). So zutreffend diese Beschreibung der emanzipativen Nutzung von Technologien ist, lässt sich ebenso beobachten, dass die große Bedeutung und Ubiquität von Technologien mit dem Risiko verbunden ist, dass eine technische Infrastruktur z.B. für kapitalistische Zwecke okkupiert wird (vgl. Taylor 2005: 644) und Gesellschaften der verführerischen Kraft technischer Machbarkeit auch für politische Zwecke erliegen.

Der Glaube an die Macht der Technologie prägt die Ära der digitalen Vernetzung in besonderem Maße und nimmt teilweise Züge an, die als technokratisch bezeichnet werden (vgl. Golumbia 2015). Der Begriff der Technokratie verweist auf eine bestimmte Form des Paternalismus, die im Kern in einer methodologischen Ideologie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme besteht (vgl. Sadowski & Selinger 2014: 162). Sadowski und Solinger, die eine Taxonomie zur Erkennung von Technokraten vorschlagen, beschreiben das Profil des Technokraten in folgenden Worten:

»Unlike force wielding, ironfisted dictators, technocrats derive their authority from a seemingly softer form of power: scientific and engineering prestige. No matter where technocrats are found, they attempt to legitimize their hold over others by offering innovative proposals untainted by troubling subjective biases and interests. Through rhetorical appeals to optimization and objectivity, technocrats depict their favored approaches to social control as pragmatic alternatives to grossly inefficient political mechanisms« (ebd.: 162).

Technokraten erstreben daher eine Abkehr von einer entscheidungszentrierten Politik zugunsten einer *Verwissenschaftlichung der Politik*, die rationaler, objektiver und wertfreier sei, in Wahrheit jedoch, wie Centeno meint, unvermeidlich eine autoritäre politische Ordnung erzeuge (vgl. Centeno 1993: 312).

Die technokratische Weltsicht ist nicht nur bei mächtigen Technologieunternehmen des Silicon Valley spürbar, sondern mitunter auch in der Praxis des digitalen Ungehorsams, was durchaus eine Gefahr für dessen pluralistischen und demokratischen Charakter darstellt.

An die Stelle einer *political correctness* tritt für Technokraten das Ideal der *digital correctness*, also die Ansicht, dass die »integrity of the network and the right of individuals to an unfettered flow of information take precedence over the political ideals of activism and civil disobedience« (Sauter 2014: 47). Daher lehnen einige Hacker beispielsweise DDoS-Aktionen nicht aus politischen Gründen als Form zivilen Ungehorsams ab, sondern weil sie den optimalen, ungehinderten Datenfluss einschränken (vgl. Arns 2002: 41).

Netzwerkstrukturen wie Algorithmen wird eine neutrale Objektivität unterstellt, womit ignoriert wird, dass beides auch soziale Produkte sind, die politische

Werte und Wirkungen manifestieren. »Despite the fact that choices have to be made about what type of data an algorithm will process, how it will weigh and treat certain variables, and how that data will be presented, interpreted, and operationalized, the finished products are still routinely discussed in purified parlance« (Sadowski & Selinger 2014: 166).

Eine andere, mit dem paternalistischen Grundton der Technokratie einhergehende Gefahr ist das elitäre Bewusstsein technisch versierter Akteure, die sich als *Digitale Avantgarde* verstehen (vgl. Funken 2010: 194) »telling us that coders don't just have good things to contribute to the political world, but that the political world is *theirs to do with what they want*, and the rest of us should stay out of it: the political world is broken, they appear to think (rightly, at least in part), and the solution to that, they think (wrongly, at least for the most part), is for programmers to take political matters into their own hands« (Golumbia 2015).

Technische Expertise kann so (wie bereits erläutert) zum In- und Exklusionskriterium werden, das die Partizipation an politischen Aktionen in politischen Online-Netzwerken reguliert und dazu führen kann, dass Teilhabe und Mitsprache nicht für jeden gleichermaßen möglich sind (vgl. Wong & Brown 2013: 1016).

Unter den Bedingungen einer solchen technik-elitären Haltung laufen technische Experten Gefahr, sich in ihren Aktionen von einer gesellschaftlichen Anbindung loszusagen und ihre Kompetenz wie auch ihre politischen Einschätzungen als exklusives Wissen zu betrachten, das ihnen Sonderrechte verleiht. Dieses avantgardistische Rechtfertigungsmodell des zivilen Ungehorsams ist im Kern keineswegs neu, sondern wird von Celikates auch für traditionelle Formen zivilen Ungehorsams als problematisch beschrieben. »Wer in avantgardistischer Absicht zivilen Ungehorsam übt, scheint meist eine privilegierte Einsicht in das angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen objektiv zu Tuende zu beanspruchen« (Celikates 2010: 289). Damit laufen digital Ungehorsame, die aus dieser avantgardistischen Haltung ihre Rechtfertigung beziehen, Gefahr, letztlich »außerpolitisch« (vgl. ebd.: 289) zu agieren.

Diese Gefahr manifestiert sich beispielsweise darin, dass jeder Mitwirkende ein bestimmtes Mindestmaß an technischen Skills mitbringen muss und dadurch technische Expertise in diesen Vereinigungen überrepräsentiert sein kann, während politische Expertise oder persönliche Betroffenheit eine marginale Po-

sition einnimmt (vgl. Golumbia 2015). Letztlich führt dies dazu, dass die Akteure – infolge ihrer Fixierung auf technische Expertise – nur noch eingeschränkt auf die politische Qualität ihrer eigenen Handlungen reflektieren; der politische Wert des eigenen Handelns wird dann nicht mehr diskutiert oder explizit artikuliert, sondern vorausgesetzt. David Golumbia wirft Technokraten in seinem Verständnis vor, *anti-demokratisch* zu handeln, indem sie die Debatte ihrer politischen Prinzipien und Ideale und der politischen Qualität ihrer Technologien ignorieren oder verweigern. Das Problem, auf das dieser Vorwurf meines Erachtens nach zu Recht hinweist, ist, dass Technokraten die Devise *be the change you want to see in the world* nicht auf ihr eigenes Handeln beschränken, sondern durch die Implementation in Technologien eigenmächtig bestimmte Ordnungen und Handlungsräume abstecken, ohne dass diese einen demokratischen Deliberationsprozess durchlaufen; auch können sie nur schwerlich nachträglich in Frage gestellt werden. Angemerkt sei hier, dass dies nicht zwangsläufig bedeutet, dass diese Technologien demokratischen Werten widerstreben. Die Gefahr eines solchen Konflikts ist jedoch zumindest erhöht, da weder der Prozess der Entscheidungsfindung noch das Verhältnis zu den Mitbürgern demokratischen Werten gerecht wird. Obwohl die Urheber und Experten der Technologien möglicherweise mit besten Intentionen darauf abzielen, selbst demokratische Prozesse zu befördern, bleibt die Entstehung und Umsetzung undemokratisch und apolitisch. Für die Demokratiekompatibilität techno-politischer Projekte, die digitale Formen zivilen Ungehorsams zwangsläufig sind, sind technokratische Tendenzen ein Problem, da sie dem, was Arendt die *erweiterte Denkungsart* nennt, also einem Denken, das das Faktum der Pluralität menschlichen Daseins stets mitberücksichtigt, nicht gerecht werden (siehe hierzu Juchler 2005).

Relevant ist dies vor allem deshalb, weil ziviler Ungehorsam wesentlich mehr ist als freie Meinungsäußerung, insofern er das Potential hat, politische Realitäten mitzugestalten. Ziviler Ungehorsam zeigt im Rückblick auf seine Geschichte häufig eine gewisse Eigendynamik: Indem Gandhis Anhänger während des Salzmarshes begannen, selbst Salz herzustellen und zu verkaufen, setzte sich eine Veränderung durch das Schaffen von Tatsachen in Gang. Gleichzeitig ist diese Eigenwirksamkeit stets in Balance zu einem begleitenden deliberativen Prozess zu sehen. Wo technokratische Tendenzen zu stark werden und tech-

nisch versierte Akteure eigenwirksam Veränderungen umsetzen, statt diese parallel in einem deliberativen Prozess zur Diskussion zu stellen, lässt sich fragen, ob diese Balance nicht in problematischer Weise gestört ist.

Je eigenmächtiger ein Engagement ist, desto maßgeblicher ist die Frage, welche Form des Ungehorsams diese Initiative hervorbringt und welche Kritik sie an sich selbst zulässt, aushält und in ihre Prozesse als »entry points for democratic interventions« integriert (vgl. Sadowski & Selinger 2014: 168). Eine Möglichkeit, einer technokratischen Dominanz innerhalb des Prozesses des digitalen Ungehorsams entgegenzuwirken, besteht darin, eine Zusammensetzung verschiedener Arten von Expertise innerhalb ungehorsamer Gruppen zu befördern, Möglichkeiten zur Reflexion und zum Dialog mit Andersdenkenden aktiv herzustellen und ihnen offen zu begegnen. Die Aussage »At the end, the actions, strategies, and choices are always made by humans« (Ziccardi 2013: 18) lässt sich dahingehend ergänzen, dass jede Entscheidung nicht nur von Menschen, sondern auch *für* Menschen und eine gemeinsame Welt getroffen wird. Technokratische Tendenzen im digitalen Ungehorsam verursachen daher, der Taxonomie von Sadowski und Selinger zufolge, *politischen Schaden*, indem sie »unduly diminish democratic participation [what] disfranchises citizens and deprives them of appropriate political power« (Sadowski & Selinger 2014: 163). Technologien können demnach politische Zwecke nicht nur immens befördern, sondern sie auch gefährden, sofern demokratische Prozesse und die politische Qualität hinter dem Diktat der technischen Machbarkeit und vermeintlichen Neutralität von Technologien zurücktreten.

Ein Problem des Technokratievorwurfs gegen Initiativen wie Tor, WikiLeaks, Anonymous oder die Cypherpunks ist, dass die tatsächlichen Entscheidungsprozesse schwer durchschaubar sind und unbeteiligte Dritte diesen Vorwurf weder mit triftigen Erkenntnissen belegen noch völlig von der Hand weisen können. Daher ist es umso wichtiger, dass techno-soziale Netzwerke, die politisch ambivalente Entscheidungen wie digitale Akte zivilen Ungehorsams verteidigen, nicht nur intern demokratisch agieren, sondern ihre Prozesse auch für die Öffentlichkeit erkennbar und anfechtbar machen.

Die Frage, welche Rolle diese *Öffentlichkeit* für digitale Formen zivilen Ungehorsams spielt und wie sie überhaupt zu denken ist, greife ich folgend und abschließend auf.

7.6. Digitaler Ungehorsam in der politischen und digitalen Öffentlichkeit

Mit der Nutzung digitaler Technologien für nahezu alle Bereiche menschlicher Kommunikation ist Öffentlichkeit ein Begriff geworden, »der einen Plural braucht« (Bunz 2012: 49). Die Rede ist von der »Emergenz digitaler Öffentlichkeiten« (Münker 2012), also dem Entstehen pluralistischer und alternativer Formen gesellschaftlicher Öffentlichkeit (ebd.: 47ff.). Die Deutung der Implikationen digitaler Öffentlichkeiten bewegt sich zwischen kontroversen utopischen und dystopischen Anklängen. Häufig wird digitalen Öffentlichkeiten attestiert, dass sie einen emanzipatorischen Effekt haben, »[offering] a new, empowering sense of what it means to be a citizen« (Van de Donk 2004: xi). Gegenargumente betonen gerade die nachteiligen Effekte der Digitalisierung für eine emanzipierte Öffentlichkeit, nämlich dass der Zwang zur ununterbrochenen Nutzung digitaler Technologien Menschen isoliere, sie abhängiger und unfreier mache und mit Informationen überflute, deren Relevanz und Wahrheitsgehalt kaum mehr destillierbar sei (vgl. Münker 2012: 31).

Unabhängig von den von jeher ambivalenten politischen Implikationen der Öffentlichkeit lässt sich für digitale Öffentlichkeiten zumindest eindeutig sagen, dass digitale Medien eine neue und medienspezifische Dynamik der Entstehung von Öffentlichkeiten erzeugen. Wie Münker nahelegt, ist ein gravierender Unterschied gegenüber einer vornehmlich massenmedial erzeugten Öffentlichkeit derjenige, dass in digitalen Öffentlichkeiten die Differenz zwischen Medium und Menschen wegfällt. »Diese Differenz lässt sich in einem medialen Umfeld, welches durch die Partizipation der Menschen erst entsteht, so einfach nicht mehr ziehen« (Münker 2009: 73).

Öffentlichkeiten lassen sich selbst als Medien der Gesellschaft verstehen, und zwar als Medien der Selbstbeobachtung von Gesellschaften, als selbstvergewissernde und selbsthinterfragende Diskurse (vgl. ebd.: 29ff.). Da Öffentlichkeiten als Medien der Gesellschaftsschau im Digitalen erst durch die Nutzung von Technologien und in Wechselwirkung mit denselben entstehen, sind die Öffentlichkeiten von eben diesem Entstehungsprozess und der Dynamik der Mediennutzung abhängig. Was durch Massenmedien kontinuierlich und zentral als mediale Realitätskonstruktion und Leitwissen der Öffentlichkeit gesendet wird (vgl. ebd.: 39), entsteht in digitalen Medien erst durch die Nutzung und dem-

nach dezentral, fragmentiert, fluide und oft nur temporär. Das Internet ist alles andere als *ein* Medium und eben *überhaupt kein* Massenmedium, sondern eine »technische Infrastruktur, die digitale Programme bereithält, welche im Gebrauch mediale Umgebungen generieren« (Münker 2012: 65); es erzeugt daher nur bedingt *eine gemeinsame Öffentlichkeit*. Öffentlichkeiten entstehen im Umfeld digitaler Technologien weniger berechenbar als vielmehr ereignis- und prozesshaft in einer Logik von Netzwerkeffekten und netzkulturellen Dynamiken.

Die folgende Darstellung widmet sich dem letzten hier zu diskutierenden Aspekt der Transformation des zivilen Ungehorsams durch die Digitalisierung, nämlich dem Zusammenspiel der Ungehorsamen mit der medial erzeugten Öffentlichkeit, sowie der Frage, unter welchen Umständen die Kommunikation der Akteure dem Anspruch gerecht wird, der für zivilen Ungehorsam entscheidend ist, nämlich eine als *politisch* zu qualifizierende Öffentlichkeit herzustellen.

Lange vor der Digitalisierung ist Aufmerksamkeit zur gesellschaftlichen Währung geworden und damit auch zu einem knappen Gut. Die Ungehorsamen der Informationsgesellschaft stehen vor der schwierigen Aufgabe, ihre politischen Anliegen in einer Flut von Information neben Unmengen des »uneigentlich Öffentlichen« sichtbar zu machen und wenn möglich gar eine gehaltvolle Debatte anzustoßen. In nur wenigen der vorgestellten Fälle digitalen Ungehorsams verzichteten die Initiatoren darauf, die Öffentlichkeit selbst aktiv über ihren Protest zu informieren oder sie zu involvieren. Bemerkenswerterweise zeigt sich in manchen Fällen ein hohes Bewusstsein für die Funktionsweisen digitaler und massenmedialer Öffentlichkeiten, denen aufseiten der Ungehorsamen mit nahezu professionellen Publikationsstrategien begegnet wird.

Das Spektrum der öffentlichen Offensive reicht von dauerhaften Webseiten, die Projekte auch im Nachhinein dokumentieren, über flüchtige Nachrichten in sozialen Medien wie Twitter oder Facebook, Pressemitteilungen oder YouTube-Videos bis hin zur Medienberichterstattung in Online- und Massenmedien (vgl. Dahlberg & Siapera 2007: 77). In der Qualität und Breite der Medienarbeit variieren die Inhalte von knappen und provokativen Statements bis hin zu ausgefeilten Dokumentationen, Argumentationen oder gar Manifesten.

Diese Herausforderung, Aufmerksamkeit für politisch bedeutsame Ereignisse wie zivilen Ungehorsam zu erzeugen, richtet sich jedoch an Ungehorsame wie Medienvertreter und Mitbürger gleichermaßen. Digitale Medien haben mögli-

cherweise die Bedingungen der Mitsprache darüber verändert, welche Themen, Akteure und Anliegen Aufmerksamkeit erhalten; die Realität der medialen Aufmerksamkeitsverteilung gibt dennoch häufig eher Anlass zur Ernüchterung: »Though it may be argued that the internet has substantially increased the number of soap boxes available, it has not increased the availability of the audience. Rather, as individuals become more adept at filtering their information taps, and as the infrastructure of the internet and the physical world around them makes it easier to avoid unwanted encounters with unpopular or simply different viewpoints, the ability of dissenses to truly have a voice in the national debate is being steadily diminished« (Sauter 2013a: 110).

Hinzu kommt die Problematik der Instabilität emergenter Öffentlichkeiten, die für die digitale Medienökologie womöglich in neuer Intensität zutrifft. Elke Schwarz beschreibt dieses spontane themenzentrierte Entstehen und Vergehen von Öffentlichkeit in sozialen Netzwerken als »Flashpublics« (Schwarz 2014: 185), ein Begriff, der mit der politischen Kampagne KONY 2012 aufkam. Protestformen entwickeln sich punktuell und zufällig, kaum vorhersehbar und basierend auf der kurzzeitigen Mobilisierung von lose untereinander verbundenen Internetnutzern im Rahmen einer themenorientierten Bewegung, die auch als *Issue group* bezeichnet wird (vgl. Illia 2003: 326; Bunz 2012: 49). Schwarz vertritt die Ansicht, diese spontane Mobilisierung einer Öffentlichkeit, die sich um ein geteiltes politisch vordefiniertes Thema entwickelt, verhindere sogar, dass eine politische Öffentlichkeit in Arendts Sinne entstehe: »What transpires is then essentially not a coming together of equals in a political cause but rather a flashpublic, whereby the entertainment value and the initial ›great ecstasy of fraternity‹ outweigh the actual political act. [...] This flashpublic relies, to a certain extent on both, homogeneity and mimicry, thus occluding the possibility for politics proper as Arendt would have it« (Schwarz 2014: 186). Auch der stabilisierende Rahmen, der für Arendt die Bedingung von politischer Öffentlichkeit ausmacht, lässt sich in sozialen Netzwerken als Form dieser emergenten Öffentlichkeit nur bedingt wiederfinden (vgl. Van De Donk et al. 2004: 18).

Eine weitere Hürde digitaler Öffentlichkeit ist die spätestens seit Edward Snowdens Enthüllungen bekannte Überwachung digitaler Kommunikation. Die privatwirtschaftliche wie staatliche Überwachung von Aktivisten ist vielerorts bereits Realität (vgl. Lubbers 2015). Doch nicht nur jede tatsächliche Überwa-

chung von ziviler Kommunikation beeinträchtigt demokratische Rechte, auch die potentielle Überwachung von digitaler Kommunikation stellt bereits eine »substanzielle Bedrohung demokratischer Selbstbestimmung« dar (Becker & Seubert. 2016). Politische Öffentlichkeit wird damit nicht nur in ihrem Bestehen gestört und bedroht; Phänomene wie der sogenannte Chilling-Effekt als proaktive Selbstzensur beeinträchtigen womöglich ihr Entstehen von vornherein (vgl. Turner 2016).

Darüber hinaus werden digitale Öffentlichkeiten nahezu ausschließlich durch privatwirtschaftliche Unternehmen getragen, weshalb sie auch als »gated public sphere« (Alaeddini 2011) oder »quasi public sphere« (York 2010) bezeichnet werden können und sich deutlich von öffentlichen Marktplätzen und Straßen unterscheiden, indem sie letztlich unter der Kontrolle privater Akteure stehen. Öffentliche Meinungsäußerung mit tatsächlicher politischer Einflussnahme gleichzusetzen, stellt sich häufig als Trugschluss heraus. Digitale Öffentlichkeiten sind im Kontext privatwirtschaftlicher Regulierung insofern prekär, als es dem Betreiber von Diensten rechtlich zusteht, öffentliche Äußerungen anzuregen, sie zu überwachen, zu untersagen oder zu zensieren.

Wie Rebecca MacKinnon warnt, sei es beunruhigend und gefährlich »that in the Internet age, public discourse increasingly depends on digital spaces created, owned and operated by private companies« (Daly 2014: 2696).

Die Tatsache, dass viele soziale Netzwerke, Plattformen, Blogs oder Webseiten von privaten Unternehmen betrieben werden, zeigt eine Veränderung dessen an, was häufig als *Ort* des Öffentlichen verstanden wird, da das Internet keine öffentlichen Plätze in einem unserer physischen Welt vergleichbaren Sinne bietet: »There is no street on the internet« (Sauter 2013a: 110).

Dennoch: Weder die Instabilität und Prozesshaftigkeit noch die Überwachung und Privatisierung des Internets implizieren, dass keine politische Öffentlichkeit entstehen könne. Sie zeigen lediglich an, dass digitale Öffentlichkeiten fragil und prinzipiell antastbar sind.

Außerdem scheint sich bis heute zu bewahrheiten, dass, wie Illia feststellt, die Berichterstattung von etablierten Massenmedien nach wie vor eine Rolle spielt, wenn es darum geht, nachhaltigen politischen Einfluss auszuüben (vgl. Illia 2003: 327). Mit Münker kann diese Tendenz darauf zurückgeführt werden, dass »nicht massenmedial geprägte Öffentlichkeiten keine relevanten Rollen inner-

halb unserer Gesellschaft spielen können – wenn ich mithin davon ausgehe, dass die Massenmedien auf die eine oder andere Weise, entweder stärker oder schwächer, aber in jedem Fall entscheidend die Sphäre des öffentlichen Raumes dominieren – weil sie es sind, welche die Rolle der Selbstbeobachtung und Selbstvergewisserung der Gesellschaft übernehmen; [...] weil sie das Monopol der medialen Realitätskonstruktion und Meinungsbildung haben« (Münker 2012: 39f.). Die gekonnte Orchestrierung der Berichterstattung im US-amerikanischen Fernsehen, die Anonymous im Fall der Operation Payback erreicht hat, ist ein Beispiel für diese bleibende Bedeutung von Massenmedien im politischen Kontext (vgl. Sauter 2014: 59ff.). Hochwirksame öffentliche Inszenierungen digitalen Ungehorsams wie diese veranschaulichen, dass das Entstehen einer politischen Öffentlichkeit sowohl eine Notwendigkeit für die Wirksamkeit des zivilen Ungehorsams darstellt, gleichzeitig aber neue Hindernisse mit sich bringen kann.

Wie Schroeder kritisiert, entwickle sich allgemein eine Dynamik, in der sich die Aufmerksamkeit der Medien nahezu als Substitut einer politischen Rechtfertigung etabliere, wobei es strukturell keinen feststellbaren Unterschied mehr gebe zwischen politisch relevanten und irrelevanten Informationen (vgl. Schroeder 2007). Die Initiatoren digitaler Proteste sind oft mit einem »appetite for sensationalism« (Meikle 2010: 367) konfrontiert, der das Spektakel über die faktische Sachlage und die emotionale Außenwirkung über die politischen Anliegen und Diskussionen stellt. Wie Meikle argumentiert, führt dies zu einem Dilemma für Bürger und Handelnde: »[W]hile the news media are drawn to novelty and disruption, their coverage is also more likely to focus on that very novelty and disruption than on the underlying issues or causes involved, which may in fact work against the activist cause« (ebd.: 367).

Lovink und Riemens sehen diesen Legitimationswandel ebenso problematisch und erläutern am Beispiel der Medienarbeit von WikiLeaks: »For WikiLeaks, political legitimacy is no longer something graciously bestowed by the powers that be. WikiLeaks bypasses this Old World structure of power and instead goes to the source of political legitimacy in today's info society: the rapturous banality of the spectacle« (Lovink & Riemens 2013: 246).

Es hat sich ein Wahrnehmungsmuster entwickelt, welches sich nach dem Prinzip der Aufmerksamkeitsökonomie richtet: Die größte Erregung wird belohnt –

im schlimmsten Fall ohne eindeutige Relation zum Inhalt einer Information. Das führt zu einer zunehmenden Skandalisierung, Heroisierung und Dramatisierung von politischen Handlungen und Akteuren. Zunehmend geht es um den *Ereigniswert* des Ungehorsams. Widerkehrend lässt sich eine Bewegung der Aufmerksamkeit weg von politischen Anliegen hin zu einem Personenkult beobachten (sei dieser von den Handelnden selbst beabsichtigt oder nicht), der charismatische Figuren in den Fokus des Interesses rückt. Auch in der geschichtlichen Rückschau lässt sich diese Verschiebung der Aufmerksamkeit nachvollziehen. Narrative über zivilen Ungehorsam werden als ein Schauspiel zwischen Helden und Antihelden inszeniert, in dem strahlende Figuren wie Rosa Parks, Martin Luther King Jr. oder Gandhi im Vordergrund stehen (vgl. Sauter 2014: 25; Züger et al. 2015: 128). Diese Darstellungen geben geschichtlichen Ereignissen ein unvergessliches Gesicht und werden zu Leuchttürmen der Erinnerung, wobei sie häufig die aktive Inszenierung der damaligen Ereignisse wie auch ihre Widersprüchlichkeiten ausblenden.

»The storytelling which occurs around social movements favors clear, emotionally compelling through-lines, which are often difficult, if not impossible to discern in the moment, on the street, or at the computer. The present is always messy, only the past has the opportunity to be clean(ed)« (Sauter 2014: 26).

Rückblickend laufen die bereinigten Narrative über Protagonisten des zivilen Ungehorsams daher Gefahr, sowohl die Komplexität und Brutalität der Verhältnisse und die Widersprüchlichkeit und Dynamik zivilen Ungehorsams zu verzerrern als auch die zahllosen unbekannten oder vergessenen Mitstreiter zu marginalisieren. Letztlich können vor diesen heroisch verklärten Narrativen neue Formen des zivilen Ungehorsams, deren Streitbarkeit und Ambivalenz noch wesentlich sichtbarer ist, im Vergleich nur blass erscheinen (Sauter 2014: 24ff.). Der Blick hinter den Bühnenraum – jenseits des Spektakels – würde uns allererst erlauben, das eigentlich Politische von einem inszenierten uneigentlich Politischen und Öffentlichen zu unterscheiden.

An der Schwelle zwischen politischen und *uneigentlichen* Öffentlichkeiten im Sinne Arendts – die abseits der Sorge um die gemeinsame Welt allein auf den Prinzipien des Spektakulären basieren – unterscheiden sich auch Akte digitalen Ungehorsams von *zivilem* Ungehorsam: Für zivilen Ungehorsam als politischen Akt reicht es nicht aus, dass dieser *bloß* öffentlich ist, ungeachtet dessen, was

für ein Spektakel er als Ereignis hervorruft. Ziviler Ungehorsam unterscheidet sich dadurch, dass er in seinem Anliegen und im Modus der Kommunikation den Anforderungen einer politischen Öffentlichkeit gerecht wird. Die Verantwortung für die problematische ›Spektakularisierung‹ von politischen Protestaktionen liegt dabei keineswegs allein bei den Initiatoren. Gleichmaßen tragen Medienberichterstatte und Mitmenschen einen Teil der Verantwortung, die politische Qualität von Nachrichten zu befragen, zu erhalten und zu befördern. So ist auch die politische Qualität der Öffentlichkeit, die für zivilen Ungehorsam entscheidend ist, eine Frage demokratischer Teilhabe und eines wechselseitigen Interesses der Mitmenschen an einer gemeinsamen Welt.

Digitale Öffentlichkeiten haben neben diesen Gefahren und Einschränkungen in ihrer Fluidität und Dynamik auch ein besonderes Potential, indem sie sich jenseits von staatlichen Grenzen nach anderen Mustern als der Reichweite nationaler Medieninstitutionen organisieren. Die Rede ist zunehmend von Transnationalisierung der Öffentlichkeit (vgl. Fraser 2008) und von vernetzten öffentlichen Sphären (vgl. Benkler et al. 2013), in denen territoriale Grenzen ihre Bedeutung einbüßen (vgl. Illia 2003: 326f.).

Das Internet, als Netz der Netze, trägt zu einem Prozess bei, den Arendt lange vor der Entstehung des Internets als *Erdschrumpfung* bezeichnete. Mit der abgeschlossenen Entdeckung und Kartographierung der Erde begann dieser Prozess, in dem Technologien es zunehmend ermöglichten, die Erde als Gesamtes und in jedem Detail zu erfassen und damit die räumliche Weite zugänglich und beherrschbar zu machen (vgl. Marchart 2005: 90). Die Mobilität und Reichweite der Menschen auf der Welt hat sich im Zuge dessen vervielfacht und beschleunigt. Das Kommunizieren und Handeln mittels digitaler Technologien überwindet Distanzen, deren Überbrückung zuvor nicht nur unmöglich, sondern auch undenkbar war. Die Erde ist in dem Sinne geschrumpft, dass nahezu jede Distanz sich für heute lebende Menschen im potentiellen Handlungs- und Erkenntnisrahmen befindet. Das Internet ist für viele Menschen ein Anklang an eine imaginative gemeinsame politische Sphäre, auch wenn die politische Realität diesem Anspruch zumeist nicht gerecht wird. Die globale Vernetzung durch Informationstechnologien beflügelt trotz aller realen Widersprüche die Vorstellung einer globalen Öffentlichkeit. Wie Isin und Ruppert betonen, sei diese Triebkraft kollektiver Imagination nicht zu unterschätzen: »[T]he force of the

imaginary is undeniably a significant force in making an act possible« (Isin & Ruppert 2015: 61). Auch in etablierten Gesellschaftsstrukturen sind es kollektive Vorstellungen, die als zentrales Element von Konventionen und Kulturen fungieren. Sie bestimmen den Raum des Möglichen wie Unmögliches gleichermaßen und wirken dabei gesellschaftlich verbindend wie auch fragmentierend (ebd.: 61). Das Internet nimmt als Projektionsfläche kollektiver Imagination damit Anteil an einer weiteren Dimension der Öffentlichkeit, die man als epistemologische Dimension der Öffentlichkeit oder *ideelle Öffentlichkeit* verstehen kann; diese liegt jedem Urteilen, Erkennen und Denken zugrunde, indem im politischen Handeln und Denken die Öffentlichkeit, also stets eine gemeinsame Welt, imaginiert wird (vgl. Bajohr 2011: 72ff.). »Alles bewusste menschliche Tun ist auf die Einsicht begründet, dass die intellektuelle Leistung selbst eine öffentliche Sphäre unterstellt, die in Ethik und Politik ausdrücklich wird und im Interesse an sich selbst und an den Anderen ernst zu nehmen ist« (Gerhardt 2012: 218).

Ein solches politisches Denken, das eine ideelle Öffentlichkeit im Handeln mit adressiert, ist jedoch alles andere als allgegenwärtig oder verallgemeinerungsfähig. Die entgegenwirkende Tendenz, die Arendt *Weltentfremdung* nannte, ist nicht weniger zu beobachten. Symptome dieser Weltentfremdung sind beispielsweise die Individualisierung von Informationsangeboten oder die *digitale Isolation* (Isin & Ruppert 2015: 87) von »more meaningful and ›real‹ face-to-face human interactions« (Pariser 2011). Sherry Turkle sieht die Gefahr, dass Menschen in digitalen Interaktionen »alone together« (Turkle 2012) seien und digitale Informationstechnologien trotz aller Vernetzung echte Beziehungsbedürfnisse nicht befriedigen können. Mit der globalen Verflechtung von Kommunikation, Arbeit und Produktion teilen Menschen zwar einen Globus, aber nicht zwangsläufig auch einen Handlungs- und Bezugsrahmen als *eine gemeinsame Welt*. Diese Diskrepanz zwischen Erdschrumpfung und Weltentfremdung erzeugt ein Spannungsverhältnis, das sowohl in digitalen Öffentlichkeiten als auch in zahllosen Konflikten unseres Zeitalters – etwa den wirtschaftlichen Ungleichheiten innerhalb global vernetzter Märkte – sichtbar wird.

Für digitalen zivilen Ungehorsam birgt dieses Spannungsverhältnis zugleich Potentiale und Hindernisse, die dessen demokratische Verwirklichung und Weiterentwicklung maßgeblich beeinflussen werden.

Dieses letzte Kapitel der Arbeit hat sich mit fünf Aspekten des digitalen Ungehorsams beschäftigt, die ein Neudenken zivilen Ungehorsams herausfordern und ebenso dessen Grenzen dort aufzeigen, wo sich undemokratische Tendenzen zeigen. Formen des konnektiven politischen Handelns, Anonymität, Automatisierung, technokratische Tendenzen wie auch die Implikationen digitaler Öffentlichkeiten beeinflussen die Praxis des zivilen Ungehorsams im digitalen Zeitalter in komplexer und, wie meine Argumentation zeigt, zumeist ambivalenter Weise. Sie verhindern keineswegs, dass ziviler Ungehorsam auch in digitalen Formen umsetzbar ist, jedoch können sie in je unterschiedlicher Weise eine pluralistische und demokratische Umsetzung gefährden.

Ein reflektierter Umgang mit diesen Eigenarten des Digitalen wird entscheidend beeinflussen, ob es gelingt, digitalen Ungehorsam als demokratische und transformative Praxis zu realisieren und ihn nachhaltig als neue Form zivilen Ungehorsam in einer digitalisierten Welt zu etablieren.

Das folgende Fazit fasst die Argumentation und Thesen des Gedankengangs dieser Arbeit zusammen. Ich werde abschließend reflektieren, was die Erkenntnisse dieser Arbeit für verschiedene Diskurse leisten, und einen Ausblick geben, welche weiteren Forschungsfragen sich darüber hinaus eröffnen.

Fazit

»Injustice anywhere is a threat to justice everywhere. We are caught in an inescapable network of mutuality, tied in a single garment of destiny. Whatever affects one directly, affects all indirectly« (King Jr. 1963). Diese Worte von Martin Luther King Jr. aus seinem *Letter from Birmingham Jail* könnten im Zeitalter der Globalisierung und digitaler Medien nicht zutreffender sein. Kings Überzeugung, dass ziviler Ungehorsam einen Neubeginn innerhalb eines Systems von Ungerechtigkeiten initiieren kann, bewahrheitet sich in neuen, facettenreichen digitalen Formen, wie diese Arbeit gezeigt hat. Digitaler ziviler Ungehorsam als plurale, distinkte und dezentrale Mikrorevolution ist ein Akt des Neubeginns inmitten der vorhandenen Hegemonien und damit ein performativer Ausdruck der Inanspruchnahme demokratischer Rechte. Die zivil Ungehorsamen der Informationsgesellschaft handeln in der Überzeugung oder Hoffnung, dass die Rechte, die sie durch ihre performativen Akte beleben, neu in das Zu-

sammenleben der Menschen eingeschrieben werden. Umgekehrt können Mitmenschen von Ungehorsamen als politisch Handelnden fordern, dass ihr Ungehorsam selbst dem Anspruch demokratischer Teilhabe gerecht wird.

Mein Anliegen war es, im Sinne von James Tullys Ansatz der Public Philosophy (Tully 2008a) einen differenzierten, argumentativen Dialog herzustellen zwischen der Praxis digitalen Ungehorsams einerseits, den theoretischen Überlegungen zu zivilem Ungehorsam in der politischen Theorie andererseits. Ziel war dabei die Ausarbeitung einer systematischen Darstellung, wie digitaler ziviler Ungehorsam begrifflich und normativ im Zeitalter digitaler Medien zu verstehen ist. Die vorliegende Darstellung spricht einerseits für das inhärente demokratische Potential digitalen zivilen Ungehorsams und zeigt andererseits eine kritische Diskussionsebene für die Weiterentwicklung zivilen Ungehorsams im digitalen Zeitalter auf. Im besten aller Fälle vermag dieser Dialog zur Etablierung und demokratischen Weiterentwicklung zivilen Ungehorsams und zu seiner breiten gesellschaftlichen Reflexion beizutragen.

Letztlich ist diese Arbeit eine Verteidigung des Begriffs des zivilen Ungehorsams als einer eigentlich (und nach wie vor) tragfähigen politischen Kategorie, die es erlaubt, ungehorsame Phänomene digitaler Dissidenz begrifflich zu fassen und politisch normativ zu analysieren. Diese Verteidigung richtet sich einerseits gegen Ansichten, die den Begriff des zivilen Ungehorsams für zu restriktiv oder reaktionär erachten, wie Lagasnerie (vgl. Lagasnerie 2016: 67) oder Isin und Ruppert (vgl. Isin & Ruppert 2015: 166), andererseits aber auch gegen dessen willkürliche und unbestimmte Anwendung (siehe hierzu Scheuerman 2016: 305), weshalb ich den Begriff umfassend und systematisch diskutiere und gegenüber aktivistischen Handlungskonzepten wie dem Hacktivismus abgrenze.

Die ersten drei Kapitel dieser Arbeit haben Fallbeispiele digitalen Ungehorsams vorgestellt, um die Ungehorsamen durch ihre Gründe und Überzeugungen sowie durch ihre Handlungen selbst (als Argumente im Diskurs zwischen Theorie und Praxis) zu Wort kommen zu lassen.

Die vorgestellten Fallbeispiele lassen sich über verschiedene Ansatzpunkte des politischen Handelns mit und durch digitale Technologien in drei Typen digitalen Ungehorsams aufteilen, die ich als symbolischen digitalen Ungehorsam,

disruptiven oder invasiven digitalen Ungehorsam und als eigenmächtigen digitalen Ungehorsam charakterisiere.

Als symbolischer Ungehorsam (den ich anhand der ITAR-Civil-Disobedience-Kampagne, der kritischen Meinungsäußerung Gopalan Nairs, des Ungehorsams in sozialen Medien, ferner anhand von Videoremixen und ›hyperrealen Narrativen‹ vorgestellt habe) sind Taktiken zu verstehen, die auf der Ebene der Kommunikation in den Kampf der symbolischen Politik eintreten. Durch eine Strategie der konfrontativen Kommunikation und mit den Mitteln der Fiktion, Provokation und des eigenwilligen Humors wenden sie sich gegen politische Maßnahmen staatlicher wie privatwirtschaftlicher Akteure.

Das Kapitel des disruptiven und invasiven digitalen Ungehorsams, das Ereignisse wie den BTX-Hack oder den Wank Worm vorstellt, widmete sich jenem Phänomen, das die Debatte um zivilen Ungehorsam (als politische Kategorie) im Internet lange Zeit überschattete: dem sogenannten Hacktivismus. Zugleich repräsentiert die künstlerische Intervention des Critical Art Ensembles mit dem Konzept des elektronischen zivilen Ungehorsams einen bleibenden Bezugspunkt der Diskussion um den zivilen Ungehorsam des Informationszeitalters.

Mit der strategischen Prägung des Begriffs der virtuellen Sitzblockade für aktivistische DDoS-Aktionen beanspruchten Kollektive wie das Electronic Disturbance Theater den Anschluss an die Tradition des zivilen Ungehorsams und schufen mit ihren digitalen Taktiken neue Konventionen desselben, die von anderen Akteuren aufgegriffen wurden.

Das Sammelpseudonym Anonymous steht als Akteur hinter einer zweiten Generation von aktivistischen DDoS-Aktionen und letztlich für neue, experimentelle Formen des Ungehorsams, die dessen Neuausrichtung gerade im Erproben der Grenzen bisheriger Konventionen vorantreiben. Phänomene wie Anonymous veranschaulichen, dass Formen des digitalen Ungehorsams sich über eine subversive und transgressive Kultur des Netzes entwickelt haben und nicht notwendigerweise von vornherein als politisches Phänomen intendiert waren. Gerade in diesem teils chaotischen und experimentellen Neubeginn findet ziviler Ungehorsam als Antwort auf Demokratiedefizite im Internet neue Handlungsmöglichkeiten und Bedeutungen.

Die bemerkenswerteste Transformation erfährt der zivile Ungehorsam im Digitalen jedoch durch besonders eigenmächtige Formen der Umsetzung. Diese

kennzeichnen sich dadurch, dass Akteure durch ihr digitales Handeln nicht an Veränderungen appellieren oder diese durch nötige Maßnahmen provozieren, sondern durch ihr eigenes digitales Handeln selbst verändernd in die politische Realität eingreifen. Die Formen dieser digital ungehorsamen *direct actions* stelle ich in einem breiten Spektrum vor, das von epistemischem Ungehorsam (im Sinne des Hackens zur Erlangung geheimer Informationen) über technologisch ermöglichtes Whistleblowing bis zu Formen des Ungehorsams reicht, die an der technischen Infrastruktur des Netzes ansetzen, etwa der Entwicklung und Verbreitung kryptographischer Software oder der Verwendung von Umgehungstechnologien zum Aufbau alternativer Netzstrukturen. Als ein wiederkehrendes Konfliktfeld des eigenmächtigen digitalen Ungehorsams erweist sich die Urheberrechtskritik, die sich in sehr verschiedenen Fällen manifestiert: von Einzelaktionen wie dem Fall von Aaron Swartz über kollektive Akte wie den Grey Tuesday bis hin zu ganzen Plattformen wie The Pirate Bay oder Depub.org.

Besonders (jedoch nicht ausschließlich) eigenmächtige Formen digitalen Ungehorsams veranschaulichen das, was als Do-ocracy bezeichnet wird (vgl. Norton 2012; Fein 2011): eine pragmatische, Tatsachen schaffende Ad-hoc-Politik, die jedoch in vielen Fällen nicht als isolierter Akt von Einzelindividuen zu sehen ist, sondern von dem getragen ist, was Milan und Hintz als »networked collective action« (Milan & Hintz 2013) beschreiben.

Besonders eigenmächtige Formen digitalen Ungehorsams veranschaulichen eine hybride, fluide und dynamische Interaktion zwischen politischen Akteuren und ihren Technologien als ständigen Aushandlungsprozess um Weltanschauungen, politische Anliegen und je kollektive Identitäten. Obwohl uns diese politisch-technischen Hybride damit konfrontieren, dass die Überzeugungen des Einzelnen nicht in jedem Fall nachvollziehbar sind, da sich viele Ungehorsame der Reziprozität des Handelns entziehen, lässt sich eine Forderung des digitalen Ungehorsams unabhängig von individuellen Motivationen feststellen: Jenseits einer *politischen Reinheit* der Anliegen sind sie als Anzeichen einer Forderung nach politischer Teilhabe und damit als Einforderung einer Re-politisierung zu verstehen.

Das vierte und fünfte Kapitel eröffnen den Dialog mit der politischen Theorie, indem sie sich mit der Frage auseinandersetzen, welches theoretische Ver-

verständnis von zivilem Ungehorsam der heutigen Praxis unter den Bedingungen der digitalen Informationsgesellschaft gerecht wird.

Zunächst habe ich hierzu die vorherrschende liberale Auffassung von zivilem Ungehorsam, die vornehmlich durch John Rawls geprägt wurde, herangezogen. Es zeigt sich jedoch, dass vor allem dessen methodischer Ansatzpunkt der Idealtheorie zu gravierenden Schwächen führt. Bei genauerer Betrachtung stellt sich heraus, dass kein Kriterium der von Rawls aufgestellten Definition und Rechtfertigung einer kritischen geschichtlichen Befragung standhält und sich sein Ansatz als zu restriktiv erweist, um der politischen Realität zivilen Ungehorsams gerecht zu werden. Das gravierendste Problem dabei ergibt sich aus einer *epistemologischen Verzerrung* (vgl. Celikates 2011a: 9), die ein Resultat der idealtheoretischen Fundierung seines Ansatzes ist. Der ideologisch geprägte idealtheoretische Blick kann entscheidende Realitäten für den Betrachter oder die Betrachterin verzerren oder ausblenden, da diese außerhalb der eigenen Erfahrung liegen oder als *natürliche Gegebenheit* hingenommen und marginalisiert werden. Das daraus resultierende Unvermögen, die Realität unter Absehung von der eigenen Perspektive treffend beschreiben zu können, kann ferner dazu führen, dass neuen Anliegen, Akteuren und Handlungsformen, wie sie der digitale Ungehorsam hervorbringt, kategorisch abgesprochen wird, politisch gleichwertig zu sein. Als Verzerrung dieser idealtheoretischen Sichtweise interpretiere ich beispielsweise auch Calabreses Analyse digitalen Ungehorsams, die diesem jede Anerkennung als ziviler Ungehorsam abspricht (vgl. Calabrese 2004).

Das fünfte Kapitel der Arbeit stellt als Alternative ein radikal-demokratisches Verständnis zivilen Ungehorsams vor, das auf den Ansätzen von Hannah Arendt (Arendt 2000), Michael Walzer (Walzer 1970a) und Robin Celikates (Celikates 2010) beruht und den zivilen Ungehorsam als absichtlich rechtswidriges und prinzipienbasiertes Protesthandeln versteht, das eine intersubjektive und demokratische politische Absicht verfolgt und diese gegenüber der Mitbürgerschaft (in einem politischen Sinne) öffentlich kommuniziert. Ziel des so verstandenen zivilen Ungehorsams ist es, politische Maßnahmen in demokratieförderlicher Weise zu beeinflussen, wobei es sich bei diesen Maßnahmen keineswegs um Gesetze oder staatliche Maßnahmen handeln muss; vielmehr können auch Maßnahmen politischer Autoritäten nichtstaatlicher Art (wie

transnationalen Institutionen oder Unternehmen) Auslöser des Protests und Gegenstand des Veränderungsanliegens sein. Obwohl mit diesem im Vergleich offeneren Verständnis wesentlich mehr Praktiken und Fallbeispiele als ziviler Ungehorsam Anerkennung finden, ist das vorgestellte Konzept von zivilem Ungehorsam keineswegs beliebig offen oder dehnbar. Es fordert sowohl von den handelnden Ungehorsamen als auch von ihren Mitbürgern, von exekutiven Instanzen wie von der Justiz ein hohes Maß an politischer Wachsamkeit, Offenheit und Weitsicht.

Dieses Verständnis betrachtet zivilen Ungehorsam als Form extrainstitutioneller, »semi-extraordinary« Politik (Kalyvas 2008: 286) und als legitimen politischen Akt, der sich heute in digitalen Formen transnational und transversal an gemeinsamen Anliegen von Menschen ausrichtet. Es hält fest an einer tieferen Verbindung zur ursprünglichen kollektiven Macht, die jeder Gemeinschaftsbildung eigen ist, und damit an dem, was Arendt den *Geist der Revolution* nannte – einer egalitären Essenz, die besonders im Zeitalter einer global vernetzten Informationsgesellschaft ein neues imaginatives Projektionspotential erhält.

Die Frage der Rechtfertigung zivilen Ungehorsams diskutiert das sechste Kapitel. Abweichend von der liberalen Auffassung formuliere ich jedoch keine Kriterien der Rechtfertigungsfähigkeit, sondern reflektiere, welche konkreten und fallspezifischen Gründe es geben könnte, die eine Rechtfertigung zivilen Ungehorsams unabhängig von der begrifflichen Auseinandersetzung in Frage stellen könnten. Im Anschluss an die exemplarische Diskussion des Strafor-Hacks Jeremy Hammonds, anhand derer ich Probleme der Rechtfertigung zivilen Ungehorsams veranschauliche, plädiere ich für eine Ablösung von dem etablierten Merkmal der Gewaltfreiheit. Wie ich in einer Diskussion des Gewaltbegriffs zeige, ist dieser ein janusköpfiger Begriff (vgl. Krämer 2010: 22), der sich in Bezug auf zivilen Ungehorsam als zu unbestimmt erweist. Meine Argumentation spricht dafür, die Untersuchung der Frage, welche Handlungen im Rahmen zivilen Ungehorsams zukünftige Kooperation zwischen Mitbürgern ermöglichen und begünstigen, in den Vordergrund zu rücken. Diesen Ansatz halte ich für tragfähiger und theoretisch zielführender als bei der begrifflich ambivalenten Frage zu bleiben, ob die Mittel des zivilen Ungehorsams gewaltsam sind oder sein dürfen.

Letztlich befasst sich das siebte Kapitel im Rückbezug auf das erarbeitete radikal-demokratische Verständnis mit fünf Aspekten, die ich als transformierende Eigenarten digitalen Ungehorsams diskutiere. Einerseits zeige ich zunächst, dass es durchaus vielfältige digitale Formen politischen Handelns gibt, die dem vorgeschlagenen Verständnis zivilen Ungehorsams gerecht werden. Zugleich beleuchte ich die Eigenheiten des digitalen und vernetzten Handelns, die ebenso Herausforderungen für ein bisheriges Verständnis zivilen Ungehorsams mit sich bringen: hybride Akteursnetzwerke, die Anonymität von Handelnden, die Automatisierung des politischen Handelns durch Informationstechnologien, die Gefahr der Technokratie sowie die problematischen Dynamiken digitaler Öffentlichkeiten. Diese Diskussion zeigt auf, welchen Herausforderungen sich der zivile Ungehorsam als politischer Balanceakt unter den Vorzeichen einer digitalen Gesellschaft neu stellen muss, um als demokratische Praxis Anerkennung zu finden. Sozio-technische hybride Organisationsformen begünstigen eine fluide und selbstbestimmte Dynamik der Partizipation und damit ein kollektives Handeln, das weniger durch eine klare Zugehörigkeit von Akteuren zu einer Vereinigung denn als Effekt eines konnektiven Netzwerks von handelnden Einzelindividuen zu verstehen ist. Infolgedessen verändert sich das, was Walzer als die Soziologie des Ungehorsams beschrieb, jedoch beeinträchtigt diese Fragmentierung nicht zwangsläufig die Intersubjektivität der Handlung als Anerkennung und Berücksichtigung der demokratischen Rechte anderer.

Anonymität verstehe ich nicht als kategorische Hürde für die Anerkennung einer digitalen Protesthandlung als ziviler Ungehorsam, ich streiche jedoch heraus, dass diese strategische Entscheidung zur Anonymität auch Nachteile mit sich bringen kann, etwa einen höheren kommunikativen Aufwand, um Glaubwürdigkeit und Verantwortlichkeit gegenüber Mitbürgern herzustellen.

Unreflektierte Automatisierung des Protests und ein technokratisches Selbstverständnis der Akteure bewerte ich als Tendenzen, die grundlegend zu Gefahren des politisch-technischen Handelns werden können, indem sie die Selbstbestimmtheit von Partizipierenden wie auch die Rechte anderer auf demokratische Teilhabe beeinträchtigen können. Als wesentlich allgemeines Problem erweist sich die vorherrschende Aufmerksamkeitsökonomie, die zunehmend das Spektakel zum Maßstab der Legitimation politischen Handelns erhebt (vgl. Tufekci 2013). Angesichts der überwältigenden Informationsflut und Unbestän-

digkeit politischer Diskurse im Internet erweist es sich als Herausforderung, im Rahmen dieser Dynamiken *echte* und politische Öffentlichkeit herzustellen (vgl. Bajohr 2011: 64).

Im Erkenntnisprozess dieser Arbeit zeigt sich an verschiedenen Stellen ein weiterer Forschungsbedarf: Zunächst ist die Vielfalt von Phänomenen des digitalen Ungehorsams aus anthropologischer und soziologischer Sicht zu wenig erforscht. Die genauere sozio-kulturelle Untersuchung einzelner und weiterer Fälle wäre ein lohnenswertes Ziel weiterer Forschungsarbeiten. Während über einige Bewegungen wie das Electronic Disturbance Theater, Anonymous oder WikiLeaks umfangreiche Untersuchungen und Auseinandersetzungen vorliegen, fehlen Betrachtungen zu vielen weiteren sozio-technischen Protestphänomenen zumindest in vergleichbarer Tiefe und ähnlichem Umfang.

Whistleblowing und vor allem dessen neue Umsetzung durch und mit digitalen Technologien wie Plattformen und Verschlüsselungswerkzeugen erfordert meines Erachtens größere Aufmerksamkeit, als ich diesem Themenfeld im Rahmen dieser Arbeit widmen konnte. Whistleblowing erweist sich als politisch machtvoll und entscheidende dissidente Praxis des Informationszeitalters, die vor allem in der interdisziplinären Forschung weitere Betrachtung verdient. Einerseits erfordern die rechtlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen um den Schutz von Whistleblowern weitere Reflexion; andererseits wirft auch die technische Umsetzung neue normative Fragen auf. Aus normativer Sicht halte ich ferner die Automatisierung von Protesten wie auch die gesellschaftliche Tendenz zur Technokratie für zwei weitere Themenfelder, die einen größeren Aufwand wissenschaftlicher Auseinandersetzung und eine informiertere öffentliche Debatte notwendig machen.

In Bezug auf den Rechtsdiskurs erfordert der Wert des zivilen Ungehorsams als politischer Praxis eine Neuevaluation tradierter Rechtsverhältnisse – wie beispielsweise der problematischen Pönalisierung von Sitzblockaden in Deutschland. Vor allem aber erfordert das Missverhältnis zwischen einer eher zurückhaltenden Strafverfolgung klassischer Formen zivilen Ungehorsams und drakonischen Strafen für digitalen zivilen Ungehorsam (in den USA) eine Fortentwicklung der Rechtsprechung, die einen Auslegungsspielraum für einen differenzierten Umgang auch mit digitalem zivilem Ungehorsam zulässt, so dass dieser von kriminellen Taten unterschieden werden kann. Bislang erkennt die Justiz

den Beitrag, den (digitaler) ziviler Ungehorsam als provokative und kritische Form der extrainstitutionellen Politik leisten kann, um einen demokratischen Diskurs und möglicherweise einen gesellschaftlichen Transformationsprozess anzustoßen.

Digitaler ziviler Ungehorsam erweist sich als Möglichkeit, Rechte des digitalen Handelns unter Absehung von staatlichen Grenzen neu in Anspruch zu nehmen. Diese Inanspruchnahme mag als ziviler Ungehorsam mit geltenden nationalen Rechtssystemen in Konflikt stehen, doch wäre es ein entscheidender Schritt, den Unterschied dieses Rechtskonflikts zu kriminellen Taten anzuerkennen.

Arendt wirft in ihren Überlegungen die Frage auf, ob und wie ziviler Ungehorsam institutionalisiert werden könne, ohne selbst eine umsetzungsfähige Antwort zu geben (vgl. Smith 2010: 158f.). Möglicherweise ist ihre Frage vor dem Hintergrund globaler Vernetzung virulenter und zugleich komplexer denn je. Sicher war für Arendt, dass diese Institutionalisierung nicht im Recht zu suchen ist, sondern in parallelen politischen und deliberativen Prozessen, die zivil Ungehorsame als Fürsprecher, ähnlich wie Lobbyisten, in die Abläufe institutioneller Politik integrieren. Diese Integration kann aus Arendts Sicht neuen Raum für Anerkennung und argumentative Einflussnahme schaffen, ohne jedoch den disruptiven und subversiven Charakter zivilen Ungehorsams abzulegen (vgl. Arendt 2000: 320; Smith 2010: 157ff.). Es ist gut denkbar, dass vernetzte Informationstechnologien und Infrastrukturen dazu ermutigen, neue Formen der Institutionalisierung nicht nur zu imaginieren oder fordern, sondern diese auch durch konstruktive Ansätze zu realisieren, wie es beispielsweise in Bezug auf Whistleblowing bereits zu beobachten ist. Da es sich um Forderungen der Mitbürgerschaft und Teilhabe jenseits des Staates handelt, müssen jedoch auch die Formen der Institutionalisierung möglicherweise jenseits bestehender staatlicher Konventionen gedacht – und daher möglicherweise noch erfunden – werden (vgl. Züger 2014a).

Im Verständnis dieser Arbeit ist ziviler Ungehorsam im Zeitalter digitaler Medien zunehmend ein Akt, der ein neues Verständnis von politischer Teilhabe realisiert. Es besteht darin, dass digital Ungehorsame in einem globalen hegemonialen Geflecht privater und staatlicher Autoritäten durch ihren ungehorsamen Protest neue Wege und Formen der Mitsprache und Einflussnahme fordern.

Was ich in dieser Arbeit als Formen digitalen zivilen Ungehorsams beschreibe, sind digitale Akte von Menschen, die ihre performative und imaginative Kraft gegenüber rechtlichen wie politischen Autoritäten zum Ausdruck bringen, um deren Machtentfaltung in Frage zu stellen, indem sie die Durchsetzung bestehender Rechte oder zukünftige Rechte einfordern. Digitale Informationstechnologien werden durch ihre Nutzung zu einer Umgebung und einem Medium eines Lebens und Denkens, Sprechens und Handelns, das das Paradigma der staatlichen Gemeinschaft in performativen Akten hinterfragt. Die »Declaration of Independence of the Internet«, wie John Perry Barlow sie formulierte, hoffte eine Einheit zu schaffen im Sinne einer universellen Zivilisation des Geistes und eines separaten, unabhängigen Raumes (vgl. Barlow 1996b). Die politischen Kämpfe der Informationsgesellschaft zeigen uns heute, dass dieses Bild des Internets als *alternativer Raum* ein inadäquater Startpunkt des Nachdenkens über digitale Rechte ist (vgl. Isin & Ruppert 2015: 35). Das Internet manifestiert keinen Unterschied zwischen *Online- und Offline-Leben*, sondern konstituiert ein sozio-technisches Arrangement der Vernetzung und Verkörperung menschlicher Handlungen und Beziehungen.

Die Menschen, für die diese Rechte in Anspruch genommen werden, lassen sich jedoch nicht als einheitliche Gemeinschaft beschreiben. Wie es für Menschenrechte in der heutigen globalisierten Welt keine faktischen Garantien gibt, ihnen vielmehr nur eine imaginative und performative Kraft zukommt, die sich in staatlichen und internationalen Regelungsstrukturen niederschlagen kann, sind auch digitale Rechte fragil und prekär und Gegenstand eines kontinuierlichen Aushandlungsprozesses. Zugehörigkeit zu einer digitalen Kultur wird erst durch ihre teils individuelle, teils kollektive Inanspruchnahme ins Leben gerufen und manifestiert sich keineswegs in universellen Prinzipien oder im Konsens, sondern in einer fragmentierten, fluiden, pluralistischen und agonistischen Praxis, die das Politische im digitalen Zeitalter experimentell neu erprobt.

Ziviler Ungehorsam bietet das Potential, bestehende gesellschaftliche Kämpfe um demokratische Teilhabe und Gerechtigkeit neu zu inszenieren, und transformiert sich als Antwort auf veränderte hegemoniale Strukturen in Form einer unmittelbaren Praxis, die bestehende Verhältnisse kontinuierlich neu in Frage stellt. Er ist Ausdruck der Freiheit des partiellen Neubeginns in menschlichen Gemeinschaften, und seine digitalen Formen markieren je ein Initium im konti-

nuierlichen Aushandlungsprozess demokratischer Selbstbestimmung im komplexen sozio-technischen Zusammenspiel einer digitalisierten Welt.

Literatur

- Adbusters. Spoof Ads, <https://www.adbusters.org/spoofads> (abgerufen am 15.07.2015).
- Ahrens, Stefan. 2005. *Die Gründung der Freiheit. Hannah Arendts politisches Denken über die Legitimität demokratischer Ordnungen*. Vol. 2 of Hannah Arendt-Studien. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Akdeniz, Yaman. 2002. Anonymity, democracy, and cyberspace. *Social Research* 69:1, S. 223-237.
- Alaeddini, Mohammadreza. 2011. *Cyberspace: The Gated Public Sphere*. Masterarbeit. University of Toronto.
- Altnöter, Ferdinand. 2012. *Ziviler Ungehorsam*. Diplomarbeit. Universität Wien.
- Andrejevic, Mark. 2014. WikiLeaks: Wikileaks, surveillance and transparency. *International Journal of Communication* 8, S. 12.
- Arendt, Hannah. 1963. *On Revolution*. New York: Viking Press.
- Arendt, Hannah. 1964. Zur Person. Günter Gaus im Gespräch mit Hannah Arendt. *rbb Rundfunk Berlin-Brandenburg*, http://www.rbb-online.de/zurperson/interview_archiv/arendt_hannah.html (abgerufen am 08.01.2015).
- Arendt, Hannah. 1979. *The Origins of Totalitarianism*. New York: Harvest Book.
- Arendt, Hannah. 1994. *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*. Herausgegeben von Ursula Ludz. München: Piper.
- Arendt, Hannah. 1996. *Macht und Gewalt*. München: Piper, 1970.
- Arendt, Hannah. 2000. *Über die Revolution*. München: Piper.
- Arendt, Hannah. 2006. The Crisis in Education. In *Between past and future: Eight exercises in political thought*. New York: Penguin Books.
- Arendt, Hannah. 2008. *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München: Piper, 1972.
- Arendt, Hannah. 2010. *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass*. Herausgegeben von Ursula Ludz. München: Piper, 2003.
- Arendt, Hannah. 2012a. *Das Urteilen: Texte zu Kants Politischer Philosophie; dritter Teil zu »Vom Leben des Geistes«*. Herausgegeben von Ursula Ludz & Beiner, Ronald. München: Piper.
- Arendt, Hannah. 2012b. *Über das Böse: Eine Vorlesung zu Fragen der Ethik*. München: Piper, 2007.
- Arendt, Hannah. 2015. *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. München: Piper, 1986.
- Aristoteles. 2003. *Nikomachische Ethik*. Dietzingen: Reclam, 1969.
- Arns, Inke. 2002. This is not a toy war: Politischer Aktivismus in Zeiten des Internet. In *Praxis Internet*. Herausgegeben von Stefan Münker & Alexander Roesler. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 37-60.
- Arte. 2002. *Deportation Class: Eine Kampagne gegen Abschiebung: Lufthansa*, <https://www.youtube.com/watch?v=SRLgeaGEYys> (abgerufen am 05.01.2016).
- Asad, Amira. 2013. The egyptian feminist who was kidnapped for posing nude. *VICE*, <https://www.vice.com/read/the-egyptian-feminist-who-was-kidnapped-for-posing-nude> (abgerufen am 09.05.2016).
- Askanius, Tina. 2013. Online video activism and political mash-up genres. *JOMEC Journal Journalism Media and Cultural Studies*, S. 1-17.

- Auty, Caroline. 2004. Political hacktivism: Tool of the underdog or scourge of cyberspace? *Aslib proceedings* 56:4, S. 212-221.
- Baggini, Julian. 2011. Cyber-protest is cheap, digital disobedience easy: The dangers of digital disobedience. *Literal Magazine*, http://www.literal-magazine.com/english_post/cyber-protest-is-cheap-digital-disobedience-easy-the-dangers-of-digital-disobedience/ (abgerufen am 10.02.2015).
- Bajohr, Hannes. 2011. *Dimensionen der Öffentlichkeit: Politik und Erkenntnis bei Hannah Arendt*. Berlin: Lukas Verlag.
- Balibar, Etienne. 1993. Some questions on politics and violence. *Assemblage*, S. 12-13.
- Balibar, Etienne. 2014. *Equaliberty: Political Essays*. Durham: Duke University Press.
- Balluch, Martin. 2009. *Widerstand in der Demokratie: Ziviler Ungehorsam und konfrontative Kampagnen*. Wien: Promedia.
- Bardeau, Frédéric & Nicolas Danet. 2012. *Anonymous: Von der Spaßbewegung zur Medienguerilla*. Münster: Unrast.
- Barlow, John Perry. 1996a. *A declaration of the independence of cyberspace*, <https://projects.eff.org/~barlow/Declaration-Final.html> (abgerufen am 22.10.2013).
- Barlow, John Perry. 1996b. *A declaration of the independence of cyberspace*, <https://projects.eff.org/~barlow/Declaration-Final.html> (abgerufen am 22.10.2013).
- Barnes, Julian. 2013. What Bradley Manning leaked. *The Wall Street Journal*, <http://blogs.wsj.com/washwire/2013/08/21/what-bradley-manning-leaked/> (abgerufen am 19.05.2016).
- Bazzichelli, Tatiana. 2011. *Networked Disruption. Rethinking Oppositions in Art, Hacktivism and the Business of Social Networking*. Doktorarbeit. Digital Aesthetics Research Center.
- Beckedahl, Markus. 2014. CCC erweitert Strafanzeige gegen Geheimdienste und Bundesregierung. *Netzpolitik.org*, <https://netzpolitik.org/2014/ccc-erweitert-strafanzeige-gegen-geheimdienste-und-bundesregierung/> (abgerufen am 23.07.2015).
- Becker, Carlos & Sandra Seubert. 2016. Privatheit, kommunikative Freiheit und Demokratie. *Datenschutz und Datensicherheit-DuD* 40:2, S. 73-78.
- Bedau, Hugo A (Herausgeber). 1991. *Civil Disobedience in Focus*. London / New York: Routledge.
- Behr, Dorothee et al. 2014. Item comparability in cross-national surveys: Results from asking probing questions in cross-national web surveys about attitudes towards civil disobedience. *Quality & Quantity* 48:1, S. 127-148.
- Bell, Daniel. 1973. *The coming of post-industrial society; a venture in social forecasting*. New York: Basic Books.
- Benkler, Yochai. 2006. *The wealth of networks: How social production transforms markets and freedom*. New Haven: Yale University Press.
- Benkler, Yochai. 2011. A free irresponsible press: Wikileaks and the battle over the soul of the networked fourth estate. *Harv. CR-CLL Rev.* 46, S. 311.
- Benkler, Yochai. 2012. Hacks of valor: Why Anonymous is not a threat to national security. *Foreign Affairs*, <https://www.foreignaffairs.com/articles/2012-04-04/hacks-valor> (abgerufen am 21.04.2015).

- Benkler, Yochai et al. 2013. Social mobilization and the networked public sphere: Mapping the SOPA-PIPA debate. *Berkman Center Research Publication No. 2013-16*.
- Bennett, W Lance & Alexandra Segerberg. 2012. The logic of connective action: Digital media and the personalization of contentious politics. *Information, Communication & Society* 15:5, S. 739-768.
- Bentouhami, Hourya. 2007. Civil disobedience from Thoreau to transnational mobilizations: The global challenge. *Essays in Philosophy. A Biannual Journal* 8:2, <http://commons.pacificu.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1274&context=eip>.
- Beutelspacher, Albrecht, Heike B. Neumann & Thomas Schwarzpaul. 2010. *Kryptografie in Theorie und Praxis*. Wiesbaden: Vieweg Teubner, 2005.
- Beyer, Jessica L. 2014a. Anonymous. In *Expect us: Online Communities and Political Mobilization*. Oxford: Oxford Scholarship Online, S. 26-54.
- Beyer, Jessica L. 2014b. The Pirate Bay. In *Expect us: Online Communities and Political Mobilization*. Oxford: Oxford Scholarship Online, S. 55-75.
- Bieber, Christoph. 2013. Lessons of the Leak. WikiLeaks, Julian Assange, and the Changing Landscape of Media and Politics. In *A Companion to New Media Dynamics*. Herausgegeben von Jean Burges, Axel Bruns & John Hartley. Oxford: Blackwell, S. 322-335.
- Biermann, Kai. 2010. »Depub« will alle Öffentlich-Rechtlichen archivieren. *Zeit Online*, <http://www.zeit.de/digital/internet/2010-09/depub-depublizieren-interview> (abgerufen am 25.06.2015).
- Blas, Zach. 2011. On electronic civil disobedience: Interview with Ricardo Dominguez. *Reclamations Blog*, http://www.reclamationsjournal.org/blog/?ha_exhibit=interview-with-ricardo-dominguez (abgerufen am 26.11.2013).
- Bodó, Balázs. 2014. Hacktivism 1-2-3: How privacy enhancing technologies change the face of anonymous hacktivism. *Internet Policy Review* 3:4, S. 1-12.
- Boetie, Etienne de la. 1968. Von der freiwilligen Knechtschaft des Menschen. In *Über die freiwillige Knechtschaft des Menschen*. Herausgegeben von Heinrich Heydorn. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, S. 31-65.
- Borsook, Paulina. 2001. *Schöne neue Cyberwelt: Mythen, Helden und Irrwege des Hightech*. München: dtv.
- Bosch, Nikolaus. 2007. Nötigung mit Gewalt. *Beck Online* 659.
- Bowden, Peter. 2005. A comparative analysis of whistleblower protection. *Australian Association for Professional and Applied Ethics 12th Annual Conference*, <http://www.unisa.edu.au/Documents/EASS/HRI/GIG/bowden-whistleblower.pdf>.
- boyd, danah. 2013. *Whistleblowing is the new civil disobedience. Why Edward Snowden matters*, <http://www.zephoria.org/thoughts/archives/2013/07/19/edward-snowden-whistleblower.html> (abgerufen am 10.10.2013).
- Brevini, Benedetta, Arne Hintz & Patrick McCurdy (Herausgeber). *Beyond WikiLeaks: Implications for the future of communications, journalism and society*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Brownlee, Kimberley. 2004. Features of a paradigm case of civil disobedience. *Res Publica* 10:4, S. 337-351.
- Brownlee, Kimberley. 2007. The communicative aspects of civil disobedience and lawful punishment. *Criminal Law and Philosophy* 1:2, S. 179-192.

- Brownlee, Kimberley. 2012. *Conscience and conviction: The case for civil disobedience*. Oxford: Oxford University Press.
- Brownlee, Kimberley. 2007. Civil Disobedience. *Stanford Encyclopedia of Philosophy/Spring 2010 Edition*, <http://plato.stanford.edu/archives/spr2010/entries/civil-disobedience/> (abgerufen am 20.02.2014).
- Bruhn, Jürgen. 1985. »...dann, sage ich, brich das Gesetz«. *Ziviler Ungehorsam: von Gandhis Salzmarsch bis zum Generalstreik*. Frankfurt am Main: Röderberg Verlag.
- Brunkhorst, Hauke. 2000. *Equality and elitism in Arendt*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bruns, Karin. 2014. Un/heimliche Botschaften: Strategien des Leaking - Gerüchte im Netz. In *Partizipative Medienkulturen: Positionen und Untersuchungen zu veränderten Formen öffentlicher Teilhabe*. Herausgegeben von Ralf Biermann, Johannes Fromme & Verständig, Dan. Wiesbaden: Springer, S. 163-184.
- BSI. Botnetze. *BSI für Bürger: Botnetze*, https://www.bsi-fuer-buerger.de/BSIFB/DE/GefahrenImNetz/BotNetze/botnetze_node.html (abgerufen am 10.06.2015).
- Bunz, Mercedes. 2012. Die fünfte Gewalt: Über die Neuausrichtung der medialen Gewaltenteilung. In *Öffentlichkeit im Wandel*. Heinrich Böll Stiftung, S. 47-52.
- Burgess, Matt. 2016. Snowden slams UK government over encryption 'back-door' plans. *Wired*, <http://www.wired.co.uk/news/archive/2015-10/28/edward-snowden-uk-encryption-backdoors> (abgerufen am 20.05.2016).
- Burton, Finn & Helen Nissenbaum. 2015. *Obfuscation: A user's guide for privacy and protest*. Cambridge: MIT Press.
- Buss, Christian. 2011. The naked truth: Around the world, protesters bare all for a cause. *Spiegel Online*, <http://www.spiegel.de/international/world/the-naked-truth-around-the-world-protesters-bare-all-for-a-cause-a-799471.html> (abgerufen am 28.04.2016).
- Butler, Declan. 2013. US justice system ›overreach‹ blamed in suicide of Internet-freedom activist. *Nature News Blog*, <http://blogs.nature.com/news/2013/01/us-justice-system-overreach-blamed-in-suicide-of-internet-freedom-activist.html> (abgerufen am 17.07.2014).
- Calabrese, Andrew. 2004. Virtual nonviolence? Civil disobedience and political violence in the information age. *info* 6:5, S. 326-338.
- Calderaro, Andrea & Anastasia Kavada. 2013. Special Issue on online collective action and policy change. *Policy & Internet* 5:1, S. 1-6.
- Cameron, Dell. 2014. How an FBI informant orchestrated the Stratfor hack. *The Daily Dot*, <http://www.dailydot.com/politics/hammond-sabu-fbi-stratfor-hack/> (abgerufen am 10.06.2016).
- Capaccio, Tony. 2013. MLK's speech attracted FBI's intense attention. *The Washington Post*, https://www.washingtonpost.com/politics/mlks-speech-attracted-fbis-intense-attention/2013/08/27/31c8ebd4-0f60-11e3-8cdd-bcdc09410972_story.html (abgerufen am 12.03.2016).
- Carpentier, Nico. 2011. *Media and participation: A site of ideological-democratic struggle*. Bristol: Intellect Books
- Carrier, Michael A. 2010. The Pirate Bay, Grokster, and Google. *Journal of Intellectual Property Rights* 15:1, S. 7-18.

- Casetteboy. 2014. *Casetteboy: Cameron's Conference Rap*, https://www.youtube.com/watch?v=0YBumQHPAeU&feature=player_embedded (abgerufen am 10.05.2016).
- Cassim, Fawzia. 2012. Addressing the spectre of cyber terrorism: a comparative perspective. *PER: Potchefstroomse Elektroniese Regsblad* 15:2, S. 01-37.
- Castells, Manuel. 1996. The Rise of the Network Society. *The rise of the network society*. Oxford: Blackwell.
- Celikates. 2016. Rethinking civil disobedience as a practice of contestation – Beyond the liberal paradigm. *Constellations. International Journal of Critical and Democratic Theory* 23:1, S. 37-45.
- Celikates, Robin. 2010. Ziviler Ungehorsam und radikale Demokratie. In *Das Politische und die Politik*. Herausgegeben von Thomas Bedorf & Kurt Röttgers. Berlin: Suhrkamp, S. 274-300.
- Celikates, Robin. 2011a. At Best Irrelevant, at Worst Ideological? Ideal Theory and the Case of Civil Disobedience. In Amsterdam: Amsterdam University, S. 1-20.
- Celikates, Robin. 2011b. Ziviler Ungehorsam. *Hinterfragt. Der Ethikpodcast*, <http://www.ethik.uzh.ch/static/hinterfragt/audio/hinterfragt01.mp3> (abgerufen am 23.01.2014).
- Celikates, Robin. 2014a. Civil disobedience as a Practice of Civic Freedom. In *On Global Citizenship. James Tully in Dialogue*. London: Bloomsbury Press, S. 207-228.
- Celikates, Robin. 2014b. Ziviler Ungehorsam - zwischen Gewaltfreiheit und Gewalt. In *Gewaltbefragungen: Beiträge zur Theorie von Politik und Gewalt*. Herausgegeben von Oliver Flügel-Martinsen & Franziska Martinsen. Bielefeld: transcript, S. 221- 226.
- Celikates, Robin. 2015. Civil Disobedience. In *The International Encyclopedia of Political Communication*. Herausgegeben von Gianpietro Mazzoleni. Hoboken: Wiley-Blackwell, S. 1-5.
- Celikates, Robin & Daniel De Zeeuw. 2015. Botnet Politics, Algorithmic resistance and hacking society. *Hacking Habitat. Art of Control*, S. 210-217.
- Centeno, Miguel Angel. 1993. The new Leviathan: The dynamics and limits of technocracy. *Theory and Society* 22:3, S. 307-335.
- Chaos Computer Club. 1984. Presseerklärung BTX Hack. *Wau Holland Stiftung*, https://www.wauland.de/de/hackerarchiv/btx-hack/1984-11-19_PM-CCC.pdf (abgerufen am 10.05.2016).
- Chaos Computer Club. 2011. *Chaos Computer Club leistet digitale Entwicklungshilfe für die Enquête-Kommission*, <http://www.ccc.de/de/updates/2011/adhocracy-enquete> (abgerufen am 23.07.2015).
- Christensen, Christian. 2014. WikiLeaks: From popular culture to political economy. *International Journal of Communication* 8, S. 5.
- Christensen, Christian & Birgitta Jónsdóttir. 2014. WikiLeaks, transparency and privacy: A discussion with Birgitta Jónsdóttir. *International Journal of Communication* 8, S. 9.
- Coenen, Christopher, Wolfgang Hofkirchner & Jose Maria Diaz Nafria. 2012. New ICTs and social media: Revolution, counter-revolution and social change. *International Review of Information Ethics* 18:12, S. 7.
- Cohen, Carl. 1966. Civil disobedience and the law. *Rutgers Law Review* 21:1, S. 2-17.

- Coleman, Gabriella. 2011. Anonymous: From the Lulz to Collective Action. *The New Everyday*, <http://mediacommons.futureofthebook.org/tne/pieces/anonymous-lulz-collective-action> (abgerufen am 04.05.2015).
- Coleman, Gabriella. 2012. Phreaks, hackers, and trolls: The politics of transgression and spectacle. *The social media reader*, S. 99-119.
- Coleman, Gabriella. 2013a. Anonymous and the Politics of Leaking. In *Beyond WikiLeaks: Implications for the Future of Communications, Journalism & Society*. Herausgegeben von Arne Hintz, Patrick McCurdy & Benedetta Brevini. S. 209-228.
- Coleman, Gabriella. 2013b. Anonymous in context: The politics and power behind the mask. *Internet Governance Paper 3*, S. 2-21.
- Coleman, Gabriella. 2014. *Hacker, Hoaxer, Whistleblower, Spy: The Many Faces of Anonymous*. London: Verso Books.
- Coleman, Gabriella. 2015a. Bad, Bad Barrett Brown. *Slate*, http://www.slate.com/articles/technology/future_tense/2015/01/barrett_brown_sentencing_the_u_s_government_overreaction_to_hackers.html (abgerufen am 24.07.2015).
- Coleman, Gabriella. 2015b. How Anonymous (narrowly) evaded the cyberterrorism rhetorical machine. *Vortrag zur re:publica 6. Mai 2015, Berlin*, <https://republica.de/session/how-anonymous-narrowly-evaded-cyberterrorism-rhetorical-machine> (abgerufen am 11.06.2015).
- Constant, Sarah A. 2013. The Computer Fraud and Abuse Act: A prosecutor's dream and a hacker's worst nightmare. The case against Aaron Swartz and then need to reform the CFAA. *Tul. J. Tech. & Intell. Prop.* 16, S. 231-313.
- Conway, Maura. 2003. Hackers as terrorists? Why it doesn't compute. *Computer Fraud & Security* 2003:12, S. 10-13.
- Crabapple, Molly. 2014. From Pussy Riot to Snowden: The dissident fetisch. *Vanity Fair*, <http://www.vanityfair.com/news/politics/2014/06/dissident-fetish-molly-crabapple> (abgerufen am 31.03.2016).
- Critical Art Ensemble, <http://www.critical-art.net/> (abgerufen am 16.10.2013).
- Crosston, Matthew. 2017. The fight for cyber Thoreau: Distinguishing virtual disobedience from digital destruction. *Threat Mitigation and Detection of Cyber Warfare and Terrorism* (forthcoming).
- Cryptome.org. Cryptome, <http://cryptome.org/> (abgerufen am 18.05.2016).
- Cult of the Dead Cow FAQ. http://www.cultdeadcow.com/cDc_files/Hack-tivismoFAQ.html (abgerufen am 21.08.2014).
- Dahlberg, Lincoln & Eugenia Siapera. 2007. *Radical democracy and the Internet: Interrogating theory and practice*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Dahlberg-Grundberg, Michael. 2015. Technology as movement On hybrid organizational types and the mutual constitution of movement identity and technological infrastructure in digital activism. *Convergence: The International Journal of Research into New Media Technologies*, S. 1-19.
- Daly, Angela. 2014. Internet privatization, wikileaks, and free expression. *International Journal of Communication* 8, S. 2693-2703.
- Davenport, David. 2002. Anonymity on the Internet: why the price may be too high. *Communications of the ACM* 45:4, S. 33-35.
- Davis, Michael. 2009. Whistleblowing. In *The Oxford Handbook of Practical Ethics*. Herausgegeben von Hugh LaFollette. S. 539-561.
- DeCaro, Louis A. 1996. *On the side of my people: A religious life of Malcolm X*. New York: New York University Press.

- Deitz, Milissa. 2014. Cut and Paste: Australia's original culture jammers, BUGA UP. *Global Media Journal: Australian Edition* 8:1,
- Denning, Dorothy E. 2001a. Activism, hacktivism, and cyberterrorism: The Internet as a tool for influencing foreign policy. *Networks and netwars: The future of terror, crime, and militancy*, S. 239-288.
- Denning, Dorothy E. 2001b. Activism, hacktivism, and cyberterrorism: The Internet as a tool for influencing foreign policy. *Networks and netwars: The future of terror, crime, and militancy*, S. 239-288.
- depub.org: Ziviler Ungehorsam in digitalen Zeiten. <http://www.spreeblick.com/2010/09/17/depub-org-ziviler-ungehorsam-in-digitalen-zeiten/> (abgerufen am 02.10. 2014).
- Dery, Mark. 2010. Culture jamming: Hacking, slashing, and sniping in the empire of signs. *markdery.com*, http://markdery.com/?page_id=154 (abgerufen am 20.05. 2015).
- Diesselhorst, Sophie. 2014. »Wir wollten Blut und bekamen Liebe«. *nachtkritik.de*, http://nachtkritik.de/index.php?option=com_content&view=article&id=9785:2014-07-12-10-42-03&catid=53:portraet-a-profil&Itemid=83 (abgerufen am 17.08.2016).
- Diffie, Whitfield & Martin E Hellman. 1976. New directions in cryptography. *Information Theory, IEEE Transactions on* 22:6, S. 644-654.
- Digitalcourage. 2015. Digitale Selbstverteidigung. *Digitalcourage.de*, <https://digitalcourage.de/digitale-selbstverteidigung> (abgerufen am 13.04.2016).
- Dingledine, Roger. 2005. Tor: An anonymous internet communication system. *Proc. Workshop Vanishing Anonymity, the 15th Conf. Computers, Freedom, and Privacy*, S. 1-3.
- Dobusch, Leonhard & Dennis Schoeneborn. 2013. Lessons in fluidity: Anonymous and the communicative formation of organizational identity. *University of Zurich, Department of Business Administration, UZH Business Working Paper* 335, S. 4-43.
- Dominguez, Ricardo. 1998. Digital Zapatismo. *Digital Zapatismo*, [http:// www.-thing.net/~rdom/ecd/DigZap.html](http://www.-thing.net/~rdom/ecd/DigZap.html) (abgerufen am 14.11.2013).
- Dominguez, Ricardo. 2008. Electronic civil disobedience post-9/11: Forget cyber-terrorism and swarm the future now!. *Third Text* 22:5, S. 661-670.
- Douzinas, Costas. 2013. *Philosophy and Resistance in the Crisis: Greece and the Future of Europe*. Cambridge: Polity.
- Downey, John, Sabina Mihelj & Thomas König. 2012. Comparing public spheres: Normative models and empirical measurements. *European Journal of Communication* 27:4, S. 337-353.
- Downhill Battle. 2004. *Grey Tuesday: Free the Grey Album February 24, 2004*, <http://www.greytuesday.org/> (abgerufen am 26.06.2015).
- Dömer, Stefan. 2011. Ägypten offline: Wie Mubarak das Internet abschalten ließ. *Handelsblatt*, <http://www.handelsblatt.com/technik/it-internet/aegypten-offline-wie-mubarak-das-internet-abschalten-liess/3820280.html> (abgerufen am 08.07.2015).
- Dreier, Ralf. 1983. Widerstandsrecht und ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat. In *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat*. Herausgegeben von Peter Glotz. Berlin: Suhrkamp, S. 54-75.
- Dreyfus, Suelette & Julian Assange. 1997. *Underground: Tales of hacking, madness, and obsession on the electronic frontier*. Kew, Australia: Mandarin.
- Dworkin, Ronald. 1984. *Bürgerrechte ernstgenommen*. Berlin: Suhrkamp.

- Dworkin, Ronald. 1985. Civil disobedience and nuclear protest. In *A matter of principle*. Oxford: Oxford University Press, S. 104-118.
- Ebel & Leib. 1985. *Gesprächsprotokoll des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten zum BTX Hack*, https://www.wauland.de/de/hackerarchiv/btx-hack/1985-01-02_DSB-HH.pdf (abgerufen am 10.05.2016).
- Electronic Frontier Foundation. 2004. Grey Tuesday: A quick overview of the Legal Terrain. *EFF: Grey Tuesday*, https://w2.eff.org/IP/grey_tuesday.php (abgerufen am 17.07.2014).
- Electronic Frontier Foundation. Computer Fraud And Abuse Act Reform, <https://www.eff.org/de/issues/cfaa> (abgerufen am 14.07.2015).
- Electrohippies. 1999. *WTO action press release*, http://www.fraw.org.uk/mei/electrohippies/archive/wto_prelease.pdf (abgerufen am 16.10.2013).
- Electronic civil disobedience, *Wikipedia, the free encyclopedia* https://en.wikipedia.org/wiki/Electronic_civil_disobedience (abgerufen am 10.05.2016).
- Ensemble, Critical Art. 1996. *Electronic civil disobedience and other unpopular ideas*. Autonomedia. <http://www.critical-art.net/books/ecd/>.
- Enzensberger, Hans Magnus. 1970. Constituents of a theory of media. *New Left Review* 1:64, S. 13-36.
- Erdogan, Julia. 2014. Der legendäre Klack-klack-Hack. *Spiegel Online*, <http://www.spiegel.de/einestages/btx-hack-1984-angriff-der-ccc-hacker-gegen-die-bundespost-a-1002443.html> (abgerufen am 08.06.2015).
- Etling, Bruce. 2013. Citizens as Actors. In *Internet Monitor 2013. Reflections on the Digital World*. Herausgegeben von Urs Gasser & Jonathan Zittrain. Berkman Center for Internet and Society, S. 63-68.
- European Counter Network. 1995. Netstrike 95. *Spunk Library*, <http://www.s-spunk.org/texts/comms/sp001608.html> (abgerufen am 05.02.2015).
- Facebook. 2014. Warnungen und Blockierungen. *Hilfebereich: Facebook*, <https://www.facebook.com/help/340974655932193> (abgerufen am 15.12.2015).
- Farrell, Henry & Martha Finnemore. 2013. The end of hypocrisy. *Foreign Affairs*, www.foreignaffairs.com/articles/140155/henry-farrell-and-martha-finnemore/the-end-of-hypocrisy.
- Faris, Robert & Urs Gasser. 2013. Companies as Actors. In *Internet Monitor 2013. Reflections on the Digital World*. Herausgegeben von Urs Gasser & Jonathan Zittrain. Berkman Center for Internet and Society, S. 48-51.
- Fein, Peter. 2011. Hacking for freedom. *I Wear Pants: A blog by Peter Fein*, <http://i.wearpants.org/blog/hacking-for-freedom/> (abgerufen am 08.07.2015).
- Finley, Klint. 2014. Out in the Open: Inside the Operating System Edward Snowden Used to Evade the NSA. *Wired*, <http://www.wired.com/2014/04/tails/> (abgerufen am 19.05.2016).
- Fischer-Lescano, Andreas. 2011. Sitzen ist Gewalt. *der Freitag*, <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/sitzen-ist-gewalt> (abgerufen am 15.05.2014).
- Fitri, Nofia. 2011. Democracy discourses through the internet communication: Understanding the hacktivism for the global changing. *Online Journal of Communication and Media Technologies* 1:2, S. 1-20.
- Foredyke, Robbie. 2013. DDoS Attacks as political assambages. *Plattform. Journal of Media and Communication* 5:1, S. 8-20.

- Forst, Rainer. 1998. Die Pflicht zur Gerechtigkeit. In *John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Herausgegeben von Ottfried Höffe. Berlin: Akademie Verlag, S. 187-208.
- Franklin, Iain. 2001. Saving face: The facts about website vandalism. *Computer Fraud & Security* 2001:2, S. 8.
- Fraser, Nancy. 2008. *Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Freedom House. 2015. *Freedom on the Net*. https://freedomhouse.org/sites/default/files/FH_FOTN_2015Report.pdf.
- Free the Nipple <http://freethenipple.com/why-free-the-nipple/> (abgerufen am 17.08.2016)
- Fuchs, Christian. 2008. *Internet and society: Social theory in the information age*. London / New York: Routledge.
- Fuchs, Christian. 2011. *Foundations of critical media and information studies*. London / New York: Routledge
- Funken, Christiane. 2010. Der Hacker. In *Diven, Hacker, Spekulanten: Sozialfiguren der Gegenwart*. Herausgegeben von Stephan Moebius & Markus Schroer. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 190-205.
- Furnell, S. M. & Matthew J Warren. 1999. Computer hacking and cyber terrorism: The real threats in the new millennium? *Computers & Security* 18:1, S. 28-34.
- Füllgraf, Wendy. 2016. *Hacktivisten*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Gage, Beverly. 2014. What an uncensored letter to M.L.K. reveals . *The New York Times*, http://www.nytimes.com/2014/11/16/magazine/what-an-uncensored-letter-to-mlk-reveals.html?_r=1 (abgerufen am 31.03.2016).
- Galloway, Alexander. 2004. *Protocol: How control exists after decentralization*. Cambridge: MIT Press.
- Gandhi, Mahatma. 1987. *Non-violent resistance (Satyagraha)*. Oxford: Oxford University Press.
- Garcia, David & Geert Lovink. 1997. The ABC of tactical media. *First distributed via the nettime listserv*, <http://www.nettime.org/Lists-Archives/nettime-l-9705/msg00096.html>.
- Garfield, Bob. 2011. The many moods of Anonymous. Interview with Gabriella Coleman. *On The Media*, <http://www.onthemedial.org/story/133097-the-many-moods-of-anonymous/transcript/> (abgerufen am 29.09.2014).
- Gauntlett, David. 2011. *Making is connecting: The social meaning of creativity from DIY and knitting to YouTube and Web 2.0*. Cambridge: Polity Press.
- Geminn, Christian L. 2015. Crypto wars reloaded? *Datenschutz und Datensicherheit-DuD* 39:8, S. 546-547.
- George, Cherian. 2012. Rise of the Unruly: Media Activism and Civil Disobedience. In *Freedom from the press: Journalism and State Power in Singapore*. Singapore: NUS Press, S. 183-199.
- George, Cherian. 2013. The Internet as a Platform for civil disobedience. In *A Companion to New Media Dynamics*. Herausgegeben von Jean Burgess, Axel Bruns & John Hartley. New York: Wiley-Blackwell, S. 385-395.
- George Stroumboulopoulos Tonight. 2014. Here's what happens when you tell half your country not to laugh for fear of ›moral corruption‹, <http://www.cbc.ca/strombo/news/heres-what-happens-when-you-tell-half-your-country-not-to-laugh> (abgerufen am 08.06.2015).

- Gerbaudo, Paolo. 2012. *Tweets and the streets: Social media and contemporary activism*. London: Pluto Press.
- Gerhards, Julia. 2010. *(Grund-) Recht auf Verschlüsselung?* Baden-Baden: Nomos.
- Gerhardt, Volker. 2012. *Öffentlichkeit: Die politische Form des Bewusstseins*. München: CH Beck.
- Gibbs, Samuel. 2014. *The Guardian*.
- Gilbert, David. 2013. PayPal 14 'Freedom Fighters' plead guilty to cyber-attack. *International Business Times*, <http://www.ibtimes.co.uk/paypal-14-freedom-fighters-plead-guilty-cyber-528058> (abgerufen am 12.05.2016).
- Glennon, Michael J. 2014. Is Snowden obliged to accept punishment? *Just Security*, <http://justsecurity.org/11068/guest-post-snowden-obliged-accept-punishment/> (abgerufen am 02.02.2015).
- Goldsmith, Jack L & Tim Wu. 2008. *Who controls the Internet?: Illusions of a borderless world*. New York: Oxford University Press.
- Golumbia, David. 2015. Tor, technocracy, democracy. *uncomputing*, <http://www.uncomputing.org/?p=1647> (abgerufen am 08.07.2015).
- Green, Leslie. 2001. Globalization, disobedience and the rule of law. *The New Republic Online*, <http://www.thenewrepublic.com/092401/trb092401.html>.
- Greenberg, Andy. 2012. Web Vigilantes. *Forbes*, <http://www.forbes.com/forbes/2012/0116/technology-telecomix-hackers-syria-web-vigilantes.html> (abgerufen am 08.07.2015).
- Greenberg, Andy. 2014. Over 80 percent of dark-web visits relate to pedophilia, study finds. *Wired*, <http://www.wired.com/2014/12/80-percent-dark-web-visits-relate-pedophilia-study-finds/> (abgerufen am 16.02.2016).
- Greenwald, Glenn, Ewen MacAskill & Laura Poitras. 2013a. Edward Snowden: The whistleblower behind the NSA surveillance revelations. *The Guardian*, <http://www.theguardian.com/world/2013/jun/09/edward-snowden-nsa-whistleblower-surveillance> (abgerufen am 19.05.2016).
- Greenwald, Glenn, James Ball & Julian Borger. 2013b. Revealed: how US and UK spy agencies defeat internet privacy and security. *The Guardian*, <http://www.theguardian.com/world/2013/sep/05/nsa-gchq-encryption-codes-security> (abgerufen am 20.05.2016).
- Gresty, David, Marc Taylor & Janet Lunn. 2005. Legal considerations for cyber-activism. *Systems Research and Behavioral Science* 22, S. 566-567.
- Grether, Reinhold. 2000. Stoppt Lufthansa Abschiebungen? *Heise Online*, <http://www.heise.de/tp/artikel/8/8272/1.html> (abgerufen am 16.03.2016).
- Groß, Thomas. 2009. Soziale Netzwerke und die Transformation des Urheberrechts. In *Soziale Netze in der digitalen Welt*. Herausgegeben von Christoph et al. Bieber. Frankfurt: Campus Verlag.
- Guess, Raymond. 2005. *Outside ethics*. Princeton: Princeton University Press.
- Gunkel, David J. 2001. *Hacking cyberspace*. Boulder, Colo.: Westview Press.
- Gunkel, David J. 2005. Editorial: introduction to hacking and hacktivism. *New Media & Society* 7:5, S. 595-597.
1990. Kriton. In *Platon: Werke in acht Bänden*. Herausgegeben von Gunther Eigler. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 71-107.
- Habermas, Jürgen. 1983a. Ungehorsam mit Augenmaß. *Die Zeit* 39:23, S. 9.
- Habermas, Jürgen. 1983b. Ziviler Ungehorsam: Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik. In *Zi-*

- viler Ungehorsam im Rechtsstaat. Herausgegeben von Peter Glotz. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 29-53.
- Hackerethik, Wau Holland Stiftung <https://www.wauland.de/de/projekte/HackerEthik2.0.html> (abgerufen am 10.02.2015).
- HackingSec. Cross Site Scripting (XSS) Explained and Complete Website Defacement Tutorial, <http://www.hackingsec.in/2012/03/cross-site-scripting-xss-explained-and.html> (abgerufen am 11.08.2014).
- Haeusler, Johnny. 2010a. depub.org: Ziviler Ungehorsam in digitalen Zeiten. *Spreeblick*, <http://www.spreeblick.com/2010/09/17/depub-org-ziviler-ungehorsam-in-digitalen-zeiten/> (abgerufen am 02.10.2014).
- Hahn. 2004. Ungehorsam, ziviler. In *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Herausgegeben von Joachim Ritter & Karlfried Gründer. Basel: Schwabe Verlag, S. 162.
- Hahn, Hennig. 2008. Ungehorsam, ziviler. In *Handbuch der politischen Philosophie und Sozialphilosophie*. Herausgegeben von Stefan Gosepath, Wilfried Hinsch & Beate Rössler. Berlin: De Gruyter, S. 1365-1366.
- Halupka, Max. 2014. Clicktivism: A systematic heuristic. *Policy & Internet* 6:2, S. 115-132. <http://onlinelibrary.wiley.com/enhanced/doi/10.1002/1944-2866.POI355/>.
- Hands, Joss. 2011. *@ is for activism: Dissent, resistance and rebellion in a digital culture*. London / New York: Pluto.
- Hannah Arendt Center. 2011. Civil Disobedience & O.W.S. www.hannaharendt-center.org, <http://www.hannaharendtcenter.org/?p=2705> (abgerufen am 10.09.2014).
- Hart, Cohen & Antonio Castillo. 2011. Editorial. WikiLeaks: Journalism and the 21st century mediascape. *Global Media Journal* 5:1, S. 1-2.
- Hegmann, Gerhard. 2015. Warum Abschiebungen für Airlines lukrativ sind. *Die Welt*, <http://www.welt.de/wirtschaft/article145846359/Warum-Abschiebungen-fuer-Airlines-lukrativ-sind.html> (abgerufen am 06.01.2016).
- Heise Online. 2014. Wikileaks-Aktivistin kritisiert Veröffentlichungspraxis der Snowden-Dokumente, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Wikileaks-Aktivistin-kritisiert-Veroeffentlichungspraxis-der-Snowden-Dokumente-2184172.html> (abgerufen am 06.02.2015).
- Heise online. 2015. USA: Anonymous-Hacker auf Terror-Watchlist, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/USA-Anonymous-Hacker-auf-Terror-Watchlist-2535413.html> (abgerufen am 04.02.2015).
- Heise online. 2015. WikiLeaks offen für neue Enthüllungen, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Wikileaks-offen-fuer-neue-Enthuellungen-2631310.html> (abgerufen am 18.06.2015).
- Himma, Kenneth Einar. 2007. Hacking as politically motivated digital civil disobedience: Is hacktivism morally justified? *Internet Security: Hacking, Counterhacking, and Society* 73.
- Hofmann, Jeanette. 2015. The Netzpolitik.org affair: a turning point. *Internet Policy Review*, <https://policyreview.info/articles/news/netzpolitikorg-affair-turning-point/> 372 (abgerufen am 20.08.2016).
- Horchert, Judith. Molly Sauter über DDoS-Angriffe auf dem 29C3 in Hamburg. *Spiegel Online*, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/molly-sauter-ueber-ddos-angriffe-auf-dem-29c3-in-hamburg-a-874933.html> (abgerufen am 17.10.2013).

- Horwatt, Eli. 2009. A taxonomy of digital video remixing: Contemporary found footage practice on the Internet. *Cultural borrowings: Appropriation, reworking, transformation*, S. 76-91.
- Howard, Dick. 2012. The resistance of those who desire not to be ruled. *Philosophy & Social Criticism* 38:4-5, S. 517-523.
- Humer, Stephan. 2014. Das Phänomen Anonymous: Niemals sein, immer nur werden. *Golem.de*, <http://www.golem.de/news/das-phaenomen-anonymus-niemals-sein-immer-nur-werden-1409-109159.html> (abgerufen am 02.10.2014).
- Illia, Laura. 2003. Passage to cyberactivism: How dynamics of activism change. *Journal of Public Affairs* 3:4, S. 326-337.
- Ingram, James D. 2008. What is a right to have rights? Three images of the politics of human rights. *American Political Science Review* 102:04, S. 401-416.
- Isin, Engin & Evelyn Ruppert. 2015. *Being digital citizens*. London: Rowman & Littlefield.
- ITAR Civil Disobedience. International Arms Trafficker Training Page, <http://web.archive.org/web/19961018093852/http://online.offshore.com.ai/arms-trafficker/> (abgerufen am 09.05.2016).
- IT Law Wiki. 2004. Nike v. Circle Group Internet. *IT Law Wiki*, http://itlaw.wikia.com/wiki/Nike_v._Circle_Group_Internet (abgerufen am 15.07.2015).
- IT Wissen: Das große Online-Lexikon für Informationstechnologie. Proxy-Server, <http://www.itwissen.info/definition/lexikon/Proxy-Server-proxy-server.html> (abgerufen am 23.05.2016).
- Janssen, Jan-Keno. 2010. Ionenkanonen gegen Wikileaks-Gegner. DDoS-Attacke: Ziviler Ungehorsam oder Straftatbestand? *Heise Online*, <http://www.heise.de/ct/artikel/Ionenkanonen-gegen-Wikileaks-Gegner-1153351.html> (abgerufen am 12.05.2016).
- Jenkins, Henry et al. 2009. *Confronting the challenges of participatory culture: Media education for the 21st century*. Cambridge: MIT Press
- Jochimsen, Reimut. 1966. *Theorie der Infrastruktur*. Tübingen: Mohr.
- Jordan, Tim. 2001. Mapping hacktivism: Mass virtual direct action (MVDA), individual virtual direct action (IVDA) and cyber-wars. *Computer Fraud & Security* 2001:4, S. 8-11.
- Jordan, Tim. 2007. Online Direct Action: Hacktivism and Radical Democracy. In *Radical democracy and the Internet: interrogating theory and practice*. Herausgegeben von Eugenia Siapera & Lincoln Dahlberg. Basingstoke, Hampshire / New York: Palgrave Macmillan, S. 73-88.
- Jordan, Tim & Paul A. Taylor. 2004. *Hacktivism and Cyberwars. Rebels with a cause?* London: Routledge.
- Journal, Providence. 2014. Laughing at Turkey. *Providence Journal*, <http://www.providencejournal.com/article/20140823/News/308239949> (abgerufen am 08.06.2015).
- Joyce, Mary. 2013. Time to Adapt: Analog Theory Meets Digital Activism. *meta-activism*, <http://www.meta-activism.org/2013/03/time-to-adapt-analog-theory-meets-digital-activism/> (abgerufen am 01.08.2016)
- JSTOR. 2013. JSTOR Evidence in United States vs. Aaron Swartz. *JSTOR*, <http://docs.jstor.org/> (abgerufen am 14.07.2015).
- Jubb, Peter B. 1999. Whistleblowing: A restrictive definition and interpretation. *Journal of Business Ethics* 21:1, S. 77-94.

- Juchler, Ingo. 2005. Die erweiterte Denkungsart. Voraussetzungen für eine mündige Bürgerschaft in Europa. *Osteuropa* 55:5, S. 27-37.
- Junge, Johannes. 2001. Nötigung! Lufthansa will AbschiebegegnerInnen mundtot machen. *AK - Analyse & Kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis*, <http://www.noborder.org/archive/www.deportation-class.com/lh/durchsuchung.html> (abgerufen am 05.01.2016).
- Jurgenson, Nathan & PJ Rey. 2014. Liquid Information Leaks. *International Journal of Communication* 8, S. 2651-2665.
- Juris, Jeffrey. 2008. *Networking futures: The movements against corporate globalization*. Durham: Duke University Press.
- Juris, Jeffrey S. 2012. Reflections on #Occupy Everywhere: Social media, public space, and emerging logics of aggregation. *American Ethnologist* 39:2, S. 259-279.
- Kalla, Sarala. 1986. Hannah Arendt about civil disobedience. *Indian Philosophical Quarterly* XIII:3 and 4, S. 261-268.
- Kalyvas, Andreas. 2008. *Democracy and the politics of the extraordinary: Max Weber, Carl Schmitt, and Hannah Arendt*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kapczynski, Amy & Krikorian, Gaëlle. 2010. *Access to knowledge in the age of intellectual property*. New York: Zone Books.
- Kaye, David. 2015. *UN report from the Center for Constitutional Rights*, [https://ccrjustice.org/sites/default/files/attach/2015/06/CCR%20Whistleblower%20Submission%20Final%20\(2\).pdf](https://ccrjustice.org/sites/default/files/attach/2015/06/CCR%20Whistleblower%20Submission%20Final%20(2).pdf) (abgerufen am 18.05.2016).
- Kindhäuser, Neumann & Paeffgen. 2013. Die Rspr zum Gewaltbegriff in ihrer historischen Entwicklung. *Beck-online*, S. Rn 77-92a.
- King Jr., Martin Luther. 1963. Letter from a Birmingham Jail. *African Studies Center: University of Pennsylvania*, https://www.africa.upenn.edu/Articles_Gen/Letter_Birmingham.html (abgerufen am 18.07.2016).
- King Jr., Martin Luther. 2003. The essential writings and speeches of Martin Luther King, Jr. *A Testament of Hope: The Essential Writings and Speeches of Martin Luther King, Jr.: The Essential Writings of Martin Luther King*. Herausgegeben von James M Washington. New York: Harper Collins, 1986.
- Klang, Mathias. 2005. Virtual sit-ins, civil disobedience and cyberterrorism. In *Human Rights in the Digital Age*. Herausgegeben von Mathias Klang & Andrew Murray. London: Glashouse Press, S. 137-146.
- Klang, Mathias. 2007. Civil Disobedience Online. *Journal of Information, Communication & Ethics in Society* 2:2, S. 75-83.
- Klapper, Bradley. 2011. AP review finds no threatened WikiLeaks source. *Associated Press*, <http://news.yahoo.com/ap-review-finds-no-threatened-wikileaks-sources-074530441.html> (abgerufen am 22.06.2015).
- Kleger, Heinz. 1993. *Der neue Ungehorsam: Widerstände und politische Verpflichtung in einer lernfähigen Demokratie*. Frankfurt / New York: Campus.
- Kleinhans, Jan Peter. 2013. *Why are Gandhi and Thoreau AFK? In search for civil disobedience online*. Masterarbeit. Uppsala University.
- Kneip, Veronika. 2009. Online-Demo von 2001 in der Wissenschaft. *Libertad! online*, <http://libertad.de/blogs/7/186> (abgerufen am 06.01.2016).
- Knudsen, Britta Timm & Carsten Stage. 2012. Contagious bodies. An investigation of affective and discursive strategies in contemporary online activism. *Emotion, Space and Society* 5:3, S. 148-155.

- Kompa, Markus. 2014. 11 der »PayPal 14« sind frei. *Heise Online*, <http://www.heise.de/tp/news/11-der-PayPal-14-sind-frei-2440871.html> (abgerufen am 03.11.2014).
- Kornblum, Janet. 1997. AlterNIC founder arrested. *CNET News*, <http://www.cnet.com/news/alternic-founder-arrested/> (abgerufen am 10.05.2016).
- Koyama, Hanako. 2012. Freedom and power in the thought of Hannah Arendt: Civil disobedience and the politics of theatre. *Theoria* 59:133, S. 70-80.
- Kraidy, Marwan M. 2012. The revolutionary body politic: Preliminary thoughts on a neglected medium in the arab uprisings. *Middle East Journal of Culture and Communication* 5:1, S. 66-74.
- Krämer, Sybille. 2010. »Humane Dimensionen« sprachlicher Gewalt oder: Warum symbolische und körperliche Gewalt wohl zu unterscheiden sind. In *Gewalt in der Sprache. Rhetoriken verletzenden Sprechens*. Herausgegeben von Sybille Krämer & Elke Koch. München: Fink, S. 21-42.
- Kuhn, Virginia. 2012. The rhetoric of remix. *Transformative Works and Cultures* 9, S. 1-24.
- Kullenberg, Christopher. 2013. Resistance in hybrid networks: The case of telecomix. In *Move...ment*. Herausgegeben von Nina Power. London: Book Works, S. 92-97.
- Kumar, Mandhar. 2013. *For whom the whistle blows? Secrecy, civil disobedience, and democratic accountability*. Doktorarbeit. LUISS Guido Carli.
- Kühl, Eike. 2015a. Journalist muss für Anonymous-Hack büßen. *ZEIT ONLINE*, <http://www.zeit.de/digital/internet/2015-01/barrett-brown-anonymous-strat-for-hacker-urteil/seite-2> (abgerufen am 12.06.2015).
- Kühl, Eike. 2015b. Wie viel ist ein Geheimnis wert? *ZEIT ONLINE*, <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2015-06/wikileaks-tpa-preisgeld-whistleblower> (abgerufen am 12.06.2015).
- Lagasnerie, Geoffroy de. 2015. Beyond Citizenship. *Workshop: Civil Disobedience Beyond the State II*, 8. Mai 2015 in Berlin.
- Lagasnerie, Geoffroy de. 2016. *Die Kunst der Revolte*. Berlin: Suhrkamp.
- Laker, Thomas. 1986. *Ziviler Ungehorsam: Geschichte, Begriff, Rechtfertigung*. Baden-Baden: Nomos.
- Laudani, Raffaele. 2013. *Disobedience in Western political thought: A genealogy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lecheler, Helmut. 1994. *Unrecht in Gesetzesform?: Gedanken zur Radbruch'schen Formel; Vortrag, gehalten vor der Juristischen Gesellschaft zu Berlin am 1. Dezember 1993*. Berlin / New York: Walter de Gruyter.
- Lee, Timothy B. 2013. The inside story of Aaron Swartz's campaign to liberate court filings. *Ars Technica*, <http://arstechnica.com/tech-policy/2013/02/the-inside-story-of-aaron-swartzs-campaign-to-liberate-court-filings/2/> (abgerufen am 14.07.2015).
- Lefkowitz, David. 2007. On a moral right to civil disobedience. *Ethics* 117:2, S. 202-233.
- Leipold, André. 2016. Hyperreales Theater. *Theater der Zeit*, <http://www.theaterderzeit.de/2015/11/33302/komplett/?print=print> (abgerufen am 17.08.2016).
- Lessig, Lawrence. 2006. *CODE version 2.0*. New York: Basic Books. <http://codev2.cc/download+remix/Lessig-Codev2.pdf>.
- Lessig, Lawrence. 2008. *Remix: Making art and commerce thrive in the hybrid economy*. New York: Penguin Press.

- Lessig, Lawrence. 2013. Lessig on Aaron Swartz and civil disobedience. <http://wagingnonviolence.org/experiments/lessig-on-aaron-swartz-and-civil-disobedience/> (abgerufen am 04.02.2015).
- Letsch, Constanze. 2014. Turkish women defy deputy PM with laughter. *The Guardian*, <http://www.theguardian.com/world/2014/jul/30/turkish-women-defy-deputy-pm-laughter> (abgerufen am 13.10.2014).
- Lévy, Pierre. 1999. *Collective intelligence: Mankind's emerging world in cyberspace*. Cambridge: Perseus Books.
- Levy, Steven. 1993. Crypto Rebels. *Wired*, http://archive.wired.com/wired/archive/1.02/crypto.rebels_pr.html (abgerufen am 04.02.2015).
- Levy, Steven. 2001. *Crypto: How the code rebels beat the government, saving privacy in the digital age*. New York: Viking.
- Lievrouw, Leah A. 2014. WikiLeaks and the shifting terrain of knowledge authority. *International Journal of Communication* 8, S. 2631-2645.
- Lindgren, Simon & Ragnar Lundström. 2011. Pirate culture and hacktivist mobilization: The cultural and social protocols of# WikiLeaks on Twitter. *New media & society* 13:6, S. 999-1018.
- Lindgren, Simon. 2013. *New Noise. A cultural sociology of digital disruption*. New York: Peter Lang
- Loesing, Karsten, Steven J Murdoch & Roger Dingledine. 2010. A case study on measuring statistical data in the Tor anonymity network. *Financial Cryptography and Data Security*, S. 203-215.
- Lovink, Geert. 2002. *Dark fiber: Tracking critical Internet culture*. Cambridge: MIT Press.
- Lovink, Geert & Patrice Riemens. 2013. Twelve Theses on WikiLeaks. In *Beyond WikiLeaks: Implications for the Future of Communications, Journalism and Society*. Herausgegeben von Arne Hintz, Patrick McCurdy & Bernadetta Brevini. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 245-253.
- Lönegard, Claes. 2011. Der Cyber-Revolutionär vom Tahrir-Platz. *VoxEurop.eu: Europäische Nachrichten, Cartoons und Presseschau*, <http://www.voxeurop.eu/de/content/article/1254821-der-cyber-revolutionaer-vom-tahrir-platz?xtor=RSS-18> (abgerufen am 09.07.2015).
- Lubbers, Eveline. 2015. Undercover research: Corporate and police spying on activists. An introduction to activist intelligence as a new field of study. *Surveillance & Society* 13:3-4, S. 338.
- Ludwig, Jan. 2015. Barrett Brown: »Maybe it is an act of civil disobedience—maybe it is a war«. *Krautreporter Stories — Medium*, <https://medium.com/krautreporter-stories/barret-brown-612b35784c81> (abgerufen am 28.07.2015).
- Luman, Stuart. 2007. The hacktivist. *Chicago Magazine*, <http://www.chicagomag.com/Chicago-Magazine/July-2007/The-Hacktivist/> (abgerufen am 02.10.2014).
- Lush, Tamara & Verena Dobnik. 2011. Occupy Wall Street: Vendetta masks become symbol of the movement. *Huffington Post*, http://www.huffingtonpost.com/2011/11/04/occupy-wall-street-vendetta-mask_n_1076038.html?view=screen (abgerufen am 30.09.2014).
- Lyon, David & Zygmunt Bauman. 2013. *Liquid surveillance: A conversation*. Cambridge: Polity.
- Lyons, David. 1998. Moral judgment, historical reality, and civil disobedience. *Philosophy & public affairs* 27:1, S. 31-49.

- MacDonnell, Ulsch. 2014. Social Media and Digital Protest. In *Cyber Threat!*. Somerset: Wiley, S. 113-126.
- Manion, Mark & Abby Goodrum. 2000. Terrorism or civil disobedience: toward a hacktivist ethic. *ACM SIGCAS Computers and Society* 30:2, S. 14-19.
- Manne, Robert. 2011. Julian Assange: The cypherpunk revolutionary. *The Monthly*, <http://www.themonthly.com.au/issue/2011/march/1324265093/robert-manne/cypherpunk-revolutionary> (abgerufen am 03.02.2015).
- Mansbach, Abraham. 2009. Keeping democracy vibrant: Whistleblowing as truth-telling in the workplace. *Constellations* 16:3, S. 363-376.
- Mansfield-Devine, Steve. 2011a. Anonymous: Serious threat or mere annoyance? *Network Security* 2011:1, S. 4-10.
- Mansfield-Devine, Steve. 2011b. Hacktivism: assessing the damage. *Network Security* 2011:8, S. 5-13.
- Marchart, Oliver. 2005. *Neu beginnen: Hannah Arendt, die Revolution und die Globalisierung*. Wien: Turia + Kant.
- Markovits, Daniel. 2005. Democratic disobedience. *Yale Law Journal*, S. 1897-1952.
- Martens, Dirk, Jan Herfert & Tobias Karbe. 2012. *Auswirkungen digitaler Piraterie auf die Ökonomie von Medien*. Berlin: House of Research. Institut für Medien- und Marktforschung.
- Martin, Brian. 2003. Illusions of whistleblower protection. *University of Technology, Sydney Law Review* 5, S. 119.
- Marx, Gary T. 1999. What's in a name? Some reflections on the sociology of anonymity. *The Information Society* 15:2, S. 99-112.
- Marxen, Klaus. 2005. Online Demo Fall. *FAMOS. Der Fall des Monats im Strafrecht*, http://famos.rewi.hu-berlin.de/file.php/inline/FAMOS_2005_09+ah.pdf?id=47283 (abgerufen am 16.10.2013).
- McLuhan, Marshall. 1964. *Understanding media: The extension of man*. London: Routledge.
- Medosch, Armin. 2003. Demonstrieren in der virtuellen Republik. In *Bürgerrechte im Netz*. Herausgegeben von Christine Schulzki-Haddouti. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 261-306.
- Meikle, Graham. 2002a. *Future active: Media activism and the Internet*. New York / London: Routledge.
- Meikle, Graham. 2009. Electronic civil disobedience and symbolic power. In *Cyber conflict and global politics*. Herausgegeben von Karatzogianni Athina. New York: Routledge, S. 177-187.
- Meikle, Graham. 2010. Intercreativity: Mapping online activism. In *International Handbook of Internet Research*. Herausgegeben von Lisbeth Klastrop, Matthew Allen & Jeremy Hunsinger. Dordrecht / Heidelberg / London / New York: Springer, S. 363-377.
- Meister, Andre. 2013. Hacktivist Jeremy Hammond bekennt sich zu Hack von Stratfor: »Ich tat, was ich für richtig halte«. *Netzpolitik.org*, <https://netzpolitik.org/2013/hacktivist-jeremy-hammond-bekennt-sich-zu-hack-von-stratfor-ich-tat-was-ich-fur-richtig-halte/> (abgerufen am 10.06.2016).
- Milan, Stefania. 2012. When Politics and Technology speak the same language. *Citizen Lab, Munk School of Global Affairs, University of Toronto*, http://www.cyberdialogue.citizenlab.org/wp-content/uploads/2012/2012papers/CyberDialogue2012_Milan.pdf (abgerufen am 31.10.2016).

- Milan, Stefania. 2013a. *Social movements and their technologies: Wiring social change*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Milan, Stefania. 2013b. WikiLeaks, Anonymous, and the Exercise of Individuality: Protest in the Cloud. In *Beyond WikiLeaks: Implications for the Future of Communications, Journalism and Society*. Herausgegeben von Arne Hintz, Patrick McCurdy & Benedetta Brevini. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 191-208.
- Milan, Stefania. 2015. Hacktivism as a radical media practice. In *The Routledge Companion of Community and Alternative Media*. Herausgegeben von Chirs Atton. New York / London: Routledge, S. 550-560.
- Milan, Stefania & Arne Hintz. 2013. Networked collective action and the institutionalized policy debate: Bringing cyberactivism to the policy arena? *Policy & Internet* 5:1, S. 7-26.
- Mills, Charles W. 2005. Ideal theory as ideology. *Hypatia* 20:3, S. 165-183.
- Mintz, Jessica. 2009. Protest gegen Facebook: Stillen verboten? *Stern*, <http://www.stern.de/digital/online/protest-gegen-facebook-stillen-verboten-650833.html> (abgerufen am 04.02.2015).
- Moody, Nekesa Mumbi. 2004. Album mixing an unauthorized hit. *AP Online*, <https://www.highbeam.com/doc/1P1-91442678.html> (abgerufen am 26.06.2015).
- Moraro, Piero. 2007. Violent civil disobedience and willingness to accept punishment. *Essays in Philosophy* 8:2, S. 6.
- Morozov, Evgeny. 2010. In defense of DDoS. *Slate*, http://www.slate.com/articles/technology/technology/2010/12/in_defense_of_ddos.html (abgerufen am 10.10.2013).
- Morozov, Evgeny. 2011. *The Net Delusion: How not to liberate the world*. London: Penguin.
- Murphy, Kate. 2016. Should all research papers be free? *The New York Times*, http://www.nytimes.com/2016/03/13/opinion/sunday/should-all-research-papers-be-free.html?_r=1 (abgerufen am 15.03.2016).
- Münker, Stefan. 2012. *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten*. Berlin: Suhrkamp.
- Münker, Stefan & Alexander Roesler (Herausgeber). 1997. *Mythos Internet*. Berlin: Suhrkamp.
- Nair, Gopalan. 2008. Judge Belinda Ang's Kangaroo Court. *Singapore Dissident*, <http://singaporedissident.blogspot.de/2008/05/singapore-judge-belinda-angs-kangaroo.html> (abgerufen am 16.08.2016).
- Nazario, Jose. 2008. DDoS attack evolution. *Network Security* 2008:7, S. 7-10.
- Nescher, Raphael Ben. 2013. *Das Widerstandsrecht. Voraussetzungen und Anwendungskriterien für die legitime Anwendung des Rechts auf aktiven Widerstand gegen die Staatsgewalt*. Hamburg: Diplomica Verlag.
- Norman, R. 1986. Civil Disobedience and nuclear protest: A reply to Dworkin., S. 24-27.
- Norton, Quinn. 2012. How Anonymous picks targets, launches attacks, and takes powerful organizations down. *Wired*, http://www.wired.com/2012/07/ff_anonymous/ (abgerufen am 24.07.2015).
- Nowak, Peter. 2001. Digitaler Protest zensiert. *Taz.de*, <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=fl&dig=2001%2F08%2F18%2Fa0140&cHash=af6e206be5> (abgerufen am 05.02.2015).

- Nuss, Sabine. 2006. *Copyright & Copyriot Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Oberlandesgericht Frankfurt am Main. 2006. *Beschluss: Strafsache gegen Andreas-Thomas Stephan Vogel 1 Ss319/05*.
- Olson, Parmy. 2013. *We Are Anonymous*. London: William Heinemann.
- ODEM Online-Demonstrations-Plattform für Menschen- und Bürgerrechte im digitalen Zeitalter. On.line - Demonstration, <http://odem.org/demonstrator.html> (abgerufen am 02.10.2014).
- Oxblood, Ruffin. 2000. Hacktivism. *Cult of the dead cow*, <http://w3.cultdead-cow.com/cms/2000/07/hacktivism.html> (abgerufen am 29.10.2013).
- Pachali, David. 2013. Geo-Location: Das Wo im Netz. *iRights.info*, <http://irights.info/artikel/geo-location-das-wo-im-netz/15600> (abgerufen am 25.06.2015).
- Papst, Andrea. 2012. Ziviler Ungehorsam: Annäherung an einen umkämpften Begriff. *Bundeszentrale für politische Bildung*, <http://www.bpb.de/apuz/138281/ziviler-ungehorsam-ein-umkaempfter-begriff?p=all> (abgerufen am 16.10.2013).
- Pariser, Eli. 2011. *The filter bubble: What the Internet is hiding from you*. New York: Penguin Press.
- Patig, Susanne. 2012. IT-Infrastruktur. *Enzyklopädie der Wirtschaftsinformatik*, <http://www.enzyklopaedie-der-wirtschaftsinformatik.de/wi-enzyklopaedie/lexikon/daten-wissen/Informationsmanagement/IT-Infrastruktur> (abgerufen am 23.05.2016).
- Peng Collective. An Open Source Hoax, <https://www.pen.gg/googlenest> (abgerufen am 11.12.2015).
- Peng Collective. Peng! Mission, <http://www.pen.gg/mission> (abgerufen am 24.02.2015).
- Pernice, Ingolf. 2015. Das Völkerrecht des Netzes: Konstitutionelle Elemente eines globalen Rechtsrahmens für das Internet. In *Polis und Kosmopolis: Festschrift für Daniel Thürer*. Herausgegeben von Christine Kaufmann, Oliver Dingelmann & Giovanni Biaggini. Zürich/St. Gallen: Dike / Nomos, S. 575-588.
- Perraudin, Frances. 2014. Cassetteboy: 'David Cameron won't be pleased by our video'. *The Guardian*, <http://www.theguardian.com/media/2014/oct/10/cassetteboy-david-cameron-mashup-copyright> (abgerufen am 10.05.2016).
- Perry, Lewis. 2013. *Civil disobedience: An American tradition*. New Haven: Yale University Press.
- Peters, Justin. 2013. The Idealist. Aaron Swartz: He wanted to save the world. Why couldn't he save himself? *Slate*, http://www.slate.com/articles/technology/technology/2013/02/aaron_swartz_he_wanted_to_save_the_world_why_couldn_t_he_save_himself.single.html (abgerufen am 14.07.2015).
- Petherbridge, Danielle. 2016. Between thinking and action Arendt on conscience and civil disobedience. *Philosophy & Social Criticism*, S. 1-11.
- Phillips, Whitney. 2013. The house that fox built anonymous, spectacle, and cycles of amplification. *Television & New Media* 14:6, S. 494-509.
- Pifan, Thorsten. 2000. Online-Demonstration: »Virtuelle Sitzblockade« vor dem Bundesjustizministerium. *Spiegel Online*, <http://www.spiegel.de/netzwelt/>

- web/online-demonstration-virtuelle-sitzblockade-vor-dem-bundesjustizministerium-a-82964.html (abgerufen am 16.10.2013).
- Pineda, Erin. 2015. Civil disobedience and punishment: (Mis)reading justification and strategy from SNCC to Snowden. *History of the Present* 5:1, S. 1-30.
- Poell, Thomas. 2014. Social media activism and state censorship. In *Social Media, Politics and the State: Protests, Revolutions, Riots, Crime and Policing in an Age of Facebook, Twitter and YouTube*. Herausgegeben von Christian Fuchs & Daniel Trottier. London: Routledge, S. 189-206.
- Polletta, Francesca et al. 2013. Is the Internet creating new reasons to protest? *Dynamics, Mechanisms, and Processes: The Future of Social Movement Research*, S. 17-36.
- Poster, Mark. 2007a. Internet Piracy as Radical Democracy? In *Radical democracy and the Internet: Interrogating theory and practice*. Herausgegeben von Lincoln Dahlberg & Eugenia Siapera. Basingstoke, Hampshire / New York: Palgrave Macmillan, S. 207-225.
- Poster, Mark. 2007b. Internet Piracy as Radical Democracy? In *Radical democracy and the Internet: Interrogating theory and practice*. Herausgegeben von Lincoln Dahlberg & Eugenia Siapera. Basingstoke, Hampshire / New York: Palgrave Macmillan, S. 207-225.
- Postman, Neil. 2000. The humanism of media ecology. *Proceedings of the Media Ecology Association* 1, S. 10-16
- Quill, Lawrence. 2009. *Civil disobedience: (Un)common sense in mass democracies*. New York: Palgrave Macmillan.
- Rainsford, Jennifer. 2012. Cyberaktivist Christopher Kullenberg, Gründungsmitglied von Telecomix. *Tracks | ARTE*, <http://tracks.arte.tv/de/cyberaktivist-christopher-kullenberg-gruendungsmitglied-von-telecomix> (abgerufen am 09.07.2015).
- Rawls, John. 1971. *A Theory of Justice*. Cambridge: Harvard University Press.
- Rawls, John. 1979. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Raz, Joseph. 1994. A Right to Dissent? 1. Civil Disobedience. In *The authority of law: Essays on law and morality*. Oxford / New York: Oxford University Press, S. 262-275.
- Reißmann, Ole. 2014. BKA untersucht Hacktivismus: Cyberangriff statt Sitzstreik. *Spiegel Online*, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/hacktivismus-studie-des-bka-sitzstreik-statt-cyberangriff-a-997733.html> (abgerufen am 27.10.2014).
- Reissmann, Ole, Christian Stöcker & Konrad Lischka. 2012. *We are Anonymous: Die Maske des Protests. Wer sie sind, was sie antreibt, was sie wollen*. München: Goldmann.
- Reitmann, Janet. 2012. The rise and fall of Jeremy Hammond: Enemy of the state. *Rolling Stone*, <http://www.rollingstone.com/culture/news/the-rise-and-fall-of-jeremy-hammond-enemy-of-the-state-20121207> (abgerufen am 10.06.2016).
- Richter, Angela (Hrsg.). 2015. *Supernerds. Gespräche mit Helden*. Berlin: Alexander Verlag.
- Rimmer, Matthew. 2005. The grey album: copyright law and digital sampling. *Media International Australia, Incorporating Culture & Policy* 114, S. 40.

- Roberts, Adam & Timothy Garton Ash. 2009. *Civil resistance and power politics: The experience of non-violent action from Gandhi to the present*. Oxford / New York: Oxford University Press.
- Roberts, Hal et al. 2010. 2010 circumvention tool usage report. *The Berkman Center for Internet & Society*. Accessed May, https://cyber.law.harvard.edu/sites/cyber.law.harvard.edu/files/2010_Circumvention_Tool_Usage_Report.pdf (abgerufen am 08.07.2015).
- Rogers, Alex. 2014. What Anonymous is doing in Ferguson. *TIME*, <http://time.com/3148925/ferguson-michael-brown-anonymous/> (abgerufen am 12.06.2015).
- Ronfeldt, David F & John Arquilla. 1993. *Cyberwar is coming!*. RAND Corporation. <http://www.rand.org/pubs/reprints/RP223.html>.
- Rosen, Jay. 2010. The Afghanistan war logs released by Wikileaks, the world's first stateless news organization. *Pressthink*, <http://pressthink.org/2010/07/the-afghanistan-war-logs-released-by-wikileaks-the-worlds-first-stateless-news-organization/> (abgerufen am 18.06.2015).
- Rosen, Jeffrey. 2013. The delete squad. *The New Republic*, <http://www.newrepublic.com/article/113045/free-speech-internet-silicon-valley-making-rules> (abgerufen am 14.07.2015).
- Rost, Katja, Lea Stahel & Bruno S. Frey. 2016. Digital Social Norm Enforcement: Online Firestorms in Social Media. *PLoS ONE* 11:6, S. 1-26.
- Rotman, Dana et al. 2011. From slacktivism to activism: participatory culture in the age of social media. *Proceedings of the CHI'11 Extended Abstracts on Human Factors in Computing Systems*, New York: ACM, S. 819-822.
- Sabl, Andrew. 2001. Looking forward to justice: Rawlsian civil disobedience and its non-rawlsian lessons. *Journal of Political Philosophy* 9:3, S. 331-349.
- Sadowski, Jathan & Evan Selinger. 2014. Creating a taxonomic tool for technocracy and applying it to Silicon Valley. *Technology in Society* 38S. 161-168.
- Sagar, Rahul. 2007. On combating the abuse of state secrecy. *Journal of Political Philosophy* 15:4, S. 404-427.
- Sagar, Rahul. 2014. Is Edward Snowden engaged in civil disobedience? A response to Glennon. *Just Security*, <http://justsecurity.org/11267/edward-snowden-engaged-civil-disobedience-a-response-glennon/> (abgerufen am 02.02.2015).
- Samuel, Alexandra. 2004. *Hacktivism and the Future of Political Participation*. Doktorarbeit. Harvard University.
- Sauter, Molly. 2013a. *Distributed Denial of Service Actions and the challenge of civil disobedience on the Internet*. Masterarbeit. MIT Media Lab.
- Sauter, Molly. 2013b. The future of civil disobedience. In *Internet Monitor 2013. Reflections on the Digital World*. Herausgegeben von Urs Gasser & Jonathan Zittrain. Berkman Center for Internet and Society, S. 75-76.
- Sauter, Molly. 2014. *The Coming Swarm: DDOS Actions, Hacktivism, and Civil Disobedience on the Internet*. New York / London: Bloomsbury Publishing.
- Scheuerman, Bill. 2016. Digital disobedience and the law. *New Political Science* 38:3, S. 299-314.
- Scheuerman, William E. 2014a. Civil disobedience for an age of total surveillance: The Case of Edward Snowden. *Mittelweg* 36, <http://www.eurozine.com/articles/2014-04-18-scheuerman-en.html> (abgerufen am 15.07.2014).

- Scheuerman, William E. 2014b. Whistleblowing as civil disobedience The case of Edward Snowden. *Philosophy & Social Criticism*, S. 609-628.
- Scheuerman, William E. 2015. Recent theories of civil disobedience: An anti-legal turn? *Journal of Political Philosophy* 23:4, S. 427-449.
- Scheuerman, William E. 2016. What Edward Snowden can teach theorists of conscientious law-breaking. *Philosophy and Social Criticism*,
- Schneier, Bruce. 2013a. DDos as civil disobedience. *Schneier on Security*, [https:// www.schneier.com/blog/archives/2013/05/ddos_as_civil_d.html](https://www.schneier.com/blog/archives/2013/05/ddos_as_civil_d.html) (abgerufen am 17. 10.2013).
- Schneier, Bruce. 2013b. Power in Age of the Feudal Internet. In *Internet Monitor 2013. Reflections on the Digital World*. Herausgegeben von Urs Gasser & Jonathan Zittrain. Berkman Center for Internet and Society, S. 10-13.
- Schönherr-Mann, Hans-Martin. 2006. *Hannah Arendt: Wahrheit, Macht, Moral*. München: C. H. Beck.
- Schroeder, Steven. 2007. All things new: On civil disobedience now. *Essays in Philosophy* 8:2, S. 11.
- Schröter, Jens & Alexander Böhnke. 2004. *Analog/Digital-Opposition oder Kontinuum?* Bielefeld: Transcript Verlag.
- Schultze, Stephan. 2011. Pacer, recap, and the movement to FreeAmerican case law. *Cornell University Law School / Legal Information Institute*, <https://blog.law.cornell.edu/voxpath/2011/02/03/pacer-recap-and-the-movement-to-free-american-case-law/> (abgerufen am 14.07.2015).
- Schwarz, Elke. 2014. @ hannah_arendt: An arendtian critique of online social networks. *Millennium-Journal of International Studies* 43:1, S. 165-186.
- Scola, Nancy. 2010. Ten Ways to Think About DDoS Attacks and »Legitimate Civil Disobedience«. *TechPresident*, <http://techpresident.com/blog-entry/ten-ways-think-about-ddos-attacks-and-legitimate-civil-disobedience> (abgerufen am 30.07.2015).
- Segerberg, Alexandra & W. Lance Bennett. 2011. Social media and the organization of collective action: Using Twitter to explore the ecologies of two climate change protests. *The Communication Review* 14:3, S. 197-215.
- Seitz, Konrad. 1998. *Wettlauf ins 21. Jahrhundert: Die Zukunft Europas zwischen Amerika und Asien*. München: Siedler.
- Shantz, Jeff & Jordon Tomblin. 2014. *Cyber Disobedience. Re://Presenting Online Anarchy*. Winchester / Washington: Zero Books.
- Sharp, Gene. 1973. *The Politics of Nonviolent Action. Part Two: The Methods of Nonviolent Action*. Boston: Porter Sargent.
- Shifman, Limor. 2014. *Memes in digital culture*. Cambridge: Mit Press.
- Siegler, Ben. 2016. Interaktive Timeline: Die Chronik der Landesverrats-Affäre . *netzpolitik.org*, <https://netzpolitik.org/2016/interaktive-timeline-die-chronik-der-landesverrats-afaere/> (abgerufen am 20.08.2016)
- Sifry, M. 2014. *The Big Disconnect: Why the Internet Hasnt Transformed Politics (Yet)*. New York: OR Books.
- Sifry, Micah L. 2011. *WikiLeaks and the Age of Transparency*. New York: OR Books.
- Simmons, John A. 2003. Civil Disobedience and the Duty to Obey the Law. In *A companion to applied ethics*. Herausgegeben von R.G Frey & Christopher Heath. Malden: Blackwell, S. 50-61.
- Simonis, Udo Ernst. 1970. Infrastruktur-eine Herausforderung für Wissenschaft und Praxis. *EconStor Open Access Articles*, S. 722-726.

- Sims, Nancy. 2011. Library licensing and criminal law The Aaron Swartz case. *College & Research Libraries News* 72:9, S. 534-537.
- Smith, Tom. 2009. The social media revolution. *International Journal of Market Research* 51:4, S. 559-561.
- Smith, William. 2010. Reclaiming the revolutionary spirit Arendt on civil disobedience. *European Journal of Political Theory* 9:2, S. 149-166.
- Smith, William. 2011. Civil disobedience and the public sphere. *Journal of Political Philosophy* 19:2, S. 145-166.
- Smith, William. 2013. *Civil disobedience and deliberative democracy*. New York / London: Routledge.
- Snickars, Pelle. 2014. Himalaya of data. *International Journal of Communication* 8, S. 2666-2678.
- Snowden, Edward. 2016. Edward Snowden addresses the audience in Berlin. *LoganCIJ16: Edward Snowden addresses the audience*, https://www.youtube.com/watch?v=OVn55klzJeA&list=PLS_7b8lu1oBGXgCt1y3-i8l-UD4gFI2u7S (abgerufen am 18.05.2016).
- Sola Pool, Ithiel de. 1983. Technologies of Freedom. *On Free Speech in an Electronic Age*. Cambridge Mass.: Balknap.
- Stalbaum, Brett. The Zapatista tactical FloodNet. *ZapTactFlood.html*, <https://www.thing.net/~rdom/ecd/ZapTact.html> (abgerufen am 11.05.2016).
- Stalbaum, Brett & Carmin Karasic. Floodnet Warning. *thing.net*, <https://www.thing.net/~rdom/zapsTactical/warning.htm> (abgerufen am 11.05.2016).
- Stay, Ronald J. 2012. Cryptic Controversy: US government restrictions on cryptography exports and the plight of Philip Zimmermann. *Georgia State University Law Review* 13:2, S. 14.
- Stemplowska, Zofia & Adam Swift. 2012. Ideal and nonideal theory. *The Oxford Handbook of Political Philosophy*, S. 1-24.
- Still, Brian. 2005. Hacking for a cause. *First Monday* 10:9, <http://firstmonday.org/ojs/index.php/fm/rt/prINTERfriendly/1274/1194> (abgerufen am 17.10.2013).
- Storing, Herbert J. 1991. The Case Against Civil Disobedience. In *Civil Disobedience in Focus*. Herausgegeben von Huga A. Bedau. New York: Routledge, S. 85-102.
- Strate, Lance. 2008. Studying media as media: McLuhan and the media ecology approach. *Media Tropes* 1, S. 127-142.
- Suehle, Ruth. 2011. Telecomix, Anonymous, anarchy, and getting things done through the do-ocracy. *Opensource.com*, <https://opensource.com/life/11/6/telecomix-anonymous-anarchy-and-getting-things-done-through-do-ocracy> (abgerufen am 01.08.2016)
- Suler, John. 2005. The online disinhibition effect. *International Journal of Applied Psychoanalytic Studies* 2:2, S. 184-188.
- Swartz, Aaron. 2008. *Guerilla Open Access Manifesto*, https://archive.org/stream/GuerillaOpenAccessManifesto/Goamjuly2008_djvu.txt (abgerufen am 14.07.2015).
- Swenson, Brynnar. 2011. The human network: Social media and the limit of politics. *Baltic Journal of Law & Politics* 4:2, S. 102-124.
- Tanczer, Leonie. 2015. Hacking the label: Hacktivism, race, and gender. *Ada: A Journal of Gender, New Media, and Technology* 6, <http://adanewmedia.org/2015/01/issue6-tanczer/>

- Taylor, Paul A. 2005. From hackers to hacktivists: Speed bumps on the global superhighway? *New Media & Society* 7:5, S. 625-646.
- Telecomix, <http://telecomix.org/> (abgerufen am 08.07.2015).
- Teune, Simon. 2004. *Kommunikationsguerilla Ursprünge und Theorie einer subversiven Protesttaktik*. Diplomarbeit. Freie Universität Berlin.
- Thacker, Eugene & Alexander Galloway. 2007. *The exploit: A theory of networks*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Thomaß, Barbara. 2011. WikiLeaks and the question of responsibility within a global democracy. *European View* 10:1, S. 17-23.
- torproject.org. About Tor, <https://www.torproject.org/about/torusers.html.en> (abgerufen am 17.02.2016).
- Tozzi, Tommaso. 1995. Netstrike (1995). *Tommaso Tozzi's Homepage*, http://www.tommasotozzi.it/index.php?title=Netstrike_%281995%29 (abgerufen am 13.05. 2015).
- Tsing, Anna Lowenhaupt. 2005. *Friction: An ethnography of global connection*. Princeton: Princeton University Press.
- Tufekci, Zeynep. 2013. »Not This One«: Social Movements, the attention Economy, and microcelebrity networked activism. *American Behavioral Scientist* 57:7, S. 848-870.
- Tufekci, Zeynep. 2016. WikiLeaks Put Women in Turkey in Danger, for No Reason. *Huffington Post*, http://www.huffingtonpost.com/zeynep-tufekci/wiki-leaks-erdogan-emails_b_11158792.html (abgerufen am 20.08.2016).
- Tully, James. 2008a. *Public philosophy in a new key*. Cambridge / New York: Cambridge University Press.
- Tully, James. 2008b. *Public Philosophy in a new key: Volume II: Imperialism and Civic Freedom*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tully, James. 2010. A Dilemma of Democratic Citizenship. *Lecture at University of Victoria* 8. Mai.
- Turkle, Sherry. 1995. *Life on the Screen: Identity in the Age of the Internet*. New York: Touchstone.
- Turkle, Sherry. 2012. *Alone together: Why we expect more from technology and less from each other*. New York: Basic books.
- Turner, Karen. 2016. Mass surveillance silences minority opinions, according to study. *The Washington Post*, <https://www.washingtonpost.com/news/the-switch/wp/2016/03/28/mass-surveillance-silences-minority-opinions-according-to-study/> (abgerufen am 29.06.2016).
- United States District Court, District of Massachusetts. 2011. Offenses against Aaron Swartz. <https://www.documentcloud.org/documents/217115-20110719-schwartz.html> (abgerufen am 18.08.2014).
- Valerius, Brian. 2008. Zur Strafbarkeit virtueller Sit-ins im Internet. In *Dimensionen des IT-Rechts*. Herausgegeben von Eric Hilgendorf. Berlin: Logos Verlag, S. 19-41.
- Van De Donk, Wim et al. 2004. *Cyberprotest: New media, citizens and social movements*. New York / London: Routledge.
- Vegh, Sandor. 2002. Hacktivists or cyberterrorists? The changing media discourse on hacking. *First Monday* 7:10, <http://firstmonday.org/article/view/998/919>(abgerufen am 17.10.2013).
- Vegh, Sandor. 2003. Classifying Forms of Online Activism: The Case of Cyber-protests against the World Bank. In *Cyberactivism: Online activism in theory*

- and practice*. Herausgegeben von Martha McCaughey & Michael D. Ayers. New York: Routledge, S. 71-96.
- Volk, Christian. 2013. Herrschaft in der internationalen Politik: Widerstand zwischen Entpolitisierung und Radikalisierung. In *Macht und Widerstand in der globalen Politik*. Baden-Baden: Nomos, S. 49-69.
- Wahl-Jorgensen, Karin. 2014. Is WikiLeaks challenging the paradigm of journalism? Boundary work and beyond. *International Journal of Communication* 8, S. 2581-2592.
- Waldron, Jeremy. 1993. Special ties and natural duties. *Philosophy & Public Affairs*, S. 3-30.
- Walzer, Michael. 1970a. *Obligations. Essays on Disobedience, War, and Citizenship*. Harvard: Harvard University Press.
- Walzer, Michael. 1970b. The obligation to disobey. In *Obligations. Essays on Disobedience, War and Citizenship*. Cambridge: Harvard University Press, S. 3-45.
- Wau Holland Stiftung. 2014. Btx-Hack. *Wau Holland Stiftung: Hackerarchiv*, https://www.wauland.de/de/hackerarchiv/1984-11-17_btx-hack.html (abgerufen am 07.12.2015).
- Wenger, Albert. 2012. The internet, tape delay, proxies and civil disobedience. *Continuations*, <http://continuations.com/post/28479666628/the-internet-tape-delay-proxies-and-civil> (abgerufen am 25.06.2015).
- Werde, Bill. 2004. Defiant downloads rise from underground. *New York Times*, <http://www.nytimes.com/2004/02/25/arts/defiant-downloads-rise-from-underground.html> (abgerufen am 26.06.2015).
- WikiLeaks.org. 2015. What is WikiLeaks, <https://wikileaks.org/What-is-Wikileaks.html> (abgerufen am 18.05.2016).
- WikiLeaks.org. 2011. WikiLeaks.org/About, <https://wikileaks.org/About.html> (abgerufen am 17.06.2015).
- Wikipedia.org. Intervention of the UK, https://en.wikipedia.org/wiki/Intervention_of_the_UK (abgerufen am 27.07.2015).
- Wikipedia.org. Sci-Hub, <https://de.wikipedia.org/wiki/Sci-Hub> (abgerufen am 25.05.2016).
- Wolfe, Simon et al. 2014. Whistleblower Protection Rules in G20 Countries: The Next Action Plan. <https://www.transparency.de/fileadmin/pdfs/Themen/Hinweisgebersysteme/Whistleblower-Protection-Laws-in-G20-Countries-Priorities-for-Action.pdf>.
- Wong, Wendy H. & Peter A. Brown. 2013. E-bandits in global activism: WikiLeaks, anonymous, and the politics of no one. *Perspectives on Politics* 11:04, S. 1015-1033.
- Wray, Stefan. 1998a. Electronic civil disobedience and the World Wide Web of hacktivism. *Nova Iorque*, <http://switch.sjsu.edu/web/v4n2/stefan/> (abgerufen am 10.10.2013).
- Wray, Stefan. 1998b. The Electronic Disturbance Theater and Electronic Civil Disobedience. *EDTECD*, <http://www.thing.net/~rdm/ecd/EDTECD.html> (abgerufen am 19.08.2014).
- Wray, Stefan. 1998c. Elektronischer Ziviler Ungehorsam und das World Wide Web des Hacktivismus. *trend online zeitung*, <http://www.trend.infopartisan.-net/trd7800/t147800.htm> (abgerufen am 22.10.2013).
- Wray, Stefan. 1999. On electronic civil disobedience. *Thing.net*, <https://www.thing.net/~rdm/ecd/oecd.html> (abgerufen am 16.10.2013).

- Wyant, Carissa. 2012. Anonymous: A new civil disobedience movement for the twenty-first century. *Mint Press*, <http://www.mintpressnews.com/anonymous-a-new-civil-disobedience-movement-for-the-twenty-first-century/> (abgerufen am 17.10.2013).
- Xnet-x.net. Xnet's mailbox for reporting corruption, <https://xnet-x.net/en/xnetleaks/> (abgerufen am 18.05.2016).
- York, Jillian C. 2010. Policing content in the quasi-public sphere. *OpenNet Initiative Bulletin*, <http://opennet.net/policing-content-quasi-public-sphere> (abgerufen am 21.09.2015).
- York, Jillian C et al. 2013. The internet and transparency beyond WikiLeaks. In *Beyond WikiLeaks: Implications for the future of communications, journalism and society*. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 229-253.
- Zandt, Deanna. 2010. Legitimate civil disobedience: Wikileaks and the layers of backlash. *deannazandt.com*, <http://www.deannazandt.com/2010/12/12/legitimate-civil-disobedience-wikileaks-and-the-layers-of-backlash/> (abgerufen am 30.07.2015).
- Zentrum für Politische Schönheit. 2014. *Die Kindertransporthilfe des Bundes*, <http://www.politicalbeauty.de/kindertransporte.html> (abgerufen am 04.02.2015).
- Zerilli, Linda. 2005. Vorwort. In *Neu beginnen. Hannah Arendt, die Revolution und die Globalisierung*. Herausgegeben von Oliver Marchart. Wien: Turia + Kant, S. 7-12.
- Ziccardi, Giovanni. 2013. *Resistance, liberation technology and human rights in the digital age*. Heidelberg / New York / London: Springer .
- Zimmerman, Phil. 1996a. Testimony of Philip R. Zimmermann to the Subcommittee on Science, Technology, and Space of the US Senate Committee on Commerce, Science, and Transportation. <https://www.philzimmermann.com/EN/background/index.html> (abgerufen am 23.06.2015).
- Zimmerman, Phil. 1996b. Testimony of Philip R. Zimmermann to the Subcommittee on Science, Technology, and Space of the US Senate Committee on Commerce, Science, and Transportation. <https://www.philzimmermann.com/EN/background/index.html> (abgerufen am 23.06.2015).
- Zimmerman, Philip. 1991. Why I Wrote PGP. *Phil Zimmermann on PGP*, <https://www.philzimmermann.com/EN/essays/index.html> (abgerufen am 19.05.2016).
- Zinn, Howard. 1991a. Law, justice and disobedience. *Notre Dame Journal of Law, Ethics and Public Policy* 5:4, S. 899-920.
- Zinn, Howard. 1991b. Law, justice and disobedience. *Notre Dame Journal of Law, Ethics and Public Policy* 5:4, S. 899-920.
- Zuboff, Shoshana. 2015. Big other: surveillance capitalism and the prospects of an information civilization. *Journal of Information Technology* 30:1, S. 75-89.
- Züger, Theresa. 2013. Re-thinking civil disobedience. *Internet Policy Review* 2:4, <http://policyreview.info/articles/analysis/re-thinking-civil-disobedience> (abgerufen am 20.11.2013).
- Züger, Theresa. 2014a. Civil disobedience. An international issue. *Völkerrechtsblog*, <http://voelkerrechtsblog.com/2014/09/29/civil-disobedience-an-international-issue/> (abgerufen am 02.02.2015).

- Züger, Theresa. 2014b. Digitaler ziviler Ungehorsam. Spurensuche der Dissidenz im digitalen Zeitalter. *Juridikum: Zeitschrift für Kritik – Recht – Gesellschaft* 4, S. 472-482.
- Züger, Theresa. 2015. Three ways to understanding civil disobedience in a digitized world. *Blog des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft*, <http://www.hiig.de/three-ways-to-understanding-civil-disobedience-in-a-digitized-world/> (abgerufen am 16.07.2015).
- Züger, Theresa & Adrian Haase. 2016a. BKA: »Den Hacker gibt es nicht. Wir sollten ihn erfinden«. *Blog des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft*, <http://www.hiig.de/bka-den-hacker-gibt-es-nicht-wir-sollten-ihn-erfinden/> (abgerufen am 26.04.2016).
- Züger, Theresa & Adrian Haase. 2016b. Mit dem BKA ins hacktivistische Dunkelfeld | Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft. *Blog des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft*, <http://www.hiig.de/mit-dem-bka-ins-hacktivistische-dunkelfeld-3/> (abgerufen am 17.07.2016).
- Züger, Theresa, Stefania Milan & Leonie Maria Tanczer. 2015. Sand in the information society machine: How digital technologies change and challenge the paradigms of civil disobedience. *The Fibreculture Journal* 26, S. 108-135.